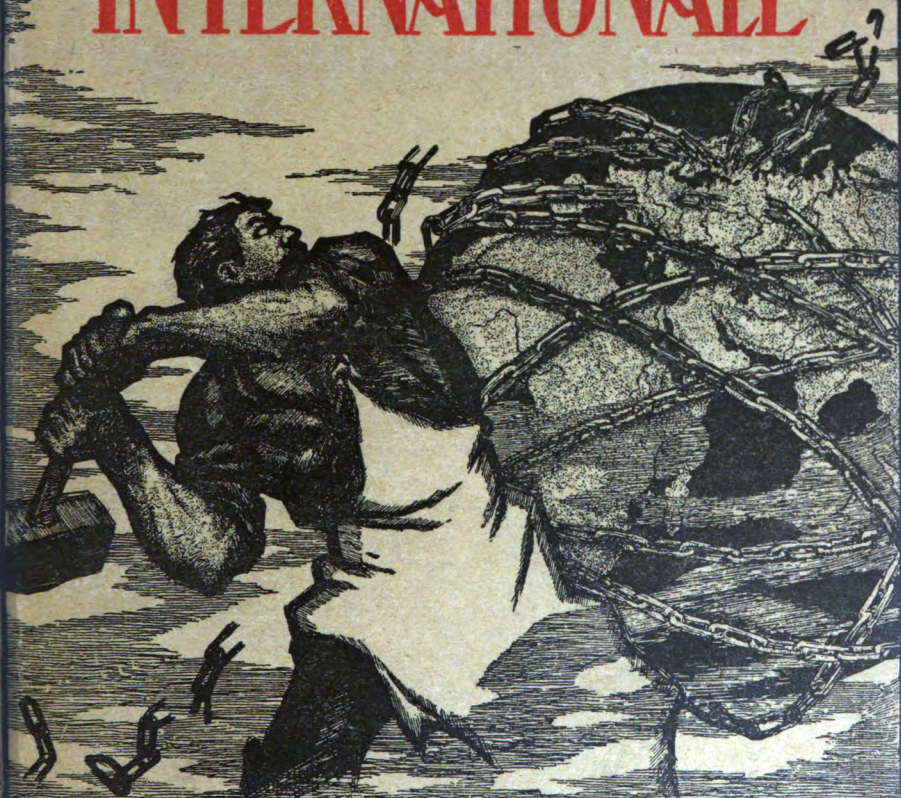


PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



N^o.

MOSKAU
KREML



PETROGRAD
SMOLNY

17





DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND
ENGLISCHER SPRACHE.

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Steinhardt, Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Pieck, Radek, Thalheimer, C. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Pankhurst, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Frossard, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanowa, Bombacci, Bordiga, Gramsci, Terracine (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanzsky (Ungarn), Marchlewsky (Polen), Blagojew, Kabaktschijew, Kolarow (Bulgarien), Jim Larkin (Amerika) u. a.

Nº 17

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1-19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

H X

1

C73r

no. 17

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.
Louis Capnbley, Hamburg 8*

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

1921

313.6175

*Einen Gruß an die Delegierten
des III. Weltkongresses der Kommu-
nistischen Internationale!*

*Der III. Kongreß der Kommu-
nistischen Internationale wird die pro-
letarischen Truppen der Weltrevo-
lution endgültig organisieren.*

*Große Schlachten stehen noch
bevor, aber der Sieg des Weltpro-
letariats ist unvermeidlich.*

*Proletarier aller Länder, ver-
einigt Euch!*

*Es lebe die Kommunistische Inter-
nationale!*

Es lebe die Weltrevolution!

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
A. Rosmer: Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale	1
J. Friis: Die Bedeutung des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale	18
Zum III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. — Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an alle proletarischen Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder ihr beizutreten wünschen	26
G. Sinowjew: Ein Jahr des Kampfes	38
H. Brandler: Die revolutionäre Lage in Deutschland	50
K. Radek: Der Fall Levi (Nachwort zur Broschüre: „Soll die V. K. P. D.“)	55
Über den Rücktritt von fünf Mitgliedern aus der Zentrale der V. K. P. D.	80
N. Lenin: Zur Naturalsteuer. (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen)	82
E. Varga: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Imperialismus der Vereinigten Staaten von Nordamerika	119
F. Kapelusck: Die Wohnungsnot als Weltkrise	148
O. W. Kuusinen: Zwei Probleme	157
Tom Barker: Der Seetransport, seine Organisation, seine Aufgaben und seine Aussichten	172
L. Trotzki: Ueber die Politik der K. A. P. D. — Rede auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 24. November 1920	184
A. Lunatscharski: Die Kommunistische Internationale und die Intellektuellen	203
William D. Haywood: Die revolutionären Probleme in Amerika	211
Jaroslaw Salat und Eduard Brenner: Der Kampf um den Kommunismus in der Tschechoslowakei	224

	Seite
A. Sultan Sade: Das neue Kriegsgewitter	252
Michael Pawlowitsch: Die kommunistische Bewegung in der Türkei	269
M. Zchakaja: Die Menschewiki Georgiens und die Daschnaken Armeniens	278
Sen Katayama: Der japanische Arbeiter	295

*Der internationale
Rat der Roten Gewerkschaften.*

A. Losowsky: Die Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats	312
Die Grundzüge der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas	324
W. Lossjew: Der Verband der Industriearbeiter der Welt	330,
Bericht über die Lage der Shop-Stewards-Bewegung in England	342
Anton Hanke: Die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei	346
Die Verfolgung der Roten Gewerkschaften in Chile	354

*Dokumente der internationalen
Kommunistischen Bewegung.*

Entschließung der außerordentlichen allrussischen Konferenz des „Bund“. Moskau, 5.—11. März 1921	358
--	-----

*Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.*

Aus den Protokollen des Exekutivkomitees	
Beschlüsse des Exekutivkomitees vom 17. März und 29. April 1921	364
Zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale	367
Monatsschau der Kommunistischen Internationale. März—Mai 1921	369
Aufrufe und Schreiben	
Die 2. und 2½-Internationale als Helfershelfer der russischen Konterrevolution	392
Maiaufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale	397
An alle kommunistischen Parteien, kommunistischen Jugendorganisationen, Gewerkschaften, die der Kommunistischen Internationale und dem Internationalen Gewerkschaftsrat angehören und mit ihm sympathisieren. — An alle Arbeiter und Bauern der Welt	401

	Seite
An die Proletarier aller Länder	406
Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder	408
An die revolutionären Arbeiter Deutschlands	413
Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an den Kongreß der tschechischen Linken	415
An die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	418
Aufruf an das Proletariat Italiens	418
Die Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens	421
An das Proletariat Jugoslawiens und der Balkanstaaten	423
An den Parteitag des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Polen	426
Sektionen der Kommunistischen Internationale.	
Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation	430
Entwurf des Statuts der Kommunistischen Balkanföderation	434
W. Kolarow: Die Kommunistische Partei und die politische Lage Bulgariens	437
Richtlinien der Parlamentsgruppe der Kommunistischen Partei Bulgariens (Teschjaki)	449
Die wirtschaftliche und politische Lage Jugoslawiens	452
N. Schablin: Die wirtschaftliche und politische Lage Grie- chenlands	468
Die Tätigkeit der britischen Kommunisten nach der Vereinigung in Leeds. (Aus dem Bericht der Vereinigten Kommu- nistischen Partei Großbritanniens)	482
Jules Humbert: Die Vereinigung der Sozialistischen Parteilinken und der Kommunistischen Partei der Schweiz. (Bericht an das Exekutivkomitee der Kommu- nistischen Internationale)	491
Bericht über die kommunistische Bewegung in Belgien	496
Die Konferenz der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens	499
Nach der ersten Kraftprobe	500
Uruguay an der Schwelle der Revolution — Brief aus Monte- video	508
Verzeichnis der Organisationen, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben. Liste Nr. 2 (bis zum 15. Mai 1921)	510

Die Internationale der Kommunistischen Jugend.

Chronik der kommunistischen Jugendbewegung	520
Die Presse der kommunistischen Jugend	528

Internationale Kommunistische Frauenbewegung.

G. S e r m a n n: Mutter und Kind in Sowjetrußland	532
R. Die kommunistische Arbeiterinnenbewegung in Holland	537
An alle Kommunistischen Parteien	539
Zur Zweiten Internationalen Kommunistinnenkonferenz	541
Rundfrage an die Delegierten zur II. Internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz	544

Felden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Tom Barker: Bericht über die Ermordung des Gen. Brookfield	550
N. Der Prozeß des Gen. Bujor	552
Untergang der griechischen Delegierten	554
M. P a w l o w i t s c h: Der Untergang der türkischen Kommunisten	554
Brief aus einem litauischen Gefängnis	558

Illustrationen:

Leichenbegängnis des Gen. Sylt.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Als der II. Kongreß vor Jahresfrist zusammentrat, hatte er unter anderem die Aufgabe, die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale genau festzusetzen. So paradox es auch scheinen mag, es drohte der Kommunistischen Internationale, die erst ein einziges Lebensjahr hinter sich hatte, das Eindringen nicht wünschenswerter Elemente. Zentristen, offene und versteckte Reformisten, Equilibristen — sie alle strebten danach, in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden. Die Gründung der Kommunistischen Internationale war von den meisten Führern der alten sozialistischen Parteien mit sarkastischen Bemerkungen aufgenommen worden: Sie wird nie eine wahre Internationale sein; es ist nichts als eine Kundgebung, die weder Bedeutung noch Zukunft hat, hieß es. Die Arbeitermassen waren jedoch anderer Ansicht. Sie waren abgestoßen von der II. Internationale, die am 2. August 1914 so kläglich Schiffbruch erlitten hatte. Mit derselben Begeisterung wie für die russische Revolution traten sie auch für die Kommunistische Internationale ein. Die Bewegung war unwiderstehlich. Mochten die Zentristen wollen oder nicht, sie sahen sich durch die Arbeiter gezwungen, ihr zu folgen. Sie versuchten hin und her zu manövrieren, und während sie öffentlich und formell ihre Absicht bekundeten, sich nach Moskau zu begeben, berieten sie sich untereinander über einen gemeinsamen Aktionsplan. Sie würden wohl nach Moskau gehen, aber unter der Bedingung — es war eher ein

Vorwand —, daß die Sektionen ihre Selbständigkeit bewahren, daß jeder in seinem Lande ruhig die Politik fortsetzen könne, die er bisher verfolgt hatte, eine Politik, die darin bestand, Sowjetrußland aus der Ferne zu bewundern, von Zeit zu Zeit über Revolution zu sprechen, aber als Reformisten zu handeln und die Massen systematisch von jeder revolutionären Aktion abzulenken.

Diese naive Taktik, deren Arglist gar zu durchsichtig war, ist kläglich zusammengebrochen. Den Zentristen sind die Tore der Kommunistischen Internationale verschlossen worden nicht nur durch die formellen Aufnahmebedingungen, sondern auch durch die Gesamtheit der vom Kongreß angenommenen Leitsätze, die die theoretische Grundlage und die Aktionsmethoden der Kommunistischen Internationale bestimmen. Die Reformisten, die sich hinter revolutionären Redensarten versteckten, mußten die Masken fallen lassen, und mit einem Schlage wurden aus diesen eifrigen Fürsprechern der Reise nach Moskau zankende Bekrittler der Kommunistischen Internationale und Sowjetrußlands. Die Nationalkongresse, die laut Bestimmung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale in allen Ländern stattfanden, haben überall zur notwendigen Spaltung geführt. Auf der einen Seite stehen die proletarischen Massen, denen es nie in den Sinn gekommen ist, ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale auf dem Markt zu erhandeln, auf der anderen Seite größtenteils Abgeordnete, Advokaten, Intellektuelle, Gewerkschaftsfunktionäre und solche Arbeiter, die sich von diesen „Sozialisten“ noch anführen lassen. Der erste dieser Aufräumungskongresse, der Parteitag in Halle, hat durch die Spaltung der U. S. P. D. in eine Rechte und eine Linke einen Präzedenzfall geschaffen, der allerorts Nachfolger fand. Der Zentrismus — eine provisorische, unhaltbare Gruppierung — ist nun völlig aus den Fugen gegangen. Seine Linke hat sich den Kommunisten angeschlossen; die übrigen werden früher oder später in den Mutterschoß der Rechten zurückkehren. In Frankreich ist diese Operation auch bereits vollendet; der Bruch zwischen den beiden Gruppen hat nicht länger

gedauert als einen einzigen Vormittag. Die Rechten versuchen jetzt vergebens, der 2 $\frac{1}{2}$ Internationale, die von diesen zentristischen Elementen zur Welt gebracht wurde, Lebensodem einzuhauchen. Vor kurzem hat sie ihre erste Beratung abgehalten: in Amsterdam zusammen mit der II. Internationale und der gelben Gewerkschaftsinternationale. Die formelle Vereinigung kam nicht zustande, obgleich es sich erwies, daß diese drei Organisationen in ihren Auffassungen recht gut übereinstimmen. Nun, die Vereinigung wird eben das nächste Mal erfolgen. Die Lage wird dann an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen. In dieser Hinsicht ist eine der Aufgaben des Kongresses nunmehr vollbracht.

Der III. Kongreß wird aus Vertretern kommunistischer Parteien bestehen, die gesäubert und befreit sind von dem toten Gewicht der Reformisten, welche sich unter dem Vorwand der „Einigkeit um jeden Preis“ an sie ketteten. In erster Reihe wird der Kongreß die Erwiderung behandeln müssen, die ihm von der Zentrale der V. K. P. D. gegen die Zulassung der K. A. P. D. als sympathisierende Partei zugeht, sowie die Erwiderung der italienischen „Unitaristen“ gegen den Beschluß des Exekutivkomitees, die in Livorno gegründete neue kommunistische Partei als einzige Vertreterin der Kommunistischen Internationale anzuerkennen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese beiden Beschlüsse, die das Exekutivkomitee einstimmig angenommen hat, ohne lange Debatte von dem Kongreß gebilligt werden. Die Tatsache, daß die Statuten die Aufnahme von sympathisierenden Parteien vorsehen, zeigt, daß man voraussah, es könnte Parteien geben, die aus wahrhaft proletarischen, revolutionären Elementen bestehen, die aber nicht alle Leitsätze der Kommunistischen Internationale annehmen. Dies ist bei der K. A. P. D. der Fall. Der Kongreß wird diese Partei vermutlich auffordern, mit der V. K. P. D. Hand in Hand zu arbeiten; dies wäre die beste Vorbereitung zu einem endgültigen Zusammenschluß der beiden Parteien.

Die Lage in Italien ist trotz aller scheinbaren Verwirrung recht einfach, da eine einzige, überaus bedeutsame Tatsache alle anderen überragt: Serrati und seine Anhänger, die sich „Kommunisten-Unitaristen“ nennen, haben eine Spaltung von Turati, Modigliani und Konsorten in demselben Augenblick abgelehnt, wo sie die Trennung von allen wahrhaft kommunistischen Elementen der Partei beschlossen. Turati, der überhaupt kein Kommunist ist, der dies auch sagt und schreibt, ist tatsächlich die führende Persönlichkeit in der Partei der „Kommunisten-Unitaristen“. Zur selben Stunde, als diese es ablehnten, mit ihm zu brechen, nahm er das Buch der Abgeordneten Nofri und Pozzoni, betitelt „Die Hölle der Sowjets“, in seinen Schutz. Die Ueberschriften der einzelnen Kapitel in diesem Buch lauten einfach: Eine tierisch-grausame Diktatur, der Triumph der Korruption, die soziale Agonie eines Volkes usw. . . .

Nach Erledigung dieser beiden Fragen wird der Kongreß an die eigentliche Tagesordnung herantreten können, und zwar in erster Reihe an die Hauptfrage: Die wirtschaftliche Weltkrise und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

Diese Krise, die heute ihren Höhepunkt erreicht hat, brach nach dem Abschluß des imperialistischen Weltkrieges aus. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erlebten die siegreichen Großmächte eine Art von industrieller Wiedergeburt, die ziemlich lange andauerte und eine Zeitlang die Illusion eines erkämpften Reichtums aufrecht erhalten konnte. Die Katastrophe war jedoch unvermeidlich. Die Industriellen mußten sich eines schönen Tages überzeugen, daß sie keine Käufer mehr hatten. Die technische Vervollkommnung der Betriebsausrüstung und der Arbeitsorganisation während des Krieges ausnutzend, hatten sie ungeheure Warenmengen produziert. Nun fanden sie keinen Absatz für ihre Erzeugnisse, und diese häuften sich in riesigen Massen in den Warenlagern an. In dem verarmten, durch den Krieg ruinierten Europa, in dem die Hälfte der Bevölkerung der nötigen Nahrung, der Bekleidung und zum Teil auch der Behausung ent-

behrt, waren die Märkte mit Fabrikwaren überladen, und der Arbeiter konnte keine Beschäftigung mehr finden. In den Industrie- und Handelskreisen trat Panik und Verwirrung ein. Die solidesten Firmen wurden in Mitleidenschaft gezogen; überall ragte das Schreckensgespenst des Bankerotts hervor. Von den Industriellen befragt, gab Lloyd George die folgende Erklärung für die Krise: Unsere Kaufläden sind brechend voll von Waren, unsere Kunden aber gehen in Lumpen einher und haben kein Geld.

Namentlich in England machte sich die Krise sofort in voller Stärke fühlbar. Seit November betrug die Zahl der Arbeitslosen ungefähr 500 000; überdies wurde in vielen Industriezweigen nur einen Teil des Tages gearbeitet. Die Teuerung dagegen wuchs von Tag zu Tag. Die Arbeitslosigkeit griff immer mehr um sich und umspannte alsbald eine ganze Million Arbeiter. Es war ein bitteres Erwachen, umsomehr, als England sich unmittelbar nach dem Kriege in einer bevorzugten Stellung befunden hatte. Als Beherrscher des Kohlenmarktes hielt England ein Werkzeug in Händen, mit dem es seine Verbündeten, Frankreich und Italien, vernichten konnte. Es verkaufte ihnen die Kohle, die sie brauchten und die sie sich anderswo nicht beschaffen konnten, zu überaus hohen Preisen, während es den eigenen Industriellen Kohle zu niedrigen Preisen überließ. Die englischen Fabrikanten waren daher trotz der hohen Valuta in der Lage, ihre Ware billiger herzustellen, als ihre Wettbewerber auf dem europäischen Festlande. Schon glaubte die englische Plutokratie, der Krieg sei allen trüben Weissagungen zum Trotz „der Mühe wert“ gewesen; das Staatsbudget wies recht bedeutende Ueberschüsse auf; die Optimisten sprachen bereits von der Amortisation der Schulden. Dieses goldene Zeitalter sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Wie England keine Kunden für seine Fabrikware finden konnte, so wollte es ihm auch nicht mehr gelingen, Käufer für seine Kohle zu finden. Frankreich erhielt von Deutschland mehr Kohle, als es verbrauchen konnte; die Ausbeute der Vereinigten Staaten vergrößerte sich immer mehr. Zugleich wurden die Konflikte

zwischen den Unternehmern und den Arbeitern immer häufiger und nahmen oft einen überaus ernsten Charakter an, wie z. B. der Eisenbahner- und der Grubenarbeiterstreik. Der Trugschein des Gedeihens schwand; an seine Stelle trat die Drohung eines Zusammenbruchs der herrschenden Ordnung.

In Frankreich weist die Krise zwar dieselben Umriss auf, die Ereignisse entwickelten sich jedoch in langsamerem Tempo und auf andere Weise. Die Arbeitslosigkeit machte sich hier ebenfalls seit Oktober geltend und griff immer mehr um sich, während die Vorräte sich aufstauten. Die Banken sperrten den Kredit; den ältesten Firmen drohte die Gefahr, wenn nicht heute, so morgen schließen zu müssen. Die Börse wurde von ernster Panik ergriffen. Die finanzielle Krise zeigte sich in ihrer ganzen Schwere. Der ehemalige Finanzminister Ribot erklärte: „Ich glaube kaum, daß irgend ein Land sich je in einer solch schwierigen Lage befunden hat, wie es die unsrige nach dem Siege ist“. Frankreich hatte seinen Einsatz auf den Sieg gestellt, auf einen lohnenden Sieg. Dies war die Grundlage seiner Politik. Heute kennt es keine andere Formel als die: „Deutschland muß zahlen“.

Eine derartige Krise mußte sich bald über die ganze Welt ausdehnen. Dies ist auch tatsächlich mit größter Geschwindigkeit geschehen. Alle Länder, die neutralen und die kriegführenden, die Länder Europas und die Länder jenseits des Meeres haben ihre Produktion größtenteils einstellen, ihre Handelsbörsen schließen müssen.

Wird es dem Kapitalismus gelingen, dieser Krise Herr zu werden, straflos aus der schwierigen Lage hervorzugehen? Gewisse zentristische Sozialisten, namentlich die deutschen Unabhängigen, geben vor, daß der Kapitalismus noch nie so machtvoll gewesen sei wie heute, daß er während des Krieges und im Zeitraum nach dem Kriege seine Organisation bedeutend verstärkt habe. Es ist wahr: in einigen Ländern haben die großen Trusts ihre Herrschaft und ihre Tätigkeit trotz alledem noch mehr ausgedehnt. Nicht minder wahr ist es jedoch, daß sie heute in einer Welt arbeiten, die ihr Gleichgewicht nicht

wiederzufinden vermag, und die jeden Augenblick von neuem völlig aus den Fugen gebracht werden kann.

Die Kapitalisten, die sich bereits in glänzenden Hoffnungen wiegen, und die Sozialisten, die glauben, daß die Macht des Kapitalismus von neuem erstarkt sei, urteilen, als ob die Welt den Frieden gefunden hätte. Der Krieg dauert aber fort; eine starke militärische Partei in Frankreich fordert immer beharrlicher einen Feldzug gegen Berlin — auch wenn die französische Armee allein in den Krieg ziehen müßte; über dem Ganzen schwebt das Gespenst des Todes.

Durch den Umfang der Krise und die Gefahren, die sie mit sich bringt, in Schrecken versetzt, kam die Bourgeoisie auf den Gedanken, sie zu einem entscheidenden Angriff gegen die Arbeiter auszunutzen. Ihre Wirtschaftler und ihre Journalisten entdeckten gleichzeitig, daß die Ursache der Krise in den hohen Arbeitslöhnen und im Achtstundentag liege. Die Gelegenheit war günstig. Das verlangsamte Arbeitstempo ermöglichte es, eine sorgfältige Auslese unter den Arbeitern vorzunehmen, sich der „Anführer“ zu entledigen und vor allem die Lohnsätze durchzusehen und zu verringern. Man sagte den Arbeitern: Die Arbeit kann wieder aufgenommen werden, aber nur unter der Bedingung, daß Ihr in eine bedeutende Kürzung eurer Löhne einwilligt. In demselben Augenblick, wo die Arbeitslosigkeit die gewaltigste Ausdehnung annahm, führte man den Zehnstundentag wieder ein. Die bürgerlichen Wirtschaftler geraten nie in Verlegenheit. Ihrer Ansicht nach muß jede Krise stets auf die breiten Schultern der Arbeiter abgewälzt werden. Der Achtstundentag, behaupten sie, ist die unmittelbare Ursache der Lebenssteuerung und der wirtschaftlichen Krise. Also sahen sich die Arbeiter einer Reform beraubt, die die Kapitalisten ihnen nur aus Furcht vor der bolschewistischen Ansteckung zugestanden hatten. Und nun, nach dem großen Kriege „um des Rechts und der Gerechtigkeit willen“ ist die Lage derjenigen, die dem imperialistischen Blutbade entronnen sind, noch schlechter als vor dem Kriege.

Was taten die Arbeiterorganisationen, um diesen Angriff der Kapitalisten zurückzuschlagen? Nie zuvor war eine internationale Aktion so notwendig. Einer neuen Sachlage müssen auch neue Kampfmittel dienen. Vor allen Dingen muß gemeinsam die Taktik ausgearbeitet werden, die sich für die gegebene revolutionäre Situation am besten eignet. Es muß festgestellt werden, welche Aktion zu unternehmen ist; auch die lokalen Aktionen dürfen nicht außer acht gelassen werden. Es müssen Vorbereitungen getroffen werden zum revolutionären Ansturm, der die Bourgeoisie stürzen wird.

Die Gewerkschaftsinternationale, die am 2. August 1914 ebenso schmachvoll zusammengebrochen ist wie die II. Internationale, sich aber mit gnädiger Genehmigung der Regierungen wieder aufgerichtet hat, die Gewerkschaftsinternationale, deren Hauptaufgabe es hätte sein müssen, die Arbeiter gegen die Raubgier des internationalen Kapitalismus zu schützen, rührte keinen Finger, um den Arbeitern in ihrem Kampfe beizustehen. Sie ließ es sich im Gegenteil angelegen sein, alle Probleme noch mehr zu verwirren und den Widerstand der Arbeiter allerorts zu schwächen. Denn ihre Politik ist nicht der Klassenkampf, sondern die Arbeitsgemeinschaft der Klassen. Die Kapitalisten organisieren sich überall; sie verdoppeln das Heer der Weißen Garde, stets sind sie es, die die Offensive ergreifen. Die Führer der Gewerkschaftsinternationale aber entwaffnen die Arbeiter und predigen Aussöhnung mit den Kapitalisten.

Deshalb wird der Amsterdamer Gewerkschaftsbund von der Kommunistischen Internationale als gelbe Internationale, als Anhängsel und Stütze des internationalen Arbeitsbüros beim Völkerbunde bezeichnet. Die Kommunistische Internationale hat einen unerbittlichen Kampf gegen sie begonnen und ging an die Gründung einer Roten Gewerkschaftsinternationale, die sämtliche revolutionären Elemente der Arbeiterorganisationen aller Länder umspannen wird.

Der Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer ist heute zur dringenden Notwendigkeit geworden. Durch die

Doppelzüngigkeit ihrer Führer sind die Gewerkschaften in allen großen Staaten zu gewöhnlichen Regierungsanhängseln herabgesunken. Zwischen den Machthabern und den Gewerkschaftsführern besteht ein geheimes Abkommen. Den Arbeiterführern und ihren Kreaturen wurde der Dienst in den Schützengräben erlassen unter der Bedingung, daß sie für Ruhe im Hinterlande sorgen und der Regierung gestatten würden, die Arbeiter und die Bauern als Kanonenfutter zu verwenden, so lange es ihnen beliebt. Mehrere Arbeiterführer erhielten Ministerposten. Als der Krieg zu Ende war, fanden sie sich mit den Arbeitgebern und der Regierung wieder am grünen Tisch zusammen, an dem der Friedensvertrag zusammengestoppelt wurde. Später trafen sie sich in Washington bei der Gründung des Internationalen Arbeitsbüros, von dem eine der reaktionären französischen Zeitschriften sagen durfte, daß „die Arbeitgeber durch sein Ende unvergleichlich mehr verlieren würden als die Arbeiter“. Die Leiter des Internationalen Arbeitsbüros sind dieselben Leute, die an der Spitze der gelben Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen.

Unter der bequemen Parole „Hinaus mit der Politik aus den Gewerkschaften“ haben diese Führer eine Politik des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft verfolgen können. Obgleich die meisten unter ihnen sich in den Augen der vorgeschrittensten Arbeiter gründlich diskreditiert haben, gelingt es ihnen dennoch, die Massen irrezuführen, die in die Gewerkschaften gehen, weil sie dort Schutz und Verteidigung für ihre Interessen zu finden hoffen. Allmählich müssen sie jedoch vor dem revolutionären Ansturm zurückweichen.

So konnte man im vorigen November in den englischen Zeitungen die folgende Mitteilung lesen: „Der Grubenminister hat mit Zustimmung des Handelsministers ernannt: William Brace zum Obersten Rat für Arbeit (Chief Councillor of Labour). Der Posten, den Mr. Brace angenommen hat, ist ein ständiger, der seine ganze Zeit in Anspruch nehmen wird. Er wird seinen Sitz im Unterhause, seine Stellung als Vorsitzender des Grubenarbeiterverbandes von Wales und als Mitglied des

Vollzugsausschusses des Grubenarbeiterverbandes Großbritanniens aufgeben müssen. Sein Gehalt wird 2250 Pfd. Sterl. betragen (ungefähr 135 000 Francs nach heutigem Kurs)." Brace hatte gefühlt, daß die Grubenarbeiter entschlossen waren, ihn abzuschütteln. Er kam ihnen daher zuvor und suchte sich einen sicheren Posten. Wenn die Machthabenden auch der Ansicht sind, daß die Arbeiter viel zu hohen Lohn erhalten, so sind sie doch stets bereit, diejenigen Arbeiter, die ihre Klasse verraten, bei sich aufzunehmen und reichlich zu belohnen.

Ein sozialistischer Abgeordneter, Jack Jones, der zwar kein Bolschewik ist, der Dinge und Leute aber manchmal beim wahren Namen nennt, hat diese Gewerkschaftsführer im dicht besetzten Unterhause als „politische Prostituierte der Arbeit“ bezeichnet. Die Regierung könne in jedem schwierigen Falle darauf rechnen, von ihnen aus der Klemme gezogen zu werden. (Es war während einer Debatte über die irische Frage, und der Ausdruck „politische Prostituierte der Arbeit“ bezog sich hier auf John Ward, den Sekretär des Erdarbeiterverbandes, und J. A. Seddon, den Sekretär des Angestelltenverbandes.)

Trotz alledem ist die revolutionäre Propaganda, die in den Gewerkschaften betrieben werden muß, dieselbe wie die der politischen Partei. Die Kommunistische Internationale hat die alten sozialistischen Parteien mit Leichtigkeit zertrümmert. Eine schwierigere Aufgabe wird es sein, die Gewerkschaftsführer, die Verräter der Arbeiterklasse zu entlarven und zu verjagen. Die diskreditierten Führer der alten sozialistischen Parteien waren sich dessen wohl bewußt; sie haben daher in den Gewerkschaftsorganisationen Zuflucht gesucht. Typisch ist in dieser Hinsicht der Fall Albert Thomas', des früheren französischen Kriegsministers. Während des Krieges forderte er die sozialistischen Arbeiter auf, sich für den Ruhm des verbündeten Imperialismus hinmorden zu lassen. Die Arbeiterinnen spornte er an, zu arbeiten, bis sie vor Erschöpfung zusammenbrachen. Heute ist er die Seele der französischen Allgemeinen Konföderation der Arbeit und der Leiter des internationalen Arbeitsbüros.

Die Ereignisse, die sich jetzt in ununterbrochener Reihenfolge abspielen, werden schließlich doch das wahre Angesicht der Verräter enthüllen. Wir dürfen hoffen, daß der schmachvolle Zusammenbruch der „Triple Alliance“ der britischen Arbeiter, den wir soeben erlebt haben, erheblich dazu beitragen wird, die Arbeiter aller Länder darüber aufzuklären, daß, solange die Gewerkschaften in den Händen der alten Führer bleiben, die besten Kampfmittel, die sichersten Kombinationen im entscheidenden Augenblick von ihnen sabotiert werden.

Die britischen Grubenarbeiter setzten sich gegen den Angriff der Kapitalisten, der die Kürzung der Löhne bezweckte, zur Wehr. Die Transportarbeiter und die Eisenbahner, die zusammen mit ihnen den Dreibund bilden, versprachen ihnen Unterstützung. Es wurde ein bestimmter Tag für den Generalstreik festgesetzt. Plötzlich — Bestürzung: Der Generalstreik wird abgesagt. Man hat die Grubenarbeiter im Stich gelassen. Sie müssen ohne jede Hilfe weiterkämpfen. Woher dieser Verrat in zwölfter Stunde? Es geschah deshalb, weil J. H. Thomas, der Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes, den Sympathiestreik nicht wünschte, obgleich dieser beschlossen war. Er manövrierte, er flehte, er forderte gewisse Eisenbahnerkreise zu feindseligen Kundgebungen gegen den Streik heraus und erklärte schließlich, daß die Eisenbahner sich weigerten, an dem Ausstand teilzunehmen, weil der Grubenarbeiterverband unter dem Einfluß extremer Elemente stehe.

Derselbe J. H. Thomas ist Vorsitzender der Amsterdamer Gelben Gewerkschaftsinternationale. Fürwahr ein würdiger Präses für eine solche Internationale! Man könnte sich schwerlich ein besseres Symbol vorstellen.

Eine so teuer bezahlte Lehre muß Nutzen bringen. Es ist nur zu bedauern, daß dies nicht der erste und letzte Versuch ist, den J. H. Thomas macht. Er hat bereits mehrmals Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß er vor keiner verräterischen Handlung zurückschreckt. Und dennoch fährt er unbehindert fort, seine Missetaten zu verüben.

Bei einem früheren Grubenarbeiterstreik, im vorigen Oktober, wurde die Frage eines Sympthiestreiks der Eisenbahner ebenfalls aufgeworfen. Eine Nationalversammlung von Eisenbahnerdelegierten sprach sich für den Streik aus. Was tat J. H. Thomas? Er beauftragte die Agentur der „Press Association“, zu erklären, daß er gegen den Beschluß der vollberechtigten Versammlung sei! Natürlich, J. H. Thomas ist ja Demokrat und ein erbitterter Gegner der proletarischen Diktatur! Diesmal war er jedoch so weit vorgegangen, daß sogar eine gemäßigte Zeitschrift, „The New Statesman“, die die Ideen des Ehepaares Webb vertritt, schrieb:

„Die Frage der Beziehung des Führers zu seinen Wählern ist in der vorigen Woche in schärfster Form aufgerollt worden. Den Anlaß bot die Handlungsweise von J. H. Thomas im Zusammenhang mit dem Beschluß der Eisenbahner zugunsten des Streiks. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Vorgehen von Thomas, nachdem der Beschluß bereits gefaßt war, aus dem Streik einen Teilausstand machen mußte, der notwendigerweise mit einem Mißerfolg geendet hätte, wenn er ausgebrochen wäre. Sein Vorgehen war für die Gewerkschaftsmitglieder die Aufforderung, die Streikorder nicht zu befolgen... Man könnte einwenden, daß der Beschluß weder weise noch notwendig war. Diese Ansicht ändert jedoch nichts an der Frage, die durch das Verhalten von Thomas in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes aufgerollt wurde. Wenn er mit dem Beschluß seiner Gewerkschaft nicht einverstanden war, so hätte er als ehrlicher Mann entweder sich den Instruktionen als Gewerkschaftsmitglied unterordnen oder aber seinen Abschied nehmen müssen. Aber auf seinem Posten zu bleiben, während er offen gegen diese Instruktion vorging, ist eine Handlungsweise, für die es unserer Ansicht nach keine Entschuldigung gibt, welche Auffassung man von den Funktionen eines Gewerkschaftssekretärs auch haben mag.“

Trotz der gemäßigten Ausdrucksweise — sie ist der gewöhnliche Ton des „New Statesman“ — haben wir dieser Einschätzung der Rolle von Thomas nichts hinzuzufügen.

Diese Clique von hohen Gewerkschaftsfunktionären, die stets bereit ist, die proletarische Diktatur zu verdammen, übt tatsächlich ihre eigene Diktatur über das Proletariat aus. Diese guten Demokraten halten sich an das Mehrheitsgesetz, solange die Mehrheit auf ihrer Seite ist. Sie zögern jedoch nicht, als Autokraten aufzutreten, sobald die Gewerkschaftsmehrheit sich herausnimmt, anderer Ansicht zu sein als sie.

Diese Gewerkschaftsfunktionäre, die für einen langen Termin ernannt werden, sich hinter einer machtvollen Bürokratie verschanzt haben und von ergebenen Kreaturen umringt sind, bilden die schlimmste Oligarchie, die man sich denken kann. Zu gewöhnlichen Zeiten behalten sie ihre Rolle als Vermittler zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern bei, unter schwierigen Verhältnissen aber scheuen sie sich nicht, offenen Verrat zu üben.

Der Kampf gegen die Gelbe Amsterdamer Internationale, den Zufluchtsort aller Verräter am Sozialismus und an der Gewerkschaftsbewegung, ist eine überaus wichtige Frage, die der III. Kongreß erörtern muß. Die Bourgeoisie, die der Widerstand Sowjetrußlands — er bringt sie aus dem Konzept und schneidet ihr die Wege ab —, sowie das beharrliche, rasche Umsichgreifen des Kommunismus in Schrecken versetzt, hat begriffen, daß die Gewerkschaften als Organe zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen sozialen Ordnung dienen könnten. Sie hat sich daher beeilt, die Gewerkschaften den Parteien entgegenzustellen. Der Bürger Capus Maurras und der nichtswürdige Politiker Barthou haben sich in rührendem Einvernehmen getroffen, um die „Weisheit“ und den „Realismus“ der Gewerkschaften zu feiern, die der „Sowjetmythe“ und dem „zerstörenden Kommunismus“ widerstehen. Man muß diesen nichtswürdigen Politikanten zeigen, daß der revolutionäre Geist, der wahrhaft realistisch ist, auch die Gewerkschaften be-seelen kann.

Der III. Kongreß wird ferner über die Stellung der Kommunistischen Internationale zur Roten Gewerkschaftsinternationale entscheiden müssen, deren endgültige Gründung nach

dem Kongreß der Kommunistischen Internationale auf dem am 1. Juli zusammentretenden Gewerkschaftskongreß erfolgen soll.

Der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsrats hat bei allen nicht zu Amsterdam gehörenden revolutionären Gewerkschaftsorganisationen und auch bei den Minderheitssektionen der Amsterdam beigetretenen Organisationen großen Anklang gefunden.

Die Delegierten, die in Moskau über die Grundlagen der neuen Organisation und die gemeinsame Taktik beraten werden, sind teils Kommunisten, teils revolutionäre Syndikalisten. Während die einen Mitglieder kommunistischer Parteien sind, besitzen die anderen starke Vorurteile gegen die politischen Parteien und gehören daher keiner Partei an; ihre gesamte revolutionäre Tätigkeit verläuft im Rahmen der Gewerkschaften. Diese Vorurteile gegen die politischen Parteien finden ihre Rechtfertigung in der Praxis der alten sozialistischen Parteien, die fast alle reformistisch und nicht revolutionär waren. Sobald eine wahrhaft kommunistische Partei entsteht und zu wirken beginnt, mildern sich die Vorurteile. Dies geschieht gegenwärtig in Frankreich. Die revolutionäre Minderheit der Allgemeinen Konföderation der Arbeit hat nach ihrer offiziellen Erklärung über ihren Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale dem letzten Kongreß der Konföderation eine Resolution vorgelegt, in der sie sich bereit erklärt, mit einer politischen Partei, die revolutionär vorgehen würde, zusammenzuarbeiten.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Internationale, diese verschiedenen Elemente einander näher zu bringen. Im gemeinsamen revolutionären Kampf werden die Vorurteile völlig verschwinden.

Das Tätigkeitsfeld der Kommunistischen Internationale erstreckt sich fürwahr über die ganze Welt. Der Anklang, den sie unter den Völkern Asiens gefunden hat, ist eine Erscheinung, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewaltige Folgen haben muß. Die russische Revolution hat unter diesen Völkern, die vor dem Kriege von dem britischen Imperialismus und von

dem Zarenregime oder von beiden zugleich in Sklaverei gehalten wurden, eine starke Bewegung hervorgerufen. Zwei machtvolle Beweggründe ziehen sie zu Sowjetrußland hin: erstens die Tatsache, daß diese benachbarte Großmacht, fern davon, sie zu unterjochen oder ihre freie Entwicklung zu hemmen, ihnen von nun an in ihrem Befreiungswerk eine feste Stütze bieten wird, zweitens die Sowjetidee. Diese Völker stehen nicht auf der gleichen Entwicklungsstufe. Wenn man die Zeitungsberichte über die Ausstände in Bombay und die dadurch hervorgerufenen Zwischenfälle liest, so scheint es klar, daß der Kommunismus dort einen günstigen Boden finden muß. In anderen Gegenden wiederum, wo die Landwirtschaft an erster Stelle steht, trägt der Befreiungsprozeß begrifflicherweise einen anderen Charakter. Der II. Kongreß hat diese Frage zum erstenmal in ein neues Licht gerückt und sie allen kommunistischen Parteien zum Studium vorgelegt. Der III. Kongreß wird die Ergebnisse dieses Studiums, die Ergebnisse der Debatten, die Angaben der Vertreter der Orientvölker vor sich sehen. Er wird sein theoretisches Werk durch die Ausarbeitung eines bestimmten Aktionsplanes vollenden können.

Die Kommunistische Internationale hat sich als Internationale der Tat gezeigt. Ihre Methode, ihr Aufbau beweisen, daß sie es ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich wesentlich von der Zweiten Internationale, die zu jeder Tat durchaus unfähig war. Die Ursache lag darin, daß die Parteien, aus denen sie bestand, durch die Kongreßbeschlüsse nicht wahrhaft gebunden waren. Man konnte es 1914 bei der nunmehr berühmt gewordenen Stuttgarter Bewegung beobachten. Die Kommunistische Internationale will sich keinem solchen Bankerott aussetzen. Sie verfolgt aufmerksam das Leben und Wirken der ihr angehörenden Parteien und steht ihnen in jeder großen Bewegung mit Rat und Tat zur Seite. Sie schreckt nicht davor zurück, sich direkt einzumischen und jede Schwäche, die sich zeigt, auf das Schärfste zu verurteilen.

Der I. Kongreß schuf eine internationale Organisation, derer das Proletariat bedurfte. Er schuf einen Sammelpunkt

für die revolutionären und kommunistischen Gruppen und Parteien. Seine Aufrufe fanden überall Anklang. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten.

Der II. Kongreß, der der Kommunistischen Internationale eine feste Grundlage gab und die Prinzipien einer klaren und aufrichtigen Taktik formulierte, hat unter dem Proletariat der ganzen Welt eine gewaltige Bewegung hervorgerufen. Er hat die alten Parteien aus den Fugen gebracht und sie zerstört.

Der III. Kongreß wird nicht weniger freudig begrüßt werden. Er wird die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in den Arbeiterorganisationen noch weiter ausdehnen, sie genau bestimmen und mit den Organisationen in Einklang bringen. Er wird den Arbeitern die Kampfmittel in die Hand geben, die sich zur Lösung der großen Probleme der gegenwärtigen Zeit am besten eignen.

Moskau, den 10. Mai 1921.

A. Rosmer.



„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Aus MARX-ENGELS:
„Das Kommunistische Manifest.“

Die Bedeutung des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat sich durch seine nunmehr weltbekannten „Moskauer Leitsätze“ einen Platz in der Geschichte erobert. Nie zuvor hat eine politische Organisation das Schlachtfeld des Klassenkampfes mit solch kraftvoll geschwungenem, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkenden Banner betreten.

Wie ein Verkünder der Wahrheit, der vorwärtsstürmend seinen Hornstoß gegen die Lügenphalanx der bürgerlichen Welt erschallen läßt, so rief der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Werktätigen auf, sich unter dem Banner der Moskauer Leitsätze zusammenzuschließen. Die Wirkung war eine augenblickliche und weitgehende. Von dem Ruf, den sie sofort als den ihrigen erkannten, begeistert, begannen die Arbeitermassen, die von den Sozialverrättern in den verschiedenen Ländern irreführt und verwirrt waren, alsbald in geordneten Reihen ihren Platz in der Kampflinie einzunehmen. Unsere Feinde, die Klasse der Kapitalisten und der Bürgerlichen, konnten es nicht verhehlen; auch sie wurden gewahr, daß sich eine neue Kraft gegen sie erhob. Aus der Hauptstadt der Arbeiterrepublik, nach deren Vernichtung sie vergeblich gestrebt hatten, vernahmen sie den Schlachtruf eines mächtigen Feindes, des Weltproletariats. Einer rasenden Bande von Uebeltätern gleich, erhoben sie ihre Waffen und stießen wilde Drohungen gegen Sowjetrußland und seine Weltarmee, die Kommunistische Internationale, hervor. Während die gedungenen Truppen Polens und Wrangels einen letzten

verzweifelten Angriff gegen die Sowjetrepublik unternahmen, stürzten die bürgerlichen Preßorgane der ganzen Welt wütend über die Moskauer Leitsätze her. Beide Angriffe schlugen fehl. Die Roten Soldaten wankten nicht; die „Leitsätze“ standen unbesiegbar da. Die Debatten, die in den Arbeiterorganisationen über die Leitsätze geführt wurden, waren von unschätzbarem Wert. Als geschichtliches Dokument kann sich nur das „Kommunistische Manifest“ mit den Leitsätzen vergleichen. Die gegenwärtige geschichtliche Lage läßt die Leitsätze vielleicht noch wichtiger erscheinen als das berühmte Manifest, denn sie haben in dem Chaos der Arbeiterbewegung Klarheit und Ordnung geschaffen und die verschiedenen Organe der Bewegung zu geistiger Zusammenarbeit veranlaßt. Zum erstenmal in der Geschichte der Bewegung sind die politischen Fragen den gewerkschaftlich organisierten Massen so klar und nachdrücklich gestellt worden, daß sie nicht übergangen werden konnten. Während die politischen und die wirtschaftlichen Organisationen vorher getrennt gearbeitet, miteinander gewetteifert und einander oft sogar befeindet hatten, waren sie nun gezwungen, ihre innere Zusammengehörigkeit zu erörtern und gemeinsame Richtlinien zu suchen. In dem Lande, aus dem ich komme, in Norwegen — und ich glaube auch in allen anderen Ländern — ist das politische Interesse innerhalb der Gewerkschaften noch nie so rege gewesen wie im verflossenen Jahre. Die Leitsätze wurden auf hunderten von Versammlungen erörtert. Die Gewerkschaften sind aus sektiererischen, oft engherzigen wirtschaftlichen Organisationen zu wahren Massenkampforganisationen geworden, die das gesamte Feld des Klassenkampfes umspannen. Die Arbeiter haben sich im alltäglichen Leben von der Wahrheit der Hauptsätze dieser Thesen überzeugen können. Laßt mich nur ein Beispiel anführen: Im Herbst brach in Norwegen ein Eisenbahnerstreik aus. Schon nach zwei Tagen wurde der Ausstand, der auf rein wirtschaftlicher Grundlage begonnen hatte, zur wichtigsten politischen Tagesfrage, und die Arbeiter erhielten eine lebendige Bestätigung des Absatzes der Leitsätze, der besagt, daß „ein wirtschaftlicher Kampf zur Zeit

des Verfalls des Kapitalismus eher zum politischen Kampf werden muß als in der klassischen Zeit des Kapitalismus."

Und fürwahr, kein einziger Streik trägt jetzt einen rein wirtschaftlichen Charakter. Er ist in größerem oder in kleinerem Maße gleichzeitig ein politischer Kampf. Jede Gewerkschaft ist somit gewissermaßen ein politischer Verband. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat die wirtschaftlichen Massenorganisationen in den politischen Bannkreis gezogen.

Welche Rolle wird nun der III. Kongreß spielen, welche Bedeutung wird er haben?

Laßt uns mit den Fragen beginnen, die wir oben behandelt haben. Der III. Kongreß wird die Erfahrungen, die seit dem letzten Kongreß über die Beziehungen zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Organisationen, d. h. zwischen der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale gemacht wurden, zusammenfassen und seine Schlußfolgerungen daraus ziehen müssen. Der Kongreß wird diese Fragen auf das Ernsteste behandeln müssen.

Die Statuten, die die volle Unterordnung der wirtschaftlichen Organisationen unter die politischen fordern, werden meiner Ansicht nach zeitweilig abgeändert werden müssen. Die Gewerkschaftsinternationale muß als selbständige Organisation ein gewisses Maß von Unabhängigkeit erhalten. Es ist jetzt politisch weder möglich noch ratsam, die Gewerkschaftsinternationale der Partei unterzuordnen. Natürlich muß darauf bestanden werden, daß alle zur Partei gehörenden Gewerkschaftsmitglieder sich der Parteidisziplin zu fügen haben. Die Gewerkschaften sind jedoch Massenorganisationen und müssen als solche gewisse Aktionsfreiheit erhalten. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird sie mit der Zeit zwingen, die Führung der Kommunistischen Partei anzuerkennen. Da man davon überzeugt sein kann, so liegt keine Gefahr darin, wenn für den gegenwärtigen Zeitraum gewisse Zugeständnisse gemacht werden. — Es läßt sich nicht erwarten, daß der Kongreß

in dieser delikaten Frage zu einem endgültigen Beschluß gelangen wird. Ich bin jedoch überzeugt, daß beide Seiten bei der Erörterung von dem ernsthaften Wunsch ausgehen werden, dem gemeinsamen revolutionären Endziel zu dienen. Es war keineswegs die Absicht der Leitsätze und der Statuten des II. Kongresses, die Entwicklung der Ereignisse künstlich zu forcieren. Insofern die Erfahrungen des verflossenen Jahres gelehrt haben, namentlich insofern die Leitsätze in gewissen Punkten eher Propagandazwecke verfolgten als bestimmte Regeln aufstellten, ist keine Ursache vorhanden, diese Punkte nicht zeitweilig abändern zu können.

Die Grundlage der Erörterungen des Kongresses in dieser Frage, wie auch in allen anderen Fragen, wird die jetzige Weltlage sein. Genosse Varga war so gütig, mich die Broschüre, die er über die wirtschaftliche Lage für den Kongreß vorbereitet hat, im Manuskript lesen zu lassen. Es ist ein Meisterwerk wissenschaftlicher Zusammenfassung. An der Hand dieses Büchleins werden die Kongreßdelegierten die Möglichkeit erhalten, sich über alle Fragen der Tagesordnung vom klaren Standpunkt der marxistischen Lehre aus eine Meinung zu bilden.

In welchem Tempo entwickelt sich die Revolution gegenwärtig? Wann wird die Krise in den verschiedenen Ländern akut werden? Genosse Varga gibt uns das nötige Material zur Beantwortung dieser Fragen, soweit dies auf wissenschaftlicher Grundlage möglich ist. Er führt einen bürgerlichen Wirtschaftler an, der zugibt, daß „die jetzige Krise mit der Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft enden muß“. Der Zeitpunkt der Auflösung hängt nur von der verschiedenartigen Entwicklung der Krise in den einzelnen Ländern und von dem verschiedenen Charakter der Massen ab. Der zweite dieser beiden Faktoren, der „verschiedenartige Charakter der Massen“, gewährt den kommunistischen Parteien die Möglichkeit, die Revolution zu beschleunigen.

Wir kommen da zu den verschiedenen Fragen der Parteitaktik, die wahrscheinlich den größten Teil des Kongresses in

Anspruch nehmen und zu hitzigen Debatten führen werden. Was die italienische Frage anbelangt, so hoffen wir, daß die Gruppe Serrati der Forderung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nachkommen und sich der anerkannten Kommunistischen Partei Italiens anschließen wird. Die deutsche Frage wird nicht so leicht zu lösen sein. Ich brauche nicht zu fürchten, daß auch nur ein Mensch versuchen wird, den augenfälligen Verrat zu verteidigen, den Levi begangen hat, indem er seine Broschüre gegen die deutschen Arbeiter veröffentlichte zu einem Zeitpunkt, als diese für ihre dringendsten Lebensinteressen eintraten. Man wird jedoch die taktischen Fehler der Märzaktion offen zugeben und die nötigen Schlußfolgerungen daraus ziehen müssen. Ich persönlich hoffe jedoch, daß der Kongreß nicht zu sehr bemüht sein wird, die Irrungen der deutschen Arbeiter ans Tageslicht zu ziehen, deren elementare Erhebung die Sympathie aller Kommunisten verdient, welcher Ansicht sie über die Taktik der Partei auch sein mögen. Ich hoffe ferner, daß die Erörterungen zu einem Aufruf an die französischen und die britischen Arbeiter führen werden, die in diesem, wie in vielen anderen Fällen nicht die Solidarität mit den deutschen Arbeitern gezeigt haben, die man von ihnen erwarten durfte. Wenn sie die Arbeiter Mitteldeutschlands aktiv unterstützt hätten, so hätte die Empörung gegen Hörsing und Severing die Arbeitermassen ganz Deutschlands unzweifelhaft veranlaßt, der Streikaufrorderung der Kommunistischen Partei Folge zu leisten. In den Beziehungen zwischen den britischen, französischen und deutschen Arbeitern fehlt der internationale Geist. Die Kriegs Atmosphäre macht sich noch immer geltend, trotz des großen revolutionären Fortschritts, der sich in den sogenannten „siegreichen“ Staaten verzeichnen läßt. Es bedarf dringend eines engeren internationalen Zusammenwirkens. Auf diesem Gebiet kann der Kongreß große Dienste leisten. Wenn der Kongreß die Märzaktion in Deutschland nicht vom deutschen, sondern vom europäischen Standpunkt betrachten und beurteilen würde, so könnten überflüssige persönliche Reibungen vermieden werden.

In bezug auf Organisation ist die Kommunistische Internationale noch recht unvollkommen. Der III. Kongreß hat hier eine wichtige Aufgabe zu lösen. In erster Reihe muß ein engeres Zusammenwirken des Exekutivkomitees und der verschiedenen Parteien erzielt werden. Das Exekutivkomitee muß mehr Autorität erlangen, und seine Arbeit soll einen mehr kontinuierlichen Charakter tragen. Die bürgerliche Presse beschuldigt das Exekutivkomitee, daß es stets hinter den politischen und wirtschaftlichen Bewegungen aller Länder zurückbleibt. Wenn dies von der Wahrheit auch weit entfernt ist, so kann doch nicht geleugnet werden, daß das Exekutivkomitee nicht in solch ständiger Verbindung mit den anderen Ländern steht, wie es zu wünschen wäre. Die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder sind weit davon entfernt, einen Verlust ihrer „Autonomie“ oder eine Einmischung Moskaus zu fürchten; sie fühlen die Notwendigkeit, eine viel engere Verbindung mit dem Exekutivkomitee herzustellen als es bisher der Fall war.

Namentlich sind es zwei Unterabteilungen der Bewegung, die der III. Kongreß sozusagen auf völlig neuer Grundlage wird organisieren müssen: die kommunistische Frauenbewegung und die Jugendbewegung. Diese Fragen standen auf der Tagesordnung des II. Kongresses, wurden jedoch nicht erörtert. Auf diesem Kongreß darf ihnen nicht dasselbe widerfahren. Der Internationale Kommunistische Frauenkongreß wird wahrscheinlich vor dem Kongreß der Kommunistischen Internationale tagen. Der Frauenkongreß wird seine Anträge stellen, die der sorgfältigen Erörterung bedürfen. In der Jugendbewegung bestehen jetzt gewisse innere Reibungen, die dem Kongreß vorgelegt und von ihm beseitigt werden müssen. Es ist überaus wichtig, daß der kommunistischen Jugendbewegung ein bestimmter Platz in der Internationale angewiesen werde. Natürlich kann nicht davon die Rede sein, daß dieser Bewegung Unabhängigkeit gegeben wird. Die jungen Kommunisten müssen sich in nationalem, sowie in internationalem Maßstab der Disziplin und der Führung der Partei unterordnen. Die führenden

Grundsätze der Jugendbewegung müssen von dem Kongreß in besonderen Leitsätzen niedergelegt werden. Im Rahmen dieser Leitsätze wird die Bewegung die größtmögliche Aktionsfreiheit erhalten.

Dies sind die Hauptfragen, die der Kongreß behandeln muß. Und fürwahr, sie sind überaus wichtig und dringend. Sie tragen jedoch sämtlich eher einen Organisations- als einen Propagandacharakter. Der III. Kongreß wird daher keine solch hervorragende geschichtliche Rolle spielen wie der II. Kongreß. Andererseits jedoch wird es von der befriedigenden Lösung dieser Fragen abhängen, ob die Kommunistische Internationale in den entscheidenden Kämpfen, die die nächste Zukunft uns bringen wird, ihre feste Stellung behaupten wird.

Die wachsende Stumpfsinnigkeit der bürgerlichen Regierungen aller Länder erfordert, daß die kommunistischen Parteien sich jeden Augenblick für die Revolution bereit halten. Die wirtschaftliche Entwicklung hat nach dem Kriege ein solch fieberhaftes Tempo angenommen, daß die Welt tatsächlich schon jetzt unmittelbar vor der Gefahr eines neuen Krieges steht. Statt den Kapitalisten Europas unter die Arme zu greifen, legt Amerika all die Milliarden Dollar, die es im europäischen Kriege erbeutet hat, in Kriegsrüstungen gegen Europa an. In wenigen Jahren wird die amerikanische Flotte anderthalbmal so groß sein wie die britische. Die gesamte Wissenschaft, alle Laboratorien der Vereinigten Staaten werden zur Erfindung neuer, immer mehr verfeinerter Mordwerkzeuge herangezogen werden. Die Jingopresse setzt tausende und abertausende Druckmaschinen in Bewegung, um den Kriegseifer der Bevölkerung Amerikas aufzupeitschen.

Die jetzige Weltlage sieht der Lage im Jahre 1914 tatsächlich sehr ähnlich. Es besteht aber doch ein riesiger Unterschied. 1914 waren die Arbeiter der Welt nur scheinbar international zusammengeschlossen, in Wirklichkeit besaßen sie jedoch keine zuverlässige Internationale. Die Zweite Internationale war eine Internationale von Worten und Phrasen. Als der Krieg ausbrach, zeigte sie sich als rein bürokratischer Apparat,

dem es an Kraft, Geist und Führung gebrach. Es hatte den Anschein, als ob die Arbeitermassen hinter ihr stünden. Diese Massen waren aber durch keine tiefgehende Organisation zusammengeschweißt. Die Zweite Internationale war ein riesiges Mitgliederverzeichnis auf dem Papier, aber keine Kampfarmee. Die Massen, die die Kommunistische Internationale umspannt, lechzen nach revolutionärer Aktion. Die Führer dieser Massen sind ein revolutionärer Stab von Generälen, die im harten, siegreichen Kampf gegen den Weltkapitalismus ihre hervorragenden Fähigkeiten gezeigt haben. Die Führer des siegreichen Sowjetrußlands sind auch die Führer der Kommunistischen Internationale. Der Geist, der die russischen Arbeitermassen in ihrer Revolution beseelte und die werktätigen Massen der Welt ermutigte, den Angriffen ihrer eigenen Bourgeoisie beharrlich standzuhalten, ist auch der Geist der Kommunistischen Internationale.

Der III. Kongreß wird der kapitalistischen Welt beweisen, daß dieser Geist von Tag zu Tag nicht schwächer, sondern stärker wird. Das Gebäude der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist durch und durch verfault. Die Kommunistische Internationale ist der führende Baumeister der neuen Gesellschaft, die auf den Trümmern des Kapitalismus errichtet werden wird.

Moskau, im Mai 1921.

J. Friis.



Zum III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Schreiben

des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an alle proletarischen Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder ihr beizutreten wünschen.

Für den 1. Juni 1921 ist die Eröffnung des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau angesetzt. Wir haben den Kongreß um zwei Monate früher angesetzt, als dies durch die Statuten der Kommunistischen Internationale vorgesehen ist. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien sich mit uns darüber einig sind, daß die Interessen unserer Sache diese Beschleunigung erfordern.

In den neun Monaten, die seit dem zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vergangen sind, hat in einer ganzen Reihe von Parteien eine breite Diskussion über alle die Prinzipienfragen stattgefunden, die vom II. Kongreß aufgestellt wurden. In einer Reihe von Ländern ist die Klärung bereits so weit gediehen, daß zwischen den Kommunisten und den Anhängern des Zentrums der offene Bruch eintrat. In Deutschland, Frankreich, England, Schweden, Norwegen, Rumänien, Südslavien, Griechenland, in der Schweiz, in Belgien und anderen Ländern ist die Spaltung zwischen den Kommunisten und den Anhängern der Zweieinhalb Internationale eine vollzogene Tatsache. In anderen Ländern, wie in der Tschechoslowakei, ist die Spaltung eine Sache der nächsten Zukunft. In Italien haben die Kommunisten ihre selbständige Partei ge-

gründet. Aus der gegenwärtigen Sozialistischen Partei, die anerkannte Reformisten und schwankende Revolutionäre umfaßt, werden allmählich die gesunden proletarischen Elemente ausscheiden und sich offen der Kommunistischen Internationale anschließen. In Amerika ist die Einigung aller kommunistischen Gruppierungen nur mehr eine Frage der allernächsten Zukunft.

Die Kommunistische Internationale muß die Summe aller dieser Ereignisse in den genannten Parteien in Betracht ziehen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hatte während dieser Zeit höchst wichtige Entscheidungen zu treffen. Ueber diese Entscheidungen muß es vor der ganzen Kommunistischen Internationale Rechenschaft ablegen. Der III. Kongreß muß sich vor allem überlegen, in welchem Maße jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei tatsächlich all die Bedingungen erfüllt hat, die der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte. Denn es geht eine wichtige Tätigkeitsperiode der Kommunistischen Internationale zu Ende: Bis zu ihrem I. Kongreß hat die Kommunistische Internationale die Frühzeit, die Vorbereitungsperiode durchgemacht. Zwischen dem I. und II. Kongreß liegt die anfängliche Agitationsperiode. Die Kommunistische Internationale war zu dieser Zeit noch keine vollständige internationale Organisation, sie war nur eine Fahne, nur eine Losung. Die Periode zwischen dem II. und III. Kongreß ist die der verstärkten reinlichen Scheidung und Bildung tatsächlicher kommunistischer Parteien. Der III. Kongreß rechnet mit der ganzen geleisteten Arbeit ab und gibt der Kommunistischen Internationale die vollendete Organisation und abgeschliffene Taktik.

Die voraussichtliche Tagesordnung des III. Kongresses wurde von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zusammengestellt und in der Presse veröffentlicht.

Als erster Punkt dieser Tagesordnung steht die Berichterstattung des Exekutivkomitees. In den neun Monaten, die seit dem II. Kongreß vergingen, mußte das Exekutivkomitee an den Kämpfen und Spaltungen, die in einer Reihe von Parteien stattfanden, Anteil nehmen. Im Zusammenhang damit erhoben

sich natürlich da und dort Proteste gegen das Exekutivkomitee. Ob es die vom II. Kongreß aufgestellten Richtlinien richtig durchgeführt hat, das möge der III. Kongreß entscheiden. Die Kommunistische Internationale muß jedoch auf jeden Fall eine feste und bestimmte Ordnung festsetzen: Das Exekutivkomitee ist dem jedesmal bevorstehenden Weltkongreß unterstellt und Rechenschaft schuldig. An ihn kann über diese oder jene Entscheidung des Exekutivkomitees appelliert werden. Aber von Kongreß zu Kongreß liegt die völlige Leitung in den Händen des Exekutivkomitees. Seine Entscheidungen müssen erfüllt werden. Ohne dies ist ein Bestehen der Kommunistischen Internationale als zentralisierte und disziplinierte internationale Organisation unmöglich. Wenn sich die Kommunistische Internationale nicht umsonst Internationale der Tat nennen will, dann muß diese internationale Kampforganisation einen Stab und das Vertrauen haben, daß gegenüber diesem Stab nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat Disziplin herrschen wird.

Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale“. Die „Theoretiker“ der Internationale Zweieinhalb, Otto Bauer, Hilferding, Kautsky und Konsorten behaupten, daß es dem Kapital jetzt nach Beendigung des imperialistischen Krieges gelingen werde, einen gewissen wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand herzustellen, daß Europa auf der Grundlage einer friedlichen Einstellung des erneuerten „kapitalistischen“ Systems in die Phase einer tatkräftigen organisatorischen Entwicklung trete. Daraus ziehen die Führer der Internationale Zweieinhalb — wir sprechen gar nicht mehr von den Vertretern der II., offenkundig verräterischen Internationale — bestimmte praktische Schlußfolgerungen. Hieraus resultiert der ganze schamlose Uebergang aller dieser Parteien, wie der deutschen Unabhängigen oder der französischen Longuetisten, ins Lager der offenen Konterrevolution. Dem III. Weltkongreß obliegt die Aufgabe, auf der Grundlage genauer Erwägung der Tatsachen nach sorgfältiger Analyse der

wirtschaftlichen Krise mit ihrer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit und Verarmung der Massen, den Werktätigen der ganzen Welt die ungeheure Unwahrheit der reformistischen Illusionen und die Hilflosigkeit jener zu zeigen, die an die Zukunft des erneuerten Kapitalismus glauben und dem internationalen Proletariat die kleinbürgerliche Welterneuerungspolitik verkünden.

An dritter und vierter Stelle steht auf der Tagesordnung: „Die Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution und der Uebergangsperiode“ — Teilforderungen, teilweises Auftreten und endgültiger revolutionärer Kampf. In einer solchen Uebergangszeit, wie wir sie soeben in der revolutionären Bewegung durchleben, tauchen unausbleiblich zwei Neigungen auf: wenn wir vor der Revolution stehen, warum sollen wir dann noch Teilforderungen aufstellen, so sagen die einen; wenn wir Teilforderungen stellen können, warum sollen wir dann jedesmal das ganze Programm wiederholen, so sagen die anderen. Wir werden doch nicht unsere Kräfte in teilweisem Auftreten vergeuden. Wir werden sie zum letzten entscheidenden Endkampf sammeln — sagen die einen. Wir werden jede Gelegenheit ergreifen, um „aufzutreten“ — sagen die anderen. Der III. Weltkongreß wird die konkreten Erfahrungen der russischen Genossen vor der Revolution, die Erfahrungen der deutschen Arbeiter und der Proletarier der anderen Länder genau erwägen müssen. Der III. Kongreß muß eine scharfe taktische Linie für die kommunistischen Parteien schaffen, die sich sowohl vom Sektierertum als auch von dem Haschen nach vorübergehenden Erfolgen fernhält, aber doch zur Herstellung des festesten Bandes zwischen den kommunistischen Parteien und den breiten Proletariermassen und zur Aufrechterhaltung prinzipieller Charakterfestigkeit und Standhaftigkeit zu den Theorien des revolutionären Marxismus hinführen muß.

Punkt fünf und sechs sind der Beurteilung der internationalen Gewerkschaftsbewegung gewidmet. „Der Kampf gegen den Amsterdamer Gewerkschaftsbund und der Internationale

Rat der Roten Gewerkschaften". Dies ist einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung des III. Kongresses. Der Kampf im Lager der Gewerkschaftsbewegung ist voll entbrannt. Diese Entwicklung entscheidet den Ausgang des Kampfes zwischen der II. und III. Internationale, d. h. zwischen Kapital und Proletariat. In den Gewerkschaften sind jetzt Millionen von Proletariern vereinigt. Es gilt, das Proletariat auf unsere Seite zu bekommen. Die Taktik, kommunistische Zellen innerhalb der Gewerkschaften zu bilden, die vom II. Kongreß festgelegt wurde, hat ernstzunehmende Erfolge in Deutschland, Frankreich, England und anderen Ländern erzielt. Der Amsterdamer gelben Vereinigung sind die ersten harten Schläge versetzt worden. Die gelben Führer Amsterdams wanken und schwanken: heute sind sie zu Zugeständnissen bereit, und morgen schließen sie die Anhänger der Kommunistischen Internationale aus den Gewerkschaften aus. Dies ist ein sicheres Anzeichen ihres bevorstehenden völligen Bankrotts. Der III. Kongreß wird die Bilanz des Kampfes gegen die gelbe Amsterdamer Vereinigung ziehen und diesen für die Zukunft systematisieren. Aber die Hauptsache ist, daß der III. Kongreß gezwungen sein wird, die Wechselbeziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale und dem Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften genau festzustellen. Er wird bestimmen müssen, ob dies zwei parallele internationale Organisationen sein werden, wobei der Kommunistischen Internationale die leitende Rolle zufallen würde, oder ob wir nur eine Kommunistische Internationale haben werden, die nicht nur politische Parteien umfaßt, sondern auch alle proletarischen Organisationen überhaupt, die auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen, darunter auch die roten Gewerkschaften. Im letzteren Falle würde der Internationale Rat der Gewerkschaften nur eine Sektion der einheitlichen Kommunistischen Internationale sein. Viele „Für und Wider“ könnte man zugunsten jeder dieser beiden Entscheidungen anführen. Von dieser oder jener Entscheidung dieses Problems wird sehr vieles für den Ausbau

der internationalen Arbeiterbewegung abhängen. Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen müssen diese Frage allseitig und sorgfältig überlegen und ihre genau formulierte Entscheidung dem III. Kongreß vorlegen.

Der siebente und achte Punkt beschäftigen sich mit Organisationsfragen wie: Organisatorischer Aufbau der kommunistischen Parteien, Methoden und Inhalt ihrer Tätigkeit; organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Internationale und ihr Verhältnis zu den ihr angeschlossenen Parteien. Hier müssen zwei Gruppen von Fragen besprochen werden. Die erste Gruppe behandelt die Frage, wie jede einzelne kommunistische Partei aufgebaut sein muß. In Westeuropa ist sogar unter den kommunistischen Parteien zu beobachten, daß eine beständig funktionierende Parteiorganisation fast nicht existiert. Nur während der Wahlen und in ähnlichen Fällen traten alle Mitglieder der Partei einheitlich in Aktion. Regelmäßig funktionierende kommunistische Zellen von bestimmter Form in Fabriken und Werken, in Gruben und bei Eisenbahnen, in Dörfern und Betrieben, in Gewerkschaften und Genossenschaften haben die Parteien nicht. Ein strenges System der Unterordnung dieser Zellen unter die Parteizentralen ist nicht vorhanden. Und es ist keine ernst zu nehmende illegale Organisation vorhanden, die die legale ergänzen könnte. Dieser Lage muß ein Ende gemacht werden. Damit wird sich der III. Kongreß beschäftigen. Die zweite Gruppe der Organisationsfragen, mit denen sich der III. Kongreß befassen muß, behandelt die Frage, welches die Grenzen der Autonomie der einzelnen Parteien in bezug auf das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sind, wie die zentralisierte internationale proletarische Organisation aufgebaut sein muß, die in Wirklichkeit fähig ist, den internationalen Kampf des Proletariats zu leiten, was getan werden muß, damit die internationale Verbindung der einzelnen kommunistischen Parteien untereinander und zusammengenommen mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verbessert wird,

damit die letztere imstande ist, die ihr auferlegten Aufgaben, die mit jedem Tage wachsen, zu erfüllen.

Punkt neun behandelt eine wichtige Frage. Die Kommunistische Internationale hat die ersten Erfolge ihrer Arbeit unter den Völkern des Ostens zu verzeichnen. Der Kongreß der Ostvölker in Baku hat unzweifelhaft eine große geschichtliche Bedeutung. Auch der Kongreß der Völker des Fernen Ostens, der vorbereitet wird, wird keine geringe Rolle spielen. Der III. Kongreß wird an die Ostfrage nicht nur theoretisch herangehen müssen, wie dies zur Zeit des II. Kongresses der Fall war, sondern auch praktisch. Ohne Revolution in Asien gibt es keinen Sieg der proletarischen Weltrevolution. Dieser Gedanke muß zum geistigen Besitztum der kommunistischen Proletarier werden. Nur dann werden die kommunistischen Arbeiter in genügendem Maße ideell bewaffnet sein gegen den europäischen Opportunismus des Herrn Hilferding und anderer Helden der Internationale Zweieinhalb, die für die unterjochten Völker des Ostens nur ein Lächeln übrig haben.

Von ungeheurer Bedeutung wird Punkt zehn der Tagesordnung sein, der die Italienische Sozialistische Partei betrifft. Die Italienische Sozialistische Partei gehörte früher der Kommunistischen Internationale an; unter dem Einfluß der „zentristischen“ Agitation der Gruppe Serrati lehnte es jedoch der Kongreß dieser Partei in Livorno ab, die 21 Bedingungen zu verwirklichen, die der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale allen Parteien stellte. Die Gruppe Serrati, der sich die Mehrheit des Kongresses anschloß, wollte der Kommunistischen Internationale solche allbekannten Agenten des Kapitals aufdrängen wie die alten Reformisten Turati, Modigliani, D'Aragona, Treves und Konsorten, d. h. die italienischen Dittmann, Bernstein und Longuet.

Verbunden mit diesen Reformisten, die auf dem Kongreß von Livorno 14 000 Stimmen hatten, brachen die Führer des italienischen „Zentrums“, an dessen Spitze Serrati stand, mit 58 000 kommunistischen Proletariern. Serrati ist den vom

II. Kongreß gefaßten Beschlüssen untreu geworden. In Livorno gingen als moralische Sieger über das „Zentrum“ in Wirklichkeit die Reformisten mit Turati an der Spitze hervor. Die kommunistischen Arbeiter gründeten eine selbständige Kommunistische Partei. Unter solchen Umständen hielt es das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale für seine Pflicht, als einzige Sektion der Kommunistischen Internationale in Italien die junge Kommunistische Partei Italiens anzuerkennen und die Partei Serratis, die sich tatsächlich von den Beschlüssen des II. Kongresses losgesagt hat, aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen. Die Italienische Sozialistische Partei erhob Einspruch gegen diese Entscheidung der Exekutive und appellierte an den ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale. Auf eine solche Appellation hat jede Partei ein unzweifelhaftes Recht. Das Exekutivkomitee überläßt daher diesen Streit bereitwilligst der Entscheidung des III. Kongresses.

Das Exekutivkomitee, das die Sitten und Gewohnheiten der „zentristischen“ Führer kennt, die klaren Antworten auf schwierige Fragen gern aus dem Wege gehen, erklärte dem Zentralkomitee der Italienischen Sozialistischen Partei in einem besonderen Briefe folgendes:

1. Wir fordern Euch auf, am III. Kongreß teilzunehmen, und verlangen, daß Eure Delegierten des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale über alle Vollmachten verfügen, die notwendig sind, um dem III. Kongreß endgültige Antworten zu geben.

2. Wir fordern, daß Ihr deutlich und genau antwortet, ob Ihr mit dem Ausschluß der Gruppe „Critica Sociale“, d. h. Turatis, Treves und Konsorten, aus der Partei und der Kommunistischen Internationale einverstanden seid, denn nur dies ist die Ursache des Streites.

Die italienische Frage hat internationale Bedeutung gewonnen. In Deutschland klammerte sich die Gruppe Levis, die schon lange etwas in der Art eines rechten Flügels der Kommunistischen Internationale zu schaffen suchte, an den italienischen

Streit und versicherte, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale in dieser Frage „taktische“ Fehler begangen habe, daß die Exekutive „mechanische“ Spaltungen predige und dergleichen.

Der III. Kongreß wird in dieser Frage volle Klarheit schaffen, wird sie auf die nötige prinzipielle Höhe bringen, von allem Kleinlichen und Zufälligen reinigen und jedem und allen sagen, daß derjenige, der die 21 Bedingungen nicht tatsächlich erfüllt, nicht Mitglied der Kommunistischen Internationale sein kann.

Der Märzaufrstand der deutschen Kommunisten verursachte in der V. K. P. D. ernsthafte Zerwürfnisse. Levi wurde aus der Partei ausgeschlossen, und die Exekutive der Kommunistischen Internationale hieß diesen Ausschluß gut. Ohne Zweifel fällt dem III. Kongreß die Aufgabe zu, sich mit den taktischen Problemen, die sich aus dem Märzaufrstand ergeben haben, zu beschäftigen.

Auf der Tagesordnung des III. Kongresses steht außerdem noch die Frage der Stellungnahme zur K. A. P. D. Diese Partei muß endgültig sagen, ob sie sich der internationalen Disziplin unterwirft oder nicht.

Und schließlich stehen auf der Tagesordnung des III. Kongresses die Fragen der Frauenbewegung, der Jugendbewegung usw.

Endlich entschloß sich die Exekutive der Kommunistischen Internationale, in dieser oder jener Form die äußerst wichtige Frage der Wirtschaftspolitik und der allgemeinen Lage in Sowjetrußland, der ersten Republik, in der das Proletariat die Macht erobert hat, auf die Tagesordnung des III. Kongresses zu setzen.

Wir bitten alle Parteien und Verbände, die der Kommunistischen Internationale angehören oder ihr beizutreten wünschen, sofort über die Fragen der Tagesordnung des III. Kongresses eine weitgehendste Diskussion sowohl in der Presse als auch in den Versammlungen zu veranstalten. Wir bitten weiter, die Frage der Wahlen für diesen Kongreß schon jetzt in den Vorder-

grund zu stellen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat einstimmig beschlossen, allen Parteien vorzuschlagen, daß

1. die Delegationen für den Kongreß womöglich recht zahlreich an Mitgliedern sein sollen,

2. unter den Delegierten ein Drittel der Zentrale der Partei angehören, zwei Drittel der Delegierten aber aus den größten örtlichen Organisationen, die mit den Arbeitermassen in ständiger Verbindung sind, bestimmt werden müssen. Diesem letzteren legen wir großen Wert bei.

Es ist notwendig, daß auf dem Kongreß möglichst viele Arbeiter erscheinen, die am unmittelbarsten die Stimme der Arbeitermasse wiedergeben.

Die vorbereitende Arbeit, vorläufige Beurteilungen usw. ist nicht minder wichtig als der Kongreß selbst. Die Entscheidungen des III. Kongresses müssen in vielen hunderten von Versammlungen von den Arbeitern vorbereitet und erwogen werden. Es bleibt wenig Zeit übrig, deshalb an die Arbeit!

Mit kommunistischem Gruß!

*Der Vorsitzende des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.*

G. Sinowjew.

Die Mitglieder:

Rußland: Lenin, Trotzki, Bucharin, Radek.

Frankreich: Rosmer.

England: Quelch, Bell

Oesterreich: Steinhardt.

Ungarn: Bela Kun, Rudnyanszky, Varga.

Polen: Walecki.

Bulgarien: Dimifrow, Popow, Schablin.

Amerika: Wm. Haywood, John Crosby.

Finnland: Kuusinen, Manner, Rajja.

Holland: Jansen.

Norwegen: Friis.

Schweiz: Itschner.

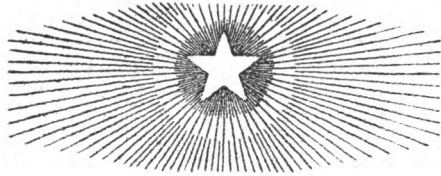
Georgien: Zschakaja.

Lettland: Stutschka.

Persien: Sultan Sade.

Internationaler Jugendverband: Schatzkin.

Die Exekutive bittet alle Parteien und Verbände, durch ihre Delegierten genaue schriftliche Berichte über die Tätigkeit der Parteien im abgelaufenen Jahre zu senden. Ferner bittet sie alle Parteien, aus ihrer Mitte Berichterstatter über verschiedene Punkte der Tagesordnung des Kongresses zu bestimmen und Entwürfe von Thesen und Resolutionen zu diesen Fragen vorzulegen.



„Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Aus MARX-ENGELS:
„Das Kommunistische Manifest“.

Ein Jahr des Kampfes.

Fast ein ganzes Jahr liegt zwischen dem Zweiten und dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale — ein Jahr voll Kampf und schwerer Prüfungen für die vorgeschrittenen Proletarier aller Länder, zugleich aber auch ein Jahr der Konsolidierung unserer Kräfte, des Zusammenschlusses unserer Reihen, der geistigen Selbstbestimmung einer ganzen Anzahl Arbeiterparteien.

Beginnen wir mit Rußland. Mit tiefster Aufmerksamkeit verfolgt der kommunistische Teil des russischen Proletariats die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den anderen Ländern; mit begreiflicher Ungeduld sieht er der Entfaltung der Weltrevolution entgegen. Die Vorhut der russischen Arbeiter ist sich aber auch bewußt, daß Sowjetrußland selbst einen bedeutenden Teil dieser Weltrevolution vorstellt. Sie weiß, daß schon allein die Erhaltung der Sowjetmacht und die Festigung der Arbeiterdiktatur in Rußland einen gewaltigen Sieg der proletarischen Weltrevolution bedeutet. Dieses Jahr war für die Kommunistische Partei Rußlands reich an wichtigen Lehren.

Zur Zeit des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale standen die Truppen Sowjetrußlands einige zwanzig Werst vor Warschau. Danach kehrte das Kriegsglück uns den Rücken. Die Mißerfolge an der polnischen Front ließen Wrangel erstarken. Der Krieg gegen Wrangel hat Rußland das Leben vieler Tausende kommunistischer Arbeiter gekostet.

Der Bürgerkrieg ging zu Ende. Neue Schwierigkeiten stellten sich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem friedlichen Aufbau ein. Das Wirtschaftsleben Rußlands ist durch den vierjährigen imperialistischen Krieg und den dreijährigen Bürgerkrieg in fürchterlichen Verfall geraten. Die Einrenkung

des Verpflegungs- und des Verkehrswesens bot unendliche Schwierigkeiten. Es war wahrlich keine leichte Aufgabe für die Kommunistische Partei Rußlands, gegen diese Hindernisse anzukämpfen.

An diesem Wendepunkt konnte es im Innern der Kommunistischen Partei Rußlands begreiflicherweise nicht ohne Meinungsverschiedenheiten abgehen. Es entspann sich ein gewaltiger Streit in der Partei über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der jetzigen Uebergangsperiode. Tatsächlich handelte es sich dabei nicht nur um die Rolle der Gewerkschaften, sondern auch um die Beziehungen der Partei und der breiten parteilosen Massen zueinander, um das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft in der gegenwärtigen Revolution, um die Methoden zum Aufbau der proletarischen Partei in der Epoche der Diktatur usw. Diese Streitigkeiten wühlten die gesamte Kommunistische Partei Rußlands bis ins tiefste Innere auf. Wie zu erwarten war, ging sie jedoch nur noch mehr erstarkt und geschlossen daraus hervor.

Die Sowjetmacht hat im Laufe dieses Jahres eine ganze Reihe von Friedens- und Handelsverträgen abgeschlossen, die ihr die Möglichkeit geben, mit größerer Ruhe an den friedlichen Aufbau heranzutreten und den internationalen Warenaustausch zum mindesten teilweise wiederherzustellen. Auf die Anregung der Kommunistischen Partei hin hat die Sowjetmacht ihre Stellungnahme zur Bauernschaft überprüft. Sie hat in der Form der bekannten Dekrete über die Naturalsteuer eine möglichst realistische Richtlinie auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands — eines Landes, in dem die politische Macht dem Proletariat gehört, in dem aber zugleich die Kleinbauernwirtschaft vorherrscht und das von einer kapitalistischen Mauer umgeben ist — vorgezeichnet. Mögen die Helden der Zweiten und der Zweieinhalb „Internationale“ es in die Welt hinaus-schreien, daß dieser Umschwung in der Politik der Sowjetmacht mit dem Verzicht auf den Kommunismus gleichbedeutend sei — jeder ehrliche, klassenbewußte Arbeiter Europas und Amerikas ist sich darüber im Klaren, daß es tatsächlich kein Verzicht auf

den Kommunismus ist, sondern der einzige praktische und reale Weg zur allmählichen, aber nichtsdestoweniger beharrlichen Festigung der kommunistischen Ordnung in Rußland.

Die Sowjetmacht hat mit der Abrüstung der Roten Armee begonnen. Es liegt ein großer moralischer Sieg der Kommunistischen Partei Rußlands darin, daß sie es vermocht hat, eine mächtige proletarische Armee zu schaffen, mit Hilfe dieser Armee zahlreiche Feinde zu besiegen, und daß sie nun den Augenblick erlebt, wo diese Armee entlassen werden kann. Der Erfolg, mit dem die Abrüstung der ersten proletarischen Roten Armee der Welt verläuft, ist für die Kommunistische Internationale von größerem Wert, als manche große Schlacht, die sie gewonnen hat. Was auch kommen möge, welche Schwierigkeiten der Kommunistischen Partei Rußlands auch noch entstehen mögen — und die Kronstädter Ereignisse haben gezeigt, wie groß diese Schwierigkeiten noch sind —, so dürfen wir doch, ohne der Prahlerei geziehen zu werden, behaupten, daß in dem einen Jahre, das zwischen dem Zweiten und dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale liegt, die Sowjetmacht und mit ihr auch die Kommunistische Partei Rußlands ungeheuer erstarkt sind und noch fester Wurzel gefaßt haben.

Auch in einer ganzen Reihe anderer Länder sind die kommunistischen Parteien herangewachsen, erstarkt, mannhaft geworden. Dem Spießbürger, dem Philister, dem Helden der Internationale Zweieinhalb erscheint das, was im letzten Jahre in den Reihen der internationalen Arbeiterbewegung vorgegangen ist, als undurchdringliches Chaos: Ueberall Spaltungen — sagt unser Spießbürger —, allerorts erbitterter Streit, nirgends Ordnung, nirgends Gehorsam; die alten Führer werden verjagt usw. Das verflossene Jahr war aber nur dem Aeußeren nach eine Zeit endloser Streitigkeiten, Spaltungen, innerer Kämpfe. Dem Wesen nach war es ein Jahr, in dem die Befreiung des Proletariats von der alten, tötenden, gegenrevolutionären Ideologie der Sozialdemokraten mit großem Erfolg vorwärts schritt. Ziehen wir das allgemeine Fazit des Jahres: Die Differenzierung

in der Arbeiterbewegung nähert sich ihrem Ende; die Spreu ist vom Weizen gesondert, der Schutt ist herausgefegt, die Arbeiterklasse hat sich selbst gefunden, die vorgeschrittenen Arbeiter der ganzen Welt haben eine richtige Orientierung erhalten. Sie haben das Blei abgeschüttelt, das ihnen an den Füßen hing, sie haben es verstanden, kommunistische Parteien zu schaffen, die fast vollständig von dem Ballast der sozialdemokratischen, pazifistischen und ähnlichen spießbürgerlichen und gegenrevolutionären Elementen befreit sind.

In Deutschland verlief die Spaltung in besonders klassischer Form. Der Parteitag in Halle eröffnete eine ganze Serie gleichartiger Kongresse, auf denen die Arbeiter durch Abspaltung von den Anhängern des „Zentrums“ einen günstigen Boden zur Bildung wahrhaft kommunistischer Parteien schufen. Die Bedeutung dieser Spaltungen entging den Spießbürgern des Sozialismus vollständig. Noch vor kurzem bekamen wir einen Artikel von Ledebour zu Gesicht, in dem er wehklagt, daß infolge der Spaltung die U. S. P. und die V. K. P. D. zusammen heute unvergleichlich schwächer seien, als die U. S. P. allein vor Jahresfrist war. Armer Ledebour! Trotz seines grauen Schopfs begreift er noch immer nichts von alledem, was vor seiner Nase vorgeht. Es entzieht sich auch seinem Verstande, daß die V. K. P. D. allein heute ein zehnmal größerer revolutionärer Faktor ist, als vor einem Jahre die U. S. P., in der die gegenrevolutionären Kräfte den revolutionären in einem solchen Verhältnis gegenüberstanden, daß die Addition von + a und — a eine runde Null ergab.

Auch in F r a n k r e i c h ist es zu einer Spaltung gekommen. Die alte Vereinigte Sozialistische Partei Frankreichs hat ein halbes Hunderttausend ihrer Mitglieder verloren, die nach rechts abgeschwenkt sind. Der Sozialpazifist Longuet hat sich mit dem Sozialverräter Renaudel vereinigt. Ist es aber nicht jedem klar, daß dank dem offenen Uebergang der Longuetisten und ihrer Verbündeten in das Lager der Bourgeoisie die Partei der französischen Kommunisten, von diesem Ballast befreit, stärker geworden ist? Die weitsichtigsten französischen Bourgeois legen

sich darüber vollkommen Rechenschaft ab. Ein neuer Wind weht in Frankreich. Die Arbeiter fassen wieder Vertrauen zur Idee einer politischen Arbeiterpartei. Wenn der Kristallisierungsprozeß der Kommunistischen Partei in Frankreich auch noch lange nicht beendet ist, so ist doch bereits ein Riesenschritt vorwärts getan worden.

Und Italien! Hier erfolgte die Spaltung in einer dem Außen nach für den Kommunismus denkbar ungünstigen Form. Die Mehrheit der Sozialistischen Partei Italiens erwies sich jenseits der Grenzpfähle der Kommunistischen Internationale. Es fanden sich kurzsichtige Kommunisten mit schwachen Nerven, die hierin eine Niederlage der Kommunistischen Internationale sehen wollten. Ueber die italienische Frage werden wir uns auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale noch gründlich auseinandersetzen. Eines aber ist schon jetzt klar: Es sind noch nicht mehr als 2 bis 3 Monate verfllossen, und schon beginnt in der Serratinischen Sozialistischen Partei Italiens ein tiefer Gärungsprozeß. Mit jedem Monat werden immer neue Tausende und Zehntausende Arbeiter auf die Seite der Kommunistischen Partei Italiens übergehen. Nur auf diesem schwierigen Wege konnte man das schwere, schmachvolle Erbe der friedlichen Periode der alten Sozialdemokratie abschütteln, in der solche Agenten der Bourgeoisie wie Turati, D'Aragona und Konsorten in den Reihen der Arbeiterparteien geduldet wurden. Nur auf diesem kostspieligen Wege konnte man die italienische Arbeiterbewegung von dem zersetzenden Einfluß solcher Leute wie Serrati befreien, der die Schamlosigkeit besitzt, den Arbeitern im Jahre 1921 zu erklären, daß sie die italienischen Menschewiki in ihren Reihen dulden und sie mit sich in die Kommunistische Internationale ziehen müssen.

Gleichartige tiefe Differenzierungsprozesse gingen im Laufe dieses Jahres in Ländern wie die Schweiz, Spanien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien und Rumänien vor sich. Jetzt besitzen wir dort mehr oder weniger starke kommunistische Parteien, während diese Länder vor

einem Jahre bestenfalls kleine Gruppen geistiger Anhänger des Kommunismus aufwiesen.

In England ist es in diesem Jahre gelungen, all die einzelnen kommunistischen Gruppen und Parteien, die einander vorher befehdet haben, zu vereinigen. Die Verhaftungen und die übrigen Repressalien, die die englische Bourgeoisie auf unsere englischen Genossen herabregnen ließ, liefern einen Beweis dafür, daß der Kommunismus in Großbritannien auf dem Wege zur Erstarkung ist.

Auch in Amerika rückt der Zusammenschluß der kommunistischen Kräfte näher. Die Kommunistische Internationale wird alles daransetzen, um die Bildung einer einheitlichen kommunistischen Partei in Amerika zu erzielen.

Kurz vor dem III. Kongreß ist auf dem Parteitag in Prag eine einheitliche, mächtige Kommunistische Partei der Tschechoslowakei gebildet worden, die über 350 000 Mitglieder zählt. Die Kommunistische Internationale hatte in der Tschechoslowakei mit vielen Extraschwierigkeiten zu rechnen. Es war kein Leichtes, den Nationalismus in diesem Lande zu überwältigen. Umso wertvoller ist der große moralische Sieg, den die Kommunistische Internationale in der Tschechoslowakei davongetragen hat.

Kein volles Jahr ist seit dem II. Kongreß ins Land gegangen, und doch können wir ruhig sagen: Es gibt keinen Flecken auf der Erde, wo Arbeiter leben und wo es keine Kommunisten gäbe. In Argentinien und in Brasilien, in Japan und in China, in Bucharasowie in Turkestan, in Finnland und in Estland, in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien, in Bulgarien → allerorten haben wir jetzt organisierte kommunistische Parteien, die mit jedem Monat wachsen.

Der III. Weltkongreß tritt zu einer Zeit zusammen, wo reaktionäre Wolken den gesamten europäischen Horizont bedecken. Das internationale Kapital geht auf der ganzen Front zum Angriff gegen die Arbeiter über. Millionen Arbeitsloser hungern, Tausende und Abertausende Kommunisten schmachten

in Gefängnissen. Fast in jedem kapitalistischen „Kulturstaat“ richtet die Bourgeoisie Banden von Halsabschneidern ein — die Fascisten in Italien, die Orgesch in Deutschland, verschiedene bürgerliche Ligen in Frankreich, die gedungenen Banden in Amerika, die eigens zur Aufgabe haben, so viele kommunistische Arbeiter wie möglich umzubringen. Der allgemeine Grundton des Bildes ist der Triumph der Weltreaktion. Und schon fällt den Herren Unabhängigen und den übrigen Anhängern der Zweieinhalb „Internationale“ das Herz in die Hosen, schon weissagen alle „Theoretiker“ der Zweiten und der Zweieinhalb „Internationale“: Kautsky, Hilferding, Bauer, Longuet, Martow und Konsorten dem „friedlich erneuerten“ Kapitalismus ein langes Leben, schon jetzt sinken dieselben Herren Unabhängigen, die noch vor etwa einem Jahr fast wie die Löwen brüllten, daß sie „auch“ für die proletarische Diktatur seien, vor ihren Regierungen in die Knie.

Die Kommunistische Internationale weiß es: Der Angriff des Kapitals wird zurückgeschlagen werden. Der Kapitalismus muß und wird untergehen. Ein dauerndes Gleichgewicht kann die Bourgeoisie nicht herstellen. Die Weltrevolution rückt näher; sie wird kommen. Dies ist unvermeidlich, steht unerschütterlich fest, ist der Ausgangspunkt des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

„Ihr habt im Laufe dieses Jahres aber doch nur eine Niederlage nach der anderen erlitten!“ rufen uns die Philister aller Herren Länder zu. „In der Tschechoslowakei wurdet Ihr während des Generalstreiks geschlagen, in Jugoslawien habt Ihr eine Niederlage erlitten und habt zeitweilig sogar illegal arbeiten müssen, in Italien ist die Besizergreifung der Betriebe im Sande verlaufen, in England wird der Grubenarbeiterstreik von niemandem unterstützt, in Deutschland habt Ihr Putsche veranstaltet und seid ebenfalls geschlagen worden!“ So sagen uns die Herren Menschewiki. Ueber die Märzaktion der K. P. D. werden wir noch auf dem Kongreß sprechen. Hier sei nur bemerkt, daß Herr Martow ganz recht hatte, als er in der Zeitung Hilferdings in einem Artikel über die Maifeier in

voller Solidarität mit Paul Levi ausführte, daß die März-bewegung in Deutschland nur ein Teil der Bewegungen gewesen sei, die die Kommunistische Internationale in den oben-erwähnten Ländern in diesem Jahre erlebt hat.

Ja, Ihr Herren Spießbürger! Weder in Jugoslawien noch in der Tschechoslowakei, in Italien, England oder Deutschland hat unsere Bewegung vorläufig Erfolg gehabt. Nicht ein, sondern viele Male werden wir in diesem oder jenem Land noch teilweise Niederlagen erleiden. Der Kampf wütet aber trotzdem; mit jedem Tage lodert er heller auf. Wenn wir den Weg überblicken, den unsere Parteien im Laufe dieses Jahres zurückgelegt haben, so können wir mit Recht auf unsere Erfolge stolz sein. Die ganze bürgerliche Welt hat sich gegen uns zusammengeschlossen. Nicht nur die sozialdemokratischen, auch die sogenannten unabhängigen Parteien sind restlos zur bürgerlichen Reaktion übergegangen. Und trotz alledem wächst die Kommunistische Internationale immer mehr und bereitet sich vor, der bürgerlichen Welt einen Schlag zu versetzen, von dem der Kapitalismus sich nicht mehr erholen wird.

Auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hatten wir mit zweierlei Opposition zu rechnen: mit einer von rechts und einer von links. Die rechte Opposition war hauptsächlich durch die Delegation der damals noch einigen U. S. P. D. vertreten. Zu jener fernen Zeit — ist doch seither ein ganzes Jahr verflossen, in unseren Zeiten aber zählt ein Jahr mindestens so viel wie ein Jahrzehnt — hofften die deutschen Unabhängigen, die französischen Longuetisten, die Schweizer Sozialdemokraten, die italienischen Reformisten und Halbreformisten und ähnliche Herren, daß sich für sie in der Kommunistischen Internationale ein Plätzchen finden würde. Jetzt haben alle diese „Auch“-Sozialisten Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, daß sie ihre Spaziergänge anderswohin werden machen müssen. Der italienische Reformist, der Tausendsasa Modigliani, hatte ganz Recht, als sich ihm auf dem Kongreß in Reggio Emilia die folgenden Worte entzogen: „Wir müssen den Fetisch der Kommunistischen Internationale er-

örtern. Der Kongreß in Bologna hat sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen, so wie sie damals war... Jene Internationale war aber nicht die heutige“.

Das ist es eben, Ihr Herren Reformisten!

Ja, Ihr Herren Modigliani aller Länder, die Kommunistische Internationale ist eine ganz andere Institution geworden, als das, was Ihr aus ihr machen wolltet. Jetzt habt Ihr Euch überzeugt, daß der Kommunistischen Internationale beizutreten lange nicht dasselbe ist, wie auf ein paar Tage in einem komfortablen Hotel Wohnung zu nehmen, um nachher auszuziehen und sich in einem anderen, ebenso komfortablen Gasthaus niederzulassen. Von den Parteien, die vor einem Jahre der Kommunistischen Internationale zustrebten, konnten wir bloß das gesundeste, wahrhaft revolutionäre proletarische Element aufnehmen. Die übrigen haben wir beiseite geworfen oder sie sind selbst davongerannt, als ob man sie mit siedendem Wasser übergossen hätte. Wie es vor einem Jahr bei den Herren Reformisten und Halbreformisten fast zur Mode geworden war, in die Kommunistische Internationale zu streben, so ist es bei denselben Elementen jetzt zur Mode geworden, sich vor der Kommunistischen Internationale zu bekreuzigen und sie anzubellen. Wenn wir schon wählen müssen, so ziehen wir Sünder das letztere vor.

Gegen Ende des Berichtsjahres traten immer deutlicher die Versuche gewisser schwankender Anhänger der Kommunistischen Internationale zutage, im Innern der Kommunistischen Internationale einen rechten Flügel zu bilden. Es genügt, solche Namen zu nennen, wie Serrati (Italien), Robert Williams (England), Paul Levi (Deutschland), Smeral (Tschechoslowakei), Strasser (Oesterreich). Es sind ganz verschiedene Leute mit verschiedenen Traditionen und verschiedenen Auffassungen; ein gewisses Etwas haben sie jedoch gemeinsam. Der III. Kongreß wird es verstehen, dem Versuch, einen rechten Flügel der Kommunistischen Internationale zu bilden, gleich zu Anfang dieses schmerzhaften Prozesses ein Ende zu machen.

Die sogenannte „linke“ Opposition war auf dem II. Kongreß durch die holländischen Marxisten, die Gruppe Sylvia Pank-

hursts, zum Teil durch die Delegierten der Shop Steward Committees von England und Amerika, durch einige syndikalistische Gruppen und durch die Gruppe der K. A. P. D. vertreten. Der II. Kongreß trat behutsam an diese linke Opposition heran. Er verstand es, diese linken Genossen über alle ihre Mißgriffe aufzuklären und mit vielen dieser Gruppen eine revolutionäre Zusammenarbeit zu erzielen. Ein einziges Jahr ist vergangen. Ein recht bedeutender Teil dieser linken Elemente ist von der Kommunistischen Internationale restlos assimiliert worden.

Die Taktik der Bildung kommunistischer Parteizellen in den Gewerkschaften hat sich durchaus bewährt und hat in Frankreich, in Deutschland und in England vorzügliche Ergebnisse gezeitigt. Der beste Teil der französischen Syndikalisten ist aufrichtig zur Kommunistischen Internationale übergegangen. Es wird erwartet, daß die italienischen und die spanischen Syndikalisten ebenso handeln werden. Die Anhänger der britischen Shop Steward Committees und die Gruppe Sylvia Pankhurst bilden nun Bestandteile der Vereinigten Kommunistischen Partei Großbritanniens. Mit dem besten Teil des Verbandes der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) wird die Kommunistische Internationale aller Voraussicht nach in voller Harmonie zusammenarbeiten können. Unsere linken englischen Genossen mußten einsehen, und wir sind überzeugt, daß sie es eingesehen haben, daß wir in der Frage ihrer Zugehörigkeit zur englischen Arbeiterpartei (L. P.) Recht hatten. Die sozialverräterischen Führer dieser Partei begannen selbst, unsere Genossen aus der Labour Party zu verjagen, und haben dadurch den besten Beweis dafür geliefert, daß wir im Recht waren.

Trotzdem werden wir auf dem III. Kongreß noch einmal mit der sogenannten linken Opposition, oder vielmehr mit ihren Ueberresten zu tun haben. Vor uns liegt eine Broschüre, betitelt: „Der Weg Dr. Paul Levis — der Weg der V. K. P. D.“. Sie ist von der K. A. P. D. nach den Märztagen 1921 herausgegeben worden. Diese Broschüre, die zweifelsohne aus der Feder Hermann Gorters stammt, zeigt, daß es unter den Anhängern der K. A. P. D. unverbesserliche Schwätzer

gibt, mit denen die Kommunistische Internationale beim besten Willen nicht auf demselben Wege wandeln kann. Gorter und seine Freunde aus der K. A. P. D. behaupten mit ernster Miene, daß keine Partei, „solange sie eine Massenpartei ist, eine revolutionäre Partei sein kann“. Mit demselben Ernst wirft dieser Kautz der Kommunistischen Internationale vor, daß sie in Halle, in Tours und sogar in Florenz „in ihrer Jagd nach den Arbeitermassen“ angeblich zu sehr nach rechts gegangen sei. Wenn man Gorter glauben soll, so gibt es in der ganzen Kommunistischen Internationale „mit einer einzigen Ausnahme“ (wörtlich zitiert) keine einzige wahrhaft kommunistische Partei. Gorter spricht es nicht aus, welche Partei er eigentlich als diese glückliche Ausnahme betrachtet, ob er die Kommunistische Partei Hollands meint, die im Laufe von 20 Jahren ganze 2000 Mitglieder angeworben hat, oder die K. A. P. D., deren Mitgliederzahl jetzt nicht viel größer ist.

Sollten die Genossen aus der K. A. P. D. allen Ernstes auf diese „Ideen“ bestehen, so werden sie sich rettungslos kompromittieren und sich in der Kommunistischen Internationale unmöglich machen.

Ein Jahr des Kampfes liegt hinter uns. Die gewaltige ideelle Arbeit ist ihrer Vollendung nahe. Die prinzipielle Sichtung, die ideell-politische Differenzierung wird abgeschlossen. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die geleistete Arbeit durch Organisation zu festigen. In der Zeit vom Ersten bis zum Zweiten Kongreß war die Kommunistische Internationale bloß eine Propagandagesellschaft. Auf dem Zweiten Kongreß wurden die Grundlagen der kommunistischen Taktik festgesetzt. Zwischen dem Zweiten und dem Dritten Kongreß ging in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt ein heißer Kampf zur Verteidigung dieser Grundlagen vor sich. Der Dritte Kongreß wird das bereits Eroberte festigen und der Kommunistischen Internationale eine vollendete, in bezug auf Organisation genau bestimmte Struktur verleihen. — Nach dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale wird jeder Delegierte und mit ihm auch jeder

klassenbewußte kommunistische Arbeiter sich sagen: Die taktischen Grundlagen sind ausgearbeitet und gefestigt; das Programm ist in seinen Hauptzügen niedergelegt; in der ganzen Welt sind kommunistische Parteien geschaffen worden; die Organisationsgrundlagen zur Existenz der Kommunistischen Internationale sind da; und nun auf, zur Arbeit!

Wenn die Kommunistische Internationale in der Zukunft ebenso rasch wachsen wird wie bis jetzt, so bleibt der Weltbourgeoisie wahrlich nur eine kurze Atempause. Gar bald wird der Sieg unser sein, und zwar früher, als mancher unter uns erwartet.

Den 24. Mai 1921.

G. Sinowjew.



Die revolutionäre Lage in Deutschland.)*

Erst im Verlauf der Auswirkung der Kriegsfolgen nach Beendigung des Krieges geht allmählich breiteren Massen der Sinn des Krieges und der Revolution auf. Nichts ist charakteristischer für diese Tatsache, als das völlig sinn- und gedankenlose Fortwursteln der an die Regierungsmacht gelangten S. P. D.- und U. S. P.-Führer. Das grauenhafte Gemisch gequälter Phrasen über Freiheit, Demokratie, Wilson-Frieden, Sozialisierung und Rätssystem ist das Kennzeichen für die völlige Verwirrung und Hilflosigkeit dieser Politikanten und der Massen, die diesen Hanswursten die Regierungsgewalt überließen. Die blöden Losungen: „Nur die Arbeit kann uns retten“, „die Sozialisierung marschiert“, „Verankerung der Räte in der Verfassung“, die Hoffnung auf die allein seligmachende Nationalversammlung und was dergleichen an blühendem Unsinn auftauchte und wieder verschwand, das macht diese Seite der Dinge zur tollen Burleske.

Die Tätigkeit beginnt mit dem Golgathaweg des revolutionären Erwachens des deutschen Proletariats. Grauenhaft ging allen denen, die diese Zeiten mit marxistisch geschultem Blick miterlebten, der Sinn der Sätze des „18. Brumaire“ von K a r l M a r x über den Verlauf der proletarischen Revolution auf. An der Macht saßen nach dem Willen des Volkes gedankenlose Kretins, piffig schlaun wollende Routiniers der alten sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Sie stolperten von einer Katastrophe in die andere; weil sie, bei jedem revolutionären, schöpferischen Gedanken, naturgemäß beim ersten Grollen der sozialen Triebkräfte der Revolution, bei den wie ein Sturmwind losbrechenden ökonomischen Streiks der Massen sich furchtsam nach Hilfe bei den alten kapitalistischen Machthabern umsahen, die alte Militärbestie, die alten kapitalistischen Machtmittel, Belagerungszustand, weißen Schrecken, Tod und Vernichtung wider die Arbeiterklasse losließen. In ihrem kleinbürgerlich ängstlichen Anlehnungsbedürfnis schrien sie den Arbeitern entgegen: „Die

*) Wir bringen hier einen Auszug aus der Broschüre des Gen. Brandler zur Märzaktion.

Revolution darf in keine Lohnbewegung ausarten. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht." Sie schafften Ruhe, wie Gallifet Ruhe geschaffen hatte. Die Ruhe des Friedhofs über 20 000 gemordeten Revolutionären, gemordet von der ersten Arbeiterregierung Deutschlands. Die gedankenlose Angst, ohne das Bürgertum nicht produzieren zu können, das ist der Urgrund ihrer Feigheit, ihres Arbeiterverrates und ihres Arbeitermordes. In den Massen fehlte das sieghafte revolutionäre Selbstvertrauen, denn der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte trat freiwillig seine Macht ab in die Hände der „Konstituierenden Nationalversammlung“. Die alten Marxveteranen, die Kautsky und Co., die über ein Menschenalter lang gewohnt und geübt waren, über die Probleme des Sozialismus mehr oder weniger geschickt zu philosophieren, erschrakten und bekamen es ebenfalls mit der Angst, als sie den Problemen der sozialistischen Neuschöpfung in der harten Wirklichkeit gegenüber standen. Diese Marxpfaffen stießen bei ihrem raschen Rückzug auf die zuerst davongelaufenen Klopffechter und Routiniers. Das chaotische Durcheinander, die sozialdemokratische Verwirrungskomödie erreichten ihre Vollendung. Die Bestürzung in den Reihen dieser „neuen Männer“ der „sozialistischen Regierung“ benutzen natürlich die alten herrschgewohnten Machthaber, um sich wieder fest in den Sattel zu setzen. Die Schwankenden und auf den Sozialismus hoffenden Arbeiter und Mittelschichten, die die „neuen Männer“ gewählt hatten, verließen fluchtartig das Lager dieses „Sozialismus“ und schwenkten ins offene gegenrevolutionäre Lager ein.

Angesichts dieser Tatsachen konnte an Stelle der durch den verlorenen Krieg zusammengebrochenen, halbabsoluten Monarchie nur die bürgerlich-kapitalistische Republik treten. Unter der Monarchie Wilhelms des Letzten herrschte ein Teil der Bourgeoisie. In der bürgerlich-kapitalistischen Republik Fritz Eberts herrscht die gesamte Bourgeoisie über die Arbeiterklasse. Die Herrschaft des Kapitalismus unter der Monarchie konnte das Proletariat einigermaßen ertragen, weil diese Herrschaft zusammenfiel mit einem in aufsteigender Linie befindlichen Kapitalismus. Die Herrschaft des Kapitalismus in der Republik ist für die Arbeiter, Angestellten, niederen und mittleren Beamten unerträglich, weil sie zusammenfällt mit einem untergehenden Kapitalismus.

Es ist das größte historische Verbrechen, dessen sich die S. P. D. und U. S. P. schuldig gemacht haben, daß sie alle die entwurzelten, schwankenden kleinbürgerlichen denkenden Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenschichten, sowie jene im tiefsten Elend lebenden Mittelbürger grausam enttäuscht und verhöhnt haben, indem sie den

Sozialismus zu einer Karikatur gemacht und dadurch alle diese schwankenden Schichten ins Lager der Gegenrevolution getrieben haben.

Die Politik der politischen und wirtschaftlichen Reformen wäre möglich und richtig, lebten wir in einem im Aufstieg befindlichen Kapitalismus, wie es vor dem Kriege der Fall war. Nach der Katastrophe des Krieges ist es mit jeder Politik, die darauf ausgeht, innerhalb des Bestehens kapitalistischer Wirtschaft, durch Reformen das Leben der besitzlosen Klasse erträglich zu gestalten, unwiderruflich vorbei.

1919 sprach man von Sozialisierung, beriet in Kommissionen Sozialisierungsprogramme. Die Arbeiter konnten wenigstens in siegreichen Lohnkämpfen vorübergehend ihre Löhne steigern. Heute spricht kein Mensch von Sozialisierung, heute ist der Lohnabbau, die Betriebseinschränkung und Betriebsstilllegung an der Tagesordnung.

Heute, vor dem Zusammenbruch dieser auswärtigen Politik, wo durch die Besetzung des Ruhrgebiets neues unerhörtes Masseneleid bevorsteht, heute steht Rußland allein auf weiter Flur, hat alle seine Feinde siegreich abgeschlagen, benutzt die Atempause, wo kein feindlicher Soldat innerhalb der russischen Grenzen steht, zum kommunistischen Aufbau der Wirtschaft. Heute, angesichts der oberschlesischen Gefahr und der Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets ist die Frage zeitgemäß: „Wo ständen wir heute, wenn wir seit Dezember 1918 mit Sowjetrußland vereint unsere und die russische Wirtschaft gemeinsam aufgebaut hätten? Es gäbe keine oberschlesische Frage mehr, denn Polen wäre heute kein nationalistischer Räuberstaat mehr, sondern im Bunde mit Sowjetrußland und Rätedeutschland ein uns befreundetes Sowjetpolen. Was wäre Ungarn, Oesterreich, die Tschechoslowakei? Könnten es heute Frankreich und England wagen, das Ruhrgebiet zu besetzen?“

Die Blutsümpfe des Weltkrieges sind noch nicht ausgetrocknet, und wir stehen vor einer neuen Kriegsgefahr. Wenn die Weltrevolution dieser Entwicklung nicht ein Ende macht, ist ein noch entsetzlicherer Krieg wie der von 1914 das Ergebnis des kapitalistischen Wiederaufbaus der Menschewisten. In Italien, in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und sogar in Ungarn rebelliert das Proletariat. Die oberschlesische Abstimmung, die bevorstand, brachte keine Lösung der oberschlesischen Krise, sondern deren Verschärfung. Die deutsche Presse brachte das Material über den militärischen Aufmarsch der Polen, die polnische das über die deutschen Vorbereitungen zu einem Militärputsch wegen Oberschlesien. Angesichts dieser wachsenden Verschärfung der Krise nahm die Parteizentrale und der Zentralausschuß Stellung zu den Aufgaben der Partei, um

der drohenden weiteren Massenverelendung entgegenzuwirken. Die Parteizentrale befürwortete angesichts dieser Situation, die gesamte Partei zu höchster Aktivität und Kampfbereitschaft einzustellen. Der Zentralausschuß beschloß gegen eine Stimme, die Forderungen des offenen Briefes zugunsten der Forderungen des A. D. G. B. zurückzustellen, aber von der Propaganda zur Aktion überzugehen, für die Durchführung der Forderungen die Massen mobil zu machen. Es wurde weiter beschlossen, wenn sich ein kriegerisches Abenteuer aus der Abstimmung in Oberschlesien entwickeln sollte, ebenfalls die Massen zum Kampf gegen dieses wahnsinnige Abenteuer aufzurufen. Man beschloß, wenn durch Verschärfung der Sanktionen, hervorgerufen durch die passive Resistenz der Regierung gegenüber der Entente, oder, falls es zu einer Verständigung kommen sollte, durch die Auswirkung der Verständigung neue Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen die Not der Arbeitslosen und die Not der Arbeitenden infolge der Steigerung der Preise zum Kampf zwingt, alles zu tun, um den Kampf einheitlich und geschlossen aufzunehmen und die Massen in Bewegung zu bringen. Die Partei beschloß weiter — entgegen der bisherigen Einstellung der Partei, Teilkämpfen aus dem Wege zu gehen —, solche Teilaktionen, wie in Anknüpfung etwa an Lohnbewegungen der Landarbeiter und der Bergarbeiter zu unterstützen und einzuleiten. Die Partei war einstimmig der Meinung, wo irgend möglich den Offensivgeist in die Arbeiterschaft hineinzutragen und den Massen im Kampfe voranzugehen. Die Partei war sich klar darüber, daß dies nicht unmittelbar der Kampf um die Eroberung der politischen Macht sein könne. Aber wenn es nun gelänge, die Aussperrungen der Unternehmer durch Gegenoffensiven der im Produktionsprozeß wichtigsten Arbeiterschichten, z. B. durch Hineinziehung der Bergleute, Eisenbahner und anderer wichtiger Arbeiterkategorien abzuschlagen, würde dies das Kraft- und Machtbewußtsein der Massen steigern. Der Zentralausschuß empfahl überall, an die vorhandenen Kampfbedingungen anzuknüpfen, keine zu weitgehenden Ziele zu stecken, sondern auf größte Kraftentfaltung der Aktion den größten Wert zu legen. Der Zentralausschuß stimmte weiter zu, Aktionen, die in einzelnen Bezirken beginnen, wenn irgend möglich über das ganze Reich auszuweiten, um durch Hilfsaktionen den bedrängten Arbeitern beizustehen.

Das und nichts anderes wurde in der Sitzung des Zentralausschusses am 17. III. beschlossen. Größte Aktivität und Kampfbereitschaft der Partei, um den Arbeitermassen im Kampfe voranzugehen, das war der Sinn und der Inhalt der Debatten und Beschlüsse des Zentralausschusses der Bezirkssekretäre und der Redakteure der Parteizeitungen.

Während der Tagung wurde der Hörsingerlaß über die Besetzung Mitteldeutschlands mit Schutzpolizei bekannt. Der gesamte Zentralausschuß war sich darüber klar, daß diese Hörsingsche Polizeibesetzung eine Provokation der mitteldeutschen Arbeiter sein sollte und daß die Regierung Severing die Vorbereitungen traf zur Niederhaltung der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Mitteldeutschland, Halle, Merseburg, Mansfeld waren jene Gebiete, wo die Partei bei den Preußenwahlen die meisten Stimmen erhalten hatte, und die Parteizentrale beschloß einstimmig, zum Generalstreik aufzurufen und die Parteigenossen zu mobilisieren, um den Generalstreik zu organisieren. Nicht einen Streik gegen die nichtkommunistische Arbeiterschaft, nein, einen Generalstreik, der die gesamte nichtkommunistische Arbeiterschaft zur Unterstützung der überfallenen mitteldeutschen Arbeiterschaft, zur Erzwingung des Zurückziehens der Besatzungspolizei, auf den Plan bringen sollte.

H. Brandler.



Der Fall Levi.

(Nachwort zur Broschüre „Soll die V. K. P. D. . . .“)

I.

Als ich die Broschüre „Soll die V. K. P. D. . . .“ am 18. April beendete, wußte ich noch nichts von der Beichte Paul Levis über seinen eigenen Fall, von seiner Broschüre „Unser Weg“, auf die die Zentrale der V. K. P. D. mit dem sofortigen Ausschluß Levis aus der Partei antworten mußte. Darum konnte ich, als ich diese Broschüre schrieb, Levi noch als einen Vertreter der rechten Richtung in der Partei behandeln. Die Leser werden wohl bei der Lektüre des letzten Kapitels das Gefühl gehabt haben, daß ich schon damals empfand, Levi stehe knapp vor dem Bruche mit der Partei. Diese meine Empfindung basierte auf seinem Briefe an den Genossen Lenin, dessen Abschrift er mir gesandt hat, und dem Stenogramm seiner Rede in der Versammlung der Berliner Vertrauensmänner vom 7. April. Aber ich muß eingestehen, daß, wenn ich auch das Ausscheiden Paul Levis aus der Partei für wahrscheinlich hielt, mir keinen Augenblick der Gedanke in den Kopf kam, er könne von der Partei gehen als *Renegat*, der in einer der schwersten Stunden der Partei dem Klassengegner hilft, der gegen die Kommunistische Internationale die verlogenen Verleumdungen der Scheidemann, Dittmann und Hilfreding wiederholt. Wie schwer es auch wird zu konstatieren, daß man einen Menschen als Kampfgenossen ansehen konnte, der zu dieser Treulosigkeit fähig war, so glaube ich, daß der Fall Levis zur *Reinigung der Atmosphäre* in der Kommunistischen Partei Deutschlands sehr viel beitragen wird. Ich habe in meiner Broschüre die Entwicklung und das Wesen des rechten Flügels der Partei in erster Linie an der Hand von Zitaten aus den Artikeln Paul Levis demonstriert. Aber es wäre natürlich ein Irrtum, anzunehmen, daß der rechte Flügel der Partei aus Levi allein besteht. Hinter Levi stand nicht nur ein Teil der *Organisatoren*, die in Worten den Kommunismus akzeptieren, in der Tat aber zu sehr von der alten Routine beherrscht sind, als daß sie

imstande wären, den revolutionären Kampf wirklich zu führen, sondern auch gut bewährte Genossen, die bei ihrer vorsichtigen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwar die Gefahr der Niederlage sehen, aber nicht einsehen, daß die größte Gefahr der Partei droht, wenn sie untätig, nur propagierend und agitierend, es versäumt, in der leidenden Arbeitermasse das Vertrauen in die eigene Kraft zu wecken, das nur die Tat, nur der Kampf ihr bringen kann. Diesen Genossen suchten wir in der Broschüre an der Hand aller Streitfragen zu zeigen, daß es sich hier nicht um zufällige Differenzen Levis mit der Zentrale handelt, sondern um die Ausarbeitung einer konsequenten opportunistischen Politik, deren Zusammenhang mit dem Zentrum diesen Genossen nicht klar zum Bewußtsein kam. Levi hat diese unsere Beweisführung, bevor sie noch in die Hände der deutschen Parteigenossen gelangte, in einer Weise bestätigt, wie keiner von uns es für möglich hielt. Er stellte sich in eine Linie mit den Hilferding, Dittmann und Crispian, die er noch am 7. April in seinem Briefe an den Genossen Lenin kurzerhand als *Schufte* bezeichnete. Er stellt sich in ihre Reihen und brüllt zusammen mit ihnen gegen den Putschismus, gegen die Provokation der Zentrale, gegen die Putschtaktik der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Kein einziges Argument, das er gegen die Partei, deren Vorsitzender er bisher war, gebraucht, das nicht aus der Schmiede der Scheidemann und Hilferding stammt. Alle seine jetzigen Argumente wurden von dieser Gesellschaft viel besser in Halle und nach Halle gegen die Kommunistische Internationale benützt. Levi hat diese Argumente mit größter Energie, mit dem Brusttone vollster Ueberzeugung bekämpft. Heute bemächtigt er sich ihrer als eines selbständigen Erzeugnisses seines Geistes. Damit hat er besser, als jede theoretische Beweisführung es könnte, bewiesen, wie recht wir hatten, als wir in der vorliegenden Broschüre nachzuweisen suchten, daß der Streit mit Levi nur die Wiederholung unseres Kampfes mit Hilferding ist. Wir könnten das Nachwort damit schließen, indem wir den Namen Levis als den eines Genossen aus unserem Gedächtnis streichen und die Genossen, die hinter ihm standen, bitten, unsere Ausführungen im Lichte des Zusammenbruchs ihres Führers zu durchdenken. Aber wie sehr wir uns auch gehütet haben, uns in unserer Broschüre mit der Person Levis zu beschäftigen, um den Streit nicht zu vergiften, so halten wir es jetzt für eine politische und persönliche Pflicht, in diesem Nachwort auch die Frage von der Naturgeschichte dieses Renegaten aufzuwerfen und hier zu beantworten. Paul Levi war in der Kommunistischen Partei Deutschlands ein ziemlich unbekannter Mann, als der Tod Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts die Partei führerlos gelassen

hatte. Levi ist kein Mensch, der imstande wäre, die Massen der Parteigenossen anzuziehen und zu begeistern. Er ist auch kein Mann, der bei dem ersten Schritte weiß, wohin der nächste gehen wird. Als der Streit in der Partei über das Verhältnis zur Gewerkschaftsfrage, zum Parlamentarismus, zu der Rolle der Partei entstand und Levi in ihm dank seiner rednerischen und schriftstellerischen Gaben führend auftrat, unterstützte ich ihn theoretisch wie praktisch und sehr oft auch persönlich, wenn er die Flinte ins Korn werfen und sich ins Privatleben zurückziehen wollte. Viele meiner nächsten politischen Freunde waren voll Mißtrauen gegen Levi und sahen in ihm einen politischen Räsonneur und nicht einen revolutionären Kämpfer. Ich hatte manchen Strauß mit ihnen für Levi auszufechten, deshalb bin ich den Genossen Rechenschaft für diesen Mann, dessen politischer Leichnam jetzt vor uns liegt, schuldig. Aber wichtiger als diese persönliche Pflicht ist der politische Nutzen der Erklärung, warum und wie ein Mann von den Gaben Paul Levis zum direkten Verräter an der Sache der Arbeiterklasse, zum direkten Helfershelfer der weißen Justiz werden konnte. Die deutschen Arbeiter sind auf dem Gebiete des Verrats der proletarischen Führer an manches gewöhnt. Sie haben gesehen, wie eine Schicht der Führer nach der anderen ins politische Grab sank, ins Lager der Bourgeoisie übertrat. Sie haben gesehen, wie der Vorsitzende der deutschen Partei, Ebert, zum kaiserlichen Reichskanzler wurde; sie haben gesehen, wie der Arbeiter Noske zum Gallifet der deutschen Konterrevolution wurde; sie haben gesehen, wie Haase und Dittmann der Bourgeoisie halfen, sich wieder in den Sattel zu schwingen, wie Dittmann und Crispian nach revolutionären Phrasen und Gesten, nach der Anerkennung der Diktatur des Proletariats und des Rätessystems zu Helfershelfern der von ihnen tausendmal verfluchten Scheidemann und Ebert wurden. Sie haben gesehen, wie der Organisator der Opposition in den Gewerkschaften, Dissmann, zum Nachfolger Legiens wird und als starker Mann den Rausschmiß revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften vorbereitet, damit sie von den Unternehmern mit den Skorpionen der Arbeitslosigkeit gezüchtigt werden sollen. Sie haben gesehen, wie Laufenberg und Wolffheim, persönlich ehrliche und opferwillige Revolutionäre, sich jetzt in allen Gossen der Konterrevolution herumwälzen. Und trotzdem ist jeder neue Verrat ein Dolchstich ins Herz des Proletariats, der nicht versteht, wie es möglich ist, daß zwischen dem Wort und der Tat sich ein solcher Abgrund auftut, wie es möglich ist, daß ein Mann nach dem andern, dessen Namen bisher guten Klang in den Reihen der Arbeiter hatte, zum Verräter an der Arbeitersache im wörtlichen Sinne des Wortes

wurde. Der Zusammenbruch Paul Levis ist nicht der letzte, und darum gilt es, an ihm die allgemeinen wie die besonderen Gründe des Versagens der Führerschaft zu untersuchen, all der Zusammenbrüche der Führer, die jeden Schritt vorwärts des deutschen Proletariats bezeichnen.

II.

Warum die alte Führerschaft der Arbeiterbewegung im Kriege und in der Nachkriegszeit in ihrer überwiegenden Mehrheit versagt hat, darüber wurde vieles geschrieben. Die aus der Arbeiterklasse wie aus dem Bürgertum stammenden alten Führer waren erzogen in der Periode des Friedens, wo man agitierte, demonstrierte, im Parlamente sprach, in der Zeitung schrieb, am grünen Tisch mit den Unternehmern verhandelte, wo man aber nicht revolutionäre Kämpfe zu führen hatte. Der Kopf und die Seele des Führers war auf einen ruhigen Gang der Geschichte eingestellt. Manche von ihnen erinnerten sich der heroischen Zeiten, wo es zu darben galt, wo man verfolgt wurde; aber sie erinnerten sich ihrer mit dem Gefühl der Erleichterung, daß sie vorbei sind, und daß wir es so weit gebracht haben, daß jetzt sogar die Minister die Arbeiterführer freundlich behandeln müssen. Die Herzen vieler Führer unterlagen der Verfettung. Unfähig zum Opfer, unfähig zum Kampf, wo es um Tod und Leben ging, erwarteten sie, daß das Proletariat auf friedlichem Wege langsam in den Sozialismus hineinwachsen würde und daß sie als Veteranen der Arbeiterbewegung in Frieden und Ehren ihre Tage beschließen könnten. Die jüngere Generation kannte die bitteren Zeiten der Jugend der Arbeiterbewegung nur vom Hörensagen. Sie war aufgewachsen, indem sie Tag für Tag die Organisationen weiter ausbaute und in ihnen den eigentlichen Zweck der Bewegung sah. Schon vor dem Kriege, als die Teuerung die Erfolge der Gewerkschaften zunichte machte, als die Rüstungen alle Mittel des Staates fraßen und jeden Fortschritt der Sozialreform unmöglich machten, als die Vertristung der Industrie die Bourgeoisie immer mehr erstarken ließ und der Imperialismus eine gewaltige politische Reaktion schuf, als alles nach Kampf schrie, da schauten diese Führer besorgt auf die Mahner und Dränger, die die Arbeitermassen in den Kampf „hineinzuhetzen“ suchten, in den Kampf, in dem die Bourgeoisie womöglich die Organisationen zertrümmern könnte. Die Angst um die Organisation war verbunden mit einer abergläubischen Furcht vor der Macht des Kapitals, das sie für unüberwindlich hielten, beherrschte es doch die ganze Welt, war es doch von der Sohle bis zum Haupt gerüstet. Nur verrückte Romantiker konnten ihrer Meinung nach mit ihm den Kampf auf-

nehmen. Als der Krieg kam, als alle die Träume von der friedlichen Entwicklung wie schwaches Glas zersplitterten, da wagten die Führer der großen Arbeiterorganisationen natürlich nicht, sich dem rasenden Schicksal entgegen zu werfen. War es nicht klar, daß dabei sie und die Organisationen untergehen, die Arbeiter niedergeworfen werden müssen? Ihre Feigheit bemäntelten sie mit der Phrase von der Vaterlandsverteidigung, von der Verteidigung der Errungenschaften des bisherigen Kampfes der Arbeiterschaft. So wurden sie zu Helfershelfern des blutrünstigen, vom Blute triefenden Imperialismus. Weil sie nicht wagten, ihn zu bekämpfen, mußten sie ihn unterstützen. Eine Neutralität gab es in diesem großen Kampfe nicht. Sie retteten die Organisationen für den Preis, daß sie aus proletarischen Organisationen des Kampfes gegen das Kapital Organisationen zum Kampfe für das Kapital machten. Die Proleten aber sanken millionenweise in das Grab, sie wurden zu Krüppeln geschlagen, die Proletarierkinder kamen siech zur Welt, und eine Jugend wuchs auf, deren Knochen marklos blieben. Als der deutsche Imperialismus zusammenbrach, als die Regierungsmacht auf der Straße lag, waren diese Führer durch die dreijährige Politik der Unterstützung des Kapitals so prostituiert, daß sie nur eine Sorge hatten: Wie helfen wir am schnellsten unseren Herren und Meistern, den Kapitalisten, wieder zur Macht zu gelangen, die Zügel der kapitalistischen Ausbeutung der Massen wieder in die Hand zu nehmen. Der Kapitalismus hat die Welt in einen Trümmerhaufen verwandelt; aber nur die Bourgeoisie hielten sie für fähig, sie neu aufzubauen. Und die Proletarier? Ja, wenn sie sich 4 Jahre lang so betrügen ließen, haben sie damit nicht den Beweis gebracht, daß sie unfähig sind zu herrschen? Jede Erhebung des Proletariats war darum für sie ein Wahnsinn, und wie der Arzt den Wahnsinnigen in die Zwangsjacke steckt, so galt es, der Bourgeoisie zu helfen, die ins Delirium der Nachkriegszeit geratenen Arbeiter zu bändigen. Lest die Erinnerungen Noskes, und ihr werdet sehen, wie dieser proletarische Führer, der der Henker des Proletariats wurde, sich im Recht fühlt. Nicht der Zynismus, der an den Bekenntnissen Noskes so bezeichnend ist, ist es, was am schrecklichsten in dem Buche dieses Katilinarers zum Ausdruck kommt, es ist die Ueberzeugung, daß er, Noske, im Recht ist.

Eine Minderheit der Führer sah den Verrat des 4. August, aber sie fand nicht einmal die Kraft, gegen ihn zu protestieren. Sie war von demselben Holze geschnitzt, wie die Scheidemann und Ebert; wie sie, wagten die Haase und Hilferding nicht, den Kampf aufzunehmen, wie diese waren sie hypnotisiert vom Schein der

Macht des Kapitalismus, vom Unglauben an die Kraft des Proletariats, von der Sorge um die Erhaltung der alleinseligmachenden Organisation. Diese Führerschaft ging nur darum nicht mit Ebert und Scheidemann, teils weil sie besser das weltpolitische Kräfteverhältnis beurteilte und sich nicht vor den Wagen des deutschen Imperialismus, der dem sicheren Verderben entgegenraste, spannen wollte, teils weil sie charakterloser war und sich der Stimmung der erwachenden Arbeiterschaft nicht entgegenzusetzen wagte. Die Dittmänner, die am 4. August stramme Patrioten waren, verloren die patriotische Zuversicht nach der Schlacht an der Marne und hatten keinen Mut, sich der wachsenden Opposition der Arbeiterschaft entgegenzuwerfen. Aber ebenso hatten sie keinen Glauben an die Revolution und keinen Mut, auf sie hinzuwirken. Sie winselten die kapitalistischen Regierungen an, sich doch nicht auf ihre übertriebenen Forderungen zu versteifen und dadurch die Arbeiter zur Revolution zu treiben. Als Dittmann wegen der Organisierung des Januarstreiks 1918 angeklagt war, schwor er vor Gericht Stein und Bein, daß er, seitdem er nicht mehr in der Werkstatt arbeite, niemals für den Streik agitiert habe. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus taten sich die Zentrumsleute, die Haase und Dittmann, mit den Scheidemann und Ebert zusammen in der Ueberzeugung, das deutsche Volk könne nur leben von Gnaden des siegreichen Weltkapitals, und darum müsse in Deutschland wieder eine bürgerliche Regierung restauriert werden, zu der auch der amerikanische Kapitalismus Vertrauen haben könne. Später, als die Noske und Maerker 15 000 Proletarierleichen in den Straßen Deutschlands anhäuften, schien es, als ermannten sich die Dittmann und Crispian, als wollten auch sie kämpfen: haben doch auch sie die Diktatur anerkannt und die Räteregierung zu ihrem Ziel ausgerufen. Bald zeigte es sich aber, daß es sich hier nicht um eine Wandlung, sondern nur um das Produkt der Feigheit handelt. Die Dittmann und Crispian haben die Kampfesrunen in ihr Schwert gegraben, aber das Schwert war aus Pappe. Sie fürchteten die revolutionären Arbeiter und nahmen deren Kampflosungen auf, um, das Vertrauen der Arbeiter genießend, sie vom Kampfe zurückzuhalten. In Moskau wurde ihnen die Maske von den Gesichtern gerissen; die revolutionären Arbeiter wandten sich von ihnen ab. Der Hoffnung beraubt, das revolutionäre Proletariat betrügen zu können, bekannten sie sich zu dem, was sie sind: sie bekannten sich zur deutschen Konterrevolution. Sie sind jetzt ihre Schrittmacher, indem sie mit allen Mitteln der Verleumdung und der Verfolgung versuchen, der Bourgeoisie ihre letzte Zitadelle, die Gewerkschaften, von der kommu-

nistischen Pest rein zu halten. Sie sind ihre Schrittmacher, indem sie der deutschen Bourgeoisie Brücken zum Ententekapital zu bauen suchen. Sie sind ihre Helfershelfer, indem sie jeden Kampf des Proletariats, sogar jeden Kampf um ein Stück Brot, zu versumpfen und zu verschleppen suchen aus Furcht, er könnte zum revolutionären Kampf um die Gewalt werden. Sie sind ihre Helfershelfer, indem sie jeden revolutionierenden Kampf des Proletariats nicht nur verraten, sondern die Opfer des weißen Terrors als die Opfer des Kommunismus darzustellen versuchen. Sie sind die Verräter am Heiligsten des Proletariats, an seiner internationalen Solidarität, indem sie tagtäglich sein Vertrauen zu Sowjetrußland untergraben, das blutend, nackt, hungrig, das einzige Bollwerk der Arbeiterklasse gegen die Welt des Kapitals bildet, die einzige Hoffnung des kämpfenden Proletariats.

III.

Neunundneunzig von hundert der alten Führer des Proletariats haben Verrat an ihm geübt aus Unglauben an seine Kraft, aus abergläubischer, knechtischer Angst vor der Macht der kapitalistischen Sklavenebenbesitzer. Und nur ein kleines Häuflein beschränkt den Weg des Kampfes. Die Besten von ihnen sind vom Feinde getötet. Westmeyer wurde, obwohl schwer krank, an die Front gesandt und in den Tod gehetzt, während der feiste Keil im Hinterland patriotischer Herold war. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden ermordet. Johann Knief starb, umgeben von den Schergen Noskes. Jogiches fiel, von der Kugel eines weißen Mörders getötet, und die sich sammelnden revolutionären Arbeiter standen da, geführt von einem kleinen Häuflein von Führern, die zum Teil ohne größere theoretische Bildung, zum Teil ohne jede revolutionäre Erfahrung, zum Teil ohne jeden tieferen Zusammenhang mit den Massen waren. Sie standen da mit dem Bewußtsein des tausendfachen Verrats, der von der Führerschaft an ihnen geübt wurde, sie standen da mit dem Gefühl, daß sie von neuem Verrat umgeben seien. Wie kämpfen, wie die Kampfschar bilden, wohin gehen? Niemand war da, der den Weg klar vor sich sah, niemand war da, der vor sie treten und die Nebel zerstreuen konnte, die sie von ihren zukünftigen Siegen trennten. Nur durch eigene Erfahrungen, nur selbst suchend, zehnmal in eine Sackgasse geratend, konnten die Arbeiter Deutschlands den Weg zum Siege finden. Niemand konnte ihnen das Suchen ersparen, niemand konnte ihnen das Bluten ersparen; denn wenn es auch Rezepte gegeben hätte, die angaben, wie man am schnellsten und besten eine siegreiche Revolution durchführen könnte, alle diese Rezepte

wären unnütz gewesen, denn die Arbeiter glaubten den Aerzten nicht mehr. Verraten durch die sozialdemokratischen Führer, tagtäglich verraten durch die Unabhängigen, und ihren Verrat erkennend, vertrauten sie keinem Führer mehr. In den weitesten Kreisen kommunistischer Arbeiter herrschte die Stimmung, die in der Theorie der K. A. P. ihren Ausdruck fand, die den Verzicht auf jedwede Führung der proletarischen Masse zum revolutionären Prinzip erhob. Aber die Wirklichkeit hört nicht auf zu existieren, indem man sich über sie durch Phrasen erhebt. Die kämpfende Arbeitermasse brauchte Männer, die ihr ihre Erfahrung deuteten, die ihr halfen, wenigstens aus den Schlägen zu lernen, unter denen sie blutete. Sie brauchte Männer, die im Kampfe die Bestrebungen des proletarischen Vortrupps zum Ausdruck brachten und so diese Bestrebungen weit über seine Kreise hinaustrugen. Jede Kampfkolonne hat eine Spitze. Keine Armee kann ohne Führung kämpfen, und die radikalen, revolutionären Arbeiter aller Richtungen suchten Führer. Neue Führer hatten sich in der kurzen Zeit im Feuer des Kampfes noch nicht gebildet. Die K. P. D. mußte aus ihrer Mitgliedschaft die Leute an die Spitze stellen, die irgendwie dazu befähigt waren. Unter ihnen stand in erster Reihe Paul Levi.

Nicht als ob er am meisten mit den Kämpfen verbunden war, in denen die K. P. D. geboren wurde. Mit diesen Kämpfen war von der jüngeren Generation am engsten Thalheimer verbunden, der geistig teilgenommen hat an den Auseinandersetzungen mit dem Kautskyanertum, in denen, noch vor dem Kriege, die linksradikale Richtung geboren wurde. Viel näher war mit der Vergangenheit der Partei Paul Frölich verbunden, der an der Wasserkante an den ersten großen Bewegungen teilgenommen hatte, die schon vor dem Kriege die Notwendigkeit des vollkommenen Umbaus der Gewerkschaften forderten. Viel näher standen der Partei Brandler und Pieck, Männer mit großer organisatorischer Erfahrung, die während der ganzen Kriegszeit unter größten Opfern für den Spartakusbund gewirkt haben. Paul Levi hat an den geistigen Kämpfen, die vor dem Kriege die theoretischen Grundlagen, die politische Einstellung der V. K. P. D. geschaffen haben, nicht teilgenommen. Als junger Rechtsanwalt verdiente er sich damals die Sporen in der Frankfurter Parteibewegung, wo ihn Rosa Luxemburg zufällig kennen gelernt hatte, als sie wegen ihrer antimilitaristischen Rede vor Gericht stand. Rosa Luxemburg lernte das glänzende Rednertalent und die dialektische Begabung des jungen Rechtsanwalts, der auf dem linken Flügel der Partei stand, schätzen. Als der Krieg ausbrach, zählte Levi zu dem organisatorisch nur lose zusammengefaßten Flügel, der sich um Rosa Luxemburg gruppierete.

Bald zu den Waffen berufen, war Levi dem Kern des Spartakusbundes vollkommen unbekannt. Im Jahre 1916 kam er für ein paar Monate nach der Schweiz, wo er durch meine Vermittlung in Beziehungen zu Lenin und Sinowjew trat. Auch wir lernten den guten Debatteur schätzen und suchten im freundschaftlichen Verkehr seine Entwicklung zu beeinflussen. Es unterlag für uns nicht dem geringsten Zweifel, daß er in den taktischen Fragen, in den prinzipiellen Fragen, die der Krieg und die kommende Revolution aufwarfen, keinesfalls so klar sah, wie man von einem Führer fordern muß. Ein belesener Mensch von großem kulturellen Horizont, war er auch auf dem Gebiete der Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung zu Hause. Aber es fehlte ihm die Festigkeit der Anschauungen eines Menschen, für den die Arbeiterbewegung nicht eins der Gebiete ist, für das er sich auch interessiert, sondern das Gebiet, auf dem sich alle geistigen Interessen des Kämpfers konzentrieren. In kameradschaftlichem Verkehr kamen wir Levi näher und schätzten dieses Verhältnis, weil es half, die zerstreuten Kräfte der Internationalisten zu sammeln.

Der Spartakusbund, die damalige Gruppe der Internationale, befand sich selbst in geistiger Gärung, die ihm nicht erlaubte, sich klipp und klar an die Seite der Bolschewiki zu stellen. Noch in Zimmerwald gingen die Vertreter der Spartakusgruppe Hand in Hand mit Martow. Die Genossin Clara Zetkin nahm in der einzigen Nummer der Internationale, die erschienen war, einen pazifistischen Standpunkt ein. Die Broschüre „Junius“ schien uns widerspruchsvoll; organisatorisch gerieten wir schon auf der Berner Frauenkonferenz in einen Konflikt mit der Genossin Zetkin, die versuchte, mit allen Mitteln die Verbindung mit dem Zentrum herzustellen, und darum politisch nicht weitergehen wollte, als es die Pazifistinnen aus der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei zuließen. Dazu kamen persönliche Gegensätze zwischen Lenin, Sinowjew und mir auf der einen, Rosa Luxemburg und Jogiches auf der anderen Seite, die aus der Spaltung der russischen und polnischen Sozialdemokratie resultierten. Zwischen der Gruppe unserer nächsten Gesinnungsgenossen in Deutschland, die sich um die „Arbeiterpolitik“ in Bremen gruppierten, und der Gruppe der „Internationale“ gab es nicht nur theoretische Auseinandersetzungen, die sehr nützlich waren, sondern auch eine vollkommene organisatorische Entfremdung, die eine Zersplitterung gebar. In dieser Situation war es uns außerordentlich wertvoll, einen solch talentierten Menschen wie Levi uns näher zu bringen und durch ihn für die Annäherung der beiden deutschen Gruppen und für den internationalen Zusammenschluß zu wirken. Levi begann für die Bremer „Arbeiterpolitik“ zu schreiben und trat

in der Schweiz solidarisch mit uns auf. Aber schon damals sahen wir, wie viel bei ihm zum Führer fehlte. Es war uns klar, daß in der Situation, in der sich die deutsche Bewegung befand, er entweder kein Recht hatte, Deutschland zu verlassen, wo es nach der Verhaftung Liebknechts und Rosa Luxemburgs an führenden Kräften vollkommen fehlte, oder aber, daß er die Pflicht hatte, der Spartakusgruppe in der Schweiz eine illegale Basis bauen zu helfen, die ihr so notwendig war und in der sie Reserven für den Kampf anlegen konnte. Levi arbeitete auch in der Schweiz als Dilettant, indem er die Hälfte seiner Zeit auf Reisen zubrachte. Nach Deutschland zurückgekehrt und wieder zum Militär eingezogen, wurde er in der Bewegung erst kurz vor der Revolution aktiv. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus kam er in die Zentrale und Redaktion der „Roten Fahne“ und wurde als glänzender Redner und feuriger Journalist weiten Kreisen der Arbeiter bekannt. Während der Januartage zeigte es sich jedoch, wie wenig er ein selbstsicherer Führer war. Obwohl er den Januarereignissen sehr kritisch gegenüber stand, versuchte er nicht, mit voller Kraft in der Zentrale für die Klärung der Taktik der Partei einzutreten. Er ließ sich treiben, obwohl er schon am 8. Januar bei einer Rücksprache mit mir, als ich in einem Briefe an die Zentrale den Abbruch des Kampfes forderte, mir Recht gegeben hatte. Nach dem Tode Rosa Luxemburgs und Liebknechts war er nach außen hin der Vertreter der Partei. Jogiches, der sie bis zu seinem Tode während der Märztagge wirklich leitete, blieb dank seiner zurückgezogenen Natur und als Nichtdeutscher bewußt im Hintergrunde. Thalheimer, ein bedächtiger Theoretiker, war kein Redner. Levi führte deshalb das große Wort in der Zentrale wie in den Versammlungen. Als aber nach dem Tode von Jogiches auf ihn die Verantwortung für die Leitung der Partei fiel, wirtschaftete er sehr schnell innerlich ab. Schon im August 1919, als es mir gelang, aus dem Gefängnis heraus die Verbindung mit der Partei wieder herzustellen, benachrichtigte er mich, daß er sich von der Parteileitung zurückziehen wolle. Es gehe über seine Kräfte, illegal zu wirken und dazu in einer Situation, wo er auf starkes Mißtrauen seitens der putschistischen und syndikalistischen Elemente in der Partei stieße. Es war die schwierigste Zeit der Partei. Die Partei war klein und schwach; der linke Flügel der Partei drängte zu Aktionen, deren Resultat nur eins sein konnte: die Verpulverung und Vernichtung der schwachen Kräfte des Spartakusbundes. Die Aufgabe bestand darin, einerseits durch theoretische Klärung aus dem wirren Haufen, den der Spartakusbund darstellte, eine einheitliche Partei zu bilden, auf der anderen Seite diese junge und kleine Partei in Vorgefichte

zu führen. Die Eroberung der Macht war noch unmöglich. Neun- undneunzig von hundert der proletarischen Masse waren vollkommen unfähig, die Basis dieser Macht zu bilden. In ihrer Mehrheit standen sie im Banne der Sozialdemokratie; aber auch die revolutionäre Minderheit war wirr und unklar. Es genügt, festzustellen, daß wir in den Arbeiterräten erst an die Bildung der kommunistischen Fraktionen herangingen und daß wir in den Gewerkschaften noch nichts unternahmen, um dort die Kommunisten zielbewußt zusammenzufassen. Die Partei hatte die Aufgabe, den Arbeitern das Bewußtsein vom Kräfteverhältnis beizubringen, aber dies durfte nicht in einer doktrinären Form geschehen, die die revolutionären, vorwärtsdrängenden Elemente abstoßen konnte. Levi verstand diese Aufgabe nicht zu lösen. Dort, wo man fest und rücksichtslos auftreten mußte, in der Frage der Gewerkschaften, schwankte er. Er fühlte dumpf, daß man nicht aus den Gewerkschaften gehen dürfe; aber er hatte nicht den theoretischen Mut, die Losung aufzustellen: Hinein in die Gewerkschaften! Er lavierte und stellte die Frage so, als ob es sich darum handeln würde, wann und wie wir aus den Gewerkschaften herauskommen sollen. Wo es aber notwendig war, mit den revolutionären Gefühlen der Masse zu rechnen, sie nicht unnütz zu verletzen, sogar, wo sie die Partei zum aussichtslosen Kampf geführt haben, da trat er doktrinär, scharf und provozierend auf. Es genügt, an München zu erinnern. Unsere Münchener Genossen waren gegen das isolierte Vorgehen in Bayern. Als aber die Räterepublik proklamiert wurde und die Proletarier Münchens von den Weißen bedroht waren, da sagte sich Leviné mit dem Instinkte eines proletarischen Revolutionärs: Wo die Masse zu bluten bereit ist, dort darf die kommunistische Partei sich nicht in den theoretischen Schmollwinkel zurückziehen. Leviné blieb auf dem Posten. Die Aufgabe der Partei bestand darin, zu versuchen, das ganze deutsche Proletariat zur Verteidigung Münchens aufzubieten. Das scheiterte an der Politik der Sozialdemokratie und der Unabhängigen. Leviné ging mit Hunderten anderer Genossen in den Tod, und an der Leiche dieses Braven begann Levi den Streit darüber, ob es nicht besser gewesen wäre, sich zurückzuziehen. Nach dem Fall der ungarischen Räterepublik beglückte er die Partei mit den gleichen philisterhaften Klugheiten, die ihn als politischen Raisonneur zeigten. Ich versuchte, durch Privatbriefe seine politische Linie auszugleichen und in Broschüren der Partei zu helfen, ihre Taktik nach zwei Gesichtspunkten einzurichten: der Sammlung der

Partei für Vorgefachte und der Aufrechterhaltung der Verbindung mit den vorwärtstreibenden Elementen. -So sehr mir die Schwächen Levis bewußt waren, so suchte ich ihn von dem Rücktritt zurückzuhalten. Die Partei war so arm an Kräften, daß es mir Pflicht schien, alles zu tun, um eine solche große rednerische und schriftstellerische Begabung wie Levi für sie zu retten. Ich schrieb Levi, daß sein Rücktritt eine einfache Desertation wäre, für die man in der Revolution einen Führer fusilieren müßte. Levi gab nach. Diese Drohungen mit Desertation wurden seitens Levi später noch oft in die Wagschale geworfen, und ich bekenne mich dazu, daß es ein Stück der Ueberschätzung der Bedeutung intellektueller Führer bei mir war, wenn ich immer wieder einerseits auf Levi, anderseits auf die durch sein Gebahren empörten Genossen beruhigend und begütigend einwirkte, um ihn nur zu halten. Der Kampf mit den linken Elementen der Partei verschärfte sich. Er wurde von Levi in maßloser Weise geführt. Als ich ein paar Tage vor der Heidelberger Konferenz erfuhr, Levi gehe auf einen Bruch mit der Linken aus in demselben Augenblick, wo der Kampf um die Klärung erst begann, warnte ich ihn vor Voreiligkeit. Die Spaltung von den linken Arbeitern wurde mir nicht leicht, obwohl ich das Konterrevolutionäre der Haltung Laufenbergs, Wolffheims und Schröders viel klarer als Levi sah. Doch nicht um diese Führer, sondern um die hinter ihnen stehenden revolutionären Arbeiter handelte es sich. Levi behauptete später, meinen Brief zu spät erhalten zu haben. Heidelberg schuf Tatsachen, die sich nicht mehr aus der Welt bringen ließen. Um jedoch noch einmal zu versuchen, die Arbeiterschaft zu halten, die Levi dadurch abstieß, daß er in Heidelberg die Thesen zum Gesetz der Partei machte, die die Arbeiter erst nach Heidelberg diskutieren konnten, überredete ich die Zentrale der Partei, neue Thesen vorzulegen, damit die Organisationen die Empfindung loswürden, sie seien vor vollzogene Tatsachen gestellt. Es sind die Thesen, die die Zentrale zusammen mit dem Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale im Januar 1920 der Partei zur Diskussion vorlegte. Die Thesen bezweckten auch, manche opportunistische Formulierung, die in den Heidelberger Thesen enthalten war und die das Resultat einer rein empirischen Betrachtungsweise Levis und seines Mangels an revolutionärer Perspektive war, auszuschneiden und zu entfernen.

Der Bruch ließ sich nicht mehr verhindern. Es gelang mir nur, meine alten Bremer Freunde zu gewinnen und eine Gruppe in Hamburg zu formieren, die den Kampf gegen Laufenberg aufnahm.

nachdem sie zuerst durch Levi in die Arme Laufenbergs getrieben wurde. Während der Kapp-Tage nahm Levi eine außerordentlich zweifelhafte Stellung ein. Nachdem er aus dem Gefängnis heraus gegen die Tatlosigkeit eines Teils der Zentrale scharf Stellung nahm, machte er nach seiner Befreiung die opportunistische Politik der loyalen Opposition mit. In Moskau, auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale, traten wir beide zusammen gegen die Aufnahme der K. A. P. D. als einer vollberechtigten Partei in die Kommunistische Internationale auf. Aber auch in dieser Verfechtung des richtigen Standpunktes zeigte Levi eine solche Maß- und Gesinnungslosigkeit, daß er das größte Mißtrauen der ganzen Exekutive erweckte. Es genügt, festzustellen, daß er am Abend, an dem die Exekutive die Zulassung der K. A. P. D. mit entscheidender Stimme zum Kongreß beschloß, erklärte, er verlasse den Kongreß. Ich hielt ihn zurück und fragte: Wohin wollen Sie politisch gehen? Wieder aus Sorge um die Partei suchte ich mit allen Kräften eine Verständigung zwischen ihm, der Exekutive und einem Teil der deutschen Genossen, die großes Mißtrauen gegen ihn hatten, herbeizuführen. Genosse Ernst Meyer wird sich an das Gespräch erinnern, das ich mit ihm vor seiner Abreise nach Deutschland führte. Ich sagte Meyer, ich sei überzeugt, er, Meyer, werde die Partei niemals verlassen, was ich in Bezug auf Levi nicht sagen könne. Aber bevor sich im Feuer des Kampfes neue, bessere Führer herausbilden würden, brauchen wir Levi, besonders im Reichstag für die Agitation, und man müsse ihn halten. Meyer gab mir recht. In einem Briefe an die Zentrale unterstrich ich, daß auch Levi die Notwendigkeit der Aktivisierung der Partei anerkenne und daß es notwendig sei, brüderlich zusammen zu arbeiten. Nach seiner Rückkehr aus Halle erzählte mir Sinowjew, Levi scheine sich einzuordnen und voll der besten Absichten zu sein. Zu meiner großen Verwunderung erfuhr ich bald, Levi wolle sich nach Frankfurt zurückziehen, er sei der Politik und des Kampfes müde. Da er das Vertrauen der linken Unabhängigen genöÙ und so dazu helfen konnte, die reibungslose Zusammenarbeit der beiden Teile herbeizuführen, die jetzt vor der Vereinigung standen, so übte ich zusammen mit dem Genossen Thalheimer auf ihn den größten Druck aus. Wir erklärten ihm: In einer kommunistischen Partei werden die Genossen von der Partei auf den Posten gestellt, sie haben kein Verfügungsrecht über sich, und wer sich nicht füge, der sei ein Deserteur. Wir drohten ihm mit einem Ausschlußantrag für den Fall, daß er sich zurückziehe. „Man kann einen Hund nicht auf den Händen zum Jagen tragen“, antwortete uns Levi. Nachdem er unserem Drängen nachgegeben hatte,

hatten wir bald Gelegenheit, zu sehen, wie sehr er mit diesem Ausspruch im Rechte war. Seine Teilnahme an der Leitung der Partei war niemals eine beträchtliche. Der feinfühlig Aesthet, der während der Revolution Zeit und geistige Energie fand, alte Vasen zu sammeln und sich mit den Problemen der Cheopspyramide zu beschäftigen, war gelangweilt, wenn es sich darum handelte, tagtäglich an der groben Arbeit in der Parteischmiede teilzunehmen. Dafür aber brachte er in die Zentrale den Geist der Rechthaberei, der Eigenliebe, der ununterbrochenen Gereiztheit hinein. Ohne jede innere Fühlung zu seinen alten Kampfgenossen, suchte er die Verbindung nur mit den früheren Führern der linken U. S. P. D. Bald kamen die Konflikte wegen der Aufnahme der K. A. P. D. als sympathisierende Partei in die Kommunistische Internationale. Angesichts einer Tatsache, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen war, da der Beschluß der Exekutive gefaßt war nach langen, vielmaligen Auseinandersetzungen, angesichts eines Beschlusses, der die Möglichkeit gab, die Arbeit der Heranziehung eines guten Stammes revolutionärer Arbeiter zur Partei zu beginnen, erklärte Levi, daß die V. K. P. D. im Kampfe gegen links entstanden sei. Er sabotierte durch sein Auftreten in dieser Sache die Ausnützung der Brücke, die die Exekutive zwischen der V. K. P. D. und der K. A. P. D. gebaut hat. Und in der italienischen Frage zeigte er, daß er sich die Brücke, die er nach links abbrach, nach rechts zu den Zentrumsleuten offenhalten wollte. Aber klarer noch als diese rechten Tendenzen zeigte sich bei dieser Gelegenheit der Geist der fruchtlosen Skepsis, des Unglaubens, des Mißtrauens zur Internationale, der ihn erfüllte. Nach seiner Ankunft in Italien glaubte er, daß der Vertreter der Exekutive einen verhängnisvollen Fehler tue. Aber er unternahm nichts, um diesen Fehler zu korrigieren. Er erklärte sich mit dem Vertreter der Exekutive solidarisch. Nach Berlin zurückgekehrt, versuchte er nicht, in organisierter Weise, durch Herbeiführung der Stellungnahme der Zentrale, auf die Exekutive einzuwirken, sondern suchte diese Stellungnahme der Zentrale zu hintertreiben, nachdem er öffentlich in der „Roten Fahne“ die Exekutive angegriffen hatte. Es könne erst Remedur geschaffen werden, nachdem der Karren ganz verfahren sein werde, erklärte er. Seine Stellungnahme schuf sofort die geschlossene Front aller im Kampfe bewährten Genossen der alten Zentrale. Nur die Genossin Zetkin, die durch alte Freundschaftsbande und durch das pietätvolle Andenken an Rosa Luxemburg mit ihm verbunden ist, verteidigte ihn. Auch ein Teil der früheren Führer der linken Unabhängigen erkannten in ihm nach anfänglichem Schwanken einen Herd der Zersetzung der Parteileitung und somit der Partei, den Führer einer sich bildenden Zentrumsfraktion. Rücksichtslos an die

Wand gedrückt, zog Levi sich zurück und stimmte für eine Resolution, die in Wirklichkeit die Desavouierung seiner Politik bedeutete. Aber kaum war der Vertreter der Exekutive weg, so begann Levi den Kampf in den Organisationen und suchte die deutsche Partei zum Werkzeug Serratis zu machen. Um seinen Treibereien ein Ende zu bereiten, verschärfte der linke Flügel der Zentrale die Resolution über die italienische Frage. Er vermauerte die Gänge, die Levi zur Unterminierung der Haltung der Partei benutzen konnte. Levi beging darauf einen offenen Disziplinbruch. In einer proletarischen Partei, die von jedem einfachen Arbeiter fordern kann, daß er auf ihr Geheiß in den Tod gehe, gab er das Beispiel der vollen Disziplinlosigkeit, indem er das ihm von der Partei anvertraute Mandat eines Mitgliedes der Zentrale wegwarf. Seine zersetzende Arbeit hatte schon Resultate gezeitigt. Proletarier wie Brass, Hoffmann, treue alte Kämpfer wie Däumig und die Genossin Zetkin, die in der alten, vom Opportunismus zersessenen Sozialdemokratie niemals gewagt hätten, ein ihnen von der Partei anvertrautes Amt ohne Zustimmung zu verlassen, hielten es für möglich und zulässig, seinem Beispiele zu folgen. Sie erklärten, „als einfache Soldaten“ ihre Pflicht tun zu wollen, nachdem sie diese Pflicht als Offiziere mit Füßen getreten hatten. Bald sollte es sich zeigen, wie sie ihre Pflicht als Soldaten auffaßten.

Es begann ein Kapitel, das alle deutschen Arbeiter, das die Kommunistische Internationale als eines der traurigsten aber auch lehrreichsten Kapitel ihrer jungen Geschichte zu studieren haben. Angesichts der drohenden inneren und äußeren Gefahren, angesichts der gesamten Weltlage beschloß der Zentralausschuß der Partei am 17. März nach längerer, reiflicher Ueberlegung, die gesamte Politik der Partei zu verschärfen, zu aktivisieren, den Konflikten nicht aus dem Wege zu gehen, sondern sie zu verschärfen. Nicht einen Putsch beschloß die Partei, sondern die Einstellung auf Kampf. Der Soldat Levi hörte die Reveille. Er beruhigte sich, daß nicht morgen der Kampf beginne, und fuhr nach Italien, um frische Kräfte für die zukünftigen Kämpfe zu sammeln. Die anderen einfachen Soldaten der Partei, die halbe Million von Proletariern, fuhren nicht zur Erholung nach Italien. Sie wurden aufgefordert, alle Kräfte anzuspannen und die Partei kampffähiger zu gestalten. Aber der Soldat Levi forderte auch als Soldat eine Extrawurst! Er, der Antiputschist, weiß zwar, daß große Aktionen in der Partei nicht aus der Pistole geschossen werden können, daß sie durch Agitation und Organisation vorbereitet werden müssen, aber er hatte volles Vertrauen, daß die Zentrale diese Arbeit selbst leisten würde. Die Nachricht von dem Ausbruch der Kämpfe, die früher kamen, als die Partei annahm, erlangte ihn in Wien. Und er brachte der Welt-

revolution ein großes Opfer. Er fuhr nicht nach Italien, obwohl er schon ein Reisebillet in der Tasche hatte, sondern er kehrte nach Deutschland zurück. Leider sah man ihn nicht in Mitteldeutschland. Man sah ihn nicht in Hamburg, man sah ihn nicht organisierend und agitierend in Berlin... Der „einfache Soldat“ tat seine revolutionäre Pflicht anders: er begann die Zersetzungsbearbeitung während des Kampfes. Kein einziger seiner Gesinnungsgenossen nahm an dem Kampfe teil. Die gewöhnlichen Parteimitglieder sahen ihre Abwesenheit, was natürlich ihre Kampfeslust und ihre Kampfmoral nicht hob. Am 29. März, als das Geschick der Bewegung nicht nur nicht entschieden war, sondern als es noch galt, mit allen Kräften zu kämpfen, schrieb Levi einen Brief an Lenin, in dem er die ganze Aktion als unheilvollen Putsch darstellt. Und was sagte er angesichts dieses „unheilvollen Putsches“? Klagte er sich an, daß er einen Fehler gemacht habe, indem er und seine Freunde aus der Zentrale ausgeschieden sind und so dem Unheil alle Hindernisse aus dem Wege geräumt haben? Umgekehrt, er erklärt: „Jeder, der meine Neigungen kennt, weiß, daß ich den Rücktritt von der Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands eher als ein freudiges Ereignis empfunden habe, als das Gegenteil.“ Derselbe Mann, der in demselben Briefe prophezeite, „die jetzige Leitung der Partei werde in sechs Monaten den völligen Zusammenbruch herbeiführen“, erklärte, „er werde dieser Politik nicht entgegentreten“. „Ich werde auch jetzt nicht weiter gehen, als etwa eine Broschüre schreiben, in der ich meine Auffassungen darlege, aber weder bei in Betracht kommenden Instanzen in Deutschland noch bei der Exekutive Vorstellung erheben. Die Genossen, die Verantwortung tragen, sollen sich durch mich nicht gehemmt fühlen“. — Die Broschüre, die Levi etwa schreiben wollte, gab er am 3. April in Druck. Seine Auffassungen, die er in ihr entwickelt, sind die Auffassungen Stampfers und Hilferdings. Die Zentrale der Partei wird in ihr des Verbrechens an der Partei angeklagt, es wird das Verschwinden von Männern aus dem politischen Leben gefordert, denen — um nur Brandler und Thalheimer zu nennen — Levi nicht wert ist, auch nur die Schuhe von den Füßen zu ziehen, die sie sich wund gelaufen haben in einem Leben opferreichen, rücksichtslosen Dienstes in den Reihen der Arbeiterbewegung. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale, deren Kern die Führer der russischen Partei bilden, wird als eine Bande gewissenloser Abenteurer dargestellt. Genossen, die von der Kommunistischen Partei Rußlands trotz der schweren Kämpfe, die sie selbst zu führen hat, den kommunistischen Parteien des Auslandes zur Verfügung gestellt werden, die, wie Tiere gehetzt, ihre Pflicht als Internatio-

nalisten tun, sie werden in dieser Broschüre in den Kot gezogen von einem Menschen, den sie weit überragen. — Aber das ist noch nichts. In dem Moment, wo tausende treuer Proletarier in den Gefängnissen schmachten, wo Hunderte Proletarierleichen noch nicht zu Grabe gebracht sind, wo die bürgerliche Presse nach den Häuptern der Kommunistischen Partei schreit, wo der endgültige Verrat der Unabhängigen jeden Bluthund der ebertinischen Schandjustiz zum legitimizeden Vertreter der Nation gegen die vom Auslande aufgehetzten Räuber und Mörder erhebt, in diesem Moment tritt der kommunistische frühere Parteiführer und jetzige „Soldat“ auf und sagt: „Jawohl, die, die im Kampfe gefallen sind, fielen nicht im Kampfe gegen den Anschlag Hörsings auf das rote Mitteldeutschland, sie fielen als Opfer des verbrecherischen Wahnsinns der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands. „Ihr Waisen und Witwen der gefallenen Proletarier, haßt nicht den Kapitalismus; haßt nicht die sozialdemokratischen Lakaien und Henker, haßt nicht die unabhängigen Schufte, die den Kämpfern in den Rücken gefallen sind, haßt die Führer der Kommunistischen Partei! Und Ihr Arbeiter, die Ihr, in den Gefängnissen mißhandelt, Eure blutenden Köpfe hoch erhebt, in dem Bewußtsein, nach tapferer Schlacht für die Interessen des Proletariats dem Feinde in die Hand gefallen zu sein, Ihr irrt, Ihr habt kein Recht, stolz auf Eure Wunden zu sein, Ihr seid Opfer neuer Ludendorffs, die Euch zynisch und frivol in den Tod gesandt haben!“ Das alles steht geschrieben in derselben Broschüre, in der Paul Levi auf Seite 34 darstellt, wie ein Städtchen und ein Dorf Mitteldeutschlands nach dem anderen, wie ein Fähnlein der Proletarier nach dem anderen todesmutig in den Kampf zog. „Wie es die Zentrale gebot“ — höhnt dieser „Marxist“, ohne auch nur zu fühlen, daß er sich selbst als einen Lügner und Verleumder vor jedem denkenden Kommunisten demaskiert; denn, wer wird ihm glauben, daß in einer jungen Partei die Zentrale ein solches Vertrauen von Hunderttausenden von Proletariern genießt, daß sie in den Tod gehen auf ihren Aufruf, auch dann, wenn der Kampf frivol vom Zaune gebrochen worden ist? Wer wird es ihm glauben, desto mehr in dem Augenblick, da, wie doch jeder weiß, der Rücktritt der Genossen Zetkin, Däumig und Levi die auch früher nicht große Autorität der Zentrale noch mehr geschwächt hatte? Nicht einen Putsch, sondern den revolutionären Kampf der deutschen Proletarier besudelt Paul Levi! Denunziert ihn dem Staatsanwalt, denunziert ihn der bürgerlichen Presse!

Und was am meisten deprimierend ist, ist nicht einmal der Fall Levi. Ich glaube, daß sich nach dem Gesagten über die Naturgeschichte Levis das Wesen dieses Zusammenbruches ziemlich klar

vor den Augen des Proletariats zeigt. Ein begabter Intellektueller wird in der stickigen Luft des wilhelminischen Deutschlands zum Sozialdemokraten. Intelligent, aufgeweckt, wird er abgestoßen von der philisterhaften Atmosphäre, in der die Parteibonzen leben. Er stammt aus einer reichen Familie, ihre kleinbürgerliche Existenz kann ihn nicht anziehen, sie stößt ihn ab. Da kommt der Krieg mit der Welle des Schmutzes, der patriotischen Lügen. Der junge Intellektuelle mit seinen Sprachkenntnissen, mit den Kenntnissen der Weltzusammenhänge, glaubt natürlich an die patriotischen Märchen vom Ueberfall usw. nicht. Ohne jeden Zusammenhang mit den Gewerkschaften und Parteiorganisationen kann er natürlich nicht die Brücke betreten, über die manche ehrliche Sozialdemokraten zum Sozialpatriotismus kamen: was sind ihm die proletarischen Organisationen, was ist er ihnen? Ihre Erhaltung kann ihm nicht zur Selbstlüge werden, die das Kompromiß mit der Bourgeoisie bemänteln könnte. Er ist gegen den Krieg. Seine Beziehungen zu Rosa Luxemburg, seine ästhetische Vorliebe für die klassische Linie, für das Große, bringen ihn zum Spartakusbund. Aber der Spartakusbund ist ihm auch nicht das Vaterland, für das zu bluten sein einziger Drang wäre. Frei vom Militärdienst, geht er nicht in die illegalen Schlupfwinkel, um für die Ideen des Spartakusbundes sein Leben einzusetzen. Johann Knief machte es. Pieck machte es. Karl Becker machte es. Paul Levi lebte im Auslande auf Reisen, sich nebenbei als Spartakist betätigend. „Was ist das Mitleid, das nicht verbrennt?“ fragt Nietzsche. Levi war von der revolutionären Idee nicht wie von einer Flamme ergriffen. Die Revolution brachte den talentierten Schriftsteller und Redner in die Leitung des Spartakusbundes. Die Revolution ebte ab, die Arbeit für die Partei ist eine schwere Arbeit, Arbeit in tausend Gefahren, Arbeit unter den größten Entbehrungen, nicht nur physischer Art. Es gilt auf alles zu verzichten, wenn man ganz der Sache dienen will. Dem intellektuellen Dilettanten und Aestheten wird diese Arbeit zur schweren Last. Jünglinge reifen in ihr zu Männern, Männer werden hart wie Stahl, der Aesthet, Dilettant und Intellektuelle fühlt sich aber gedrückt, will tausendmal weglaufen. Man muß ihm Kampfeinspritzungen machen, ihn an der Eigenliebe kitzeln, die Mahnungen Rosa Luxemburgs ihm wiederholen. Die Asche unserer Märtyrer brennt aber nicht auf seinem Herzen, und so bäumt er sich immer wieder auf. Die verfluchten Proleten, die keinen Sinn dafür haben, wie er sich für sie opfert, indem er nur einmal in der Woche seine schönen Vasen ansieht! Sie schreien ihm noch ins Gesicht: Nieder mit dem Bonzen! und drohen ihm mit dem Revolver, wo er sich abmüht, sie zu überzeugen. Voll Wut gegen das plebejische Pack,

gerät er in einen Konflikt mit erfahrenen Genossen, die das Faule in ihm fühlen und die von der deutschen Bewegung zu weit entfernt sind, um sich wie ich durch die Kenntnis ihrer Armut an schriftstellerischen Kräften verleiten zu lassen, seine Blößen zu decken. Er fühlt das Mißtrauen, welches er erweckt, und dieses Mißtrauen treibt ihn nicht dazu, über die eigenen Schwächen nachzudenken, über die eisernen Pflichten eines Revolutionärs, sondern es treibt ihn nach rechts; unbewußt sucht er die Stütze bei den Genossen, die sich erst im Uebergang zum Kommunismus befinden. Er erschrickt, wo er sieht, daß die Internationale bereit ist, sogar vorübergehend auf ansehnliche Arbeitergruppen zu verzichten, um nur keine schwankenden Führer in ihre Reihen zu bekommen. Die Zentralisation des Kampfes, die Unterstützung jüngerer kommunistischer Parteien durch ältere, die er selbst tausendmal gefordert hat, sie erscheinen ihm als unerträglicher Zwang. Er bäumt sich auf gegen die Internationale, aber in der Erkenntnis, daß er in dem Kampf gegen sie den kürzeren ziehen muß, weil er ihren Ideen nur die der Hilferdinge entgegenstellen kann, die die Arbeiter ablehnen, wagt er nicht, offen aufzutreten, wird zur schleichenden Krankheit der Partei. Demaskiert zieht er sich zurück. Tausendmal wollte er schon desertieren, sich ins Privatleben zurückziehen, ins traute Heim, wo er nach getaner höherer Advokatenarbeit sich dem Genuß der Vasensammlung und der Blumenzucht ergeben kann; jetzt aber geht er als grollender Achilles. Niemand weinte ihm eine Träne nach, niemand forderte ihn auf, zurückzukommen, und die Erlösung, die er erwartete, ward ihm zur Qual. Da kam der Augenblick. Die Partei zog in den Kampf, dessen Aussichten sehr schlecht waren. Er erhob den Kopf, er mischte sich nicht in die Sache. Er wusch sich die Hände in Unschuld; er meldete sich als Warner bei der Internationale, aber er erklärte, er gedenke nicht, gegen die Partei zu kämpfen. Die Partei erlitt eine große Niederlage, sie blutete aus tausend Wunden; der Intellektuelle glaubte, daß die Arbeiter aus dem gleichen Holze geschnitzt seien wie er, daß sie mutlos sein würden, demoralisiert. Und die Broschüre, die er als eine theoretische Kannegießerei begann, wird zur Bombe gegen die Partei. Der passive Schwächling, das psychologische Rätsel, der Mensch mit seinem Widerspruch — er steht da als ein Ganzer, und der Ruf, der aus seiner Brust ertönt, heißt: Nieder mit der Kommunistischen Partei, nieder mit der Internationale! Das bürgerliche Söhnchen, das durch den Gestank des faulenden Körpers seiner Klasse an die Seite des Proletariats getrieben worden war, es wird zum Renegaten! Es wird es so weit, daß es die Hilfe des Präsidenten des Reichstages anruft gegen die eigene Partei, um sich von einer ihr

gegenüber übernommenen Verpflichtung zu befreien. Diese Hilfe wird ihm zuteil. Der verlorene Sohn der Bourgeoisie ist in den Mutterschoß zurückgekehrt!

Der Zusammenbruch Levis ist ein einfacher Fall des Zusammenbruches eines Intellektuellen, der mit seinem Kopfe die Losungen der Revolution annehmen konnte, aber dessen Herz und Nerven den Anforderungen der Revolution nicht gewachsen waren. Solche Verrätereien werden noch hundertmal in dem schweren Kampfe vorkommen, den wir noch ein Menschenalter zu führen haben werden. Der Weg des Proletariats wird besät sein nicht nur mit den Leichen unserer Besten, die wir auf unseren Schultern tragen werden zur letzten Ruhestätte, die zum Pilgerort des kämpfenden Proletariats wird; der Weg des Proletariats wird auch besät sein mit faulenden Kadavern von Menschen, die auf dem Wege zusammengebrochen sind, nicht wie ein erschöpfter Kämpfer, sondern wie ein Pferd, das den Strapazen des Krieges nicht gewachsen war. Und wir sagen: Nicht der politische Leichnam Levis, den das deutsche Proletariat mit einer verächtlichen Fußbewegung in den Graben rollt, hat eine große politische Bedeutung. Die Bedeutung hat der Zug der Leidtragenden, die zu seiner Grabstätte klagend sich bewegen.

IV.

Die Genossin Clara Zetkin, der Genosse Däumig, der Genosse Hoffmann und der Genosse Brass, um nur die besten zu nennen, erheben im Namen der „Freiheit der Kritik“ Protest gegen den Ausschluß Levis, und sie behaupten, die Auffassungen Levis entsprächen denen der Kommunistischen Internationale. Ueber das letzte werden wir gar nicht streiten. Die Auffassungen, deretwegen nicht nur Stampfer, nicht nur Hilferding, sondern sogar die Stinnespresse Levi zum geistigen Heros stempeln, sie können nicht die Auffassungen der Kommunistischen Internationale sein. Dieser Rettungsversuch ist so lächerlich, daß man bei ihm nicht lange zu verweilen braucht. Wir wollen nur über die „Freiheit der Kritik“ in der kommunistischen Partei ein paar Worte sagen, weil dieser Vorwurf vielleicht von irgend einem Arbeiter ernst genommen werden könnte. Wozu dient die Kritik in der kommunistischen Partei? Sie dient dazu, um sich vor dem Kampfe über die Lage zu orientieren, die Kampfmittel zu wählen, oder um nach einer Kampagne, nachdem der Kampf beendet ist, die gemachten Fehler einzusehen, um sie für die Zukunft zu vermeiden. Braucht die Kommunistische Internationale zu erklären, daß sie diese Kritik für ein Lebensbedürfnis ansieht? Ist es nötig, zu erklären, daß die V. K. P. D. ihre Aktionen einer sorgfältigen

Prüfung zu unterziehen hat? Braucht man erst zu beweisen, daß in dem ersten Kampfe, den die Partei in großem Umfange führt, hunderte von Fehlern gemacht werden müssen? Darüber gibt es keinen Streit. Aber die Freiheit der Kritik in der kommunistischen Partei ist an drei Bedingungen geknüpft: die eine bezieht sich auf den Inhalt der Kritik, die andere bezieht sich auf den Augenblick der Kritik und die dritte bezieht sich auf die Grenzen der Kritik. Unsere Kritik ist nicht voraussetzungslos, wie auch der Beitritt zu einer kommunistischen Partei nicht voraussetzungslos, sondern an die Voraussetzung gebunden ist, daß man die Grundsätze des Kommunismus anerkennt. Es ist klar, daß, wenn jemand auf einmal Zweifel darüber kriegen würde, ob die Demokratie nicht doch ein besserer Weg zum Sozialismus als die Diktatur sei, oder ob man nicht den Bürgerkrieg vermeiden sollte, eine solche Kritik nichts in der kommunistischen Partei zu suchen hat. Wer solche Zweifel hat, der möge sich in seinem Kämmerlein mit ihnen auseinandersetzen, und hat er sie nicht überwunden, dann soll er aus der kommunistischen Partei austreten; denn sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die mit den Mitteln des Bürgerkrieges um die Diktatur des Proletariats kämpfen. Bewegt sich die Kritik Levis in dem Rahmen der kommunistischen Grundsätze? Die Tatsache, daß er der kommunistischen Partei das vorwirft, weswegen die Hilferdinge ihr nicht beitreten wollen: Sektiererei, bakunistischen Putschismus und die Diktatur von Moskau, beweist, daß seine Kritik eine Kritik vom Standpunkt des Gegners, vom Standpunkt der zentristischen Auffassungen ist. Die ganze These Levis läuft, wie wir es in unserer Broschüre bewiesen haben, darauf hin, daß die Kommunistische Partei, bevor sie nicht die Mehrheit der Arbeiter hinter sich hat, überhaupt keine revolutionären Massenaktionen beginnen kann, da diese Aktionen sonst einen Kampf gegen die Mehrheit des Proletariats darstellen. Dies ist der Standpunkt, mit dem das Zentrum seine passive Politik verteidigt hat. Diesen Standpunkt hat die Kommunistische Internationale theoretisch wie praktisch abgelehnt. Darum ist die Broschüre Levis ein prinzipieller Verstoß gegen die Grundsätze der Kommunistischen Internationale.

Die zweite Voraussetzung der Kritik ist, daß sie nicht dem Gegner, sondern der kommunistischen Partei dient. Wer im Kampfe die Aktion der Partei kritisiert oder im Momente des Rückzuges der Partei, wo auf sie die Schläge des Feindes hageln, gegen sie auftritt und die Partei anklagt, der sät Mißmut, Mißtrauen in die Reihen der Verfolgten, in die Reihen der Kämpfenden. Denn gegen die Verfolgungen muß sich die Partei zu einer eisernen Phalanx

zusammenschließen. Sind Fehler gemacht worden, die eine sofortige Abstellung erfordern, so hat die Partei Organe, in denen auf das Abstellen der Fehler gedrängt werden kann. Levi hat am 7. April in der Versammlung der Berliner Vertrauensmänner aufs heftigste die Partei angegriffen. Kein Haar wurde ihm deswegen gekrümmt. Die Genossin Zetkin hat am 8. April im Zentralaussschuß aufs heftigste die Zentrale angegriffen; ihre Resolution wurde mit einer überwältigenden Mehrheit der Stimmen abgelehnt. Aber der Zentralaussschuß unternahm nicht den geringsten Schritt gegen die Genossin Zetkin. Levi hat die Partei als eine Schafherde, die von einem Rudel von Abenteurern getrieben wird, öffentlich angegriffen, in einem Moment, wo es galt, die ganze Partei zur einmütigen Abwehr zu sammeln, zum Kampfe gegen den weißen Terror, zum Kampfe um das nackte Leben verhafteter Proletarier, um das Bestehen von Organisationen, für die Tausende geblutet haben. Selbst wenn neun Zehntel seiner Vorwürfe richtig wären, würde seine Broschüre den glatten Verrat an der Partei bedeuten.

Wer eine solche Freiheit der Kritik fordert, wie sie Levi ausgeübt hat, der fordert die Zertrümmerung der Partei, der fordert das Recht, in jeder Aktion der Partei ihr in den Rücken zu fallen. Eine Partei, die eine solche Kritik zulassen würde, würde zum Spielball von Hysterikern, Besserwissern oder einfachen Agenten der Bourgeoisie. Daß dies eine selbstverständliche Forderung ist, die ein jedes Mitglied der Partei erfüllen muß, daß dies nicht eine aus Anlaß des Falles Levi konstruierte Theorie ist, das beweist besser als irgend etwas anderes ein Fall aus der Geschichte der K. P. D. selbst.

Als die Januarkämpfe des Jahres 1919 sich zum Kampfe um die Macht auswuchsen, hielt ich es für einen großen Fehler, daß die Partei diesen Kampf nicht in dem Rahmen der Demonstration gegen die Absetzung Eichhorns hielt. Die Partei hatte damals keine Organisationen. Die überwiegende Mehrheit des Proletariats begann sich noch nicht einmal zu rühren. Als ich am 8. Januar 1919 die Nachricht erhielt, daß Noske die weißen Garden organisiere, daß der Kampf also bei der Passivität der Provinz in ein Blutbad in Berlin ausmünden müsse, schrieb ich einen Brief an die Zentrale, in dem ich dringend riet, entweder offen den Kampf abzubereiten, mit der klaren Feststellung vor dem Proletariat, daß der Augenblick der Machtergreifung noch nicht gekommen sei, oder gestützt darauf, daß die Regierung sich noch sehr unsicher fühlte, mit ihr als mit einer gegnerischen Regierung offen in Verhandlungen zu treten über die Bedingungen, unter denen der Kampf abgebrochen

werden könnte. Nach der Niederlage, nach dem Tode Rosa Luxemburgs und Liebknechts, ließ ich das zweite Exemplar meines Briefes sorgfältig an einer neutralen Stelle verwahren. Es war mir notwendig als Dokument für das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei; aber ich fürchtete, es könnte bei einer etwaigen Verhaftung in die Hände der Regierung fallen und zur Ausstreuung des Mißtrauens gegenüber den gefallenen Führern der Partei benutzt werden. Als ich verhaftet wurde, erfuhr der Untersuchungsrichter von der Existenz dieses Dokumentes, und da ich angeklagt war, den Januaraufstand zusammen mit Liebknecht organisiert zu haben, forderte er mich auf, diesen Brief vorzulegen. Ich lehnte das selbstverständlich ab mit der Begründung, es sei seine Pflicht, meine Schuld zu beweisen und nicht meine Pflicht, meine Unschuld zu beweisen. Monate dauerte meine Untersuchungshaft, während der ich immerfort in Lebensgefahr schwebte. Ich verkürzte sie nicht durch die Vorzeigung dieses Dokumentes; es war für mich klar, daß ich es nicht tun dürfe, wenn ich nicht zum **gemeinen Verräter** an der Partei werden wollte. Vor meiner Verhaftung schrieb ich eine Broschüre über die Lehren des Berliner Bürgerkrieges, in der ich die Fehler der Bewegung aufzeichnete. Aber ich tat es in einer Weise, die gleichzeitig die Quellen der Fehler historisch erklärte, sie als Ganzes historisch würdigte, als das erste Erwachen des deutschen Proletariats, als den Beginn der proletarischen Revolution in Deutschland. Diese Kritik würde der Partei trotz der Aufdeckung der Fehler nur geholfen haben, denn sogar in den Fehlern sah sie den Weg nach **vorwärts**. Auch die behutsame, historische Art der Behandlung der gemachten Fehler war für mich als einen Kommunisten selbstverständlich, selbstverständlich vom Standpunkte der marxistischen Methode, die nicht erlaubt, in dem Kampf großer proletarischer Massen willkürliche Bewegungen zu sehen, die entstanden sind, weil an ihrer Spitze Genossen standen, denen ein historisches Rezept fehlte. Karl Marx äußerte sich beim Ausbruch der Pariser Kommune in seinem Briefe an Kugelmann sehr kritisch und skeptisch über ihre Aussichten. Aber gleichzeitig unterstützte er sie mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seiner Seele. Als die Kommune zusammenbrach, verhüllte er nicht ihre Schwächen; aber gleichzeitig suchte er das internationale Proletariat zu lehren, die Keime des großen historischen Fortschrittes zu verstehen, die in ihr verborgen lagen. Wer ein Atom revolutionären Empfindens und marxistischer Erkenntnis in sich aufgenommen hat, der wird den Fehlern einer revolutionären Bewegung niemals anders gegenüberreten.

Daß Genossen von der geistigen Bedeutung Clara Zetkins oder von einer proletarischen Vergangenheit wie Adolf Hoffmann, Brass

und Däumig diese Selbstverständlichkeiten auch nur für einen Augenblick vergessen konnten, das erfordert, daß wir jüngeren Genossen, die wir uns mit ihnen an Verdiensten ganz gewiß nicht messen können, ihnen mit ruhiger aber entschlossener Stimme sagen: Bis hierher und nicht weiter! Diesen Genossen wird der Uebergang von der Agitation zur Aktion schwer. Sie sehen die große Gefahr der Trennung von den Massen, der Niederlage und fühlen sich verpflichtet, die Partei zu warnen. Die Partei hat diese Warnung gehört und sie hat ihnen geantwortet: Wir kennen die von Euch gezeigten Gefahren; aber noch gefährlicher ist die Untätigkeit. Die Partei hat diese Genossen wegen der Warnungen nicht verfehmt, sie hat sie auf ihren Vertrauensposten belassen. Aber die Partei muß von ihnen fordern, daß sie sich durch die Verbitterung nicht zu Schritten treiben lassen, die sie aus der Partei führen könnten. Der Konflikt ist durch die Solidaritätserklärung dieser Genossen schon bis zu der Stelle gelangt, wo er mit einem Bruch zu enden droht. Sollte dieser Bruch, wie ich hoffe, in der Sitzung des Zentralausschusses nicht erfolgen, sollten diese Genossen sich angesichts der Grenze, an der sie angelangt sind, der Disziplin der Partei fügen, so wird die ganze Partei sich dessen nur freuen. Sollte in dem Augenblick, wo diese Broschüre nach Deutschland kommt, der Bruch vollzogen sein, nun, dann wird ihn die Partei besser zu ertragen wissen als die Genossen vom rechten Flügel. Mag es ihnen gelingen, einen Teil der Arbeiter irre zu führen und mit sich aus der Partei zu ziehen. Zwischen der kommunistischen Partei und den Scheidemännern gibt es keinen Platz, sogar nicht für die rechten Unabhängigen. Sie werden zerfallen und sie werden aufgerieben. Für eine Partei linker Unabhängiger oder rechter Kommunisten gibt es noch weniger Platz. Unter welcher Losung wollen sie die gründen? „Es lebe die territorial begrenzte Aktion!“ oder vielleicht unter der Losung: „Nieder mit den Turkestanern!“ Wir wünschen ihnen, daß ihnen dieser Versuch erspart bleibe. Sollten sie ihn unternehmen, so wird der grausig ernste Kampf des deutschen Proletariats eine heitere Episode erleben. Die V. K. P. D. aber wird als große Massenpartei des Proletariats geläutert, von jedem schwankenden Element befreit, durch ihren Kampf das Vertrauen der Arbeiter trotz Niederlagen mit jedem Tage mehr verdienen, und sie wird in diesem Kampfe eine eiserne Schar von Männern bilden, die die Furcht verlernt haben und wissen, was die Revolution bedeutet.

Moskau, am 1. Mai 1921.

K. Radek.

„Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“, „das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft“, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll, und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“

Aus F. ENGELS: *„Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“.*

Ueber den Rücktritt von fünf Mitgliedern aus der Zentrale der V. K. P. D.

Fünf Mitglieder der Zentrale der V. K. P. D. haben ihren Rücktritt aus der Zentrale erklärt und begründet mit ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der Exekutive in der Frage der Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei.

Für jeden denkenden kommunistischen Arbeiter genügt die einzige Tatsache: Vor die Frage gestellt, mit den Reformisten oder mit den Kommunisten zu gehen, hat die zentristische Führergruppe um Serrati 12 000 Reformisten zuliebe mit 60 000 kommunistischen Proletariern Italiens gebrochen. Diese Tatsache sagt mehr als alle Redensarten über das untaktische Vorgehen dieses oder jenes Vertreters der Kommunistischen Internationale.

Für alle Mitglieder der deutschen Zentrale sollte dies klar sein: In einer kommunistischen Partei werden die Führer von den Arbeitern auf den Posten gestellt, den zu verlassen sie ohne Zustimmung der Partei ebensowenig das Recht haben, wie ein Rotarmist das Recht hat, seinen Wachtposten zu verlassen. Nur in bürgerlichen oder opportunistisch sozialistischen Parteien glaubt der Führer, selbständig, auch gegen den Willen der Parteimitgliedschaften, auftreten zu können. Jedenfalls waren die fünf Genossen verpflichtet, aus Rücksichten der internationalen Disziplin zunächst ihre Absicht, aus dem Zentralkomitee auszutreten, der Kommunistischen Internationale mitzuteilen. Die Exekutive bedauert daher den Austritt der fünf Genossen aus dem Zentralkomitee der V. K. P. D. und erblickt in diesem Austritt:

1. Mangel an Disziplin in den führenden Schichten der V. K. P. D.
2. die Bestätigung der Tatsache, daß sich innerhalb der Führerschaft der V. K. P. D. Ansätze zur Bildung eines rechten Flügels zeigen.

Die Exekutive ist der Meinung, daß die wirklichen Motive des Rücktritts des Genossen Levi und seiner Gruppe aus der Zentrale

der V. K. P. D. nicht die italienische Frage, sondern opportunistische Anwandlungen in deutschen und internationalen Problemen sind.

Allen bewußten Kommunisten Deutschlands muß es klar sein, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale sich das Ziel setzt, nicht Sekten, sondern wirklich aktive und revolutionäre kommunistische Massenparteien in jedem Lande zu bilden.

Die Bemühungen der Exekutive, insbesondere auch in Deutschland die Vereinigung des Spartakusbundes mit den revolutionären Elementen der früheren U. S. P. und der K. A. P. D. durchzuführen, um eine große kommunistische Massenpartei herauszubilden, sind ein genügender Beweis dafür.

Der Versuch, die Ereignisse in der italienischen Partei als eine „mechanische Spaltung“ darzustellen, bedeutet, daß die Urheber dieses Vorwurfs entweder über die wirkliche Lage in der italienischen Partei nicht informiert sind, oder daß diese Urheber in ihrer Argumentation dem menschwistisch-reformistischen Fahrwasser zutreiben.

Die Exekutive macht alle deutschen Kommunisten darauf aufmerksam, daß sich in den letzten Monaten in verschiedenen Ländern Elemente zur Ausbildung eines rechten Flügels des Kommunismus zeigen. Um so mehr müssen alle Kommunisten die Reihen schließen und entschieden diese Tendenzen im Keim überwinden. Die Erklärung des Genossen Levi vom 23. März beweist, daß dieser Genosse schon knapp vor einem Bruch mit der Kommunistischen Internationale steht. Diese Tatsache sollte den Genossen, die bisher mit ihm solidarisch waren, zeigen, wohin sein Kurs geht, und ihnen helfen, ihren Irrtum einzusehen und zu korrigieren.

In der durch die letzten Märzkämpfe in Deutschland eröffneten Periode werden für Richtungsunterschiede nicht mehr die mehr oder minder durchdachten Auffassungen über die italienische Parteifrage bestimmend sein, sondern die Stellungnahme zu den Problemen des eben durchfochtenen und wieder bevorstehenden revolutionären Massenkampfes.

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

Zur Naturalsteuer.

(Die Bedeutung
der neuen Politik und ihre Bedingungen.)

Statt eines Vorworts.

Die Frage der Naturalsteuer lenkt gegenwärtig die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich und ruft viele Erörterungen und Meinungsverschiedenheiten hervor. Nichts ist natürlicher als dies, denn sie ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen tatsächlich eine der Hauptfragen der Politik.

Die Debatten tragen einen ziemlich verwirrten Charakter. Wir alle sind aus nur allzu begreiflichen Gründen daran mitschuldig. Umso nützlicher wird der Versuch sein, diese Frage nicht als „aktuelle“ zu behandeln, sondern sie vom prinzipiellen Standpunkt aus zu betrachten, mit anderen Worten, einen allgemeinen Grundriß jenes Bildes zu geben, in das wir jetzt die Wirksamkeit bestimmter praktischer Maßnahmen der laufenden Politik eintragen.

Ich will diesen Versuch machen und erlaube mir deshalb, einen langen Auszug aus meiner Broschüre „Die Hauptaufgabe unserer Zeit. — Ueber die Kinderei der Linken und ihre Spießbürgerlichkeit“ anzuführen. Diese Broschüre, die 1918 im Verlag des Petrograder Sowjets erschien, enthält erstens meinen Zeitungsartikel vom 11. März 1918 über den Brester Frieden, zweitens eine Polemik mit der damaligen Gruppe der linken Kommunisten vom 5. Mai 1918. Die Polemik ist jetzt überflüssig; ich lasse sie daher fortfallen. Nur das lasse ich stehen, was zu den Darlegungen über den „Staatskapitalismus“ und die grundlegenden Elemente unseres zeitgenössischen, vom Kapitalismus zum Sozialismus führenden Wirtschaftslebens gehört.

Damals schrieb ich folgendes:

Ueber das gegenwärtige Wirtschaftsleben Rußlands. (Aus der Broschüre 1918).

... „Der Staatskapitalismus wäre im Vergleich zur gegenwärtigen Lage in unserer Sowjetrepublik ein Schritt nach vorwärts. Wenn bei uns beispielsweise nach einem halben Jahre der Staats-

kapitalismus eingeführt würde, so wäre dies ein gewaltiger Erfolg und die sicherste Gewähr dafür, daß der Sozialismus sich innerhalb Jahresfrist endgültig bei uns einbürgern und unbesiegbar werden würde.

Ich stelle mir lebhaft vor, mit welcher ehrbarer Entrüstung gar mancher vor diesen Worten zurückschrecken wird... Wie denn? In einer sozialistischen Sowjetrepublik sollte der Uebergang zum Staatskapitalismus ein Schritt nach vorwärts sein?... Und das sollte kein Verrat am Sozialismus sein?

Bei diesem Punkt müssen wir eingehender verweilen.

Erstens müssen wir uns darüber klar werden, wie der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vor sich geht, der uns das begründete Recht gibt, uns sozialistische Sowjetrepublik zu nennen.

Zweitens muß man den Irrtum derjenigen aufdecken, die nicht einsehen, daß die kleinbürgerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und das kleinbürgerliche Element in unserem Lande die Hauptfeinde des Sozialismus bei uns sind.

Drittens muß man die Bedeutung des Sowjetstaats hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Verschiedenheit vom bürgerlichen Staate klar erkennen.

Prüfen wir diese drei Umstände näher.

Es gibt wahrscheinlich keinen einzigen Menschen, der bei Betrachtung des jetzigen Wirtschaftslebens Rußlands den Uebergangscharakter desselben in Abrede stellen würde. Wahrscheinlich hat auch kein einziger Kommunist es je geleugnet, daß die Bezeichnung „Sozialistische Sowjetrepublik“ wohl den Entschluß der Sowjetmacht bedeutet, den Uebergang zum Sozialismus durchzuführen, aber keineswegs die Behauptung enthält, die jetzige wirtschaftliche Ordnung sei sozialistisch.

Was bedeutet aber das Wort „Uebergang“? Soll damit in Bezug auf das Wirtschaftsleben nicht gesagt werden, daß es in der gegenwärtigen Ordnung Elemente, Bruchteile, Kräfte des Kapitalismus und des Sozialismus gibt? Jedermann wird zugeben, daß dies der Fall ist. Aber nicht jeder, der es zugibt, denkt darüber nach, welche Elemente der verschiedenen sozialwirtschaftlichen Ordnungen in Rußland zu finden sind. Und doch ist dies der Kernpunkt der Frage.

Diese Elemente sind:

1. Die patriarchalische, d. h. in bedeutendem Maße, Naturalwirtschaft des Bauern;
2. Die Kleinproduktion (hierhin gehören die meisten Bauern, die ihr Getreide verkaufen);

3. Der privatwirtschaftliche Kapitalismus;
4. Der Staatskapitalismus;
5. Der Sozialismus.

Rußland ist so groß und buntscheckig, daß sich alle diese verschiedenen Typen der sozialwirtschaftlichen Ordnung in ihm ineinander verflechten. Hierin liegt die Eigentümlichkeit der augenblicklichen Situation.

Es fragt sich nun, welche dieser Elemente vorherrschend sind. Es versteht sich, daß unter den Kleinbauern die kleinbürgerlichen Elemente die Ueberhand haben; es könnte auch gar nicht anders sein. Der größte, ja der überwiegende Teil der Ackerbauer besteht aus Kleinproduzenten. Die Form des Staatskapitalismus (Getreidemonopol, Kontrolle über die Unternehmer und Händler, sowie über die bürgerlichen Genossenschaften) wird hie und da von den Schiebern durchbrochen; der Hauptgegenstand des Schiebertums ist das Getreide.

Der Hauptkampf entwickelt sich eben auf diesem Gebiet. Zwischen wem — um in der Terminologie der wirtschaftlichen Kategorien, wie z. B. „Staatskapitalismus“, zu sprechen — findet eigentlich der Kampf statt? Etwa zwischen der vierten und der fünften Stufe in der von mir aufgezählten Reihenfolge? Gewiß nicht. Es ist kein Kampf zwischen dem Staatskapitalismus und dem Sozialismus; vielmehr kämpfen das Kleinbürgertum und der private Kapitalismus mit vereinten Kräften gegen den Staatskapitalismus und den Sozialismus. Das Kleinbürgertum sträubt sich gegen jede staatliche Einmischung, Registrierung und Kontrolle, sowohl gegen die staatskapitalistische als auch gegen die sozialistische. Wir haben es hier mit einer ganz unbestreitbaren Tatsache zu tun. Darin, daß man dies nicht begreift, liegt die Ursache zahlreicher wirtschaftlicher Mißgriffe. Der Schieber, der Handelsmarodeur, der Verletzer des Monopolrechts — sie sind unsere größten „inneren“ Feinde, die Feinde der wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjetmacht.

Es war noch verzeihlich. Wenn die französischen Kleinbürger, die hervorragendsten und aufrichtigsten Revolutionäre, vor 125 Jahren bestrebt waren, das Schiebertum durch Hinrichtung einzelner, weniger „Auserwählter“ und durch donnernde Deklarationen auszurotten, so war das damals noch verzeihlich. Jetzt aber ruft das echt französische Verhalten der linken Sozialrevolutionäre zu dieser Frage in jedem klassenbewußten Revolutionär nur Abscheu und Widerwillen hervor. Wir wissen ganz genau, daß die in Rußland überaus starke Schicht der Kleinbesitzer und der privatwirtschaftliche Kapitalismus, der in jedem Kleinbürger einen Agenten hat, die wirtschaftliche Grundlage des Schiebertums bilden. Wir

wissen, daß diese kleinbürgerliche Hydra mit Millionen von Fangarmen bald hier, bald da einzelne Schichten der Arbeiter erfaßt, daß anstelle des Staatsmonopols das Schiebertum in alle Poren unseres sozialwirtschaftlichen Lebens eindringt.

Wer dies nicht einsieht, der beweist gerade durch seine Blindheit, daß er in kleinbürgerlichen Vorurteilen befangen ist.

Der Kleinbürger hat einen kleinen Geldvorrat, einige Tausende, die er namentlich während des Krieges, mehr schlecht als recht aufgehäuft hat. Dies ist der wirtschaftliche Typus, der als Grundlage des Schiebertums und des privatwirtschaftlichen Kapitalismus bezeichnend ist. Das Geld ist eine Bescheinigung zur Erlangung gesellschaftlichen Gutes, und die vielmillionenköpfige Schicht der Kleinbesitzer hält diese Bescheinigung fest in Händen, versteckt sie vor dem „Staat“, sie glaubt weder an den Sozialismus, noch an den Kommunismus und gedenkt zu warten, bis der proletarische Sturm vorüber ist. Entweder werden wir diese Kleinbürger unserer Kontrolle und unseren Gesetzen unterordnen (wir können dies durchführen, indem wir die Armen, d. h. die Mehrheit der Bevölkerung und die Halbproletarier mit der klassenbewußten proletarischen Vorhut vereinigen), oder sie werden unsere Arbeitermacht unvermeidlich und unausbleiblich stürzen, genau wie die Napoleons und die Cavaignacs, die namentlich auf dem Boden des Kleinbesitzes gedeihen, die Revolution gestürzt haben. So steht die Frage, und nur so steht sie.

Der Kleinbürger, der seine paar Tausende versteckt, ist ein Feind des Staatskapitalismus. Er will diese Tausende unbedingt zu seinen Gunsten und damit zum Schaden der Armen realisieren, sie der allgemeinstaatlichen Kontrolle entziehen. Zusammen ergeben diese kleinen Sümmchen die viele Milliarden betragende Basis des Schiebertums, das unseren sozialistischen Aufbau untergräbt. Nehmen wir an, daß eine bestimmte Anzahl von Arbeitern in einem bestimmten Zeitraum eine Summe von Werten erzeugt, die sich in der Ziffer 1000 ausdrückt. Nehmen wir ferner an, daß durch kleine Schieberoperationen, durch allerhand Entwendungen und durch die vielfache „Umgehung“ der Sowjetgesetze und Verfügungen seitens der kleinen Schieber von dieser Summe 200 verloren gehen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird sich sagen: müßte ich von jedem Tausend 300 hergeben, um mehr Ordnung und Organisation zu schaffen, so würde ich gern 300 statt 200 opfern. Wenn die Ordnung und Organisation erst hergestellt sind, wenn dem kleinen Besitzer erst endgültig die Möglichkeit genommen ist, das Staatsmonopol zu untergraben, wird es für die Sowjetmacht ein

Kinderspiel sein, diesen „Tribut“, sagen wir bis zu hundert oder fünfzig, zu verringern.

Aus diesem einfachen Zahlenbeispiel — ich habe es zwecks allgemein verständlicher Darlegung bis aufs äußerste vereinfacht — ersehen wir, in welchem Verhältnis der Staatskapitalismus und der Sozialismus gegenwärtig zueinander stehen. Die Arbeiter halten die Staatsmacht in Händen, sie haben juridisch die vollste Möglichkeit, das ganze Tausend für sich zu beanspruchen, d. h. ohne sozialistische Bestimmung keinen Kopeken abzugeben. Diese juridische Möglichkeit, die sich auf den tatsächlichen Uebergang der Macht an die Arbeiter stützt, ist ein Element des Sozialismus. Die kleinbürgerlichen und privatkapitalistischen Elemente untergraben diese juridische Lage jedoch auf verschiedenen Wegen, begünstigen und betreiben Schleichhandel und verhindern die Durchführung der Sowjetdekrete. Der Staatskapitalismus wäre ein Riesenschritt nach vorwärts, sogar wenn wir teurer dafür zahlen müßten als jetzt. Für die „Lehre“ lohnt es sich schon zu zahlen; sie ist dem Arbeiter sehr nützlich. Der Sieg über die Unordnung, den Zerfall, das Sichgehenlassen ist wichtiger als alles andere. Das Fortbestehen der privatbesitzerlichen Anarchie bildet die größte, die drohendste Gefahr, die uns, wenn wir sie nicht besiegen, zweifelsohne vernichten wird. Die Abgabe eines höheren Tributs an den Staatskapitalismus wird uns dagegen nicht ruinieren, sondern auf dem sichersten Wege zum Sozialismus führen. Wenn die Arbeiterklasse es lernen wird, die Staatsordnung gegen die kleinbürgerliche Anarchie der Spekulation zu schützen, die allgemein-staatliche Organisation der Großproduktion auf staatlich-kapitalistischer Grundlage in Gang zu bringen, wird sie — ich bitte um Entschuldigung für den Ausdruck — alle Trümpfe in Händen halten, und die Festigung des Sozialismus wird dann gesichert sein.

Der Staatskapitalismus steht wirtschaftlich unvergleichlich höher da als unser gegenwärtiges Wirtschaftsleben. Das ist das Erste.

Zweitens ist er für die Sowjetmacht ganz ungefährlich, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der Besitzlosen gesichert ist.

Um die Materie noch mehr aufzuklären, wollen wir ein ganz konkretes Beispiel des Staatskapitalismus anführen. Ein solches allen bekanntes Beispiel haben wir an Deutschland. Wir sehen dort das „letzte Wort“ der modernen großkapitalistischen Technik und der planmäßigen Organisation, beherrscht von dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus. Lassen wir die unterstrichenen Worte bei Seite, setzen wir an die Stelle des

Militär-, Junker-, bürgerlichen, imperialistischen Staats einen Staat von anderem sozialen Typus, einen Staat anderen Klasseninhalts, einen Sowjetstaat, d. h. einen proletarischen Staat, so haben wir die Gesamtsumme der Verhältnisse, die den Sozialismus ausmachen.

Der Sozialismus ist ohne eine auf der modernsten Wissenschaft aufgebaute Technik, ohne planmäßige Organisation durch den Staat, ohne Unterordnung vieler Millionen Menschen unter eine einheitliche Norm in der Produktion und Verteilung der Güter undenkbar. Das haben wir Marxisten stets behauptet; mit Leuten, die nicht einmal soviel begriffen haben (die Anarchisten und die Hälfte der Linkssozialisten), lohnt es sich nicht, auch nur zwei Worte darüber zu wechseln.

Der Sozialismus ist ebenso undenkbar ohne die Herrschaft des Proletariats im Staate; dies ist ebenfalls eine allbekannte Weisheit. Die Geschichte (von der niemand, außer vielleicht noch die menschewistischen Dummköpfe ersten Ranges, erwartet hatte, daß sie uns glatt, ruhig, leicht und einfach zum „Vollsozialismus“ führen würde) nahm solch eigenartige Wege, daß sie im Jahre 1918 zwei voneinander getrennte Zwillinge des Sozialismus zur Welt brachte, die wie zwei künftige Kücken einer sozialistischen Weltwirtschaft in derselben Eierschale des internationalen Imperialismus lagen. Deutschland und Rußland haben im Jahre 1918 am deutlichsten die materiellen Vorbedingungen der ökonomischen, Produktions- und allgemeinwirtschaftlichen Forderungen des Sozialismus einerseits, der politischen Lage anderseits verwirklicht.

Eine siegreiche proletarische Revolution in Deutschland hätte mit größter Leichtigkeit die Eierschale des Imperialismus zerschlagen (leider ist diese Schale aus vorzüglichem Stahl angefertigt und leistet den Anstrengungen jenes Kückleins beharrlichen Widerstand). Sie hätte bestimmt, ohne Schwierigkeit oder doch nur mit minimalen Schwierigkeiten — natürlich den Begriff der „Schwierigkeit“ nach weltgeschichtlichem, nicht aber nach alltäglich engherzigem Maßstabe gemessen — den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt verwirklicht.

Wenn die Geburt der Revolution in Deutschland sich noch verzögert, so ist es unsere Aufgabe, am Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, alles daranzusetzen, um ihn auf unseren Sowjetstaat zu übertragen, keine diktatorischen Maßnahmen zu sparen, um die Uebernahme dieses westlichen Kulturzeugnisses durch das barbarische Rußland zu beschleunigen, keine barbarischen Kampfmittel gegen die Barbarei zu scheuen. Wenn es unter den Anarchisten und den linken Sozialrevolutionären Leute gibt (ich erinnere mich zufällig der Reden Karelins und Géés

in dem Zentralvollzugsausschuß), die imstande sind, nach dem Vorbilde Karelins zu behaupten, es passe sich nicht für uns Revolutionäre, bei dem deutschen Imperialismus in die Lehre zu gehen, so müssen wir eins sagen: eine Revolution, die solche Leute ernst nähme, würde hoffnungslos (und zwar ganz nach Verdienst) untergehen.

In Rußland herrscht gegenwärtig der kleinbürgerliche Kapitalismus, von dem sowohl zum staatlichen Großkapitalismus als auch zum Sozialismus ein und derselbe Weg über eine und dieselbe Zwischenstation — die „allgemeine Registrierung und Kontrolle der Produktion und Verteilung der Güter“ heißt — führt. Wer dies nicht einsieht, der begeht einen unverzeihlichen ökonomischen Fehler. Er kennt entweder die Tatsachen nicht, sieht nicht, was um ihn vorgeht, versteht es nicht, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen, oder er beschränkt sich auf die abstrakte Gegenüberstellung des „Kapitalismus“ und „Sozialismus“, ohne in die konkreten Formen und Stufen des Ueberganges, der sich jetzt bei uns vollzieht, einzudringen.

Nebenbei gesagt ist dies derselbe theoretische Fehler, der seinerzeit die besten Kräfte aus dem Lager der „Nowaja Shisnj“ und des „Wperjod“ irregeführt hat. Die Schlechtesten und Lauen unter ihnen hinken aus Dummheit oder Charakterlosigkeit hinter der Bourgeoisie her, die sie ins Bockshorn gejagt hat. Die Besten hatten nicht begriffen, was die Lehrer des Sozialismus über die ganze Periode des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus predigten, hatten nicht begriffen, daß diese Lehrer mit gutem Grund die „langwierigen Geburtswehen“ der neuen Gesellschaft unterstrichen, einer Gesellschaft, die wiederum eine Abstraktion ist und nur Fleisch und Blut werden kann durch eine Reihe verschiedenartiger, unvollständiger, konkreter Versuche, diesen oder jenen sozialistischen Staat zu errichten.

Eben deshalb, weil man von der jetzigen wirtschaftlichen Lage Rußlands nicht vorwärts kommen kann, ohne die Stufe zu ersteigen, die der Staatskapitalismus und der Sozialismus gemeinsam haben (die allgemeine Registrierung und die Kontrolle durch den Staat), ist es eine absolute theoretische Unsinnigkeit, sich vor der „Evolution zum Staatskapitalismus“ zu fürchten und anderen damit Schrecken einzujagen. Wer also urteilt, kommt vom wahren Wege der „Evolution“ ab, versteht diesen Weg nicht. In der Praxis bedeutet dies, die Geschichte rückwärts führen zu wollen auf den Weg des kleinbürgerlichen Kapitalismus.

Damit der Leser sich überzeugt, daß ich den Staatskapitalismus nicht erst heute so „hoch“ einschätze, sondern ihn vor der

Machtergreifung durch die Bolschewiki genau ebenso bewertete, erlaube ich mir, einen Auszug aus der Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen kann“, die ich im September 1917 schrieb, anzuführen.

„... Versucht, an die Stelle des junkerlich-kapitalistischen, anstelle des Staates der Gutsbesitzer und Kapitalisten einen revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der auf revolutionäre Weise alle Vorrechte abschafft und nicht davor zurückschreckt, die vollständigste Demokratie revolutionär durchzuführen. Ihr werdet sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wahrhaft revolutionär-demokratischen Staat unverrückbar einen Schritt zum Sozialismus bedeutet.

... Denn der Sozialismus ist nichts anderes, als der nächste Schritt vorwärts von dem staatskapitalistischen Monopol.

... Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die gründlichste materielle Vorbereitung zum Sozialismus, die Tür, durch die man zu ihm gelangt, die Stufe, die durch keine Zwischenstufe mehr von derjenigen getrennt ist, die man Sozialismus nennt.“ (Siehe Seite 27 und 28).

Dies wurde zu Kerenskis Zeiten geschrieben; es ist hier nicht von einer proletarischen Diktatur, nicht von einem sozialistischen Staat die Rede, sondern von einem „revolutionär-demokratischen“ Staat. Ist es denn wirklich so schwer zu begreifen, daß wir die wirtschaftliche Seite des „Staatskapitalismus“ umso weniger zu fürchten haben, je höher wir uns über die politische Stufe erhoben haben, je vollständiger wir in den Sowjets den sozialistischen Staat und die Diktatur des Proletariats verkörpert haben. Ist es denn wirklich nicht klar, daß wir in materieller, in wirtschaftlicher Hinsicht, in Bezug auf die Produktion noch nicht vor der „Tür“ des Sozialismus stehen? Und daß wir nicht zum Sozialismus gelangen können, ohne diese noch nicht erreichte Tür zu durchschreiten?

Uebersaus belehrend ist auch das folgende:

Als wir im Zentralvollzugsausschuß mit dem Genossen Bucharin debattierten, bemerkte er unter anderem: In der Frage der hohen Gehälter für die Fachmänner sind „wir“ rechtsstehender als Lenin; wir sehen hierin keinerlei Abweichung von den Grundsätzen, denn wir gedenken der Worte von Marx, daß es für die Arbeiterklasse unter gewissen Verhältnissen am zweckmäßigsten sein werde, „sich von dieser Bande loszukaufen“ (nämlich von der Bande der Kapitalisten, d. h. den Grund und Boden, die Betriebe und die anderen Produktionsmittel der Bourgeoisie abzukaufen).

Diese Bemerkung ist überaus interessant.

Denkt Euch in die Gedanken von Marx hinein:

Es handelte sich um das England der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, um die Kulminationsperiode des vormonopolistischen Kapitalismus, um ein Land, in dem es zu jener Zeit fast gar keinen Militarismus und keine Bürokratie gab, um ein Land, in dem die Möglichkeit des „friedlichen“ Sieges des Sozialismus im Sinne des „Loskaufs“ der Bourgeoisie durch die Arbeiter derzeit am größten war. Und Marx sagte: unter gewissen Bedingungen werden die Arbeiter sich sicherlich nicht weigern, sich von der Bourgeoisie loszukaufen. Marx band sich — und auch den zukünftigen Streitern der sozialistischen Revolution — nicht die Hände durch gewisse Formen, Methoden, Wege der Umwälzung, durch die Voraussage, welche Unmenge neuer Probleme dann entstehen würde, wie oft und wie stark sich die gesamten Verhältnisse im Laufe der Umwälzung verändern würden.

Ist es in Sowjetrußland nach der Machtergreifung durch das Proletariat, nach der Unterdrückung des militärischen und Sabotagewiderstandes der Ausbeuter nicht offenbar, daß gewisse Verhältnisse sich nach jenem Typus gestaltet haben, der sich vor einem halben Jahrhundert in England hätte herausbilden können, wenn das Proletariat den friedlichen Uebergang zum Sozialismus begonnen hätte? Die Unterordnung der Kapitalisten unter die Arbeiter hätte damals in England durch folgende Umstände gesichert werden können: 1. durch das absolute Ueberwiegen der Arbeiter und Proletarier in der Bevölkerung, da es keine Bauernschaft gab (im England der 70er Jahre waren viele Anzeichen vorhanden, die auf überaus rasche Erfolge des Sozialismus unter den Landarbeitern hoffen ließen); 2. durch vortreffliche Organisation des Proletariats in den Gewerkschaften (England war in dieser Hinsicht das vorgeschrittenste Land der Welt); 3. durch die verhältnismäßig hohe Kulturstufe des Proletariats, das durch die Jahrhunderte alte Entwicklung der politischen Freiheit gut geschult war; 4. durch die langjährige Praxis der vorzüglich organisierten Kapitalisten Englands — sie waren damals besser organisiert als die Kapitalisten irgend eines anderen Landes (jetzt steht Deutschland in dieser Hinsicht an erster Stelle) — politische und wirtschaftliche Fragen durch Kompromisse zu lösen. Diese Umstände ließen den Gedanken aufkommen, daß es möglich sei, die Kapitalisten Englands auf friedlichem Wege den Arbeitern unterzuordnen.

Bei uns ist diese Unterordnung gegenwärtig durch gewisse konkrete Prämissen gesichert (durch den Oktobersieg und die im Zeitraum Oktober—Februar durchgeführte Unterdrückung des militärischen und des Sabotagewiderstandes der Kapitalisten). Anstelle

des Vorherrschens der Arbeiter, der Proletarier in der Bevölkerung und anstelle der hohen Organisationsstufe der englischen Arbeiter von damals tritt bei uns die Unterstützung der Proletarier durch die ärmste und aufs äußerste ruinierte Bauernschaft. Wir besitzen natürlich keine hohe Kultur, und unsere Kapitalisten haben auch nicht die Gewohnheit, auf Kompromisse einzugehen. Wenn wir über die konkreten Verhältnisse nachdenken, so wird es uns klar, daß wir jetzt danach streben können und müssen, die Methoden der unerbittlichen Vernichtung der unkulturellen, auf keinen „Staatskapitalismus“ eingehenden, an kein Kompromiß denkenden Kapitalisten, die fortfahren, die Sowjetmacht durch Schiebertum, durch Bestechung der Armen usw. zu vernichten, mit den Methoden des Kompromisses oder des Loskaufs, angewendet auf die kulturellen Kapitalisten, zu verbinden. Denn diese gehen auf den „Staatskapitalismus“ ein; sie sind imstande, ihn durchzuführen; sie sind dem Proletariat nützlich in ihrer Eigenschaft als kluge, erfahrene Organisatoren der größten Unternehmen, die tatsächlich die Versorgung vieler Millionen Menschen mit allem Nötigen bewerkstelligen.

Bucharin ist ein vortrefflicher, marxistisch gebildeter Nationalökonom. Er hat sich daher erinnert, daß Marx durch und durch recht hatte, als er die Arbeiter lehrte, es sei wichtig, zur Erleichterung des Uebergangs zum Sozialismus die Organisation der Großproduktion zu erhalten, und durchaus zulässig, den Kapitalisten gut zu bezahlen, wenn (als Ausnahme: England war damals eine Ausnahme) die Verhältnisse sich so gestalten, daß sie die Kapitalisten zwingen, sich friedlich unterzuordnen und kulturell, organisiert, unter der Bedingung des Loskaufs, zum Sozialismus übergehen.

Bucharin verfiel jedoch in einen Fehler, denn er dachte sich nicht in die konkrete Eigenart des gegenwärtigen Augenblicks in Rußland hinein. Es ist fürwahr ein Ausnahmement. Wir, das Proletariat Rußlands, sind in unserer politischen Ordnung, in dem Umfange der politischen Macht der Arbeiter jedem beliebigen England oder Deutschland voraus. Zugleich aber stehen wir in der Organisation eines wohlstandigen Staatskapitalismus, in der Kultur, in der Vorbereitung zur materiell-produktiven „Einführung“ des Sozialismus hinter dem zurückgebliebensten westeuropäischen Staate zurück. Ist es nicht klar, daß aus dieser eigenartigen Lage im gegenwärtigen Augenblick die Notwendigkeit eines eigenartigen „Loskaufs“ hervorgeht, den die Arbeiter den kulturell vorgeschrittensten, den begabtesten, organisatorisch meist befähigten Kapitalisten anbieten müssen, die bereit sind, in den Dienst der Sowjetmacht zu treten und gewissenhaft an der Organisation der staatlichen Großproduktion.

mitzuarbeiten? Ist es nicht klar, daß wir unter diesen eigenartigen Verhältnissen zweierlei Fehler vermeiden müssen, von denen jeder in seiner Art kleinbürgerlich ist? Einerseits wäre es ein nicht wieder gutzumachender Fehler, zu erklären: Wenn man zugibt, daß die wirtschaftlichen „Kräfte“ den politischen nicht entsprechen, so hätte man „folglich“ die Macht nicht ergreifen müssen. So urteilen nur weltfremde Menschen, die vergessen, daß es eine derartige „Ubereinstimmung“ nie geben wird, daß sie weder in der Entwicklung der Gesellschaft noch in der Entwicklung der Natur bestehen kann. Sie vergessen, daß der siegreiche Sozialismus nur durch eine Reihe von Versuchen, von denen jeder, einzeln genommen, einseitig ist und an einem gewissen Mißverhältnis leidet, aus der revolutionären Zusammenarbeit der Proletarier aller Länder geschaffen werden kann.

Andererseits wäre es ein augenfälliger Mißgriff, den Schreibern und Phrasenhelden freien Spielraum zu geben, die sich durch das Pathos der Revolution fortreißen lassen, zu ausdauernder, durchdachter, gewiegter, auch die schwersten Uebergänge in Betracht ziehender revolutionärer Arbeit jedoch unfähig sind.

Zum Glück hat die Entwicklungsgeschichte der „revolutionären Parteien“ und die Geschichte des Kampfes des Bolschewismus gegen sie uns scharf gezeichnete Typen hinterlassen, unter denen die linken Sozialrevolutionäre und die Anarchisten den Typus wahrlich recht fragwürdiger Revolutionäre genügend klar veranschaulichen. Jetzt verfallen sie in ein hysterisches Geschrei über das „Kompromißbertum“ der „rechten Bolschewiki“. Sie sind jedoch nicht imstande, zu sagen, was an dem „Kompromißbertum“ eigentlich schlecht war und warum es von der Geschichte und der fortschreitenden Revolution gerechterweise verurteilt wurde.

Das Kompromißbertum aus der Zeit Kerenskis führte zu einer Auslieferung der Macht an die imperialistische Bourgeoisie. Die Machtfrage ist aber die grundlegende Frage jeder Revolution. Das Kompromißbertum eines Teils der Bolschewiki im Oktober—November 1917 fürchtete die Machtergreifung durch das Proletariat oder wollte die Macht nicht nur mit „unzuverlässigen Mitläufern“, wie es die linken Sozialrevolutionäre waren, sondern auch mit den Feinden, den Anhängern Tschernows, den Menschewiki teilen. Diese aber hätten uns unvermeidlich an den grundlegendsten revolutionären Akten, an der Vertreibung der Konstituante, an der vollen Durchführung der Sowjetinstitutionen, bei Vornahme jeder Konfiskation gestört.

Jetzt ist die Macht ergriffen, liegt fest in den Händen einer Partei, der Partei des Proletariats. Man wurde auch ohne die „unzuverlässigen Mitläufer“ damit fertig. Gegenwärtig von „Kompro-

mißlertum“ zu sprechen, wo nicht einmal von der Teilung der Macht, vom Aufgeben der Diktatur des Proletariats gegen die Bourgeoisie die Rede sein kann, ist nichts anderes, als papageienhaft auswendig gelernte, dem Sprecher unverständliche Worte zu wiederholen. Dies Kompromißlertum zu nennen, wo wir, in die Lage versetzt, das Land regieren zu können und müssen, bestrebt sind, ohne Geld zu sparen, die kulturellsten der vom Kapitalismus ausgebildeten Elemente heranzuziehen, sie gegen den Rückfall in das Stadium des Kleinbesitzes in unseren Dienst zu stellen — dies Kompromißlertum zu nennen, heißt, nicht das geringste Verständnis für die wirtschaftlichen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu haben . . .

Die Naturalsteuer, der freie Handel, die Konzessionen, der Kapitalismus.

Die angeführten Erörterungen aus dem Jahre 1918 enthalten eine Anzahl von Fehlern hinsichtlich der Termine. Die Fristen wurden länger, als sich damals voraussehen ließ. Das ist nicht zu verwundern. Die grundlegenden Elemente unseres Wirtschaftslebens blieben jedoch dieselben. Die „Dorfarmut“ (Proletarier und Halbproletarier) ist in einer großen Anzahl von Fällen zu Mittelbauern geworden. Die kleinbürgerlichen Tendenzen haben sich dadurch verstärkt. Der Bürgerkrieg der Jahre 1918—1920 hat die Zerrüttung des Landes gewaltig verschärft, die Wiederherstellung der Produktivkräfte zurückgehalten, dem Proletariat noch mehr Blut abgezapft. Hierzu haben sich die Mißernte des Jahres 1920, der Futtermangel, die Viehepidemien gesellt. Die Wiederherstellung des Verkehrs und der Industrie wurde infolgedessen noch mehr in Frage gestellt. So nahm z. B. die Zustellung von Holz, unserem hauptsächlichsten Heizmittel, mit Bauernpferden beträchtlich ab.

Im Ergebnis gestalteten sich die politischen Verhältnisse des Jahres 1921 derart, daß zur Verbesserung der Lage der Bauernschaft und zur Hebung ihrer Produktivkräfte einschneidende, außerordentliche Maßnahmen dringend nötig wurden.

Warum sprechen wir hier von der Bauernschaft und nicht von den Arbeitern?

Weil zur Verbesserung der Lage der Arbeiter Brot und Holz nötig sind. Hierin liegt jetzt — vom Standpunkt der gesamten Staatswirtschaft — das größte „Hindernis“. Der Anbau und die Ablieferung des Getreides, die Vorbereitung und Zustellung von Holz können nur dann vergrößert werden, wenn man die Lage der Bauernschaft verbessert, ihre Produktivkräfte hebt. Man muß mit der Bauernschaft anfangen. Wer dies nicht begreift, wer geneigt ist,

in dieser Bevorzugung der Bauern eine „Entsagung“ oder etwas Aehnliches wie einen Verzicht auf die proletarische Diktatur zu sehen, der denkt sich einfach nicht in das Problem hinein, der läßt sich von bloßen Phrasen fortreißen. Die proletarische Diktatur ist die politische Leitung durch das Proletariat. Als führende, als herrschende Klasse muß das Proletariat es verstehen, der Politik eine solche Richtung zu geben, daß die dringendsten Aufgaben in erster Reihe gelöst werden. Am dringendsten sind jetzt solche Maßnahmen, die geeignet sind, die Produktivkräfte der Bauernwirtschaft unverzüglich zu heben. Nur auf diese Weise kann eine Besserung der Lage der Arbeiter, die Festigung der Bande zwischen den Arbeitern und der Bauernschaft, die Festigung der Diktatur des Proletariats erzielt werden. Der Proletarier oder der Vertreter des Proletariats, der den Wunsch haben sollte, auf anderem Wege die Besserung der Lage der Arbeiter zu erreichen, wäre tatsächlich ein Helfershelfer der Weißgardisten und der Kapitalisten. Denn diesen Weg nicht gehen, heißt die Zunftinteressen der Arbeiter über ihre Klasseninteressen stellen; es heißt, dem unmittelbaren, momentanen teilweisen Vorteil der Arbeiter die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, ihre Diktatur, ihr Bündnis mit der Bauernschaft gegen die Grundbesitzer und die Kapitalisten, ihre führende Rolle im Kampf für die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals zum Opfer bringen.

In erster Reihe sind also unverzügliche, ernste Maßnahmen zur Hebung der Produktivkräfte der Bauernschaft erforderlich.

Dies kann nicht getan werden, ohne ernste Abänderungen in der Verpflegungspolitik vorzunehmen. Eine solche Abänderung ist die Ersetzung der Verpflichtung zur Getreideablieferung durch die Naturalsteuer, die nach Entrichtung der Steuer wenigstens in lokalen Grenzen den freien Handel zuläßt.

Worin besteht das Wesentliche der Ersetzung der Getreideumlage durch die Naturalsteuer?

Hierüber herrscht vielfach eine falsche Auffassung. Die Ursache liegt größtenteils darin, daß man nicht in das Wesen des Uebergangs eindringt, sich nicht fragt, woher und wohin dieser führt. Man stellt sich die Sache so vor, als ob es ein Uebergang vom Kommunismus im allgemeinen zur bürgerlichen Ordnung im allgemeinen sei. Dieser Mißdeutung gegenüber müssen wir immer wieder darauf hinweisen, was wir im Mai 1918 gesagt haben.

Die Naturalsteuer ist eine der Uebergangsformen von einem eigenartigen „militärischen Kommunismus“, der durch die äußerste Notlage, durch die Zerrüttung und den Krieg hervorgerufen wurde, zum regelrechten sozialistischen Austausch der Produkte. Dieser Aus-

tausch wiederum ist eine der Uebergangsformen von dem Sozialismus, der verschiedene durch das Vorherrschen der Kleinbauernschaft in der Bevölkerung entstandene Eigenarten aufweist, zum wahren Kommunismus.

Der eigenartige „militärische Kommunismus“ äußerte sich darin, daß wir dem Bauern tatsächlich seinen ganzen Getreideüberschuß und manchmal nicht nur den Ueberschuß, sondern auch einen Teil der für ihn selbst nötigen Lebensmittel nahmen, um die Arbeiter zu ernähren. Wir nahmen das Getreide größtenteils leihweise und zahlten dafür mit Papiergeld. Wir hatten kein anderes Mittel, um in dem ruinierten kleinbäuerlichen Lande die Gutsherren und die Kapitalisten zu besiegen. Und die Tatsache, daß wir gesiegt haben (trotzdem unsere Ausbeuter von den größten Mächten der Welt unterstützt werden), beweist nicht nur, zu welchem Wunder an Heldennut die Arbeiter und Bauern im Kampf für ihre Befreiung fähig sind. Sie zeigt auch, daß die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, die Kautsky und Konsorten wahrhaft die Rolle von Lakaien der Bourgeoisie spielten, als sie uns diesen „militärischen Kommunismus“ vorwarfen, der vielmehr uns als Verdienst angerechnet werden muß.

Nicht weniger notwendig ist es jedoch, sich zu vergegenwärtigen, wo dieses Verdienst aufhört: Der „militärische Kommunismus“ war uns durch den Krieg und die Zerrüttung aufgezwungen worden. Er war keine Politik, die den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprochen hätte und konnte es auch nicht sein. Er war eine zeitweilige provisorische Maßnahme. Die wahre und einzig richtige Politik des Proletariats, das in einem kleinbäuerlichen Lande seine Diktatur ausübt, ist der Austausch von Getreide gegen die Industrieerzeugnisse, die der Bauer braucht. Nur eine solche Verpflegungspolitik entspricht den Aufgaben des Proletariats, nur sie ist imstande, die Grundlagen des Sozialismus zu festigen und ihn zum vollen Siege zu führen.

Die Naturalsteuer ist ein Uebergang zu dieser Politik. Wir sind noch immer so stark ruiniert, wir sind vom Joch der Kriege (die wir bisher führen mußten und die durch die Habsucht und die Wut der Kapitalisten morgen wieder ausbrechen können) so sehr niedergedrückt, daß wir dem Bauern nicht für das ganze Getreide, dessen wir bedürfen, Industrieerzeugnisse liefern können. Weil wir uns dessen bewußt sind, führen wir die Naturalsteuer ein, d. h. wir fordern das minimalste Quantum an Getreide, das wir für den Unterhalt der Armee und der Arbeiter brauchen, als Steuer ein; den übrigen Teil aber werden wir gegen Industrieerzeugnisse eintauschen.

Dabei darf auch folgendes nicht übersehen werden. Die Not und die Zerrüttung sind so groß, daß wir außerstande sind, die Wiederherstellung des Großbetriebes in den staatlichen, sozialistischen Industrien sofort durchzuführen. Wir bedürfen hierfür an den Mittelpunkten der Großindustrie bedeutender Vorräte an Getreide und Heizmitteln, wir müssen die abgenutzten Maschinen durch neue ersetzen usw. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß dies nicht auf einmal getan werden kann, und wir wissen, daß nach dem verheerenden imperialistischen Kriege sogar die reichsten und vorgeschrittensten Länder diese Aufgabe erst nach einer gewissen, ziemlich langen Zeit werden lösen können. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, in bestimmten Grenzen die Kleinproduktion zu unterstützen, die keine Maschinen, keine bedeutenden staatlichen Vorräte an Rohmaterial, Heizmitteln, Lebensmitteln benötigt und die der Bauernwirtschaft sofort eine gewisse Hilfe leisten und die Produktivkräfte der Bauern heben kann.

Wohin führt dies?

Es führt auf der Grundlage einer gewissen (wenn auch nur lokalen) Handelsfreiheit zur Wiedergeburt des Kleinbürgertums und des Kapitalismus. Daran läßt sich nicht zweifeln. Es wäre lächerlich, davor die Augen zu verschließen.

Es fragt sich nun, ob dies notwendig ist? Gibt es eine Rechtfertigung dafür? Ist es nicht gefährlich, ein derartiges Experiment zu machen?

Solche Fragen werden in großer Anzahl gestellt; in den meisten Fällen zeigen sie bloß, milde gesprochen, die Naivität des Fragestellers.

Werft einmal einen Blick auf die Elemente (Bestandteile) der verschiedenen sozial-wirtschaftlichen Ordnungen, deren Vorhandensein in unserem Wirtschaftsleben ich im Mai 1918 festgestellt habe. Es wird niemand bestreiten, daß alle diese fünf Stufen, von der patriarchalischen (d. h. halb wilden) bis zur sozialistischen, tatsächlich vorhanden sind. Daß in einem kleinbäuerlichen Lande die kleinbäuerliche, d. h. eine zum Teil patriarchalische, zum Teil kleinbürgerliche „Ordnung“ vorherrscht, ist selbstverständlich. Die Entwicklung der Kleinwirtschaft ist eine kleinbürgerliche Entwicklung; sie wird kapitalistisch, sobald der Austausch besteht. Dies ist eine unbestreitbare Wahrheit, eine Binsenwahrheit der Nationalökonomie; sie wird überdies durch die tägliche Erfahrung und durch die Beobachtung jedes einfachen Bürgers bestätigt.

Welche Politik muß das sozialistische Proletariat angesichts dieser wirtschaftlichen Tatsachen führen? Soll es dem Kleinbauern alle für ihn erforderlichen Erzeugnisse der sozialistischen Groß-

produktion im Austausch gegen Getreide und Rohstoff liefern? Dies wäre die wünschenswerteste, die einzig „richtige“ Politik, die wir auch eingeleitet haben. Wir können dem Bauern jedoch nicht alle Erzeugnisse der Großindustrie, deren er bedarf, geben, wir können und werden es noch lange nicht tun, zum mindesten solange nicht, wie wir den ersten Teil der Arbeiten zur Elektrifizierung des ganzen Landes noch nicht bewältigt haben. Was bleibt uns also zu tun übrig? Sollten wir versuchen, die Entwicklung jedes privaten, nicht staatlichen Austausches, d. h. des Handels, des Kapitalismus — eine Entwicklung, die bei Vorhandensein von vielen Millionen Kleinproduzenten unvermeidlich ist — zu verbieten, sie völlig zu unterbinden? Eine solche Politik wäre eine Torheit, ein Selbstmord der Partei, die sie versuchen würde. Eine Torheit, denn diese Politik ist wirtschaftlich unmöglich; Selbstmord, denn die Parteien, die sie versuchen, müssen unvermeidlich Schiffbruch erleiden. Es läßt sich nicht verhehlen, gar mancher Kommunist sündigt in seinen „Gedanken, Worten und Taten“, indem er in diese Politik verfällt. Laßt uns bestrebt sein, diese Fehler wieder gutzumachen. Wir müssen sie unbedingt wieder gutmachen, sonst wird es uns schlimm ergehen.

Sollten wir nicht lieber die einzig mögliche und einzig vernünftige Politik wählen und davon Abstand nehmen, die Entwicklung des Kapitalismus zu verbieten und zu unterbinden, und versuchen, sie in das Strombett des Staatskapitalismus zu leiten? Wirtschaftlich ist dies durchführbar, denn der Staatskapitalismus ist in der einen oder anderen Form, in dem einen oder anderen Grade überall vorhanden, wo es Elemente des freien Handels und überhaupt des Kapitalismus gibt.

Ist die Vereinigung, die Verbindung, das gleichzeitige Bestehen der proletarischen Diktatur und des Staatskapitalismus im Sowjetstaat möglich? Aber ganz natürlich! Schon im Mai 1918 versuchte ich dies zu beweisen. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist. Mehr als das. Ich bewies zu jener Zeit auch, daß der Staatskapitalismus im Vergleich mit den Elementen des Kleinbesitzes (den kleinpatriarchalischen und den kleinbürgerlichen Elementen) einen Schritt nach vorwärts bedeutet. Man begeht einen ungeheuren Fehler, wenn man den Staatskapitalismus nur dem Sozialismus gegenüberstellt, ihn nur mit dem Sozialismus vergleicht. Unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ist es durchaus notwendig, den Staatskapitalismus auch mit der kleinbürgerlichen Produktion zu vergleichen.

Es handelt sich — theoretisch und praktisch — nun bloß darum, die richtigen Methoden zu finden, um die bis zu einem bestimmten

Grade und für eine gewisse Zeitdauer unvermeidliche Entwicklung des Kapitalismus in das Strombett des Staatskapitalismus zu lenken und diesem solche politischen Maßnahmen entgegenzustellen, die die baldige Umwandlung des Staatskapitalismus in den Sozialismus sichern.

Zur Lösung dieser Frage müssen wir uns vor allem über eines so klar wie möglich werden: wie der Staatskapitalismus in unserem Sowjetsystem, im Rahmen unseres Sowjetstaates in der Praxis aussehen wird und aussehen kann.

Das einfachste Beispiel dessen, wie die Sowjetmacht die Entwicklung des Kapitalismus in das Strombett des Staatskapitalismus leitet, wie sie den Staatskapitalismus „züchtet“, bieten die Konzessionen. Jedermann gibt jetzt zu, daß die Konzessionen notwendig sind; aber nicht jedermann legt sich über ihre Bedeutung Rechenschaft ab. Was bedeuten die Konzessionen im Sowjetsystem, vom Standpunkt der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnungen und ihrer Wechselbeziehungen zueinander betrachtet? Sie sind ein Uebereinkommen, ein Block, ein Bund der Sowjetmacht, d. h. der proletarischen Staatsmacht, mit dem Staatskapitalismus, gerichtet gegen den Kleinbesitz (die patriarchalischen und kleinbürgerlichen Elemente). Der Konzessionär ist ein Kapitalist. Er betreibt sein Geschäft auf kapitalistische Art und Weise, um des Gewinnes willen; er willigt in einen Vertrag mit der proletarischen Macht ein, um einen außergewöhnlich hohen Gewinn zu erzielen oder um solche Rohstoffe zu erhalten, die er auf andere Weise entweder überhaupt nicht oder nur mit größter Schwierigkeit erlangen kann. Die Sowjetmacht zieht ihrerseits Nutzen daraus: die Produktivkräfte werden entwickelt, das Quantum der Erzeugnisse wird sofort oder in kürzester Frist erheblich vergrößert. Wir besitzen, sagen wir, hundert Betriebe, Bergwerke und Waldparzellen. Wir können sie nicht alle ausbeuten, da wir keine Maschinen, keine Lebensmittel, keine Transportmittel haben. Aus denselben Gründen beuten wir auch die übrigen Betriebe nur mangelhaft aus. Diese schlechte, mangelhafte Ausbeutung der Großbetriebe führt zur Verstärkung der kleinbesitzlerischen Elemente mit allen ihren Erscheinungen: Verfall der örtlichen (und danach auch der gesamten) Bauernwirtschaft, Rückgang der Produktivkräfte der Bauern, sinkendes Vertrauen zur Sowjetmacht, Entwendungen, massenweises, in kleinem Maßstabe betriebenes (das gefährlichste) Schiebertum usw.

Dadurch, daß die Sowjetmacht den Staatskapitalismus in der Form von Konzessionen „aufzieht“, stärkt sie die Großproduktion gegenüber der Kleinproduktion, die vorgeschrittene gegenüber der rückständigen, die Maschinenproduktion gegenüber der handwerks-

mäßigen. Sie erzielt dadurch für sich ein größeres Quantum an Erzeugnissen der Großindustrie (Abtretung eines gewissen Teiles der Ausbeute der Konzessionäre an die Sowjetmacht), festigt die staatlich geordneten Wirtschaftsverhältnisse im Gegensatz zu den kleinbürgerlich-anarchistischen. Eine mit Maß und Ziel durchgeführte Konzessionspolitik wird uns zweifelsohne helfen, den Stand der Produktion zu heben und die Lage der Arbeiter und Bauern bis zu einem gewissen, wenn auch nicht allzu großen Maße zu verbessern. Natürlich kostet dies auch Opfer; denn die Sowjetmacht muß den Kapitalisten viele Millionen Pud der wertvollsten Erzeugnisse abtreten. Die Festsetzung des Umfangs und der Bedingungen, unter denen die Konzessionen für uns vorteilhaft und ungefährlich sind, hängt von dem Kräfteverhältnis ab und wird durch Kampf entschieden. Denn die Gewährung von Konzessionen ist ebenfalls ein Kampf, eine Fortsetzung des Klassenkampfes in einer anderen Form, keineswegs aber eine Ersetzung des Klassenkampfes durch den Klassenfrieden. Die Praxis wird uns lehren, welche Kampfmittel in diesem Falle erforderlich sind.

Der Staatskapitalismus in der Form von Konzessionen ist im Vergleich zu anderen Formen des Staatskapitalismus im Rahmen des Sowjetsystems wohl der einfachste, klarste, deutlichste, am genauesten umrissene. Wir haben hier einen formellen schriftlichen Vertrag mit dem kulturell am vorgeschrittensten westeuropäischen Kapitalismus. Wir wissen genau, was wir gewinnen und was wir verlieren, worin unsere Rechte und Pflichten bestehen; wir wissen genau, für welchen Zeitraum wir die Konzession gewähren; wir kennen die Bedingungen des eventuellen Rückkaufs durch den Staat, wo diese Möglichkeit durch den Vertrag vorgesehen ist. Wir zahlen dem Weltkapitalismus einen gewissen „Tribut“, kaufen uns in gewisser Hinsicht von ihm los und erzielen dafür eine bestimmte wirtschaftliche Lage der Sowjetmacht, eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Die ganze Schwierigkeit der Aufgabe hinsichtlich der Konzessionen liegt darin, bei Abschluß des Konzessionsvertrages alles genau durchzudenken und zu erwägen und seine genaue Durchführung in erforderlicher Weise zu kontrollieren. Es sind hier unzweifelhaft Schwierigkeiten vorhanden; in der ersten Zeit werden sich wahrscheinlich auch Mißgriffe nicht vermeiden lassen. Im Vergleich zu den anderen Aufgaben der sozialen Revolution, namentlich im Vergleich zu den anderen Formen der Entwicklung, Zulassung und Einführung des Staatskapitalismus sind diese Schwierigkeiten jedoch minimal.

Die wichtigste Aufgabe aller Partei- und Sowjetarbeiter im Zusammenhang mit der Einführung der Naturalsteuer ist es, die Grund-

sätze und Grundlagen der „Konzessionspolitik“ auf die übrigen Formen des Kapitalismus, auf den freien Handel, den lokalen Warenaustausch usw. sinngemäß anzuwenden.

Nehmen wir das Genossenschaftswesen. Das Dekret über die Naturalsteuer hat mit Recht eine Durchsicht der Bestimmungen über das Genossenschaftswesen und eine gewisse Erweiterung seiner „Freiheit“ und seiner Rechte nach sich gezogen. Die Kooperation ist ebenfalls eine Form des Staatskapitalismus; sie ist jedoch weniger einfach, weniger klar umrissen, mehr verwickelt und verursacht uns in der Praxis größere Schwierigkeiten. Die Kooperation der kleinen Warenproduzenten (wir sprechen hier nur von dieser Form der Kooperation und nicht von der Arbeiterkooperation, denn die erstere ist für ein kleinbäuerliches Land typisch und vorherrschend) führt unvermeidlich zu kleinbürgerlichen, kapitalistischen Verhältnissen; sie fördert ihre Entwicklung, rückt die kleinen Kapitalisten an die erste Stelle, bietet ihnen den größten Vorteil. Dies kann auch nicht anders sein, wenn die Kleinproduzenten in der Uebermacht sind und die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit des Austausches besteht. Die Gewährung von Handelsfreiheit und Rechten an die Genossenschaften bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland die Gewährung von Freiheit und Rechten an den Kapitalismus. Es wäre Torheit oder Verbrechen, diese in die Augen springende Wahrheit nicht einsehen zu wollen.

Der „genossenschaftliche“ Kapitalismus ist im Sowjetstaat im Gegensatz zum privatwirtschaftlichen Kapitalismus eine Abart des Staatskapitalismus. Als solcher ist er uns — natürlich nur in gewissen Grenzen — augenblicklich von Vorteil und von Nutzen. Insofern die Naturalsteuer den freien Verkauf der restlichen (nicht als Abgabe eingeforderten) Ueberschüsse gestattet, müssen wir alles daransetzen, um diese Entwicklung des Kapitalismus — denn die Freiheit des Verkaufs, die Handelsfreiheit ist zweifelsohne eine Entwicklung des Kapitalismus — in das Strombett des genossenschaftlichen Kapitalismus zu leiten. Der genossenschaftliche Kapitalismus ist dem Staatskapitalismus in der Hinsicht ähnlich, daß er die Feststellung, die Kontrolle, die Beaufsichtigung der Vertragsbeziehungen zwischen dem Staat (in diesem Falle dem Sowjetstaat) und dem Kapitalisten erleichtert. Als Form des Handels ist das Genossenschaftswesen vorteilhafter und nützlicher als der private Handel, und zwar nicht nur aus den hier angeführten Gründen, sondern auch noch deshalb, weil es den Zusammenschluß, die Organisation vieler Millionen der Bevölkerung und späterhin ausnahmslos der ganzen Bevölkerung erleichtert, was vom Standpunkt des fortschreitenden

Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus ein gewaltiger Vorteil ist.

Vergleichen wir die Konzessionen und das Genossenschaftswesen als Formen des Staatskapitalismus miteinander. Die Konzession basiert auf der großen Maschinenindustrie, das Genossenschaftswesen dagegen auf der kleinen Handindustrie, zum Teil sogar auf der patriarchalischen Produktionsweise. Die Konzession setzt in jedem einzelnen Konzessionsvertrage einen Kapitalisten oder eine Firma voraus, ein Syndikat, Kartell oder Trust. Das Genossenschaftswesen aber umfaßt viele Tausende, ja Millionen von Kleinwirten. Die Konzession hat einen festumrissenen Vertrag mit einer genauen Frist, setzt diese sogar voraus. Das Genossenschaftswesen läßt weder einen ganz genauen Vertrag, noch einen begrenzten Termin zu. Es ist viel leichter, ein Gesetz über das Genossenschaftswesen aufzuheben, als einen Konzessionsvertrag aufzulösen. Die Auflösung eines solchen Kontraktes bedeutet jedoch den gänzlichen und sofortigen Abbruch der tatsächlichen Beziehungen des wirtschaftlichen Bündnisses oder des wirtschaftlichen „Beisammenlebens“ mit den Kapitalisten, während keine Aufhebung des Gesetzes über das Genossenschaftswesen, ja überhaupt kein Gesetz dem tatsächlichen „Beisammenleben“ der Sowjetmacht mit den kleinen Kapitalisten auf einmal ein Ende machen kann; das Gesetz ist hier überhaupt nicht imstande, die tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen aufzuheben. Der Konzessionär ist leicht zu kontrollieren; nicht so die Genossenschaftler. Der Uebergang von der Konzession zum Sozialismus ist ein Uebergang von einer Form der Großproduktion zur anderen. Der Uebergang von der Kooperation der Kleinwirte zum Sozialismus aber ist ein Uebergang von der Kleinproduktion zur Großproduktion. Dieser Uebergang ist komplizierter; er umspannt dafür aber im Falle des Erfolges größere Massen der Bevölkerung, vermag den alten vorsozialistischen, ja sogar vorkapitalistischen Beziehungen, deren Widerstand gegen jede „Neuerung“ am beharrlichsten ist, tiefere, lebensfähigere Wurzeln auszureißen. Die Politik der Konzessionen wird uns im Falle des Erfolges eine kleine Anzahl von (im Vergleich zu unseren) mustergültigen großen Unternehmen geben, die dem zeitgenössischen vorgeschrittenen Kapitalismus entsprechen; nach einigen Jahrzehnten werden diese Unternehmen ganz uns gehören. Die Genossenschaftspolitik wird uns im Falle des Erfolges einen Aufschwung der Kleinproduktion bringen und erst nach unbestimmter Zeit den Uebergang von der Kleinproduktion zur Großproduktion auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses erleichtern.

Nehmen wir eine dritte Form des Staatskapitalismus. Der Staat zieht den Kapitalisten als Kaufmann heran und zahlt ihm eine gewisse Provision für den Verkauf der Staatserzeugnisse und den Einkauf der Erzeugnisse des Kleinproduzenten.

Eine vierte Form des Staatskapitalismus ist die folgende: Der Staat verpachtet dem kapitalistischen Unternehmer einen Betrieb, ein Gewerbe, einen Wald oder ein Stück Land usw.; der Pachtvertrag ist dem Konzessionsvertrag sehr ähnlich. Ueber diese beiden Formen des Staatskapitalismus spricht und denkt man bei uns überhaupt nicht, man schenkt ihnen nicht die geringste Aufmerksamkeit. Es geschieht nicht etwa, weil wir zu stark und klug sind, sondern weil wir schwach und dumm sind. Wir fürchten uns, der „gemeinen Wahrheit“ ins Gesicht zu schauen, und lassen uns nur zu oft von dem „uns erhebenden Betrug“ fortreißen. Wir pochen beständig darauf, daß „wir“ vom Kapitalismus zum Sozialismus übergehen und vergessen dabei, uns genau und deutlich vorzustellen, was eigentlich unter dem Worte „wir“ zu verstehen ist? Man muß die Liste aller — unbedingt aller, ohne Ausnahme — Bestandteile aller der verschiedenen sozial-wirtschaftlichen Ordnungen in unserem Wirtschaftsleben, die ich in meinem Artikel vom 5. Mai 1918 aufzählte, vor Augen haben, damit diese klare Vorstellung nicht verwischt wird. „Wir“, die Vorhut, der Vortrupp des Proletariats, gehen unmittelbar zum Sozialismus über. Der Vortrupp ist jedoch nur ein kleiner Teil des gesamten Proletariats, das seinerseits nur ein kleiner Teil der gesamten Bevölkerung ist. Um „uns“ fähig zu erweisen, die Aufgabe unseres Ueberganges zum Sozialismus erfolgreich zu lösen, müssen wir uns klar werden, welche m i t t e l b a r e n Wege, Methoden, Mittel und Hilfsmittel für den Uebergang der v o r k a p i t a l i s t i s c h e n Beziehungen zum Sozialismus notwendig sind. Hier liegt der Hund begraben.

Seht Euch die Karte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik an. Nördlich von Wologda, südöstlich von Rostow am Don und von Ssaradow, südlich von Orenburg und Omsk, nördlich von Tomsk ziehen sich unermeßliche Landstrecken hin, auf denen Dutzende riesiger Kulturstaaten Platz finden könnten. Und auf all diesen Landstrecken finden wir patriarchalische Zustände, Halbbarbarei und ausgesprochene Barbarei. Und wie sieht es in den weltvergessenen Bauerndörfern im übrigen Rußland aus? Wie sieht es überall aus, wo ein ein Dutzend von Werst langer Weg, oder vielmehr eine ebenso lange wegelose Strecke zwischen Dorf und Eisenbahn liegt, d. h., wo das Dorf von der materiellen Verbindung mit der Kultur, dem Kapitalismus, der Großindustrie, der Großstadt, ab-

geschnitten ist? Herrschen dort nicht ebenfalls allorts patriarchalische Zustände, größte Teilnahmslosigkeit, eine Halbbarbarei?

Ist ein unmittelbarer Uebergang von diesen, in Rußland vorherrschenden Zuständen zum Sozialismus denkbar? In gewissem Maße ja, aber nur unter einer Bedingung, die wir jetzt, dank einer vollendeten riesigen wissenschaftlichen Arbeit genau kennen. Diese Bedingung ist die Elektrifizierung des gesamten Landes. Wenn wir in verschiedenen Bezirken Dutzende elektrischer Kraftzentralen errichten (wir wissen jetzt, wo und wie man sie errichten kann und muß), wenn wir durch diese Werke jedes Dorf mit elektrischer Energie versorgen, wenn wir die erforderliche Anzahl von Elektromotoren und anderer Maschinen haben werden, dann werden Uebergangsstufen, Bindeglieder zwischen der patriarchalischen Lebensweise und dem Sozialismus gar nicht oder fast gar nicht nötig sein. Wir wissen aber nur zu gut, daß diese „einzige“ Bedingung mindestens ein Jahrzehnt für die dringendsten Arbeiten erfordert. Eine Verkürzung dieses Terms ist wiederum nur in dem Falle möglich, wenn die proletarische Revolution in solchen Ländern wie England, Deutschland und Amerika siegt.

Wir müssen uns bereit halten, im Lauf der nächsten Jahre an die Bindeglieder zu denken, die imstande sind, den Uebergang von den patriarchalischen Zuständen, von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu erleichtern. Oft urteilen „wir“ irrtümlicherweise auch noch jetzt so: „Der Kapitalismus ist ein Uebel, der Sozialismus ein Segen“. Diese Behauptung ist falsch, denn sie läßt die Gesamtheit der bestehenden sozial-wirtschaftlichen Verhältnisse außer acht und greift aus dem Ganzen nur zwei Faktoren heraus.

Der Kapitalismus ist ein Uebel verglichen mit dem Sozialismus. Der Kapitalismus ist ein Segen verglichen mit den mittelalterlichen Verhältnissen, der Kleinproduktion, und dem durch die Zerstreuung der Kleinproduzenten über das ganze Land ausgedehnten Bürokratismus. Da wir noch nicht die Kraft haben, den unmittelbaren Uebergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen, ist der Kapitalismus als natürliche Folge der Kleinproduktion und des Austausches bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich. Wir müssen ihn ausnutzen (namentlich indem wir ihn in das Strombett des Staatskapitalismus lenken) als Bindeglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus, als Mittel, Weg, Maßnahme, Methode zur Hebung der Produktivkräfte.

Nehmt die Frage des Bürokratismus und faßt sie von der wirtschaftlichen Seite an. Am 5. Mai 1918 stand der Bürokratismus nicht in unserem Gesichtskreis. Ein halbes Jahr nach der Oktober-

revolution, nachdem wir den alten bürokratischen Apparat von oben bis unten zertrümmert hatten, fühlten wir dieses Uebel noch nicht.

Noch ein Jahr verging. Auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands vom 18. bis 23. März 1919 wurde ein neues Parteiprogramm angenommen. Ohne Furcht, das Vorhandensein des Uebels zuzugeben, vom Wunsche geleitet, es aufzudecken, es zu enthüllen, es an den Schandpfahl zu stellen, und unser Wollen und Denken, Energie und Tat zum Kampf mit dem Uebel anzuspornen, sprechen wir in diesem Programm von der „teilweisen Wiedergeburt des Bürokratismus in der Sowjetordnung“.

Zwei weitere Jahre verflossen. Im Frühjahr 1921, nach dem VIII. Kongreß der Sowjets (im Dezember 1920), der die Frage des Bürokratismus erörterte, nach dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (im März 1921), der das Fazit der mit der Analyse des Bürokratismus aufs engste verbundenen Meinungsverschiedenheiten zog, sehen wir dieses Uebel noch klarer, noch deutlicher, noch drohender vor uns. — Welches sind die wirtschaftlichen Wurzeln des Bürokratismus? Die Hauptwurzeln sind zweierlei Art. Einerseits bedarf die entwickelte Bourgeoisie im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiter (zum Teil auch der Bauern) eines bürokratischen Apparats, in erster Reihe eines militärischen, danach eines gerichtlichen usw. Dies fällt bei uns fort. Unsere Gerichte tragen einen Klassencharakter und sind gegen die Bourgeoisie gerichtet. Unsere Armee ist eine Klassenarmee, die sich ebenfalls gegen die Bourgeoisie richtet. Der Bürokratismus steckt nicht in der Armee, sondern in den Institutionen, die sie bedienen. Bei uns ist die wirtschaftliche Wurzel des Bürokratismus anderer Art: Die Kleinproduzenten sind durch nichts miteinander verbunden, sie sind über das ganze Land verstreut, sind arm und unzivilisiert; ferner unsere Straßenmisere! Es fehlt der Umsatz zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, es fehlt die Verbindung und Wechselwirkung zwischen ihnen. Dies ist in bedeutendem Maße ein Ergebnis des Bürgerkrieges. Als man uns blockierte, uns von allen Seiten belagerte, uns von der ganzen Welt, vom fruchtbaren Süden, von Sibirien, von der Kohle abschnitt, konnten wir die Industrie nicht wiederherstellen. Wir durften nicht vor dem Aeußersten zurückschrecken: Laßt uns ein halbhungriges, ein noch schlimmeres Dasein erdulden, aber um jeden Preis, trotz der unerhörten Zerrüttung und des Mangels an Umsatz die Arbeiter- und Bauernmacht verteidigen! — dies war unsere Losung. Wir ließen uns nicht davon einschüchtern, was die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki ins Bockshorn jagte (es war meist Furcht und Einschüchterung,

die sie veranlaßten, hinter der Bourgeoisie herzuziehen). Aber das, was im blockierten Lande, in der belagerten Festung eine Bedingung des Sieges war, zeigte seine negativen Seiten im Frühjahr 1921, als die letzten weißgardistischen Truppen endgültig von dem Territorium der russischen Sowjetrepublik vertrieben wurden. In einer belagerten Festung kann und muß jeder Umsatz „abgeschnitten“ werden. Bei besonders großem Heldenmut der Massen läßt sich das drei Jahre ertragen. Nachher aber verschärft sich die Zerrüttung der Kleinproduktion, und die Wiederherstellung der Großindustrie verzögert, verlangsamt sich noch mehr. Der Bürokratismus, das Erbe der „Belagerung“, der Ueberbau über der verstreuten, bedrückten Masse der Kleinproduzenten zeigt sich in voller Blüte.

Man muß das Uebel furchtlos eingestehen, um den Kampf gegen dasselbe mit fester Hand zu führen, um immer wieder von neuem anfangen zu können. Wir werden auf allen Gebieten unseres Aufbaus noch vielmals vom Anfang anfangen müssen, das nicht Vollendete verbessernd, auf verschiedenen Wegen an die Aufgabe herantretend. Es hat sich gezeigt, daß sich die Wiederherstellung der Großindustrie verzögert; das Fehlen des Umsatzes zwischen Industrie und Landwirtschaft droht unerträglich zu werden; folglich muß man sich an das leichter Ausführbare halten, an die Wiederherstellung der Kleinproduktion. Die Sache von dieser Seite zu fördern, diese Mauer des durch Krieg und Blockade halb zerstörten Gebäudes zu stützen, auf jede Weise und um jeden Preis den Umsatz zu entwickeln, ohne den Kapitalismus zu fürchten, da ihm (durch Enteignung der Grundbesitzer und der Bourgeoisie in wirtschaftlicher Hinsicht, durch die Arbeiter- und Bauernmacht in politischer Hinsicht) bei uns genügend enge Grenzen gezogen sind — dies ist der Grundgedanke der Naturalsteuer, hierin liegt ihre wirtschaftliche Bedeutung.

Alle Partei- und Sowjetarbeiter müssen ihre ganze Kraft, ihre ganze Aufmerksamkeit darauf lenken, in der Provinz, in den Gouvernements, noch mehr in den Bezirken, den Wolosten und den Dörfern eine möglichst große Initiative zum wirtschaftlichen Aufbau zu entwickeln, zu erwecken. Das Ziel dieser Initiative muß die sofortige Hebung der Bauernwirtschaft, wenn auch mit „kleinen“ Mitteln, in kleinem Maßstab sein und ihre Unterstützung durch die Entwicklung der kleinen lokalen Industrie. Der gesamtstaatliche einheitliche Wirtschaftsplan erfordert, daß dies zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Fürsorge, zum Mittelpunkt der dringendsten Arbeiten gemacht wird. Die Verbesserung, die wir hier an der Quelle der Produktion erzielen, wird uns die Möglichkeit geben, in

kurzer Frist zur tatkräftigeren, erfolgreicheren Wiederherstellung der Großindustrie überzugehen.

Wer für das Verpflegungsamt tätig war, kannte bisher nur eine Direktive: Treibe 100 Prozent der festgesetzten Getreideabgabe ein. Jetzt lautet die Direktive anders: treibe in kürzester Frist 100 Prozent der Steuer ein und danach noch weitere 100 Prozent durch Austausch gegen Erzeugnisse der Groß- und der Kleinindustrie. Wer 75 Prozent der Steuer und 75 Prozent (aus dem zweiten Hundert) durch Austausch gegen Industrieerzeugnisse einsammelt, hat den Interessen des Staates besser gedient als derjenige, der 100 Prozent der Steuer und 55 Prozent (aus dem zweiten Hundert) durch Austausch eintreibt. Die Aufgabe der Arbeiter des Verpflegungsamts wird komplizierter. Einerseits trägt sie einen fiskalischen Charakter. Der Mann muß die Steuer so rasch wie möglich eintreiben. Andererseits ist seine Aufgabe eine allgemein wirtschaftliche. Er muß bestrebt sein, dem Genossenschaftswesen eine derartige Richtung zu geben, dem Kleingewerbe in der Weise zu helfen, die lokale Initiative und Anregung so zu fördern, daß der Umsatz zwischen Industrie und Landwirtschaft sich vergrößert und verstärkt. Wir lösen diese Aufgabe immer sehr mangelhaft. Der Beweis hierfür ist der Bürokratismus. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, einzugestehen, daß wir hier noch vieles von den Kapitalisten lernen können und müssen. Laßt uns die Ergebnisse der praktischen Erfahrung nach Gouvernements, Bezirken, Wolosten und Dörfern vergleichen: Die großen und die kleinen Kapitalisten haben da manches durchgeführt. Sie haben auch ihren Gewinn. Er ist ein Tribut, eine Bezahlung, die wir als „Lehrgeld“ hergaben. Es lohnt sich schon, Lehrgeld zu zahlen, wenn der Unterricht gut vorwärts geht. Dort, im benachbarten Dorf ist etwas durch die Genossenschaften zustande gebracht worden. Der Gewinn der Genossenschaftler beziffert sich auf so und so viel. Am dritten Ort ist endlich auf rein staatlichem, rein kommunistischem Wege etwas erreicht (dieser Fall ist jetzt eine seltene Ausnahme).

Die Aufgabe besteht darin, daß jedes wirtschaftliche Rayonzentrum, jede wirtschaftliche Kommission bei den Gouvernements-exekutiven in erster Linie mit verschiedenen „Umsatzsystemen“ Versuche anstellen in bezug auf die Ueberschüsse, die nach der Entrichtung der Naturalsteuer übrigbleiben. Wir müssen schon nach wenigen Monaten praktische Ergebnisse haben, die wir vergleichen und studieren könnten. Oertliches und zugeführtes Salz, Petroleum aus dem Zentrum, das Heimgewerbe der Holzbearbeitung, das Handwerk, das aus dem örtlichen Rohstoff gewisse, wenn auch nicht besonders wichtige, jedoch dem Bauern notwendige und nützliche

Erzeugnisse schafft, die „weiße Kohle“ (die Ausbeutung der örtlichen, unbedeutenden Wasserkraft für die Elektrifizierung) usw. — dies alles muß in Bewegung gesetzt werden, um den Umsatz der Industrie und der Landwirtschaft um jeden Preis zu beleben. Wer auf diesem Gebiet die besten Ergebnisse erzielt, sei es auch auf dem Wege des privatwirtschaftlichen Kapitalismus, sei es auch ohne Genossenschaftswesen, ohne direkte Umwandlung des Kapitalismus in einen Staatskapitalismus, der bringt der Sache des allrussischen sozialistischen Aufbaus größeren Nutzen, als derjenige, der sich den Kopf darüber zerbricht, wie der Kommunismus rein zu erhalten sei, und Reglemente, Regeln, Instruktionen für den Staatskapitalismus und das Genossenschaftswesen schreibt, aber nichts tut, um den Umsatz praktisch zu fördern.

Man könnte ein Paradoxon darin sehen: der privatwirtschaftliche Kapitalismus als Förderer des Sozialismus?

Es ist jedoch kein Paradoxon, sondern eine wirtschaftlich völlig unbestreitbare Tatsache. Wir haben ein kleinbäuerliches Land mit einem aufs äußerste zerrütteten Verkehrswesen, ein Land, das Krieg und Blockade durchgemacht hat, unter der politischen Führung des Proletariats, in dessen Händen sich Verkehr und Großindustrie befinden. Aus diesen Prämissen geht unverrückbar hervor: erstens die überaus große Bedeutung, die dem örtlichen Umsatz gegenwärtig zufällt, und zweitens die Möglichkeit, durch den landwirtschaftlichen Kapitalismus (von dem Staatskapitalismus gar nicht zu sprechen) dem Sozialismus auf die Beine zu helfen.

Laßt uns weniger über Worte streiten. Wir sündigen noch allzuviel in dieser Hinsicht. Was wir brauchen, ist mannigfaltigere praktische Erfahrung und sorgfältiges Studium derselben. Es gibt Verhältnisse, unter denen die mustergültige Organisation der lokalen Arbeit, wenn auch in kleinstem Maßstabe, größere staatliche Bedeutung hat, als manche Zweige der zentralen Staatstätigkeit. In bezug auf die Bauernwirtschaft im allgemeinen und den Austausch der Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion gegen Industrieerzeugnisse im besonderen, ist dies jetzt bei uns der Fall. Mustergültige Organisation in dieser Hinsicht, wenn auch nur in einer Wolost, ist von wesentlich größerer allgemeinstaatlicher Bedeutung, als die mustergültige Verbesserung des Zentralapparats dieses oder jenes Volkskommissariats. Denn der Zentralapparat hat sich im Laufe von dreieinhalb Jahren soweit entwickelt, daß er bereits eine gewisse schädliche Trägheit erlangt hat. Wir können ihn nicht so rasch verbessern, da wir nicht wissen, wie wir dies anfangen sollen. Zu einer radikalen Verbesserung, für die Heranziehung neuer Kräfte, um den Bürokratismus erfolgreich zu be-

kämpfen und die schädliche Trägheit zu überwinden, bedarf es der Hilfe der Provinz, der Unterschichten, bedarf es der mustergültigen Organisation eines kleinen „Ganzen“, aber unbedingt eines „Ganzen“, d. h. nicht einer einzelnen Wirtschaft, nicht eines einzelnen Wirtschaftszweiges oder eines Unternehmens, sondern der Summe aller wirtschaftlichen Beziehungen, der Summe des gesamten wirtschaftlichen Umsatzes, wenn auch nur auf einem kleinen Landstrich.

Jene von uns, die verurteilt sind, bei der Zentralarbeit zu bleiben, werden das Werk der Verbesserung des Apparats und seiner Säuberung vom Bürokratismus, sei es auch nur in bescheidenen, unmittelbar erreichbaren Grenzen, fortsetzen. Die größte Hilfe in dieser Beziehung muß und wird jedoch aus der Provinz kommen. In der Provinz steht es bei uns in dieser Hinsicht — soweit ich die Lage übersehen kann — überhaupt besser als im Zentrum. Es ist auch ganz begreiflich, denn das Uebel des Bürokratismus konzentriert sich naturgemäß im Zentrum. Moskau ist von diesem Standpunkt aus die schlechteste Stadt und überhaupt die schlimmste „Stelle“ in der Republik. In der Provinz finden wir nach beiden Seiten hin Abweichungen von der goldenen Mitte.

Die Abweichungen zum Bösen sind seltener als die Abweichungen zum Guten. Die Abweichungen zum Bösen sind die Mißbräuche der Leute, die sich bei den Kommunisten eingeschlichen haben, der Beamten des alten Regimes, der Gutsbesitzer, Bourgeois und des anderen Gesindels, die manchmal der Bauernschaft gegenüber die abscheulichsten Mißbräuche, die ärgsten Schandtaten begehen. Es bedarf hier einer terroristischen Säuberung: sofortige Aburteilung und bedingungslose Erschießung. Mögen die Martow, die Tschernow und die parteilosen Kleinbürger von derselben Sorte sich an die Brust schlagen und ausrufen: „Gelobt sei Gott, daß ich ihnen nicht ähnlich bin, daß ich den Terror nicht anerkannt habe und nicht anerkenne.“ Diese Herren „erkennen den Terror nicht an“, weil sie sich die Rolle von dienenden Helfershelfern der Weißgardistenbande gewählt haben, die die Arbeiter und Bauern zu beschwatzen suchen. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki „erkennen den Terror nicht an“, weil ihre Rolle darin besteht, die Massen unter der Fahne des „Sozialismus“ dem weißgardistischen Terror in die Arme zu treiben. Das Treiben Kerenskis und Kornilows in Rußland, Koltschaks in Sibirien, der Menschewiki in Georgien hat es bewiesen. Die Helden der 2. Internationale und der „2½“ Internationale in Finnland, Ungarn, Oesterreich, Deutschland, Italien, England usw. haben es deutlich gezeigt. Mögen die dienstbeflissenen Helfershelfer des weißgardistischen Terrors sich

selbst Lobeshymnen dafür singen, daß sie jeden Terror verwerfen. Wir aber werden die traurige, jedoch unzweifelhafte Wahrheit sagen: In Ländern, die eine unerhörte Krise durchmachen, in denen die alten Bande sich völlig lösen und der Klassenkampf sich nach dem imperialistischen Kriege der Jahre 1914—1918 zuspitzt — hierher gehören alle Länder der Welt —, kann man, was die Heuchler und Phrasenhelden auch sagen mögen, nicht ohne Terror auskommen. Entweder herrscht ein weißgardistischer, bürgerlicher Terror nach amerikanischem, englischem (siehe Irland), italienischem (die Faschisten), deutschem, ungarischem oder anderem Muster, oder der rote, proletarische Terror. Einen Mittelweg, ein „Drittes“ gibt es nicht und kann es nicht geben.

Die Abweichungen zum Guten sind: die erfolgreiche Bekämpfung des Bürokratismus, die größte Aufmerksamkeit gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiter und Bauern, die fürsorgliche Hebung der Wirtschaft, die Hebung der Arbeitsproduktivität, die Entwicklung des örtlichen Umsatzes zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. Diese Abweichungen zum Guten kommen zwar öfter vor als die Abweichungen zum Bösen, sind aber dennoch selten genug. Die Hauptsache jedoch ist, daß sie tatsächlich vorhanden sind. Allerorten in der Provinz werden neue, junge, frische kommunistische Kräfte herangebildet, die durch den Bürgerkrieg und die erlittenen Entbehrungen gestählt sind. Wir tun noch immer längst nicht genug, um diese Kräfte systematisch und beharrlich von unten nach oben heraufzucken zu lassen. Dies kann und muß in weiterem Maßstab und energischer durchgeführt werden. Manche Kräfte können und müssen von der Arbeit im Zentrum befreit und für die örtliche Arbeit verwendet werden. Als Führer der Bezirke und Wolosten, die gesamte wirtschaftliche Arbeit als Ganzes mustergültig organisierend, werden sie gewaltigen Nutzen bringen und ein wichtigeres gesamtstaatliches Werk vollbringen als durch Ausübung dieser oder jener zentralen Funktion. Eine mustergültige Organisation der Arbeit wird zur Ausbildung neuer Kräfte und als Beispiel dienen, dem zu folgen verhältnismäßig leicht sein wird. Die Genossen in der Zentrale werden das ihrige tun, um die „Nachahmung“ dieses mustergültigen Beispiels überall zu verbreiten und obligatorisch zu machen.

Die Entwicklung des Umsatzes zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, deren Objekt die Ueberschüsse der Bauern nach Bezahlung der Naturalsteuer und die Erzeugnisse des Kleingewerbes, namentlich der Hausindustrie, bilden, erfordert ihrem Wesen nach eine selbständige, sachkundige, örtliche Initiative. Die mustergültige Organisation der Arbeit in den Bezirken und Wolosten

erlangt daher gegenwärtig vom gesamtstaatlichen Standpunkt aus eine ganz außerordentlich große Bedeutung. Auf militärischem Gebiet, wie z. B. im letzten Kriege mit Polen, schreckten wir nicht davor zurück, von der bürokratischen Stufenleiter abzuweichen, wir fürchteten uns nicht, den Mitgliedern der Kriegsrevolutionsräte unter Belassung in ihrem hohen zentralen Amte niedrigere Chargen anzuweisen. Wäre es nicht ratsam, jetzt einige Mitglieder des Allrussischen Zentralvollzugsausschusses, Mitglieder der Kollegien oder andere hochgestellte Genossen zur Arbeit in den Bezirken oder sogar in den Wolosten zu verwenden? Sind wir denn wirklich dermaßen „bürokratisiert“, daß wir daran „Anstoß nehmen“? Es werden sich sicherlich Dutzende Funktionäre finden, die gern dazu bereit sind. Der wirtschaftliche Aufbau der gesamten Republik wird dadurch außerordentlich viel gewinnen; die mustergültigen Wolosten, die mustergültigen Bezirke aber werden eine bedeutende, ja eine entscheidende geschichtliche Rolle spielen.

Unter anderem müssen wir als kleinen, jedoch nicht unwesentlichen Umstand die Notwendigkeit erwähnen, unsere grundsätzliche Stellungnahme zur Frage der Bekämpfung des Schiebertums zu ändern. Den „nach allen Regeln betriebenen“, sich der Staatskontrolle nicht entziehenden Handel müssen wir unterstützen; es ist für uns vorteilhaft, ihn zu entwickeln. Das Schiebertum kann jedoch in seiner Bedeutung für die Volkswirtschaft von dem „regelrechten“ Handel nicht unterschieden werden. Die Freiheit des Handels bedeutet Kapitalismus, der Kapitalismus aber bedeutet Spekulation. Es wäre lächerlich, dies abzuleugnen.

Was sollen wir nun tun? Sollen wir das Schiebertum für straflos erklären? Keineswegs. Wir müssen die Gesetze über das Schiebertum einer Durchsicht unterziehen, sie umarbeiten; jede Entwendung, jede direkte oder indirekte, offene oder versteckte Umgehung der Staatskontrolle, der Aufsicht, der Registrierung muß strafbar erklärt werden und mit verdreifachter Strenge verfolgt werden. Nur durch eine derartige Auffassung der Frage (im Rat der Volkskommissare hat die entsprechende Arbeit bereits begonnen, d. h. der Rat hat die Verfügung getroffen, die Durchsicht der Gesetze über das Schiebertum einzuleiten) werden wir es erzielen, daß die Entwicklung des Kapitalismus, die in gewissem Maße unvermeidlich und für uns notwendig ist, in das Strombett des Staatskapitalismus geleitet wird.

Politische Schlußfolgerungen.

Ich muß nun noch in Kürze erwähnen, wie die politischen Verhältnisse sich im Zusammenhang mit dem hier geschilderten Wirtschaftsleben gestaltet und verändert haben.

Wie bereits gesagt, sind die Grundzüge unseres Wirtschaftslebens im Jahre 1921 die gleichen wie im Jahre 1918. Das Frühjahr 1921 hat uns — hauptsächlich infolge der Mißernte und der Viehseuche — eine äußerste Zuspitzung der Lage der Bauernschaft gebracht, die infolge des Krieges und der Blockade ohnehin überaus schwierig war. Das Ergebnis dieser Zuspitzung waren politische Schwankungen, die überhaupt im Charakter des Kleinproduzenten liegen. Der krassste Ausdruck dieser Schwankungen war der Kronstädter Aufstand.

Das ausschlaggebende bei den Kronstädter Ereignissen sind die Schwankungen der kleinbürgerlichen Elemente. Wir finden in diesen Ereignissen fast nichts genau Formuliertes, fast nichts, was klar und bestimmt wäre. Nebelhafte Losungen der „Freiheit“, der „Handelsfreiheit“, der „Entsklavung“, der „Sowjets ohne Bolschewiki“, der Neuwahlen der Sowjets oder der Abschüttelung der „Parteidiktatur“ usw. wurden ausgerufen. Die Menschewiki einerseits, die Sozialrevolutionäre andererseits erklären die Kronstädter Bewegung für die „ihrige“. Viktor Tschernow sandte einen Boten nach Kronstadt; auf die Aufforderung dieses Boten hin stimmte der Menschewik Walk, einer der Führer des Aufstandes, für die „Konstituante“. Die gesamte Weißgardistenbande mobilisierte sich in einem Nu, sozusagen mit radiotelegraphischer Geschwindigkeit, zugunsten Kronstadts. Die weißgardistischen militärischen Fachleute von Kronstadt, eine ganze Schar von Fachleuten, nicht Koslowski allein, arbeiteten einen Plan zur Landung von Truppen in Oranienbaum aus, der die schwankende Masse der Menschewisten, Sozialrevolutionäre und Parteilosen zittern und beben machte. Mehr als ein halbes Hundert im Auslande erscheinender weißgardistischer russischer Zeitungen entwickelte eine Kampagne voll wütenden Eifers zugunsten Kronstadts. Bedeutende Banken, alle Kräfte des Finanzkapitals eröffneten Spendensammlungen zur Unterstützung von Kronstadt. Der weise Führer der Bourgeoisie und der Grundbesitzer, der Kadett Miljukow, erklärte geduldig dem Dummkopf Viktor Tschernow direkt (und den Menschewiki Dan und Roshkow, die wegen ihrer Verbindung mit Kronstadt in Petrograd im Gefängnis sitzen, indirekt), daß es keinen Zweck habe, sich mit der Konstituante zu beeilen, sondern daß man sich für die Sowjetmacht — jedoch ohne Bolschewiki — aussprechen könne und müsse.

Es ist natürlich nicht schwer, klüger zu sein als solche selbstgefälligen Dummköpfe wie Tschernow, der Held des kleinbürgerlichen Reformismus, der als „Marxismus“ zugestutzt und ausgegeben wird. Was wir sagen wollen, ist nicht, daß Miljukow als

Persönlichkeit klüger ist, sondern daß der Parteiführer der Großbourgeoisie kraft seiner Klassenstellung das Klassenwesen der Sache und die politischen Wechselverhältnisse besser versteht, als die Führer des Kleinbürgertums, die Tschernow und die Martow. Denn die Bourgeoisie ist eine Klassenmacht, die unter dem Kapitalismus ebenso unvermeidlich in der Monarchie wie auch in der denkbar demokratischsten Republik herrscht und sich unvermeidlich der Unterstützung durch die Bourgeoisie der ganzen Welt erfreut. Das Kleinbürgertum dagegen, d. h. alle Helden der Zweiten und der „2½“ Internationale, können dem wirtschaftlichen Wesen der Sache nach nichts anderes sein als ein Ausdruck der Klassenohnmacht; daher die Schwankungen, die Phrasen, die Hilflosigkeit. 1789 konnten die Kleinbürger noch große Revolutionäre sein; 1848 waren sie lächerlich und kläglich; 1917—1921 sind sie verabscheuungswürdige Helfershelfer der Reaktion, ihrer wahren Rolle nach deren direkte Lakaien, mögen sie Tschernow und Martow oder Kautsky, Mc. Donald usw. heißen.

Wenn Martow in seiner Berliner Zeitschrift erklärt, Kronstadt habe nicht nur menschwistische Losungen aufgestellt, sondern auch den Beweis geliefert, daß eine antibolschewistische Bewegung möglich sei, die nicht voll und ganz dem Weißgardistengesindel, den Kapitalisten und den Grundbesitzern diene, so haben wir in ihm das Urbild eines selbstgefälligen kleinbürgerlichen Narziß. Laßt uns für einen Augenblick vergessen, daß alle echten Weißgardisten die Kronstädter begrüßten und durch die Banken Gelder zur Unterstützung von Kronstadt sammelten. Wir sehen, daß Miljukow gegenüber den Tschernow und den Martow recht hat, denn er entwickelte die tatsächliche Taktik der wahren weißgardistischen Kräfte, der Kräfte der Kapitalisten und der Grundbesitzer: Laßt uns unterstützen, wer es auch sei; laßt uns jeder beliebigen Sowjetmacht helfen, wenn wir nur die Bolschewiki stürzen, wenn wir nur eine Machtverschiebung herbeiführen! Es bleibt sich gleich, ob nach rechts oder nach links, in der Richtung der Menschewiki oder der Anarchisten, wenn wir nur die Bolschewiki von der Macht entfernen. Das übrige werden „wir“, die Miljukow, „wir“, die Kapitalisten und die Gutsbesitzer, „selbst“ besorgen. Die kleinen Anarchisten, die Tschernow, die Martow werden wir durch Rutenschläge verjagen, wie wir es in Sibirien mit Tschernow und Maiski, in Ungarn mit den ungarischen Tschernow und Martow, in Deutschland mit Kautsky, in Wien mit Friedrich Adler und Konsorten getan haben. Diese kleinbürgerlichen Narzisse, die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, die Parteilosen hat die wahre, geschäftsmäßige Bourgeoisie zu Hunder-

ten zum Narren gehalten und sie Dutzende Male in allen Revolutionen, in allen Ländern auseinandergejagt. Die Geschichte bezeugt es. Während die Narzisse schwatzen, handeln die Miljukow und die Weißgardisten.

„Vor allem eine Machtverschiebung, sei es ein wenig nach rechts oder ein wenig nach links, ab von den Bolschewiki! Alles andere wird sich finden.“ Hierin hat Miljukow vollkommen recht. Es ist eine Klassenwahrheit, die durch die Geschichte der Revolutionen aller Länder in der modernen Geschichte bestätigt wird. Den unorganisierten Kleinproduzenten, den Bauer vereinigt wirtschaftlich und politisch entweder die Bourgeoisie (so war es stets unter dem Kapitalismus in allen Ländern, in allen Revolutionen der Neuzeit, so wird es immer sein, solange der Kapitalismus besteht), oder das Proletariat (so war es in embryonaler Form zur Zeit der höchsten Entwicklung einiger der größten Revolutionen der Neuzeit während einer kurzen Frist, so war es 1917 bis 1921 in mehr entwickelter Form in Rußland). Von einem „dritten“ Wege, von einer „dritten Möglichkeit“ können nur die selbstgefälligen Narzisse schwatzen und träumen.

Mit größter Mühe, durch einen verzweifelten Kampf haben die Bolschewiki eine zum Verwalten des Landes fähige proletarische Vorhut herangebildet, die proletarische Diktatur geschaffen und verteidigt. Das Kräfteverhältnis der Klassen in Rußland läßt nach Ueberprüfung durch die Erfahrung, durch die Praxis der letzten vier Jahre an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Eine kraftvolle, gestählte Vorhut der einzig revolutionären Klasse; schwankende kleinbürgerliche Elemente; die Miljukow, die Kapitalisten und die Gutsbesitzer, die im Auslande im Gebüsch liegen und von der Weltbourgeoisie unterstützt werden. Es ist klar wie die Sonne. Jede „Machtverschiebung“ wird und kann nur von der letzteren ausgenutzt werden.

In der erwähnten Broschüre vom Jahre 1918 heißt es hierüber: „Der Hauptfeind sind die kleinbürgerlichen Elemente“. „Entweder wir unterordnen sie unserer Kontrolle, oder sie werden unvermeidlich, unausbleiblich die Macht der Arbeiter stürzen, wie die Napoleon und die Cavaignac, die auf diesem kleinbesitzlerischen Boden gedeihen, die Revolution gestürzt haben. So steht die Frage, und nur so steht sie.“ (Aus der Broschüre vom 5. Mai 1918, siehe oben).

Unsere Kraft liegt in der vollen Klarheit und Nüchternheit der Berechnung aller vorhandenen Klassenkräfte, der russischen sowie der ausländischen, in der sich hieraus ergebenden eisernen Energie, Festigkeit, Entschlossenheit und Hingabe für den Kampf.

Wir haben viele Feinde, aber sie sind verstreut, oder sie wissen nicht, was sie wollen (wie alle Kleinbürger, alle die Martow und die Tschernow, alle Parteilosen, alle Anarchisten). Wir aber sind vereinigt, in Rußland direkt, mit den Proletariern aller Länder indirekt. Wir wissen, was wir wollen. Deshalb sind wir im Weltmaßstabe unbesiegbar, obgleich dies durchaus nicht die Möglichkeit ausschließt, daß manche proletarische Revolution auf eine gewisse Zeit besiegt wird.

Man bezeichnet das kleinbürgerliche Element nicht zufällig als Elementarkraft; denn es stellt tatsächlich etwas Formloses, Unbestimmtes, Bewußtloses dar. Die Narzisse des Kleinbürgertums glauben, das allgemeine „Stimmrecht“ werde die Natur des Kleinproduzenten ändern, ohne den Kapitalismus aufzuheben. In Wahrheit jedoch hilft es nur der Bourgeoisie, durch die Kirche, die Presse, das Lehrpersonal, die Polizei, die Soldateska, durch wirtschaftliche Unterjochung sich die verstreuten und ohne einen Zusammenhalt lebenden Kleinproduzenten zu unterordnen. Der wirtschaftliche Ruin, die Not, die schwere Lage rufen Schwankungen hervor: Heute ist das Kleinbürgertum für die Bourgeoisie; morgen für das Proletariat. Nur eine gestählte proletarische Vorhut ist imstande, den Schwankungen standzuhalten und zu widerstehen.

Die Ereignisse des Jahres 1921 haben die wahre Rolle der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki bewiesen: Sie helfen den schwankenden kleinbürgerlichen Elementen, von den Bolschewiki abzufallen, eine „Verschiebung der Macht“ zugunsten der Kapitalisten und der Gutsbesitzer zu verwirklichen.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre haben es jetzt gelernt, sich in Parteilose umzufärben. Dies steht unzweifelhaft fest. Man muß ein Dummkopf sein, um dies nicht einzusehen, um nicht zu begreifen, daß wir uns nicht zum Narren halten lassen dürfen. Die Konferenzen der Parteilosen sind kein Fetisch. Sie sind wertvoll, wenn man sich durch sie den noch indifferenten Massen, den außerhalb der Politik stehenden Schichten von Millionen Werktätiger nähern kann; sie sind jedoch schädlich, wenn die in „Parteilose“ umgefärbten Menschewiki und Sozialrevolutionäre sie als Plattform für ihre konterrevolutionäre Politik ausnutzen. Diese Leute organisieren die Aufstände, sie helfen der Weißgardistenbande. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die offenen sowie die in Parteilose umgefärbten, gehören ins Gefängnis (oder in auswärtige Zeitschriften, Seite an Seite mit den Weißgardisten; wir ließen Martow mit Vergnügen ins Ausland ziehen), aber nicht auf eine parteilose Konferenz. Man kann und muß andere Mittel finden, um die Stim-

mung der Massen zu studieren, sich ihnen zu nähern. Mögen diejenigen ins Ausland ziehen, die „Parlamentarismus, Konstituante, parteilose Konferenzen spielen“ wollten. Begebt euch zu Martow, wir bitten euch darum, kostet die Freude der „Demokratie“ aus, befragt die Soldaten Wrangels über diese Herrlichkeit, tut uns die Liebe! Wir haben keine Zeit, auf „Konferenzen“ die „Opposition“ zu spielen. Wir sind von der Weltbourgeoisie umringt, die auf jeden Augenblick der Schwankung wartet, um die „ihrigen“ zurückzubringen, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie wieder in ihre Rechte einzusetzen. Wir werden die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die offenen sowie die in „Parteilose“ umgefärbten im Gefängnis halten.

Wir werden mit allen Mitteln mit der von der Politik noch unberührten Masse der Werk tätigen engere Bande knüpfen, nur nicht mit den Mitteln, die den Menschewiki und den Sozialrevolutionären freien Spielraum geben, die Schwankungen innerhalb des kleinbürgerlichen Elementes, die für Miljukow vorteilhaft sind, für ihre revolutionären Machenschaften auszunutzen. Wir werden mit besonderem Eifer Hunderte und Aberhunderte wahrhaft Parteiloser aus den Massen, aus den Reihen der Arbeiter und Bauern zur Sowjetarbeit heranziehen, aber nicht diejenigen, die sich „Parteilose“ nennen, um menschewistische und sozialrevolutionäre Weisungen zu verlesen, die einem Miljukow so gelegen kommen. Hunderte, Tausende Parteiloser arbeiten bei uns; Dutzende unter ihnen bekleiden die wichtigsten, verantwortlichsten Posten. Man muß ihre Arbeit besser kontrollieren. Man muß zu diesem Berufe Tausende und Abertausende von Werk tätigen heranziehen, sie erproben, sie systematisch und beharrlich zu Hunderten auf höhere Posten bringen, nachdem man sie erprobt hat. Unsere Kommunisten verstehen bis jetzt noch nicht recht, worin ihre Verwaltungsaufgabe liegt. Wir müssen nicht „alles selbst“ tun wollen; uns aufreiben und doch nicht fertig werden, nicht zwanzig Dinge zugleich beginnen und nicht beenden, sondern die Arbeit von Dutzenden und Hunderten Gehilfen überwachen, die Ueberwachung ihrer Arbeit von unten, d. h. durch die Masse organisieren. Wir müssen die Arbeit leiten und von denen lernen, die Wissen (die Fachleute) und Erfahrung in der Organisation der Wirtschaft in großem Maßstabe besitzen. Der weise Kommunist schreckt nicht davor zurück, von dem militärischen Fachmann zu lernen, obgleich neun Zehntel dieser Leute bei jeder Gelegenheit zum Verrat bereit sind. Der kluge Kommunist schreckt nicht davor zurück, zu dem Kapitalisten in die Lehre zu gehen (sei dieser Kapitalist ein bedeutender kapitalistischer Konzessionär, ein

Handelskommissionär oder ein kleiner genossenschaftlicher Kapitalist usw.), obgleich der Kapitalist nicht besser ist als der militärische Fachmann. In der Roten Armee haben wir gelernt, die Verräter unter den militärischen Fachleuten auszumerzen, die ehrlichen und gewissenhaften, im ganzen Tausende und Zehntausende militärischer Fachleute, mit Nutzen zu verwenden. Wir lernen jetzt, dasselbe (in besonderer Form) mit den Ingenieuren und den Lehrern zu tun — obgleich wir es viel schlechter tun als in der Roten Armee (dort haben Denikin und Kolttschak uns gründlich angespornt, uns gezwungen, schneller, eifriger, mit viel mehr Vernunft zu lernen). Wir werden lernen, dasselbe (wiederum in eigenartiger Form) in bezug auf die Handelskommissionäre, die für den Staat arbeitenden Aufkäufer, die kapitalistischen Genossenschaftler, die Konzessionäre usw. zu tun.

Die Lage der Arbeiter und Bauern muß unverzüglich verbessert werden. Wir werden es erreichen, wenn wir neue Kräfte, darunter auch Parteilose, zur nützlichen Arbeit heranziehen. Die Naturalsteuer und eine Reihe mit ihr verbundener Maßnahmen werden uns dabei zunutze kommen. Die wirtschaftliche Wurzel der unvermeidlichen Schwankungen des Kleinproduzenten werden wir auf diese Weise beschneiden. Gegen die politischen Schwankungen aber, die nur Miljukow nützlich sind, werden wir ohne Erbarmen kämpfen. Die Schwankenden sind zahlreich. Unsere Anzahl ist klein. Die Schwankenden sind zerstreut. Wir sind vereint. Die Schwankenden sind wirtschaftlich unselbständig. Das Proletariat ist wirtschaftlich selbständig. Die Schwankenden wissen nicht, was sie wollen; sie würden wohl wollen, aber Miljukow verbietet es. Wir dagegen wissen, was wir wollen.

Deshalb werden wir siegen.

Schlußwort.

Laßt uns das Fazit ziehen.

Die Naturalsteuer ist ein Uebergang vom militärischen Kommunismus zum wirklichen sozialistischen Austausch der Erzeugnisse.

Der durch die Mißernte des Jahres 1920 äußerst verschärfte Zerfall der Produktion hat diesen Uebergang dringend notwendig gemacht, da keine Möglichkeit vorhanden ist, die Großindustrie rasch wiederherzustellen.

In erster Linie ist es da notwendig, die Lage der Bauern zu verbessern. Die Mittel dazu sind die Naturalsteuer, die Entwick-

lung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie, die Entwicklung des Kleingewerbes.

Der Umsatz bedeutet Handelsfreiheit und damit Kapitalismus. Er ist uns in dem Maße nützlich, in dem er uns helfen wird, gegen die Zerrissenheit des Kleinproduzenten und gewissermaßen auch gegen den Bürokratismus anzukämpfen. Die Grenzen werden die Praxis, die Erfahrung festsetzen. Für die proletarische Macht liegt keine Gefahr darin, solange das Proletariat die politische Macht, den Verkehr und die Großindustrie fest in seinen Händen hält.

Der Kampf gegen das Schiebertum muß zu einem Kampfe gegen die Entwendungen, gegen Entziehung von der Staatskontrolle, Registrierung, Beaufsichtigung werden. Durch diese Kontrolle leiten wir den gewissermaßen unumgänglichen und uns nötigen Kapitalismus in das Strombett des Staatskapitalismus.

Die Initiative, die Selbsttätigkeit der Provinz in der Förderung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie müssen allseitig, in weitestem Maße und um jeden Preis entwickelt werden. Die praktische Erfahrung auf diesem Gebiet muß sorgfältig studiert und die mannigfaltigen Erfahrungen so viel wie möglich bei allen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Die Kleinindustrie, die die bäuerliche Landwirtschaft versorgt und ihr aufhilft, muß unterstützt werden, in gewissem Maße auch durch Versorgung mit staatlichem Rohstoff. Das größte Verbrechen ist, Rohstoff unbearbeitet zu lassen.

Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, daß die Kommunisten zu den bürgerlichen Fachleuten, darunter auch zu den Kaufleuten, den kapitalistischen Genossenschaftlern, den Kapitalisten „in die Lehre gehen“. Wir müssen von ihnen in anderer Form, aber dem Wesen nach in gleicher Weise lernen, wie wir mit Erfolg von den militärischen Fachleuten gelernt haben. Die Ergebnisse der „Lehre“ müssen durch die praktische Erfahrung geprüft werden. Mache es besser, als es die bürgerlichen Fachleute gemacht haben, biete alles auf, um eine Hebung der Landwirtschaft, eine Hebung der Industrie, eine Entwicklung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie herbeizuführen. Spare kein „Lehrgeld“: es lohnt sich, teures Lehrgeld zu bezahlen, wenn der Unterricht nur guten Erfolg hat.

Wir müssen der Masse der Werktätigen in jeder möglichen Weise helfen, uns ihr nähern, aus ihren Reihen Hunderte und Tausende Parteilose zur wirtschaftlichen Arbeit heranziehen. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre aber, die das modische Gewand der Kronstädter Parteilosigkeit tragen, müssen wir sorg-

fältig hinter schwedischen Gardinen halten. Oder aber wir müssen sie zu Martow nach Berlin schicken, wo sie alle Freuden der reinen Demokratie voll auskosten und freien Gedankenaustausch mit Tschernow, Miljukow und den georgischen Menschewiki pflegen können.

21. April 1921.

N. Lenin.



Die wirtschaftlichen Grundlagen des Imperialismus der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von allen kapitalistischen Mächten der Welt zeigen gegenwärtig die Vereinigten Staaten das imperialistischste Gepräge. Während in England eine fast allgemeine Strömung die Einschränkung der militärischen Ausgaben, die Liquidierung der mesopotamischen und persischen Abenteuer fordert, wächst sich die Union zu der größten Militärmacht der Welt, sowohl zu Lande, als auch auf dem Meere aus. Ihr Flottenprogramm ist derartig, daß ihre Flotte im Jahre 1924 ebenso die englische wie auch die japanische Flotte weitaus überragen wird. Was die Landmacht anbelangt, sollen Kaders für die eventuelle Mobilisierung von 7 Millionen Soldaten gebildet werden („Rote Fahne“, Berlin, 1. IX. 1920). Die „Neue Züricher Zeitung“ berichtete im Dezember über ein Abkommen zwischen Portugal und den Vereinigten Staaten, wonach letztere den Kolonialbesitz Portugals garantieren, wohingegen Portugal den Vereinigten Staaten das Recht einräumt, im Kriegsfall auf den Azoreninseln im Atlantischen Ozean eine Flottenbasis für die amerikanische Flotte zu errichten. Die Vereinigten Staaten protestieren gegen das Mandat Englands in Mesopotamien, fordern einen Anteil an den dortigen Petroleumquellen; sie streiten mit Japan um den Besitz der ehemaligen deutschen Kabel usw. Ueberall sehen wir, wie die Vereinigten Staaten ihr militärisches (und finanzielles) Uebergewicht in die Wagschale werfen, um sich militärische und wirtschaftliche Machtpositionen auf der ganzen Welt zu verschaffen.

Diese Entwicklung datiert erst von neuester Zeit her. Zwar zeigte schon der Krieg gegen Spanien, welcher mit der Eroberung der westindischen Besitzungen Spaniens und der Philippinen endete, daß der amerikanische Kapitalismus bestrebt ist, die Politik des Landes auf imperialistische Bahnen zu treiben. Aber erst die letzten 2 bis 3 Jahre zeigen die volle Entwicklung dieser Tendenz. Unsere Aufgabe ist es daher, jene Veränderungen in der amerikanischen Wirtschaft festzustellen, welche zu dieser politischen Entwicklung geführt haben.

Die Grundlagen der Wirtschaft der Vereinigten Staaten.

Die amerikanische Wirtschaft war von jeher durch die ungeheure Produktivität der Arbeit ausgezeichnet. Wir sind hier leider nicht in der Lage, statistische Daten darüber zu geben; sie ist allgemein bekannt und anerkannt.*) Ebenso bekannt ist auch die Tatsache, daß die amerikanische weiße Arbeiterschaft den höchsten realen Standard auf der Welt besitzt.

Die hohe Produktivität der Arbeit in Amerika beruht auf drei Hauptfaktoren:

1. günstige natürliche Bedingungen,
2. große Aufhäufung von Produktionsmitteln,
3. die größere Rationalität der Produktion.

1. Die günstigen Naturbedingungen lassen sich in folgendem zusammenfassen: Im Verhältnis zur Bevölkerung viel fruchtbares Land, auf dem das Klima den Anbau aller europäischen, außerdem wichtiger subtropischer Gewächse, vor allem der Baumwolle, begünstigt. Riesige Bodenschätze an Kohle, Petroleum, Erdgas, Eisen, Kupfer usw.; große schiffbare Flüsse und ein zum Eisenbahnbau geeignetes Gebiet. Es ist ein Land, welches alle wichtigen Rohmaterialien eines Kulturvolkes auf eigenem Gebiet produzieren kann.

*) Wir verweisen z. B. auf das interessante Buch von A. Shadwell: „Industrial efficiency“, in welchem er die Produktivität der Arbeit in Amerika, England und Deutschland untersucht und vergleicht.

2. In den Vereinigten Staaten ist das Verhältnis des konstanten Kapitals zum Gesamtkapital am höchsten. Mit anderen Worten: der Arbeiter setzt dort im Durchschnitt eine viel größere Masse von Maschinerie in Bewegung als in Europa. Vor allem trifft dies auf die Landwirtschaft zu, wo fast jede Tätigkeit mit Hilfe von Maschinen durchgeführt wird. Wir finden eine die europäische weit übersteigende Anwendung der Maschinerie im Bergbau, in dem industriellen Produktionsprozeß selbst, wie auch im Transportwesen. (Die Zahl der Automobile in den Vereinigten Staaten nimmt in rasendem Tempo zu: im Jahre 1922 soll die Zahl derselben 12 Millionen betragen.) Hierzu kommt, daß die Maschinerie im allgemeinen in den Vereinigten Staaten nicht dem „moralischen Verschleiß“ unterliegt, wie es Marx nennt; während in Europa die Maschinerie im allgemeinen schonend behandelt, fortlaufend repariert und möglichst lange im Betrieb gehalten wird, besteht in den Vereinigten Staaten im allgemeinen das System, die Maschinerie möglichst rasch zu amortisieren, um sie dann durch bessere zu ersetzen. Daher wird in den Vereinigten Staaten immer nach der neuesten Technik produziert.

3. Die Rationalität der Arbeit ist in den Vereinigten Staaten viel höher als in Europa. Dies hängt mit dem sozialen Aufbau Amerikas aufs engste zusammen. Die Bevölkerung Amerikas ist — von den Negeren abgesehen — eine gute Auslese aus der Bevölkerung Europas. Zur Auswanderung entschließen sich Menschen, die am wenigsten konservativ sind, die mit der seelischen Gebundenheit an das Hergebrachte, an Familie und Vaterland zu brechen wußten, kurz, die fortschrittlichsten Menschen der betreffenden Schicht. Dies hat zur Folge, daß das ganze Geistesleben Amerikas viel weniger konservativ ist als dasjenige Europas. Es gab hier keinen Feudalismus, keinen Adel, keine Staatskirche, keine Titel und Würden. Die Kluft zwischen körperlich und geistig Arbeitenden ist viel

*) „The Times“ 20. X. 1920.

geringer. Es gibt keine rückständige, des Lesens und Schreibens unkundige Bauernschaft wie in Osteuropa, welche jede rationelle Neuerung in der Landwirtschaft hartnäckig ablehnt. Es gibt kein geistiges Zunftwesen: aus Arbeitern werden Intellektuelle, und Leute, die eine Hochschule besucht haben, arbeiten, wenn es nötig ist, in den Fabriken als Arbeiter. All dies hat zur Folge, daß im Produktionsprozeß ein durch keine konservative Einstellung gehemmter Rationalismus waltet, was die Produktivität der Arbeit sehr erhöht.

Betrachten wir das Ergebnis dieser Produktivität vor dem Kriege, so sehen wir, daß sich bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts der erste Faktor, die günstigen Naturbedingungen, am stärksten geltend machte. Die Vereinigten Staaten waren ein Gebiet, welches riesige Mengen an Rohstoffen, vor allem Getreide, Baumwolle und Petroleum, ausführte, Industriefabrikate dagegen einfuhrte. Das Schwergewicht der Wirtschaft lag bei der Landwirtschaft. Der bebaute Boden vergrößerte sich von 536 Millionen Acre im Jahre 1880 auf 839 Millionen im Jahre 1900, 878 Millionen Acre im Jahre 1910; der Wert der Produkte der Landwirtschaft von 2,2 auf 4,7 Milliarden Dollar im Jahre 1900 und 8,6 Milliarden im Jahre 1910.**) Riesige Mengen von Getreide wurden auf den europäischen Markt geworfen; es war die Zeit der „Agrarkrise“ in Europa. Noch im Jahre 1905 waren von einer Gesamtausfuhr von 1718 Millionen Dollar bloß 460 Millionen Fertigfabrikate, 226 Millionen Halbfabrikate, und über 1000 Millionen Lebensmittel und Rohstoffe.***) Von letzteren waren: 401 Millionen Dollar Baumwolle, 186 Millionen Dollar Getreide, 211 Millionen Lebensmittel (Fleisch, Milch usw.). Wir sehen: trotz der raschen Industrialisierung, auf welche wir noch zurückkommen, haben wir das Bild eines Koloniallandes vor uns. Hinzu kommt noch, daß in der Industrie viel europäisches Kapital angelegt, daß die Schifffahrt ganz in den Händen Englands und Deutschlands war, daß die Vereinigten Staaten keine Kolonien hatten und keine Weltpolitik

*) „The Statesman's Yearbook“ 1907 und 1920.

**) Ebenda.

trieben. Erst die amerikanisch-kontinentale Monroe doktrin *) bildete die Grundlage der auswärtigen Politik.

Indessen schritt die Industrialisierung Amerikas weiter vorwärts. Die wichtigsten diesbezüglichen Zahlen sind die folgenden:

Industriestatistik auf Grundlage des amerikanischen Zensus.**)

	Kapital	Arbeiter und Angestellte	Wert des Produkts	Wert der verbrauchten Materialien
	in Millionen			
1870	2128,2	2,05	4232,3	2488,4
1880	2790,3	2,73	5369,7	3396,8
1890	6525,2	4,71	9372,4	5162,0
1900	9817,4	5,71	13004,0	7345,4
1905	13872,0	6,72	16866,7	9497,6
1910	18490,7	7,43	20767,5	12195,0
1915	22790,9	8,00	24246,4	14368,1

Vor allem ist eine ungemein stürmische Entwicklung der Bergarbeit und der Industrie zu verzeichnen. Die Entwicklung bis 1915 zeigt, daß die Vereinigten Staaten sich in absehbarer Zeit aus einem Rohprodukte exportierenden Schuldnerstaat zu einem vollentwickelten kapitalistisch - imperialistischen Staat entwickeln würden. Und mögen diese Zahlen noch so roh sein, so zeigen sie doch, daß, während im Jahre 1880 auf einen Arbeiter 1000 Dollar Kapital und jährlich 2000 Dollar Produktenwert entfielen, im Jahre 1915 fast 3000 Dollar Kapital und 3000 Dollar Produktenwert entfallen. Während 1880 der jährliche Produktionswert das Doppelte des Kapitals betrug, sind die beiden im Jahre 1915 fast gleich. Der Umschlag des Kapitals verlangsamt sich; die organische Zusammensetzung des Kapitals wird rapid höher. Es ist eine ganz typische Illustration zu den Lehren von Marx.

*) Das Verbot europäischer Gebietserweiterung auf amerikanischem Boden, nach der 1823 vom Präsidenten der V. St. Monroe aufgestellten Lehre.

**) Daten aus „The Statesman's Yearbook“ 1907 und 1920.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten während des Krieges.

Während in den anderen kriegführenden Ländern die Wirtschaft durch den Krieg eine weitgehende Deformation erfuhr, deren Hauptkennzeichen Verminderung des realen Reichtums, Papiervaluta, riesige Teuerung, Stehenbleiben oder Verminderung der Bevölkerung sind, hat Amerika unter dem Kriege nicht gelitten, sondern gewonnen. Zwar haben sich die Preise während des Krieges ebenfalls stark erhöht; dies war aber nicht die Folge der verminderten Produktion und des daraus entstehenden Gütermangels wie in den anderen kriegführenden Ländern, sondern eine Folge der großartigen Konjunktur, welche die Vereinigten Staaten als Lieferanten der Entente genossen.

Wir wollen einige Zahlen zur Illustrierung dieser Tatsache geben.

Es betrug die Produktion der Vereinigten Staaten in Millionen *):

	Kohle in Tonnen	Roheisen in Tonnen	Kupfer in Doppel- zentnern [†]	Blei in Doppel- zentnern	Petroleum in Tonnen	Baumwolle in Ballen	Weizen in Tonnen
1913/14	517	31,5	5,49	4,90	32,3	14,89	—
1914/15	466	23,7	5,26	5,68	42,3	15,07	111,4
1915/16	482	30,4	6,46	5,82	44,7	12,95	124,0
1916/17	542	40,1	8,81	6,06	40,1	12,97	86,0
1917/18	570	39,3	8,56	—	—	11,91	82,0
1918/19	586	39,5	—	—	49,1	—	114,7
1919/20	—	—	—	—	—	12,12	116,0

Einige Tatsachen aus der verarbeitenden Industrie sind bekannt, so die enorme Entwicklung des Schiffbaus in den Vereinigten Staaten während des Krieges und die jedes vernünftige Maß übersteigende Produktion von Personenautomobilen **).

*) Daten aus dem „Statistischen Jahrbuch“ für das Deutsche Reich 1919 und „The Statesman's Yearbook“ 1920 (für Bergwerksprodukte das Kalenderjahr, für landwirtschaftliche das Wirtschaftsjahr.)

***) In einem sehr interessanten Aufsatz der „Contemporary Review“, November 1920, schreibt E. Barker über die jetzt die angelsächsische

Endlich wollten wir auf die gewaltige Ausdehnung der Baumwollverarbeitung hinweisen. In Millionen Pfund betrug („The Statesman's Yearbook“ 1920) der:

	Verbrauch im Inlande	Export
1910	2250	3106
1915	3583	4404
1918	3863	2320

Für die Industrie der Vereinigten Staaten war die Kriegszeit eine Hochkonjunktur, wie sie noch nicht da war. Die ganze Produktionskraft des Landes war angespannt. „Alle Arbeiter waren in Arbeit, alle Maschinen liefen. Die Fabrikanten schickten Agenten aufs Land, um aus den Farmen Arbeiter heranzuholen. Im Durchschnitt 30 bis 50 Prozent der Arbeiter wechselten monatlich den Arbeitsplatz, weil sie immer bessere Arbeitsbedingungen erhielten“, schreibt ein hervorragender amerikanischer Kapitalist.“)

Die rasch fortschreitende Industrialisierung zeigt sich in der veränderten Gestaltung des Außenhandels. Es ist bekannt, daß der Exportüberschuß der Vereinigten Staaten im Jahre 1919 mehr als 3 Milliarden Dollar, beinahe die Hälfte der ganzen Ausfuhr betrug. Und die Ausfuhr der Fertigfabrikate übertraf bereits jene der Lebensmittel. Die betreffenden Zahlen sind in Millionen Dollar angegeben:

Wirtschaftspresse am heftigsten beschäftigende Petroleumfrage (die Zahl der Automobile „Scientific American“ 1/I. 1921):

Die Zahl der registrierten Automobile betrug in den Vereinigten Staaten:

1915	2445664
1917	4983340
1919	7558848
1920 rund	9000000
1922 (schätzungsweise)	12000000

Von diesen sind nur 4 Prozent Lastautos; alle übrigen Personen-, zumeist Privatautos. Die Hälfte des Quantums von 50 Millionen Tonnen Petroleum, welches die Union produziert, wird durch die Personenautomobile verbraucht.

*) G. E. Roberts, Vizepräsident der National City Bank of New-York: The 3 present price and economic situation. „The Economical World“ November 1920.

	Import	Export	Export- überschuß
Lebensmittel, roh	545,3	678,5	133, 2
Lebensmittel, bearbeitet	555,7	1963,7	1408,—
Rohmaterialien	1674,3	1610,1	—,—
Halbfabrikate	610,3	922,4	312,1
Fertigfabrikate	492,1	2564,1	2072,—

Bei Beendigung des Krieges waren die Vereinigten Staaten bereits ein vor allem Fabrikate exportierendes Industrieland.*)

Auch die Landwirtschaft litt nicht unter dem Ueberkonsum des Krieges wie die kriegführenden Staaten Europas. Am besten beweist dies die Entwicklung des Viehbestandes. Dasselbe zeigt folgendes Bild („The Statesman's Yearbook“ 1920):

	Millionen Stück	
	1910	1920
Pferde	19,8	21,6
Rindvieh	61,8	68,1
Schafe	52,0	48,8
Schweine	58,2	72,9

Der Gesamtwert der Farmprodukte betrug in Millionen Dollar:

1910	8,56
1917	19,33
1918	22,48
1919	24,98

In zehn Jahren hat sich der Verkaufswert verdreifacht. Da die Teuerung viel geringer war, so ist es offenbar, daß eine ziemlich große Erhöhung der Produktion eingetreten ist.

Daher muß auch die Erhöhung der Preise in Amerika anders beurteilt werden als jene in Europa. In Europa war es der infolge des scharfen Produktionsrückgangs eingetretene Warenmangel, der trotz staatlicher Preisbeschränkungen zu der Teuerung führte. In Amerika hingegen war es der Wettbewerb der kriegführenden Länder um die amerikanischen Produkte, welcher — bei erhöhter Produktion — die Preise in

*) Diese Veränderung macht sich auch auf dem Gebiet der Bevölkerung geltend: Die Volkszählung von 1920 zeigt das erstmal ein Ueberwiegen der städtischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten über die ländliche.

die Höhe trieb und den amerikanischen Kapitalisten ungeheure Profite einbrachte.*)

Dieser Profit wurde von den Kapitalisten der Vereinigten Staaten auf zweierlei Art eingeheimst. Vor allem wurden jene amerikanischen Wertpapiere, welche sich vor dem Kriege im Besitz der Bürger der Ententestaaten befanden, von den Regierungen eingefordert und an die Vereinigten Staaten abgeliefert. Zweitens strömte eine ungeheure Masse von Gold in den Vereinigten Staaten zusammen.

Es ergibt sich folgendes: die Gesamtmenge des sichtbaren, im Besitz der Staats- und Notenbanken der kapitalistischen Welt befindlichen Goldvorrats beläuft sich Ende 1920 auf 1501,3 Millionen Pfund Sterling. Hiervon sind nicht weniger als 853,4 Millionen im Besitz der Vereinigten Staaten, also mehr als die Hälfte. („The Economist“ 19. II. 1921.)

Aber nicht nur, daß die Vereinigten Staaten alle Schulden an Europa während des Krieges zurückgezahlt, nicht nur mehr als die Hälfte des Goldvorrats der kapitalistischen Welt an sich gerissen haben, sie haben außerdem viele Milliarden Forderungen an Europa, vor allem an England erworben.

Aus einem Schuldnerstaat wurden die Vereinigten Staaten zu einem Kreditorenstaat, zu dem Geldgeber der ganzen Welt. Dementsprechend behielt auch die Valuta der Vereinigten Staaten, der Dollar, seine Wertgleichheit mit dem Golde. Papiergeld und Goldmünzen zirkulieren bis heute gleichwertig im Verkehr der Vereinigten Staaten.

Jene Ursachen, welche in den andern Staaten infolge des Krieges einen so weitgehenden Verfall der Wirtschaft nach sich zogen, waren hier in sehr geringem Maße wirksam. Die faktische Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege erfolgte so spät und mit verhältnismäßig so geringen Menschen-

*) Trotz des losen Zusammenhanges zwischen Bankrate und Profitrate wollen wir anmerken — als Zeichen für das Bestehen einer hohen Profitrate —, daß die Bankrate in den Vereinigten Staaten bis 1. VI. 1920 6 Prozent, seither ununterbrochen 7 Prozent beträgt.

kräften, daß der Ausfall in der Produktion bei dem großen Reichtum der Vereinigten Staaten nicht ins Gewicht fällt.)* Die gerade Entwicklung der Vereinigten Staaten aus einem kolonialen agrikulturnen Schuldnerstaat zu einem imperialistischen Industriestaat wurde durch den Krieg nicht nur nicht aufgehoben, sondern entschieden beschleunigt.

Vom Kriegsende bis zum Frühjahr 1920.

Die Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten hielt auch noch nach Kriegsende, ungefähr bis zum Frühjahr 1920, an. Zu den Käufern gesellten sich alsbald direkt oder indirekt die bisher boykottierten Staaten Mitteleuropas. Aber alsbald zeigte sich, daß Europa, die Ententestaaten mit einbegriffen, wirtschaftlich erschöpft und ohne Kaufkraft war. Selbst England hatte keine Reserven an amerikanischen Wertpapieren oder an Gold, um die amerikanischen Einkäufe voll zu finanzieren. Das englische Pfund Sterling zeigt dem Dollar gegenüber eine starke Entwertung, bis zu 20 Prozent; die Valuten der übrigen europäischen Staaten sanken auf ein Zehntel bis auf ein Hundertstel ihres nominellen Geldwerts. Unter solchen Umständen mußte die Kaufkraft dieser Länder den Vereinigten Staaten gegenüber erlahmen. Dies löste dann jene Ueberproduktionskrise aus, welche übrigens im „normalen“ Gange der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten ohnehin fällig war, weil die Wirtschaft der Vereinigten Staaten nicht durch den Krieg deformiert war, die periodische kapitalistische Krise daher kommen mußte.

Interessant ist der Verlauf dieser Krise. Die kapitalistischen Kreise wollten, wie immer, nicht daran glauben, daß die Hochkonjunktur vorüber sei. Dies sieht man an der überaus interessanten Tatsache, daß laut Bericht des „Controllers of

*) Immerhin waren die Kriegskosten der Vereinigten Staaten bedeutend. Die Ausgaben des Staates stiegen pro Kopf der Bevölkerung von 7,4 Dollar im Jahre 1913 auf 70 Dollar 1920.

currency“ die von allen Banken der Vereinigten Staaten gewährten Kredite sich beliefen *):

1919 Juni 30.	25,086 Millionen Dollar
1920 Juni 30.	30,892 Millionen Dollar
Zunahme	5,806 Millionen Dollar

Eine Krediterweiterung von 20 Prozent in einem Jahre! Und das zu einer Zeit, als die Produktion entschieden zurückging! Einige interessante Daten gibt hierüber Professor Lederer **) in bezug auf die Mengen der Produkte im Vergleich zu den Jahren 1911 bis 1913, deren Produktemenge mit 100 eingesetzt wurde (für Agrarprodukte: Marktstatistik):

	Oktober 1919	Frühjahr 1920 (Höchstziffer)	Oktober 1920
Vieh	151	139	116
Getreide und Mehl	127	102	122
Baumwolle	124	132	89
Zucker	127	184	59
Kohle	152	131	137
Eisen	102	159	146

Dieselbe Bewegung zeigen viele andere Waren sowie die Daten der Transportunternehmungen. Weiter: trotz geringerer Produktion sind die Warenlager nur unbedeutend gesunken; sie betragen z. B. Februar 1920: 534 Prozent, Oktober 1920: 504 Prozent des letzten Monatsumsatzes, während sich umgekehrt die noch nicht ausgeführten Aufträge von 32 Prozent des Umsatzes im Februar 1920 auf zirka 10 Prozent im Oktober 1920 gesenkt haben. Von Einzelheiten abgesehen, kann man sagen, daß die Menge der Produktion von Herbst 1919 auf Frühjahr 1920 durchweg erheblich zurückging.

Manche Zeichen deuten darauf hin, daß der Ausbruch der Krise durch das amerikanische Großkapital künstlich beschleunigt wurde. Die Konzentration der Vermögen und die Zentralisation der tatsächlichen Wirtschaftsleitung durch das Trust- und Bankkapital ist nirgends so weit fortgeschritten wie in den Vereinigten Staaten. Daher ist auch der Markt für die

*) In dem erwähnten Artikel von G. E. Roberts.

**) „Wirtschaftliche Korrespondenz“, 7. II. 1921.

leitenden Kapitalisten nirgends so gut zu übersehen wie dort. Sie hatten daher die Möglichkeit, den Ausbruch der Krise zu beschleunigen. Wir besitzen leider kein einschlägiges amerikanisches Material, um beurteilen zu können, wie weit dies wirklich der Fall war. In dem erwähnten Artikel schreibt Professor Lederer folgendes:

„Als im Frühjahr 1919 bei steigenden amerikanischen Preisen gleichzeitig die europäischen Wechselkurse und damit die Kaufkraft der europäischen Länder sanken, wurde von den Großorganisationen des amerikanischen Kapitals, den Banken, die Parole zur Einschränkung und Kündigung der Kredite ausgegeben.

Diese ist dann wohl auch in großem Umfange erfolgt. Die Einschränkung und Kündigung der Kredite versetzte die Produktions- und Handelsunternehmen in eine schwere Zwangslage; sie mußten trachten, ihre Warenbestände rasch zu verkaufen, um ihre Schulden begleichen zu können. Sie konnten daher mit ihren Vorräten nicht zurückhalten und mußten sie zum Teil mit Verlusten losschlagen. Zwar hatten sie große Gewinne in der Kriegskonjunktur erzielt; aber sie empfanden die jetzigen Verluste trotzdem als Bedrohung ihrer Existenz. Denn sie mußten — und das war die zweite Wirkung, welche sich so sinnfällig in den obenerwähnten Ziffern zeigt — ihre Erzeugung einschränken, also Arbeiter entlassen, Bestellungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten rückgängig machen. So verbreitete sich die Krise über die ganze Volkswirtschaft. Während also die Welt noch den größten, brennendsten Bedarf nach den amerikanischen Waren hatte, wurde deren Erzeugung erdrosselt, um die hoffnungslose Anhäufung unverkäuflicher Waren infolge der geringen europäischen Kaufkraft zu verhüten. Vom kapitalistischen Gesichtspunkt betrachtet ist die Einschränkung der Kredite durchaus richtig gewesen; denn sie beugte einer katastrophalen Ueberproduktion vor.“

Es ist bezeichnend, daß der Bankzinsfuß am 1. VI. 1920 auf 7 Prozent erhöht wurde und seither dieser ungemein hohe Satz aufrechterhalten wird.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die Einschränkung der Produktion und der Preissturz.

Wir sind in der Darstellung des Verlaufs der Krise infolge des Mangels an amerikanischem Material fast ausschließlich auf englische Quellen angewiesen. Verfolgen wir den Verlauf der Krise an der Hand des „Economist“, so sehen wir, daß sich die Krise ziemlich langsam entwickelte, daß das Kapital bestrebt war, die überschüssigen Waren auf dem Weltmarkt unterzubringen, so daß der Export der Vereinigten Staaten bis zum Oktober 1920 noch eine aufsteigende Linie aufweist. Auch größere Zusammenbrüche wurden durch das organisierte Vorgehen des Großkapitals vermieden. Hingegen erreichten der Preisrückgang und die Arbeitslosigkeit eine ungeheure Höhe.

Ueber das Maß der Einschränkung der Produktion zwischen Frühjahr und Herbst 1920 gaben wir schon oben zusammenfassende Daten. Im September schreibt der „Economist“: „Handel und Industrie zeigen eine große Irregularität“; im Oktober: „Die zurückgezogenen Bestellungen vermehren sich rapid, die Vorräte wachsen an, statt kleiner zu werden. Das Publikum weigert sich zu kaufen“; im November „ist der Verbrauch an Baumwolle kleiner als je seit August 1914“)“. Die Krise macht sich in der Baumwollindustrie stark geltend. Die Textilfabriken werden der Reihe nach stillgelegt.**)

Scharf machte sich die Krise in der im Kriege noch rascher emporgeschossenen Automobilindustrie geltend. Die weltberühmten Fordwerke wurden bei Beginn des Jahres geschlossen, weil sie für 25 Millionen Dollar fertige unverkäufliche Autos vorrätig hatten.

Die allgemeine Lage wird um die Jahreswende von der „L'Information“ vom 20. XII. 1920 in folgender Weise beschrieben:

„Die Europäer erleben gegenwärtig eine sehr ironische Genugtuung in dem Gedanken, daß die Vereinigten Staaten,

*) Verschiedene Nummern des „Economist“.

***) „The Times“ 23. XII. 1920.

das Land ihrer Abhängigkeit von Gold und Waren, die Gläubiger der ganzen Welt, das einzige Land, in dem sich noch immer Gold im Umlauf befindet, wie alle anderen Staaten ohne Ausnahme jetzt auch beginnen, sich nicht wohl zu fühlen, nicht ihrer Armut, sondern ihres Ueberflusses wegen. Die Vereinigten Staaten leiden gegenwärtig unter einer Depression des Handels, der alle Anzeichen einer längeren Krise zeigt, in dem Maße, wie der Winter fortschreitet. Die Anzahl der Kursstürze demoralisiert die Börse täglich mehr und mehr. Die Ausfuhr, die während des Krieges so sprunghaft in die Höhe schnellte, ist rapid zurückgegangen. Eine Ausnahme machen nur die Lebensmittel und Rohmaterialien. Ein ungeheurer Tiefstand der Produktion ist eingetreten, der in jeder Richtung zu großer Verzweiflung geführt hat, nicht nur bei den Fabrikanten, auch bei den Landleuten, nicht zu vergessen die Industrie, die ihre Produktion sowohl für die Erfordernisse der Heimat als auch des Auslandes gegenwärtig auf das alleräußerste Mindestmaß beschränkt hat. Die festliegenden Gelder, welche in Aktien und dergleichen stecken, sind seit 6 Monaten fabelhaft gefallen, und die Besitzer solcher Aktien finden keine Möglichkeit, diese selbst weit unter dem Preise loszuschlagen!"

Der Preissturz auf dem amerikanischen Markte hat im Laufe des Jahres 1920 große Dimensionen angenommen. Die allgemeinen Indexziffern zeigen folgendes Bild:

	„Statist“ Index.	Bradstreets.	Bureau of La- bour.
1913	100	100,—	100
1920 Januar	226	227,2	248
„ Mai	215	216,4	272
„ August	200	195,7	262
„ September	183	184,—	252
„ Oktober	170	170,—	242
„ November	148	—	—
„ Dezember	—	141,—	—

Neuere Indexzahlen besitzen wir nicht; aber wir können den stürmischen Preisfall an einzelnen wichtigen Gütern nach den Notierungen der „Times“ verfolgen:

	Weizen:	Mais:	Mehl:	Speck:	Kaffe:	Zukker:	Baumwolle:	Kupfer:	Eisen:
1920, Nov. 19.	202	93,5	8,70	20,40	7,23	5,12	15,85	15	44,50
1921, März 19.	179,5	84	7,00	12,55	5,34	5,13	11,45	12	29

Die Güterraten sind aufs Geratewohl in der Reihenfolge, wie dieselben im täglichen „Times“-Bericht nach der Reihe stehen, aufgenommen. Sie zeigen den ungeheuren Preisfall, vor allem in Kupfer, Eisen und Baumwolle.

Bei den fertigen Waren gibt es keine so unmittelbar vergleichbare Daten, doch wird hier der Preissturz, insbesondere bei Kleidern, Schuhwerk, Möbel usw., wo der sogenannte „Käuferstreik“ am schärfsten auftrat, mindestens ebenso groß gewesen sein als bei den Rohmaterialien.

Bemerkenswert ist, daß der amerikanische Kapitalismus einem so ungeheuren Preissturz gegenüber eine ungemein starke Widerstandskraft bewies. Zwar vermehrten sich die Konkurse auf das Doppelte; aber es kamen keine Zusammenbrüche von Banken oder großkapitalistischen Unternehmungen vor. Einige Banken mußten zwar ihre Zahlungen zeitweilig einstellen, weil die Farmer sich weigerten, ihr Getreide bei dem gesunkenen Preise auf den Markt zu bringen. — Die Zahl der Konkurse und die Größe der Konkursmassen war im Herbst 1920 beiläufig dreimal so groß als 1919; aber von den riesigen Zusammenbrüchen, welche einen derartigen Sturz der Preise bei früheren Krisen zu begleiten pflegten, ist diesmal keine Rede. Die gewaltigen Organisationen des amerikanischen Großkapitals, die enge Verbindung zwischen Bankkapital und industriellem Kapital haben größere Zusammenbrüche verhindert. Was aber Kleinhandel und Kleinindustrie betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß die Preise im Kleinhandel in unvergleichlich langsamerem Tempo fielen, als jene des Großhandels.

Dem „Federal Reserve Board Bulletin“ für Januar zufolge sind z. B. die Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten im

November 1920 im Großhandel um $8\frac{1}{2}$, im Kleinhandel aber nur um $2\frac{1}{2}$ Prozent gesunken. Dies ermöglichte dem Kleinhandel, seine Vorräte ohne allzu große Verluste loszuwerden. Die volle Schwere der Krise lastet auf der Arbeiterschaft.

Die Krise und die Arbeiterschaft.

Auch die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hatte während der Kriegszeit eine Hochkonjunktur durchlebt. Alles deutet darauf hin, daß sich der reale Standard der amerikanischen Arbeiterschaft während dieser Zeit gehoben hat. Genaue Daten stehen mir hierüber nicht zur Verfügung. Eine große Rolle spielte hierbei, daß der Zustrom von ungelernten, billigen Arbeitskräften auf dem Wege der Einwanderung faktisch aufhörte. Um so schwerer trifft die neue Krise die amerikanische Arbeiterschaft.

Die Krise lastet vor allem in der Form einer ungeheuren Arbeitslosigkeit auf der Arbeiterschaft. Die Zahl der Arbeitslosen bezifferte sich Ende Februar auf 4 Millionen. Infolge des Fehlens einer Arbeitslosenversicherung gibt es über den amerikanischen Arbeitsmarkt keine so zuverlässigen Daten wie für England oder Deutschland. Jedenfalls ist die Arbeitslosigkeit eine ungeheure. Neben der vollen Arbeitslosigkeit gibt es auch hier eine große Schicht von Kurzarbeitern.

Zusammen mit der Arbeitslosigkeit hat der amerikanische Kapitalismus eine scharfe Herabsetzung der Löhne vorgenommen. Alle Nummern der amerikanischen und englischen Zeitungen sind voll von Nachrichten über Lohnherabsetzungen von 10 bis 40 Prozent. Parallel hiermit läuft die Wiederherstellung der Akkordarbeit in vielen Branchen, wo bisher Zeitlohn üblich war, z. B. im Schneidergewerbe; ein Vorstoß der Kapitalisten gegen das System der „closed shops“, das heißt gegen den Zwang, in gewissen Betrieben nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aufnehmen zu dürfen und endlich ein Gesetz gegen die Streikfreiheit. Der volle Text dieses Gesetzes, welches Anfang April ins Leben trat, steht uns nicht zur Verfügung. Das Gesetz wurde unter

dem Titel „Poindexter Antistreikgesetz“ im Dezember vorigen Jahres im Senat angenommen. Nach der Mitteilung des internationalen Arbeitsamtes hat vorwiegend die Kriegsrüstungsindustrie dieses Gesetz angeregt und verteidigt. Es soll den Arbeitswilligen, vor allem denen der Verkehrrsanstalten, ein besonderer „Schutz“ gewähren. Das Gesetz sieht drakonische Strafen — bis zu zehn Jahren Gefängnis — vor. Die Bestimmungen des Gesetzes sind derart, daß bei einer schroffen Handhabung die Möglichkeit geboten wird, alle Streikführer und die Streikenden gerichtlich zu verfolgen. Mit anderen Worten: das amerikanische Kapital hat den Kampf gegen die Arbeiterschaft auf allen nur möglichen Gebieten aufgenommen und zwar mit Erfolg.

Wie nimmt nun die Arbeiterschaft den ihr vom Kapital aufgezwungenen Kampf auf? Es muß festgestellt werden, daß von einem so einheitlichen, wohlorganisierten Widerstand, wie ihn die englische Arbeiterschaft gegenwärtig führt, in den Vereinigten Staaten nicht die Rede ist. In der kapitalistischen Presse Amerikas findet man täglich Nachrichten über ruhig hingegenommene, ja von der Arbeiterschaft selbst freiwillig angebotene Lohnherabsetzungen. Und wenn es auch natürlich ist, daß die kapitalistische Presse vor allem die dem Kapitalismus günstigen Vorgänge hervorhebt, so haben wir wohl auch in den uns zugänglichen amerikanischen Arbeiterzeitschriften¹⁾ Nachrichten über scharfe Einzelkämpfe, aber nicht einen dem englischen ähnlichen, sich auf die ganze Arbeiterklasse erstreckenden organisierten Kampf gefunden. Das Klassenbewußtsein des Proletariats der Vereinigten Staaten ist trotz der höchsten Entwicklung des Kapitalismus ein sehr niedriges; wie wäre es sonst z. B. möglich, daß Millionen von Proletariern bei der letzten Präsidentenwahl ihre Stimme auf einen so ausgesprochenen Reaktionär, wie es Harding ist, abgegeben hätten;

¹⁾ Wir durchblättern: „The Communist“, „The Toiler“, „The Industrial Worker“, „The World“, „Advance“ — wie auch die radikalbürgerliche amerikanische „The Nation“.

wie könnte sonst S. G o m p e r s der Führer der organisierten Arbeiter sein, ein Mensch, dessen arbeiterfeindliche Aeußerungen von der kapitalistischen Presse in besonderem Druck gebracht werden, Gompers, der aus der gelben Internationale austritt, weil sie ihm „zu revolutionär“ ist, Gompers, der den Aufruf der Transportarbeiter: kein Kriegsmaterial für Polen zu befördern, öffentlich verurteilt, weil „es möglich ist, daß die polnische Offensive nur in der Meinung unternommen wurde, daß es einen von den Sowjets vorbereiteten Angriff abzuwehren gälte. Uebrigens ist die polnische Regierung heute vielleicht wohl die demokratischste Europas“).

Wie könnte sonst der Heros der Amerikanischen Sozialdemokratischen Partei, der im Gefängnis sitzende E. Debs, den der „humane Philosoph“ Wilson selbst als Präsidentschaftskandidaten nicht aus dem Gefängnis entließ, öffentlich erklären: „Wenn die sozialistische Partei in Amerika das von Lenin vorgeschlagene internationale Programm anerkennen würde, würde man die Partei endgültig totmachen“ ... und sich gegen jeden Gedanken des bewaffneten Klassenkampfes aussprechen? Wie wäre es sonst möglich, daß es in diesem Lande der schärfsten objektiven Klassengegensätze, wo ein De Leon wichtige Teile der bolschewistischen Lehre ideologisch vorweggenommen hat, wohl drei kommunistische Sekten, aber keine kommunistische Massenpartei gibt?

Was ist die Ursache dieses Widerspruches zwischen den objektiv ungeheuren Klassengegensätzen und dem unvergleichlich geringen Klassenbewußtsein des Proletariats in den Vereinigten Staaten?

Es ist nicht leicht, auf diese große und für den Gang der Weltrevolution ungeheuer wichtige Frage eine Antwort zu geben. Wir glauben sie in der inneren Zerrissenheit des Proletariats, in der großen Verschiedenheit der Lebenslage und der Ideologie der einzelnen Schichten zu finden. Wir wollen versuchen, dies schlagwortartig zu skizzieren.

*) „New Republic“ 13. XI. 1920.

Das amerikanische Proletariat besitzt eine starke Arbeiteraristokratie. Es sind dies die in den Unions organisierten gelernten Arbeiter. Sie besitzen das Monopol in den „closed shops“, erschweren durch hohe Aufnahmegebühren den Eintritt in ihre Gewerkschaft, sie sehen herab auf das „nichtorganisierte Lumpenproletariat“. Sie fühlen sich als Aristokraten, führen das Leben eines Kleinbürgers und haben die Verbindung mit der großen Masse der Arbeitenden verloren. Eine zweite Schicht, welche außerhalb des eigentlichen Proletariats steht, ist die Schicht der zeitweilig Eingewanderten, die nicht die Absicht haben, ihr Leben auch als amerikanische Lohnarbeiter zu beenden, sondern um jeden Preis soviel Geld zusammenraffen wollen, um in ihrer Heimat Land kaufen und als Kleinbauern leben zu können. Die kampfesfreudigste, klassenbewußteste Schicht ist jene der akklimatisierten ungelernten oder angelernten Arbeiter. Eine ausgeschaltete Schicht bilden die Neger und farbigen Arbeiter. (Sie wurden bis zur allerneuesten Zeit in die Unions prinzipiell nicht aufgenommen.) Die Lohn- und Lebensverhältnisse dieser Schichten sind so verschieden, daß sie schwer zu einer einheitlichen Klassenpolitik zusammenzufassen sind.

Die Erstarkung des Klassenbewußtseins wird erschwert durch den Umstand, daß der Uebergang zum Kleinbürgertum und zu den „freien“ Berufen für die fähigsten Individualitäten der amerikanischen Arbeiterklasse viel leichter ist als in Europa. Das Fehlen der Notwendigkeit eines Befähigungsnachweises bei allen Aemtern, die vielen Kurse zur Ausbildung von Ingenieuren, Advokaten, Aerzten, die Möglichkeit, durch geschickte Spekulation oder irgendeine Erfindung sich aus der Arbeiterklasse emporzuheben, die ganze Atmosphäre der Scheindemokratie und des self-made-man-Kults; all dies veranlaßt die besten Köpfe des amerikanischen Proletariats, ihr Heil nicht als Mitglieder der Arbeiterklasse im Klassenkampfe, sondern auf individuelle Art, im Uebergang zu den höheren Schichten der Gesellschaft zu suchen.

Zuletzt sei noch erwähnt, daß der hohe und sich seit Jahr-

zehnten kontinuierlich, vielleicht mit einer Unterbrechung im ersten Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts, erhöhende Standard der amerikanischen gelernten Arbeiter vielleicht das meiste dazu beigetragen hat, daß sich das revolutionäre Klassenbewußtsein in den Vereinigten Staaten nur so schwach entwickelt hat. Es gab einzelne erbitterte, zähe Kämpfe, aber kein allgemeines Klassenbewußtsein, keine Revolutionierung des ganzen Proletariats als Klasse. Gegenwärtig tobt ein heftiger Kampf, vor allem in der Frage der „closed shops“. Für die Erbitterung, mit welcher der Kampf von Seiten der Bourgeoisie geführt wird, ist bezeichnend, daß die „Bethlehem Steel Company“ den Kontrahenten in New-York und Philadelphia nicht verkaufen will, die nicht einverstanden sind, beim System der „open shops“ zu arbeiten.) Das Kapital versucht das verhaßte System der „closed shops“ zu brechen. Wir wünschen ihnen Erfolg. Es wäre ein wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung des amerikanischen Proletariats. Revolutionär wird aber das Proletariat der Vereinigten Staaten als Klasse nur werden, wenn die Vereinigten Staaten in die Krise des europäischen Kapitalismus hineingezogen werden, wenn das amerikanische Kapital nicht mehr imstande sein wird, dem Proletariat den gewohnten hohen Lebensstandard zu gewähren, wenn die gegenwärtige Krise nicht glatt überwunden werden kann.

Der imperialistische Versuch zur Lösung der Krise.

Die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten sind zwiespältig. Sie entspringen zum Teil dem „normalen“ Gange der kapitalistischen Produktionsweise als regelmäßige Folgeerscheinung der Hochkonjunktur. Verschärft wird dieselbe aber durch den ökonomischen Verfall Kontinentaleuropas, wie wir ihn in Heft 14 unserer Zeitschrift schilderten. Die Lage der Vereinigten Staaten ist Europa gegenüber die nämliche als diejenige Englands gegenüber Kon-

*) „The Nation“ 19. I. 1921.

tinentaluropa. Es kann seine Güter nach Europa nicht absetzen, weil die durch den Krieg verarmten Länder nur k a u f e n möchten, aber nichts zu verkaufen haben. Die Folge davon ist die Entwertung der Valuta der ganzen Welt; das ungeheuerere Agio der Valuta der Vereinigten Staaten. Dies hat zur Folge, daß die amerikanischen Güter auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind, ja daß die Waren der Länder mit niedriger Valuta in den Vereinigten Staaten selbst als Konkurrenten auftreten. Diese Ueberwertung der amerikanischen Valuta nahm die schärfste Form nach dem Kriege an und setzt sich heute noch fort, trotz der scharfen Krise, welche die Vereinigten Staaten gegenwärtig durchmachen.

Der Stand des Dollar gegenüber den wichtigsten fremden Valuten war am 21. III. 1921 folgender („The Times“):

Wechsel, Geldsorten, Banknoten	Zeichnungs- methode	Parität	Kurs am 21. 3. 21
London Sicht	1 £	4,86 ² / ₃	3,92
Amsterdam Kurze Sicht	100 d.	40,20	34 ⁷ / ₁₆
Rußland	100 r.	51,46	0,50
Paris Kurze Sicht	100 f.	19,30	6,95
Berlin Kabel	100 m.	23,80	1,60
Christiania Kabel	100 k.	26,80	16,05
Stockholm Kabel	100 k.	26,80	22,90
Kopenhagen Kabel	100 k.	26,80	17,30
Rom Kabel	100 L.	19,30	4,05
Montreal on London Cables transfers	1 £	4,86 ² / ₃	4,48

Wir sehen, die Valuten aller europäischen Länder, selbst jene des reichen neutralen Holland, zeigen ein großes Disagio gegenüber dem Dollar. Beim Pfund Sterling beträgt es mehr als 20 Prozent; die italienische Lire zeichnet zirka 18 Prozent ihres Wertes, die Mark zirka 7 Prozent; die Valuten der ost-europäischen Länder, z. B. Oesterreich-Ungarns, Polens sind auf 1 Prozent ihres Wertes gefallen. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Umständen der Verkauf amerikanischer Waren an diese Länder auf normale Weise beinahe unmöglich geworden ist.

Von allen Staaten der Welt haben nur Japan und die Schweiz den Vereinigten Staaten gegenüber gegenwärtig eine vollwertige Valuta; nahe der Parität stehen Kanada und einige Länder Südamerikas. Doch ist die Bevölkerungszahl und die Kaufkraft dieser Länder viel zu gering für das Exportbedürfnis der Wirtschaft der Vereinigten Staaten.

Das amerikanische Kapital versuchte, ähnlich wie das englische, durch Kapitalanlagen im Auslande die Kaufkraft der fremden Länder zu stärken. Die Vereinigten Staaten sind der Bankier der Welt geworden. Während des Krieges waren es vor allem Staatsanleihen an die Verbündeten — die Schuld der Ententeländer beläuft sich auf zirka 15 Milliarden Dollar. Nach dem Kriege kamen fast alle Länder, Städte und großen Aktiengesellschaften auf den amerikanischen Markt, um Anleihen zu erbetteln. Durchblättern wir die Berichte des „Economist“ im letzten halben Jahr, so finden wir alle Länder der Welt als Schuldner gegenüber Amerika: Staaten aus Südamerika, belgische Bahnen, dänische Städte, englische Banken usw. Und alles muß Wucherzinsen zahlen: dänische, schwedische Städte — wobei es sich um absolut sichere Anlagen handelt — zahlen 8 Prozent Zinsen für ihre Anleihen! Aber auch die unmittelbare Anlage als werbendes Kapital hat großen Umfang angenommen. Früher besaßen europäische Kapitalisten amerikanische Wertpapiere. Heute kaufen amerikanische Kapitalisten Aktien und Unternehmungen in ganz Europa auf. Und zwar für einen Spottpreis! Eine Million Dollar sind in Mitteleuropa 25 Millionen Lire oder 60 Millionen Mark, oder 600 Millionen österreichische Kronen usw. Auf diese Weise gelang es dem amerikanischen Kapital, trotz der schlechten Konjunktur und den ungünstigen Valutaverhältnissen seinen Export auch während der ersten Zeit der Krise aufrechtzuerhalten. Im Oktober 1920 war die Ausfuhr der Vereinigten Staaten größer als je; erst im November setzte ein scharfer Rückgang ein: die Ausfuhr blieb um 67 Millionen Dollar hinter

derjenigen im Jahre 1919 zurück! Dieser Rückgang setzt sich seither von Monat zu Monat fort.

Die Kapitalanlage im Ausland, die Gefahr, infolge der Zerrüttung der europäischen Wirtschaft den neueroberten Markt zu verlieren, nötigen die Vereinigten Staaten trotz allen Widerstandes gewisser konservativ-amerikanischer Kreise, Weltpolitik zu treiben. Alle Versuche, zu der alten kontinental-amerikanischen Politik zurückzukehren, sich „von Europa zurückzuziehen“, scheitern an den ökonomischen Notwendigkeiten. Die Vereinigten Staaten sind heute der imperialistischste Staat der Welt.

Um das Bild zu vervollständigen, müssen wir auf die Faktoren und Tendenzen dieses amerikanischen Imperialismus näher eingehen. Im Wesen unterscheidet er sich gar nicht vom englischen und deutschen Imperialismus. Höchstens in der bis zur jüngsten Zeit festgehaltenen verlogenen pazifistischen Phraseologie. „Während der letzten fünf Jahre, seitdem die Vereinigten Staaten die Insel Haiti besetzt haben, wurden dasselbst von den amerikanischen Soldaten und Matrosen 3250 Menschen ermordet, nach den amtlichen Angaben des Navy Departement . . . Während Wilson über die Volksrechte deklamierte, besetzten und schufen die Vereinigten Staaten eine militärische Diktatur in den Ländern Nicaragua und Costa-Rica.“^{*)} Immer schärfer tritt der Militarismus und Marinismus auf. Die Vereinigten Staaten zogen sich vom Völkerbund zurück, weil sie sich nicht der Führung Englands unterwerfen wollen. Gegenwärtig sind die Vereinigten Staaten auf dem besten Wege, die stärkste Militärmacht der Welt zu werden. Sie treten in immer schärferen Gegensatz zu den beiden anderen Weltmächten England und Japan. (Frankreich zählen wir trotz seiner großtuerischen Politik nicht zu den Weltmächten.) Es ist soweit gekommen, daß man in Amerika ernstlich von der Möglichkeit eines amerikanisch-englischen Krieges spricht und schreibt.

^{*)} „The Labour Leader“ 21. X. 1920.

Worin besteht der englisch-amerikanische Gegensatz?

Da ist vor allem die Frage der Kriegsschulden. Die vor-sichtigen Vereinigten Staaten haben un mittelbar haupt-sächlich England Geld zur Kriegführung geliehen. England gab es weiter an Frankreich, Italien, Belgien usw. Bei dem gegen-wärtigen ungünstigen Valutakurs lasten diese Schulden un-gemein schwer auf den festländischen Ententestaaten. Die Forderung Englands an diese Staaten ist ziemlich gefährdet. Frankreich ist zum Teil deshalb so unerbittlich Deutschland gegenüber, weil es von den englischen Schulden bedrückt wird. Daher hat der englische Politiker Keynes in seinem vielgenann-ten Buche über den Versailler Frieden bereits als einzige Lö-sung vorgeschlagen, Amerika solle seine Forderungen an alle Alliierten erlassen, England seinerseits jene an die festlän-dischen Staaten, während Frankreich seine Wiedergut-machungsforderungen an Deutschland auf eine von Deutschland erschwingliche Summe reduzieren soll. Nun, der halbamtliche Versuch Englands, diesen Plan bei den Vereinigten Staaten durchzuführen, hat eine entschiedene Ablehnung erfahren. Die kapitalistischen Leiter der Vereinigten Staaten sind nicht gewillt, Milliarden für die Festigung des Kapitalismus in Europa zu opfern. Uns kann es recht sein, aber England ist verstimmt darüber.

Andererseits sind die Vereinigten Staaten unzufrieden mit Europa. „Europa hat sich in den Augen der „guten Ameri-kaner“ sehr diskreditiert durch seine ewigen Kriege und Re-volutionen wie auch durch seinen Mangel an gutem Willen, die Friedensindustrie wiederherzustellen.“ (Vom 6. XI. 1920.)

Noch größer ist die Unzufriedenheit der Vereinigten Staaten mit dem Wirken des Völkerbundes, insbesondere mit dem Mandat Englands über Mesopotamien und jenem Japans über die ehemalige deutsche Ueberseekabelstation Insel Jap und die deutschen Kabel. In der Mesopotamienfrage sind die Vereinigten Staaten hauptsächlich wegen der dortigen Petro-leumquellen interessiert. Am 26. XI. 1920 richteten dieselben einen scharfen Protest gegen das Mandat Englands über diese

Gebiete. Es scheint unfassbar, daß die Vereinigten Staaten, der größte Petroleumproduzent der Welt, wegen der Petroleumquellen in Mesopotamien eine so scharfe Sprache führen. Indessen ist zu beobachten, daß Petroleum gegenwärtig die einzige Ware ist, die trotz der Krise in ungenügender Menge vorhanden ist, und deren Preis gegenüber dem heftigen Preissturz auf dem Weltmarkte aufwärts geht. Die amerikanische Petroleum-Produktion hält absolut nicht Schritt mit der rapiden Vermehrung der Automobile; die außerhalb der Vereinigten Staaten liegenden Petroleumgebiete, Mexiko einbegriffen, hat aber das englische Kapital in aller Stille aufgekauft oder erobert. Diese Lage wurde am 6. I. 1921 im amerikanischen Senat vom Senator Mc Kellar auf folgende Weise charakterisiert:

Er berichtet, daß Großbritannien ungefähr 8 Prozent seines Bedarfs an Oel für seine Handels- und Seefahrtsflotte zum Preise von 1.80 Dollar (etwa 10 sh. — 12 Mark) bis zu 2.40 Doll. (13 sh. 4 d. — ca. 16 Mark) pro Kanne, lieferbar ab Vereinigte Staaten erhält, während es den amerikanischen Schiffen im Nahen Osten das Oel zum Preise von 7 Dollar (2 Pfund Sterling — 45 Mark) bis zu 12 Dollar (3 Pfund 6 sh. — 72,50 Mark) pro Kanne liefert. Amerika, fährt er fort, besitzt nur ungefähr ein Sechstel der gesamten Oelquellen und Oelfelder, produziert jedoch ein Viertel des gesamten Weltbedarfs. Er weist auf die Zusammenstellung im Bericht des britischen Oelgewinnungskonzerns hin, der die „großen Felder“ in Persien, Mesopotamien, Aegypten und Indien, außerdem noch die kleineren Felder in Canada und Ostindien umfaßt, und die zusammen ungefähr ein Viertel des Weltbedarfs decken. Er fügt hinzu:

„Nach dieser Zusammenrechnung besitzen England oder die britischnationalen Besitzungen der von England abhängigen Länder und Kolonien, in den mexikanischen Feldern, in den Feldern, die im Gebiet der Vereinigten Staaten liegen, in Rußland und China und überall nahezu die halbe Oelerzeugung der ganzen Welt.“ Er sagte, daß bei dem gegenwärtigen Stand der amerikanischen Produktion die Oelerzeugung Amerikas in

etwa 15 bis 30 Jahren vermutlich völlig eingehen würde. Der Grund hierfür ist der, daß England den Niedergang und die Verkleinerung der amerikanischen Oelerzeugung hervorgerufen und unterstützt, dabei das amerikanische Oel noch über die Kraft ausgenutzt hat, wobei es seine eigene Oelerzeugung schützte und schonte. Er erklärt ferner, daß die Vereinigten Staaten die Möglichkeit hätten, England durch die Verweigerung der Abgabe amerikanischen Oeles an England aufs höchste gegen sich in Harnisch zu bringen. England ist heute unfähig, die Steuern und Abgaben für seine amerikanischen Oelfelder zu zahlen, und war schon einmal dabei, die Oelerzeugung der ganzen Welt aufzubauen.

Herrn Mc Kellar wurde von Herrn Phelan, Demokrat aus Kalifornien, erwidert, welcher sagte: „Wir waren dabei, die Hunnen zu besiegen! Während der Dauer des Krieges waren wir allerdings auf die amerikanische Hilfe angewiesen, und wir sagten uns: „Rücken an die Wand!“, und wären imstande gewesen, uns Oelfelder in anderen Ländern einzurichten. Wir erhielten 4 Milliarden Dollar (1,1 Milliarden engl. Pfund Sterling — $25\frac{1}{4}$ Milliarde Mark) von Amerika und nutzten unser eigenes Geld zum Erwerb eines Weltmonopols auf dem Oelmarkt des gesamten Weltbedarfs aus.“

Ferner erörtert Herr Phelan die japanische Frage und erklärt, daß Japan Oel von der Britischen Kompagnie in Kalifornien zu 1.80 Dollar (etwa 10 sh. — 12 Mark) die Kanne kaufen konnte, während die Bevölkerung Kaliforniens 2.40 Dollar (13 sh. 4 d. — 16 Mark) zahlen mußte. Er sagte weiter, daß die Erwerbung der Oelgebiete in Kalifornien seitens britischer Interessentengruppen beendet wurde durch die Einmischung des „Hauptverbandes für Bodenschutz gegen Erwerbung durch Ausländer“.

Er sprach sehr mysteriös von „unterirdischen Quellen“, von denen er zufällig anlässlich einer britisch-japanischen Konferenz erfahren habe, und die die Japaner trotz des „Hauptverbandes für Bodenschutz gegen Erwerbung durch

Ausländer“ zu kaufen beabsichtigten, als Stützpunkt für die Versorgung ihres Landes.

Unter solchen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, daß eine der vornehmsten amerikanischen Zeitschriften „Metropolitain Magazine“ offen von der Möglichkeit eines englisch-amerikanischen Krieges spricht („The Times“ vom 5. II. 1921).

Die Engländer sind mit aller Kraft bemüht, die Erbitterung der Vereinigten Staaten in der Petroleumfrage zu mildern.)* Scheinbar ohne Erfolg.

Verschärft wird diese Stimmung durch die englisch-japanische Allianz. Die Folgen sind: Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Wir erwähnten bereits eingangs das Riesenflottenprogramm, welches die Vereinigten Staaten jetzt ununterbrochen ausführen, nachdem ihre vielleicht gar nicht ernst gemeinte Anregung, ein „Feierjahr“ in den Seerüstungen einzuschalten, von Japan abgelehnt wurde. Ende 1920 wurde die Befestigung des Panamakanals vom Senat beschlossen: die Festungswerke sollen die stärkste Artillerie der Welt erhalten („Frankfurter Zeitung“ vom 31. XII. 1920). Es wird ununterbrochen an der Vervollkommnung der Kriegswerkzeuge gearbeitet, es werden Gase und Flüssigkeiten, die absolut tödlich wirken, fabriziert. Die Vereinigten Staaten suchen Stützpunkte auf allen Meeren zu gewinnen und treiben imperialistische Weltpolitik im alten Sinne. Sie protestieren gegen die Ueberlassung der Insel Jap an die Japaner. Sie verhandeln mit Portugal um eine Flottenbasis auf den Azoren usw. Ihr Hauptaugenmerk richten sie aber auf jene Gebiete, welche noch am Beginn der kapitalistischen Entwicklung stehen und keine Kolonien irgendeiner europäischen Macht bilden, vor allem Südamerika und China. Diese Gebiete wollen sich die Vereinigten Staaten als Kolonialgebiete sichern und sich vom „kranken Europa“ wegwenden. Ja, nicht nur wegwenden, sondern sich mit noch höheren Zöllen, wenn nötig mit Einfuhrverboten

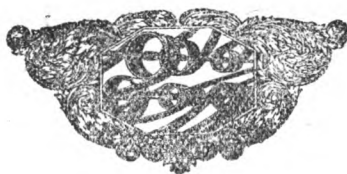
*) Siehe z. B. „The World's Oil resources and the U. S.“ von I. E. Barker in der November-Nr. der „Contemporary Review“ und andere englische Zeitschriften.

gegen die Einfuhr aus den Ländern mit niedriger Valuta sichern. Dies ist die ökonomische Grundlage des Sieges der republikanischen Partei bei den Wahlen, der Kern der Politik Hardings. Es ist die Politik des amerikanischen Großkapitals, welches heute ebenso auf eine imperialistische Politik angewiesen ist, wie es England und Deutschland vor dem Kriege waren.

Welches sind die Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft der Vereinigten Staaten?

Wir glauben, daß der Höhepunkt der Krise ungefähr erreicht ist. Es zeigen sich Anzeichen einer Besserung der Konjunktur. Sicherlich wird es dem amerikanischen Kapitalismus bei dem ungeheuren Reichtum des Landes gelingen, diese Krise zu überwinden. Aber trotz des Reichtums der Vereinigten Staaten, trotz der zielbewußt betriebenen imperialistischen Politik, welche in Südamerika und China einen Ersatz für die verlorenen europäischen Märkte sucht, ist eine Gesundung der amerikanischen Wirtschaft unmöglich, wenn der Zerfall des europäischen Kapitalismus wie bisher weiter fortschreitet. Es muß zu einem Zusammenstoß der drei Weltmächte: der Vereinigten Staaten, Englands und Japans kommen in dem Bestreben, die noch gesunden Teile der Weltwirtschaft zu beherrschen. Dieser zweite Weltkrieg wird dann einen ähnlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Länder nach sich ziehen, wie es gegenwärtig auf dem europäischen Festlande der Fall ist.

E. Varga.



„Der Ozean der menschlichen Not und geistigen Finsternis ist bodenlos. Unter jeder sich erhebenden Schicht zeigt sich eine neue, die eben im Begriff steht, sich zu erheben. Aber die Avantgarde darf nicht eine große Gefolgschaft abwarten, um in den Kampf einzutreten. Die Erweckungsarbeit, die Erhebung und die Erziehung ihrer rückständigen Schichten wird die Arbeiterklasse erst nach Eroberung der Macht durchführen können.“

**Aus: „MANIFEST DES II. KONGRESSSES
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE“.**

Die Wohnungsnot als Weltkrise.

In England ist bei einer kürzlichen Ermittlung durch die Ortsbehörden ein Mangel von rund 200 000 Arbeiterwohnungen festgestellt worden; das Ministerium für Volksgesundheit hält diese Zahl für übertrieben, aber auch die im offiziellen Bericht des Statistischen Amtes angegebene Zahl ist nicht viel kleiner, nämlich 140 000 Wohnungen.

In den Vereinigten Staaten wird die Zahl der fehlenden Wohnungen verschieden geschätzt, nämlich zwischen 1 und 3 Millionen. Besonders kritisch ist die Lage in New York, wo man die Zahl der fehlenden Wohnungen im Jahre 1920 auf mindestens 40 000 veranschlagte.

In Kanada fehlen nach den letzten Berechnungen 50 000 Wohnungen. Vom Februar 1919 bis zum Juli 1920 sind Häuser mit 16 000 Wohnungen gebaut worden.

In Neuseeland (sogar dort!) fehlen 5 700 Wohnungen.

In der Schweiz schätzte man im Juli 1920 die Zahl der fehlenden Wohnungen auf 30 bis 35 000. Die zum Bau einer entsprechenden Häuserzahl erforderliche Summe wurde auf 700 bis 800 Millionen Franken geschätzt.

In Norwegen ist die Wohnungskrise sehr akut; in Christiania (260 000 Einwohner) allein fehlt es an Wohnungen für 8000 Familien. Für die nächsten 5 bis 6 Jahre sind 20 000 neue Wohnungen erforderlich. (Die Zahlen sind der letzten Nummer der offiziellen englischen Zeitschrift „Housing“ entnommen.)

In Deutschland fehlen laut Angaben des Ministeriums für Volkswohlfahrt eine Million Wohnungen. Vor dem Kriege waren alljährlich 200 000 neue Wohnungen erforderlich. Im Laufe der letzten fünf Jahre sind überhaupt keine Bauten ausgeführt worden. Im zweiten Viertel 1920 fehlten in den Städten mit 100 000 Einwohnern 27 Prozent der Wohnräume, in den Städten mit 50 000 Einwohnern 12 Prozent und in der Rheinprovinz in den Städten mit 10 000 Einwohnern 30 Prozent der Wohnungen. Bei einer Anforderung von 85 647 Wohnungen sind nur 16 449 befriedigt worden, d. h. weniger als 20 Prozent („Leipziger Volkszeitung“ vom 20. III. 1921).

In Oesterreich hat die von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nach Wien entsandte Kommission festgestellt, daß „die Arbeiter sich in der entsetzlichsten Not befinden. Es mangelt außerordentlich an Kleidung und Wohnräumen“. (Wiener „Rote Fahne“ vom 12. III. 1921).

In Belgien, in Brüssel, war bei der Demonstration am 20. März, an der 50 000 Arbeiter teilnahmen, unter anderen Forderungen auf den Plakaten die folgende zu lesen: gesunde Wohnungen für die Arbeiter der zerstörten Provinzen. („Le Peuple“ vom 21. III. 1921).

In Prag sind laut „Krasnoje Pravo“ 40 000 Menschen wohnungslos. Sie nächtigen auf den Boulevards, in Hotelkorridors, in den Kellern und in den öffentlichen Kiosken auf den Boulevards. Jetzt haben sie einen „Bund der Wohnungslosen“ geschaffen, der eine „Zeitung der Wohnungslosen“ herausgibt. Dieser Tage entsandten sie eine Deputation ins Parlament mit der Forderung, daß ein Gesetz gegen die Spekulation der Hausbesitzer erlassen werde und daß alle Beamten der Wohnungskommissionen ihrer Posten enthoben werden („Bull. der Kommunistischen Internationale“ vom 23. II. 1921).

Was Frankreich anbetrifft, so muß man annehmen, daß die Zahlen noch eindrucksvoller sind: der Krieg hat hier eine ganze Reihe von nördlichen Departements dem Erdboden gleichgemacht; es ist buchstäblich kein Stein auf dem anderen geblieben. Es sind dort 304 191 Gebäude demoliert und 290 000 niedergebrannt worden, was einem Schaden von insgesamt 25 Milliarden Franks in Gold entspricht.

Wir haben für die anderen Länder keine Zahlenangaben zur Hand; die angeführten dürften übrigens genügen. Die Wohnungskrise erstreckt sich auf die ganze Welt; die während des Krieges neutral gebliebenen Staaten leiden unter ihr nicht weniger als die anderen.

Auf den ersten Blick scheint diese Krise unbegreiflich: hat doch der Krieg Millionen von Menschenleben dahingerafft. Die wirkliche Zahl der im Weltkrieg umgekommenen Menschen wird geflissentlich verschwiegen; allem Anschein nach wird sie niemals bekannt werden. Die „Kopenhagener Gesellschaft zum Studium der sozialen Kriegsfolgen“ gibt folgende statistische Angaben: Europa hat vom Beginn des Krieges bis Mitte 1919 insgesamt 35 Millionen Menschen verloren; auf den Geburtenrückgang entfallen 20 Millionen, die übrigen 15 Millionen sind unmittelbare Opfer des Krieges und der erhöhten Sterblichkeit. Wie konnte also der Raum für die Ueberlebenden zu eng werden? Aber man darf nicht vergessen, daß in-

zwischen ein neues Geschlecht herangewachsen ist, und daß, laut einem altbewährten statistischen Gesetz, nach dem Kriege die Zahl der Eheschließungen steigt. Die Hauptsache aber ist, daß seit Kriegsbeginn der Bau neuer Häuser auf der ganzen Welt eingeschränkt und später zum Teil ganz eingestellt wurde. In den kriegführenden Ländern lag der Grund dafür vor allem in der Einberufung der Bauarbeiter zum Militärdienst, bzw. in ihrer Absorbierung durch die Kriegsindustrie. In derselben Richtung wirkte späterhin die Teuerung des Baumaterials und der Arbeitskräfte. Außerdem hat der Zustrom der Bevölkerung in die Haupt- und Handelsstädte (Flüchtlinge!) von Anbeginn des Krieges an die Wohnungsmieten in die Höhe getrieben, so daß zur Verhinderung einer weiteren katastrophalen Spekulation der Hausbesitzer sogar ultrakapitalistische Regierungen zu einem radikalen Mittel greifen mußten: sie verboten die Delogierung der Wohnungsinhaber und die Erhöhung der Wohnungsmieten über das Vorkriegsmaß. Diese Maßnahmen machten den Häuserbau jedoch zu einem verlustreichen Unternehmen, denn die Baukosten waren auf das zehn- bis fünfzehnfache gestiegen. Aber wenn auch die Erhebung zehnfacher Wohnungsmieten gestattet wäre, so würde der Kapitalist heute doch keine neuen Bauten unternehmen: er ist ja nicht sicher, daß in mehr oder weniger naher Zukunft die Preise für Baumaterial fallen und seine zu hohen Preisen erbauten Häuser mit den neuen und billigen nicht konkurrieren können werden.**)

Wir sehen somit, daß die Wohnungskrise, die die ganze Welt erfaßt hat, ein echtes Kind des Kapitalismus, Fleisch von seinem Fleisch, Bein von seinem Bein ist. Dabei ist folgendes charakteristisch: da, wo der Kapitalismus — unter dem Druck der Kriegszeit — sich zu einer für ihn so radikalen Maßregel entschließt, wie die Festsetzung von Höchstmieten, verschärft er die Wohnungsnot, statt sie zu lindern. Die Kraft, die, wenn sie auch das Gute will, doch stets das Böse schaffen muß, kann man von ihm in Umkehrung der bekannten Worte des Mephistopheles (die Kraft,

*) Von den 12 000 Ziegeleien Deutschlands der Vorkriegszeit arbeiten jetzt nur 1800.

***) Schon Engels („Wohnungsfrage“ S. 17) konstatiert sogar für jene ruhige Zeit, daß die Bauindustrie, für die die teuren Wohnungen ein bequemes Spekulationsfeld darstellen, sich nur in Ausnahmefällen mit dem Bau von Arbeiterwohnungen abgeben werde. Gegenwärtig bewahrheiten sich diese Worte glänzend: die Privatinitiative baut nur besonders teure Palasthäuser.

die stets das Böse will und stets das Gute schafft) sagen. Auf der in den letzten Zügen liegenden alten Ordnung lastet ein Fluch...

Da man von der privatkapitalistischen Initiative keinen Neubau von Häusern erwarten kann, so müssen der Staat und die Städte (die Kommunen) eingreifen. In England lastet die Bautätigkeit fast völlig auf der Stadt; der Staat seinerseits unterstützt die Städte sowie die sogenannten „Baugesellschaften“ *) durch bedeutende Hilfgelder. Nichtsdestoweniger sind die erzielten Ergebnisse äußerst unbedeutend. In Deutschland hat die Reichsregierung zu diesem Zweck für das Jahr 1921 anderthalb Milliarden Mark ausgeworfen, die preußische 400 Millionen usw.; seit dem Kriege haben die Reichsregierung und die Städte für diese Zwecke 4 Milliarden ausgegeben; aber das erzielte Ergebnis steht in keinem Verhältnis zu dieser Summe. In Australien sieht ein besonderes Gesetz Subsidien für den Bau kleiner (Arbeiter-) Häuser vor. **) In Britisch Columbien werden kostenlos Grundstücke zum Bau von Häusern für die Demobilisierten angewiesen. In Italien unterstützt der Staat den Häuserbau der Städte und Genossenschaften. In der Schweiz hilft der Staat durch Subsidien und Hypothekenanleihen. In Holland sind in der ersten Hälfte 1920 bei einer staatlichen Beihilfe von 70 Millionen Gulden 14 500 Wohnungen gebaut worden; in letzter Zeit sind dort ebenso wie in Deutschland Versuche mit sog. „sozialisierten“ Baugesellschaften im Gange, die ohne Unternehmergewinn und unter Heranziehung der Arbeiter zur unmittelbaren Teilnahme am Unternehmen arbeiten. Man hofft, auf diese Weise die Kosten der Neubauten zu verringern. In Amerika haben die Staaten dem

*) Engels zitiert die Meinung eines bürgerlichen Oekonomen, daß man die englischen Building Societies vielmehr als Verbände zur Erwerbung von Häusern bezeichnen sollte. In England gebe es über 2000 solcher Verbände und auf diesem Wege hätten sich schon über 100 000 Arbeiterfamilien einen eigenen Herd erworben. Eine volle Lösung dieser Frage sei aber dadurch noch nicht erreicht. Diese Form der genossenschaftlichen Selbsthilfe werde in naher Zukunft schwerlich die Hauptrolle bei der Lösung der Wohnungsfrage spielen können. Zu diesen Ausführungen des bürgerlichen Oekonomen bemerkt Engels, daß diese Gesellschaften keineswegs Arbeitergesellschaften seien und daß ihr Hauptziel durchaus nicht darin bestehe, den Arbeitern Wohnstätten zu schaffen. Vielmehr zeigten sowohl die kleinen Building Societies als auch ihre großen Nachahmer einen ausgesprochen spekulativen Charakter. (S. 58.)

**) Die Bauindustrie in Australien hat besonders durch den Matrosenstreik gelitten. Dieser zwang das Kohlenamt, alle Ziegelbrennereien für drei Monate stillzulegen.

Häuserbau keinerlei Unterstützung gewährt, die einzelnen Städte aber haben dafür bedeutende Summen angewiesen. In Norwegen und Schweden hilft der Staat durch Subsidien und Anleihen den Städten, Genossenschaften und Einzelpersonen, letzteren besonders dann, wenn das Haus nur als Einfamilienhaus für den Eigengebrauch gebaut wird.

Diese Aufzählung ist eine beredte Illustration für das Kopfzerbrechen, das die Wohnungskrise der alten „bürgerlichen“ Welt verursacht. Die Bourgeoisie tappt hin und her, von einer halben Maßregel zur anderen, sie ist aber selbstverständlich nicht imstande, dem Uebel durch so ausgesprochene *Palliative*, wie es die Unterstützung des privaten und städtischen Hausbaus ist, abzuhelfen. Unterstützungsgelder werden, wie wir gesehen haben, bereits seit Jahren gezahlt (auf diesem Gebiet betätigte sich übrigens schon Louis Bonaparte zur Zeit seiner sozialistischen Experimente*). Die Wohnungskrise wächst trotzdem unaufhörlich weiter, verschärft sich immer mehr und nimmt gegenwärtig eine geradezu katastrophale, bedrohliche Ausdehnung an. Genauso wie die allgemeine Teuerung trifft sie hauptsächlich das Proletariat. Die Leute der besitzenden Klassen, soweit auch sie in die unangenehme Lage von Wohnungsuchenden geraten, erreichen so oder anders durch Geld, was sie brauchen. Die Wohnungsfrage erweist sich somit als reine Arbeiterfrage. Sogar die offizielle Statistik (z. B. die oben angeführte englische) gebraucht bei Anführung der Zahl der fehlenden Wohnungen den Ausdruck Arbeiterwohnungen. Die Wohnungskrise gehört zur selben Kategorie von Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit; beide müssen in dieselbe Reihe gestellt werden: die eine wie die andere sind Vorboten des endgültigen Zusammenbruches der bürgerlichen Gesellschaft. Und nicht umsonst zappelt die Bourgeoisie wie ein Fisch im Netz, im heißen Bemühen, den unzulänglich gewordenen Rock ihrer endgültig zerschlissenen Wirtschaft noch irgendwie zu flicken. Nein, durch Hilfsgelder

*) Die staatliche Unterstützung für den Bau von Arbeiterhäusern ist eine alte Idee. Schon Engels schrieb, das Mühlhausener Arbeiterstädtchen sei für die kontinentale Bourgeoisie ein Gegenstand des Stolzes gewesen . . . Engels fügt hinzu, dies sei einer der sozialistischen Versuche Louis Bonapartes gewesen, wobei ein staatlicher Vorschuß in Höhe von einem Drittel des Kapitals gewährt wurde. In 14 Jahren (bis 1867) wurden 800 kleine Häuschen nach einem schlechten System errichtet . . . und diese Häuschen wurden nach Zahlung einer erhöhten Monatsmiete im Laufe von 13 bis 15 Jahren Eigentum der Arbeiter (a. a. O. S. 55). Diese kapitalistischen Unterstützungen nehmen mit einer Hand das wieder fort, was sie mit der anderen geben . . .

für den Hausbau kann sie die in der ganzen Welt heranreifende soziale Revolution nicht aufhalten. Das Meer läßt sich nicht mit einem Siebe ausschöpfen, — wie ein russisches Sprichwort lautet.

Die Wohnungsnot ist einerseits die Folge der Weltkrise, anderseits aber wird die Folge zur Ursache, die Wohnungskrise trägt ihren Teil bei zur Steigerung der allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Wiederherstellung der Produktion des Bergbaues in Deutschland auf das Friedensniveau findet vor allem ein Hindernis in dem Mangel von Wohnungen für die Arbeiter. Dasselbe ist der Fall mit der Wiederherstellung des Bergbaues im Donezgebiet in Rußland. Solcher Beispiele gibt es viele. Engels sagt: „Die Wohnungsfrage ist erst dann zu lösen, wenn die Gesellschaft weit genug umgewälzt ist, um die Aufhebung des von der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spitze getriebenen Gegensatzes von Stadt und Land in Angriff zu nehmen. Die kapitalistische Gesellschaft, weit entfernt, diesen Gegensatz aufheben zu können, muß ihn im Gegenteil täglich mehr verschärfen. Dagegen haben schon die ersten modernen utopistischen Sozialisten, Owen und Fourier, dieses richtig erkannt. In ihren Mustergebäuden existiert der Gegensatz von Stadt und Land nicht mehr. Es ist also das Gegenteil von dem, was Herr Max behauptet: nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht. Die Wohnungsfrage lösen wollen und die modernen großen Städte fort erhalten wollen, ist ein Hindernis. Die modernen großen Städte werden aber erst durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt und wenn diese erst in Gang gebracht, wird es sich um ganz andere Dinge handeln, als jedem Arbeiter ein ihm zu eigen gehörendes Häuschen zu verschaffen“. (Engels, S. 36.)

In den zahllosen Plänen und Debatten darüber, wie man die Wohnungskrise bekämpfen soll, entwickelt die alte kapitalistische Welt dieselbe „soziale Quacksalberei“, von der schon Engels geschrieben hat. So schlagen z. B. einige eine „Sozialisierung“ der Grundrente (in den Städten) und des Realkredits vor. Andere planen genossenschaftliche Hausverwaltungen, wobei alle Wohnungsinhaber des betreffenden Viertels aus ihrer Mitte eine genossenschaftliche Administration wählen; die Regierung von Baden neigte bereits diesem (in Rußland verwirklichten) Plane zu, aber schließlich er-

*) Das ganze Territorium Londons gehört einem halben Dutzend Lords mit äußerst sonoren historischen Namen. Hunderttausende von Häusern Londons stehen auf fremdem Boden.

schrak sie vor „so gewagten Experimenten mit zufällig zusammengewürfeltem Publikum“. Noch andere endlich hoffen, die stillstehende Bauindustrie dadurch zu beleben, daß eine Steigerung der Wohnungsmieten gestattet wird. Aber hier entsteht folgende Schwierigkeit: wenn man — angenommen, in Deutschland — diese Steigerung für die eine Million neuer Einwohner gestattet, so wird dies sofort auf die 15 Millionen alter Einwohner zurückwirken; letztere werden, soweit sie (in den Dörfern) nicht selbst Hausbesitzer sind, ebenfalls erhöhte Wohnungsmieten zahlen müssen, das aber „wäre in Deutschland gleichbedeutend mit einer Belastung der Bevölkerung mit hunderten von Milliarden, im Vergleich zu denen die wucherischen Forderungen der Entente als eine wahre Kleinigkeit erscheinen werden“. (Die Wohnungsmiete machte ja auch in der Vorkriegszeit schon ein Drittel des Budgets einer Arbeiterfamilie aus). Wir sehen, die Schwierigkeit ist unüberwindlich. Es haben sich übrigens auch solche Quacksalber gefunden, die es für möglich halten, die Wohnungsmieten nicht entsprechend der allgemeinen Geldentwertung zu steigern, sondern nur um 200 Prozent, d. h. entsprechend der Verschuldung des Nationalvermögens (es handelt sich um Deutschland); sie gehen von der Voraussetzung aus, daß die Teuerung, soweit sie nicht temporär ist, sich in Zukunft eben in diesem Verhältnis festlegen wird. Es gibt noch eine andere Version, die vorschlägt, den sich aus der Erhöhung der Wohnungsmieten ergebenden Ueberschuß nicht den Hausbesitzern zu überlassen, sondern an einen Spezialfonds zur Belebung der Bauindustrie abzuführen. Das alles ist natürlich vollkommen aussichtslos . . . Es muß auch folgendes in Betracht gezogen werden: Wenn die Wohnungssteuerung erst einmal eingetreten ist, wird sie in Zukunft nur durch eine Ueberproduktion von Häusern beseitigt werden können, d. h. durch leerstehende Wohnungen. Letztere sind aber gleichbedeutend mit dem Verlust eines Teils des Nationalvermögens. Wie man den Spieß drehen mag, es hilft alles nichts.

Wie einfach ist dagegen die Frage der Wohnungsmiete in Rußland gelöst worden! Ueberhaupt keine Mieten — und basta! Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, und man braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen.

Die alte kapitalistische Ordnung ist in der Wohnungsfrage in eine Sackgasse geraten, aus der es kein Entrinnen gibt. Im Grunde genommen ist sie schon dicht an die Frage der Enteignung der Hausbesitzer herangetreten — eine Maßregel, vor der sie natürlich mit Schrecken und Zittern zurückweicht. Tatsächlich sind die Hausbesitzer bereits enteignet, denn welchen Nutzen haben sie noch von ihren Häusern, wenn die Wohnungsmiete durch

das Gesetz (das sogenannte Mieterschutzgesetz) fast aufgehoben ist; das Eigentumsrecht ist in einer für sie sehr fühlbaren Weise untergraben. Hier führt die Krise ebenfalls zur Revolution . . . Die Wohnungsnot ist nicht im mindesten behoben, die Gesetzgebung ist auf einem toten Punkt angelangt und findet keinen Ausweg aus dem Labyrinth der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.

Und wie rasch und leicht ist dieser gordische Knoten in Rußland zerhauen worden: Rationierung der Wohnungen, Hauskomitees, Uebersiedelung der Arbeiter aus der Peripherie ins Zentrum. Des Rätsels Lösung war ganz einfach.

Engels sagt (a. a. O. S. 49), jede soziale Revolution müsse vor allem die Dinge so nehmen, wie sie sie vorfindet, und den schreiendsten Mißständen sofort abhelfen. Man könnte die Wohnungsnot zum Teil durch Enteignung der Luxuswohnungen der herrschenden Klasse und durch zwangsweise Abtretung der leerstehenden Wohnungen beheben. Die Praxis des heutigen Rußlands ist somit schon von dem Vater des Sozialismus vorausgesagt worden.

Die alte Welt wird die Rationierung der Wohnungen auf keinen Fall zulassen. Das ist für sie beinahe der ärgste Schreckpopanz des Kommunismus. Die Rationierung rührt an die empfindlichste Saite ihres spießbürgerlichen Wohlbehagens, das seinen Ausdruck im englischen Sprichwort gefunden hat: *my home is my castle* (mein Haus ist mein Schloß). Und dabei wird die Rationierung auch in kapitalistischen Ländern angewandt, sogar in weitgehendstem Maße: denn wo bleiben schließlich all die Zehntausende und Hunderttausende von Familien, die laut den erwähnten offiziellen Angaben wohnungslos sind? Wo finden sie ein wenn auch nur zeitweiliges Unterkommen? Wenn man von den Fällen absieht, wo obdachlose Arbeitslose gewaltsam öffentliche Gebäude besetzen (solche Fälle haben sich kürzlich in London ereignet, bleiben aber vorläufig vereinzelt), so ist es klar, daß diese Millionen Menschen sich in den schon ohnehin überfüllten Wohnungen der ärmsten Arbeiterbevölkerung einrichten und so die unsanitären und antikulturellen Verhältnisse der letzteren nur noch erhöhen. Eine derartige „Rationierung“ erscheint der Bourgeoisie als ganz natürliche Sache. Als aber die Regierung Bela Kuns — es war dies einer ihrer ersten Schritte — die herrlichen Paläste der Budapester Bourgeoisie für die Kinder des Proletariats in Anspruch nahm, entsetzten sich die „Spitzen der Gesellschaft“ vor einer solchen Entweihung der „Heiligkeit des häuslichen Herds“.

Nur die soziale Revolution ist imstande, die Wohnungsnot als Weltkrise zu lösen.

Zum Schluß sei noch auf eine historische Parallele hingewiesen. Nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870—71 brach in Deutschland, obgleich es eine für die damalige Zeit gewaltige Kontribution erhalten hatte und obgleich das Land von französischem Golde buchstäblich überschwemmt war, eine akute Wohnungsfrage aus. Die Preissteigerung der Neubauten führte zu einer Verteuerung aller Häuser und zur Steigerung der Wohnungsmieten überhaupt; es kam zu einem wahnsinnigen Hausspiel, die Börsenspekulation erfaßte das Land, und die Personen, die Häuser um den dreifachen Preis gekauft hatten, gerieten in große Schulden und waren bald genötigt, den Kredit in Anspruch zu nehmen. Es kam zu einem Sturm auf den Hypothekenmarkt. Infolgedessen konnte man in dem mit Geld übersättigten Lande keinen Baukredit mehr erhalten, und die Bautätigkeit ruhte fast vollständig. Dies erhöhte wiederum die Teuerung und gab der Börse, der Spekulation und dem Gründertum einen neuen Ansporn. Dann begann das Spiel wieder von vorne, — derselbe *circulus vitiosus*, derselbe verzauberte Kreis der Dialektik des Kapitalismus. Das Ende war bekanntlich der Krach von 1873, die bedeutendste wirtschaftliche Katastrophe des Kapitalismus bis auf unsere Zeit. Und wenn dieser Weltkrach eine Warnung war, so schlägt jetzt die Schicksalsstunde, es verwirklicht sich das Menetekel der zum Untergang verurteilten alten Welt.“)

F. Kapeluscb.



*) Im Vorwort zu seiner „Wohnungsfrage“ schrieb Fr. Engels: „die Zeit, wo ein altes Kulturland den Uebergang von der Manufaktur und Kleinindustrie zur Großindustrie vollzieht, ist zugleich eine Zeit der Wohnungsnot“. Ist die Wohnungsfrage nicht immer eine Begleiterscheinung und ein Symptom großer geschichtlicher Umwälzungen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft?

Zwei Probleme.

I

Unsere Strategie.

Die Hauptziele unserer internationalen politischen Strategie sind erstens: die Konsolidierungstendenzen der kapitalistischen Welt zu vereiteln und die Desorganisationstendenzen in ihr weiterzutreiben; zweitens: die Kräfte der proletarischen Revolution zu organisieren und zum Siege zu führen.

Die Konsolidierungstendenzen der kapitalistischen Welt sind meiner Ansicht nach von zweifacher Art. Gewöhnlich sieht man nur die Restaurationstendenzen. Es existieren aber auch außerdem die Tendenzen der Weiterentwicklung der kapitalistischen Welt. Diese beiden Tendenzen sind durchaus nicht identisch, nicht einmal konvergierend. Die ersteren sind reaktionäre Reorganisationstendenzen, die letzteren aber sind kapitalistisch-fortschrittlich.

Gibt es überhaupt kapitalistisch-fortschrittliche Tendenzen in Wirklichkeit?

Gewiß gibt es solche, und nicht nur Tendenzen, sondern auch bedeutungsvolle Resultate dieser Tendenzen. Ein solches war vor allem das unmittelbare Ergebnis des kapitalistischen Weltkriegs. Ich meine nicht den Inhalt des Versailler Friedens, sondern die Tatsache des Sieges der Entente, d. h. die anglosächsische Hegemonie in dem kapitalistischen Weltsystem. An Stelle des früheren Gleichgewichtsystems der imperialistischen Großmächte trat die Hegemonie Englands und der Vereinigten Staaten. Freilich eine vorläufige und unsichere Hegemonie mit offenen drohenden Rissen und schlecht bedeckten Widersprüchen, mit der allzu großen Selbständigkeit der stärksten Vasallen, Frankreichs und Japans, mit der drohenden Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Vormächten und mit der großen proletarischen Revolution in Rußland. Es ist also eine sehr unvollkommene Hegemonie, jedenfalls aber ein gewaltiger Schritt aus dem alten Zustand der politischen „freien Kön-

kurrenz“ der Großmächte zum neuen Ziel hin: zum einheitlich beherrschten *im per i um m u n d i*.

Die internationale Zentralisation der politischen Macht bedeutet gleichzeitig eine internationale Zentralisation der ökonomischen Macht. Der Weltbereich der englischen Flotte und Armee drückt unmittelbar den Geltungsbereich des englischen Kapitals aus. Neben dieser internationalen Zentralisation der politisch-ökonomischen Kapitalsmacht ist aber eine gleiche gewaltige Zentralisation innerhalb des Rahmens der einzelnen Staaten vor sich gegangen. Einerseits die Zentralisation der politischen Klassenherrschaft, die sich unmittelbar auch als konzentrierte ökonomische Herrschaft ausdrückt. Das heißt: die oberste Bürokratie, die Regierungsgewalt, ist auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens im höchsten Maße ein souverän-gebietender Herrscher geworden. Andererseits die Zentralisation der ökonomischen Klassenherrschaft, welche sich unmittelbar auch als konzentrierte politische Herrschaft ausdrückt. Das heißt: eine gewaltige Beschleunigung der kapitalistischen Monopolisierung, die sich zugleich als unmittelbarer entscheidender Einfluß der herrschenden Gruppen des Finanzkapitals auf die Regierungsgewalt und die oberste Bürokratie.

Diese Zentralisation, neben der weltkapitalistischen, kann man eine staatskapitalistische Zentralisation nennen. Eine dritte Tendenz zeigt sich in der merkbaren Veränderung der Zusammensetzung der herrschenden Bürokratie in der kapitalistischen Welt: die Eingliederung der gelben Gewerkschafts- und Parteibürokratie der alten Arbeiterbewegung unmittelbar in die Maschinerie der herrschenden kapitalistischen Bürokratie. Die oberen Bürokratenschichten der zur 2. Internationale und zum Amsterdamer Gewerkschaftsbund gehörenden Arbeiterorganisationen sind in allen kapitalistischen Ländern jetzt de facto, teilweise auch schon de jure zu Beamten der kapitalistischen Klassenherrschaft geworden. Es ist das neue Rückgrat im Organismus der Staats- und Betriebsbürokratie des heiligen Mammons.

Diese Tendenzen der Weiterentwicklung der kapitalistischen Klassenherrschaft schreiten schon weit über die Grenzen der äußersten Tendenzen hinab, die sich während der finanzkapitalistischen Periode vor dem Kriege zeigten. Das imperialistische Streben nach Weltverteilung, nach Weltkonkurrenz und nach Weltrüstung ist schon in das tatsächliche Streben nach zentralisierter Alleinherrschaft über die ganze Welt umgeschlagen. Das Streben des Finanzkapitals nach Monopolisierung auf den einzelnen Produktionsgebieten richtet sich schon gegen die Selbständigkeit jedes Gebiets wie jedes Betriebs, gegen jede freie Konkurrenz und gegen das kapitalistische

Privateigentum überhaupt, zugunsten einer zentralisierten Alleinherrschaft, eines einzigen Monopols. Und endlich ist die beiderseitige Konkurrenz der Kapitalbürokraten und der Arbeiterbürokraten in das gemeinschaftliche Streben nach einem „mammonistischen“ Ehebündnis verwandelt.

Diese „mammonistischen“ — ich habe kein besseres Wort zur Hand — Tendenzen äußern sich freilich sehr schwach und unentschieden bei jedem Konflikt mit den konservativen Restaurations-tendenzen des Kapitals. Das Resultat wird somit jedesmal das elendste Mißgeschöpf. Aus dem Siege im Kriege entspringt die allernäivste Beuteaufteilung unter den Räubern in Versailles. Das Streben nach einem Weltimperium des Kapitals läuft in die Mißgeburt des „Völkerbundes“ hinaus. Der Kampf der Staatsmacht gegen die freie Konkurrenz begnügt sich hauptsächlich mit einigen schwankenden Regulierungen der Preise oder des Imports und Exports auf solchen Gebieten, wo diese nicht mehr zu vermeiden sind. Das Streben nach Nationalisierung der kapitalistischen Unternehmen hat im besten Falle zu einigen halben Maßnahmen geführt in der Form des kapitalistischen Betriebsrätesystems wie in Deutschland, in England aber bisher nicht weiter als zu den schüchternen Versuchen der Liberalen, zuerst ihr Programm zu reformieren. Die bescheidensten Reformvorschläge des bürgerlichen Fortschritts, der „Sozialisierung“ und der „industriellen Demokratie“, haben in der Regel noch viel bescheidenere Aussichten, je verwirklicht zu werden. Gegen das kapitalistische Privateigentum überhaupt wagen nicht einmal die verwegenen Apostel des mammonistischen Fortschritts, die Helden der 2. Internationale, sich im Ernst öffentlich auszusprechen. Endlich, die formelle Anstellung aller dieser Helden in den offenen Sold des kapitalistischen Staats schreitet nur langsam vorwärts. Sogar die englischen Labouristen werden noch immer in ihrer Erwartung der „Labour-Regierung“ von der Mehrheit der Bourgeoisie als gefährliche „Sozialisten“ boykottiert.

Die Weiterentwicklungstendenzen des Kapitalismus sind also allzu kraftlos, um sich in dem jetzigen Chaos der kapitalistischen Welt siegreich durchzusetzen. Sie sind vielleicht geschichtlich vorausbestimmt gewesen — diese Annahme liegt nahe — eine neue, eine letzte Epoche des Kapitalismus zu vertreten und anzubahnen. Die frühere Epoche aber, die des Finanzkapitals und des Imperialismus, hatte die Lebensbedingungen der letzten Epoche des Kapitals nicht genügend entwickelt. Die große Krise — in der Form des kapitalistischen Weltkriegs — kam ihnen zu früh und mit allzu gewaltsamer Wucht.

Die Krise war unvermeidlich geworden, als die Steigerung der Lebensmittelpreise in Europa unvermeidlich wurde und sich in die Steigerung der Produktionskosten umsetzte (1900—1914), und als durch die Uebersättigung des Weltmarktes in allen miteinander konkurrierenden Hauptländern eine große Herabsetzung der Profitrate unvermeidlich wurde. Das relative Gleichgewichtssystem der imperialistischen Großmächte war nur so lange möglich, als man in Zentral- und Westeuropa billiges Brot durch den amerikanischen und russischen Export bekam und solange man eine gesteigerte Masse von Kapital und Produktionsmitteln aus Europa — ohne Verminderung des Profits — exportieren konnte. Die grundlegende Lebensbedingung des vollentwickelten Kapitalismus war die internationale Arbeitsteilung zwischen den agrarischen und industriellen Ländern. Auf den beschleunigten Industrialisierungsprozeß in Rußland, auf die Gefahr des Versiegens der Weizenausfuhr aus den Vereinigten Staaten, auf die Schwierigkeiten in der Ausdehnung des Exports von Produktionsmitteln nach verschiedenen Kolonialländern, reagierte das System des Finanzkapitals äußerst empfindlich: durch die Kriegserklärungen der Großmächte.

Für eine weitere Lebensperiode der bürgerlichen Klassenherrschaft, für die Epoche eines einzigen Welttrusts, gab es noch keine lebenskräftige Wurzel. Die ökonomische und politische Zentralisation war weder im internationalen noch nationalen Maßstab weit genug fortgeschritten, um die Geburt eines ökonomisch-politischen Weltmonopols möglich zu machen.

Freilich war das Fortbestehen des Kapitalismus auf den früheren Grundlagen unmöglich geworden. Das unvermeidliche Sinken der Profitrate war auf den wichtigsten Produktionsgebieten bis zu der Grenze gekommen, wo nur der Untergang der kapitalistischen Produktion bevorsteht. Denn die kapitalistische Verteilung des Profits — die Verteilung nach der Größe des angelegten Kapitals — war unmöglich geworden. Diese Verteilung hatte auf den Gebieten, wo die organische Zusammenfassung des Kapitals hoch entwickelt war (besonders auf den Gebieten der schweren Industrie), höhere Produktionspreise gesichert als sie dem Wert der Waren entsprachen, und dies auf Kosten jener Produktionszweige, wo die Konzentration des Kapitals weniger hoch entwickelt war (besonders der agrarischen Produktionszweige). Diese Proportion aufrecht zu erhalten war nicht mehr möglich. Wichtige agrarische Produktionszweige wurden durch die Industrialisierung der Welt in den Stand gesetzt, sich einen größeren Anteil des kapitalistischen Profits anzueignen, als ihnen nach dem Grundgesetz des Kapitals zukommt. Die kapitalistische Rentabilität war auf den technisch meistentwickelten Ge-

bieten unmöglich geworden. Keine technische Weiterentwicklung, nur der Niedergang war von nun an innerhalb der kapitalistischen Hülle der gesellschaftlichen Produktivkräfte möglich. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums hatte geschlagen.

Die Weiterentwicklung der Produktion forderte das Aufheben des kapitalistischen Grundgesetzes durch das Aufheben des Privateigentums. Dies bedeutet an sich noch nicht das unmittelbare Aufheben aller Klassenherrschaft. Im Gegenteil, nicht nur die proletarische, sondern auch die bürgerliche Klassenherrschaft könnte wohl eine Zeitlang unter einem Eigentums- und Produktionssystem der Nationalisierung und der „Internationalisierung“ fortbestehen, im Rahmen eines Welttrasts, der im Stande wäre, die Verteilung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nach den Bedürfnissen des technischen Fortschritts weiterzuführen, unabhängig von reaktionär gewordenen Tendenzen des kapitalistischen Profitgesetzes.

Dieser einzige Ausweg zur Rettung der kapitalistischen Klassenherrschaft existierte aber nur in abstracto, solange dieser Ausweg nicht durch die frühere Entwicklung geschichtlich angebahnt war. Das war bei weitem nicht der Fall zur Zeit des Kriegsausbruchs. Die kapitalistische Hülle der Produktivkräfte wurde von den Kanonen der Großmächte gewaltig bombardiert, in ihrem Schoße aber zeigte sich kein lebenskräftiger Embryo des Welttrasts, sondern der junge Gott der proletarischen Diktatur. Nicht einmal die Arbeiterbürokraten der 2. Internationale, welche aller Wahrscheinlichkeit nach geschichtlich prädestiniert waren, als Bischöfe des neuen römischen Weltreichs aufzutreten, waren auf diese überraschende Schnelligkeit ihrer Beförderung im Dienste vorbereitet.

Deshalb sind jetzt in der Uebergangszeit — unter den Todeskrämpfen des Kapitals — die Lebenszeichen eines neuen, letzten Erbes der bürgerlichen Klassenherrschaft so äußerst schwach. Er ist eine Frühgeburt, noch dazu in den engen Schützengräben der französischen Fronten verkrüppelt. Die Durchkreuzung seiner Lebenstendenzen von den entgegengesetzten Restaurationskrämpfen der alten Kapitalherrschaft wirkt folglich nur als eine Steigerung des Chaos, als eine Beschleunigung des Todesprozesses auf dem Sterbelager des Kapitals. Oder nüchtern ausgedrückt: sie wirkt jetzt als eine beständige Quelle zur Desorganisation der kapitalistischen Ordnung.

Diese Quelle sollen wir in unserer internationalen Strategie zur Beschleunigung der kapitalistischen Desorganisation auszunützen verstehen. Wir sollen es verstehen, die bürgerlichen Tendenzen der Weiterentwicklung und die der Restauration gegeneinander auszu-

spielen, d. h. die Kapitalisten und ihre Helfershelfer mit Hilfe anderer Kapitalisten durchzuprügeln.

In jedem Lande sind die daraus entspringenden strategischen Aufgaben verschieden, je nach dem geschichtlich erreichten Niveau und den geschichtlich bestimmten Formen der genannten Tendenzen und je nach ihrem Verhältnis zu den gleichen Tendenzen in den Metropolen der angelsächsischen Welthegeemonie. Die Tendenzen von derselben Kategorie haben somit eine durchaus verschiedene Bedeutung in Paris oder Berlin, in London oder Tokio. Diese politisch-ökonomische Konstellation in ihren relativen Wertverhältnissen zu untersuchen und ihre Veränderung mit Aufmerksamkeit zu beobachten, ist eine ernste Aufgabe. Sie erfordert eine beständige systematische Information für die politische Strategie der Kommunistischen Internationale. Ohne eine solche Information können die Direktiven der Kommunistischen Internationale nicht so ausführlich sein, wie es wünschenswert wäre, oder sie sind es nur mit einem allzu hohen Risiko.

Es sind in der jetzigen kapitalistischen Welt auch andere allbekannte Quellen der Desorganisation neben den obengenannten in Wirksamkeit. Die wichtigsten sind wohl einerseits die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten Nationen, andererseits die „demokratischen“ Bestrebungen der kleinbürgerlichen Massen. Die Durchkreuzung der Restaurationsversuche des Kapitalismus durch diese verschiedenen widerspruchsvollen Gegentendenzen macht seine Rettungsversuche durchaus aussichtslos, zugleich aber auch die Probleme unserer politischen Strategie sehr kompliziert.

Hier kann nicht in Frage kommen, diese wichtigen Probleme näher zu berühren, auch nicht den vom Kriege verursachten Verfall der materiellen Grundlagen der kapitalistischen Produktion zu beschreiben oder nach seiner politischen Bedeutung zu beleuchten versuchen. Nur noch einige Worte von der allergrößten Quelle der Desorganisation in der kapitalistischen Welt: von den Kräften der proletarischen Revolution.

Der Arbeiter in der kapitalistischen Welt steht noch unentschlossen am Sterbelager der Kapitalherrschaft. Er horcht, ob die alte „Gnädige“ im Ernst im Sterben liegt und ob der elende Embryo, der letzte „legale“ Erbe, noch zum Leben erwacht. Wenn beide sterben werden, bleibt er — der leibeigene Arbeiter — der einzige Erbe des Gutes. Wenn sie noch am Leben bleiben, muß er warten...

Die Tradition vieler Generationen lastet auf seinen Schultern. Diese Tradition kennt nur das römische Recht der Ausbeuter, das

Recht des Privateigentums, der Warenproduktion. Vor diesem alten Erbrecht kann sein eigenes geschichtliches Recht — das der produktiven Zukunft — nur mit größter Mühe in seinem Gehirn sich geltend machen.

Dieser Prozeß der Revolutionierung in dem Kopf des Arbeiters erscheint uns oft sehr rätselhaft. Gestern war der Arbeiter ein ausgesprochener Gegner des Kommunismus, heute schenkt er vielleicht schon gern unseren Losungen Gehör. Aber morgen? Morgen kann derselbe Arbeiter, trotz unserer kommunistischen Propaganda, auf Ermahnung der Sozialverräter als aktiver Feind gegen die Kommunisten auftreten — um plötzlich über Nacht seine Waffen gegen die Kapitalisten und deren Helfershelfer zu wenden. Wie ist das zu verstehen? Wie sollen wir handeln, um sicher sein zu können, daß die Revolutionierung des Proletariats durch unseren Einfluß zu jeder Zeit wirklich vorwärtsschreitet und nicht zurückgeht?

Der Revolutionierungsprozeß der Arbeiter ist in der Tat höchst selten ein einfaches Fortschreiten. Er ist viel öfter ein dialektischer Prozeß. Die geschichtliche Tendenz der proletarischen Revolution drängt sich im Anfang nur schwach und schüchtern in den Arbeiterkopf hinein, als eine kleine unerfahrene kommunistische Zelle in den „Betriebsrat“ des Arbeitergehirns. Diese kleine revolutionäre Minderheit schwankt im Anfang noch stark unter der Durchkreuzung der verschiedenen herrschenden bürgerlichen Tendenzen. Die kompakte Mehrheit bildet da vielleicht noch heute die reaktionäre Richtung der kapitalistischen Restauration oder die Fortschrittsbestrebung des Staatskapitalismus; eine bedeutende Minderheit bildet vielleicht z. B. der bürgerliche Demokratismus, welcher unbewußt nach der Desorganisation der kapitalistischen Ordnung strebt. Erst durch lange innere Kämpfe, durch neue revolutionierende Erlebnisse angespornt, geschult und unterstützt, wird auch einmal die herrschende Mehrheitsposition in diesem Betriebsrat von der bewußten Tendenz der proletarischen Revolution erobert.

Diese Tendenz in den Arbeitergehirnen in ihrem eigenen Kampf gegen alle bürgerlichen Tendenzen zu unterstützen — das ist unsere Aufgabe. Sowohl in unserer Propaganda wie in unserer Organisationsarbeit, bei allen Aktionen und aller Tätigkeit, ist es uns wichtig, immer zu beachten und zu untersuchen, welcherlei Zusammensetzung in den Betriebsräten der Arbeiterköpfe besteht, auf welche wir unseren kommunistischen Einfluß ausüben wollen. Sonst können uns da allzu überraschende Irrtümer passieren: das Resultat

unserer Bemühungen kann sogar direkt entgegengesetzt dem von uns bezweckten werden.

Dies gilt nicht nur für die unmittelbare taktische Führung des Klassenkampfes an Ort und Stelle, sondern gleichfalls für die oberste internationale Führung durch politische Direktiven. Das stellt selbstverständlich große Anforderungen an die Solidität der informatorischen Unterlage dieser Direktiven. Eine Vorbedingung dafür ist, meiner Ansicht nach, die Entwicklung einer regelmäßigen umfangreichen Berichterstattung an die Leitung der Kommunistischen Internationale nicht nur von den Parteizentralen, sondern auch direkt von anderen wichtigen Parteiorganen und Organisationen. Damit steht wieder in engster Verbindung die weitere Ausbildung des bei der Kommunistischen Internationale funktionierenden Apparats zur effektiven Ausnützung der verschiedenen Möglichkeiten von Informationsbeschaffung und zur systematischen Bearbeitung des eingehenden Materials.

Der Vorrang der internationalen Interessen in der revolutionären Arbeiterbewegung wird von keiner der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Partei in Zweifel gezogen. Das Prinzip der nationalen Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit jeder Partei ist uns ein überlebtes Stadium. Die notwendige innere Selbständigkeit jeder Partei wird durch Zweckmäßigkeit der Arbeitsteilung begründet; die alten Zeiten aber, wo über der Allmacht der eigenen Parteileitung keine höhere irdische Macht walten konnte, sind für uns für immer vorbei. Die Massen ohne Führung können vorübergehende Unruhen zustande bringen; die Parteigängertruppen können auf eigene Faust den Feind beunruhigen und schädigen. Eine Armee aber, welche die Eroberung von Ländern und Weltteilen zum Ziel hat, wird durch die Direktiven einer obersten Leitung einheitlich geführt.

Möge die Kommunistische Internationale ein starker Eroberer werden!

II.

Die Erbsünde.

In der Organisation der alten Arbeiterbewegung entwickelte sich ein durchgehender Dualismus von derselben Art, wie er sich in der Organisation des bürgerlichen Staats gebildet hatte: der Dualismus zwischen Bürokratie und „Volk“. In Jahrzehnten hatte sich in den großen Arbeiterparteien wie auch in den gewerkschaftlichen Hauptorganisationen der verschiedenen Länder eine starke weitverzweigte Bürokratie gebildet, in deren Händen die laufenden Funktionen der Arbeiterbewegung konzentriert waren. Man kann sich

denken, daß sich in dieser Erscheinung eine gewisse geschichtliche Tendenz nach einer neuen, letzten Form der exbürgerlichen Klassenherrschaft, nach einem allgemeinen bürokratisch beherrschten Weltreich, nach einem ökonomisch-politischen Welttrust ohne Privatkapital zeigte, und daß die Bischöfe der 2. Internationale vorausbestimmt waren, das Rückgrat für die Hierarchie dieses neuen römischen Weltreichs zu bilden. Zwar ist die Frage, ob überhaupt Weiterentwicklungstendenzen der Ausbeuterwelt existiert haben, hier ohne Bedeutung; die große Krise der Ausbeuterwelt, welche mit dem imperialistischen Weltkrieg begann, hat jedenfalls die Aussichten solcher Tendenzen vollständig zerstört. Die Bildung der herrschenden Bürokratie in der alten Arbeiterbewegung ist aber eine Tatsache, welche in ihrer Blüte noch heute überall in ihr zu finden ist.

Der aktive Teil in den Organisationen von diesem Typus ist nur die Bürokratie. Sie besorgt praktisch genommen das ganze „Geschäft“. Ihr gegenüber steht die passive große Masse der Mitglieder. Diese sorgt durch ihre periodischen Abstimmungen und durch ihre regelmäßigen Beiträge für die politischen und materiellen Erhaltungskosten des bürokratischen Apparats, hat aber sonst keine andere Bedeutung in der Organisation. Je weniger sie sich in die eigentliche Parteiarbeit bzw. gewerkschaftliche Arbeit einmischt, desto besser für das übliche traditionelle Treiben des Apparats. Also zwei voneinander getrennte Schichten, Oberschicht und Unterschicht, mit ganz verschiedener Rolle in der Organisation.

Der Ursprung dieser Erscheinung ist selbstverständlich in dem Einfluß der kapitalistischen Umgebung zu finden. Der Kapitalismus hat alle gesellschaftlichen Verhältnisse in formale Wertverhältnisse verwandelt. Die Politik wurde unter dem Kapitalismus zum politischen „Geschäft“. Sie wurde sowohl von den bürgerlichen Staaten wie von den verschiedenen bürgerlichen Parteien durch ihre Beamtschaft geschäftsmäßig betrieben, mit klingender Münze und mit politischen Banknoten, d. h. mit besteuerten Geldmitteln und mit abgefischten Stimmzetteln. Auch die aufwachsende Arbeiterbewegung konnte sich diesem Einfluß nicht entziehen.

Solange die Arbeiterbewegung noch ganz jung war, wurden in der Regel alle Fragen unmittelbar von allen Mitgliedern besprochen und in den allgemeinen Mitgliederversammlungen der Organisationen endgültig beschlossen. Mit der zunehmenden Anzahl der Mitglieder und mit dem zunehmenden Bedürfnis, die losen Organisationen in einen gemeinsamen Bund oder in eine Partei zu vereinigen, wurde es notwendig, die primitive direkte Demokratie zum Teil durch das Vertretungssystem und durch beständige Organe für verschiedene

Funktionen zu ersetzen. Die Bewegung brauchte als Vertreter und Funktionäre Leute, welche alle ihre Zeit in den Dienst der Arbeiterbewegung stellten. Hieraus entstand in den bürgerlichen Verhältnissen die Möglichkeit und Gefahr der Isolierung dieser Führer und Funktionäre von den Massen der Mitglieder der Organisationen.

Die Beschäftigung der Vertreter in den Parlamenten, der Funktionäre bei den Hilfskassen, der Beamten der Gewerkschaftsbewegung, der Redakteure u. a. war derart, daß sie mit den Massen ihrer Organisationen entweder gar nicht oder äußerst selten und vorübergehend, in Versammlungen oder Wahlkampagnen, in Berührung kamen. Sowohl ihre Tätigkeit wie ihre gesamte soziale Stellung war eine andere als die der meisten Mitglieder. Ihr Verhältnis zu dieser Mehrzahl wurde rein formal: nach der formalen Bevollmächtigung durch die Organisation warteten sie ihres Amtes ganz unabhängig, wie es ihnen am bequemsten und richtigsten erschien und zeigten sich vor ihren Wählern erst nach einer längeren Zeit und vorübergehend, um vielleicht einen formalen Bericht zu erstatten oder um ihre Mandate zu erneuern. Sie standen zu ihrer Organisation in einem ebenso formalen Verhältnis wie die Direktion einer kapitalistischen Aktiengesellschaft zu derselben oder der Vorstand eines Konsumvereins zu den Mitgliedern desselben. Dabei war ihre Stellung oft, im Vergleich mit der Stellung der meisten Mitglieder, sowohl in materieller wie in sozialer Hinsicht eine bevorzugte, und ihre Sonderinteressen waren zum Teil andere als die der Arbeiter. Sie wurden zu einem **Beamtenstand** in der Arbeiterbewegung, zu einem verknöcherten Gelenksystem. Wie auch diese Beamtenschaft ihre technischen Funktionen verrichtete, schlecht oder recht, jedenfalls war sie für den Fortschritt der revolutionären Bewegung ein konservatives Element, ein Hemmnis. Denn in der revolutionären Bewegung konnte die sichere Lage des Beamten bald unsicher werden, — alles, was ihm lieb und wert ist, wäre einem Risiko ausgesetzt, sogar die Freiheit und das kostbare Leben.

Es wäre zu einfach, diesen Bürokratismus nur als Importware zu bezeichnen, welche die aus kleinbürgerlichen Kreisen herübergekommene intellektuelle Funktionäre in die Arbeiterbewegung hineingeschmuggelt haben. Ein solcher Import hat freilich zu der Entwicklung dieser Erscheinung beigetragen, sie wäre aber gewiß in der verknöchernenden Atmosphäre der bürgerlichen Legalität auch durch lauter Arbeiterfunktionäre entstanden. Man hat ja ständig beobachtet, wie in der Tätigkeit der alten legalen Arbeiterbewegung auch direkt aus der Werkstatt gekommene Arbeiter — als professionelle Vertreter, Abgeordnete, Journalisten usw. — rasch entarteten

und sich ohne Mühe auch die vollendeten bürokratischen Methoden aneigneten: groben Kanzleiformalismus, blinde Eigenmächtigkeit, freche selbstische Herrscherwillkür.

Es ist aber eine Naivität — eine ziemlich übliche Naivität —, die erwähnte Verknöcherung nur dort sehen zu wollen, wo sie in der Wuchergestalt der krassesten Beamtenherrschaft erscheint, wie z. B. in der American Federation of Labour oder in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ist ein viel allgemeineres Uebel. Die Entfremdung der Funktionen, die Ersetzung der lebendigen Arbeitsgemeinschaft durch formales „Rechtsverfahren“, wie auch die Spaltung der Organisation in aktive Funktionäre und passive Masse, ist die allgemeine Erbsünde der modernen Arbeiterbewegung. Auch die revolutionäre Arbeiterbewegung, sogar die kommunistischen Parteien, erben dieselbe schlechte Neigung aus der ansteckenden bürgerlichen Umgebung.

Vor dieser Tatsache dürfen wir nicht die Augen verschließen. Vor allem durch unsere Organisationsarbeit sollten wir uns von diesem Uebel zu befreien suchen.

Es ist ja nicht genug, daß eine Partei, welche bisher sozialdemokratisch gewesen ist, ihren Namen verändert, ein kommunistisches Programm annimmt und die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten 21 Bedingungen anerkennt. Es ist nicht genug, daß an die Stelle der sozialdemokratischen Funktionäre kommunistisch gesinnte kommen und daß in die Zeitungen der Partei, in die Versammlungen, Festreden und Resolutionen anstatt der sozialdemokratischen Phraseologie die kommunistische Doktrin hineinkommt. Jeder von uns weiß, daß unter einer kommunistischen vergoldeten Kuppel entweder die Abgötterei des Opportunismus oder der Aberglaube des Doktrinarismus in verschiedener Gestalt wuchern kann, ganz aufrichtig vielleicht, aber umso mehr verwirrend und gefährlich für die kommunistische Tätigkeit, d. h. für die Vorwärtsführung der proletarisch-revolutionären Bewegung.

Das kommunistische Programm kann allzu leicht vor dem Beginn der revolutionären Kampfperiode nur ein Spiegelbild bleiben. Unter den Verhältnissen der kapitalistischen Legalität ist in der Tat der „Spiegelkommunismus“ die nächste Erkrankungsgefahr für unsere Bewegung: alle äußeren Zeichen können da vollkommen täuschend dem Kommunismus ähnlich erscheinen wie in einem Spiegelbild, d. h. anstatt wirklicher kommunistischer Tätigkeit nur ein leeres Bild davon. Die Passivität der Funktionäre bei der wirklichen Förderung der revolutionären Bewegung kommt in den legalen kommunistischen Parteien offenbar viel allgemeiner vor als direkte opportunistische Tätigkeit.

Selbstverständlich bedeutet diese Passivität nicht Versäumung aller Parteipflichten. Nein, sie paßt sehr gut zusammen auch mit einer emsigen Beschäftigung in der laufenden Tagesarbeit verschiedener Art, in Parteikanzleien, in Zeitungsredaktionen, in der Reichstagsfraktion usw. Diese Beschäftigung ist nur von unproduktiver Qualität, fruchtlose Sysphusarbeit. Sie kann ebensogut Beschäftigung unbewußter Saboteure sein; denn dadurch werden die zur Verfügung stehenden Kräfte von der Tätigkeit anderer Art entzogen, welche sowohl auf denselben Posten wie auch anderen Gebieten durchaus nötig wäre.

In einigen Ländern kann z. B. auf dem Gebiete des Zeitungswesens der Partei eine extensive Wucherkultur vorkommen. Die Partei besitzt vielleicht schon eine relativ zahlreiche Presse, sie will aber immer neue und neue Zeitungen gründen, obgleich keine einzige von den bisherigen die Ansprüche an eine kommunistische Zeitung erfüllt. Durch die Masse von Papier und Blödsinn, von Redakteuren, Schulden, Abonnenten und Kolporteuren, wird nur in der Einbildung ebensoviel die Stärke des Kommunismus vermehrt. In der Tat liegt das Schiff schon unter dieser Bürde allzu vorderlastig, so daß am Hinterschiff die Propeller oberhalb der Wasseroberfläche die leere Luft dreschen.

Wir drücken gewöhnlich den Grundgedanken unserer Parteiorganisation durch die Formel des demokratischen Zentralismus aus. Der Gedanke ist sehr richtig, der Ausdruck aber nicht genügend genau oder eindeutig. Erstens ist die Formel allzu weit ausdehnbar. Auch die krasseste Bürokratenherrschaft, wie z. B. in der A. F. of L., sogar den Bonapartismus hat man als demokratischen Zentralismus bezeichnen können. Zweitens bringt diese Formel das wesentliche Moment bei der kommunistischen Organisation nicht zum Ausdruck: die einheitliche, organische — nicht nur formale — Verbindung von Demokratie und Zentralismus.

Die erwähnte Formel drückt wesentlich nur die Forderung aus, daß eine kommunistische Partei, im Unterschied von einer Arbeiterpartei des traditionellen nichtrevolutionären Typus, zentralisiert werden soll, unter Beibehaltung einer demokratischen Parteiordnung, soweit sie mit der Zentralisierung zusammenpaßt. Dies kann oberflächlich und formal und infolgedessen durchaus falsch aufgefaßt werden. In der Tat besteht diese Gefahr beim Uebergang jeder Massenpartei aus der früheren sozialdemokratischen, resp. „sozialistischen“ Gestaltung in die einer kommunistischen Partei.

Eine solche Partei kann bei ihrer Neuorganisation sich mit dem Entschluß begnügen, weite Machtbefugnisse in den Händen ihrer

Zentralleitung zu konzentrieren, im übrigen aber ihre alte Ordnung hauptsächlich unverändert lassen. Was wird daraus folgen? Im leichtesten Fall gar nichts: die Zentralisierung bleibt auf dem Papier, weil die Parteileitung, entweder aus Schwäche und Ratlosigkeit oder vor inneren Konflikten sich zurückziehend, nichts unternimmt, um von den großen Befugnissen Gebrauch zu machen. Oder die Parteileitung nimmt sich resolut vor, von ihnen Gebrauch zu machen, und wird sich in kurzem in arge Konflikte mit den untergeordneten Organisationen und Parteiorganen verwickeln. Schon eine einzige obrigkeitliche Maßnahme von ihrer Seite, etwa die Versetzung eines Zeitungsredakteurs auf einen anderen Posten oder die Beseitigung eines einzigen Beschlusses irgend einer Lokalorganisation, kann langen Streit veranlassen, vielleicht auch eine Reihe von Disziplinarverfahren und -maßregeln. Weil das Verhältnis zwischen der Parteileitung und den Mitgliedern formal und entfremdet wie früher geblieben ist, erscheint den letzteren der Zentralismus nicht sachlich motiviert, nicht als eine durch die Zweckmäßigkeit der Arbeitsteilung motivierte Zentralisierung der Funktionen, sondern als eine nur formal motivierte Zentralisierung der Macht in Händen von wenigen; folglich erscheint ihnen jeder Gebrauch dieser Macht als sachlich unmotivierter und infolgedessen ungerechter Eingriff in den Bereich ihres demokratischen Selbstbestimmungsrechts, also als Mißbrauch von Macht, als bloßer obrigkeitlicher Zwang gegen die Mehrzahl der Mitglieder.

Der Arbeiter hat sein ganzes Leben lang obrigkeitlichen Machtgebrauch und Zwang gegen sich erlebt. Trotz des formalen Vertrags zwischen ihm und dem Käufer seiner Arbeitskraft, vielmehr eben auf der Grundlage dieses formalen Verhältnisses, stellt sich in der Fabrik alle Arbeitsdisziplin und alle Arbeitsleistung, auch die technisch notwendige, ihm gegenüber als feindlicher Zwang, als despotisches Kommando über seine Person dar. Es ist ihm unmöglich, die gesellschaftlich notwendige Funktion der Arbeitsleistung, welche in jeder zweckmäßigen Zusammenarbeit nötig ist, von der kapitalistischen Form dieser Funktion, von der Unterdrückung und Ausbeutung zu unterscheiden, weil die genannte Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft nur in dieser Form vorkommt. Dieses Grunderlebnis, durch alle Erlebnisse der politischen Unterdrückung ergänzt, macht den Arbeiter auch in seiner Organisation empfindlich, mißtrauisch und abgeneigt gegenüber der Zentralisation der Macht. Das befehlerische Durchsetzen des Willens der Führer gegen den Willen der Mitglieder, also ohne daß diese irgendwelche gültigen Gründe einsehen, nur auf Grund for-

maler Befugnisse, erscheint den Arbeitern als bürokratischer Zwang, als ungerechter Machtgebrauch von wenigen.

Zwar steht in einer kommunistischen Organisation die Zentralisation und die strenge Parteidisziplin mit den Interessen der Arbeiter nicht im Widerspruch, ist im Gegenteil zur Verwirklichung ihres revolutionären Klasseninteresses notwendig. Der Arbeiter kann aber mit diesem Zweck und mit dieser Notwendigkeit keine lebendige Fühlungnahme besitzen, solange seine Verbindungen mit der Parteileitung nur formal bleiben. Deshalb stellt sich ihm die Frage von der zweckmäßigen Zentralisation der Funktionen als eine Frage von der Zentralisation der Macht dar. Die Mitglieder der Partei wissen ganz gut, daß die Genossen auf den leitenden Posten von ihnen selbst direkt oder indirekt gewählt sind; gegen das angewandte Wahlverfahren haben sie auch nichts einzuwenden, sie können sich kein besseres vorstellen, und dem Parteitag, der die neue zentralisierte Ordnung beschlossen hat, wird von allen Mitgliedern das oberste Bestimmungsrecht in allen Parteiangelegenheiten zuerkannt. Nichtsdestoweniger erscheint ihnen der eingeführte Zentralismus in der Praxis als ein bürokratischer Bedränger, gegen den sowohl der demokratische Instinkt der Proletarier als auch das undisziplinierbare Ichgefühl der kleinbürgerlichen Intellektuellen sich erhebt. Dem Zank wird Streit und Entzweiung folgen, aus dem Streit können sich Massenaustritte und Massenausschließungen ergeben. Die Partei wird immer mehr geschwächt durch die inneren Reibungen, hervorgerufen allein durch die Bürokratisierung ihrer Oberschicht.

Die Opposition gegen den Bürokratismus in der Partei tritt gleichfalls auf der Grundlage der Machtfrage hervor: als Kampf gegen die Macht der wenigen, für die „gleiche Macht“ aller Mitglieder, also für die formale Demokratie. Dieser Kampf richtet sich aber in der Tat nicht nur gegen die Macht der wenigen, sondern auch gegen die Funktionen der wenigen, mit anderen Worten: nicht nur gegen den formalen Zentralismus, sondern auch gegen die Zentralisation in der Arbeitsteilung. Das ist auch nicht zu verwundern. Weil die Parteileitung es nicht verstanden hat, die Zentralisierung der Funktionen in der Weise durchzuführen, daß sie nicht als eine bloße Autokratisierung der Partei erschienen wäre, versteht es auch die Opposition nicht, sich vor dem Ueberschreiten der unsichtbaren logischen Grenzen zu hüten. Indem sie Parteibürokraten verfolgt, stößt sie mit den Hörnern auch gegen die notwendige Zentralisation der Parteifunktionen, gegen jede Führung, gegen jede feste Ordnung und Disziplin. Mit einem Wort: die Opposition tritt als anarchistische Opposition auf.

Der Anarchismus ist der Gegenpol des Bürokratismus in der Arbeiterbewegung. Beide rufen beständig einander hervor. Die formale Demokratie in der Organisation kann weder diesen noch jenen beseitigen; auf dieser Grundlage werden sie eben erzeugt — durch den Teufel der bürgerlichen Erbsünde. Deshalb kann die Zentralisierung der Organisation, d. h. das Streben nach Schaffung einer starken Führung, keinen Erfolg haben, wenn man sie allein auf Grund der formalen Demokratie zu erreichen sucht. Die Vertreter der formalen Zentralisation zielen wohl auf die Beseitigung der Anarchie, der ungezügelten, unfruchtbaren Allerweltsfreiheit im Parteileben. Sie erzielen aber durch ihre falsche Methode das Gegenteil, die Steigerung von Auflösung und Anarchie.

Die Bürokratisierung der Leitung einer kommunistischen, legalen oder illegalen, Partei bedeutet noch nicht, daß diese Leitung keinen Versuch mehr zum radikalen revolutionären Auftreten machen könnte. Gewiß kann sie das, aber weil es ihr unmöglich ist, Verbindungslinien zu den Herzen der revolutionären Proletarier anzuknüpfen, findet sie bei diesen Versuchen keinen anderen Weg als den der blanquistischen Verschwörung und des Putschismus. Besonders in dem Fall, daß die Leitung einer kommunistischen Partei eigentlich noch nicht bürokratisiert worden ist, andererseits aber auch in keiner organischen Verbindung mit den revolutionären proletarischen Massen steht, liegt für sie die Gefahr nahe, diese billige, schädliche Politik anzuwenden, als Ersatz von ernster revolutionärer Vorbereitung.

Auch zu anderen Entartungen der revolutionären Arbeiterbewegung kommt man durch die Unfähigkeit, organische Verbindungen zu den Massen anzuknüpfen. Doktrinaire Sektiererei oder Radikalismus treten in der Regel äußerlich als direkter Gegensatz zum Bürokratismus auf. In der Tat ist er meistens im Grunde genommen sein nächster Verwandter, der jüngere Bruder. Wie dieser, zeigt sich auch jener talentvoll und erfolgreich nur in der Isolierung von der Welt der unheiligen, unvollkommenen Proletarier. Wie der Bürokrat jeden seiner gestempelten Kanzleibefehle, hält der Sektierer jeden Lehrsatz seines reinen Glaubensbekenntnisses für unfehlbar und heilig, sogar in dem Grade, daß er solchen Arbeiterrevolutionären gegenüber, welche diese Heiligkeit noch nicht vollkommen einsehen, keine andere „revolutionäre Methode“ weiß, als das Verbannen in die ewige Hölle, wodurch die bürgerliche Hölle gewinnt, jedoch nicht die proletarische Revolution.

O. W. Kuusinen

Der Seetransport, seine Organisation, seine Auf- gaben und seine Aussichten.

Vor dem europäischen Kriege war Großbritannien die größte Seemacht der Welt; an zweiter Stelle stand Deutschland, das in der letzten Zeit erfolgreich mit ihm wetteiferte. Nach dem Kriege trat eine radikale Verschiebung in der Stellung der großen Seemächte ein. Der Friedensvertrag beraubte Deutschland des größten Teils seiner Flotte und ließ ihm fast nur kleine Schiffe von weniger als 1000 Tonnen Wasserverdrängung. Oesterreich verlor seine ganze Flotte von anderthalb Millionen Tonnengehalt, die unter Italien und die anderen Verbündeten verteilt wurde.

Die fieberhafte Tätigkeit, die die englischen Schiffswerften entwickelten, konnte die Verluste Englands durch den Unterseekrieg nicht wieder wettmachen. Der Tonnengehalt der englischen Handelsflotte fiel von 18 892 000 Tonnen im Juni 1914 auf 18 111 000 Tonnen im Juni 1920; die Verluste belaufen sich also auf 781 000 Tonnen. Ueberdies sind in den für 1920 angegebenen Tonnengehalt viele deutsche Dampfer und Frachtschiffe mit eingerechnet, die während des Krieges beschlagnahmt wurden. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika schritt der Schiffsbau in den Jahren 1916 bis 1920 mit Riesenschritten vorwärts. Im Juni 1914 betrug der Tonnengehalt der amerikanischen Flotte 2 027 000 Tonnen, im Juni 1920 bereits 12 406 000 Tonnen; er vergrößerte sich also um 10 379 000 Tonnen. Das Marineamt der Vereinigten Staaten hofft, es auf eine Flotte von 18 000 000 Tonnengehalt zu bringen. (Aus einem Artikel von Gustav Myers in der „New York Times Current History“, Januar 1921.) Die Japaner gingen dank der großen Entfernung, die sie vom Kriegsschauplatz trennte, ohne große Verluste aus dem Unterseekrieg hervor. Ihre Schiffswerften arbeiteten ebenfalls emsig; der Tonnengehalt der japanischen Flotte stieg gewaltig. In der letzten Periode des Krieges stand der Seetransport im Osten fast gänzlich unter ihrem Monopol. Die „aufgehende Sonne“, die Fahne der japanischen Bourgeoisie, konnte tagtäglich in jedem größeren Hafen gesehen werden.

Der Tonnengehalt aller Flotten der Welt stieg im Zeitraum 1914—1920 von 49 Millionen Tonnen auf 57 Millionen. England besaß im Jahre 1914 41,6 Prozent aller Schiffe der Welt, während den Vereinigten Staaten Nordamerikas zur selben Zeit nur 5 Prozent der Ozeandampfer gehörten. Im Jahre 1920 änderte sich das Verhältnis scharf. In England fällt der Tonnengehalt auf 34 Prozent, in den Vereinigten Staaten dagegen steigt er auf ungefähr 30 Prozent und ein Fünftel des gesamten Ozeanverkehrs. Während des Krieges verdrängte Großbritannien die deutsche Handelsflotte von den Weltmeeren. Als der Krieg zu Ende war, sah es sich jedoch einem stärkeren, mächtigeren Wettbewerber gegenüber, als es Deutschland bis zu den ersten Augusttagen von 1914 gewesen war.

Das Marineamt der Vereinigten Staaten.

Die größten Marineorganisationen der Welt sind die „Chamber of Shipping“ (Navigationskammer) in England und das „Shipping Board“ (Marineamt) in den Vereinigten Staaten. Die englische Navigationskammer ist ein Trust der großen Schiffahrtsgesellschaften, die nicht nur am Personen- und Frachtverkehr interessiert sind, sondern auch am Schiffbau und an der Reparatur von Schiffen, an Naphthaquellen, Stahl- und Eisenunternehmen, Kohlengruben, Kabelgesellschaften, finanziellen Unternehmen, Kanalverwaltungen, am Teehandel und zahlreichen anderen Unternehmen an allen Enden der Welt.

Das Marineamt der Vereinigten Staaten wurde im September 1916 vom Kongreß gegründet. Es sollte nicht bloß eine Kriegsmaßnahme sein, obgleich die Bedürfnisse der Kriegszeit bei seiner Gründung in großem Maße mitwirkten. Mit dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg im April 1917 mußten Millionen Soldaten samt den für ihre Verpflegung nötigen Lebensmitteln, samt Waffen und Munition über den Atlantischen Ozean befördert werden. Das Parlament wies eine Summe von 3 671 000 000 Dollar zum Bau von 3164 Schiffen mit 17 515 000 Brutto-Tonnengehalt an. In weniger als anderthalb Jahren stieg die Zahl der Schiffswerften in Amerika von 61 auf 341, die Zahl der Arbeiter auf den Werften vergrößerte sich von 75 000 auf 350 000. Im Jahre 1918 wurden auf den amerikanischen Werften Ozeandampfer mit einem Gesamttonnagehalt von mehr als 3 000 000 Brutto erbaut, d. h. um 25 Prozent mehr als der gesamte Schiffbau aller anderen Länder in demselben Zeitraum.

Das „Shipping Board“ ist heute die größte Seetransportorganisation der Welt. Es ist dreimal so groß wie der Stahltrust (Steel

Corporation) und sechsmal reicher als die Pennsylvanische Eisenbahngesellschaft.

Die am internationalen Transport beteiligten Länder führen jetzt einen angespannten Kampf untereinander. Die Hauptschlacht wird zwischen dem „Shipping Board“ und der „Chamber of Shipping“ geschlagen werden.

Die Kohlenausfuhr der Vereinigten Staaten wächst immer mehr. 1914 führten die Vereinigten Staaten nach 92 Ländern kaum 940 000 Tonnen Kohle aus; im Jahre 1920 stieg die Ausfuhr auf 7 690 000 Tonnen und mehr, darunter wurden 27 000 Tonnen Kohle nach England verschifft.

Die Interessen der amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften und der Kohlenfirmen sind eng miteinander verflochten. Die wachsende Kohlenausfuhr stellt den amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften vergrößerten Gewinn in Aussicht, da er ihnen die Möglichkeit gibt, anstatt Ballast (Sand) Kohle zu laden. Die englischen Schiffahrtsgesellschaften dagegen verlieren allmählich ihre Hegemonie im internationalen Kohlenhandel. Die englischen Schiffe sind oft gezwungen, nichts als Ballast zu führen, wobei ihr Verdienst natürlich gleich null ist. Auch die kleineren Nationalitäten werden in diesen Kampf hineingezogen.

Bei dem Aufschwung des amerikanischen Schiffbaus haben auch andere Faktoren mitgespielt. Die Eröffnung des Panamakanals hat durch die Verkürzung verschiedener Fahrtrouten den Vereinigten Staaten gewaltigen Vorteil gebracht. Sie hat die Entfernung zwischen Chile, von wo Salpeter ausgeführt wird, und der Nordküste des Atlantischen Ozeans um 50 Prozent verringert; sie hat die Entfernung zwischen Buenos Aires und San Francisco, zwischen New Orleans und Jokohama verkürzt.

Naphthafeuerung ist bekanntlich billiger als Kohle. 65 Prozent aller amerikanischen Schiffe, die während des Krieges erbaut wurden, werden mit Naphtha geheizt. Gegen Ende des Jahres wird diese Differenz 75 Prozent übersteigen. Die Schiffe mit Naphthafeuerung können mehr Ladung führen als die Schiffe mit Kohlenfeuerung und erfordern überdies eine kleinere Mannschaft in den Maschinenräumen. Die englischen Schiffe sind meist von alter Bauart und werden mit Kohle geheizt. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten stark im Vorteil. Jetzt baut England ebenfalls Schiffe mit Naphthafeuerung, rüstet viele Dampfer mit Naphthareservoirien aus und geht überhaupt zu neuen Baumethoden über. Die amerikanischen und die englischen Kapitalisten sind eifrig damit beschäftigt, ausreichende Quantitäten von Naphtha zu beschaffen. Schon die Anwesenheit englischer Truppen im Kaukasus

und in Mesopotamien im vorigen Jahr hat gezeigt, wie sehr die britische Regierung darum besorgt ist, das Kräfteverhältnis der englischen Kapitalisten in dem ihnen bevorstehenden Kampf mit Amerika zu verbessern.

Der Uebergang zur Naphthafeuerung in der Schifffahrt droht in der Kohlenindustrie eine katastrophale Arbeitslosigkeit herbeizuführen.

Der Lohn der englischen Schiffsarbeiter beträgt jetzt ungefähr zwei Drittel des Lohnes der amerikanischen. Ueberdies arbeitet der englische Matrose 12 Stunden täglich, der amerikanische aber nur 8 Stunden. Als die englischen Reeder erfuhren, daß ihre amerikanischen Wettbewerber die Löhne zu kürzen suchten, begannen auch sie ihrerseits einen Feldzug, um die Löhne ihrer eigenen Matrosen von 14 auf 10 Pf. Sterl. monatlich herabzudrücken. Alle übrigen Länder folgten ihrem Beispiel.

Seit dem Kriege ist die Befrachtung und die Ausladung der Schiffe stark vervollkommen worden. Im September 1920 nahm der Dampfer „Levis Luckenbach“ in Baltimore im Laufe von $6\frac{1}{4}$ Stunden 12516 Tonnen Kohle, d. h. den Inhalt von 273 Frachtwagen an Bord.

Als Beispiel, wie sehr die Mannschaft auf den Schiffen neuester Bauart verringert werden kann, sei der folgende Vorfall angeführt. Im vorigen Jahr lief der Riesendampfer „Afrika“ im Hafen von Christiania ein. Seine Mannschaft streikte und wurde nach Dänemark zurückgeschickt. Die Arbeiter von Christiania erklärten den Dampfer unter Boykott. Die Offiziere und die Schiffstechniker brachten ihn darauf ohne Hilfe eines einzigen Maschinisten, Oelers oder Matrosen aus Norwegen nach Lissabon. Acht Mann steuerten also ein Schiff, das bei Kohlenfeuerung mindestens 40 Mann gebraucht hätte. Wir sehen somit, daß der Tag nicht fern ist, an dem die größten Schiffe fast Automaten sein werden.

Die Vereinigten Staaten haben im Passagierverkehr sehr wenig Erfahrung. Die amerikanischen Personendampfer, die auf dem Stillen Ozean verkehren, könnten an den Fingern einer Hand hergezählt werden. Nicht mehr als zwei Dampfer unterhalten den Verkehr zwischen New York und der Westküste, und bloß ein einziger Dampfer fährt zwischen dem Atlantischen Ozean und den am Flusse La Plata gelegenen Städten hin und her. Zwischen Australien und San Francisco verkehren nur drei amerikanische Personendampfer, während Neuseeland allein fünf Dampfer für den regulären Personenverkehr besitzt. Durch die Verbindung mit der Hamburg-Amerika-Linie wird sich die Erfahrung der amerikanischen Schifffahrtsgesellschaften in dieser Hinsicht bedeutend vergrößern.

Der Krieg endete im November 1918, aber noch anderthalb Jahre waren die Ozeanlinien stark beschäftigt, die Millionen von Soldaten in die Heimat, in die Vereinigten Staaten, nach England und in die Kolonien zurückzubefördern; außerdem mußten dem hungernden Europa Lebensmittel zugestellt werden. Die Seemannsverbände nutzten die Verhältnisse aus und forderten höheren Lohn und bessere Bedingungen. Den Reedern, die ungeheuren Gewinn einheimsten, war es ein Leichtes, diese Forderungen zu bewilligen.

Gegen Mitte 1920 begannen die Frachten stark zu fallen. Die Kohlenfracht aus den amerikanischen Häfen ging bedeutend zurück. Die Frachtpreise für Fahrten von den Häfen des Atlantischen Ozeans bis zu den französischen Häfen fielen von 25 Pf. Sterl. im November 1919 auf 13 Pf. Sterl. im Oktober 1920; von denselben Häfen bis Rotterdam von 23 auf 9 Pf. Sterl., bis Italien von 27 auf 14 Pf. Sterl. Ende 1920 waren Millionen Tonnengehalt ungenutzt. In solchen entlegenen Häfen wie Wellington in Neuseeland liegen Ozeanschiffe von 200 000 Tonnengehalt untätig vor Anker. Auch in den Vereinigten Staaten stehen viele Dampfer leer. Die Mannschaft wurde entlohnt und ist auf die Nahrung angewiesen, die sie aus den improvisierten Feldküchen in den Straßen der großen Häfen erhält. Leute, die alle Gefahren des Unterseekrieges mitgemacht und ihr Leben tausendmal für ihre Ausbeuter aufs Spiel gesetzt haben, sind jetzt gezwungen, ihr Nachtlager auf den Bänken in den städtischen Parks zu suchen. Die herrschenden Klassen geht das nichts an; dafür besteht die Polizei. Die Gefängniszellen sind von solchen Arbeitslosen überfüllt.

Der Seetransport ist heute die Achillesferse der Kapitalistenklasse. Er ist der strategische Punkt, an dem die klassenbewußten Arbeiter sich organisieren müssen, um an den Umbau der Welt auf kommunistischer Grundlage zu schreiten. Jetzt, da unter den Hafen- und Schiffsarbeitern allerorts große Unzufriedenheit herrscht, ist es nicht schwer, eine neue Arbeiterorganisation zu schaffen, die mit Begeisterung und Opfermut an den Aufbau einer kommunistischen Weltrepublik schreiten wird. Die guten Zeiten der hohen Löhne sind für immer vorbei.

Die Kapitalisten, die den Ozeanverkehr in Händen halten, haben ihre Macht und ihren Einfluß in den letzten zehn Jahren stark gefestigt. Um ihre eigenen Interessen zu fördern, üben sie auf die rückständigen Orientländer und die südamerikanischen Staaten einen starken wirtschaftlichen Druck aus. Je mehr die Macht der Arbeitgeber stieg, umso mehr verloren die Seemannsorganisationen an Einfluß und Ansehen. Seit dem Ausbruch des Krieges sind die Seemannsverbände nicht einen einzigen Schritt vorwärtsgekommen.

Die gelbe Internationale Seemannsföderation konnte niemand anlocken. Sie ist eine papierne Organisation, ein Werkzeug in den Händen der Kapitalisten und ihres Völkerbundes. Die Hafentarbeiter haben sich der Internationalen Transportföderation angeschlossen. Beide Organisationen gehören zum Amsterdamer Gewerkschaftsbunde.

Je näher der Kampf unter den großen Reedern der verschiedenen Länder heranrückt, umso mehr wird die ohnehin traurige Lage der Arbeiter sich verschlechtern. In diesem Kampf werden diejenigen Korporationen den Sieg davontragen, die ihren Bedarf an Arbeitskraft am meisten verringern können. Infolge des Uebergangs zur Naphthafeuerung wird eine ungeheure Anzahl von Arbeitern entlohnt werden. Die automatische Abladung und die Hebekrane verringern den Bedarf an Dockarbeitern und Kohlenaufladern. Die Schiffe mit Dieselmotoren brauchen weder Dampfkessel, noch Kesselarbeiter, noch Kesselflicker. Die bestehenden Verbände und ihre Föderationen sind völlig außerstande, gegen diese tiefgehenden Veränderungen auf dem Gebiet der Industrie anzukämpfen. Das einzige, was sie ihren Mitgliedern vorschlagen, ist, bei den entsprechenden Regierungen um Arbeitslosenunterstützung nachzusuchen. Diese Föderationen fördern das internationale Elend; sie können keinen einzigen Fall aufweisen, in dem sie ihren Aufgaben gerecht wurden. Die solidarischen Aktionen, die sich hier und da verzeichnen lassen, waren das Werk der gewöhnlichen Arbeiter, die die Lösung dieser oder jener Frage selbst in die Hand nahmen. Es wurden keinerlei Versuche gemacht, die Lohnsätze oder die allgemeinen Arbeitsbedingungen für die Arbeiter auf den in fremden Ländern liegenden Schiffen zu regeln; ebensowenig wurde irgend etwas unternommen, um ein Statut für die Schiffe in auswärtigen Häfen auszuarbeiten. Die sogenannte „Jolly-George“-Angelegenheit war der einzige Lichtblick, ein Ergebnis der Begeisterung der Arbeiter, die unter Umgehung der Föderation zur Tat griffen.

In England kam es vor kurzem zu einem Kampf zwischen den Matrosen und den Dockarbeitern des Bristolkanals, obgleich die einen wie die anderen zur selben Transportföderation gehören. Während des vorjährigen Streiks der Schiffsarbeiter in Dänemark sahen wir, daß die dänischen Schiffe in den auswärtigen Häfen von der Internationalen Seemannsföderation und der Internationalen Transportföderation bearbeitet wurden. Diese internationalen Prasserverbände — einen anderen Namen verdienen sie nicht — geben sich nur damit ab, für die Gelder, die sie den hungernden, arbeitslosen Mitgliedern abpressen, Festgelage zu veranstalten. Sie

sind ein Schandfleck der internationalen Arbeiterbewegung. Es ist die Pflicht des Provisorischen Rats der Roten Gewerkschaften, sie und ihre Tatenlosigkeit bis aufs äußerste zu bekämpfen. Von Kompromissen kann hier nicht die Rede sein. Wir müssen nicht nur gegen die Ansichten dieser Organisationen ankämpfen, sondern auch gegen den völligen Mangel des sozialen Elementes in ihnen, gegen ihre gänzliche Nutzlosigkeit in der jetzigen revolutionären Epoche.

Sie fördern den Nationalismus und den Separatismus. Ihre Führer haben keine höheren Ideale als ein Glas guten Champagner und einen fetten Truthahn. Wenn wir das Galadiner aus neun Gängen lesen, das die Amsterdamer Internationale im Holbornrestaurant in London veranstaltete, über das Festessen, das Mr. Havelock Wilson, Parlamentsmitglied und britischer Ordensritter, gemeinsam mit dem „Nationalverbände der britischen Seeleute und Heizer“ gibt, über die Einladungen, die der Sekretär der Internationalen Seemannsföderation dann zu einem Bankett aussendet, an dem die Leutchen der internationalen Plutokratie mit Herrn Cuthbert Laws, Esq., dem Sekretär der Reederföderation teilnehmen, so kommen wir zur Ueberzeugung, daß diese Organisationen nicht in die proletarische Bewegung hineingehören.

Es ist von dringender Notwendigkeit, daß die revolutionären Arbeiterorganisationen so bald wie möglich zum Sammeln statistischer Angaben über Tonnengehalt, Zollbedingungen und Entfernungen schreiten. Der Kapitalismus hat seine Rolle ausgespielt. Das bezeugen die riesigen Heere der Arbeitslosen in allen Ländern.

Die Frage des Seetransports ist ein Problem, das von den Problemen in den übrigen Industriezweigen grundverschieden ist. Auf See treffen sich die Arbeiter aller Nationalitäten. Die Seeleute sind das am meisten kosmopolitische Element der Arbeiterklasse. Die nationalen Organisationen und die gelben Föderationen sind hier nutzlos. Manchmal findet man auf einem und demselben Schiff zehn verschiedene Arbeiterkategorien, die zu fünf verschiedenen Organisationen gehören: Matrosen, Heizer, Mechaniker, Steuerleute, Radiotelegraphisten, Köche, Stewards. Manche Schiffe beherbergen bis zu vierzehn Nationalitäten. In den Häfen werden oft auswärtige Arbeiter beim Auf- und Abladen und beim Kohlenbunkern verwendet. Sie sind gewöhnlich Mitglieder der verschiedensten nationalen Arbeiterorganisationen. Die gelben Föderationen sind außerstande, diese Arbeiter zusammenzufassen. Sie müssen in einer einzigen Organisation vereinigt werden, die ein zentralisierter Mechanismus mit weiten Vollmachten für den Fall von internationalen Krisen, von Boykott, sowie für die Vorbeugung von Kriegen

wäre. Sie muß mehr sein als ein gewöhnlicher Verband, sie muß eine erzieherische Institution sein. Sie muß danach streben, die Macht zu ergreifen und eine neue Kontrolle über die Seewege einzuführen.

Sie muß stärker werden als die amerikanische Marineverwaltung (American Shipping Board) und ihre Kraft aus den unbewußten, eingeschüchterten Elementen aufbauen, die jetzt die Grundlage der gelben Föderation bilden.

Die Möglichkeit zur Schaffung einer solchen Organisation ist vorhanden. Die Seeleute sind zur Erfassung dieses Gedankens reif. Auf Schritt und Tritt hört man von der Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation für das ganze Schifffahrtswesen sprechen. Ich kenne diese Menschen, ihre Ideen, ihre Hoffnungen gut. Sie hängen längst nicht mehr mit solcher Hingabe an den bestehenden Organisationen, wie manche kommunistische Führer glauben. Ihre Beschäftigung und ihre Lebensweise, der Wandercharakter ihrer Arbeit, ihr Aufenthalt in den verschiedenen Ländern — all dieses verleiht ihren Bedürfnissen eine besondere Färbung. Das Liebäugeln mit den diskreditierten Werkzeugen des Völkerbundes, die ihnen nichts bieten können, ist nichts als Zeitverschwendung. Der strategische Zeitpunkt zur Schaffung einer kämpfenden Seeinternationale auf revolutionärer Grundlage ist gekommen. Dies ist die einzige Organisation, die den Seeleuten eine lichtere Zukunft in Aussicht stellen kann. Sie haben genug von den Begräbnis- und Sterbevereinen, die unter dem Namen von „Gewerkschaften“ und Föderationen funktionieren.

Der größte Widerstand gegen jeden Fortschritt kommt natürlich aus England. Großbritannien hält gegenwärtig 34 Prozent der gesamten Schifffahrt der Welt in Händen. Seine Seemannsverbände beherrschen die Lage, insofern es sich um die Arbeiter handelt. Der englische Nationalverband der Seeleute und Heizer ist fast der größte aller bestehenden Nationalverbände. Er ist die reaktionärste Arbeiterorganisation der Welt und ist derart aufgebaut, daß fast keine Möglichkeit vorliegt, ihm durch Arbeit von innen heraus eine andere Färbung zu geben. Die gewöhnlichen Mitglieder des Verbandes besitzen weder Macht noch Rechte. Der Verband nutzt den Umstand aus, daß nicht weniger als 40 Prozent seiner Mitglieder gewöhnlich zur See sind. Er übt nicht nur auf die britischen Schiffsarbeiter, sondern auch auf sämtliche Schiffsarbeiter des europäischen Kontinents eine lähmende Wirkung aus. Es gibt keinen einzigen Arbeiter in der ganzen Schifffahrt, der Wilson, seinen Verband und die berühmte Internationale Seemannsföderation, deren Vorsitzender und Diktator er ist, nicht haßt. Er wußte es so ein-

zurichten, daß die Kongresse in Genua, London und Brüssel den Interessen der Reeder zugute kamen. Nach seiner Rückkehr aus Genua hielt er eine Ansprache an die französischen Seeleute und machte ihnen die glänzendsten Hoffnungen. Keine einzige wurde jedoch erfüllt. Und die Seeleute werden auch wirklich nichts erreichen, solange Wilson, sein Verband und seine Föderation ihnen im Wege stehen.

Die Arbeitgeber haben jetzt die Möglichkeit, die gegenwärtige wirtschaftliche Krise restlos in ihrem eigenen Interesse auszunutzen. Der bestehende Verband kann sie daran nicht hindern. Wilson hat der Reederföderation alle Trümpe in die Hand gespielt. Die revolutionäre Bewegung in England greift jedoch immer mehr um sich. In jedem Hafen gibt es Arbeitergruppen, die mit ihrem vielfachen Verräter in offenem Konflikt stehen. Die Seemannsverbände in Dänemark, Schweden, Italien, Norwegen, Deutschland, Belgien, Frankreich und Holland werden den Tag, an dem die schwindlerische Autokratie von dem Schauplatz verschwindet, mit Freuden begrüßen. Organisationen von diesem Typus müssen vernichtet und nicht ausgebessert werden. Das Leben ist zu kurz, um sich dabei aufzuhalten, an einem verfaulten Baum verdorrte Aeste abzuschneiden. Wenn wir nicht die Tatkraft, das Wissen, die Aufrichtigkeit besitzen, die Sache auf eine richtige Grundlage zu stellen, so tragen wir bloß unseren eigenen Bankerott zur Schau.

Die Grundlage der Organisationen auf dem Schiffe selbst muß der Schiffsausschuß sein, der alle drei Abteilungen: Deckarbeiter, Mechaniker und Stewards umfaßt. Jede dieser Abteilungen wählt ihre Delegierten; diese wiederum wählen einen Schiffsdelegierten, der die Arbeiter in jedem Hafen vertritt und der Küstenabteilung über die Verhältnisse auf dem Schiff und über die Lage der Mannschaft Bericht erstattet. Der Schiffsdelegierte muß nach Möglichkeit Kommunist sein.

Mit der Gründung der Roten Seeinternationale wird ein offener Kampf gegen die Ueberreste der Seemannsföderation und der kleinen autonomen Verbände beginnen. In jedem Hafen müssen Büros gegründet werden, die die See- und Hafentarbeiter nach Möglichkeit in zwei Sektionen vereinigen. Alle Schiffe, die unter dem Wimpel der Seeinternationale segeln, werden in jedem Hafen demselben Statut folgen, unabhängig von der Fahne, die sie führen oder von der Nationalität der Mannschaft. Es muß als Regel aufgestellt werden, daß kein einziges Schiff mit dem Auf- und Abladen beginnen, Kohle einnehmen oder gereinigt werden darf, bevor der Delegierte der Mannschaft nicht berichtet hat, daß an Bord alles in Ordnung ist.

Die Delegierten der Organisationen, die sich der Seeinternationale anschließen, müssen die Arbeiter auf den Werften besuchen und ihnen klarlegen, daß sie die Schiffe nicht nur zur Beförderung von Personen und Waren bauen, sondern auch für die Mannschaften, die an Bord leben. Auf diese Weise könnte man die Arbeiter beeinflussen, von den Schiffbaugesellschaften die Einrichtung bequemer Wohnräume mit einzelnen Kajüten, Speiseräumen, Erholungsräumen, Badezimmern usw. für die Mannschaften zu fordern. Im Laufe des letzten Jahres besuchte ich öfters die großen Werften in der Umgegend von Glasgow und unterhielt mich als alter Matrose mit den Arbeitern über diese wichtigen Fragen. Sie hatten ihre Arbeit bisher nicht von diesem Standpunkt aus betrachtet und versprachen, für die Aufstellung dieser Forderungen durch ihre Betriebsräte Sorge zu tragen. Derartige Propaganda lehrt die Arbeiter kollektiv denken und verleiht ihnen das Klassenbewußtsein, ohne das wohl kleine Aufstände, aber keine wahrhafte Revolution möglich ist.

Die Rote Seeinternationale befindet sich jetzt im Gründungsstadium. Die alten Organisationsformen stürzen zusammen, da sie dem Kampf nicht standhalten können. Besonders klar tritt dieses jetzt in England zutage. Die Dock- und Schiffsarbeiter in Liverpool, Glasgow, Hull, Grimsby und London befinden sich in offenem Konflikt mit ihren Verbänden. Havelock Wilson gibt vor, daß er krank sei und daher den Versammlungen nicht beiwohnen können. Wenn es sich aber darum handelt, mit den Reedern auf dem Jahresbankett der Reederföderation zu schmausen, dann ist er ganz gesund.

Der Führer der Dockarbeitergewerkschaft ist das Parlamentsmitglied Ben Tillett. Dieser Gentleman, der eher einem verabschiedeten Schauspieler als einem Arbeiterführer gleicht, gehört zu den Besuchern des Buckinghampalais und zählt augenscheinlich zu den niedriger stehenden Bekannten des englischen Königshauses. Es würde mehr als eines roten Anstriches bedürfen, um diesen Mann in einen Kämpfer für die Arbeiterklasse zu verwandeln, die ihn reichlich mit Geldmitteln, einem schönen Wohnhause und guter Kleidung versorgt und ihm auch die Mittel gibt, sein verschwommenes Gesicht massieren zu lassen, um die Spuren vom Genuß der teuren Getränke auszulöschen. Havelock Wilson bezieht ein Gehalt von 1400 Pfund Sterling jährlich oder 27 Pfund wöchentlich. Hierzu kommen noch die gelegentlichen Geschenke der klugen Unternehmer.

Die Seeinternationale strebt danach, die Herrschaft über die Meere zu erlangen. Sie weiß, daß diese Aufgabe eine riesenhafte ist, doch das hält sie nicht zurück. Sie rechnet mit der Kraft des

Gegners und kennt die Schwäche und die Aussichtslosigkeit der bestehenden Organisationen ganz genau. Sie kennt die Arbeiter, ihre Bedürfnisse, ihre Gedankenwelt, ihre Psychologie. Diese Arbeiter denken nicht an hohe Ideale, sondern an die Lebensbedingungen auf dem Schiff, an die Arbeitsstunden, das Gehalt, das Essen, die Landungsstellen, die Taue, die Masten, an Laternen, Spaten, Pumpen, Maschinen, Teleskope, an den Schiffsrumpf, an das Kargo, an Kohle, Naphtha, Sextanten, Häfen und andere Dinge, mit denen sie unmittelbar in Berührung kommen. Möglicherweise hat unter hundert Schiffsarbeitern kaum einer von Karl Marx gehört; dieses ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sie vom revolutionären Standpunkt aus einen vorzüglichen Menschenschlag vorstellen. Sie kennen ihren Industriezweig und kennen ihn gut. Welcher Mensch, der sein Leben auf fester Erde zubringt, kennt ihre Arbeit und ihr Leben? Welcher Arbeiter versteht so viele Sprachen zu sprechen wie der Matrose? Die Schiffsarbeiter verschiedenster Nationalitäten verstehen einander. Ohne Seeleute kann keine internationale Arbeiterbewegung, keine Föderation kommunistischer Republiken bestehen. Und auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen in auswärtigen Häfen kann ich getrost sagen, daß die Seeleute für die Durchführung ihrer großen Aufgabe reif sind.

Die Seearbeiter schweben nicht in den Regionen der Politik, sie lassen sich nicht durch Losungen hinreißen; aber sie fühlen es, daß es für sie nur einen Ausweg aus ihrer fürchterlichen Lage gibt: sie müssen die Kontrolle über die Schifffahrt in ihre Hände bekommen. Lassen wir der Seeinternationale nur Zeit, eine einheitliche Organisation der Dock- und Seearbeiter mit Abteilungen in jedem Hafen und auf jedem Schiff zu gründen, dann mag der Kapitalismus zusehen, wo er bleibt.

Eine Organisation, die nicht für die Uebergabe der gesamten Macht in die Hände der Arbeiter eintritt, ist heutzutage völlig nutzlos. Wir brauchen eine kämpfende Arbeiterorganisation. In Deutschland, Argentinien, Italien, Holland, Finnland, Oesterreich und Rußland werden wir offizielle Organisationen haben. Wir können auch unter den bestehenden Verbänden in Skandinavien, Belgien, Griechenland, Frankreich und Spanien auf großen Erfolg rechnen. In Großbritannien, Nordamerika, Brasilien und Peru werden wir die kämpfende Minderheit zu uns heranziehen. Die Hafendarbeiter von Argentinien, Chile, gewisser Häfen Nordamerikas, Australiens, Neuseelands und der meisten europäischen Häfen werden auf unserer Seite sein.

Wir kennen den Wert der Sache, für die wir kämpfen. Wir kennen die ungeheure Kraft, die ihr innewohnt, und rechnen mit ihren

Schwächen. Wir wissen, daß die Zeit uns günstig ist. Wir wissen, daß die Welt in unsere Hände übergehen muß.

Wir dürfen nicht warten, bis der Kapitalismus von selbst zusammenstürzt. Die Gründung einer Seeinternationale ist jetzt eine dringende Notwendigkeit. In Petrograd wird im August d. J. der erste Kongreß der Seeleute stattfinden, um diese Organisation zu schaffen. Der Rote Gewerkschaftsrat und die Kommunistische Internationale werden in der Seeinternationale einen entschlossenen, hoffnungsfreudigen Genossen finden, der ihnen helfen wird, den Kapitalismus zu stürzen und die gelben Amsterdamer Gewerkschaften zu zerstören.

Moskau, den 26. April 1921.

Tom Barker.

Delegierter der Seetransportarbeiter von Buenos Aires und New York und der Hafnarbeiterföderation von Argentinien.

Federation Obrera Regional Argentina.



Ueber die Politik der K. A. P. D.

*Rede auf der Sitzung
des Exekutivkomitees der Kommunistischen Inter-
nationale am 24. November 1920.*

Eine Programmrede, wie Genosse Sinowjew meinte, kann ich aus dem Stegreif nicht halten. Ich werde mich auf kritische Bemerkungen zu der Programmrede beschränken müssen, die Genosse Gorter hier zur Belehrung der Kommunistischen Internationale gehalten hat. Ich muß einige Bemerkungen vorausschicken.

Genosse Gorter hat hier nicht einfach seinen besonderen Standpunkt formuliert, er hat uns, den Stiefsöhnen Osteuropas, im Namen Westeuropas die Leviten gelesen und uns aufgeklärt. Ich habe das Mandat des Genossen Gorter leider nicht gesehen und weiß nicht bestimmt, ob er tatsächlich von Westeuropa abgesandt worden ist, uns einen belehrenden Vortrag zu halten. Aber so weit ich zu urteilen vermag, ist die Rede des Genossen Gorter nichts anderes als eine Wiederholung jener Kritik, jener Anschuldigungen und Formulierungen, die er schon oft den programmatischen und taktischen Grundlagen der Kommunistischen Internationale entgegengesetzt hat. Letztere werden von uns — den östlichen Sozialisten — bekanntlich aber nicht allein, sondern zusammen mit unseren zahlreichen und sich immer weiter mehrenden europäischen Freunden und Gesinnungsgenossen formuliert. Andererseits vergessen wir nicht, daß Genosse Gorter im Namen einer sehr kleinen und wenig einflußreichen Gruppe der westeuropäischen Arbeiterbewegung spricht. Dies muß vor allem festgestellt werden, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Wenn ich ebenso wie Gorter verfahren und revolutionärpolitische Ansichten nach kulturell-nationalen Grenzpfählen abschätzen wollte, so würde ich vor allem behaupten, daß Gorter nicht eben besonders westeuropäisch, sondern eher . . . holländisch urteilt. Gorter spricht nicht im Namen von Westeuropa, sondern in erster Linie im Namen eines Teils der kleinen holländischen Partei, die Verdienste besitzt, aber bisher nicht die Möglichkeit gehabt hat, an der Spitze breiter Massen als führende revolutionäre Kraft zu wirken. Sie ist eher eine Propagandagruppe als eine Kampfpartei. Es gibt in dieser Gruppe Mitarbeiter, die wir sehr hoch schätzen; aber diese Mitarbeiter haben nur geringen Teil an der Sünde, die Genosse Gorter dem Genossen Sinowjew mit so viel Hochmut vorwarf (mit Bezug auf sein Auftreten in Halle): der „Jagd nach den Massen“. Eine Partei, die im Laufe von einigen Jahrzehnten 2000 Anhänger gewonnen hat, kann wirklich nicht der Jagd nach den Massen beschuldigt werden — zum mindesten nicht der erfolgreichen Jagd. Uebrigens ergibt sich aus den Worten des Genossen Gorter selbst, daß unter diesen 2000 holländischen Kommunisten, die Genosse Gorter erzogen hat und mit denen zusammen er erzogen worden ist, keine Einmütigkeit in der Abschätzung der wichtigsten Ereignisse herrscht: Während des Krieges beschuldigte ein Teil den anderen, daß er die Entente unterstütze.

Holland ist ein schönes Land, aber vorläufig ist es noch kein Schauplatz jener mächtigen kommunistischen Schlachten, für die und auf Grund derer sich der Gedanke der Kommunistischen Internationale bildet.

Gorter beschuldigte uns, daß wir zu russisch seien. Gewiß, niemand kann aus seiner eigenen Haut heraus. Aber wir glauben doch, daß Genosse Gorter die Frage viel zu geographisch anfaßt und sich politisch viel zu sehr den Opportunisten und gelben Sozialisten nähert, wenn er uns sagt: „Wenn die Chinesen euch Russen die Methoden und Formen des Kampfes vorschreiben wollten, so würdet ihr ihnen wahrscheinlich sagen, daß ihre Vorschläge allzu chinesisch klingen und für

euch keine bindende Kraft haben können.“ Hier verfällt Genosse Gorter in eine außerordentliche nationale Beschränktheit. Von unserem Standpunkt aus ist die Weltwirtschaft ein organischer Einheitskomplex, auf Grund dessen sich die Weltrevolution des Proletariats entwickelt, und die Kommunistische Internationale orientiert sich nach dem ganzen Weltwirtschaftskomplex, den sie mit den wissenschaftlichen Methoden des Marxismus analysiert, unter Verwertung der ganzen in früheren Kämpfen gesammelten Erfahrung. Das schließt natürlich Besonderheiten der Entwicklung in den einzelnen Ländern, Besonderheiten einzelner Momente usw. nicht aus, sondern setzt sie vielmehr voraus. Aber um diese Besonderheiten richtig zu verstehen, muß man sie im internationalen Zusammenhang betrachten. Das tut Genosse Gorter nicht, und daraus resultieren seine starken Irrtümer.

Wenn er z. B. behauptet, in England stehe das Proletariat allein da, während ihm in Rußland die bäuerlichen Massen folgen, so ist diese pauschale Verallgemeinerung einseitig und daher falsch. Das englische Proletariat ist keineswegs so sehr isoliert, denn England ist ein Weltreich. Die englische Industrie und die Lage des englischen Kapitals hängen vollständig von den Kolonien ab; folglich ist auch der Kampf des englischen Proletariats abhängig vom Kampf der kolonialen Volksmassen. Der Kampf des englischen Proletariats gegen das englische Kapital verlangt eine Orientierung auch bezüglich der Interessen und Stimmungen der Bauernschaft Indiens. Die englischen Proletarier können nicht endgültig siegen, bevor sich das indische Volk erhoben und das englische Proletariat dieser Erhebung ein Ziel und ein Programm gesetzt hat; und in Indien ist der Sieg nicht möglich ohne die Hilfe und Führung des englischen Proletariats. Da habt ihr die revolutionäre Arbeitsgemeinschaft des Proletariats und der Bauernschaft im Britischen Reiche.

Wir Russen stehen — sowohl in sozialer, als auch in geographischer Hinsicht — auf der Grenzscheide zwischen den kolonisierenden und den kolonisierten Ländern. Wir sind kolo-

nisiert worden in dem Sinne, daß wir die großen Fabriken in Petrograd, Moskau und im Süden vom europäischen und amerikanischen Kapital erhalten haben, das den Gewinn einstrich. Der Umstand, daß der russische Industriekapitalist für das Weltfinanzkapital ein Agent dritten Ranges war, verlieh dem Kampf des russischen Proletariats von Anfang an einen revolutionären internationalen Charakter. Der russische Arbeiter sah vor sich einerseits das vereinigte Geldkapital Rußlands, Frankreichs, Belgiens usw., andererseits die zurückgebliebenen Bauernmassen, die noch halbwegs in Hörigkeitsverhältnissen standen. Wir hatten also bei uns London und Indien zugleich. Das hat uns — bei all unserer Rückständigkeit — den europäischen und Weltaufgaben in ihrer entwickeltsten geschichtlichen Form näher gebracht.

Zu unserer Auffassung der Fragen des revolutionären Kampfes sind wir jedoch nicht nur auf Grund unserer nationalen Verhältnisse gelangt. Die bolschewistische Partei war von ihren ersten Anfängen an nach den Lehren Marx aufgebaut, gesättigt mit der gesamten Erfahrung der letzten Jahrzehnte des proletarischen Weltkampfes. Wir haben die Bedingungen unseres eigenen Kampfes stets mit Hilfe der marxistischen Methode analysiert. Um uns von unserer russischen Rückständigkeit wenigstens teilweise reinzuwaschen, erlaube ich mir, daran zu erinnern, daß viele von uns jahrelang an der westeuropäischen Arbeiterbewegung teilgenommen haben. Von den Führern der Kommunistischen Partei Rußlands hat die Mehrzahl in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, England, Amerika gelebt und gekämpft und dort Hand in Hand mit den besten proletarischen Kämpfern gearbeitet. Nicht eine hausbackene russische Theorie hat uns geholfen, uns in unseren russischen Verhältnissen zurechtzufinden und sie mit dem Gang der Weltrevolution zu verknüpfen, sondern vor allem die Theorie des Marxismus; geholfen hat uns der Uustand, daß ganze Geschlechter der russischen Revolutionskämpfer die westeuropäische Revolutionsschule durchgemacht haben. Ich erlaube mir überdies, hinzuzufügen, daß, als Marx und Engels

das Kommunistische Manifest schrieben, sie ebenfalls dem industriell zurückgebliebensten Lande Europas angehörten. Aber bewaffnet mit der von ihnen selbst geschaffenen Methode stützten sie sich bei der Bewertung der deutschen Verhältnisse auf die Analyse der Erfahrung der französischen Revolutionen und des englischen Kapitalismus.

Ich wiederhole nochmals: Wenn Genosse Gorter sagt, daß das Proletariat im Westen, im Gegensatz zu Rußland, völlig isoliert dastehen wird, so denkt er dabei zweifellos an den Unterschied der Lage der russischen und der westeuropäischen Bauernschaft. Aber gleichzeitig läßt er dabei einen nicht weniger wichtigen, sogar wichtigeren Umstand aus dem Auge — den internationalen Charakter der Revolution und die Weltverbindungen. Er faßt die Frage vom insularen englischen Standpunkt an, vergißt Asien und Afrika, vergißt die Verknüpfung der proletarischen Revolution des Westens mit den national-agrarischen Revolutionen des Ostens. Das ist die Achillesferse des Genossen Gorter.

Hinsichtlich der Gewerkschaften und Industrieverbände ist der Standpunkt des Genossen Gorter äußerst verworren. Zuweilen hat es den Anschein, als ob es bei ihm nur um den Wechsel der Organisationsformen gehe. In Wahrheit aber liegt die Sache viel tiefer. In der Rede des Genossen Gorter macht sich die Furcht vor der Masse bemerkbar. Dem Wesen seiner Anschauungen nach ist Genosse Gorter Pessimist. Er glaubt nicht an die proletarische Revolution. Nicht umsonst hat er mit solchem Hochmut von der Jagd der Kommunistischen Internationale nach den Massen gesprochen. Genosse Gorter spricht von der sozialen Revolution wie ein Solist, wie ein Lyriker; zur materiellen Grundlage der Revolution, zur Arbeiterklasse hat er kein Vertrauen. Sein Standpunkt ist in höchstem Grade individualistisch und aristokratisch. Mit dem revolutionären Aristokratismus aber ist der Pessimismus unvermeidlich verbunden. Gorter sagt, wir Leute des Ostens wüßten nicht, wie sehr die Arbeiterklasse „verbürgerlicht“ sei, und daß daher die Erfassung der Massen um

so gefährlicher sei, je erfolgreicher sie vor sich gehe. Das ist das wahre Leitmotiv seiner Rede: er glaubt nicht an die revolutionäre Gesinnung der Arbeiterklasse. Er erkennt nicht den Kern des Proletariats und sieht nur die Schale seiner privilegierten bürokratisierten Spitze.

Was beabsichtigt also Gorter? Was will er? Propaganda! Darin besteht eigentlich seine ganze Methode. Die Revolution, sagt Gorter, hängt nicht von der Not, nicht von den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern von der Erkenntnis der Massen ab; aber diese wird gebildet durch die Propaganda. Er versteht diese Propaganda in völlig idealistischem Sinne, ähnlich wie die Rationalisten und Aufklärer des 18. Jahrhunderts. — Wenn die Revolution nicht von den Lebensbedingungen der Massen abhängt, bzw. nicht so sehr von diesen Bedingungen als von der Propaganda: warum denn habt ihr sie in Holland nicht gemacht? Ihr wollt im Grunde genommen die aktive Entwicklung der Internationale durch die Methoden der propagandistischen Anwerbung einzelner Arbeiter ersetzen. Ihr wollt so etwas wie eine reine Internationale der Auserwählten haben, aber gerade eure holländische Erfahrung sollte euch sagen, daß sich bei einem solchen Verhalten in der auserwähltesten Organisation die schärfsten Meinungsverschiedenheiten ergeben müssen.

Infolge seines idealistischen Standpunktes verfällt Gorter aus einem Widerspruch in den anderen. Er begann mit der Propaganda eines allumfassenden Mittels zur Erziehung der Massen und kam dann zur Behauptung, daß die Revolution „durch Taten und nicht durch Worte“ gemacht werde. Diese Parole braucht er zur Bekämpfung des Parlamentarismus. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß Genosse Gorter eine anderthalbstündige Rede halten mußte, um zu beweisen, daß Revolutionen nicht durch Reden, sondern durch Taten vollbracht werden. Früher haben wir von ihm gehört, daß die Massen für die Aktion durch Propaganda, also doch durch Reden, vorbereitet werden können. Der Kern der Sache liegt aber darin, daß Genosse Gorter eine auserwählte Gruppe von Agi-

tatoren, Propagandisten, Schriftstellern haben will, die sich nicht zu so vulgären Aktionen wie Parlamentswahlen oder Teilnahme am Leben der Gewerkschaften hergibt, sondern durch tadellose Reden und Artikel die Massen so lange „erzieht“, bis diese fähig werden, die kommunistische Revolution zu verwirklichen. Ich wiederhole, daß diese Vorstellung ganz von Individualismus durchtränkt ist.

Unbedingt falsch und durchaus antirevolutionär ist die Behauptung Gorters, daß die westeuropäische Arbeiterklasse ganz verbürgerlicht sei. Wenn dem so wäre, so wäre das gleichbedeutend mit einem Todesurteil für alle unsere Erwartungen und Hoffnungen. Die Macht des Kapitals, dem es gelungen ist, das Proletariat zu verbürgerlichen, durch die Propaganda einiger Auserwählter bekämpfen zu wollen, ist eine hoffnungslose Utopie. In Wirklichkeit sind nur die — wenn auch recht zahlreichen — *S p i t z e n* der Arbeiterklasse verbürgerlicht.

Nehmen wir die Gewerkschaften. Vor dem Kriege vereinigten sie 2 bis 3 Millionen Mitglieder in Deutschland und in England, etwa 300 000 in Frankreich usw. Jetzt umfassen sie etwa 8 bis 9 Millionen in Deutschland und England, in Frankreich über 2 Millionen usw. Wie können wir es denn versuchen, außerhalb dieser mächtigen Organisationen auf die Massen einzuwirken, in die durch die Erschütterungen des Krieges neue Millionen hineinströmten? Gorter weist darauf hin, daß mehr Arbeiter außerhalb der Gewerkschaften stehen als in den Gewerkschaften. Im allgemeinen ist das richtig. Aber auf welchem Wege hofft Gorter an diese zurückgebliebensten Schichten heranzukommen, die sich sogar unter dem Einfluß der gewaltigen Kriegserschütterungen dem organisierten Wirtschaftskampf der Arbeiterklasse nicht angeschlossen haben? Oder glaubt Gorter, daß in den Gewerkschaften nur die verbürgerlichten Proletarier zusammenströmen, die „reinen“ aber draußen geblieben sind? Das wäre naiv. Außer Hunderttausenden privilegierter und korrumpierter Arbeiter sind in die Gewerkschaften Millionen der kampffähigsten und einsichtigsten Elemente eingetreten, an denen vorbei wir keinen

Weg zu den zurückgebliebenen, bedrückten und unwissenden Schichten des Proletariats finden werden. Die Schaffung kommunistischer Zellen in den Gewerkschaften mehrt den Einfluß unserer Partei auf den aktivsten, einsichtigsten, somit uns zugänglichsten Teil der Arbeiterklasse. Wer das nicht begreift, wer außer der Schicht der Arbeiterbürokratie und -Aristokratie nicht die proletarische Masse in den Gewerkschaften, wer unter Ausschaltung der Gewerkschaften das Proletariat revolutionieren will, dem droht die Gefahr, ein Prediger in der Wüste zu bleiben.

Gorter betrachtet die Gewerkschaften und den Parlamentarismus als Faktoren, die außerhalb der geschichtlichen Entwicklung stehen, als ein- für allemal gegebene Größen. Da die Arbeit der Gewerkschaften und des Parlamentarismus nicht zur Revolution geführt hat, so schlägt Gorter vor, den Gewerkschaften und dem Parlamentarismus den Rücken zu kehren, und er merkt nicht, daß er damit bei den jetzigen Verhältnissen der Arbeiterklasse selbst den Rücken kehrt.

In der Tat, die Sozialdemokratie, mit der wir, bezw. die Kommunistische Internationale, gebrochen haben, war eine bestimmte Epoche in der Entwicklung der Arbeiterklasse, die Epoche nicht der Revolution, sondern der *R e f o r m a t i o n*. Der künftige Geschichtsschreiber wird, wenn er den Entwicklungsgang der Bourgeoisie und des Proletariats vergleicht, sagen, daß auch die Arbeiterklasse ihre proletarische *R e f o r m a t i o n* gehabt hat.

Was war das Wesen der letzteren? Die zu selbständigem geschichtlichen Handeln erwachte Bourgeoisie stellte sich nicht von Anfang an die Aufgabe, die Macht zu erobern, sondern sie suchte im Rahmen der feudalen Gesellschaft sich bequemere und ihren Bedürfnissen besser angepaßte Lebensbedingungen zu sichern. Sie erweiterte für sich den Rahmen des feudalen Staates, veränderte ihn und verwandelte ihn in eine bürokratische Monarchie. Sie gab der Religion einen anderen Inhalt und individualisierte sie, d. h. paßte sie der bürgerlichen Eigenart an. In diesen Tendenzen drückte sich die relative geschicht-

liche Schwäche der aufkommenden Bourgeoisie aus. Nachdem sie sich diese Stellungen gesichert hatte, ging die Bourgeoisie zum Kampf um die Macht über. Die Sozialdemokratie erwies sich unfähig, aus der Erkenntnis des Marxismus zur sozialen Revolution zu gelangen. Die Sozialdemokratie beschränkte sich darauf, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates für die Interessen der Arbeitermassen zu wirken. Die Eroberung der Macht wurde zwar formell als Ziel aufgestellt; auf den praktischen Kampf der Sozialdemokratie übte es aber gar keinen Einfluß aus. Die Arbeit bestand nicht in einer revolutionären Ausnutzung des Parlamentarismus, sondern in einer Anpassung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Demokratie. Diese Anpassung des seiner Kraft noch nicht hinreichend bewußten Proletariats an die sozialen, staatlichen und ideologischen Formen der bürgerlichen Gesellschaft war offenbar ein geschichtlich unvermeidlicher Vorgang, aber eben ein geschichtlicher, d. h. durch die bestimmten Verhältnisse der Epoche begrenzter Vorgang. Diese Epoche der proletarischen Reformation schuf einen besonderen Apparat der Arbeiterbürokratie mit besonderen Denkgewohnheiten, führte zu einer eigenen Routine, Kleinkrämerei, Anpassungspolitik, Kurzsichtigkeit.

Gorter identifiziert diesen bürokratischen Apparat mit den proletarischen Massen selbst. Daher die idealistischen Illusionen Gorters. Seine Denkweise ist nicht materialistisch, ist nicht historisch. Er erkennt nicht die Wechselbeziehungen zwischen der vergangenen Epoche und der jetzigen. Gorter erklärt: die Gewerkschaften haben bankrottiert, die Sozialdemokratie hat bankrottiert, der Kommunismus hat bankrottiert, die Arbeiterklasse hat sich verbürgerlicht. Man muß von vorne anfangen, und zwar mit einer Gruppe von Auserwählten, die ohne Rücksicht auf alle alten Organisationsformen dem Proletariat die reine Wahrheit bringen, es von bürgerlichen Vorurteilen reinwaschen und es endlich zur proletarischen Revolution vorbereiten werden. Wie ich bereits sagte, ist ein solcher idealistischer Hochmut die Kehrseite des tiefsten Skeptizismus.

Gorter beweist auch in bezug auf die Epoche, in der wir leben, und speziell in bezug auf die deutsche Revolution, alle Besonderheiten seines antimaterialistischen, antidialektischen, antihistorischen Denkens. In Deutschland dauert die Revolution schon zwei Jahre. Wir beobachten in ihr den Wechsel bestimmter Gruppierungen, Stimmungen, Methoden usw. Dieser Wechsel zeigt eine planmäßige Entwicklung, die man voraussehen konnte und mußte und die wir auf Grund unserer Analyse und Erfahrung vorausgesehen und vorausgesagt haben. Genosse Gorter aber kann nicht im entferntesten beweisen oder auch nur behaupten, daß sich der von ihm vertretene Standpunkt in Deutschland systematisch und planmäßig entwickelt und, durch die Erfahrungen der Revolution bereichert, einen immer stärkeren Einfluß auf die Entwicklung der Revolution ausübt.

Genosse Gorter spricht mit der höchsten Verachtung von der Spaltung in der U. S. P. D. Für ihn ist das eine für echte Revolutionäre keiner Aufmerksamkeit würdige Episode unter Opportunisten und kleinbürgerlichen Schwätzern. Aber dadurch wird nur die ganze Oberflächlichkeit des Standpunkts des Genossen Gorter bewiesen. Denn die Kommunistische Internationale hat bereits in der Periode ihres Entstehens, vor ihrer formellen Gründung, durch ihre theoretischen Vertreter die Unausbleiblichkeit sowohl des Anwachsens der Unabhängigen Partei, als auch ihre spätere Umformung und Spaltung vorausgesehen. Für uns ist diese Spaltung keine Bagatelle, sondern eine höchst bedeutsame Etappe in der revolutionären Entwicklung des deutschen Proletariats. Wir haben sie zu Beginn der Revolution vorausgesagt, haben sie angestrebt, haben sie Hand in Hand mit den deutschen Kommunisten vorbereitet. Jetzt haben wir sie erreicht. Die Schaffung einer Vereinigten Kommunistischen Partei in Deutschland ist keine leere Phrase, sondern ein geschichtliches Ereignis von größter Wichtigkeit. Auch an dieser historischen Tatsache hat sich, abgesehen von allem anderen, wieder die Richtigkeit unserer historischen Prognose und unserer Taktik gezeigt. Genosse Gorter mit seinen propa-

gandistischen, rationalistischen Reden sollte es sich zehnmal überlegen, ehe er den Bannstrahl gegen eine Richtung schleudert, die mit der Entwicklung der Revolution wächst, die ihr Morgen und Uebermorgen selbst voraussieht, sich klare Ziele steckt und sie zu erreichen versteht.

Kehren wir zum Parlamentarismus zurück. Gorter sagt uns: „Ihr Orientalen seid nicht erfahren in den Fragen der bürgerlich-demokratischen Politik und Kultur und gebt euch keine Rechenschaft darüber, was Parlament und Parlamentarismus für die Arbeiterbewegung bedeutet.“ Und um unserer wenigstens teilweisen Erleuchtung willen erklärt uns Genosse Gorter den verderblichen Einfluß des parlamentarischen Reformismus. Wenn der beschränkte Verstand der Orientalen überhaupt nicht fähig ist, sich in diesen Fragen zu orientieren, so hat es ja gar keinen Zweck, mit uns zu reden. Aber ich befürchte sehr, daß aus dem Genossen Gorter keineswegs die letzte Weisheit des westeuropäischen revolutionären Gedankens spricht, sondern nur die konservative Beschränktheit eines pessimistischen Individualismus, der nicht an die proletarische Revolution glaubt. Auch das Kommunistische Manifest schien seinerzeit, ja selbst gegenwärtig, vielen französischen und britischen „Sozialisten“ ein Produkt der deutschen kulturellen und politischen Rückständigkeit zu sein. Nein, das meridionale Argument kann uns nicht überzeugen. Ogleich wir gegenwärtig unter dem Meridian von Moskau diskutieren, so betrachten wir uns doch als Teilhaber an den Welterfahrungen der Arbeiterklasse, wir kennen — und nicht nur aus Büchern — die Epoche des Kampfes des Reformismus und Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung, haben den sozialdemokratischen Parlamentarismus in einer Reihe von Ländern nahe und kritisch beobachtet und haben uns über seinen Platz in der Entwicklung der Arbeiterklasse genügend Klarheit erworben.

Gorter sagt, in den Herzen der Arbeiter sitze die Hochschätzung des Parlamentarismus zu tief. Das ist richtig. Man muß aber hinzufügen, daß diese Hochschätzung durch eine mystische Angst vor dem Parlamentarismus in den Herzen

einiger Ideologen ergänzt wird. Gorter glaubt, wenn er einen Kilometer weit am Parlamentsgebäude vorbeigeht, so wird die Hochachtung der Arbeiter vor dem Parlamentarismus geringer oder verschwinden. Eine solche Taktik beruht auf idealistischem Aberglauben und nicht auf Realitäten. Der kommunistische Standpunkt betrachtet den Parlamentarismus im Zusammenhang mit allen politischen Beziehungen und fetischiert den Parlamentarismus weder mit einem Plus- noch mit einem Minuszeichen. Das Parlament ist ein Mittel zur politischen Täuschung und Einschläferung der Massen, zur Verbreitung von Vorurteilen, zur Unterstützung der Illusionen der politischen Demokratie usw. usw. Das ist alles unbestreitbar. Aber steht denn das Parlament in dieser Hinsicht vereinzelt da? Wird denn durch die Zeitungen, vor allem die sozialdemokratischen, kein kleinbürgerliches Gift verbreitet? Sollten wir da nicht vielleicht auch auf die Presse als Werkzeug zur kommunistischen Aufklärung der Massen verzichten? Oder vielleicht wird schon die bloße Tatsache, daß die Gruppe des Genossen Gorter dem Parlament den Rücken kehrt, den Parlamentarismus kompromittieren? Wenn dem so wäre, so würde das bedeuten, daß in den Augen der Massen die von der Gruppe Gorters vertretene Idee der kommunistischen Revolution höher steht als alles andere. Dann aber würde das Proletariat selbstverständlich das Parlament mühelos auseinandertreiben und die Macht in seine Hand nehmen. Das ist doch aber nicht der Fall. Gorter selbst leugnet ja nicht nur nicht die Achtung und Kriecherei der Massen vor dem Parlament, sondern übertreibt sie sogar bis zur Karikatur. Aber welche Schlüsse zieht er daraus? Man müsse die „Reinheit“ der eigenen Gruppe — d. h. Sekte — bewahren. Letzten Endes können die Argumente Gorters gegen den Parlamentarismus ebenso gegen alle Formen und Methoden des Klassenkampfes des Proletariats gerichtet werden, denn alle diese Formen und Methoden haben sich als tief durchseucht von Opportunismus, Reformismus und Nationalismus erwiesen. Indem Gorter die Ausnutzung der Gewerkschaften und des Parlamentarismus bekämpft, ignoriert er den Unterschied

zwischen der Kommunistischen und Zweiten Internationale, zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie und macht sich vor allem nicht den Unterschied klar zwischen zwei grundverschiedenen Geschichtsepochen.

Uebrigens erkennt Gorter selbst an, daß vor der Revolution die Parlamentsreden Liebknechts große Bedeutung gehabt haben. Aber, sagt er, nach dem Beginn der Revolution verliert der Parlamentarismus jeden Sinn. Leider erläutert Genosse Gorter nicht, von welcher Revolution er spricht. Liebknecht hielt seine Reden im Reichstag vor der bürgerlichen Revolution. Jetzt hat Deutschland eine bürgerliche Regierung, und das Land geht seiner proletarischen Revolution entgegen. In Frankreich ist die bürgerliche Revolution schon längst abgeschlossen, die proletarische Revolution aber ist noch immer nicht da, und es gibt keine bestimmten Anhaltspunkte dafür, daß sie morgen, in einer Woche oder selbst in einem Jahr eintreten wird. Gorter erkennt an, daß die Ausnutzung des Parlamentarismus vor der Revolution zulässig und nützlich ist. Vortrefflich!—Aber noch sind ja weder Deutschland, noch Frankreich und England, wie leider überhaupt alle zivilisierten Länder der Welt gar nicht in die proletarische Revolution eingetreten. Wir erleben jetzt eine Epoche der Vorbereitung dieser Revolution. Wenn die Parlamentsreden Liebknechts in der Periode vor der Revolution eine revolutionäre Bedeutung haben konnten, warum lehnt Gorter dann den Parlamentarismus für die jetzige vorbereitende Epoche ab? Oder hat er den Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in Deutschland übersehen? Hier hat Genosse Gorter ganz offenbar nicht zu Ende gedacht, und das verwickelt ihn in Widersprüche. Er ist augenscheinlich der Ansicht, da Deutschland „überhaupt“ in die Periode der Revolution eingetreten sei, so müsse man „überhaupt“ auf den Parlamentarismus verzichten. Aber wie steht es dann mit Frankreich? Nur idealistische Vorurteile können uns den Verzicht auf die Parlamentstribüne diktieren, die wir gerade dazu ausnutzen können

und müssen, um den Aberglauben der Arbeiterschaft an den Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie zu brechen.

Es ist sehr wohl möglich, daß jedes parlamentarische Wort Liebknechts im vorrevolutionären Deutschland bedeutend mehr Zuhörer gefunden hat als es jetzt finden würde. Ich erkenne überhaupt voll und ganz an, daß in der Epoche der herannahenden Revolution Parlamentsreden, selbst die revolutionärsten, keine solche Wirkung tun können, wie sie es vor einigen Jahren im Augenblick der höchsten Herrschaft des Militarismus getan haben oder hätten tun können. Wir behaupten durchaus nicht, daß der Parlamentarismus immer und überall dieselbe Bedeutung hat. Im Gegenteil: der Parlamentarismus und seine Stellung im Kampf des Proletariats müssen vom Standpunkt der konkreten örtlichen und zeitlichen Verhältnisse bewertet werden. Aber eben deshalb ist die Verneinung des Parlamentarismus in Bausch und Bogen der reinste Aberglaube. Letzten Endes kommt eine solche Verneinung der Angst eines tugendhaften Menschen gleich, der nicht auf die Straße hinausgeht, weil er sich fürchtet, seine Tugend irgendwelchen Versuchungen auszusetzen. Wenn ich ein Revolutionär und Kommunist bin, der unter der Leitung und Kontrolle einer zentralisierten proletarischen Partei arbeitet, so kann ich in einer gewerkschaftlichen Organisation, an der Front, in einer Zeitung, auf den Barrikaden, im Parlament wirken, — ich bleibe dennoch, was ich sein muß, — kein Parlamentarier, kein Zeitungsschreiber, kein Gewerkschaftler, sondern ein revolutionärer Kommunist, der alle Wege, Mittel und Methoden benutzt, um der sozialen Revolution zum Siege zu verhelfen.

Schließlich das letzte Kapitel Gorters: „Die Masse und die Führer“. In dieser Frage drückt sich der Idealismus und Formalismus des Genossen Gorter nicht weniger deutlich aus als in den anderen Fragen. „Jagt den großen Massen nicht“, belehrt uns Genosse Gorter. „Es ist besser, eine kleine Anzahl, dafür aber vollwertiger Genossen zu haben.“

In dieser Form ist dieses Rezept inhaltslos. Erstens sehen wir am Beispiel Hollands und auch anderwärts, daß eine kleine,

streng konservierte Mitgliederzahl eine Organisation keineswegs vor ideellen Abirrungen bewahrt, ja in gewissem Sinne solche fördert, da eine sektenartige Organisation nicht die nötige Standfestigkeit haben kann. Zweitens aber — und dies ist die Hauptsache — darf man nicht vergessen, daß unser Ziel die Revolution ist. Die Revolution aber kann nur von einer Massenorganisation geleitet werden. Der Kampf Gorters gegen den „Führerkultus“ hat einen rein idealistischen, fast theoretischen Charakter, wobei er sich auf Schritt und Tritt in Widersprüche verwickelt. Wir brauchen keine Führer, sagt er, das Schwergewicht muß bei den Massen liegen. Andererseits aber warnt er uns: buhlt nicht um die Massen. Die Verbindung zwischen Partei und Klasse wird Gorters Auffassung nach bestimmt durch die Wechselbeziehungen zwischen einer kleinen Propagandagesellschaft und dem von Bürgerlichkeit angesteckten Proletariat. Aber gerade in solchen Organisationen, wo die Furcht vor den Massen herrscht, wo man zu ihnen kein Vertrauen hat, wo man durch individuelle Propaganda werben will, wo nicht der Klassenkampf, sondern eine idealistische Aufklärung die Basis der Arbeit ist, gerade dort müssen die Führer eine unverhältnismäßig große Rolle spielen. Ich brauche hierfür keine Beispiele zu nennen; Genosse Gorter wird ihrer nicht wenige finden. (Zwischenruf: K. P. D.) Die Geschichte der K. P. D. ist noch zu jung. Sie hat bisher die Massen noch zu wenig geführt, als daß man die Wechselbeziehungen zwischen Massen und Führern erfahrungsmäßig und irgendwie vollständig bestimmen könnte. Erst jetzt nach der Spaltung der U. S. P., die durch die Arbeit der K. P. D. erzielt wurde (trotz ihrer unstreitigen einzelnen Fehler, die Ihr so stark betont), erst jetzt beginnt eine neue Epoche im Leben des deutschen Proletariats und des deutschen Kommunismus. Die Erziehung der Massen und die Auswahl der Führer, die Entwicklung der Selbstbetätigung der Massen und die Einführung einer entsprechenden Kontrolle über die Führer, — das sind alles miteinander verknüpfte und gegenseitig bedingte Erscheinungen und Vorgänge. Ich kenne kein Rezept, mit dessen Hilfe man

künstlich das Schwergewicht von den Führern auf die Massen verlegen könnte. Gorter verweist auf die Propaganda der Ausgewählten. Lassen wir das für einen Augenblick gelten. Aber bevor diese Propaganda sich der Massen bemächtigt hat und sie emporhebt, wird das Schwergewicht des Handelns offenbar bei denen liegen, die die Propaganda führen, d. h. bei den Initiatoren oder Führern. Auf Schritt und Tritt kann man verfolgen, daß sich hinter dem sogenannten Kampf gegen die Führer die demagogische Bekämpfung der Ideen und Methoden verbirgt, die von den betreffenden Führern vertreten werden. Wenn diese Ideen und Methoden richtig sind, so ist der Einfluß dieser Führer gleichbedeutend mit dem Einfluß richtiger Methoden und Ideen. Im Namen der Masse treten meistens diejenigen auf, die es nicht verstehen, sich der Masse zu bemächtigen. Ueberhaupt wird das Verhältnis zwischen den Führern und der Masse durch das kulturelle und politische Niveau der Arbeiterklasse bedingt; es ist abhängig davon, ob sie revolutionäre Traditionen hat und an Massenaktionen gewöhnt ist, und eine wie große Schicht des Proletariats die Schule der Klassenorganisation und der marxistischen Erziehung durchgemacht hat. Ein selbständiges Problem der Führer und Massen gibt es nicht. Indem die kommunistische Partei das Feld ihres ideellen Einflusses erweitert, in alle Kreise des Lebens und Kampfes der Arbeiterklasse eindringt, immer breitere Massen in den aktiven Kampf unter der Fahne der revolutionären Umwälzung hineinzieht, — erweitert und vertieft sie dadurch die Selbstbetätigung der Arbeitermassen, und während sie die Rolle der Führer keineswegs verringert, sondern ihnen eine nie dagewesene historische Macht verleiht, verknüpft sie dennoch diese Rolle enger mit der Selbstbetätigung der Massen und stellt die Führer unter organisierte und bewußte Kontrolle kämpfender Massen.

Gorter sagt, man dürfe die Revolution nicht eher beginnen, als bis die Führer das geistige Niveau der Arbeiterklasse so gehoben haben, daß sie ihre historische Aufgabe endgültig begreift. Aber das ist doch der reinste Idealismus! Als ob der

Moment des Eintretens der Revolution wirklich nur vom Grade der Aufklärung der Arbeiterklasse abhängt, und nicht von einer ganzen Reihe anderer Faktoren, innerer wie internationaler, wirtschaftlicher wie politischer, speziell aber vom Einfluß der Not der am meisten pauperisierten werktätigen Massen, denn die Not bleibt — mit Erlaubnis des Genossen Gorter — die wichtigste Triebfeder der proletarischen Revolution. Es ist sehr wohl möglich, daß bei einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage Europas und Hollands die Revolution in einem Augenblick ausbricht, wo die Kommunistische Partei Hollands immer noch eine numerisch kleine Gruppe darstellen wird. Die in den Revolutionsstrudel hineingezogenen holländischen Arbeiter werden dann nicht fragen, ob sie nicht warten müßten, bis die Kommunistische Partei Zeit gehabt hätte, sie für eine völlig bewußte und planmäßige Teilnahme an den Ereignissen vorzubereiten. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß England in die Epoche der proletarischen Revolution eintreten wird, wenn es erst eine verhältnismäßig nur wenig zahlreiche kommunistische Partei besitzt. Da ist nichts zu machen; denn die Propagierung der Ideen des Kommunismus ist nicht der einzige Faktor der Geschichte. Daraus folgt nur, daß die Arbeiterklasse Englands — wenn sie durch große historische Geschehnisse schon in der allernächsten Periode in die offene proletarische Revolution hineingezogen wird — sich im Prozeß ihres Kampfes um die Macht und sogleich nach der Eroberung der Macht ihre Massenpartei schaffen, sie erweitern und festigen muß; in der ersten Periode aber wird die wenig zahlreiche kommunistische Partei, ohne sich von der allgemeinen Bewegung zu trennen und unter Berücksichtigung des vorhandenen Niveaus der Einsicht und Organisiertheit des Proletariats, danach streben müssen, in die sich faktisch entwickelnde Revolution das Maximum kommunistischer Erkenntnis hineinzutragen.

Kehren wir zu Deutschland zurück. Als die jetzige Epoche begann, stand an der Spitze des deutschen Proletariats noch keine schlagfertige Parteiorganisation. Die Arbeiterklasse war genötigt, ihre wahrhaft revolutionäre Partei im Verlauf des

offenen Kampfes aufzubauen. Daher kommt es, daß der Kampf des deutschen Proletariats einen so unsicheren und zögernden Charakter trägt und mit so großen Opfern verbunden ist. Was sehen wir in Deutschland? Eine Reihe von Vorstößen und Rückzugsmanövern, Erhebungen und Niederlagen, wiederholtes Uebergehen vom Angriff zur Verteidigung, kritische Selbstanalyse, Selbstreinigung, Spaltungen, Umwertung der Führer und Methoden, neue Spaltungen und Vereinigungen. In diesem Schmelztiigel des Kampfes, auf Grund der gemachten revolutionären Erfahrung wird eine echte kommunistische Partei herausgebildet. Das herablassende Verhalten zu diesem Prozeß als zu einer Balgerei der „Führer“, als zu Familiengezänk der Opportunisten unter sich usw. zeugt nur von einer außerordentlichen Kurzsichtigkeit, um nicht zu sagen Blindheit. Wenn man sieht, wie die deutsche Arbeiterklasse sich von ihren „Führern“ Scheidemann, Ebert usw. zum Ruhme des Imperialismus knebeln ließ, wie die breiten Massen dann mit ihren imperialistischen Führern brachen und — auf der Suche nach einer neuen Orientierung — zeitweilige Bedingungen für den Einfluß der Kautsky und Hilferding geschaffen haben, wie dann der beste und kampffähigste Teil dieser Massen die Kommunistische Partei geschaffen hat, die anfangs wenig zahlreich war, aber fest und mit Recht auf die weitere Revolutionierung der proletarischen Massen rechnete, wenn man weiter die schichtweise Teilung der Unabhängigen Partei und die faktische Spaltung unter den opportunistischen Führern, zwischen der Arbeiterdemokratie und den revolutionären Massen, die den besten Teil der Führer mit sich ziehen, beobachtet, wenn man diesen Prozeß in seinem ganzen Umfang nicht vom Standpunkt eines Pedanten, sondern von dem eines materialistisch denkenden Revolutionärs einschätzt, dann sagt man sich: hier, im Rahmen der Vereinigten Kommunistischen Partei, wird unter neuen Verhältnissen eine neue Grundlage für die wahre Entwicklung der revolutionären Partei des Proletariats geschaffen. Wenn Genosse Gorter das nicht einsieht, so ist ihm nicht zu helfen. Wenn die von ihm hier vertretene K. A. P. D., in der es zweifellos eine große An-

zahl vortrefflicher revolutionärer Arbeiter gibt, — wenn diese wenig zahlreiche Organisation sich fürchtet, in die V. K. P. einzutreten, die nicht durch oberflächliche Rekrutierung, sondern in den Qualen der Revolution, nach durchgemachtem, tiefgehendem Kampf, nach Spaltungen und Reinigungen geschaffen wurde, so bedeutet diese Furcht nur, daß die Führer der K. A. P. D. in ihr vorläufig noch eine zu große Rolle spielen und die von ihnen geführten Arbeiter mit jenem Mißtrauen gegen die proletarischen Massen anstecken, von dem die Rede des Genossen Gorter erfüllt war.

L. Trotzki.



Die Kommunistische Internationale und die Intellektuellen.

Daß die Eroberung der Intellektuellen durch das Proletariat eine der wesentlichsten Aufgaben der großen sozialen Umwälzung ist, können die westeuropäischen Genossen natürlich nur aus theoretischen Beweisen oder aus der fast vierjährigen Erfahrung der Sowjetpraxis in Rußland lernen. Es handelt sich um eine Eroberung im vollsten Sinne des Wortes; denn bevor die Folgen des imperialistischen Krieges sichtbar wurden, waren die Intellektuellen in Westeuropa in ihrer großen Mehrheit und in Rußland mit Ausnahme eines Teils der Jugend und einzelner Persönlichkeiten, die sich der revolutionären Bewegung angeschlossen hatten, im großen und ganzen im spießbürgerlichen Sumpf versunken und direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und dem alten Regime verknüpft. Der Teil der Intellektuellen, der politisch nicht denkt (und zur Schande dieser Gesellschaftsgruppe, die das Salz der Erde zu sein glaubt, gibt es unter ihnen sehr viele, die politisch wenig denken) war gewissermaßen ein Objekt der sozialen Einwirkung. Die politisch aktiven Klassen — die Gutsbesitzer, die Bourgeoisie, das Proletariat — kämpften um sie ebenso wie um die Maschinen oder um die Eisenbahnen. Aber auch das tote Inventar, dessen sich das Proletariat im Revolutionsprozeß physisch bemächtigt, muß man geistig beherrschen lernen, und das ist doppelt wichtig hinsichtlich des lebenden Inventars, das der politisch träge Teil der Intellektuellen bildet.

Antipathisch gesinnt gegen die Unterschichten, die sich erküht haben, „Obrigkeit“ zu werden, erschüttert durch die Zersetzung der Lebensverhältnisse, absolut nicht gewöhnt, den neuen Anforderungen, die von den neuen Lebensbedingungen gestellt wurden, Rechnung zu tragen, versuchten diese Intellektuellen anfangs, durch Passivität gegen den Sowjetstaat vorzugehen, d. h. ihn in mehr oder weniger organisierter Form zu sabotieren. Das Proletariat in Rußland hat darauf mit genügender Energie zu antworten verstanden, und die Sabotage wurde gebrochen. Das intellektuelle Spießertum murrte noch heute gegen die Sowjetmacht, klatscht hinter dem Rücken der Kom-

munisten, freut sich über jeden Mißerfolg derselben, einschließlich sogar solcher Mißerfolge, die das ganze Land schädigen, und betrübt sich über die Erfolge, einschließlich solcher, die im Grunde genommen für das ganze Volk von Vorteil sind.

Die Masse zu beherrschen lernen, heißt erstens: Die Sympathien einer möglichst großen Menge amorpher und spießbürgerlicher Elemente für die Politik der Kommunisten zu gewinnen; zweitens, sie zu realer und fruchtbringender Arbeit im Geist ihrer Fachkenntnisse heranziehen, zu welchem Zweck ein entsprechender Plan ihrer Ausnutzung zu entwerfen ist; drittens, ein Regime zu schaffen, das, ohne sich für die Intellektuellen in Zwangsarbeit und in etwas Abstoßendes zu verwandeln, dennoch eine ausreichende Kontrolle über die Tätigkeit derjenigen ermöglicht, auf deren Sympathie wir uns keinesfalls verlassen können. Eben diese Richtung hält die Kommunistische Partei Rußlands in ihrer Politik gegen die erwähnten spießig-intellektuellen Massen ein. Und in Westeuropa kann die allgemeine Verelendung der Intellektuellen, besonders in Deutschland und Oesterreich, einen bedeutenden Teil derselben in eine scharfe Opposition gegen die bürgerliche Welt hineintreiben, was sich teilweise schon jetzt bemerkbar macht. Dort kann die Lage sich dadurch bedeutend leichter gestalten, daß die soziale Revolution bei ihrem politischen Triumph die Opposition der intellektuellen Durchschnittsbürger sehr geschwächt findet, ja, von einem bedeutenden Teil derselben sogar begrüßt und unterstützt werden wird.

Den Gegenpol des Teils der Intellektuellen bildet der politisch scharf denkende Teil der Intellektuellen, der sozusagen von eigenartigem Klasseninstinkt durchdrungene Teil, der sich in einer eigenartigen Klassentheorie äußert. Man darf sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben. Wenn in Westeuropa die dortigen Menschewiki, d. h. Rechtssozialisten, häufig Vertreter des von der Bourgeoisie verdorbenen Teils des qualifizierten Proletariats sind, so ist bei uns in Rußland nur eine geringe Anzahl qualifizierter Proletarier am Boden der sogenannten sozialdemokratischen Partei geblieben. Diese Partei ist eine durchaus intellektuelle; ihr Werbungskreis ist vollkommen klar. Es ist die junge, noch nicht flügge Bourgeoisie, die nicht die Möglichkeit hat, mit dem Selbstherrschertum selbständig fertig zu werden und sich in der Bourgeoisie einen Ehrenplatz zu erobern; sie spielte die Vermittlerrolle zwischen der industriellen Bourgeoisie als solcher und dem gebildeten, technisch qualifizierten Teil des Proletariats. Der Kommis, und zudem der vertraute und beschmeichelte Kommis der Bourgeoisie und gleichzeitig Führer der „Stehkragenproletarier“ zu sein — das ist im Grunde genommen das Ideal des Menschewiks. Das ist natürlich

das Ideal der Scheidemänner aller Zungen, nur mit dem Unterschiede, daß die Scheidemänner unter den Arbeitern noch eine große Zuhörerschaft haben, während die der Menschewiki bei den ersten Donnerschlägen der Revolution zerschmolz und sich zerstreute.

Aehnlich sind die Intellektuellen, die sich den Sozialrevolutionären anschließen. In die Partei der S.-R. haben sich im Jahre 1917 ganze Berge intellektueller Spießer gestürzt. Das Programm der S.-R. verpflichtete sie zu nichts. Es war sozusagen Mode, sich ein sozialrevolutionäres rotes Bändchen ins Knopfloch zu stecken. Als ein großes Tohuwabohu, wo eine ausschweifende anarchistische Natur neben einem pedantischen „Kritiker“ von Marx und einem kaum merklich gefärbten Schwarzhundertmann stehen konnte, drängten die klassenlosen Intellektuellen unter der Fahne der sozialrevolutionären Partei in Rußland zur Macht. Natürlich zerfiel diese lockere Masse zu Staub, als sie einen ersten Schlag von Arbeiterhand erhielt. — Kann man die S.-R. als Bauernpartei bezeichnen? — ja, soweit sie, in Parallele mit den Menschewiki, die sich auf die Arbeiteraristokratie zu stützen suchten, sich auf die Bauernaristokratie stützt. Aber der Arbeiteraristokrat ist immerhin ein Arbeiter; der Bauernaristokrat aber ist ein Kulak und im Grunde genommen ein echter Bourgeois. Das eben verleiht der rechts-sozialrevolutionären Partei einen sehr deutlichen Beigeschmack von mittelbürgerlichem Kulakcharakter. Man füge dazu noch die Intellektuellen, die ohne sozialistisches Feigenblatt auf die erwähnte Rolle eines Lieblingskommis der Bourgeoisie Anspruch erhoben, d. h. die der kadettischen Partei angeschlossenen Intellektuellen, und man hat die sogenannte Vorhut der russischen Intellektuellen vor sich. Etwas Aehnliches wird sich natürlich auch in Westeuropa bemerkbar machen. Auch hier werden die Intellektuellen als Teil des Kleinbürgertums, als eigenartige Kopfhändler, den Versuch machen, eine eigene Partei oder ein Konglomerat von Parteien zu schaffen, das eine eigenartige Abart unserer intellektuellen russischen Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Kadetten darstellen wird.

Sich mit diesen Leuten zu vertragen, ist nicht nötig und nicht möglich. Sie verharren noch jetzt in der schroffsten Opposition. Sie träumen noch immer davon, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sie treiben eine schädliche Propaganda unter den parteilosen Intellektuellen und den parteilosen Massen überhaupt. Sie müssen sozusagen politisch aussterben. Die besten Elemente (und es gibt unter ihnen natürlich viele begabte Menschen) werden wahrscheinlich letzten Endes ihren Fehler einsehen und auf irgendwelchen weiten Umwegen zu uns kommen. Es gibt natürlich auch solche, die sich als Saulus erweisen, die plötzlich mit völliger Klarheit erkennen, wie

der böse Geist sie neben dem richtigen Wege im Kreise herumführte, und die zurückkehren. Wir haben eine ganze Reihe außerordentlich hochgeachteter Freunde und Kommunisten, die auf diesem Wege zu uns gekommen sind. Was hier in Rede steht, ist in bedeutend höherem Maße nicht der Kampf um die Seele des unabänderlich gegenrevolutionären Teils der Intellektuellen, sondern der Kampf um die Seele aller Intellektuellen gegen diesen ihren Teil.

Schließlich müssen noch einige Worte über die hochqualifizierten Intellektuellen gesagt werden. Ich will in diesem Artikel überhaupt keine besonders eingehende Analyse geben und werde auf dieses Thema vielleicht in einer umfangreichen Arbeit zurückkommen. Jedenfalls muß man diese hochqualifizierten Intellektuellen in zwei für uns besonders wichtige Elemente zerlegen: Die Gruppe der sozusagen europäischen oder allrussischen Berühmtheiten und den qualifizierten Teil der Ingenieurprofessoren und Techniker überhaupt.

Ich beginne mit der letzten Gruppe. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß der Hauptstab des technischen Personals auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft, die Professoren der technischen Hochschulen mit einbegriffen, für uns so notwendig ist, daß weder unsere Goldvorräte noch irgend ein anderer staatlicher Besitz hiermit verglichen werden kann. Infolge der heutigen sozialen Verhältnisse sind sie die Monopolisten des Wissens und zudem gerade des Wissens, ohne das wir nicht vorwärtskommen können. Man kann diese Gruppe natürlich nicht einfach der Bourgeoisie zählen, zugleich aber muß man sagen, daß diese Gruppe von der Bourgeoisie gehätschelt und beeinflußt worden ist.

Was können wir von ihnen erwarten.

Vor allem kann ich nicht umhin, auf eine gewisse Gefahr hinzuweisen. Diese Gruppe ist so stark, daß, wenn es den Ingenieuren in Rußland oder im Auslande (dort sind sie noch unvergleichlich stärker) gelingen würde, das ganze qualifizierte technische Personal aus der Agronomie und Industrie um sich zu vereinigen, wenn diese Gruppen sich als so klug erweisen würden, daß sie zu einem eigenartigen Halbkommunismus gelangen und ihre Dienste sozusagen auf Grund eines Vertrages anbieten würden, — sie trotz ihrer geringen Anzahl im Vergleich zum Proletariat in der Uebergangsperiode zum Kommunismus ein ausschlaggebender Faktor in der Revolution werden könnten. Ich habe einige tiefgrabende Analytiker unserer Lage im Zusammenhang mit der bekannten Rede des berühmten Ingenieurprofessors Saury in England darüber Befürchtungen äußern hören, daß diese Uebergangsperiode am Ende bis zu einem gewissen Grade zur Hegemonie des technischen Personals werden könnte, die von der kommunistischen Partei als Vertreterin des politisch mächtigen, aber

technisch und theoretisch recht hilflosen Proletariats notgedrungen unterstützt werden müßte.

Ich glaube, daß diese Befürchtungen übertrieben sind; aber niemand wird leugnen, daß bei richtiger Auffassung ihres Verhaltens, bei sozusagen mehr oder weniger vollzähligem Uebergang zum Sowjetstandpunkt und bei guter Organisation, diese Leute uns gewaltigen Nutzen bringen, gleichzeitig aber auf die sehr ernste Rolle Anspruch erheben könnten, den Verlauf der ganzen Bewegung zu bestimmen.

Diese Orientierung des technischen Personals umschließt zugleich erfreuliche und beunruhigende Anzeichen. In Deutschland hat der entsprechende Verband, die „Afa“, einen heute allerdings noch auf halbem Wege stehenden und noch ungeklärten, aber doch ernstlichen Einfluß errungen. Die Rede Saudys, der erklärte, daß der Ingenieur und Gelehrte Alles sei, daß sie aber von der Bourgeoisie fast zu Nichts gemacht würden, und der die Möglichkeit für die Ingenieure andeutete, sich mit den Arbeitern zu verständigen, um eine Art Saint-Simonistischen Triumphes der geistigen und physischen Arbeiter über die Nichtstuer herbeizuführen, ist hierfür sehr bezeichnend.

Und ist es etwa nicht bezeichnend, daß zur Zeit der großen Streiks in Italien das technische Personal fast überall auf der Seite der Arbeiter stand?

Die Proletarier können den Zusammenschluß der Ingenieure nur begrüßen. Die russischen Ingenieure und Gelehrten sind zu isoliert, zu sehr verwöhnte Herrlein, zu wenig zahlreich, als daß sie eine gewisse Hegemonie für sich energisch durchführen oder auch nur ihre Möglichkeit erkennen könnten. Aber das technische Personal und die technische Professur gehen leichter auf die Verständigung mit der Sowjetmacht ein als andere Teile der Intellektuellen. Natürlich finden sie von unserer Seite auch einen freundlichen Empfang.

Nun zu jenem „Salz der Erde“, als das die hervorragendsten Einzelvertreter der Kultur sowohl auf dem Gebiet der Wissenschaft, als auch auf dem der Kunst erscheinen. Auf dieser Höhe gewinnen die Intellektuellen einen besonderen Charakter. Hier wachsen die Leute infolge ihrer weiten Erkenntnis, ihrer unmittelbaren Begabtheit, der Schärfe der Analyse oder Tiefe der Synthese tatsächlich häufig über ihre persönlichen Interessen oder die Interessen ihrer Gruppen hinaus. Von hier sind ja Marx, Engels, Lasalle und Lenin zu uns gekommen. Und wir können mit Vergnügen feststellen, daß es nicht an Propheten mangelt, die ihr Antlitz unserer aufgehenden Sonne zuwenden. Wenn man daran denkt, wie der größte russische Botaniker, Timirjasew, als er ins Grab stieg, buchstäblich mit den

letzten Worten, vor dem Eingehen zur ewigen Ruhe, Lenin und sein Werk gesegnet hat, wenn man von der wärmsten Sympathie für die Ideen des Kommunismus seitens solcher Leute erfährt, wie der größte Physiker unserer Zeit, Einstein, wie ihr größter Pädagoge Natorp, wenn man von der Stellung hört, die solche Leuchten der Internationale des Verstandes und Schaffens einnehmen wie Bernhard Shaw, Romain Rolland, Henri Barbusse, Anatole France, wenn man einen lieben, von Aufrichtigkeit erfüllten Brief von einem so typischen Führer ethisch hochgestimmter Intellektueller wie August Forel erhält usw. usw., wenn man sieht, wie in den Herzen der hoffnungsvollen Jugend, in den Kreisen der künstlerischen und literarischen Expressionisten in Deutschland und in ähnlichen Richtungen überall die wärmste Sympathie für den Umschwung aufflammt, dann gelangt man zum Schluß, daß die vom Kriege moralisch geschlagenen, von der Verleumdung der Mittelklassen zerquälten Intellektuellen, diese hervorragendsten Köpfe und feinfühligsten Herzen, einen ausreichenden Boden schaffen für den Uebergang auf den richtigen Weg.

Und in Rußland sind Leute wie Gorki, Brjussow, Serafimowitsch, Majakowski, die verschiedenen Richtungen, verschiedenen Altersklassen, gewissermaßen verschiedenen Ablagerungen der Intellektuellen angehören, nichtsdestoweniger aber die Führer ganzer Heerhaufen von Schriftstellern sind, direkt zur Fahne der Kommunisten übergegangen. Andere kommen zu ihr unter Schwankungen, aber sie kommen. Die Bewertung, die der Revolution in einigen Epen Blocks, Mari, Woloschins oder des außerhalb Sowjetrußlands weilenden ägyptischen Vertreters nicht nur der Intellektuellen, sondern auch des Intellektualismus überhaupt, Iwanow-Rasumnik, gegeben wird, zeugt von der Möglichkeit, daß immer neue Kreise der Intellektuellen sich der Aufnahme des kommunistischen Evangeliums sehr stark nähern.

Aber auf dem Wege dahin gibt es natürlich viele Hindernisse. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Uebergang der Koryphäen zum Kommunismus, daß das Verständnis seitens der besten Köpfe und Herzen, besonders seitens derer, die eine künstlerische Begabung haben, d. h. nach der Definition des großen Tolstoi eine Begabung, die andere Herzen zu entflammen vermag, — es unterliegt keinem Zweifel, daß ihr Uebertritt auf unsere Seite von mächtigem Einfluß auch auf die Politik des gegenwärtigen Augenblicks und vor allem vielleicht auf die Jugend wäre, die zu einem Teil uns noch immer feindlich gesinnt ist, aber von den bürgerlichen Giften, die sie noch nicht allzusehr durchtränkt haben, noch geheilt werden kann. Ich wiederhole, es gibt hier viele Hindernisse: den scharf ausgeprägten Individualismus der Intellektuellen in ihren besten Vertretern, ihr

ethisches Tolstianertum, ihre Abscheu vor jeder Gewalttat, ohne die die revolutionäre Chirurgie nicht auskommen kann, ihre Bestürzung angesichts der Zerstörung, die häufig die Kulturgüter trifft, der Mangel an Geschick, mit dem neuen Hörer zu sprechen, der jetzt bei uns in Rußland die Theater, die Hörsäle und Bibliotheken füllt und sie bald in der ganzen Welt besuchen wird, die Lebenszerrüttung, die die schwersten physischen Existenzbedingungen für sie schafft, und noch andere unangenehme Umstände, die sich nicht alle erwähnen und aufzählen lassen.

Wir können bei weitem nicht sagen, daß wir, die wir mit kriegerischen Aufgaben überhäuft waren und vor einer bedrohlichen wirtschaftlichen Zerrüttung stehen, alles Erforderliche getan haben, um die paar Hundert hervorragendsten Vertreter der Intellektuellen so zu stellen, wie es nötig wäre, um sie vom übermäßigen Druck eben dieser Zerrüttung zu befreien. Wir hatten keine Zeit, uns besonders mit ihnen zu beschäftigen und eine planmäßige Propaganda unter ihnen, sowie auch unter der übrigen Masse der Intellektuellen, zu treiben. Aber jetzt, wo wir die Faust des Krieges zum mindesten für einige Zeit abgeschüttelt haben, jetzt, wo wir uns voll und ganz dem wirtschaftlichen Aufbau widmen können, jetzt, glaube ich, werden wir auch Zeit und Mittel, wenn auch nur in sehr beschränktem Umfange finden, uns unmittelbar mit dem Kampf um die Intellektuellen zu beschäftigen.

Im vorliegenden Artikel wollte ich nur ein ungefähres Bild der verschiedenen Schichten der Intellektuellen und der Aussichten entwerfen, die sich uns eröffnen. Wir brauchen die Intellektuellen, brauchen sie auf dem Gebiet der Technik, der Landwirtschaft, der Aufklärung, hauptsächlich brauchen wir sie als Hauptkontingent sozusagen der Staatsagentur; wir haben sie auch auf dem Gebiet der Kunst sehr nötig, die in ihren besten Teilen auch jetzt ein seelenveredelndes, dem Kommunismus günstiges Element ist und nach Maßgabe des Wachstums der neuen Kunst ein machtvoller Assimilator des Alten werden muß. Wir brauchen die Intellektuellen, die heute leider noch zu ihrem größten Teil mehr oder minder in Feindschaft mit uns stehen. Um so kostbarer sind für uns diejenigen, die schon jetzt voll und ganz zu uns übergegangen sind oder sich auf dem Wege zu uns, zum Kommunismus befinden, und umso wichtiger ist es für uns, keine Anstrengungen zu scheuen, um möglichst viel intellektuelle Kräfte um die neue Weltachse, den Kommunismus, zu sammeln.

Es wird nicht nötig sein, bei der Schaffung einer Art „Internationale der Intellektuellen“ von ihnen strenge Präzisierung, Kommunistik oder auch nur marxistisches Denken zu verlangen. Man soll an sie

keine übermäßigen politischen Anforderungen stellen. Zur Höhe der Disziplin und der politischen Einsicht des Proletariats können die intellektuellen Elemente nicht emporwachsen. Man muß dessen eingedenk sein, daß die rote Fahne, mit der die Intellektuellen sich in immer größeren Massen unserem Zuge anschließen werden, immer in rosa Schattierungen spielen wird, und es wäre unvernünftig, Anforderungen hinsichtlich ihrer theoretischen Erkenntnis oder hinsichtlich der Straffheit der Disziplin dieser Elemente, ihrer proletarischen Ethik usw. zu hoch zu stellen und ohne Rücksichtnahme auf ihre besondere Psychologie den Satz auszusprechen: „Entweder mit uns, oder gegen uns“. Nein: „Wer gegen die Bourgeoisie ist, der ist mit uns, — das ist die Parole, die der Organisation einer nationalen der Intellektuellen zugrunde gelegt werden muß.

Der Leser darf nicht denken, daß ich tatsächlich eine derartige, unserer Internationale parallele Organisation vorschlagen will; aber es wäre wünschenswert, wenn die sich uns mehr oder weniger anschließenden internationalen Intellektuellen einander anriefen, sich vielleicht zu irgend einem Kongreß versammeln und vor der ganzen Welt ihren Fluch über die Bourgeoisie und ihre Begrüßung für uns kundgeben würden. Dann könnten wir, die III., die proletarische Internationale, vielleicht einen organisierteren Einfluß in internationalem Maßstabe auf diese Menschen ausüben, die als besonderer Teil der Gesellschaft noch viele Jahre eine große Wirkung auf die Gestaltung der Gesellschaft ausüben werden, die deshalb für uns notwendig sind und die von uns nicht (wie die Bourgeoisie oder die Kulakbauernschaft) durch undurchdringliche Urwälder getrennt sind, sondern immerhin die nächsten Nachbarn des Proletariats sind.

A. Lunatscharski.



Die revolutionären Probleme in Amerika.

Dieser Artikel soll nur eine kleine Skizze der politischen Reife der Vereinigten Staaten Nordamerikas entwerfen. Wir sehen ein riesiges Land vor uns, das sich über mehr als eine Million Quadratkilometer erstreckt, mit zackigen Gebirgsketten, weiten Ebenen und Prärien, gewaltigen Urwäldern, großen Seen, wundervollen Wasserfällen und zahlreichen Flüssen. Zu den Naturreichtümern dieses Landes gehören unermeßliche Eisenerzlager, große Kohlenschichten, Naphthaquellen, die sich über weite Landstrecken ausdehnen, reiche Kupfer- und Bleiädern, wertvolle Metalle wie Gold usw.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten beziffert sich auf über 100 Millionen Menschen. Sie stellt keine Rasse vor, sondern ein Konglomerat der verschiedensten Rassen der Welt, die doch ein merkwürdig einheitliches Ganzes bilden.

Was die Religion dieser Menschen früher auch gewesen sein mag, jetzt sind sie fast alle Anbeter des goldenen Kalbes. Der Altar, der Fetisch, vor dem sie knien, ist der „allmächtige Dollar“. Daher das ungeheuerliche System des Börsenspiels und Schiebertums mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsgegenständen, das sich in Amerika entwickelt hat. Ein blutgieriges Ungeheuer hat vom Lande Besitz ergriffen und sich in Wall Street in New York verschanzt. Dort befindet sich das Haupt des Kapitalismus, von dort streckt er seine mächtigen Fühler nach allen Industriezweigen in Amerika, ja auch jenseits der Meere aus. In jeder einzelnen Stadt besitzt er seine Abteilungen in Form von Handelskammern und Handels- und Industrieverbänden. Sie bestehen aus denselben stehlenden und

schiebenden Ausbeutern, wie die Zentrale in Wall Street. Es sind menschliche Ungeheuer, die mehr Macht haben als alle Könige der Welt zusammen. Ihre Ränke, ihr Einvernehmen mit der Regierung haben es möglich gemacht, daß ein altersschwacher, glatzköpfiger Mann wie John D. Rockefeller eine Milliarde Dollar an sich reißen konnte; bekanntlich hält er die Standard Oil Company mit allem, was drum und dran hängt, die Amalgamated Copper Company und verwandte Industriezweige in Händen. Ein anderer Prototyp der Miasmen von Wall Street ist J. Pierrepont Morgan, das Haupt der großen Banken. Sein Vermögen stammt von seinem Vater, der durch betrügerischen Verkauf alter Waffen an die Regierung zur Zeit des Bürgerkrieges den Grundstein zu seinem Reichtum legte. Rockefeller und Morgan zusammen mit Kuhn, Loeb und Co. und anderen von derselben Sorte bilden das Haupt und das Herz des bössartigen Werwolfs, der sich in Wall Street eingerichtet hat. Die Leber, die die schmutzige Arbeit leistet, befindet sich in Washington, wo der politische Apparat der Kapitalisten bald unter dem Namen der republikanischen, bald unter dem Aushängeschild der demokratischen Partei sein Werk verrichtet. Die demokratische Partei ist übrigens in letzter Zeit in Mißkredit gefallen. Man erinnert sich, daß sie während des Krieges ihren Präsidenten Woodrow Wilson samt Frau und riesigem Gefolge in 16 Kriegsschiffen mit großem Pomp zum Eroberungszug nach Paris sandte. Diese politischen Parteien, die oft Direktoren großer Industrieunternehmen als Volksvertreter in die Deputiertenkammer und den Senat entsenden, sind ein gefügiges Werkzeug in den Händen der wirtschaftlichen Machthaber.

Jeder der achtundvierzig Staaten Nordamerikas hat einen ähnlichen politischen Apparat, nur in kleinerem Maßstabe.

Mit dem Mittel des Gesetzes haben diese politischen Parteien den amerikanischen Kapitalisten riesige Konzessionen auf die Naturreichtümer des Landes in die Hände gespielt. So erhielt z. B. die Union Pacific Railroad Company unermeßliche Landstrecken, die sich auf jeder Seite des Schienenweges 20 Meilen weit hinziehen und zwar in der Weise, daß ein Land-

streifen von 20 Meilen der Eisenbahngesellschaft gehört und der nächste, ebenso große, der Regierung.

In ebenso skrupelloser Weise haben die Kapitalisten sich ungeheure Kohlenlager angeeignet. Fast alle Kohlengruben des Bezirks Routt in Colorado gehören David H. Moffat von der First National Bank of Denver. Wie gelangte er in ihren Besitz? Er warb eine Anzahl von Personen an, die ihr angebliches Anrecht auf das Land geltend machten; danach schloß er mit ihnen fiktive Kaufverträge ab. Moffat ist nun tot; der Ertrag der Kohlengruben fließt in die Taschen seiner Erben.

Ein anderes krasses Beispiel für den am Volke verübten Raub bietet Henry Miller von der Firma Miller und Lerch. Ihm gehört ein riesiges Areal von 4 200 000 Acre Land, auf dem Getreide angebaut wird und zahllose Viehherden weiden. Miller erzählte mir, daß er seine Laufbahn als fahrender Fleischhändler mit dem Korb am Arm begonnen habe. Er habe sich drei Vermögen erworben, das eine für seinen Kompagnon Lerch, das zweite für die verfluchten Diebe und Advokaten, das dritte für sich selbst. Wenn er früher begonnen hätte, so würde ihm der ganze Staat Californien — der Bakubezirk von Amerika — gehört haben.

Es sei hier noch die Witwe King erwähnt, die im Staate Texas dermaßen ausgedehnte Ländereien besitzt, daß man eine Strecke von 50 Meilen zurücklegen muß, um von dem Gutstore zu ihrer Haustür zu gelangen.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie die unersättliche Habgier der Kapitalisten in den Vereinigten Staaten gehaust hat. Dieser Geist wird von der Kapitalistenklasse im allgemeinen mit der Muttermilch eingesogen; er erfüllt sogar den Arbeiter an seinem Werkisch. Man hat ihn gelehrt, daß jeder einzelne Knabe, der auf amerikanischem Boden zur Welt kommt, dereinst Präsident der Vereinigten Staaten werden könne, und daß jedem die Möglichkeit geboten sei, reich zu werden. Lincoln, der es vom Holzhauer und Holzspalter zum Präsidenten gebracht hat, und Rockefeller, der Krösus von Amerika, werden der Jugend als Vorbild vorgehalten.

Die großen und die kleinen Kapitalisten haben sich den Gedanken zu eigen gemacht, das alles, was sie in ihre Hände bekommen können, ihnen und nach ihrem Tode ihren Erben gehört. Zur Verteidigung dieser Auffassung vom Privatbesitz haben sie die Industriezweige, die sie beherrschen, mit Privatarmeen von Streikbrechern, Mördern und bewaffneten Rowdies umgeben. Das sogenannte Justizamt unterstützt sie hierin auf das beste. Es hat eine ganze Armee von Agenten angeworben, die als Spitzel in den Arbeiterorganisationen tätig sind und bei jeder Gelegenheit im Interesse der Kapitalistenklasse Henkerdienste verrichten.

Die amerikanischen Kapitalisten sind gewöhnlich kühne, verwegene Leute. Um die Reichtümer des Landes auszubeuten, haben sie ein bewunderungswürdiges Industriesystem aufgebaut, in dem die Arbeiter als Ware betrachtet werden. Man muß den Arbeitern möglichst lange Arbeitsstunden aufhalsen und ihnen so wenig Lohn zahlen als angängig — das ist die Moral der Kapitalisten.

Die Wohnungsverhältnisse der amerikanischen Arbeiter sind so fürchterlich, daß nur etwa die Hintergassen von Dublin, Glasgow und Whitechapel (London) mit den Arbeitervierteln der amerikanischen Städte verglichen werden können.

Die Kapitalisten dagegen leben wie die Könige in Palästen, auf großen Gütern, umgeben von Pracht und Luxus; sie besitzen ihre Villen in Bar Harbour, Maine, Newport, Rhode Island, in den Luftkurorten von Florida und in anderen Villenstädten an der atlantischen Küste. Müßig segeln sie in luxuriösen Jachten umher und genießen den Reichtum, den die Arbeiterklasse im Schweiße ihres Angesichtes für sie aufhäuft.

Während des Krieges trat für die Arbeiter eine kurze Zeitspanne eines verhältnismäßigen Wohlergehens ein; manche Arbeiter konnten von ihrem Verdienst sogar noch etwas zurücklegen.

Jetzt haben sich die amerikanischen Kapitalisten jedoch zu einer riesigen Verschwörung zusammengetan, deren Ziel es ist, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse auf das Niveau der Vorkriegszeit herabzudrücken. Diese Verschwörung, die natürlich

nicht als solche bezeichnet wird, wurde durch die Eröffnungen eines gewissen Allen, eines Vertreters des Verbandes der Kaufleute und der Fabrikanten, ans Tageslicht gezerrt. Die amerikanische Presse forderte in Leitartikeln und Nachrichtenspalten dringend eine Vergrößerung der Produktion. Da trat Allen mit seiner Erklärung hervor, daß den Arbeitern der Kampf angesagt sei. Er sagte rund heraus, daß man die Löhne kürzen, die Arbeiterzahl auf das Minimum einschränken und überall den Grundsatz der offenen Werkstätte einführen würde, ohne die Produktion dabei zu verringern.

Schon begannen die großen Industrieunternehmen, diese fürchterliche Verschwörung in die Tat umzusetzen. Die American Wool Company schloß ihre Fabriken. Die Kleiderfabrikanten entlohnten Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Eisenbahngesellschaften verringerten die Zahl ihrer Arbeiter. Die Gummifabriken in Akron und Ohio stellten die Arbeit ein. In Cleveland und Toledo, Ohio und Detroit, Michigan, den Mittelpunkten der Automobilfabrikation, wurden Tausende von Arbeitern auf das Pflaster geworfen. Die bekannte Firma Ford schloß ihre Fabrik vollständig.

In gleicher Weise trieben es die gewinnsüchtigen Kapitalisten im ganzen Lande. Auch die Arbeiter der Weyerhouserschen Sägemühlen und anderer Holzbearbeitungsgesellschaften im Nordwesten Amerikas wurden in Mitleidenschaft gezogen. Das Ergebnis ist, daß über die Vereinigten Staaten eine Arbeitslosenkrisis hereingebrochen ist, wie man sie dort selbst in den Zeiten der großen Industrie- und Finanzkrise, die periodisch eintritt, nicht gekannt hat. Die Lage ist tatsächlich eine fürchterliche. Sechs bis sieben Millionen Arbeiter sind des Erwerbs beraubt und an den Bettelstab gebracht worden, und dies in einem Lande mit unermeßlichen Naturreichtümern, die in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung ausreichen würden, um die ganze Bevölkerung satt und glücklich zu machen.

Diese Tatsachen genügen, um den Lesern vor Augen zu führen, welch erbitterter Klassenkampf in den Vereinigten Staaten geführt wird. Die Arbeiter stehen einem überaus starken Gegner

gegenüber, denn der amerikanische Kapitalismus ist jung, verwegener und grausamer als der irgend eines anderen Landes, ja sogar als der in Großbritannien, dessen ungezähmte Tyrannei bekannt ist.

Für die vereinigte Arbeiterklasse wird es eine Herkulesaufgabe sein, den wohlverschanzten Kapitalismus in den Vereinigten Staaten zu besiegen.

So befremdend es auch sein mag, aber Tatsache ist, daß die Arbeiter, mit Ausnahme der verhältnismäßig kleinen Anzahl, die zum Verbands der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) und zur Kommunistischen Partei Amerikas gehören, fast gar nicht revolutionär gestimmt sind.

Die amerikanische Föderation der Arbeit (A. F. of L.), deren Führer sich als Inbegriff der amerikanischen Arbeiterbewegung betrachten, ist tatsächlich eine Pufferorganisation des Kapitalismus. Sie ist eine Körperschaft aus einhundertzweiundzwanzig lose miteinander verbundenen internationalen Verbänden, die eine kleine Kopfsteuer für den Unterhalt der Exekutive zahlen. Diese hat ihren Sitz in den Southern Buildings in Washington D. C. und besteht aus einem Vorsitzenden, neun Vizevorsitzenden, einem Sekretär und einem Schatzmeister. In den vierzig Jahren seit ihrer Gründung hat die A. F. of L. nie etwas im Interesse der Arbeiterklasse unternommen.

Der Vorsitzende der Föderation ist Sam Gompers: ein Dummkopf, klein von Wuchs und arm an Geistesgaben, der für ein Gehalt von 12 000 Dollar jährlich seines Amtes waltet. Seine Hauptbeschäftigung besteht darin, seinen Namen unter Artikel zu setzen, die größtenteils von Sozialverrätern zusammengestoppelt werden und die der Sache der Arbeiterbewegung großen Abbruch tun. Jetzt richten sich diese Artikel hauptsächlich gegen die russische Arbeiterrepublik und überhaupt gegen jede Bewegung, die auch nur die geringste Tendenz zum Radikalismus zeigt.

Die Exekutive der A. F. of L. besteht aus Leuten, die feste Gehälter beziehen, ihre Zeit in Hotels verbringen und in den Räumen des Parlaments umherlungern; hie und da machen sie sich an die Parlamentsmitglieder heran und flehen sie an, dieses

oder jenes Gesetz im Interesse der organisierten Arbeiter durchzuführen. Gompers und seine Trabanten halten noch immer an dem naiven Glauben fest, daß die Klasse der Arbeitgeber zugunsten ihrer Sklaven Gesetze herausgeben wird.

Vor den Kongreßwahlen gibt Gompers stets die Losung aus: „Niederlage unseren Feinden, Belohnung für unsere Freunde“. Wie erfolgreich Gompers Taktik ist, zeigen die letzten Wahlen. Die demokratische Partei, geführt von dem Gouverneur von Ohio, Cox, der den Segen Woodrow Wilsons besaß, einem Freund und Landsmann von Sammy the Toad, wurde mit der größten Stimmenmehrheit geschlagen, die Amerika seit den Tagen Tildens gekannt hatte.

Die internationalen Verbände, aus denen die A. F. of L. besteht, sind autonome Organisationen, die unabhängig voneinander arbeiten. Die einzige Ausnahme in dieser Hinsicht war der Streik der Stahlarbeiter, an dem 24 internationale Organisationen der Stahlindustrie teilnahmen. Uebrigens muß hier erwähnt werden, daß der Streik trotz dieser scheinbaren Einigkeit, trotz der 200 Organisationen, die ihn vorbereiteten, und trotzdem Geldmittel im Betrage von einer halben Million Dollar zur Verfügung standen, kläglichen Schiffbruch erlitt. Bei den Riesensammlungen der Arbeiter hintertrieb man die revolutionäre Propaganda. Ja, die Streikführer appellierten an den Patriotismus der Arbeiter; die Mitgliedskarten wurden in den Nationalfarben, rot-weiß-blau, gedruckt.

Dem Kongreß der A. F. of L., der alljährlich im Monat Juni in einer anderen Stadt tagt — der letzte Kongreß tagte in Montreal, Canada — wohnen die Funktionäre der internationalen Verbände bei; alljährlich kann man dort dieselben Gesichter sehen. Der Hauptzweck der Tagung ist, Resolutionen anzunehmen, die überhaupt keinen Wert haben, und die Funktionäre zu wählen. Den größten Teil der Zeit verschwenden sie mit der „lebhaften Erörterung“ juridischer Streitfragen, die meistens in der Bauindustrie entstehen, wo die Arbeiterkategorien streng auseinandergehalten werden.

Zahlenmäßig ist der Vereinigte Grubenarbeiterverband die stärkste Organisation der A. F. of L. Er besteht aus Arbeitern, die in und außerhalb der Kohlengruben beschäftigt sind, und besitzt zirka eine halbe Million Mitglieder. Der Form nach ist der Verband eine Industrieorganisation. Das Gift des Zunftgeistes, das ihm eingespritzt wurde, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Organisation ist in 29 Bezirke eingeteilt, von denen jeder seinen eigenen Arbeitskontrakt auf kürzere oder längere Frist mit den Arbeitgebern abschließt. Das solidarische Vorgehen der Mitglieder wird dadurch unmöglich gemacht. Wir müssen an dieser Stelle erläutern, daß die Kohlenarbeiter in Amerika von den Grubenbesitzern gezwungen werden, ihr eigenes Werkzeug zur Arbeit mitzubringen. Sie müssen nicht nur die Kosten der Werkzeuge bestreiten, sondern auch selbst Öl für die Sicherheitslampen und Pulver und Zündschnur zum Sprengen in den Gruben kaufen.

Die vernichtende Wirkung des Zeitkontrakts zeigte sich deutlich bei dem Kohlenarbeiterstreik im 15. Bezirk des Staates Colorado. Der Vereinigte Grubenarbeiterverband beschaffte aus der Zentrale und aus einigen anderen Bezirken Gelder zur Unterstützung der Ausständigen. Im Nachbarstaate Wyoming arbeiteten die unter Kontrakt stehenden Mitglieder derselben Organisation ruhig weiter und versorgten die Märkte, die die Ausständigen bedient hatten. Nicht weniger schändlich handelten die Arbeiter des nördlichen Kohlengrubenbezirks von Colorado während des Streiks in dem südlichen Bezirk.

Selten, ja nie haben die Mitglieder des Vereinigten Kohlenarbeiterverbandes aufgehört, die Märkte mit Kohle zu versorgen, wenn andere Mitglieder desselben Verbandes streikten. Und dies, trotzdem ihr Vorgehen in solchen Fällen oft ausschlaggebend war. Fürwahr, Zusammenarbeit und Solidarität sind in den Verbänden der A. F. of L. fast unbekannte Begriffe.

Gegenwärtig befinden sich die Grubenarbeiter von West Virginia im Ausstand. Viele Streikende sind ermordet worden; andere wiederum sind den fürchterlichsten Mißhandlungen durch die Geheimpolizisten und die von den Grubenbesitzern gedun-

genen Rowdies ausgesetzt. In den Kohlengruben der benachbarten Staaten Pennsylvania und Kentucky aber arbeiten die Mitglieder desselben Verbandes gelassen weiter und geben sich zum Werkzeug der Niederringung ihrer Brüder her. Und doch müßten sie einsehen — vorausgesetzt, daß sie überhaupt denken können —, daß die Niederlage der Grubenarbeiter von West Virginia ihnen selbst verhängnisvoll werden kann. Wenn nächstens die Reihe an sie kommt, streiken zu müssen, werden auch sie gezwungen sein, ihren Kampf allein auszufechten.

Eine Zeitlang war der verstorbene John Mitchel Vorsitzender des Vereinigten Grubenarbeiterverbandes. Die kapitalistische Presse Amerikas bezeichnete ihn als „den größten Arbeiterführer, den die Welt je gekannt hat!“ Mitchel war Mitglied und Vorsitzender des Arbeitsvertragsausschusses der Zivilföderation und bezog in dieser Eigenschaft das hohe Gehalt von 6000 Dollar jährlich. Er war jedoch gezwungen, diesen Posten aufzugeben, da der Verband der Vereinigten Arbeiter Amerikas (U. W. of A.), deren Präses er eine Zeitlang war, ihn sonst ausgeschlossen hätte. Dadurch hätte sein Ansehen in der Arbeiterbewegung aber gelitten. Also beschloß er, sich aus dem Ausschuß zurückzuziehen. Mitchel hinterließ ein Vermögen von über 300 000 Dollar — ein klarer Beweis, daß dieser Führer der A. F. of L. seinen kapitalistischen Herren auch in anderer Eigenschaft gedient haben mag.

In Robert Brindell haben wir noch einen Mann vom Schlage Gompers. Er trieb sein selbstsüchtiges Spiel auf andere Weise, kam dabei mit dem Gesetz in Konflikt und wurde zu Gefängnisstrafe verurteilt. Brindell stand an der Spitze eines Bauarbeiterverbandes. Zugleich war er Teilhaber an einem Bauunternehmen, war also gleichzeitig auch Unternehmer. Als er von einer Firma, die ein Gebäude bauen lassen wollte, 20 000 Dollar erpreßte, bevor die Arbeit in Angriff genommen wurde, fiel er dem Gericht in die Hände.

Streitigkeiten zwischen den Funktionären der Bauarbeiterverbände während des Baus sind keine Seltenheit. Der Zweck dieser angeblichen Streitigkeiten besteht darin, von dem Bauunternehmen eine Geldsumme für die schleunige Beilegung des.

Zwistes zu erpressen. Dieses Bestechungssystem hat eine solche Ausdehnung angenommen, daß die Bauunternehmer in ihrem Kostenanschlag stets einen gewissen Prozentsatz für Bestechung, die sie den Führern der A. F. of L. werden zahlen müssen, einrechnen. Ein krasses Beispiel dieser „Arbeiterführer“ ist ein gewisser Steve O'Donnell. Er hat sich als Vorsitzender des Bauindustrierats von Chicago ein Vermögen erworben, das ihm gestattete, an einem der feinsten Boulevards, der Sheridan Road, Miethäuser zu errichten, deren Wert auf 300 000 Dollar geschätzt wird.

P. M. Arthur, ein anderer Vertreter derselben sauberen Gesellschaft, war bis zu seinem Tode Oberhaupt der Bruderschaft der Lokomotivmechaniker. Er nannte diese Organisation die Arbeitsaristokratie. Arthur hinterließ ein Vermögen, das seinen Erben eine bedeutende Rente einbringt.

Die Schuld an diesem Uebel tragen eigentlich nicht so sehr diese Leute, die ihre Pflicht der Arbeiterklasse gegenüber vernachlässigen, als die Gewerkschaften selbst, die so aufgebaut sind und geleitet werden, daß sie ihre Funktionäre zu derartigen Vergehen direkt auffordern.

Die zur A. F. of L. gehörenden Gewerkschaften sind eigenartige Organisationen. Wir müssen sie genau beschreiben, damit die organisierten Arbeiter in anderen Ländern, die sich die Arbeiterbewegung ohne Gewerkschaften gar nicht denken können, eine richtige Vorstellung von ihnen erhalten.

In den Vereinigten Staaten bestehen die Gewerkschaften nicht zur Organisation der gesamten Arbeiterklasse. Sie sind vielmehr dazu da, eine kleine Gruppe von Auserwählten mit einer Mauer zu umgeben. Die Gewerkschaften greifen zu allen möglichen Mitteln, um die Mitgliederzahl zu beschränken. Jeder, der dieser oder jener Gewerkschaft beitreten will, muß eine bestimmte Lehrzeit in seinem Fach absolviert haben. Manche Verbände verlangen, daß der Vater des Knaben, der als Lehrjunge aufgenommen wird, ebenfalls im selben Fach arbeitet oder gearbeitet hat. Den Sohn eines Werkführers oder eines Arbeitgebers nehmen diese Gewerkschaften jedoch ohne weiteres auf. Einige Verbände

erheben überaus hohe Eintrittsgelder. Wer dem Verband der Glasarbeiter beitreten will, muß 500 Dollar einzahlen; die Arbeiter, die böhmisches Glas herstellen, haben sogar 1000 Dollar zu zahlen. Die Gewerkschaft der Kinematographenarbeiter erhebt von jedem neuen Mitglied eine Eintrittsgebühr von 300 Dollar, der Verband der Elektrizitätsarbeiter 250 Dollar, die Tischlergewerkschaft in manchen Orten 75 Dollar. Wenn ein Mitglied in einen anderen Ort zieht, wo der lokale Verband höhere Eintrittsgebühren festgesetzt hat, als der Verband in seinem früheren Aufenthaltsort, muß es die Differenz zuzahlen. Manche Gewerkschaften fordern, daß die um Aufnahme nachsuchenden Personen erst eine Prüfung bestehen. Zu diesen Gewerkschaften gehören der Maler- und Dekorateurverband, der Verband der Elektrizitätsarbeiter und viele andere. Viele Verbände der A. F. of L. nehmen nur eine beschränkte Anzahl von Lehrknaben, die das Fach erlernen wollen, auf. In der Regel wird auf je sieben oder in manchem Fach je zehn erwachsene Arbeiter ein Lehrknabe aufgenommen. Wir sehen somit, daß die Statuten mancher Gewerkschaften den Vätern nicht gestatten, ihre Söhne das eigene Handwerk lernen zu lassen. Nehmen wir den Fall, daß acht Handwerker je einen oder mehrere Söhne besitzen. Es ist nur zu natürlich, daß diese Knaben den Wunsch hegen, das Fach ihres Vaters zu erlernen, und an das Tor der Gewerkschaft pochen, zu der ihre Väter gehören. Und nun sind die Väter gezwungen, ihren Söhnen — mit Ausnahme eines einzigen — den Zutritt zur Gewerkschaft zu verweigern. Was wird aus den Knaben? Als ungelernte Arbeiter müssen sie kärglichen Erwerb suchen, sie müssen in die kapitalistische Armee oder die Flotte eintreten, sie sind zukünftige Kandidaten für die Gefängnisse und die Korrekptionsanstalten. Der Verband der I. W. W. nimmt diese enterbten Söhne der Gewerkschaftsmitglieder mit offenen Armen auf.

Einige Gewerkschaften, wie z. B. der Verband der Maler und Dekorateurs, der Bäcker- und Konditorverband, weigern sich entschieden, neue Mitglieder aufzunehmen, und haben ihre Mitgliederlisten, zum mindesten zeitweilig, geschlossen. Manche inter-

nationalen Verbände der A. F. of L., wie z. B. der internationale Friseurverband, verweigern Frauen die Aufnahme. Andere Gewerkschaften stellen die Bedingung, daß der um Aufnahme Nachsuchende amerikanischer Bürger sei. Viele Gewerkschaften halten sich an den Rassenunterschied und nehmen weder Neger, noch Chinesen oder Japaner auf.

Diese Regeln, die die zur A. F. of L. gehörenden Gewerkschaften aufstellen, zeigen deutlich, daß die A. F. of L. nie eine Klassenorganisation werden kann. Sie entwickelt kein Klassenbewußtsein, sondern nur einen selbstsüchtigen Zunftgeist.

Gompers selbst ist der intimste Freund der kapitalistischen Politiker in Washington geworden. Während des Krieges unterhielt er enge Beziehungen zu der demokratischen Regierung. Seine Freundschaft mit Wilson bezeugt, wie tief Gompers gesunken ist. Die darunter zu leiden haben, sind die amerikanischen Arbeiter.

Die A. F. of L. behauptet, daß ihre Mitgliederzahl sich während des Weltkrieges mehr als verdoppelt habe. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß diese Vergrößerung der Mitgliederzahl nicht durch Propaganda oder durch andere Tätigkeit der Föderation erzielt wurde. Vielmehr wurden die Grubenarbeiter, die Werftarbeiter und andere von den Regierungen der Vereinigten Staaten und von Kanada gezwungen, der A. F. of L. beizutreten. Dies war die Belohnung, die Gompers und Konsorten für das teuflische Werk erhielten, das sie durch Unterstützung des blutigen kapitalistischen Festgelages vollbracht hatten.

Wie der Schreiber dieser Zeilen in Erfahrung gebracht hat, war es derselbe politische Lockspitzel Gompers, der im Verein mit dem Justizamt die fürchterlichen Verfolgungen gegen die Mitglieder des Verbandes der I. W. W. ins Werk setzte. Sein verruchter Plan hat vielen Mitgliedern der I. W. W. das Leben gekostet, andere wurden in die Gefängnisse und die Korrekptionsanstalten geworfen.

Die grausame Verfolgung der I. W. W. durch Gompers, die Politiker und die Kapitalisten erklärt sich dadurch, daß sie diese Organisation fürchten. Die Mitgliederzahl der I. W. W. ist zwar verhältnismäßig klein, es herrscht jedoch ein unbezwingbarer

Kampfgeist in der Organisation, eine tiefe Solidarität, wie sie in keiner anderen Organisation zu finden ist.

Die I. W. W. ist auf der Grundlage der Industrie aufgebaut. Sie führt einen ernsteren Kampf als alle politischen und quasi Arbeiterorganisationen in den Vereinigten Staaten. Tausende ihrer Mitglieder sind für ihre Beteiligung am Klassenkampf eingekerkert worden. Die I. W. W. hat zahlreiche große Streiks durchgeführt, ohne jemals eine Niederlage zu erleben. Die Organisation hat die Idee der proletarischen Freiheit in die entlegensten Teile der Welt getragen. Hunderte ihrer Mitglieder kehrten nach Rußland zurück und kämpften heldenmütig in der größten Revolution, die die Welt je gekannt hat. Nie hat die I. W. W. sich vor der Kapitalistenklasse gebeugt. Den Helden der Revolution, die einem großen Volke den Weg zum sozialen Frieden und zum Glück geebnet haben, steht sie jedoch voll Demut gegenüber. Möge die Revolution fort dauern und gedeihen, bis jeder einzelne Arbeiter in der Welt die Freiheit erlangt!

William D. Haywood.



Der Kampf um den Kommunismus in der Tschechoslowakei.

Die sogenannte „demokratische“ Republik der Tschechoslowakei ist ein Sprößling des Weltkrieges. Die Ententeimperialisten gaben unter anderem vor, den Weltkrieg um der „Selbstbestimmung der Völker“ willen zu führen. Wie die englisch-französischen Kapitalisten das Selbstbestimmungsprinzip auffassen und durchführen, geht deutlich aus dem Beispiel der Tschechoslowakei hervor. Laut dem Versailler Vertrag wurden nicht weniger als (sechs (!) Nationalitäten vorgeschrieben, im Rahmen des neuen Völkerkerkers, den man aus dem Gestein der zusammengestürzten Habsburgischen Monarchie aufgeführt hat, über ihre „Selbstbestimmung“ nachzudenken, Tschechen, Slowaken, Deutsche, Magyaren, Ruthenen, Polen — sie alle bilden nun das tschechische und slowakische Volk. So sieht das „Selbstbestimmungsrecht“ der Nationen in Wirklichkeit aus!

In einem derartigen Hexenkessel von Nationalitäten stehen der sozialen Revolution natürlich größere Hindernisse entgegen als irgendwo anders; hier dauert es viel länger, bis das Proletariat sich die Ideen des internationalen Kommunismus zu eigen macht. Das Gefühl der internationalen Solidarität der Werktätigen, das Verständnis für die Notwendigkeit, eine einheitliche, proletarisch-kommunistische Front zu bilden, können in einem solch buntscheckigen Staat nur dann wachgerufen werden und erstarken, wenn der Aufruf zur Klassenvereinigung von dem Proletariat der herrschenden Nation im Staate ausgeht. Und auch dies natürlich erst dann, wenn das Proletariat gleichzeitig den Kampf nach kommunistischer Methode mit seiner machthabenden Bourgeoisie und deren Lakaien aufnimmt.

Wie die Ereignisse der letzten Monate zeigen, macht die tschechoslowakische Republik jetzt eine derartige Zeit durch. Der Aufruf des tschechischen Proletariats, das mit der Waffe in der Hand gegen die tschechische Bourgeoisie kämpft, findet in dem Proletariat der anderen Nationalitäten der Republik warmen Wider-

hall; die Gründung einer tschechoslowakischen Sektion der Kommunistischen Internationale steht nahe bevor.

Die tschechoslowakische „Demokratie“.

Woran liegt es eigentlich, daß die kommunistische Vorhut des gesamten tschechoslowakischen Proletariats erst jetzt geboren wird, wo die Republik schon fast drei Jahre besteht?

Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, müssen wir uns die zweijährige Geschichte des Bestehens der tschechoslowakischen „Demokratie“, wenn auch nur flüchtig, ansehen.

Wir Kommunisten sagen den Arbeitern schon zwei Jahre lang und werden es ihnen immer wieder sagen, daß sich unter der Maske der „Demokratie“ überall und immer nur die Diktatur der Bourgeoisie verbirgt. Anfangs wollte man uns natürlich nicht glauben; viele, besonders unter den tschechischen Arbeitern, glauben uns auch jetzt noch nicht. Was Wunder! Bedurfte es doch voller zwei Jahre der praktischen Arbeit der „Demokratie“, damit den vorgeschrittensten Elementen der tschechoslowakischen Arbeiterschaft endlich die Augen aufgingen. Nach langer, qualvoller Erfahrung sind sie erst jetzt zur Ueberzeugung gelangt, daß ihre „alten, erprobten“ Führer, die Sozialdemokraten und anderen „Sozialisten“ nichts anderes sind, als Lakaien der Bourgeoisie. Sie haben endlich einsehen gelernt, daß die Bourgeoisie, die ihrem Untergang entgegengeht und das Vertrauen der Arbeiter unwiederbringlich eingebüßt hat, ihre Diktatur jetzt nicht mehr unmittelbar und direkt durchführt, sondern unter der Maske der „Demokratie“, durch Vermittlung der verräterischen Arbeiterführer und Bürokraten, die den Bürgerlichen ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben. Es bedurfte einer zweijährigen Erfahrung, damit die Arbeiter endlich das begriffen, was wir ihnen die ganze Zeit gepredigt hatten: daß die Bourgeoisie sich ausschließlich mit Hilfe der bewußten und unbewußten Verräter der Arbeiterklasse an der Macht hält.

In den übrigen europäischen Staaten gelangte das Proletariat viel früher zu dieser Ueberzeugung. Denn die Bourgeoisie verfügt nicht überall über solch schlaue Führer, die ihre wahren Absichten so sorgfältig zu verbergen wissen, wie in dieser kleinen mitteleuropäischen Republik. Der unvermeidliche Zusammenbruch ihrer Herrschaft wird in der Tschechoslowakei durch den klugen bürgerlichen Philosophen, den Präsidenten Masaryk, aufgehalten, der Humanist und „beinahe“ Sozialist ist. Als „Befreier des Vaterlandes“, als Sohn eines Arbeiters und als früherer Arbeiter erfreut sich Masaryk

großer Popularität. Durch ihn hat es die Bourgeoisie vermocht, ihr widerliches, grausames, blutiges Antlitz hinter einem fast undurchdringlichen Schleier von Humanität und Friedensliebe zu verbergen. Hier haben wir die Erklärung dafür, daß die Arbeiter sich zwei Jahre lang von der „Demokratie“ Masaryks hinters Licht führen ließen.

Die Arbeiterführer und die klugen „Fast-Sozialisten“ von der Art Masaryks geben sich jetzt damit ab, die tschechoslowakische Bourgeoisie zu retten. Die Bürgerlichen sind ihnen überaus dankbar; die Erfahrung hat sie gelehrt, die Ueberläufer aus dem feindlichen proletarischen Lager zu schätzen. Die Bourgeoisie weiß nur zu gut, daß die einstigen Proletarier die bürgerlichen Interessen besser verteidigen werden, als sie selbst es vermöchten.

Es war aber nicht immer so.

Anfangs war es nur die tschechische Bourgeoisie, die unter der Führung des Millionärs Dr. Kramarz die Diktatur ausübte. Mit größter Unverfrorenheit strebte sie danach, sich nicht nur das Proletariat, sondern auch die Bourgeoisie aller übrigen Nationalitäten der Republik unterzuordnen.

Das tschechische Proletariat erhielt den Achtstundentag und drei sozialdemokratische Minister. Man versprach ihm die Lati-fundien der deutschen und ungarischen Bourgeoisie und Aristokratie. Es sollte sich als Mitherrscher der Republik fühlen, in der angeblich die Herrschaft der gesamten tschechischen Nation durchgeführt wurde.

Dieser Betrug währte jedoch nicht lange. Die Pariser und Londoner Bourgeois sind klüger als ihre tschechischen Vasallen. Sie wußten es den tschechischen Führern alsbald klar zu machen, daß ihr Vorgehen ein gefährliches Ding sei, nämlich die Verletzung des heiligen Grundsatzes des Privateigentums. Geschähe es auch aus nationalem Haß oder um die tschechischen Arbeiter auf Kosten der deutschen und ungarischen Bourgeoisie zu befriedigen und zu beschwichtigen oder gar um sein eigenes Fell zu retten — letzten Endes würden unvermeidlich diejenigen darunter leiden, die die Sache einleiteten. Auf diese Weise wurde die tschechische Bourgeoisie in die Anfangsgründe der Lehre vom Internationalismus des Kapitals und des Privateigentums eingeführt. In ihrem eigenen Interesse konnte sie sich daher nicht entschließen, die Ländereien der deutsch-ungarischen Aristokratie, die sie bereits dem tschechischen Proletariat versprochen hatte, zu enteignen. Es dauerte nicht lange, bis die Arbeiter dahinter kamen. Sie begriffen alsbald, daß der Ministerpräsident Kramarz in der Tschechoslowakei die Diktatur der tschechischen Bourgeoisie durchführe, die bloß vorgab,

die Bourgeoisie der anderen Nationalitäten zu hassen, sie tatsächlich jedoch ungeschoren ließ.

Im Lande brachen Unruhen aus. Ende Mai 1919 gingen die Arbeiter in der ganzen Tschechoslowakei auf die Straße. Die Arbeiterzüge trugen Galgen an der Spitze, an denen sie die unterwegs aufgegriffenen Schieber und Bourgeois unter den Armen aufhängten. Einige Kaufhäuser und Läden wurden demoliert.

Die tschechische Bourgeoisie verlor den Kopf. In der Nachbarschaft, in Ungarn, stand zu jener Zeit das siegreiche Proletariat an der Macht. Es ist daher umso begreiflicher, daß die tschechische Bourgeoisie und ihre Handlanger in panischen Schrecken gerieten. Die Dummheit und der nationale Haß der jungen, habsüchtigen tschechischen Bourgeoisie, die die Rolle der herrschenden Klasse im Lande spielte, drohten die Interessen der Bourgeoisie aller Nationalitäten der Republik zugrunde zu richten.

Kramarz hatte aber inzwischen in Paris das Versprechen gegeben, daß die Tschechoslowakei sich dem Feldzug gegen Sowjetungarn anschließen werde. Nun fand er einen recht einfachen Ausweg aus der Krise: man brauchte nur den Chauvinismus unter den Arbeitermassen zu entfachen, um ihr wachsendes Klassenbewußtsein zu bekämpfen. Die ungarische Arbeiter- und Bauernrepublik wurde mit Angriffen und Verleumdungen überschüttet. Die Zeitungen brachten „grauennerregende“ Schilderungen von dem Einfall der ungarischen Roten Armee in die Slowakei. Die Regierung mit Kramarz an der Spitze gab die Losung der „Rettung der Republik“ aus.

Man bemühte sich, den aufrührerischen Arbeitern einzureden, daß es auch in der Tschechoslowakei zu einer sozialen Revolution kommen werde, jedoch ohne Blutvergießen und Bürgerkrieg, und daß man sich daher gegen diejenigen verteidigen müsse, die „wie die ungarischen Bolschewiki, ihnen die Revolution mit der Waffe in der Hand aufzwingen wollten“. Aber die werktätigen Massen hatten ihren Glauben an Kramarz verloren; es wurde offensichtlich, daß er die Republik nicht retten konnte: Die klugen Köpfe unter der tschechischen Bourgeoisie gelangten zur Ueberzeugung, daß er ihre Sache in den Augen des größten Teils der Bevölkerung endgültig kompromittiert hatte, und deshalb beriefen sie den „Befreier“ Masaryk als „Retter des Vaterlandes“ auf den Schauplatz.

Als Philosoph und Humanist, den die Volksmassen für einen Sozialisten halten, ist er gut genug, die Bourgeoisie wenigstens eine Zeitlang vom Untergange retten zu können, und schlau genug, um die Arbeitermassen, wenn auch nur für eine begrenzte Zeit, in den

Schlaf zu wiegen: Er war die einzige Hoffnung der tschechischen Bourgeoisie.

Masaryk wußte natürlich, daß es um die Sache der Bürgerlichen denkbar schlecht bestellt war. Er sah gleich ein, daß nur diejenigen die Bourgeoisie retten könnten, die schon vor dem Kriege nach einer Verständigung mit ihr gestrebt hatten, während des Krieges die Arbeiterklasse verrieten und verkauften, sich in den Dienst der Bürgerlichen stellten und nach dem Kriege den Arbeitern die Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit predigten, wenn sie sich dabei auch manchmal revolutionärer Redensarten bedienen — das waren die Sozialpatrioten und Sozialopportunisten aller Gattungen und Schattierungen. Vorläufig glaubt die Arbeiterschaft ihnen noch, denn sie verstehen es, ihre verräterischen Taten mit bolschewistischen Worten zu bemänteln.

Also geschah es, daß Masaryk im Juni 1919 die Losung ausgab: „Alle Macht den Werktätigen der Städte und Provinzen“. Mit dieser „bolschewistischen“ Losung konnte man die Arbeitermassen fast zwei Jahre lang hinters Licht führen.

Kramarz nahm seinen Abschied, und Masaryk betraute den Führer der Sozialdemokratie Tuszar mit der Bildung eines „Arbeiter- und Bauernkabinetts“.

Tuszar begriff natürlich ohne weiteres, was man von ihm wollte. Er bildete eine Regierung aus drei Sozialdemokraten, drei tschechischen Sozialisten (Nationalisten), drei wucherischen Agrariern (Republikanische Partei) und einigen Parteilosen. Die von Kramarz geführte Bourgeoisie nahm fast gar keinen Anteil an der Regierung.

Während der Bildung des Kabinetts verhaftete man alle Kommunisten mit dem Genossen Muna an der Spitze, die die „Ruhe“ des Landes zu gefährden drohten, und kerkerte sie ein.

Also hoffnungsvoll setzte in der Tschechoslowakei die Epoche der „Macht des werktätigen Volkes“ ein.

Wie es sich gehört, war ihr Programm durchaus demokratisch. Es forderte die Sozialisierung der Latifundien der gesamten Aristokratie und des Großgrundbesitzes, der Bergwerke, der Großindustrie, der Metall- und Zuckerindustrie usw.

Um dieses Programm zu verwirklichen, müssen wir vor allem das „Vaterland“ retten, — behaupteten die „sozialistischen“ Minister mit Masaryk an der Spitze . . .

Was Wunder, daß die Arbeitermassen noch einmal auf den Leim krochen und sich zur Verteidigung des „Vaterlandes“ hergaben! Sie glaubten ja, das „Vaterland“ werde schon morgen sozialistisch sein. Was Wunder, daß die tschechoslowakischen Arbeiter

sich bereits im Reiche des Sozialismus dünkten. Sie glaubten fest daran, daß die sozialdemokratischen Führer sie ohne Blutvergießen, auf demokratischem Wege zum Sozialismus führen würden. Die Regierung bestand ja größtenteils aus „Sozialisten“ und „Fast-Sozialisten“; die „Machtergreifung“ hatte sich doch ohne einen einzigen Schuß, ohne einen einzigen Blutstropfen auf die Anregung des Präsidenten Masaryk hin vollzogen!

„Die Republik ist jetzt unser; wir haben sie ohne Blutvergießen zu einer sozialistischen gemacht“ — sagten 1919 durchaus vorgeschrittene Arbeiter in der Tschechoslowakei. Auch zahlreiche Arbeiterführer in der Provinz und im Zentrum, die heute bereits in unseren kommunistischen Reihen kämpfen, glaubten fest daran.

Die „Macht der Werktätigen“ konnte ihr Programm natürlich nicht verwirklichen. Sie wollte es auch gar nicht, denn sie hatte sich eine ganz andere Aufgabe gestellt. Es gelang ihr jedoch, die Republik und somit auch die Bourgeoisie zu retten, die man zu jener Zeit „Demokratie“ nannte...

Fast zwei volle Jahre hindurch gelang es ihr, die Arbeiter, die landlosen Bauern und die Tagelöhner mehr oder weniger geschickt zu betrügen und die Bildung ihrer Vorhut, der Kommunistischen Partei, hintanzuhalten. Fast zwei Jahre lang verstand es diese „Macht der Werktätigen“, ihre „sozialistische“ Mehrheit zu behaupten, trotzdem die Enttäuschung der Werktätigen immer mehr zunahm. Eine derartige „Demokratie“ ist gezwungen, nach dem Kriege ihr wahres Antlitz vor den Werktätigen zu verhüllen. Wir haben nicht die Möglichkeit, den fürchterlichen Verrat an der Arbeiterklasse hier Schritt für Schritt zu verfolgen und aufzudecken. Es wird dem Leser genügen, wenn wir ihm das Wesen des verübten Verrats vor Augen führen.

Die tschechoslowakische Bourgeoisie weiß ebenso gut wie jede andere, daß ihre Herrschaft zu Ende geht. Das wirtschaftliche Fundament, auf dem der moralisch-rechtliche und kulturelle Ueberbau der menschlichen Gesellschaft ruht, ist von der Bourgeoisie geschaffen worden; aber das Fundament des Privateigentums kracht in allen Fugen und stürzt zusammen. Unter den Schlägen der revolutionären Arbeiter beginnt auch der Ueberbau zu wanken, die Risse vertiefen sich immer mehr. Die Bourgeoisie sucht und findet ihre Retter in den Menschewiki und anderen „Sozialisten“, die den Ansturm der Arbeiter wenigstens eine Zeitlang aufhalten können, damit der Ueberbau nicht gar zu stark ins Wanken gerät auf dem Fundament, das auch ohne Schläge sich kaum noch hält. Diesen Rettern gibt die Bourgeoisie die Macht über den Ueberbau in die Hand. Der Ansturm der Arbeiter läßt zeitweilig nach, denn viele

Arbeiter sind aufrichtig davon überzeugt, daß der „sozialistische“ Herr des Ueberbaues auch das Fundament umbauen wird...

Also dachte man in der Tschechoslowakei fast zwei Jahre hindurch. Viele glauben es noch jetzt und werden auch in Zukunft diesen Glauben bewahren. Das Leben aber nimmt seinen Lauf und zwingt die Arbeiter, nolens volens das Fazit der „Demokratie“ zu ziehen. Die Arbeiter verlieren die Hoffnung, den Sozialismus auf „demokratischem“ Wege verwirklicht zu sehen, und gehen auf unsere Seite über.

Je länger die „Regierung der Werktätigen“ bestand, umso mehr füllten sich unsere Reihen. Die von Masaryk geführte Bourgeoisie hielt es für ratsam, die „Demokratie“ zu erweitern. Genosse Muna und andere Kommunisten wurden aus dem Gefängnis befreit. Statt vier menschwistischer Minister gab es jetzt sieben. Die Sozialdemokraten besaßen somit bereits eine Mehrheit in der Regierung. Und sie hielten es sämtlich mit der Sozialisierung!

„Jetzt wird es mit der Sozialisierung sicherlich gehen“ — versprachen die Menschewiki den Arbeitern, um sie in ihren Reihen festzuhalten. Es gelang ihnen auch tatsächlich, die Arbeiter noch ein halbes Jahr lang uns zu entfremden.

Natürlich führten auch die sieben menschwistischen Minister die Sozialisierung nicht durch. Die Arbeitermassen mußten sich von Tag zu Tag mehr davon überzeugen, daß die menschwistischen Rädelsführer sie auf einen falschen Weg geführt hatten. Sie gaben der Enttäuschung, die sie an der sogenannten „Arbeiter- und Bauernregierung“ erlebt hatten, dann auch unzweideutigen Ausdruck. Zum Kongreß der damals noch einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei, der unter dem Druck des linken Flügels für den 25. September 1920 einberufen war, wurden etwa 80 Prozent linksstehender Delegierten gewählt, die den Auftrag erhielten, den sofortigen Rücktritt der Führer von den Ministerposten zu fordern.

Für die Reformisten ergab sich eine nichts weniger als beneidenswerte Lage. Der linke Flügel der Partei, dem alle aus Sowjetrußland zurückgekehrten Kommunisten angehörten, drohte auf dem Kongreß den Sieg davonzutragen, die ganze Partei in seine Hände zu nehmen, alle menschwistischen Führer aus ihr zu entfernen und das tschechoslowakische Proletariat dem Banner der Kommunistischen Internationale zuzuführen. Die menschwistischen Minister und Bürokraten gerieten über diesen „Undank“ der Arbeiter in helle Wut...

Von diesem Augenblick an wird eine Verschwörung gegen das revolutionäre tschecho-

slowakische Proletariat vorbereitet, das sich erdreistet hat, seinen Führern mit den Ministerportefeuilles, den Lakaien der Bourgeoisie, den Gehorsam zu verweigern. Die Verschwörung verfolgt unzweifelhaft das Ziel, die gesamte kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei im Blute zu ertränken.

Die Verschwörung der Menschewiki und der Bourgeoisie.

Die menschewistischen Führer mit Masaryk an der Spitze begannen einzusehen, daß der Kampf der tschechischen Arbeiter gegen die Bourgeoisie und deren Lakaien unter dem Proletariat aller anderen Nationalitäten der Republik warmen Widerhall finden würde. Es war auch möglich, daß die halbproletarischen Schichten und bis zu einem gewissen Grade auch die Bourgeoisie der übrigen Nationalitäten des Landes, zum mindesten der von dem deutschen Kramarz, Dr. Lodgman, geführte Teil, diesen Kampf aus nationalem Haß unterstützen würden. Kramarz und Lodgman wollen es ja noch immer nicht begreifen, daß Bourgeoisie und Proletariat jetzt einen Kampf um Leben und Tod führen; sie stellen die nationalen Interessen noch immer höher als die Klasseninteressen. Der menschewistische Ministerpräsident Tuszar bahnte daher Verhandlungen mit den deutschen Menschewiki der Republik an. Es war sein Plan, die Demokratie noch mehr zu „erweitern“, um das Proletariat auch ferner irrezuführen. Die deutschen Menschewiki sollten gemeinsam mit den tschechischen eine sozialdemokratische Regierung bilden. Masaryk verhandelte dann mit Dr. Lodgman und einigen Führern aus den deutschen Agrar- und Industriekreisen, wie Dr. English und anderen, die die Klasseninteressen der tschechischen Bourgeoisie vertreten konnten. Er wollte sie bewegen, den Widerstand ihrer Parteien gegen ein derartiges „rein sozialistisches Kabinett“ auf neue loyale Opposition zu beschränken.

Trotz aller Bemühungen Masaryks und Tuszars fiel ihr Plan doch ins Wasser. Die deutschen Menschewiki fürchteten, daß die linken Elemente in der deutschen Sozialdemokratie sich ebenso verstärken könnten, wie in der tschechischen. Die deutsche Bourgeoisie befürchtete ebenso sehr wie die tschechische den unvermeidlichen Zusammenschluß des tschechischen und deutschen revolutionären Proletariats, und das slowakische, ungarische und ruthenische Proletariat war schon längst, schon zur Zeit Sowjetungarns und der Sowjetslowakei, der bolschewistischen Ansteckung verfallen; auf sie war kein Verlaß mehr.

Wie schwer und kompromittierend der Plan auch war, wie sehr er auch drohte, selbst den rückständigsten tschechoslowakischen Arbeitern die Augen zu öffnen, entschlossen sich die Menschewiki und die Bürgerlichen doch zum offenen Kampf gegen das zahlreichste Proletariat der Republik, das tschechische. Masaryk gab seinen Segen zu diesem Entschluß, da man keinen anderen Ausweg finden konnte.

Dieser Kampf war erstens vom Standpunkt der internationalen Politik und der mit der Tschechoslowakei und der kleinen Entente verbundenen Räuberbanden notwendig. Zweitens hatten die Menschewiki, die an der Unvermeidlichkeit einer Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei nicht mehr zweifelten, von Anfang an beschlossen, mit Hilfe des gesamten Staatsapparats der kapitalistischen Republik gegen die linksstehende Mehrheit anzukämpfen.

Die menschewistischen Minister beschlossen, ihren Abschied zu nehmen. Mitte September 1920 löste sich das Kabinett des „werk-tätigen Volkes“ auf. Es hatte seine Rolle ausgespielt, denn die Arbeiter trauten ihm nicht mehr. Die Masken fielen... man begann mit der Verwirklichung des wohlvorbereiteten Planes, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie und ihre Lakaien dem Bolschewismus in der Tschechoslowakei ein Ende zu machen hofft.

An die Stelle der menschewistischen Regierung trat mit Einwilligung Masaryks ein Beamtenkabinett, an dessen Spitze der langjährige Freund Tuszars, Czerny, stand. Dieses Bürokratenkabinett hatte zur Aufgabe, dem Bolschewismus in geeignetem Augenblick mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln den Garaus zu machen, denn die Menschewiki hielten es nicht für ratsam, den Kampf selbst zu führen, wie sehr die Bourgeoisie sie auch darum bat. Die Regierung Czernys war nichts anderes als ein Werkzeug, das die Menschewiki geschaffen hatten, um zur Rettung der Bourgeoisie das kommunistische Proletariat niederzuringen.

Die menschewistischen „Führer“ befanden sich nach ihrem Rücktritt aus der Regierung in der wenig beneidenswerten Lage von Generälen ohne Truppen. Mit Hilfe eines kleinen Häufleins ergebener Arbeiterbürokraten, die leitende Posten in der Sozialdemokratischen Partei bekleideten, stimmten sie die Kommunisten nieder und vertagten den Parteitag auf zwei Monate. Zugleich schlossen sie sämtliche Anhänger der Kommunistischen Internationale mit Smeral, Skalak, Muna, Hausser u. a. an der Spitze aus der Partei aus. Sie verließen freiwillig, ohne Kampf den Mittelpunkt des Parteilebens, das Prager Arbeiterhaus, von dem die linksstehenden Arbeiter und die Kommunisten dank ihrem ziffernmäßigen Ueber-

gewicht Besitz ergriffen hatten. Die menschewistischen Verschwörer wußten ja, daß die Bourgeoisie, die sie vor Enteignungen schützten, ihnen das Arbeiterhaus retten würde, umso mehr, als es juridisch Privateigentum des Vorsitzenden des Zentralkomitees der tschechoslowakischen menschewistischen Partei, Anton Niemitz, war. Das Arbeiterhaus war ein Objekt, das den Organen der Staatsmacht gestattete, im erforderlichen Augenblick gegen die kommunistischen Besitzergreifer vorzugehen und auf diese Weise den Weg zur Niederringung des gesamten revolutionären Proletariats durch Waffengewalt zu finden.

Der Parteitag der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei wurde dennoch abgehalten, wenn auch ohne Menschewiki. Die linksstehenden Mitglieder, die alleinigen Teilnehmer am Parteitag, wählten ein neues Zentralkomitee mit dem Arbeiter Genossen Gawlin an der Spitze und unter geistiger Führung des Genossen Smeral. Der Parteitag sanktionierte die Besitzergreifung des Prager Arbeiterhauses. Es wurde ein neues provisorisches Parteiprogramm ausgearbeitet. Der Parteitag beschloß, die Frage des Beitritts zur Kommunistischen Internationale durch die sogenannten Keimzellen erörtern zu lassen.

Auf diese Weise spaltete sich die tschechoslowakische Sozialdemokratie in eine Rechte und eine Linke.)

Die Rechten machten sich darauf mit erneuter Kraft an die Reorganisation der ihnen treugebliebenen Parteimitglieder. Sie trafen Vorbereitungen zu einem Parteitag und arbeiteten den Plan einer Verschwörung gegen die Arbeitermassen aus, die den Linken folgten. Am 26. und 27. November 1920 hielten sie mit viel Pomp und Feierlichkeit ihren Parteitag ab. Sämtliche Führer der II. Internationale trafen ein, um die tschechoslowakische Sozialdemokratie, die sich für die Interessen der Bourgeoisie opferte, zu unterstützen. Vandervelde und Huysmans, Kramp und Müller, auch Herr Suchomlinow als Vertreter der russischen Partei der Sozialrevolutionäre waren anwesend.

Die Delegierten dieses berühmten Parteitages wurden in den meisten Fällen nicht gewählt, sondern ernannt. Wie die linken Zeitungen berichten, vertraten die meisten Delegierten kleine Parteilzellen von 5 bis 20 Mitgliedern; es gab sogar Delegierte ohne jedes Mandat, die überhaupt niemand vertraten. Jeder „Delegierte“ mußte schriftlich bestätigen, daß er gegen die Kommunistische Internationale sei; erst dann wurde er als Delegierter anerkannt.

*) Eine Beschreibung der Spaltung, sowie die Reden und das Programm des Parteitags bringt Genosse Hula in seinem Artikel, der in Nr. 15 der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlicht ist.

An diesen, mit Verlaub zu sagen, „Parteitag“ wandten sich die Stützen der II. Internationale. Durch ihn riefen sie die tschechoslowakischen Arbeiter auf, für die Wiederherstellung der II. Internationale zu wirken. Sie überschütteten die Kommunistische Internationale und den Genossen Smeral mit Schmähungen, warfen ihm vor, daß er, der alte sozialdemokratische Führer, alles aufbiete, um die Sozialdemokratie zu vernichten. Die Kommunistische Internationale wurde natürlich als ein Häuflein Abenteurer dargestellt, das die Einheitlichkeit der proletarischen Front zerstören wolle.

Der frühere Minister Soukup gestattete sich sogar folgende Worte: „Aus Moskau wurde in die Reihen des Weltproletariats eine Fackel geworfen, die die Dächer der internationalen Sozialdemokratie in Brand setzt und das Weltproletariat vor die schicksalsschwere Entscheidung stellt, wohin es nun zu gehen habe — den Weg, den Marx gewiesen hat, den Weg der internationalen Sozialdemokratie, oder die alten, längst überwundenen Wege des Kommunismus . . . (!) Es ist ein Kampf zwischen Verstand und Unverstand. Es ist kein neuer Kampf; Marx führte ihn gegen Bakunin, die Sozialdemokratie wird ihn gegen den Kommunismus führen.“

Ein anderer „Führer“, der Menschewik Bechine, sagte: „Vom Anfang an verband sich das Schicksal unserer Arbeiter mit demjenigen der Republik. Seid ihr für unsere Republik? Falls ja, so wisset, daß sie ohne eure Unterstützung nicht bestehen kann.“

Der Vorsitzende des Parteitags, der Menschewik Anton Niemetz, übertraf jedoch alle anderen: „Masaryks Programm — sagte er — ist unser Programm . . . Die tschechoslowakische Republik, das sind wir, das ist die tschechoslowakische Sozialdemokratie.“ („Prawo Lidu“ vom 28. und 30. November 1920, Nr. 281 und 282.)

Diese kurzen Zitate zeigen deutlich, wie es um den „Marxismus“ der Redner bestellt ist. Indem sie an den Chauvinismus eines Teils der tschechischen Arbeiter appellierten und die Kommunisten als Anarchisten darstellten, bereiteten sie den Boden vor zur Ausführung ihres Planes, der sich auf die Niederringung der Kommunisten richtete. Die Gewerkschaftsdelegierten Pitak und Pollak, die gerade aus Sowjetrußland zurückkehrten, als der Parteitag stattfand, leisteten ihnen treuen Beistand. In langen Reden verleumdeten sie die Sowjetrepublik und das heldenmütige russische Proletariat und riefen eine direkte Pogromstimmung im Sitzungssaale hervor. Unter den Beifallsbezeugungen der gesamten tschechischen Bourgeoisie sprach sich der Parteitag für den Anschluß an die II. Internationale aus.

Das sollte den Triumph der II. Internationale in der Tschechoslowakei und in ganz Mitteleuropa bedeuten. Mit der größten Genugtuung veröffentlichten die bür-

gerlichen Zeitungen die Reden, die die Führer der II. Internationale und die tschechischen Menschewiki auf dem Parteitag gehalten haben. Die zum Pogrom aufrufenden „Berichte“ Pitaks und Pollaks wurden in hunderttausend Exemplaren verbreitet.

Noch vor dem Parteitag der Menschewiki wurden in der Tschechoslowakei auf Kosten der Geheimabteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung etwa hundert Flugschriften gegen Sowjetrußland und die Kommunisten gedruckt und verbreitet. Inzwischen hat der Strom der Pogromliteratur noch bedeutend zugenommen. Jeder Taugenichts, Abenteurer und Lockspitzel, manchmal auch ein sogenannter „Kommunist“, der in Rußland gewesen ist, veröffentlicht für gutes Geld seine „Eindrücke“ über Sowjetrußland, fällt über die Bolschewiki her und brandmarkt das Proletariat der Sowjetrepublik. Dies erklärt auch die Pogromstimmung des Spießbürgertums gegen die Kommunisten, die um sich gegriffen hat, eine Stimmung, so recht nach dem Wunsche der Menschewiki und der hinter ihnen stehenden Bourgeoisie.

Nachdem die menschewistischen Führer also die nötige Stimmung geschaffen, ihre nicht allzustarken Kräfte gemustert und reorganisiert hatten, warteten sie auf den geeigneten Augenblick, um ihren Plan zu verwirklichen.

Die Durchführung der Verschwörung.

Die Regierung Czernys sollte den Angriff „vorsichtig“ beginnen, wie einer der menschewistischen Führer, Senator Swenzeny, am Tage nach dem Rücktritt der menschewistischen Minister vor zwei Zeugen, den Genossen Czerny und Kuderoi, unvorsichtigerweise ausplauderte („Kraßnoje Prawo“, vom 11. Dezember 1920, Nr. 69).

Den Vorwand zum Konflikt lieferte die Besitzergreifung des Arbeiterhauses. Die Kommunisten mußten hierbei unvermeidlich mit dem Staatsapparat der Republik in Konflikt geraten. Niemetz wandte sich um Hilfe an die bürgerliche Justiz, die natürlich nicht zögerte, das Haus dem menschewistischen Abgeordneten zuzusprechen.

Während der Parteitag tagte, wurde die Angelegenheit gerade in der dritten Gerichtsinstanz erledigt. Im Dezember mußte der Konflikt unvermeidlich ausbrechen und zu dem Blutbad führen, das die Menschewiki dem revolutionären tschechoslowakischen Proletariat vorbereitet hatten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Tuszar, Niemetz und Bechine, die Führer der II. Internationale, unter anderem auch zu dem Zweck zu ihrem Parteitag eingeladen hatten, um sich über die Durchführung der Verschwörung zu beraten. J a, d i e g e s a m t e

linke Presse erklärte ganz offen, daß der Mittelpunkt der europäischen Reaktion, Paris, seinen Vasallen von der Kleinen Entente befohlen habe, dem Bolschewismus den Garaus zu machen und das Hinterland zum folgenden Frühling zu säubern . . .

Die Führer der II. Internationale wurden von dem Präsidenten Masaryk empfangen. Sie verhandelten mit den früheren menschenwissenschaftlichen Ministern; Tuszar, der ständige Vertreter von Benesh, war über die gesamte auswärtige Politik auf dem Laufenden.

Die Verhandlungen und Sitzungen in Prag Ende November 1920 fanden zweifelsohne mit Wissen von Paris statt. Es waren Sitzungen des Stabs der europäischen Gegenrevolution, der Pläne ausarbeitete zur baldigen Niederringung des Bolschewismus in Zentraleuropa und in erster Reihe in der Tschechoslowakei, wo die Bewegung des revolutionären Proletariats eine große Ausdehnung anzunehmen begann.

Das erste Licht auf die Ergebnisse der Prager Beratungen warf das Interview, das Masaryk dem Berichterstatter der ungarischen Zeitung „Az Est“ gewährte und das am 2. Dezember 1920 im „Prager Tageblatt“ veröffentlicht wurde. In bezug auf Rußland sagte Masaryk: „Wie ich sehe, hat ganz Europa begriffen, was der Bolschewismus vorstellt . . . Rußland führt eine durchaus falsche Politik . . . Die Agitation und Propaganda im Auslande werden Rußland nicht helfen. Wie es scheint, ist Europa der Politik der Gleichgültigkeit überdrüssig und beabsichtigt, einen festen Weg zu betreten. („Tscheschskoje Slowo“ vom 3. Dezember 1920, Nr. 283).

Diese Worte des Oberhauptes der Regierung gaben das Signal zum Angriff auf die Kommunisten. Anfang Dezember begann nach die linken Zeitungen zu konfiszieren. Darunter waren das Zentralorgan der sozialdemokratischen Linken, „Rude Prawo“, das Organ der linksstehenden Jugend, „Mlady Proletarsch“ und das Frauenorgan „Shenski List“. Die Konfiskationen wurden in Prag bald zu alltäglichen Erscheinungen.

Zu dieser Zeit nahmen die Menschewiki im Parlament den Staatshaushalt im Betrage von 14 Milliarden an, von denen 2,5 Milliarden Kronen für die Armee bestimmt waren („Kražnoje Prawo“ vom 5. XII. Nr. 64).

Die Bergarbeiter von Kladno brandmarkten zur selben Zeit in einem Aufruf die Verleumder Sowjetrußlands und seines heldenmütigen Proletariats.

Die Konfiszierung der linksorientierten Blätter führte jedoch nicht zum Ziel. Die Staatskommission zur Verteilung von Zeitungs-

papier stellte daher vom 1. Dezember an die Verabfolgung von Papier an das Zentralorgan der Linken ein.

Die gegen den Bolschewismus gerichteten Artikel, Flugschriften und sonstige Literatur nahmen zu dieser Zeit ungeheuer zu. Durch den gesamten Presseschmutz wiederholten sich als ständiger Refrain die Mitteilungen über die „Moskauer Befehle“ und die „bolschewistischen Rubel“.

Den Menschewiki schien der Boden genügend vorbereitet, die kommunistische Presse genügend unterdrückt, um zur Tat zu schreiten, auch ohne abzuwarten, bis das Arbeiterhaus durch bürgerlichen Rechtsspruch Anton Niemetz wiedergegeben werde. Sie hatten es namentlich deshalb eilig, weil die kommunistischen Arbeiter sich vornahmen, das Prager Arbeiterhaus Tag und Nacht zu bewachen. Die Prager Arbeiter wurden dabei von Arbeiterwachposten aus Kladno, Nimbung und anderen nahegelegenen Städten abgelöst.

Die menschewistischen Abgeordneten im Parlament begannen sich von jeder Arbeit in den Ausschüssen auszuschließen, bis man ihnen das Arbeiterhaus zurückgeben würde. Sie wußten ja, daß, ehe der Urteilsspruch vollzogen würde, bereits der Zusammenschluß der Prager Arbeiter erfolgen werde, welche das durch langjährige winzige Geldbeiträge erworbene Arbeitereigentum standhaft verteidigen würden.

Sie mußten losschlagen, solange die Arbeiter noch unvorbereitet waren. Daher suchten sie nach einem Vorwand, um eine vorzeitige Einmischung der Staatsgewalt herbeizuführen. Die menschewistischen „Demokraten“ nahmen ihre Zuflucht zur Provokation. Die Druckerei des Arbeiterhauses stand unter der Leitung des menschewistischen Abgeordneten Hummelgans, auf dessen Namen die Druckereikonzession eingetragen war. Es geschah zweifellos auf Grund einer Anzeige der menschewistischen Verschwörer, daß Hummelgans sich nach dem Parteitag als tatsächlicher Besitzer der Druckerei gebärdete. Er ignorierte die Aufträge des Zentralkomitees der Linken, führte dagegen alle Bestellungen der Menschewiki unverzögert aus usw. Das Zentralkomitee der Linken, das das provokatorische Spiel des Hummelgans nicht bemerkte, entließ ihn und seinen Vertreter, ebenfalls einen Menschewik. Dies war natürlich ein falscher Schritt. Die Menschewiki wünschten auch gar keine andere Lösung, denn auf diese Weise erlangten sie den nötigen Vorwand zur Einmischung der Behörden. Der Staatsapparat, der so lange auf den erforderlichen Anstoß gewartet hatte, setzte sich nun in Bewegung.

Die menschewistischen Verräter, Lockspitzel und Verschwörer rieben sich vor Vergnügen die Hände.

Am Nachmittag desselben Tages, an dem Hummelgans entlassen wurde, erschien eine gut bewaffnete Polizeiabteilung in dem Arbeiterhause, versiegelte die Druckerei und verbot die fernere Arbeit, da der Besitzer das Unternehmen verlassen habe. Die Polizei stellte Wachposten vor der Druckerei auf und kampierte auf dem Hof. Bald darauf traf auch Verstärkung ein; die neue Polizeiabteilung bildete vor dem Haupteingang des Gebäudes einen Kordon. Nur diejenigen Arbeiter wurden in den Hof durchgelassen, die eine Parteikarte der Sozialdemokratischen Partei mit dem Stempel der Linken vorweisen konnten. Da man aber vor dem Erscheinen der Polizei die Arbeiter beider Fraktionen zugelassen hatte, so tat die Polizei ihr Möglichstes, um zu verhüten, daß Anhänger der Menschewiki in das vorbereitete Blutbad gerieten. Die Verschwörer hatten sogar diese Einzelheit vorausgesehen.

Die Polizei wurde in 2 bis 3 Stunden durch ein mit Gewehren bewaffnetes Gendarmerieaufgebot von 300 bis 500 Mann verstärkt, das den ganzen Hof und den Garten des Arbeiterhauses besetzte. Wie aus den Angaben hervorgeht, die später in den linksstehenden Blättern veröffentlicht wurden, hatte man zum Kampf gegen die Kommunisten eine besondere Auslese unter den Polizisten und Gendarmen vorgenommen, ihre Abteilungen aus dem ganzen Lande mit großer Sorgfalt ergänzt. Dasselbe war bei den Abteilungen der Legionäre und jenen Truppenteilen der Fall, die später zur Massenabschlachtung der streikenden Arbeiter hinzugezogen wurden. Man bildete wahre Strafexpeditionen aus besonders hartenherzigen, grausamen und zuverlässigen Polizisten, Gendarmen, Soldaten und Legionären.

Die Nachricht, daß die Polizei und Gendarmerie das Arbeiterhaus besetzt hatte, verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch alle Prager Fabriken. In großen Massen strömten die Arbeiter dem Gebäude zu. Außerdem war schon vorher für 8 Uhr abends desselben Tages, den 9. Dezember, eine Versammlung von Vertretern der Betriebsorganisationen und Parteizellen aller Stadtteile Prags angesagt worden. Es sollten sich ungefähr 600 Mann einstellen. Die Polizisten und Gendarmen wollten die Delegierten nicht zur Versammlung zulassen. Mit ihren Gummiknüppeln und Gewehrkolben „säuberten“ sie unaufhörlich den Platz vor dem Arbeiterhause. Es gelang den Delegierten und einem Teil der Arbeiter jedoch, den bewaffneten Kordon zu durchbrechen und das Gebäude zu betreten. Die Sitzung fand tatsächlich statt. Die Polizei- und Gendarmerieaufgebote erhielten den Befehl, die Versammelten um jeden Preis auseinanderzujagen und das Gebäude von den „Kommunisten“ zu säubern. Die Gendarmen drangen während der Berichterstattung

des Genossen Skalak in den Sitzungssaal ein und trieben die Arbeiter mit Gewehrkolben, Bajonetten und Gummiknüppeln aus dem Lokal. Die Arbeiter versammelten sich auf dem Hof und wehrten sich mit Stöcken, Steinen und Ziegeln gegen die Bajonette und Kolben. Das Ergebnis war, daß auf dem Hof und vor der Haustür ungefähr ein Dutzend Schwerverwundeter liegen blieben; viele verwundete Arbeiter ergriffen die Flucht.

Das Arbeiterhaus war somit von den Arbeitern „gesäubert“ worden. Die Gendarmerieoffiziere und Polizeibeamten beeilten sich, dieses Resultat durch den Fernsprecher den menschwistischen Führern mitzuteilen, die mit großer Ungeduld auf die Einladung warteten, „nach Hause“ zurückzukehren.

Die kommunistischen Redakteure mit den Genossen Smeral, Muna und Skalak an der Spitze wurden bis aufs Blut mißhandelt, aus dem Hause getragen und im wahren Sinne des Wortes auf die Straße geworfen.

Unter dem Schutz der Gendarmen eilte das Mitglied der II. Internationale, der juristische „Eigentümer“ des Gebäudes, der Abgeordnete Anton Niemetz, als erster dem Arbeiterhause zu. Durch das frische Blut der Verwundeten lenkte dieser Verräter und Mörder mit einem Lächeln auf den Lippen seine Schritte feierlich dem Eingange „seines“ Hauses zu. Der Kordon der Gendarmen und Polizisten stellte sich in Positur und salutierte ehrerbietig . . .

Nicht weniger feierlich, mit derselben Siegermiene betraten auch die übrigen menschwistischen Führer das Haus, während Sanitätsmannschaften und Genossen die vor Schmerzen stöhnenden Verwundeten vom blutigen Bürgersteig und Hof auflasen und in die Ambulanzwagen schafften.

Da habt Ihr die II. Internationale!

Da habt Ihr die Demokratie!

Nicht ohne Grund haben die tschechischen Arbeiter sie die Gendarmerieinternationale getauft. Sie ist eine Internationale der Verteidiger der Bourgeoisie, eine Internationale der Henker des Arbeitervolkes! Eine vorzügliche Charakteristik gab ihr jene tschechische Arbeiterin, die, als sie Niemetz nach dem Geschehenen auf der Straße sah, den Passanten zurief: „Hier geht der Verräter, das Blut der Arbeiter klebt an ihm!“

Die tschechischen Arbeiter beantworteten die blutige Gewalttat der Menschewiki unverzüglich mit einem Proteststreik. Die Arbeiter aus der Umgegend von Prag, aus Kladno und anderen nahegelegenen Städten schlossen sich ihnen an. Wo die Arbeiter durch

den Fernsprecher von den Prager Ereignissen benachrichtigt werden konnten, traten sie schon am 10. Dezember in den Ausstand. Diese Maßnahme war für den Fall der Besetzung des Arbeiterhauses schon vorher vereinbart worden.

Der Generalstreik.

Die ausständischen Arbeiter versammelten sich in den Fabriken und Bezirken. Es wurden Versammlungen abgehalten, um die geschaffene Sachlage zu erörtern.

Das Zentralkomitee der Linken, das man aus dem Arbeiterhause vertrieben hatte, fand sich am Morgen des 10. Dezember im Lokal des Parlamentsklubs zusammen. Als die Arbeiter davon erfuhren, begaben sie sich zum Parlamentsgebäude, um die Direktiven des Komitees in Empfang zu nehmen. Es versammelten sich ungefähr 3 bis 5000 Personen. Gegen 11 Uhr wurde eine Versammlung unter offenem Himmel abgehalten. Es traten Arbeiter und ein sibirischer Legionär als Redner hervor, die zum Generalstreik aufriefen.

Die Polizeiabteilungen, die das Parlamentsgebäude in dichtem Kordon umgaben, erhielten den Befehl, die Versammlung um jeden Preis auseinanderzutreiben. Als eine mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffnete Polizeiabteilung von ungefähr 40 Mann sich auf die Menge stürzte, begannen die Arbeiter ihnen leidenschaftlich vorzuwerfen, daß sie, die Proletarier, den Lakaien und Mitläufern der Bourgeoisie dienen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen einzelnen Arbeitern und Polizisten. Die Polizei begann alle, die ihr unter die Hände gerieten, mit Gummiknüppeln zu bearbeiten. Die Leute fielen unter den Schlägen wie tot hin. Nun begannen aber auch die Arbeiter, sich mit Stöcken zu verteidigen. Plötzlich zog ein Polizist den Revolver und feuerte ihn auf die Volksmenge ab. Damit war das Signal für die übrigen gegeben; sie schossen den Arbeitern direkt in das Gesicht. Nach wenigen Minuten bedeckten ungefähr 30 schwerverwundete Arbeiter den Platz vor dem Parlamentsgebäude. Zahlreiche leichtverwundete Arbeiter flüchteten.

Während der Schießerei traten die Genossen aus dem Zentralkomitee der Linken mit dem Genossen Smeral an der Spitze aus dem Parlamentsgebäude. Sie riefen die Arbeiter auf, einen Generalstreik zu veranstalten und sich zur Agitation in die noch arbeitenden Fabriken zurückzugeben.

Noch an vielen anderen Stellen von Prag kam es an diesem Tage zu blutigen Zusammenstößen. Polizeiabteilungen von 30 bis 40 Mann

fielen in den Straßen über einzelne Arbeitergruppen her, schossen sie nieder oder verprügelten sie.

Die Arbeiter gerieten über diese planmäßigen Niedermetzelungen natürlich in große Erregung. Sie fühlten instinktiv, daß eine Verschwörung gegen sie im Gange war. „Verräter! Spitzel! Mörder!“ schrien sie den menschwistischen Führern und den Polizisten entgegen.

Mehrere tausend Arbeiter versammelten sich und zogen demonstrativ durch die Straßen von Prag. Sie schlossen die Verkaufsläden, hielten die Straßenbahnwagen an, entwaffneten vereinzelte Polizisten und Gendarmen und riefen den Generalstreik aus.

Am Abend des 10. Dezember erklärte das Zentralkomitee durch Flugblätter des „Rude Prawo“ den Generalstreik. Der Aufruf enthielt folgende Forderungen:

1. Unverzügliche Einstellung des Terrors gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung.

2. Unverzügliche Entfernung der Polizei und Gendarmerie aus dem Arbeiterhause und Rückgabe des Gebäudes an die Arbeiter.

3. Befreiung der Verhafteten und Unterstützung der Verwundeten und anderer in Mitleidenschaft gezogener Arbeiter.

4. Rücktritt der Regierung Czernys, die gezeigt hat, daß sie bloß das Vollzugsorgan der hinter ihrem Rücken stehenden Menschewiki Tuszar, Meißner und des Agrariers Swegli ist.

5. Einstellung der Konfiskationen und unverzügliche Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit.

6. Kontrolle der Produktion auf den Landgütern und in den kapitalistischen Unternehmungen durch Vertrauensmänner der Arbeiterräte oder der Betriebsräte; unverzügliche Nachprüfung der Bilanz- und Geschäftsbücher. Wo die eingesetzten Arbeiter-Inspektoren das Vorhandensein von Bargeld feststellen, sind sie berechtigt, eine unverzügliche Erhöhung der Löhne um mindestens 30 Prozent zu verlangen, die für die letzten 14 Tage vor Weihnachten bereits auszuzahlen ist.

7. Verteilung der Lebensmittel unter der Kontrolle der Arbeiter. Einquartierung der Wohnungslosen in jene Wohnungen, deren Größe die festgesetzte Norm übersteigt, und in die leerstehenden Zimmer.

Die bemerkenswerteste Stelle im Aufruf, die die Unentschlossenheit und die Unstimmigkeit unter den Mitgliedern des Zentralkomitees der Linken klar zum Ausdruck bringt, lautet wie folgt:

„Da das Parlament und die Regierung in der Frage der Sozialisierung der Landgüter und der großen Industrieunternehmen entschieden ihr Wort gebrochen haben, müssen die Arbeiter allerorts ernst darüber nachdenken, wie die Sozialisierung der zweifelsohne

hierfür reif gewordenen Unternehmungen durch die Arbeitermassen durchgeführt werden kann.

Arbeiter! Die Lage, in die die Regierung und die Sozialverräter uns gebracht haben, ist insofern wichtig, als sie die Arbeitermassen in Bewegung setzen wird" . . .

Also begann der Generalstreik, der, wohlbemerkt, die Kraft, Entschlossenheit und Ausdauer des revolutionären Proletariats der Tschechoslowakei feststellen sollte.

Wie die Ereignisse gezeigt haben, konnten die Arbeiter ihren Kampf nicht im Rahmen der Forderungen des Zentralkomitees der Linken führen. Gegen den Wunsch und Willen der Mehrheit des Zentralkomitees begannen die Arbeiter den Kampf um die Macht . . .

Diese Tatsache ist überaus wichtig und bedeutsam! Der Generalstreik griff rasch um sich, jedoch nicht überall mit gleichem Erfolg. Es konnte vorläufig auch nicht anders sein. Denn während das Zentralkomitee der Linken unentschlossen vorging, verstanden es die Feinde der Arbeiter, ihren Angriff entschlossen und organisiert durchzuführen. Die Menschewiki gaben auch hier den Ton an. Das Zentralkomitee dieser Mörder der Arbeiter veröffentlichte eine lange Proklamation, in der es dringlichst zur Bekämpfung der Streiks aufforderte. „Das Vorgehen der Kommunisten — heißt es in dem Aufruf — bedeutet den Anfang des Bürgerkrieges, in dem unsere junge Republik untergehen muß.“ Am deutlichsten geben sich die Menschewiki am Schluß der Proklamation zu erkennen:

„Bürger der Republik! Beschützt unser Prag, unsere République. Es ist unsere Pflicht. Wir alle sind für die Zukunft unseres tschechoslowakischen Volkes verantwortlich.“

Dasselbe Geschrei ließen auch alle tschechischen Zeitungen vom Stapel, von den „sozialistischen“ bis zu dem Organ des Dr. Kramarz.

„Auf zur Verteidigung der Republik!“

„In den Tod mit den Kommunisten!“

Die Losungen sämtlicher Feinde der Arbeiterklasse waren von diesem Geist durchdrungen.

Der Gewerkschaftsrat erklärte sich für „neutral“ und erbot sich, die Verhandlungen zwischen den Gegnern zu vermitteln. Tatsächlich aber konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die menschewistischen Gewerkschaftsführer die Verräter der Arbeiterklasse unterstützten.

Wenn der Augenblick ernst ist, fallen die Masken; die Unstimmigkeiten unter den Lakaien verschwinden, wenn der Sache ihrer bürgerlichen Herren Gefahr droht. Selbst die deutschen Men-

schewiki machten diesmal mit, um ihr tschechoslowakisches Vaterland vor der bolschewistischen Gefahr zu schützen.

Das Zentralkomitee der deutschen Menschewiki verbot den deutschen Arbeitern durch einen besonderen Aufruf, an dem Generalstreik teilzunehmen. Dagegen ließ die Linke der Deutschen Sozialdemokratischen Partei gleich ihren slowakischen und ungarischen Genossen an die Arbeiter die Aufforderung ergehen, gemeinsam mit den tschechischen Brüdern für den Kommunismus zu kämpfen.

Die Losung des Generalstreiks spaltete alle Nationalitäten der tschechoslowakischen Republik in zwei Lager: auf der einen Seite stand das Proletariat, auf der anderen die Bourgeoisie und ihre Handlanger.

Die Streikbewegung begann an vielen Orten, noch bevor der Generalstreik erklärt wurde. In den Bezirken Kladno, Kolin, Rokitzany, Nimbürg und in der mährischen Hauptstadt Brünn traten die Arbeiter in den Ausstand. Dort standen sogar die Straßenbahn, die Wasserleitung und die Elektrizitätswerke still.

Die Arbeiter in der Provinz erfuhren in den meisten Fällen erst durch die bürgerlichen oder menschewistischen Zeitungen von der Aufforderung zum Generalstreik. Das Zentralorgan der Linken, „Rude Prawo“, erschien in der Form eines Flugblattes und wurde konfisziert. Die Telegramme des Zentralkomitees der Linken wurden unterschlagen. Trotz alledem nahm der Streik immer größere Ausdehnung an, griff auf immer neue Bezirke der Republik über und drang bis auf das flache Land durch.

Die Polizei, die Gendarmerie und die Rekruten waren auf Befehl ihrer Vorgesetzten bestrebt, dem Streik alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. So wurden z. B. in Brüx, dem Kohlenrevier in dem deutschen Teil Tschechiens, die zum Streik aufrufenden Redner verhaftet. Darunter auch der kurz zuvor aus Rußland zurückgekehrte Genosse Weitauer. Als Arbeiter den Versuch machten, die Verhafteten zu befreien, machten die Soldaten von ihren Waffen Gebrauch. Neun Personen wurden getötet, darunter drei Knaben, die zufällig auf der Straße waren; die Zahl der Verwundeten belief sich auf dreißig. Auch in anderen Städten fanden derartige blutige Ueberfälle statt.

Wir haben natürlich nicht die Möglichkeit, hier über alle Einzelheiten und alle blutigen Ereignisse jener Tage zu berichten, sondern müssen uns damit begnügen, ein allgemeines Bild der Bewegung zu geben.

Der Generalstreik war in vielen Orten eine Fortsetzung des Proteststreiks. Dies war in Tschechien der Fall. Die Arbeiter Mährens, deren Verbindung mit Prag unterbrochen wurde, nahmen die Arbeit zeitweilig wieder auf. Sie wußten nichts vom Generalstreik und haben ihn später von neuem begonnen. In der Slowakei und in den ruthenischen Karpathen trafen die Nachrichten über die Prager Ereignisse zusammen mit dem Aufruf des Zentralkomitees der Linken ein.

Viele Provinzleitungen beantworteten den von Prag ausgehenden Aufruf sofort mit Kampfeslosungen. So schrieb z. B. die Kladnoer „Swoboda“:

„Arbeiter und Soldaten, vereint Euch!

Nieder mit der weißen Armee der Bourgeoisie! Es lebe die rote Armee des Proletariats!

Ohne Waffen ist das Proletariat nichts, bewaffnet ist es alles!“

Die Ausständigen veranstalteten in den Städten und Dörfern Versammlungen. Fast überall wurden Revolutionsräte oder Ausschüsse in der Stärke von fünf bis sieben Mitgliedern gewählt und Arbeitertrupps gebildet, die man mit Jagdgewehren bewaffnete. Die Ausständigen entwaffneten die Ortspolizei und Gendarmerie, nahmen ihnen Gewehre und Revolver ab und entwaffneten mit verhältnismäßiger Leichtigkeit auch mehrere kleine Ortsorganisationen. Es gab auch Fälle (wie z. B. u. a. im Bezirk Bersum), in denen die Soldaten den Arbeitern die Schlüssel zu den Arsenalen einhändigten und ungeachtet des Befehls der Militärbehörden, die Streikenden auseinanderzutreiben, die Waffen niederlegten (in Königgrätz). Die Ordnung wurde von bewaffneten Arbeiterpatrouillen mit roten Armbinden aufrechterhalten. Der Verkauf von Spirituosen war von den Revolutionskomitees verboten worden. Die Arbeiter bewaffneten sich so gut sie konnten und besetzten die Rathäuser, die Kreisämter, die Post und Telegraphenabteilungen, die Telephonämter, Eisenbahnstationen und Eisenbahntelegraphen; sie hielten die Züge an und durchsuchten sie. In einigen Fällen gelang es ihnen, Truppentransporte und Gendarmerieabteilungen in den Eisenbahnwagen zu entwaffnen.

Kraftwagen und andere Verkehrsmittel wurden gegen Quittung requiriert. Die Zuckerfabriken, Dampfmaschinen und andere Betriebe wurden besetzt, ebenso die Landgüter, Eisenbahnwerkstätten, Elektrizitäts- und Gaswerke und Wasserleitungen. Die Leitung der Betriebe übernahmen die Betriebsausschüsse oder die Verwalter.

In vielen Orten wurde eine Mobilmachung der werktätigen Bewohner im Alter von 16 bis 60 Jahren für die Rote Garde durchgeführt. Patrouillen der Roten Garde begaben sich auf das flache

Land, um dem Landproletariat und der Dorfarmut beizustehen. Den Dorfreichen wurden gegen Quittungen die Jagdflinten und die versteckten Mausergewehre abgenommen. Es kam auch zu bewaffneten Zusammenstößen mit den Banden der Dorfreichen. In einigen Orten wurde der elektrische Kabel durchschnitten, der die kleinen Städte mit der Hauptstadt verband.

In Kladno beschlagnahmten die Arbeiter am Bahnhof die bürgerlichen Zeitungen und die Blätter der Verräter und verbrannten sie an Ort und Stelle auf einem Scheiterhaufen. Die Regierung schickte Aeroplane hin, die ganze Haufen des Regierungsorgans „Die tschechoslowakische Republik“ auf das Gebäude des „Kladnoer Arbeiterrats“ herabregnen ließen.

In einigen Städten stellten die lokalen Arbeiterräte und Parteien noch ergänzende Forderungen zu dem Aufruf des Zentralkomitees der Linken auf. So forderte z. B. der Arbeiterrat von Groß-Brünn in Mähren folgendes:

1. Unverzügliche Wahl von Betriebsräten in allen großen kapitalistischen Unternehmungen mit dem Recht der Kontrolle über die Produktion und die Warenverteilung. Gleichzeitige Erhöhung der Arbeitslöhne.

2. Uebergabe der Latifundien in den Besitz des Volkes, ihre Sozialisierung und Verwaltung durch landwirtschaftliche Arbeiter und Legionäre.

3. Nationalisierung der Schlösser der Aristokratie und der Klöster und Inquartierung der Werktätigen in ihnen.

4. Requirierung der großen Wohnungen und ihre Uebergabe an die Armen.

5. Einführung der sozialen Fürsorge für Invaliden, Witwen und Waisen.

6. Auflösung des Parlaments und Anberaumung von Neuwahlen zur Feststellung des Willens der Massen.

7. Unverzügliche Wahlen in die Krankenkassen.

8. Sicherstellung aller Bürgerrechte für die Soldaten, namentlich des Wahlrechts.

In der Slowakei und in den ruthenischen Karpathen wurden ebenfalls Ergänzungsforderungen aufgestellt.

Der Generalstreik nahm fast überall den Charakter des Kampfes um die Macht an.

An diesem Kampf beteiligten sich alle kommunistischen Arbeiter tschechischer, deutscher, slowakischer und ungarischer Nationalität. Ihnen schlossen sich auch die linksstehenden Elemente aus der Partei der tschechischen Sozialisten an, sowie die anarchistischen Arbeiter, der Verband der Kriegsinvaliden und die parteilosen Massen

der Werktätigen. Auch ein Teil der Legionäre stellte sich auf die Seite der revolutionären Arbeiter.

Insgesamt streikten ungefähr eine Million Werktätiger aller Nationalitäten der Republik.

Die Hauptstätten des revolutionären Kampfes waren:

In Tschechien die Bezirke Kladno, Prag, Pilsen, Deutsch-Brod, Budweis, Mlada, Boleslau, Königsberg, Reichenberg, Aussig, Brüx und Leitmeritz.

In Mähren: Brünn, Trebitsch, Hodonin, Iglau, Trest, Oslawany, Mährisch-Ostrau.

In der Slowakei: Preßburg, Trnawa, Glogowetz, Nitra, Lutschnetz, Shupa, Spischskaja, Tekovskaja, Gemarskaja und die Stadt Koschitz.

In den ruthenischen Karpathen: Munkatsch und Ushgorod.

An den Hauptstützpunkten der Menschewisten: Pilsen, Mährisch-Ostrau und Teplitz, gab es Teilausstände. In Pilsen streikte die Hälfte der Metallarbeiter, in Mährisch-Ostrau ruhte die Arbeit in vierundzwanzig Bergwerken von insgesamt achtunddreißig.

Die Regierung, die hinter ihr stehenden Menschewiki und die Bourgeoisie waren über die rasche Ausbreitung der Bewegung nicht minder überrascht als das Zentralkomitee der Linken. Das Umsichgreifen der Bewegung, namentlich aber ihr Charakter versetzten die Bourgeoisie und ihre Mitläufer in panischen Schrecken.

Masaryk unterschrieb daher schon am 12. Dezember, am dritten Tage des Generalstreiks, ein Dekret, das den Belagerungszustand über die ganze Republik verhängte. Alle sogenannten demokratischen Rechte, die Wort-, Presse-, Versammlungs- und persönliche Freiheit wurden aufgehoben, alle Privatfernsprecher ausgeschaltet, die Annahme von Privattelegrammen verboten. Die Privatkorrespondenz wurde einer Zensur unterzogen; sogar die Abzeichen nicht-politischer Verbände durften nicht getragen werden. Im ganzen Lande begannen massenweise Haussuchungen bei den Arbeitern. Die Kommunisten wurden für vogelfrei erklärt . . .

Nachdem die Menschewiki auf diese Weise den Boden für die unbeschränkte Willkür der Regierungsorgane vorbereitet hatten, übernahmen sie die Führung des blutigen Bacchanals, das das gesamte kommunistische Proletariat vom Erdboden vertilgen sollte. Um sie als die Vorhut der Gegenrevolution schlossen sich alle weißgardistischen Elemente der Bourgeoisie und der Bevölkerung zusammen, die auf irgend eine Weise mit dem kapitalistischen Regime eng verbunden waren. Bürgerliche Händler, Wucherer, feige Alltagsmenschen — das ist die Armee, die die Menschewiki um die

Polizei, die Gendarmerie, die Rekruten und den reaktionären Teil der Legionäre zusammenschlossen.

Betrug, Verleumdung, Provokation wurden überall gegen die Kommunisten in Bewegung gesetzt.

Alle „ehrlichen“ Bürger der Republik hielten es für ihre Pflicht, das „Vaterland“ zu retten, indem sie die Willkür der weißgardistischen Elemente unterstützten und förderten. Der Verband der Legionäre bot den Hütern der bürgerlichen Ordnung durch einen besonderen Aufruf in den Zeitungen seine Dienste an. Bewaffnete Abteilungen des „fortschrittlich gesinnten“ Sokolverbandes vereinigten sich mit den Banden der klerikalen „Adler“ und der Dorfreichenverbände. Deutsche Feldschutzabteilungen aus Dorfreichen und Agrarmagnaten schlossen sich der weißen Garde der tschechischen „Retter der Republik“ an.

Dieses gesamte weißgardistische Lumpenpack schloß sich zu einer einzigen Kette zusammen, die unter Führung „demokratischer“ Offiziere und Patrioten als Strafexpeditionen das ganze Land, von Norden bis Süden, von Westen bis Osten durchzogen, um es von kommunistischen Elementen zu säubern. Auf Hinweis und Anzeige der Menschewiki wurden die Arbeiterräte, die Revolutionskomitees und revolutionäre Arbeiter aller Völker der Tschechoslowakei von ihnen niedergeschossen, mißhandelt, zu Krüppeln geschlagen, auseinandergetrieben und eingekerkert!

Dies alles geschah planmäßig, rasch und entschlossen, um die Arbeitermassen gegen die Führer und die Führer gegen die Massen aufzuhetzen, um Mißtrauen und Provokation unter die Revolutionäre zu säen, die Feigen und Unentschlossenen einzuschüchtern, die Gefährlichsten unschädlich zu machen, in die noch nicht organisierten Reihen der Proletarier Verwirrung und moralische Zersetzung hineinzutragen.

Die Internationale der Gendarmen trachtete die Anhänger der Kommunistischen Internationale auszurotten.

In Brüx, Prag, Kladno, Brunn, Ostawany, Hodonin, Glogowetz, Wrutki und Koschitzky wurden die Genossen zu Dutzenden niedergeschossen. Hunderte wurden schwer verwundet und verkrüppelt. Viele der Verwundeten starben.

Es sind Beweise vorhanden, daß die tschechoslowakischen „Demokraten“ sich Dum-Dum-Geschossen bedienten.

Die Verhaftungen nahmen stündlich zu. Sämtliche Gefängnisse waren bald überfüllt.

Das Ende des Streiks.

Als es sich herausstellte, daß die bis an die Zähne bewaffnete weiße Garde die revolutionäre Bewegung im Blute ertränken wolle, wandten sich die Mitglieder des Zentralkomitees der Linken, die Abgeordneten Skalak und Wanek an den Präsidenten Masaryk, um über die Einstellung des Kampfes zu verhandeln. Masaryk wies sie jedoch ab . . .

Das Zentralkomitee der Linken erließ daher am 15. Dezember eine Proklamation an die Ausständigen mit der Aufforderung, den Streik einzustellen.

In der Proklamation hieß es wie folgt:

„Nicht wir haben den Zeitpunkt für diesen Konflikt gewählt. Der Kampf wurde von der Bourgeoisie und den Regierungssozialisten künstlich heraufbeschworen; Die Regierung war dabei ihr Vollzugsorgan. Die ganze Kette der Ereignisse ist nur ein neuer, geschickt vorbereiteter Versuch der Reaktion, durch den man uns provozieren wollte, um uns darauf als Partei durch Gewalt und Terror zu zerschmettern, zu vernichten, vom Erdboden zu fegen . . .

Wir werden Zeit brauchen, um unsere Wunden heilen zu lassen . . . Dieser Kampf war das erste, unverfälschte Hervortreten der erwachten revolutionären Kräfte des klassenbewußten Proletariats der tschechoslowakischen Republik, das die Indifferenten aufrüttelte und unser gemeinsames Ziel klarlegte: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Vernichtung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie! Am wertvollsten war für uns, daß wir uns über die Kräfte des Feindes klar wurden. Wir haben aber auch — wir fürchten uns nicht, es offen einzugestehen — unsere eigenen schwachen Stellen erkannt. Es steht außer Zweifel, daß die jüngsten Ereignisse die internationale Front des proletarischen Kampfes gestärkt haben; zum ersten Mal seit der Gründung der Republik haben die tschechischen und die deutschen Arbeiter an der gleichen Front gekämpft.

Es ist nicht der Mühe wert, über die Menschewiki zu sprechen. Sie haben sich selbst nicht nur aus der sozialistischen Front, sondern auch aus der gesamten Arbeiterbewegung der Tschechoslowakei gestrichen.

Arbeiter! Kehrt stolzen Hauptes im Bewußtsein eurer eigenen Würde, voll Hoffnung auf die große Zukunft zu eurer Arbeit zurück. Die erste Schlacht ist hinter uns. Klassenbewußte Arbeiter aller Parteien, vereinigt euch! Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Es lebe die Kommunistische Internationale!"

Wie nahmen die Arbeiter diesen Aufruf zur Einstellung des Kampfes auf? Die Wirkung war nicht überall die gleiche, die Einstellung des Kampfes erfolgte nicht überall sofort. An vielen Stellen waren die Arbeiter durchaus nicht gewillt, die eroberten Positionen aufzugeben. Namentlich war dies dort der Fall, wo die Welle der weißgardistischen Strafexpeditionen noch nicht eingedrungen war. An einigen Stellen kam es zwischen den Arbeitern und den Weißgardisten zu wahren Schlachten, bei denen die einen wie die anderen Maschinengewehre in Tätigkeit setzten.

In Oslowany, wo die Arbeiter sich der großen Elektrizitätswerke bemächtigt hatten, eröffneten die Regierungstruppen sogar Kanonenfeuer . . .

Der weiße Terror.

Die Liquidierung des Streiks zog sich fast bis zum Weihnachtsfest hin. Die Zahl der verhafteten Genossen wurde immer größer.

Zu Anfang dieses Jahres betrug die Zahl der eingekerkerten „Aufständischen“ ungefähr 3000; fast alle wurden des „Hochverrats“ angeklagt.

Natürlich ging es dabei nicht ohne die bekannten Verleumdungen über den „bolschewistischen Rubel“ und die „Geheimbefehle aus Moskau“ ab. Die Menschewiki wurden dermaßen frech, daß ihr Organ „Prawo Lidu“ sogar mit der Aufschrift erschien: „Die Intervention der Sowjets in der tschechoslowakischen Republik“. Es wurden Gerüchte verbreitet, daß die Regierung Sowjetrußlands Millionen hingesandt habe . . .

Dies sind alte Fabeln; es nimmt bloß Wunder, daß die tschechischen Menschewiki nichts Neues ersinnen konnten. Uebrigens ist es ihre Hauptbeschäftigung, das heldenmütige Proletariat Sowjetrußlands mit Schmutz zu bewerfen.

Die Bürgerlichen frohlocken natürlich.

Sie haben es durchgeführt, daß nicht Geschworene, sondern die Senate über die „Aufständischen“ zu Gericht sitzen werden. Sie verlangen Todesurteile. Die Menschewiki haben das Proletariat wieder einmal verraten und die Bourgeoisie gerettet. Sie haben jedoch wenig Ursache, sich zu freuen. Zwischen ihnen und dem

revolutionären Proletariat liegt ein Meer von Arbeiterblut. Um diesen Preis haben sie ihre Lakaienexistenz gerettet...

In der Tschechoslowakei hat sich die Herrschaft des weißen Terrors etabliert, der mit seinen Schrecken noch das grausamste, unmenschlichste Regime in ganz Europa — das Horthyungarn — überbieten will. Den Menschewiki ist das vorteilhaft! Daher stimmten sie im Parlament für eine Ergänzungsforderung des Kriegsministeriums von 4½ Millionen.

Die Bildung einer kommunistischen Vorhut.

Der Terror ist jedoch eine gute Schule für das gesamte tschechoslowakische Proletariat. Die guten Nachrichten, die jetzt aus der Tschechoslowakei eintreffen, liefern einen anschaulichen Beweis dafür.

Auf der Parteikonferenz der Linken am 1. und 2. Januar ds. Js. zogen die tschechischen revolutionären Arbeiter bereits das Fazit des Kampfes und beschlossen, das Proletariat zum Zusammenschluß aller Nationalitäten in eine einzige Kommunistische Familie unter dem Banner der Kommunistischen Internationale aufzurufen.

Auf der Konferenz in Reichenberg, Mitte Januar, beschlossen die deutschen Genossen, sich von ihren Menschewiki loszulösen.

Ende Januar erfolgte in Preßburg die Vereinigung der Arbeiter slowakischer, deutscher und magyarischer Nationalität in der Slowakei und in den ruthenischen Karpathen.

Im Februar vereinigten sich in vielen Städten Tschechiens und Mährens die tschechischen revolutionären Arbeiter mit den deutschen.

Die deutsche revolutionäre Jugend schloß sich bereits Ende des vorigen Jahres der Kommunistischen Internationale an. Anfang Februar folgte die tschechische Jugend ihrem Beispiel.

Mitte März wird der Kongreß der deutschen Linken stattfinden, der sich unzweifelhaft für die Kommunistische Internationale erklärt.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag Ende März (am 26.) wird das zahlreichste Proletariat der tschechoslowakischen Republik, das tschechische, unter das Banner der Kommunistischen Internationale treten.

Unmittelbar danach wird der konstituierende Kongreß der tschechoslowakischen Sektion der Kommunistischen Internationale stattfinden.

Unsere Reihen wachsen!

Die Bourgeoisie und ihre Lakaien wollten dem Bolschewismus in der Tschechoslowakei ein Ende machen. Zwei Jahre lang

hintergingen sie die Arbeitermassen auf die raffinierteste Weise mit ihrem „menschenfreundlichen Demokratismus“, um sie schließlich ohne Erbarmen niederzuschießen, weil die Arbeiter ihr Spiel durchschaut hatten.

Die tschechoslowakische Republik hat sich als grausame, blutige Diktatur der Bourgeoisie entpuppt.

Diese zweijährige, qualvolle, blutige Erfahrung ist für das Proletariat aller anderen „Demokratien“ überaus wertvoll und lehrreich.

Möge dies allen, die den Gendarmen der II. Internationale heute noch trauen, die Augen öffnen!

Die tschechoslowakischen Arbeiter, Tschechen und Deutsche, Slowaken und Magyaren, Ruthenen und Polen, werden zusammengeschweißt durch das im gemeinsamen Kampfe vergossene Blut, sich schon in den nächsten Tagen zu einer Kampf Abteilung der Kommunistischen Internationale zusammenschließen, um sich zur letzten entscheidenden Schlacht zu rüsten!

Jaroslav Salat. Eduard Brenner.



Das neue Kriegsgewitter.

Kaum ist der Donner der todbringenden Geschützsalven verstummt; noch windet sich das sterbende Europa wie ein verwundetes Tier hilflos in den qualvollen Krämpfen der entsetzlichen Zerrüttung; noch hat das siegreiche Frankreich den Orkan des Todes nicht überwinden können, der jährlich 220 000 Leben mehr hinwegrafft, als geboren werden; noch vernimmt man die drohenden Rufe der Millionen von Arbeitslosen, die durch das gewaltige Ausmaß der Nachkriegskrise auf die Straße geworfen wurden, — und schon erörtert die gesamte Presse beider Halbkugeln ernsthaft die Frage des kommenden Krieges. Die blutdürstige Bourgeoisie Englands und Frankreichs hat bisher alle mit dem Schreckgespenst des deutschen Imperialismus geängstet; aber nachdem dieses Ungeheuer zertreten worden ist, hat Europa dennoch keinen Frieden.

Die Verbündeten und besonders ihre Militärcliquen haben, um die Fortsetzung ihrer Rüstungen zu rechtfertigen, es fertig gebracht, den Nationalismus und die Deutschfeindlichkeit wieder zum Leben zu erwecken. Die von der Kette losgerissene Bourgeoisie der Entente verwickelt sich gegenüber dem unglücklichen deutschen Volke in endlose Widersprüche. Einerseits fordert sie eine strenge Erfüllung des unerfüllbaren Versailler Vertrages, andererseits verbindet sie ihr Schicksal mit den Führern des zerstörten Kaiserreichs und will im Verein mit den bayerischen Monarchisten den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht wieder auf den Thron setzen. Einerseits verlangt sie die Auszahlung einer riesigen Kontribution, andererseits besteht sie auf der Auslieferung der Dieselmotore, die für die Wiederherstellung der deutschen Industrie und ihre Zahlungsfähigkeit eine gewaltige Rolle spielen.

Das alles rührt jedoch die gierigen Magnaten des Ententekapitals nicht im mindesten, und auch der Umstand rührt sie nicht, daß an Deutschlands Seite das verhungerte unglückliche Oesterreich auf dem Sterbebette liegt, dem das Schicksal droht, sich morgen in einen einzigen Friedhof zu verwandeln. Auch in diesem Lande haben sich die Männer der Entente mit der wütendsten Reaktion, in Gestalt der christlich-sozialen Partei, verbunden, in der

Hoffnung, daß diese den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindern wird.

Den ungarischen Magnaten aber, die im Laufe weniger Monate 5000 Kommunisten getötet haben, wird es gestattet, ein Heer zu unterhalten, das dreimal größer ist als das im Friedensvertrag festgesetzte. Die schwarzreaktionäre Regierung Frankreichs wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um die Habsburger wieder auf den österreichischen Thron und nach Budapest zu führen.

Um ihre in der Naphthaindustrie Galiziens angelegten Milliarden vor der eingebildeten bolschewistischen Gefahr zu retten, vereinigten die französischen Kapitalisten die Tschechoslowakei, Südslavien und Rumänien, die mit ihren eigenen inneren Gegensätzen kaum fertig werden können, zur Kleinen Entente.

Im Osten weigern sich die türkischen Nationalisten, den Vertrag von Sevres zu unterzeichnen. Die Verbündeten können sich auf keine Weise über die Aufteilung Kleinasiens einigen. In Syrien, Mesopotamien, Persien und Indien brechen Aufstände und große Unruhen aus, die gegen die Engländer und Franzosen gerichtet sind und deren Ende nicht abzusehen ist.

So ist also nach dem Waffenstillstand eigentlich überhaupt kein Frieden eingetreten, und die zerquälten Völker Europas sitzen am zerbrochenen Krug, während die eifrigen Rüstungen in allen Staaten nach wie vor andauern.

Wieder werden Militärbündnisse, Militärkoalitionen geschlossen und die Heere nach den neuen Kriegsbedingungen reorganisiert; rastlos arbeitet die geheime Diplomatie der kapitalistischen Länder, und das Gewitter einer neuen Kriegskatastrophe bedroht abermals die unglückliche Erde.

Der Völkerbund, die beste ideologische Hilfsquelle der bürgerlichen Klassenherrschaft, die letzte Illusion derjenigen, die noch an die Fähigkeit des Kapitalismus, die Weltwirtschaft zu reorganisieren, und an seine friedliche Arbeit glauben, ist plötzlich ins Grab gesunken, tödlich getroffen durch den Sieg der Republikaner bei den Wahlen in Amerika. Diesmal geht der Kampf um die Herrschaft im Stillen Ozean. Hier sind die Interessen zweier Großmächte aufeinander gestoßen, und sie rüsten fieberhaft zur Verwirklichung ihrer Pläne.

Im Laufe ihrer anderthalbhundertjährigen Geschichte haben die Vereinigten Staaten sich über den Großen Ozean zum asiatischen Festland hin ausgedehnt. Die Grenzen ihrer Ausdehnung in dieser Richtung bilden jetzt die Philippinen, die mit dem ganzen System der Verteidigung und Ausbreitung Amerikas durch den Panama-Kanal, der den bequemsten Seeweg von New York nach San Fran-

zisko darstellt, und durch die Flottenstützpunkte auf den Inseln Hawaii und Guam eng verbunden sind.

In diesem erbitterten Kampf um die Vorherrschaft im Stillen Ozean sind die Vereinigten Staaten mit Japan zusammengestoßen, das, jung und stark, ebenfalls nach Erweiterung seines Gebiets strebt. Hieraus entspringt eine immer stärker werdende Spannung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Die ständig wachsende Industrie der Vereinigten Staaten ist in China, Korea und Sibirien stark interessiert. Um diese Länder vor der Ausbreitung Japans zu schützen, tritt die amerikanische öffentliche Meinung für die Unabhängigkeit Koreas ein und würde Sibirien, die Mandschurei und die Insel Sachalin lieber in den Händen der Russen, statt in denen der Japaner wissen. Außerdem begreifen die Amerikaner, daß Japan, indem es nach dem Besitz ausgedehnter chinesischer Gebiete strebt, nur dem Beispiel Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs folgt und sich letzten Endes diese Gebiete völlig sichern will.

Die Vereinigten Staaten, die selbst eine Einflußsphäre in China haben, sind plötzlich große Freunde Chinas geworden. Diese Freundschaft hat sich zu einer bestimmten Doktrin verdichtet, die die „Politik der offenen Tür“ genannt wird und besagt, daß es keiner einzigen Nation gestattet sein darf, wirtschaftliche Ausnahmerechte in irgend einem Teil des chinesischen Gebiets zu erwerben. So sind rührende Freundschaftsbande zwischen der Nation der Trusts und der „Nation der gelben Kulis“ entstanden.

Obgleich Amerika mehrere Jahre lang mit Japan zusammen in derselben Koalition gegen die Zentralmächte war, wurde die anti-japanische Bewegung in Amerika dadurch keineswegs geschwächt. Neu ist in dem jetzigen Spiel nur der Umstand, daß die Vereinigten Staaten, als sie gegen Deutschland auftraten, stürmisch auf dem Wege des Militarismus vorwärtsschritten. Jetzt sind die Vereinigten Staaten mit ihrem Budget von über 1½ Milliarden Dollar und ihrer unglaublich wachsenden Handelsflotte für Japan eine ungeheure Drohung.

Der Plan des Marinestaatssekretärs Daniels, in den Vereinigten Staaten die mächtigste Flotte der Welt zu schaffen, hat in der ganzen japanischen Militärpolitik eine grundlegende Umwälzung hervorgerufen. Früher konkurrierten Heer und Flotte in Japan untereinander darum, wer den größten Teil des Budgets erhalten sollte, und im Rahmen dieser Nebenbuhlerschaft wurden unter Fürst Katzura und Graf Jamanoto die Stimmen der Abgeordneten im Parlament en gros und en detail (für 300 Yen die Stimme und teurer) gekauft. Die Nebenbuhlerschaft zwischen Armee und Flotte war

sogar ein bedeutender Faktor in der Entwicklung des parteipolitischen Kampfes im Innern des Landes.

Jetzt ist von alledem nicht mehr die Rede. Angesichts der drohenden Gefahr hat im Jahre 1918 eine Versöhnung zwischen Armee und Flotte stattgefunden. Für den Bau der Kriegsflotte verlangte das Marineministerium Milliardenkredite, und das Kriegsmministerium unterstützte diese Forderung aufs entschiedenste.

Es wird der Bau von Küstenbefestigungen und die Herstellung einer Verbindung zwischen den Inseln und dem Festlande geplant. Angesichts der kommenden Stürme steht Japan im Begriff, sich in ein befestigtes Lager zu verwandeln.

Der Krieg ist eine eigenartige Krise der kapitalistischen Produktion und ein sehr ertragreiches Unternehmen zur Anlage der akkumulierten Kapitalien. Solange der Kapitalismus besteht, ist die Möglichkeit eines Krieges zwischen allen kapitalistischen Nationen nicht aus der Welt zu schaffen. Aber mit großer Wahrscheinlichkeit kann man sagen, daß der nächste Krieg sich gerade zwischen den Vereinigten Staaten und Japan abspielen muß.

Die Bevölkerung Japans wächst mit ungewöhnlicher Schnelligkeit. Im Jahre 1872 gab es in Japan 33 111 000 Einwohner, im Jahre 1909 50 170 000, im Jahre 1920 aber schon ungefähr 70 Millionen, nicht gerechnet die $13\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner der in den Jahren 1905—1909 neu erworbenen Gebiete. Von 1886 bis 1903 ist die Zahl der Ortschaften mit über 10 000 Personen Bevölkerung von 189 auf 284 gestiegen. Das kleine Japan kann eine so rasch wachsende Bevölkerung, die zudem das immer wachsende Bestreben zeigt, den Weg der europäischen Kultur zu beschreiten, nicht unterbringen. Die Auswanderung, hauptsächlich nach Amerika, wächst stark, aber das letzte Auswanderungsgesetz bildet ein Hindernis für die Japaner. Die Auswanderung greift nach Formosa, China, Korea, besonders stark nach den Philippinen und Hawaii über. Die ganze Küste des Stillen Ozeans (in Nordamerika) von Vancouver, San Francisco und weiter nach Süden bis zu den mexikanischen Küsten ist dicht mit Japanern besiedelt. Die japanische Bevölkerung in Kalifornien und Washington beläuft sich auf 91 332, in Washington leben 28 114 Japaner, was 11,3 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Gesamtzahl der Japaner auf Hawaii beträgt 42,7 Prozent der Bevölkerung. Von 1900 bis 1910 ist die japanische Bevölkerung dieser Inseln um 30,1 Prozent gewachsen; insgesamt leben dort 109 269 Japaner.

Besonders hat die japanische Auswanderung nach Kalifornien zugenommen.

Im November 1920 hat der japanische Botschafter in Washington, Shideraho, der Regierung der Vereinigten Staaten die formelle Forderung gestellt, zwischen beiden Staaten ein neues Abkommen zu schließen über die Auswanderung der Japaner und ihre Rechte auf Grundbesitz in den Weststaaten, wo die antijapanische Stimmung immer weiter um sich greift, da schon 10 Prozent der Ländereien in Kalifornien sich in japanischem Besitz befinden.

Die Japaner erwarten gespannt das Referendum in Kalifornien. Zur Abstimmung gelangt hier ein neues Gesetz, das das Auswanderergesetz vom Jahre 1913 größtenteils annulliert und die Lage der japanischen Auswanderer wesentlich verschlechtert. In Abänderung des Gesetzes von 1913 ist beabsichtigt, sogar die Eltern, deren Kinder in Amerika geboren sind, des Rechtes auf Naturalisierung zu berauben, den Japanern jegliche Teilnahme an Unternehmen, die den Boden und seine Reichtümer ausbeuten, zu untersagen, ihnen das Recht auf Pachtung von Immobilien zu nehmen usw. Dieses Gesetz soll allerdings keine rückwirkende Kraft haben, aber das kann die öffentliche Meinung Japans natürlich nicht beruhigen. Die Presse erklärt einmütig, daß die Japaner sich mit diesem Gesetz niemals aussöhnen werden, und daß damit eine 64jährige Freundschaft an einem Tage zugrunde gerichtet werden würde.

Die japanische Regierung hält die Ausbrüche der Volksunzufriedenheit vorläufig zurück, umsomehr, als ein neuer Konfliktgrund auftaucht, nämlich die Frage der Insel Jap in der Gruppe der Karolinen, die laut dem Versailler Vertrag aus dem deutschen Besitz an Japan übergehen soll. Diese Insel ist ein trefflicher Stützpunkt auf dem Wege nach den Philippinen, und daher können die Amerikaner sich mit ihrem Uebergehen in den Besitz Japans nicht aussöhnen und schlagen ihre Internationalisierung vor. Japan wird darauf natürlich kaum eingehen.

Gründe für den künftigen Zusammenstoß gibt es somit mehr als genug.

Und man braucht nicht zu glauben, daß die Feindschaft der Amerikaner gegen die Japaner sich nur auf Kalifornien beschränkt. Jeder Amerikaner sieht in Japan eine beständige Drohung und den künftigen Feind. In Amerika halten alle einen Krieg mit Japan nicht nur für möglich, sondern auch für höchst wahrscheinlich und wünschenswert.

In Kalifornien selbst leben ungefähr 85 000 Japaner, was etwas mehr als 2½ Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Man sollte meinen, daß eine so verschwindend geringe Menge nicht als Gefahr für die weiße Rasse gelten kann, aber die Amerikaner sind in diesem Punkt einer genau entgegengesetzten Ansicht. Sie werfen

den Japanern vor, daß sie sich erstens nicht mit den Weißen assimilieren, daß sie zweitens allmählich die Ländereien, die Wirtschaft und Industrie Kaliforniens in ihre Hand bringen. England machen die Amerikaner zum Vorwurf, daß es ein Bündnis mit Japan geschlossen hat, letzteres infolgedessen festeren Boden unter den Füßen fühle und bedeutend kühner geworden sei.

Japan seinerseits intrigiert vorläufig in Mexiko, tritt gegen Rußland auf und verhält sich feindselig zu Deutschland, aber es ist klar, daß es mit ihnen letzten Endes ein Abkommen schließen wird, um seine geheimen Pläne zu verwirklichen, die nach einer ganz anderen Richtung zielen.

Sibirien kann ebenfalls als Zankapfel zwischen Amerika und Japan dienen. Im Jahre 1918 haben beide Mächte hier interveniert, um die sibirische Bahn für die Tschechoslowaken zu säubern, und damals haben sie sich gegenseitig verpflichtet, dieses Unternehmen nicht für die persönlichen Zwecke ihrer Staaten zu benutzen; aber Japan hielt sein Wort nicht und besetzte im Frühling 1920, sobald die letzten amerikanischen Soldaten zur Rückkehr in die Heimat eingeschifft waren, Wladiwostok. Ein bedeutender Teil Ostsibiriens war bis in die letzte Zeit hinein noch immer in Japans Händen und ist von ihm jetzt nur deshalb geräumt worden, weil die japanischen Militärbehörden zu der Einsicht gekommen sind, daß diese Okkupation einen zu großen Kräfteaufwand erfordert. Aber die sibirische Küste ist noch immer in der Gewalt Japans. Außerdem hat Japan auch den nördlichen Teil Sachalins besetzt, das Rußland gehört, was die amerikanische Regierung zu einem scharfen Protest veranlaßte.

Die Japaner führen ihre Politik im Geiste Ludendorffs. Die Zivilregierung in Japan hat das, was sich in Sibirien abspielte, anfangs nicht sonderlich gebilligt, aber wenn die Generäle in einem imperialistischen Lande von der Notwendigkeit militärischer Garantien sprechen, sind die Diplomaten schließlich genötigt, zuzustimmen.

Die Bedrohung aber, die Japan fürchtet, geht von Amerika aus, und die Amerikaner sind hier tatsächlich nicht ohne Schuld. In den Vereinigten Staaten sind nicht wenig tönende Worte über die Aufgaben Amerikas in Sibirien gefallen. Geld hat Amerika genug, und es stand schon im Begriff, Sibirien wiederherzustellen und für seine Zwecke auszunutzen. Aber die Japaner werden niemals dulden, daß Sibirien eine amerikanische Kolonie wird. Obgleich in Sibirien Raum genug ist, sowohl für Anwendung der amerikanischen Energie als auch für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse Japans, so besitzen die Imperialisten doch einen unersättlichen Appetit und können nicht friedlich beisammen leben.

Endlich stoßen die Interessen der japanischen und der amerikanischen Kapitalisten auch in China scharf aufeinander.

Als der Krieg begann, zerfiel das internationale Bankkonsortium, das bis dahin in China bestand und an dem sowohl Rußland als auch Deutschland beteiligt waren. Japan, dem es im Laufe des Krieges gelang, seine Hand endgültig auf China zu legen, verstand dies zu benutzen. Infolge des Goldstroms, der während des Krieges nach Japan floß, schloß China in Japan eine große Anzahl von Anleihen ab, die hauptsächlich zur Führung des Bürgerkrieges dienten und durch verschiedene Konzessionen und Vorrechte garantiert wurden.

Im Juni 1918 schnitt die amerikanische Regierung die Frage der Schaffung eines neuen Konsortiums an, das China bei seinen staatlichen Unternehmungen helfen sollte: beim Bau von Eisenbahnen, bei der Reform des Geldumlaufs usw. Außer Amerika sollten englische, französische und japanische Bankgruppen am Konsortium teilnehmen. Die Vertreter dieser Gruppen versammelten sich im Mai 1919 in Paris, um die Prinzipien der Organisation des Konsortiums festzusetzen. Es war beabsichtigt, daß jede Teilnehmergruppe die von ihr gesondert erworbenen Vorrechte und Konzessionen dem Konsortium zur Verfügung stellen sollte, um dadurch die Schaffung neuer Einflußsphären zu verhindern.

Aber Japan stellte für seinen Eintritt ins Konsortium die Bedingung, daß ihm die Teile der Mandchurei und Chinas, wo es bereits bedeutende Konzessionen besaß, fest zugestanden würden. Dadurch entstand eine Gefährdung des ganzen Plans des neuen Konsortiums, denn die Grundlage des amerikanischen Plans bildete eben der Wunsch, die Politik Japans zu erschweren, die auf eine territoriale und wirtschaftliche Unterwerfung Chinas gerichtet war, eine Politik, die von Japan mit Hilfe der in Peking und Nordchina herrschenden Militärpartei „Anfu“ geführt wurde.

Ein Konsortium ohne Japan hatte nicht den geringsten Sinn. Es ist daher erklärlich, daß Amerika sich nicht dabei beruhigte. Unabhängig von seinen politischen Interessen in Ostasien ist Amerika an der Schaffung des Konsortiums auch aus rein kommerziellen Erwägungen stark interessiert, da infolge großer Warenverkäufe im Osten während des Krieges die Handelsbilanz Amerikas gegenüber dem Fernen Osten um 65 Millionen Dollar passiv geworden ist. Amerika würde vorziehen, diese 65 Millionen nicht in Gold, sondern in Waren zu bezahlen. Zur Verwirklichung dieses Ziels nun braucht es aber das Konsortium.

Am 11. Mai 1920 schloß der Vertreter der amerikanischen Firma „Morgan“, Damoton, im Einverständnis mit der japanischen

Regierung, mit einer japanischen Bankgruppe einen Vertrag über die Schaffung eines Kreditsyndikats zur Ausbeutung Chinas ab. Am 16. Mai erachtete es die amerikanische Regierung schon für möglich, öffentlich die Schaffung eines Konsortiums bekanntzugeben, an dem England, Frankreich, Japan und die Vereinigten Staaten teilnahmen.

Das Konsortium wurde geschaffen, um China die „Mittel zu wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung“ zur Verfügung zu stellen. Amerika war im Syndikat mit 37 Banken vertreten.

Nichtsdestoweniger stellte es sich sehr bald heraus, daß in den Wechselbeziehungen zwischen Japan und Amerika vieles unklar und nicht genügend erörtert war. Zwischen beiden Ländern entstanden erhebliche Unstimmigkeiten. Mitte Juli 1920 erklärte der japanische Premierminister Hora in einem Gespräch mit einem amerikanischen Journalisten, in dem er sich auf das japanisch-amerikanische Abkommen von 1917 berief, daß alle Mächte die besondere Lage Japans im Konsortium als Nachbar Chinas hinsichtlich der Mandschurei und der Mongolei anerkannt hätten. Eine ähnliche Rede hielt der Minister des Auswärtigen Viconte Uschida am 3. Juli im Abgeordnetenhaus, wo er u. a. sagte: „Zur Kompetenz des Konsortiums gehören nur Anleihen, die von der chinesischen Regierung garantiert werden. Solche Anleihen jedoch, die von chinesischen Kapitalisten oder Privatgruppen abgeschlossen werden, liegen außerhalb der Einflußsphäre des Konsortiums.“ Nach Uschidas Ansicht kann China also auch fernerhin ohne das Konsortium Privataneihen abschließen.

Und nicht nur die Stellung Japans im Konsortium ist bei weitem noch nicht endgültig geklärt, sondern auch die Einflußsphäre des Konsortiums selbst in China ist noch nicht mit genügender Bestimmtheit festgesetzt.

Das Konsortium beabsichtigt nicht, alle Wirtschaftsunternehmungen Chinas zu monopolisieren. Es will sich nur mit den Hauptunternehmungen beschäftigen, die eine große Bedeutung für den Wiederaufbau des Landes haben. Insbesondere wird das Konsortium für eine möglichst zweckmäßige Verteilung des Geldes zum Besten der Wiederherstellung des Landes sorgen. Die Kontrolle des Konsortiums darf sich nicht in die Politik der chinesischen Regierung einmischen.

Aber die Chinesen fürchten sehr, ihre finanzielle Selbständigkeit zu verlieren, falls eine internationale Kontrolle eingeführt wird, die schließlich zu einer Aufteilung Chinas in Einflußsphären führen kann. Die Mehrzahl der Chinesen befürchtet außerordentlich einen

ausschließlichen Einfluß Japans und steht der Entstehung des Kon-sortiums mißtrauisch gegenüber.

Die aufgezählten Gründe genügen vollauf, um die imperialistische Bourgeoisie der Epoche des Finanzkapitals an eine ernste „Vorbereitung“ gehen zu lassen. Entsprechend den Traditionen der kapitalistischen Diplomatie geht Hand in Hand mit der militärischen Vorbereitung auch eine Bearbeitung der öffentlichen Meinung in der Form einer Presseagitation, die mit der Erklärung beginnt, daß der Krieg zwar eine entsetzliche Sache sei, daß er aber augenscheinlich nicht vermieden werden könne und daß man für alle Fälle auf ihn vorbereitet sein müsse.

So hat ja auch der Weltkrieg begonnen: Während das offizielle Deutschland beständig seine Loyalität gegen die Nachbarn erklärte, bereitete die deutsche Militärführung sich ernsthaft auf den Krieg vor. Der kriegerische Nationalist General Bernhardi predigte offen die Notwendigkeit, die Welthegemonie Deutschlands durch einen Krieg und umfangreiche Besitzergreifungen zu verstärken. „Für uns gibt es nur zwei Alternativen“, sagte er, „und keine dritte: Weltmacht oder Niedergang“. Nach dem Buche Bernhardis erschien bald das noch kriegerischere Buch des Oberstleutnants Frobenius, dem der deutsche Kronprinz aus diesem Anlaß sein Wohlwollen zu bezeugen für zweckmäßig hielt. Und die ganze bürgerliche Presse des übrigen Europa überbot sich in patriotischem Geschrei über die wachsende Militärmacht Deutschlands.

Genau dasselbe Bild bietet sich jetzt in Japan dar. Zusammen mit seinem Verbündeten, England, weiß es sehr wohl, daß nach der Verwirklichung des festgelegten Flottenprogramms im Jahre 1923 die amerikanische Flotte die stärkste Seemacht der Welt sein wird: Und darum heißt es, sich beeilen!

Der japanische „Bund der Verteidigung“, an dessen Spitze der ehemalige Premierminister Okuma steht, hat ein Buch herausgegeben unter dem Titel: „Der Krieg zwischen Japan und Amerika“. Die letzten Zeilen dieses Buches lauten: „Zur Verwirklichung unseres großen Planes — Besitznahme von Kalifornien, den Sandwichinseln, Samoa und den Philippinen — müssen wir jeden Yen sparen: unsere Frauen müssen Baumwolle tragen statt Seide; statt Wein müssen wir Wasser trinken, alle unsere überflüssigen Ersparnisse müssen wir für Heer und Flotte hergeben; unsere Professoren müssen ihren Schülern beibringen, daß die Vereinigten Staaten unser ärgster Feind sind.“

Aber dieser Feind ist nicht der einzige. Von den Philippinen bis zu den Sundainseln, die Holland gehören, sind es nur einige Kilometer. Und das schwache Holland kann die Annexionsabsichten

Japans natürlich nicht durchkreuzen. Die Sundadurchfahrt ist vorläufig im Besitz Englands, das Singapur — das Gibraltar der Sunda-bai — besitzt. Daher sucht Holland Fürsprache bei England, dem Gegner Deutschlands. Die Sundainseln sind die Brücke, die von den Küsten des englischen Indiens zu den Küsten einer anderen englischen Kolonie — Australien — führt.

Und nun wird es verständlich, warum die ganze Welt noch kürzlich von geheimen Verhandlungen zwischen Japan und Deutschland sprach.

Während der Festlichkeiten anlässlich der Krönung des Mikado trugen die Manifestanten einen Globus, auf dem die niederländischen Inseln mit der roten Farbe der japanischen Besitzungen angestrichen waren. Den stillen Ozean zum japanischen Meer zu machen, das ist das Bestreben Japans.

Einer der volkstümlichsten Männer Japans, Tanok-Schi, schreibt in seinem Buche „Geschichte und Verwaltung der Insel Formosa“: „In welcher Richtung soll nun Japan seine Besitzungen erweitern? Wie alle anderen Völker — nach Süden, und nicht nach Norden! Ueber die Grenzen der Mandchurei hinaus dürfen wir unsere Ausbreitung nach Norden nicht fortsetzen. Unsere ganze Aufmerksamkeit muß gen Süden gerichtet sein! Japan muß die Verpflichtungen, die es gegen Korea und die Mandchurei übernommen hat, erfüllen. Aber weiter nach Norden vorzudringen wäre ein unverzeihlicher Fehler! Im Ergebnis unseres Krieges mit Deutschland hat unsere Flotte die Hauptgruppe der Kolonien dieses Staates besetzt — die Marschallinseln und die Karolinen. Und obgleich unser Volk sich über ihre Angliederung freut, haben sie in Wirklichkeit doch keine große Bedeutung. Wir können nicht stolz sein auf den Besitz einiger Südseeinseln, solange wir Java und Sumatra nicht haben.“

Die japanischen Imperialisten wollen den ganzen Osten in Besitz nehmen, und was im oben angeführten Buch vorgeschlagen wird, ist anscheinend nur das Mindestprogramm. Im Höchstprogramm stehen außer den aufgezählten Ländereien noch: Sibirien, die Mandchurei, China, Sachalin usw. Gleichzeitig werden die Mittel und Methoden des künftigen Krieges erörtert. Sehr interessantes Material über diese Frage enthält die englische Militärfachzeitschrift „Journal of the Royal United Service Institution“. Am interessantesten ist in diesem Material die Ansicht des Feldmarschalls Sir Henry Wilson, des Chefs des englischen Generalstabs, der in einem Kreis von Offizieren erklärte, er teile nicht die von vielen Militärfachleuten geäußerte Meinung, der Weltkrieg von 1914—1918 sei der letzte Krieg der Menschheitsgeschichte gewesen. Im Gegenteil, man

müsse weitere Kriege erwarten, und die Zukunft des britischen Reichs flöße ihm in dieser Hinsicht ernste Besorgnisse ein. Der Kriegsminister Churchill versuchte zwar, den Eindruck, den die Erklärung Wilsons auf die öffentliche Meinung Englands machte, abzuschwächen mit der Behauptung, diese Ansicht habe nur den Zweck, hervorzuheben, daß England stets genügend gerüstet sein müsse. Aber die Erklärung Churchills ist gänzlich unbegründet, denn die Worte Wilsons gingen von speziellen Nachrichten und Daten aus und hatten eine durchaus praktische Bedeutung.

Wenn man das „Militärische Wochenblatt“ durchsieht, kommt man zum Ergebnis, daß der englische führende Offizierstand keineswegs der Ansicht ist, daß Europa vor einer mehr oder weniger andauernden Friedensperiode stehe; im Gegenteil, der Offizierstand arbeitet unermüdlich am Studium der Resultate des letzten Krieges, um sie im Falle des Entstehens eines neuen Riesenkonflikts auszunutzen. Aus den Berichten, Schriften und Referaten dieser Offiziere treten klar zwei Grundanschauungen zutage: erstens wird der nächste große Krieg durch seine Schrecken den Krieg von 1914 völlig in den Hintergrund drängen, und zweitens wird dieser „zivilisierte Krieg“, der in naher Zukunft entbrennen kann, nach der Ansicht aller Heer- und Flottenfachleute eine derartige Massenvernichtung von Menschenleben erfordern, wie sie im letzten Kriege noch als unmenschlich und barbarisch galt.

Zu dieser Frage schreibt der Marineoffizier Leutnant King Hall im „Kriegsboten“ folgendes: „Meine persönliche Meinung geht dahin, daß die Anwendung von Gasen in der Methode der künftigen Kriegführung eine ebensolche Umwälzung hervorrufen wird, wie seinerzeit die Erfindung des Pulvers. Die Küstenstriche des feindlichen Gebiets können auf weite Entfernung mit Gasen beschossen werden. Soviel ich weiß, bestand während des letzten Krieges der Plan einer derartigen Beschießung der belgischen Küste, aber dieser Plan wurde verworfen, da man damals gezwungen war, mit der öffentlichen Meinung Belgiens zu rechnen. Wenn es jedoch erforderlich wird, die Gase in dieser Richtung zu gebrauchen, so haben die Unterseeboote bei einem Gasangriff große Vorzüge, besonders bei der Verwendung unsichtbarer Gase.“

Die englischen Offiziere zweifeln nicht daran, daß in der Kriegführung eine neue Epoche angebrochen ist, — die Epoche der chemischen Kriegführung.

Oberst Fuller, der ehemalige Chef der Tankgeschwader in Frankreich, äußert sich über die künftige Entwicklung der neuen Methoden der Kriegführung folgendermaßen: „Wir stehen vor einer großen Revolution auf dem Gebiet der Kriegführung zu Wasser

und zu Lande — vor dem Gaskriege. Man muß sich klare Rechenschaft ablegen über alle Möglichkeiten, die diese neue Methode dem Kriegswesen eröffnet. Vor 500 Jahren verhielt man sich zum Pulver ebenfalls skeptisch und hielt es für eine Erfindung des Teufels, weil es etwas ganz Neues, bis dahin Nichtdagewesenes und Unerhörtes war. Damals ahnte auch niemand die kolossale Umwälzung, die durch diese Neueinführung im Kriegswesen hervorgebracht wurde“.

Der Oberst kommt im allgemeinen zum Ergebnis, daß in den künftigen Kriegen den beweglichen Tanks eine große Rolle zufallen wird, die für die von ihnen ausgespionierten Gase undurchdringlich sind, durch Akkumulatoren in Bewegung gesetzt werden und Sauerstoff und Preßluft für die sie bedienenden Mannschaften mitführen.

Die unmittelbare Bestimmung dieser Tanks wird die Vernichtung alles Lebens innerhalb des von ihrem Aktionsradius bestimmten Gebiets sein. Alle künftigen Grenzbefestigungen werden durch „Gaswerfer“ (ähnlich den Minenwerfern) vernichtet werden, und jegliches Vorrücken des Gegners innerhalb der von diesen neuen todbringenden Geschützen bestrichenen Zone wird unmöglich sein. „Gasimmunität“ der Gegend, eine „Atmosphäre des Todes“ wird geschaffen werden; jede Belagerung wird darauf hinauslaufen, daß die Bevölkerung der belagerten Festung oder des befestigten Punkts dem Erstickungstod durch Gase unterworfen wird.

Generalmajor Swinton geht in der Voraussetzung der möglichen Methoden der Menschenvernichtung bei künftigen Kriegen noch weiter. „Die in der Vergangenheit erzielten Erfolge“, sagt er, „bringen uns zum Ergebnis, daß zur Kriegführung in Zukunft nicht nur Gase zur Verwendung kommen werden, sondern — so weit das von uns abhängt — überhaupt alle Kräfte der Natur. Die Linie, auf der sich der moderne Fortschritt vorwärtsbewegt, weist auf die Verwendung verschiedenartiger tödlicher Strahlen hin. Wir haben die X-Strahlen, Wärmestrahlen, Lichtstrahlen, und zweifellos werden neue Strahlen erfunden werden, eine Art von „Todesstrahlen“, die den menschlichen Körper einäschern, vergiften oder in Eis verwandeln werden, wenn er nicht in erforderlicher Weise vor ihnen geschützt ist. Als Endform der menschlichen Kriegführung sehe ich den Krieg mit Hilfe von Bakterien an, und dahin wird es unbedingt auch kommen. Ich sehe nicht ein, warum man nicht auch diese Methode anwenden soll, wenn es schon zum Entscheidungskampf kommt. In diesem Falle würden die Tanks in hohem Maße ihre Bedeutung verlieren, denn außer einer Schutzimpfung gegen die Ausbreitung der tödlichen Epidemie wird es kein anderes Rettungsmittel geben, was für undurchdringliche Verschlüsse an den Wohn-

räumen oder Panzern am eigenen Körper die Mannschaft auch anlegen mag."

Interessant ist, daß sich gegen diesen grauenhaften Plan, der in einem öffentlichen Vortrag im Beisein einer genügenden Menge satter englischer Bourgeois dargelegt wurde, keine einzige protestierende Stimme erhob.

Der Krieg, den alle aufgeführten Militärfachleute im Auge haben, ist zweifellos der künftige Krieg mit Amerika, in den England als Japans Verbündeter eintreten wird. Der europäische Nebenbuhler ist vernichtet, und in logischer Folge ist die Reihe jetzt am amerikanischen Konkurrenten, der überwältigt werden muß, noch bevor Mitteleuropa zu erstarken und sich wieder zu erheben vermag.

In diesem Kriege muß England Europa zu seinen Diensten haben, das für England ebenso arbeiten soll, wie vor einigen Jahren Amerika für den letzten Weltkrieg gearbeitet hat. Für England ist es daher sehr wichtig, Frieden und Ruhe in Europa und insbesondere im industriellen Deutschland herzustellen. Der Friedensvertrag kann so ausgenutzt werden, daß Deutschland gezwungen wird, für ein Butterbrot zu arbeiten.

Die Unvermeidlichkeit des Krieges mit Amerika wird von den englischen Politikern schon längst anerkannt und berücksichtigt. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der ganzen wirtschaftlichen Konjunktur und wird mit jedem Tage drohender. England ist in Gefahr, auf dem Weltmarkt Amerika gegenüber ins Hintertreffen zu geraten.

Inzwischen rüstet auch Japan aufs eifrigste. 50 Prozent seiner Riesenausgaben werden zu Kriegszwecken verwendet. Die Regierung beabsichtigt, den Plan einer Kriegsmobilmachung der japanischen Industrie nach dem von Ludendorff aufgezeigten Muster auszuarbeiten. Die japanischen Häfen werden befestigt. Das Kabinett Hora äußerte sein Bedauern, daß finanzielle „Erwägungen“ die Ersetzung der Militärverwaltung auf den Deutschland abgenommenen polynesischen Inseln durch eine Zivilverwaltung behindern. Das japanische Flottenprogramm ist ganz kolossal für dieses kleine Land, das immerhin nur über recht beschränkte Mittel verfügt. Bis zum Ende des Budgetjahres 1927 hofft Japan jedoch, sein ganzes Programm verwirklichen zu können. In Kure wird die Armierung des grandiosen Linienschiffs „Nagato“ von 33 800 Tonnen beendet; ebenda wird der Panzerkreuzer „Akagi“ von 30 900 Tonnen gebaut. Alle anderen Staats- und Privatwerften sind ebenfalls mit Arbeit überhäuft und bauen entweder neue oder reparieren die alten Schiffe. Besondere Aufmerksamkeit wird auf den Bau von Unterseebooten verwandt. Japan lernt auch hierin von Deutschland. Als Beute

hat es von den Verbündeten einen deutschen Unterseekreuzer neuesten Typs von 2158 Tonnen erhalten, der sich auf 20 000 Seemeilen von seinem Stützpunkt entfernen kann, d. h. für den Stillen Ozean äußerst brauchbar ist. Dieses Schiff suchen die Japaner jetzt zu reproduzieren, und sie sind bekanntlich große Meister in der Kunst der Nachahmung.

Auch Amerika rüstet. Das Budget seines Marineministeriums hat 436 Millionen Dollar erreicht. In diese Summe sind 2 Milliarden Dollar für die Luftflotte nicht mit eingerechnet. Die zahlenmäßige Stärke der Armee für 1920 ist auf 17 080 Offiziere und 280 000 Soldaten festgesetzt. Erörtert wird auch die Frage, auf den Philippinen, Hawai und in San Francisco neue Flottenstützpunkte für die amerikanische Flotte zu schaffen, die ohne solche Stützpunkte im Falle eines Krieges mit Japan machtlos und beinahe nutzlos wäre. Ein Spezialbüro am Marineministerium hat den Plan der Einrichtung dieser Stützpunkte ausgearbeitet; aber dazu sind große Bauten erforderlich, die 3 bis 5 Jahre dauern werden. Die ungefähren Kosten dieser Arbeiten werden 158 Millionen Dollar betragen. Der Bericht des Spezialbüros hierüber sagt: „Die Hawaiiinseln sind der Schlüssel zum ganzen Stillen Ozean. Hier ist deshalb der Bau eines Stützpunktes geplant, der 27 Millionen Dollar kosten wird. Das Marineministerium hat gebeten, zur unverzüglichen Inangriffnahme der Arbeiten im Jahre 1920 1 407 000 Dollar anzuweisen, von denen der Kongreß vorläufig 890 000 Dollar bestätigt hat. Südlich von San Francisco, in San Fredo, ist der Bau eines Stützpunktes für Unterseeboote geplant, der in Friedenszeiten 12, im Kriege 24 U-Boote aufzunehmen vermag. Die Arbeit zum Bau und zur Einrichtung dieses Stützpunktes wird 5 Millionen Dollar kosten. Das Ministerium bittet für den Beginn der Arbeiten um 1,5 Millionen Dollar. Außerdem ist der Bau einer Operationsstation und vieler anderer Stützpunkte geplant.“

Der amerikanische Marineminister Daniels hat eine offizielle Mitteilung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Kriegsflotte Englands gegenwärtig aus 538 Einheiten mit 1,5 Millionen Tonnen Wasserverdrängung besteht.

Die Vereinigten Staaten haben 330 Einheiten mit 300 000 Tonnen Wasserverdrängung.

Die japanische Kriegsflotte verdrängt 340 000 Tonnen.

Im Jahre 1925 wird laut den Flottenprogrammen die Wasserverdrängung dieser drei Flotten folgende sein: England 1 600 000 Tonnen, Amerika fast ebenso viel, Japan 1 060 000 Tonnen.

Was die Anzahl der Kampfeinheiten betrifft, so werden die Vereinigten Staaten England gegenüber eine Ueberlegenheit an Zer-

störern, leichten Kreuzern und U-Booten haben. Amerika wird ebenso viel Panzerkreuzer besitzen wie England. Was das Verhältnis zwischen der amerikanischen und der japanischen Flotte betrifft, so ist die amerikanische Flotte der japanischen gegenwärtig an Tonnage und Anzahl der Kampfeinheiten um das Doppelte überlegen, der einzige Vorteil Japans besteht in Linienkreuzern, schnellaufenden Kriegsschiffen, die die Dreadnoughts umkreisen sollen. Japan beendet den Bau von 4 solchen Kreuzern und hat noch weitere 4 im Bau, Amerika hat den Bau von 6 Kreuzern begonnen und besitzt vorläufig keine.

Während die Volksmassen Europas schon beim bloßen Gedanken an Krieg in Entsetzen und Verzweiflung geraten, zählt die berechnende Trustbourgeoisie in ihren Geheimkabinetten schon die durch den Krieg zu erwartenden Gewinne. Die Kapitalisten sind nicht so dumm, daß sie nicht die neuen gewaltigen Vorteile sehen, die einige Länder Europas aus diesem Kriege ziehen werden; denn Amerika und Japan werden nicht nur die weitere Warenausfuhr einstellen und ihre Energie auf die Erzeugung von Munition und Kriegsmaterial richten, sondern auch sehr vieles von den europäischen Trusts kaufen müssen.

Hier werden in erster Linie die englischen Unternehmer gewinnen. Alle Märkte, wohin jetzt japanische und amerikanische Waren ausgeführt werden sollen, werden zeitweilig England zufallen. Außerdem wird England, falls Japan siegt, von seinem neuen furchtbaren Konkurrenten befreit werden und dann unumschränkt über den größeren Teil des Erdballs herrschen können. Darum wird das englisch-japanische Bündnis, das kürzlich erneut worden ist, von den wirtschaftlichen Interessen des englischen Finanzkapitals diktiert und entspricht den Interessen Japans, das mit Hilfe seines Verbündeten im Stillen Ozean seine Herrschaft befestigen will.

Was Frankreich betrifft, so wird es durch den Gang der Ereignisse genötigt werden, sich auf die Seite Amerikas zu schlagen. Aus diesem Anlaß hat der amerikanische Korrespondent der „Chicago Daily Tribune“ kürzlich aus Paris telegraphiert: „Frankreich hat sich vom großen Kriege noch nicht erholt und wünscht den Frieden; aber wenn der japanisch-amerikanische Krieg ausbricht, wird Amerika in ihm die weiße Rasse verteidigen, die auf dem Erdball in der Minderheit ist. Wenn es geschlagen würde, so müßte das überall auf die Lage der Weißen zurückwirken. Frankreich als zweite Kolonialmacht kann das nicht zulassen. Es wird sich einmischen und Amerika helfen müssen, wie Amerika ihm im Jahre 1917 geholfen hat. Frankreich braucht ein starkes und mächtiges Amerika als Verbündeten.“ Das erschöpft natürlich die Sache nicht,

Die französischen Kapitalisten träumen als konsequente Imperialisten von einer unbeschränkten Diktatur über ganz Europa, aber solange ein starkes, mächtiges England vorhanden ist, wird die Hegemonie über Europa unausbleiblich in seinen Händen liegen. Frankreich hat sich auf alle Fälle über den Kopf des „Völkerbundes“ hinweg schon ein militärisches Schutzbündnis mit Belgien und Polen gesichert und organisiert die kleine Entente. Ueberhaupt ergreift es in dieser Hinsicht alle erforderlichen und möglichen Maßregeln.

Aber auch England ist nicht untätig. Es liebäugelt mit Deutschland und stellt die Sache so dar, als ob an der Härte des Versailler Vertrages nur Frankreich schuld sei und als ob England seinerseits nicht abgeneigt sei, den Vertrag zu revidieren, daß aber die französischen Chauvinisten dies verhindern. Gleichzeitig fordert es durch Admiral Jellicoe von Australien die Schaffung einer so starken Flotte, daß es mit dieser die australischen Häfen und Küsten wirksam schützen könnte, bis die englische Flotte zu Hilfe zu kommen vermag und die Initiative der Angriffshandlungen, im Falle eines feindlichen Ueberfalls, auf sie übergeht.

So bereiten sich also die vier größten imperialistischen Weltmächte auf einen neuen blutigen Kampf vor. Auf der einen Seite steht die englisch-japanische Koalition, auf der anderen die französisch-amerikanische. Jede dieser Koalitionen zieht in ihre Einflußsphäre eine ganze Reihe kleiner Schakale des Imperialismus ein, die bereit sind, sich auf den ersten Ruf ihrer Herren in den Kampf zu stürzen.

Die übrigen kapitalistischen Mächte, die außerhalb dieser beiden Sphären stehen, werden „sich selbst bestimmen“, sobald die Ereignisse sich entwickeln, und natürlich auf Seite jener Koalition übergehen, die ihnen größere Vorteile verspricht. Sollte sich aber die Neutralität vorteilhafter erweisen als die Einmischung, so werden sie neutral bleiben.

Selbstverständlich kann dieser Krieg, wie schon der Krieg von 1914 bis 1918, nicht mit halben Verträgen enden, sondern nur mit dem vollen Sieg der einen Koalition über die andere. Die Natur des Finanzkapitals erfordert es so.

Die schwarzen Wolken eines Vernichtungskrieges lagern abermals über der Menschheit.

Und während in den Wandelgängen der Kriegsministerien schon die Pläne zu neuen Rüstungen und neuen Mobilmachungen gesponnen werden, während die gesamte kapitalistische Presse offen die Möglichkeit eines bevorstehenden Krieges erörtert, während die furchtbare Wirtschaftskrise einen riesigen Teil Europas und Amerikas in eine elende Lage bringt — erlassen gleichzeitig die

Helden der 2. Internationale, die Herren Henderson, Mac Donald, Huysmans usw. ein Manifest an das Proletariat aller Länder mit der Aufforderung, auf die Gewaltmethoden des Kampfes und der Diktatur zu verzichten, für die Ideale des „demokratischen Sozialismus“ zu kämpfen und die Schaffung einer „Wirtschaftsdemokratie“ nicht durch gewaltsame Methoden zu behindern.

In Wirklichkeit bedeutet diese Aufforderung: „Tragt weiter ergeben die Ketten der kapitalistischen Kriegskaste und begnügt euch mit den Brosamen vom Tische eurer Herren.

Und wenn der neue Krieg ausbricht, werden die Herren Henderson und Co. im abermaligen Taumel patriotischer Gefühle euch wieder zur Verteidigung des „teuren Vaterlandes“ gegen den Ueberfall der „Barbaren“ aufrufen.“

Was auch weiter geschehen mag, die Führer der gelben Lakaieninternationale werden über ihre Liebedienerei für die Bourgeoisie nicht hinausgehen, denn jeder gewaltsame Umsturz würde das Prinzip des „wirtschaftlichen Sozialismus“ verletzen und vor allen Dingen die Interessen der Kapitalisten und damit auch ihren eigenen Vorteil schwer schädigen.

Aber die Arbeiterklasse, belehrt durch die bittere Erfahrung des vierjährigen Krieges, wird sich diesmal nicht mehr durch die süßen Tiraden des Sozialchauvinismus betrügen lassen.

In diesen Tagen der größten Weltkatastrophe, wo die Spuren des Verbrechens von gestern noch frisch sind, wo Millionen von Arbeitern, getrieben von Not und Hunger, die Rettung in ununterbrochener Streiks suchen, wo der Kampf ums Brot sich unabwendbar in einen Kampf um die Macht verwandelt, wo der unerhörte wirtschaftliche Zerfall immer neue Proletarierrmassen dem Hungertode in die Arme treibt, — in dieser Zeit kann es das revolutionäre Proletariat nicht zulassen, daß seine Regierungen eine neue Metzerei im Interesse der Finanzoligarchie herbeiführen. Ueber die Köpfe seiner gelben Führer hinweg ist das Proletariat genötigt, einen Verzweiflungskampf um die einfache, physische Existenz zu führen, die ohne die proletarische Diktatur von niemandem und durch nichts gesichert werden kann. Der Kampf ums Brot wird sich unvermeidlich in einen Kampf um die Diktatur verwandeln, und nur die proletarische Diktatur wird imstande sein, dem unerhörten Elend der Arbeiterklasse ein Ende zu machen und dem kriegerischen Imperialismus sowie den verbrecherischen Machenschaften der Trustbourgeoisie ein für allemal den Todesstoß zu versetzen.

A. Sultan-Sade.

Die kommunistische Bewegung in der Türkei.

Die Agrarfrage.

Die Türkei ist in erster Linie ein Agrarland. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Bauern.

Obgleich in einigen Gebieten, wie z. B. in Kurdistan, noch Reste der früheren Feudalordnung erhalten sind, gehört das Land juristisch in Gestalt von Staats- und Wakufländereien im allgemeinen dem Staat und wird faktisch ausgenutzt von Privatgrundbesitzern. Obgleich ein privater Großgrundbesitz fehlt und freie Staatsländereien vorhanden sind, hat ein bedeutender Teil der türkischen Bauern, über 30 Prozent, keinen eigenen Grundbesitz und ist genötigt, als Pächter, Ackerknechte und städtische Arbeiter oder Tagelöhner zu arbeiten. Infolge äußerster Verelendung sind die Bauern genötigt, ihre Grundstücke Wucherern zu überlassen oder gar dem Schicksal preiszugeben, da sie infolge des völligen Mangels an Produktionsmitteln nicht die Möglichkeit haben, ihre Wirtschaft fortzuführen. Der Hauptgrund der Verelendung der türkischen Bauern ist die übermäßig schwere Steuerlast, die seit Jahrhunderten in schonungslosester und zerstörendster Weise im Wege der Steuerpacht von den Bauern eingetrieben wird.

Würdenträger, Paschas, Beggs, Gendarmen, Steuereinnahmer, Kornaufkäufer, Wechsler und Wucherer haben die türkische Bauernschaft vollkommen zugrunde gerichtet und ihr die Existenz so unerträglich schwer gemacht, daß bei der Bauernschaft bittere Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage und das leidenschaftliche Verlangen nach einem Ausweg herrscht.

Die türkische Bourgeoisie.

In keinem Lande Europas ist der Interessengeoissie einerseits und der Mittel- und Kleinbourgeoisie andererseits so scharf ausgeprägt wie in der Türkei.

Die türkische Handelsgroßbourgeoisie, die gerade vor dem imperialistischen Kriege emporgewachsen und stark geworden ist, besteht hauptsächlich aus Griechen, Armeniern und Levantinern. Sie ist der Agent der europäischen Bankiers und Fabrikanten, und da sie an den Gewinnen der letzteren beteiligt ist, ist sie auch an der Wahrung der Unabhängigkeit der Türkei nicht interessiert. Die Handelsgroßbourgeoisie ist überzeugt, daß ihre Interessen als Agent des internationalen Kapitals auch nach der Aufteilung der Türkei nicht leiden werden, und daher strebt sie den schleunigsten Abschluß des Friedens an, ohne die Umwandlung der Türkei in eine englisch-französische oder amerikanische Kolonie bedenklich zu finden. Diese Großbourgeoisie geht in ihrer Kriecherei vor dem räuberischen europäischen Kapital so weit, daß sie den Vertrag von Sevres und überhaupt alle Forderungen der Entente unterstützt.

Die türkische Großbourgeoisie, die sich zusammen mit einem Teil der Großbürokraten um die Partei der „freien Verständigung“ gruppiert, ist bereit, Konstantinopel, Smyrna, Adana, Jaffa abzutreten, nur um sich nicht mit der europäischen und amerikanischen Bourgeoisie, die die Türkei immer als Markt für billigen Einkauf von Rohstoffen und für vorteilhaften Absatz ihrer Fabrikate angesehen hat, zu veruneinigen.

Ganz anders verhält sich die mittlere und kleine türkische Handelsbourgeoisie zu den Versuchen des internationalen Kapitals, die Türkei in seine Kolonie zu verwandeln. Die Mittel- und Kleinbourgeoisie der Türkei, die im Laufe der letzten 15 Jahre entstanden ist und sich hauptsächlich während des Weltkrieges entwickelt und gekräftigt und die Konkurrenz der europäischen, griechischen und armenischen Bourgeoisie geschlagen hat, ist die Führerin des türkischen Volkes im Kampf um „die Wahrung der Unabhängigkeit und Unteilbarkeit der Türkei in ihren ethnographischen Grenzen.“ Die Vertreter dieser Mittel- und Kleinbourgeoisie begreifen ausgezeichnet, daß sie im Falle einer Aufteilung der Türkei die eroberten wirtschaftlichen Stellungen vor dem Ansturm des internationalen Kapitals räumen müßten und daß die Griechen, Armenier, Levantiner usw., die Vertreter der internationalen Industrie und des Handels ihren Platz einnehmen würden. Für die Mittel- und Kleinbourgeoisie der Türkei ist der Kampf für die türkische Unabhängigkeit zugleich der Kampf für ihre eigene Existenz.

Diese Mittel- und Kleinbourgeoisie ist gegenwärtig der erbitterte Feind der türkischen Großbourgeoisie, die die Entente unterstützt; sie ist bestrebt, die ganze werktätige Bauernschaft und sogar die städtischen Arbeitermassen der Türkei, nämlich die

kleinen Handwerker, die durch die Einfuhr billiger Waren der europäischen Fabrikindustrie ruiniert werden, und auch die Industriearbeiter, deren es jetzt in Konstantinopel, Brussa, Smyrna, Adana, Samsun usw. nicht wenige gibt, um sich zu vereinigen.

Man muß die Tatsache zugeben, daß die werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen der Türkei in ihrer erdrückenden Mehrheit dieser Mittel- und Kleinbourgeoisie, die der ideelle Leiter und die einzige Kraft der anatolischen nationalen Aufstandsbewegung ist, gerne folgen.

Die Kommunistische Partei der Türkei.

Infolge dieser Umstände fällt der kommunistischen Partei in der Türkei eine äußerst schwierige und verwickelte Aufgabe zu. Einerseits, soweit es sich um den Kampf gegen die Entente handelt, muß die K. P. der Türkei aufs energischste die nationale Befreiungsbewegung und ihre Leiterin, die Mittel- und Kleinbourgeoisie, unterstützen; denn jeder Tag, den die Herrschaft des räuberischen europäischen Kapitals in der Türkei länger dauert, verschärft das Volkseleid, beschleunigt den Prozeß der Pauperisierung der Handwerker und Bauern, die von ihrer produktiven Arbeit losgerissen werden, raubt dem unglücklichen Lande die Möglichkeit, sich dem feurigen Ring des ununterbrochenen Krieges mit den ausländischen Heeren und den von der Entente organisierten gegenrevolutionären Banden zu entreißen.

Während die türkischen Kommunisten aber die Mittel- und Kleinbourgeoisie im Kampf gegen die Entente unterstützen, müssen sie andererseits gesonderte, von der Bourgeoisie unabhängige Organisationen der werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen schaffen, standhafte Kaders ergebener Arbeiter und Kämpfer um ihr Banner scharen und sich so ihre Existenz als unabhängige Partei sichern, die die Interessen der werktätigen Massen der Türkei unter dem Banner der Kommunistischen Internationale verteidigt.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe strebt eine Gruppe türkischer Kommunisten an, die von dem Genossen Subhi, dem Mitglied des Präsidiums des Rats für Propaganda und Aktion der Ostvölker, Genossen Ismael Hakki, und anderen Genossen geführt wird. Diese Gruppe arbeitet energisch. Sie gibt in Baku die Wochenzeitung „Eni Dunia“ heraus, die in der ganzen Türkei verbreitet wird. Diese Gruppe hat eine Reihe von Broschüren ins Türkische übersetzt und zum Teil neue herausgegeben, darunter die folgenden: 1. Das Kommunistische Manifest von Karl Marx; 2. Die Biographie Lenins; 3. Die Verfassung der R. S. F. S. R.; 4. Das ABC des Kommunismus von Bucharin und Preobraschenski; 5. Das Programm der

Kommunisten-Bolschewiki von Bucharin; 6. Arbeit und Kapital; 7. Was ist Bolschewismus; 8. Was ist die Sowjetmacht; 9. Programm der Kommunistischen Partei Rußlands; 10. Programm der Kommunistischen Partei der Türkei; 11. Thesen Lenins über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur.

Schon die bloße Aufzählung dieser Broschüren gibt eine Vorstellung von der Physiognomie der Gruppe Subhis und Ismael Hakkis und zeigt, daß diese Gruppe auf dem Boden der Kommunistischen Internationale steht. Aber die Arbeit dieser Gruppe stößt in der Türkei auf schwere Hindernisse. Da die türkischen Arbeiter sogar in den entwickeltsten Industriebezirken ihre Interessen noch nicht erkennen und den wahren Charakter der verschiedenen Parteien, die vor sie hintreten, nicht zu ergründen vermögen, lassen sich die Arbeiter- und Bauernmassen der Türkei leicht von allerlei Usurpatoren und Heuchlern, die wahre Wölfe in Schafskleidern sind, einfangen.

Der Grüne Apfel.

Um die in der Türkei und überhaupt im ganzen Osten entstandene starke kommunistische Bewegung für ihre Parteizwecke auszunutzen und sich sicherer an der Macht zu erhalten, hat sich die Partei „Einheit und Fortschritt“ nicht nur den Namen der Kommunistischen Partei der Türkei und ihr Organisationsstatut zugeeignet, sondern schuf in Angora ein Zentralkomitee der Kommunistischen Partei.

So hat die Gruppe „Einheit und Fortschritt“ nicht nur eine pseudokommunistische Partei gegründet, sondern auch begonnen, die mit der Gruppe Subhis und Ismael Hakkis in Verbindung stehenden Kommunisten zu verfolgen. Das wahre Wesen des Programms dieser pseudokommunistischen Partei aber besteht in einer alltürkischen und allislamis-tischen Propaganda unter der Parole „Der Grüne Apfel“.

Grundsteinleger dieses Programms ist der Vertreter der Partei „Einheit und Fortschritt“, der ehemalige Gehilfe des Ernährungsministers während des Weltkrieges, Kar Ali Bek. Die Zeitung „Jani Gun“ nennt Kar Ali Bek den türkischen Karl Marx und knüpft an diesen Beinamen folgende Erklärung: Ali Eshan Bek hat mit der Geschichte der Türkei dasselbe getan, was Karl Marx mit der Weltgeschichte getan hat. Dieselben Brillengläser, durch die Karl Marx die Weltgeschichte prüfte, sind von Ali Eshan Bek zur Untersuchung und Erforschung der türkischen Geschichte angewandt worden.

Indem Marx die Geschichte untersuchte, habe er die Zukunft der Menschheit vorausbestimmt. Indem Ali Eshan Bek die ottomatische Geschichte untersuchte, habe er das Schicksal und die Zukunft Anatoliens aufdecken wollen. Dann charakterisiert das Blatt das Programm Ali Eshan Beks folgendermaßen:

„Das Programm kann als kommunistisch bezeichnet werden, obgleich es zur Zeit seines Entstehens in Rußland keinen Bolschewismus gab. Ali Eshan Bek und seine Genossen haben einfach die Geschichte des Landes studiert und im Ergebnis ihrer Untersuchungen gefunden, daß ein solches Programm das ganze Land von allem Elend befreien werde. Ali Eshan Bek hat dem Kapital und der Wirtschaft große Aufmerksamkeit geschenkt. Er gehört nicht zu denen, die an den schließlichen Triumph des Kommunismus in der ganzen Welt glauben, aber auch das Gegenteil wird von ihm nicht mit Entschiedenheit behauptet. Genau genommen, sieht er in einer solchen Erörterung der Frage eine fruchtlose theoretische Beschäftigung.

Ohne dieser Seite der Frage überflüssige Aufmerksamkeit zu schenken und ohne ihr besondere Bedeutung beizumessen, ist er mit der Ausarbeitung eines politischen und administrativen Programms für Anatolien beschäftigt, das den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht. Vom Standpunkt Ali Eshan Beks aus werden Großhandel und Kapitalkonzentrierung überhaupt nicht zugelassen werden. Er erklärt dem Privatkapital nicht den Krieg. Er will es durch allmähliche Nationalisierung liquidieren.“

Der hervorragendste Vorzug des Programms liegt somit darin, daß es keine Nachahmung darstellt.

Der wahre Charakter der kommunistischen Partei, die in Angora von der Partei „Einheit und Fortschritt“ gegründet worden ist, erhellt aus dem Artikel „Der grüne Apfel“, der am 20. Oktober 1920 in der Zeitung „Jani Gun“ erschien und aus der Feder eines Führers der Kommunistischen Partei Angoras, des Smyrnaer Delegierten Machmud Assad stammt. In diesem Artikel entwickelt der Verfasser folgende Ansichten:

„Unser unglückliches Land, das seine Brust verschiedenen Plagen und Unbilden ausgesetzt hat, steht gegenwärtig einem furchtbaren Orkan gegenüber, der von Norden kommt: dem Bolschewismus. Wir müssen diese Erscheinung in politischer, wirtschaftlicher und zum Teil in sozialer Hinsicht studieren. Aber von welchem Standpunkt aus und auf Grund welchen Ideals sollen wir an dieses Studium herangehen? Unserer Ueberzeugung nach vom Standpunkt der Interessen unseres Landes und unseres nationalen Ideals. Man

spricht zwar immer davon und auch wir haben davon gesprochen. Erläutern wir unsere Gedanken genauer. Entgegen der Ansicht einiger von uns spreche ich mich ganz kategorisch und vollkommen gegen die Annahme der russischen Form des Kommunismus aus, d. h. des russischen nationalen Kommunismus, noch genauer, des Bolschewismus. Freilich, man muß sich den Bedingungen der modernen Zivilisation anpassen. Das ist eine Lebensnotwendigkeit. Zu diesem Zweck können wir nötigenfalls eine noch radikalere Strömung des Sozialismus annehmen als der moderne Kommunismus ist, wenn es nämlich eine solche Strömung gibt. Aber wir können nicht die Form dieser Strömungen annehmen, die von den einzelnen Nationen für sie selbst, im Einklang mit ihren verschiedenen Lebensbedingungen, ausgearbeitet worden ist, denn die Türkei ist nicht Rußland und die Türken sind keine Russen.

Es gibt keine andere Nation, die infolge Nachahmung fremder Muster soviel gelitten, soviel Elend und Unglück erduldet hätte, wie die Türkei.

Jede Nation, die eine andere Nation verschlingen will, drängt dieser ihre sozialen und politischen Einrichtungen und das allgemeine Schema ihrer Kultur auf. Der Erfolg dieses Aufsaugens einer Nation durch die andere hängt von der Widerstandskraft und der inneren Festigkeit des zu verschlingenden Objekts ab. So hat z. B. die arabische Kultur, die sich verschiedene Stämme und Rassen Nordafrikas und einige Völkerschaften Syriens unterwarf, die türkische Nation, die eine hohe Kultur, eine ruhmreiche Geschichte und einen unabhängigen Geist besitzt, nicht zu verschlingen vermocht.

Aber die blinde Nachahmung vieler Vorbilder des Westens hat einen äußerst negativen Einfluß auf den Organismus des osmanischen Reiches ausgeübt. So war der uns vom revolutionären Frankreich mit seinen wohlthätigen Reformen zugefügte Schaden ungeheuer groß, denn sie entsprachen nicht dem Geiste unseres Landes.

Aehnlich wie die Russen genötigt waren, von den Prinzipien und Grundlagen der Lehren von Karl Marx, sogar von denjenigen, die einen allgemeinen Charakter tragen, einen Teil fortzulassen, können wir umsoweniger den Bolschewismus verpflanzen, der auf unserem Boden im Einklang mit den Verhältnissen und Bedürfnissen Rußlands und der russischen Nationalität ausgearbeitet worden ist. In der Religion stießen die Deutschen auf dieselbe Gefahr der Nachahmung, bis Luther durch Ausarbeitung der protestantischen Religionslehre, unter Beibehaltung der Prinzipien und Grundlagen des Evangeliums, diesem die für die deutsche Nation

geeignetste und beste Form gab. Gegenwärtig dient die Religion im Lande Luthers als Waffe der nationalen Vereinigung der Deutschen und fördert den Zusammenschluß der Nation. In den Anfangsperioden des Bestehens unseres Staates haben unsere Staatsmänner, die alle Feinheiten des mohammedanischen Scharitas vortrefflich erkannt haben, diese Seite der Sache nicht vernachlässigt. Die heiligen Ideen des großen Dschelal Eddin Rumi sind vor der Gründung des ottomanischen Staatswesens entstanden, aber in der Folge sind diese Ideen leider nicht verbreitet worden.

Von meinem Standpunkt aus ist der türkische Kommunismus ein Werkzeug, das den Interessen des Glücks, der Wohlfahrt und der Stärkung der Macht der türkischen Nation dient.

Der nationale Kollektivismus ist der Weg, der zur Vereinigung der türkischen Nation führt.

Als Marx seine Philosophie darlegte, hatte er die ganze Welt im Auge, aber er leugnete nicht die Existenz des Nationalismus und konnte das auch nicht. Wenn er dessen Existenz geleugnet hätte, so hätte er die Existenz einer natürlichen Tatsache geleugnet.

Der Kommunismus bedeutet nicht die Umwandlung der ganzen Welt in eine einzige Nation. So notwendig es ist, die Existenz von Verschiedenheiten und Mannigfaltigkeiten im Charakter der Gegenden, der geographischen Verhältnisse der Natur, der Psychologie, der Denkart, der historischen Lebensbedingungen der einzelnen Völker anzuerkennen, ebenso notwendig ist es, sich auch mit der Verschiedenartigkeit und Mannigfaltigkeit der Nationalitäten abzufinden. Von meinem Standpunkt aus ist der türkische Kommunismus ein Werkzeug, das dem Glück und der Kräftigung der türkischen Nation dient. Der nationale Kollektivismus ist der Weg zur künftigen Einheit der türkischen Nation. Das ist der Schützengraben, der Weg zum Roten Apfel. So haben auch die Russen den Kollektivismus für Rußland begriffen.

Die russischen Kommunisten wirken nach dieser Richtung hin; sie sind sogar noch etwas weiter gegangen. Der Kollektivismus ist heute eine Notwendigkeit. Diese Notwendigkeit kann morgen im Einklang mit den Lebensbedingungen der Gesellschaft eine andere Form sein. Der Kollektivismus ist ein Gegenwartsprogramm, das morgen verbessert, verändert oder beschnitten werden kann. Der Nationalismus aber ist unveränderlich. Seine Verleugnung kommt dem Untergang gleich. Damit der Kollektivismus den entsprechenden Nutzen bringen kann, muß er unbedingt und unvermeidlich eine

nationale Färbung annehmen. Der Türke muß beständig ein nationales Ideal, ein nationales Selbstbewußtsein haben; darum müssen alle Programme den Interessen dieses Ideals dienen und ihm untergeordnet sein. Es ist notwendig, in erforderlicher und würdiger Weise die Tatsache zu begreifen, daß der wichtigste wirtschaftliche Faktor der Gegenwart die Konkurrenz und der Existenzkampf ist.

Der Kommunismus ist für die Türken kein Ideal, sondern ein Mittel. Das Ideal der Türken aber ist die Einheit der türkischen Nation, der Goldene Apfel.

Die nationale Einheit ist das einzige und teuerste Ideal des Menschen. Die Bolschewiki behaupten nicht das Gegenteil, sie sind vielmehr ganz bewußte Anhänger dieser Richtung. Anders kann es auch gar nicht sein. Der türkische nationale Gedanke ist kein Gegner des Islams, wie merkwürdigerweise von einigen angenommen wird. Im Gegenteil, er ist sowohl für die Türken, als auch für alle mohammedanischen Nationen vorteilhaft und nützlich. Er ist eine Notwendigkeit des Jahrhunderts, eine begründete und wissenschaftliche Notwendigkeit; denn die Einheit der Türken ist die Einheit eines großen Teils der Mohammedaner. Diese Einheit muß die Unterstützung und den Beifall der ganzen panislamitischen Welt finden. Wenn die Idee der Einheit der Türken ein bloßer Traum bliebe, so würde den Pañislamismus ein um so schlimmeres Schicksal ereilen.

Unter der Idee der Einheit der Türken verstehen wir nicht die Idee der Einheit der Krone und des Herrschers. Wir sind völlige Gegner der politischen nationalen Einheit, die bisher in Europa bestand und zum Imperialismus führte.

Wir wollen eine soziale und kulturelle Einheit der Türken.

Wir wollen für die ganze türkische Welt die Einheit der Sprache, der Literatur, der Erziehung und der Kollektivsysteme.

„Die Verwirklichung des Roten Apfels auf Erden muß erreicht werden. Das gerechte Prinzip des Italieners Mazzini, der im 19. Jahrhundert den nationalen Teil und die nationalen Prinzipien der Deklaration über die Menschenrechte in den Vordergrund rückte, wird im 20. Jahrhundert in dieser Form triumphieren.

Wir erwarten den Aufgang der Sonne hinter den goldenen Bergen; sie allein wird die finsternen Nächte vertreiben.

Die Geschichte und das Leben wiederholen sich.“

Das ist der Wesenskern dieses Programms, das unter der Parole des Grünen Apfels aufgestellt wird, der zuweilen auch der goldene

oder sogar der rote Apfel genannt wird, um den revolutionären Tendenzen der Volksmassen zu gefallen.

Mit diesem Programm sucht die Partei „Einheit und Fortschritt“, die sich in letzter Zeit unter verschiedenen Namen verbarg, durch Schaffung der Kommunistischen Partei Angoras, die die Prinzipien des Grünen Apfels vertritt, ihre frühere Stellung als Führerin der türkischen Gesellschaft wieder zu erlangen, wobei sie den Kommunismus als Werkzeug und Brücke zur Erreichung des sehr alten Ideals der jungtürkischen Partei, nämlich des Pantürkismus und Panislamismus benutzt. Der Kommunismus ist dieser Partei nur eine Hülle für ihre eigenen imperialistischen Begierden, wie sehr ihre Führer auch über den europäischen Imperialismus herfallen mögen.

Um die Autorität ihrer Mitglieder in den Augen der Volksmassen zu heben, propagiert das Blatt „Jani Gun“ einerseits den Kommunismus, wie es ihn versteht, andererseits schreibt es vom Einfluß Talaat Paschas in den Kreisen der Kommunistischen Internationale. Es versichert, daß die Kommunistische Internationale Talaat Pascha und Enver Pascha die Leitung ihrer ganzen Orientpolitik übertragen habe.

Die Kommunistische Internationale wird natürlich die Partei, die das Programm des Grünen Apfels vertritt, nicht unterstützen, sondern als ihr Mitglied nur die Kommunistische Partei der Türken ansehen, die in Worten und Taten die Hauptprinzipien der Kommunistischen Internationale verwirklicht, die auf dem zweiten Kongreß für die Orientländer angenommen wurden und die alle reaktionären und bürgerlich-nationalistischen Strömungen verurteilt, darunter auch den Panislamismus und Pantürkismus.

Baku.

Michael Pawlowitsch.

Die Menschewiki Georgiens und die Daschnaken Armeniens.

Die Galerie der Helden der gelben Internationale.

Die Menschewiki Georgiens und die Daschnaken Armeniens als Parteien vertreten die Interessen der Kleinbourgeoisie und zum Teil sogar der mittleren Bourgeoisie, die im Fahrwasser der Großbourgeoisie schwimmt.³ Mit dem Augenblick ihres Auftauchens (Ende des vorigen und Anfang des laufenden Jahrhunderts) haben sie sich den bei den werktätigen Massen der ganzen Welt so populären Namen „Sozialisten“ zugelegt, — um sich dadurch die Sympathie des Vortrupps der Werktätigen ihrer Länder zu sichern. Das ist ihnen dann auch teilweise lange Zeit hindurch gelungen. Warum und wie konnte das geschehen?

Um eine bildhaftere Vorstellung vom georgischen Menschewismus zu geben, wollen wir seine Führer betrachten, die zum Teil nicht nur den breiten Massen ganz Rußlands, sondern auch in Westeuropa bekannt sind, besonders jetzt, wo einige von ihnen bei den Helden der Versailler imperialistischen Konferenz — Clemenceau, Lloyd George, Curzon, Millerand u. a. — betteln gehen.

Diese Führer sind die ehemaligen Abgeordneten der russischen Reichsduma — Tschcheidse, Zeretelli, Tschchenkeli, Gegetschkori, Ramischwili (der Aeltere) und Jordania.

Beginnen wir mit dem letzteren, dem anerkannten und volkstümlichen Ideologen und Führer der georgischen Menschewiki.

Ich lernte ihn zum erstenmal zu jener Zeit kennen, als er in Tiflis in die Mittelschule kam, die ich damals (1885—1886) beendete. Auch er gehörte zu den Schülern, die sich ernstlich mit ihrer Selbstbildung zu beschäftigen begannen. Er machte neben einigen anderen einen guten Eindruck auf mich. Nach mehrjähriger unfreiwilliger Abwesenheit fand ich mich abermals (illegal) in Tiflis als Arbeiter auf der Fabrik Saradschew und als Privatlehrer für Nachhilfestunden. Das war in den Jahren 1888—1889. Ich interessierte mich für das Schick-

sal der jungen Leute aus verschiedenen Lehranstalten und einiger Arbeiter, mit denen ich Umgang gepflogen hatte. Jordania war bereits ein junger Mann und stand vor der Reifeprüfung.

Es begann die Periode der II. Internationale (1888—1889), die Regierung Kaiser Wilhelms II, der der Arbeiterklasse Deutschlands hofierte, um sie von den volkstümlichen Führern der Sozialdemokratie — August Bebel und Wilhelm Liebknecht — loszureißen.

Die politischen Riesen-Trusts — das französisch-russische und das deutsch-österreichisch-italienische Bündnis — waren im Entstehen begriffen. Mit einem Wort, es bildete sich der künftige Imperialismus heraus, und die Herrschaft des Finanzkapitals, das an der gegenwärtigen Anarchie in der ganzen Welt schuld ist, wurde geschaffen.

Um nun die jungen Leute leicht und rasch kennen zu lernen, unternahm ich mit ihnen bei einem ihrer Besuche ein sogenanntes „wissenschaftliches Spiel“: auf Fragen wurden schriftliche und anonyme Antworten gegeben. Nur der Spielleiter kennt sowohl die Fragestellenden als auch die Antwortgebenden. Ich stellte Jordania die Frage: welche Lösung der sozialen Frage besser sei — die Wilhelm Liebknechts und Bebels (d. h. der Sozialdemokraten) oder die des neuen Kaisers mit seinem Unternehmen, den Kongreß für soziale Arbeiterversicherung in Berlin statt in Bern abzuhalten? Auf meine Frage gab Jordania folgende Antwort: Es schein ihm, daß Wilhelm II. — ein guter Mensch und junger Monarch, der den eisernen Kanzler durch den liberalen Caprivi ersetzt und seine Regierung so gut begonnen habe — sich auf dem richtigen Wege befinde.

Ich war tief entrüstet über diese Antwort, die mit starkem Selbstbewußtsein gegeben wurde. Nachdem ich diesen Zettel laut vorgelesen, natürlich nicht gesagt hatte, von wem Frage und Antwort stammten, schlug ich der Versammlung vor, ihn zum Gegenstand der Erörterung zu machen. Ich widerlegte die Antwort, wies auf die Heuchelei der herrschenden Klassen und ihres Kommis — des Kaisers — hin und entwarf vor dem jungen Auditorium die Perspektiven einer neuen Periode in der Geschichte der Menschheit. Die Antwort Jordania's verteidigte niemand. Aber immerhin nahm Jordania errötend das Wort. Eklektisch begann er die akuten Fragen des Augenblicks zu umgehen. Er wagte es zwar nicht, die Antwort des „anonymen“ Verfassers zu wiederholen, hinterließ in mir aber doch einen schlechten Eindruck. Vor mir stand der künftige gemeine und gefährliche Opportunist.

Drei Jahre später, 1892—1893, trafen wir uns wieder. Er war Veterinärstudent in Warschau und in die Ideologie der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei) hineingeraten.

Es begann die Morgenröte des legalen Marxismus in Rußland. Jordania wurde zu mir gebracht von einem bei mir wohnenden vielversprechenden Revolutionär, der zweifellos einer der kampfesmutigsten kommunistischen Revolutionäre vom Lenintypus geworden wäre, — meinem verstorbenen Freunde Ignatius Ingorokua (der bekannte georgische Belletrist Ninoschwili). Ignatius warnte mich: „Du kennst ihn, aber beachte wohl, wenn dieser Mann nicht unser wird, so wird er uns viel Verderben bringen: er hat einen hellen Kopf, und vielleicht wird er auch die Feder hervorragend führen.“ Er zeigte mir das erste Manuskript Jordania unter dem Titel: „Was tun?“ In der Tat, es schien die Arbeit nicht eines Anfängers, sondern eines sehr erfahrenen Schriftstellers zu sein. Dem Inhalte nach befriedigte sie uns jedoch nicht ganz. Nichtsdestoweniger wollten wir, daß sie in der einzigen damals erscheinenden georgischen Tageszeitung erscheinen sollte. Aber der Artikel wurde nicht gedruckt. Wir waren zum Teil darüber erfreut und rieten dem jungen Verfasser, ihn so umzuarbeiten, daß der Artikel noch unversöhnlicher und für die bürgerlich-nationalistisch-demokratischen Blätter noch unannehbarer würde, er sollte die Fragen schärfer stellen.

Wir hatten damals, nach zwei kleinen Kongressen, schon eine verantwortliche zentrale (Initiativ-) Gruppe, die sich mit der Lösung programmatischer und theoretischer Fragen im Zusammenhang mit der Propaganda und Agitation zu befassen hatte. Dieser Gruppe gehörten nicht nur Georgier an, sondern auch Armenier, Russen u. a.

Es ist wichtig, hier gleich folgendes hervorzuheben: Der aus Warschau zurückgekehrte Jordania hatte uns auf dem ersten der erwähnten Kongresse (Kwirily, Gouvernement Kutais, Weihnachten 1892—1893) den Entwurf eines „national-demokratischen“ Programms vorgelegt. Nach der Ansicht Jordania und seiner Anhänger (S. Dschibladse) war eine solche Benennung um der Legalität willen erforderlich; in Wirklichkeit aber würden sie Sozialdemokraten und Marxisten sein, — und was des Unsinnns mehr war. Ich und der verstorbene Ignatius (Ingorokua) widersprachen scharf; aber der Verfasser und Dschibladse verharrten bei ihrer Ansicht. Tschcheidse erklärte sich für inkompetent und nahm eine neutrale Stellung ein. Die übrigen Kongreßteilnehmer fanden sich in den programmatisch-theoretischen Fragen nur schlecht zurecht, wie z. B. der alte Ramischwili u. a.

Dennoch brachten wir Linken den Entwurf vollkommen zu Fall, und einstimmig wurden die beiden folgenden Stimulierungen angenommen: 1. Wir sind immer und überall Sozialisten, sowohl legal als auch illegal, und 2. absolute Gegner eines jeglichen Nationalis-

mus, die sowohl die lokalen Nationalisten jeglicher Färbung als auch die Nationalisten aller Völker schonungslos geißeln.

Jordania unterwarf sich.

Er begab sich ins Ausland und sandte der neuen nationaldemokratischen Zeitschrift von dort aus seine Arbeit, an der er außer der Ueberschrift fast nichts geändert hatte. Wir waren nicht mehr für sie verantwortlich. Zu dieser Zeit schrieb er häufig in der demokratischen Wochenschrift „Kwali“ („Die Furche“), die von Zeretelli (Vater) herausgegeben wurde. Die lebendig und talentvoll geschriebenen Artikel über demokratische Themen bestachen die neuen Leser aus den unteren Schichten, die bis dahin nicht verwöhnt waren. Der Name Jordania war in aller Munde und verdunkelte die Namen der alten Publizisten aus dem nationalistischen Lager. Das schmeichelte uns gewissermaßen, befriedigte mich im übrigen aber nicht sonderlich, wie auch fast die ganze legal-marxistische Publizistik mich unbefriedigt ließ.

Natürlich hätte sie auch Ignatius nicht befriedigt . . . Aber er erlebte sie nicht. Bei seinem Begräbnis gab unsere illegale „Unterwelt“ von sich Kunde, und wir erhielten, entgegen unserem Wunsch, den legalen Namen „Mesame Dasi“ — „die dritte Partei“, d. h. die alten Nationalisten, die neuen — die Demokraten mit volkstümlichen und liberalen Strömungen, und wir — die „dritte Partei“, die „Vertreter der reinen Arbeit“, wie uns Zeretelli der Vater in der legalen Presse taufte.

* *
.

Die Unterwelt aber ging ihren Weg . . .

Ende 1897 wurde ich laut Verfügung des damaligen zarischen Ministers Goremykin und des Oberbefehlshabers im Kaukasus Fürst Golizyn auf 5 Jahre in die inneren Gouvernements Rußlands ausgewiesen.

Kurz vorher war Jordania aus dem Auslande zurückgekehrt, und wir sahen uns zwei- oder dreimal in Kutais, wo ich damals lebte.

Damals hatten wir schon nicht mehr nur eine zentrale Initiativgruppe von Marxisten, sondern auch Gruppen vorgeschrittener Arbeiter in Batum, Tiflis und sogar in Kutais, wo sich die zentrale und gemeinsame Bibliothek der Marxisten befand.

Das war im Oktober 1897. Gleich an der ersten Versammlung bei mir nahmen außer Jordania fast alle Genossen der örtlichen Zentralgruppe der Marxisten und die Genossen L u s i n und K o s y r e n k o teil. Lusin hatte Jordania bereits in Batum bei Tschcheidse gesehen und aus den Gesprächen mit ihm einen schlechten Eindruck

gewonnen, daß nämlich Jordania die russischen und anderen Revolutionäre in Georgien nicht kameradschaftlich arbeiten lassen werde. In der Tat kamen wir mit meinem alten vermeintlichen Freunde ernstlich in Streit. Er behauptete, daß die Arbeiterbewegung in nationalem Rahmen geleitet werden müsse. Ich wies an der Hand von Tatsachen nach, daß dies nicht nur in Baku und Tiflis, sondern sogar auch in Batum und Kutais unmöglich sei. Denn hier arbeiteten Arbeiter verschiedener Nationalitäten beieinander, und man müsse nicht die Nation, sondern die Klasse zur Grundlage machen. Jordania gestand, daß das Leben sich während seiner fünfjährigen Abwesenheit stark nach links entwickelt habe. Also, folgerte ich, gibt es in der Arbeiterbewegung keine andere Linie als die internationale; außer dem reinen Klassenstandpunkt kann es keinen anderen geben. Und die Versammlung nahm die von mir und dem Genossen Lusin vorgelegte Resolution an, die in russischer Sprache verfaßt war. In die neue Redaktion des am 1. Januar 1898 von Zeretelli-Vater an uns übergegangenen Organs „Kwali“ traten neben georgischen auch russische und armenische Genossen ein. Jordania fügte sich abermals. Der neuen Redaktion wurde zur Bedingung gemacht, sich an das illegale Programm zu halten, das der bevorstehende große Kongreß der transkaukasischen Marxisten festsetzen würde.

Der Kongreß konnte während meiner Anwesenheit nicht mehr abgehalten werden, da ich bald ausgewiesen wurde. Aber auch nach meiner Abreise fand er nicht statt, da die Organisationen in Batum und Tiflis zerschlagen wurden. Jordania veranstaltete eine kleine Konferenz, auf der, wie er mir selbst schrieb, viele mit ihm nicht einverstanden waren, ihn aber dennoch als alleinigen Redakteur der „Kwali“ anerkannten.

Jordania brach die Beziehungen zu mir nicht ab. Er sandte mir nicht nur die ersten Nummern des ersten legalen marxistischen Organs in georgischer Sprache, „Kwali“, zu, sondern schrieb mir auch ziemlich lange Briefe, in denen er mich bat, ein Urteil über das Blatt abzugeben. Aber ich steckte schon tief in der unterirdischen Arbeit im Südrayon (Charkow, Jekaterinoslaw und Donezbecken). Da ich für eine richtige und regelmäßige Korrespondenz keine Zeit hatte, sandte ich ihm die ersten beiden Nummern der unterirdischen Arbeiterzeitung „Der Südarbeiter“, die jedenfalls eine weitere Uebergangsstufe vom Kiewer „Vorwärts“ (der von den Oekonomisten herausgegeben wurde) zur ausländischen revolutionären „Iskra“ der ersten Periode war.

Dann begegnete ich Jordania erst wieder genau nach fünf Jahren, im Frühling 1903, auf dem ersten Kongreß der kaukasischen

sozialdemokratischen Arbeiterorganisation (Baku, Tiflis und Batum). Wir trafen beide illegal in Tiflis ein — ich aus Kutais, er aus Jelisawetpol. Wir freuten uns scheinbar sehr, einander zu sehen, und waren diesmal in vielen Beziehungen solidarisch; denn in der Tat, dieser Kongreß selbst, ein echter Arbeiterkongreß, dem die Vertreter des fortgeschrittenen Proletariats verschiedener Nationen beiwohnten, widerlegte den früheren B u n d i s m u s Jordaniäs. Er hatte nur auszusetzen, daß kein Programm vorhanden sei, an das man sich bei der Arbeit halten konnte. Ich verwies auf den damals veröffentlichten Programmentwurf der „Iskra“ und „Sarja“, der zweifellos nach dem (zweiten) Gesamtparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands als Programm der Gesamtpartei anerkannt werden würde. Aus Jordaniäs illegalem Manuskript, das gedruckt werden sollte und das mir zwecks Redaktion übergeben wurde, strich ich vollständig die zweite Hälfte über den Landtag in Tiflis, über Autonomie, Föderation und andere damalige Klügeleien eines banalen Opportunismus. Er fügte sich abermals.

Bald darauf reiste Jordania wieder ins Ausland. Er nahm dort mit beratender Stimme am II. Kongreß teil, auf dem Delegierte aus Baku, Tiflis und Batum, die beschließende Stimme hatten, ^{zu-}gegen waren.

Unsere russische Arbeiterunterwelt verwandelte sich zu jener Zeit in ein wohlgegliedertes und dräuend organisiertes Ganzes und steuerte mit festem revolutionär-marxistischen Kurs auf die Revolution von 1905 zu. Das kam, wenn auch nicht sehr klar, so doch im allgemeinen prinzipiell richtig zum Ausdruck in den Debatten über die programmatischen, organisatorischen und taktischen Fragen auf dem II. Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Das Ende des Kongresses führte fast zu einer Spaltung der Partei, und es tauchte ein neuer rechter Flügel in ihr auf — der menschewistische. Das erfreute und tröstete viele Parteiarbeiter aus der Intelligenz. Auch Jordania fand darin Trost. Denn er überzeugte sich, daß in Rußland außer unserer rauen konspirativen Organisation auch die Existenz eines elastischen Flügels der Arbeiterbewegung möglich war. Umsomehr, als sich auch Leute mit damals so bekannten Namen wie Paul Axelrod, Wera Sassulitsch, Potressow, Martow und schließlich sogar Plechanow auf seine Seite schlugen. Das beflügelte Jordania. Und zusammen mit den Anhängern von Martow heckte er im Auslande gegen unsere Unterwelt Provokationskabalen aus. Die russische Unterwelt war noch nicht gespalten und erst recht nicht der Kaukasus. Denn der „Kaukasische Bund der Russischen Sozialdemokratie“ war bis zum Be-

ginn der Dumaperiode, d. h. bis zur zweiten Hälfte 1905 und später, bis zum Beginn der Herrschaft des Menschewismus in Transkaukasien, die fortgeschrittenste aller russischen Organisationen.

Jordania kehrte gerade in dem Augenblick aus dem Auslande zurück, als nach dem 9. Januar 1905 ganz Rußland von einer Welle vornehmlich politischer Streiks erfaßt war und man vom Duma-projekt Bulygins zu sprechen begann. Zu dieser Zeit hielten wir im Auslande den prinzipiell sehr bedeutungsvollen dritten Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ab. Unser Verhalten zur Reichsduma Bulygins (ebenso wie zu der Wittes) war ablehnend, boykottistisch. Denn die Revolution schwoll noch an und entwickelte sich zum politischen Generalstreik im Oktober „von Finnlands kaltem Strand bis hin zu Kolchis Flammen“ und zum bewaffneten Dezemberaufstand in Moskau.

In dieser Zeit (1905—1907) stand Jordania, bekannt unter dem Namen Kostrow, beinahe als erster der russischen Menschewiki auf der Seite der „Semstwokampagne“. Er trat für ein geschlossenes Vorgehen mit der liberalen Bourgeoisie und für die Duma Bulygins, ja sogar für den „Semski Sobor“ (Wiederbelebung der mittelalterlichen Ständeversammlung) und voll und ganz für die Duma Wittes ein, in die er auch zusammen mit anderen Kaukasiern als Abgeordneter gewählt wurde. Die ganze Partei, sogar ihr mensche-wistischer Flügel, boykottierte bis zum Stockholmer Vereinigungskongreß im Jahre 1906 die Dumaarbeit.

Sowohl in der zweiten als auch in der dritten und der vierten, der letzten Duma traten die Menschewiki — Zeretelli, Tschchenkeli, Gegetschkori und Tschcheidse — im Namen des rechten Flügels der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf.

Hier erscheinen neben den alten neue Personen des gegenwärtigen mensche-wistischen Georgiens auf der Bildfläche: Sylvester Dschibladse, Isidor Bamnischvilli, Zeretelli, Tschcheidse, Gegetschkori, Tschchenkeli.

Ueber ihre Vergangenheit bis zur Dumaperiode läßt sich, ausgenommen vielleicht den alten Dschibladse, wenig sagen. Sie alle paßten sich im großen und ganzen ihrem anerkannten Ideologen und Führer Jordania an. Tschcheidse kam aus der 7. Klasse des Gymnasiums als außerordentlicher Hörer an die Universität Charkow. Nach einer Rede auf einer Studentenversammlung wurde er in die Heimat ausgewiesen. In den 90er Jahren, als in den Gruppen programmatische Fragen und die Richtung der legalen marxistischen Zeitschrift erörtert wurden, erklärte er sich immer für inkompetent und nahm eine neutrale Stellung zwischen mir, Ignatius Ingorokua und Lusin einerseits, Jordania und Sylvester Dschibladse andererseits

ein. Nachdem er sich in Batum niedergelassen hatte, half er in den ersten Monaten bis zum Sturz der Organisationen in Batum und Tiflis den Batumer Arbeitern bei ihrer Selbstbildung. Aber seine Gespräche betrafen mehr Himmel und Erde als den Klassenkampf und den Sozialismus. Bei der Zertrümmerung der Batumer Arbeiterorganisation gelang es ihm, dem Gefängnis zu entgehen, und seit der Zeit saß er mit verschränkten Armen untätig da und wartete auf günstigen Wind. Im übrigen nahm er ein gutes einträgliches Amt ein und hatte als Stadtverordneter einer nach hohem Zensus gewählten Stadtduma im zaristischen Rußland einen großen Einfluß auf die kleinbürgerlich-intelligente Gesellschaft von Batum, beeinflusste auch die Kandidaturen und veranlaßte die Wahl von Fürsten zu Bürgermeistern (z. B. des Agronomen Fürst Andronnikow). In der Dumaperiode trat er auf die Seite Jordanas, obgleich er früher, während des japanischen Krieges, nach meinem Referat im Herbst 1904 in Batum über „Die gegenwärtige Lage“ (der Fall Zusimas usw.) die bolschewistische Taktik als richtig anerkannt hatte. Natürlich gelangte er auch in die dritte und später auch in die vierte Reichsduma. Die erzbürgerliche Munizipalität von Tiflis (sich glaube, auch die von Batum) erklärte ihn als den Vater der Stadt und wählte ihn zum Ehrenbürger.

Das Mitglied der ersten Duma Isidor Ramischwili war Seminarist, wurde Volksschullehrer, ist politisch wenig beschlagen, von geringer Bildung, aber ein schönrednerischer Schwätzer über liberal-volkstümliche Themen.

S. Dschibladse — mein und des verstorbenen Ignatius Schulkamerad und nach der Schule unser Freund und Mitbewohner — steht seiner politischen Entwicklung und überhaupt seiner Erziehung nach höher als alle georgischen Menschewiki. Der ist ein Mensch mit viel revolutionärem Feuer; aber der georgische Nationalismus, sogar der Provinzialpatriotismus — der „Gurismus“ — war in ihm immer stark fühlbar (er ist Gurier, wie die meisten menschewistischen Führer Georgiens).

Seit dem Augenblick, da Jordania, auf den ich und Ignatius Ingorokua anscheinend großen Einfluß hatten, auf der literarisch-politischen Arena erschien, stimmte Dschibladse ihm, nicht uns, stets und in allem zu; in der Folge — 1903-1905 — sagte ich daher von ihm, daß er an Noemanie kranke (Jordania heißt mit dem Vornamen Noah).

Bei den Menschewiki ist er, wie er selbst sich nennt, Simeon, der Pate aus dem Neuen Testament, d. h. er hat Jordania — den Heiland des menschewistisch-adelig-bürgerlichen Georgiens — aus der Taufe gehoben.

Was Heraklius Zeretelli betrifft, den nicht weniger als Tschcheidse bekannten Abgeordneten der zweiten Reichsduma, so hat er, der Sohn des hochbegabten bürgerlich-demokratischen Schriftstellers und fanatischen Kämpfers für die Unabhängigkeit Georgiens, die sozialdemokratische Farbe angenommen, als er in den Jahren 1901—1902 in Moskau in Studentenversammlungen auftrat. Er schloß sich dem rechten Flügel der Partei an und gelangte natürlich in die zweite Reichsduma, wo er neben den Kadetten Rodischtew und Miljukow im Kampf mit Stolypin in ganz Rußland Aufsehen erregte. Nach der Zerschmetterung der zweiten Duma wurde er mehr durch die Rache Stolypins als seiner revolutionären Taktik wegen zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschickt. Während der Revolution im Jahre 1917, die natürlich im Gegensatz zu seiner und seiner Freunde menschewistischen Taktik erfolgte, war Zeretelli, ähnlich wie der Kadett Karaulow, in den ersten Monaten von der Glorie des Märtyrers und Zwangssträflings umstrahlt, wenigstens in den Augen der werktätigen Massen, die sich in den hochkomplizierten Fragen der Taktik und Strategie der Großen Revolution noch nicht zurechtfinden. Auf der demokratischen Konferenz im September 1917 unterstützte ihn die ganze kleinbürgerliche Masse solcher „Delegierten“ wie die Genossenschaftler, die Semstwoleute, die Vertreter der Städte und die Menschewiki. Trotz alledem fiel er zusammen mit Kerenski durch. Er verließ daraufhin Petrograd und begab sich in seine Heimat, um der Gegenrevolution in Transkaukasien und insbesondere in Georgien auf die Beine zu helfen. Er versicherte, daß der Bolschewismus Europa nur die Reaktion bringe, daß die Faust des Kaisers im Kriege siegen, daß es nirgendwo eine Revolution geben werde. Solche Volksreden hielt er auf dem ersten Kongreß der georgischen Eisenbahner kurz vor dem Sturz Wilhelms und dem Beginn der deutschen Revolution (November 1918). Er wurde ein wütender Nationalist und Chauvinist und verlangte während des armenisch-georgischen Krieges 1918—1919 die Erweiterung der Grenzen Georgiens über die bekannte neutrale Zone hinaus und ihre Verlegung in unstreitig armenisches Gebiet. Mit aller Kraft förderte er die Befreiung von Großspekulanten und Chantagisten, von fürstlichen Räubern der schwärzesten Reaktion, von Agenten der Entente und Brückensprengern auf den transkaukasischen Eisenbahnen aus dem Gefängnis.

Zur selben Zeit begeisterte er seinen Freund Noah Ramischwili, den Minister des Inneren — diesen Noske Georgiens —, zum Terror gegen die Kommunisten und die ihnen Gleichgesinnten aus der Mitte der Arbeiter- und Bauernmassen. Ramischwili sprengte alle Gewerkschaften, sobald sie Sympathie für die Kommunisten zeigten,

und füllte alle Zwangsarbeitsgefängnisse der demokratischen Republik Georgien, in denen man monatelang keinerlei Anklage gegen die Insassen erhebt, weil man solche eben nicht erheben kann.

Das war die Arbeit des bekannten Abgeordneten der zweiten Duma — des Zwangssträflings Zeretelli — während der proletarischen Revolution. Schmach und Schande über ihn! Ein zweiter Briand der verwesenden russischen Gegenrevolution, Mitglied der gelben II. Internationale und Stiefkind, Parasit der Werktätigen des flammenden Kolchis! Schande über dich, Schande!

Weiter sind zu nennen; Gegetschkori, Tschchenkeli. Beide sind Abgeordnete der dritten und vierten Duma und haben sich wie viele andere aus der kleinen Adelsintelligenz aus Gründen des Strebertums und des Nationalismus in die Arbeiterpartei eingeschlichen. Sie hofften, mit Hilfe des Sozialismus die nationale Frage — die Frage eines separaten und unabhängigen bürgerlich-adligen Georgiens, wie es Papa Zeretelli seinem Stiefsohn Kaki (Heraklius) vermächt hat — besser und sicherer entscheiden zu können.

Praktisch sind diese beiden Helden — Gegetschkori und Tschchenkeli — stärker und entschlossener als alle obengenannten georgischen Menschewiki. In den Kornilowtagen von 1917 und später übte Gegetschkori bald an der Spitze der kaukasischen Arbeiter- und Soldatenräte, bald an der Spitze des Transkaukasischen Kommissariats eine strenge Diktatur aus. Er half den Gegenrevolutionären des Nordkaukasus und des Dongebiets, Karaulow und anderen, die Sowjets zu zerstören und nationale und reaktionäre Verbände von Begs und zarischen Generalen zu bilden. Zusammen mit Jordania war er der Urheber der Tragödien von Schamchory und Jelisawetpol, wo Zehntausende der von der kaukasischen Front heimkehrenden armen Soldaten Rußlands entworfen und hingemetzelt wurden. Zusammen mit Jordania und Tschchenkeli ließ er die türkisch-deutschen Truppen auf den Eisenbahnen passieren, um die Sowjetmacht in Baku und die Arbeiterorganisationen dasselbst zu zerschmettern. Er ist schuld daran, daß im Februar 1918 ein friedliches Meeting im Alexandergarten in Tiflis auseinandergeschossen wurde, wobei fünfzehn unbewaffnete Arbeiter getötet und bis fünfzig Personen, Frauen, Kinder und Greise, verwundet wurden. Ein Speichellecker der örtlichen Bourgeoisie und der deutsch-ententischen Imperialisten, hat er sich im vorigen Sommer als Außenminister Georgiens in Europa herumgetrieben und bei Giolitti, Millerand, Churchill und Curzon antichambriert.

Noch etwas über einen anderen „Helden“. Es ist Akaki Tschchenkeli. Er war Oberkommissar des Kaukasus unter der provisorischen Regierung Miljukow - Kerenski. Als Premierminister während des Transkaukasischen Landtags brach er später die Verbindung mit dem revolutionären Rußland gänzlich ab und schloß einen Vertrag mit Wehib-Pascha, d. h. mit der Türkei des Sultans. Er ist die Seele und der böse Genius der menschewistischen Reaktion im bürgerlich-nationalistischen Georgien.

Als Rechtsanwalt, der niemals Sozialist, sondern stets Nationalist von reinstem Wasser war, schloß er sich dem rechten Flügel — dem Flügel Jordanias — an und gelangte natürlich in die dritte und dann auch in die vierte Reichsduma. In den Wandelgängen der Duma, in dem Milieu des zweiten Markows, des Purischkewitsch, Gutschkow u. a. geschult — wie übrigens alle menschewistischen Abgeordneten —, erwies er sich als der rührigste Geschäftsmann bei der Schaffung des (von Revolution und Sozialismus) unabhängigen Georgiens.

Tschchenkeli ist ein „Europäer“ und hat lange Jahre in Wien, Berlin, Paris und London Nationalismus studiert.

Im Streite mit Jordania über die Durchführung der Autonomie in Georgien trug er den Sieg davon und zog ihn auf die äußerste Rechte zu den georgischen Junkern hinüber.

Er trägt die Schuld an der Batum-Adshorischen und der Suchum-Abchasischen Tragödie; er verfolgte mit grausamsten Repressalien die revolutionären Bauern und Arbeiter, die für die Sowjetmacht kämpften.

Eine charakteristische Tatsache: Diese ganze Galerie der georgischen Menschewiki sind Kinder von Gutsbesitzern und Adligen (Tschcheidse, Jordania usw.), die mit den aufrührerischen Plebejern natürlich nichts gemeinsam haben.

. . .

Wie ich schon früher an einer anderen Stelle ausführte (Kommunistische Internationale Nr. 15), hat Jordania nach der Niederlage der Revolution von 1905—1907 als erster von allen russischen Menschewiki ihre Liquidierung proklamiert. Er und seine Parteibrüderschaft in Georgien haben während der ganzen finsternen Periode der Reaktion vor dem Kriege und während des Krieges Zeitungen und Zeitschriften in georgischer Sprache herausgegeben und in dem kleinbürgerlichen Georgien den schändlichsten opportunistischen Reformismus großgezogen, den sie (o sancta simplicitas!) mit der dialektischen Methode von Marx und Engels begründeten.

Während des Krieges war Jordania der extremste der Vaterlandsverteidiger vom rechten Flügel der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Anhängern Plechanows. Seine Sippe frondierte deswegen ein wenig gegen ihn, sozusagen „zur Beruhigung des Gewissens“. Aber während der Revolution von 1917 erkannten sie ihn abermals rückhaltlos als ihren Ideologen und Führer an. Die georgischen Menschewiki haben vor dem Kriege und während des Krieges bis zum Ausbruch der Großen Revolution jede ernste revolutionäre, unterirdische, politische Arbeit abgelehnt. Sie verbrannten die Maiproklamationen unserer damals sehr wenig zahlreichen, von den Füsilladen der Strafexpeditionen, der Zwangsarbeit und Sibirien verschont gebliebenen Bolschewiki und verrieten sie oft absichtlich und unabsichtlich an die Agenten der zarischen Ochrana. Sie waren Gegner der Parolen „Allrussische Demokratische Republik“ und „Achtstündigen Arbeitstag“. Das geschah in Rußland, in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach der Revolution von 1905. Abgesehen von der schönen Phraseologie, die angeblich revolutionär und marxistisch sein sollte und für das Kleinbürgertum so verlockend war, unterschieden sich diese Herren eigentlich in nichts vom radikalen Flügel der liberalen Bourgeoisie. Zur Zeit der schwärzesten Reaktion des Zarismus verfügten sie über ansehnliche Kräfte, nicht nur in der Presse, sondern auch in den Stadtdumen Georgiens.

Nach dem Eintreffen der telegraphischen Nachricht aus Petrograd vom Sturz Nikolai II. und von der Revolution der Arbeiter und Soldaten, für die sie keinen Finger gerührt und deren Geburt sie im Gegenteil mit aller Kraft zu verhindern getrachtet hatten, unternahmen es die georgischen Menschewiki mit Noah Jordania an der Spitze, separat, ohne Mitwissen der Bolschewiki, die sich übrigens noch nicht in Freiheit befanden, sondern noch in den zarischen Gefängnissen saßen, „sich über die Lage zu beraten“. Man denke mit wem? — Mit höchstselbst dem Statthalter des Kaukasus, dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch Romanow! Dies statt einer sofortigen Befreiung einiger in den Gefängnissen schmachtenden Dutzende Bolschewiki, die der Verschickung nach Sibirien harrten! Der Romanow war natürlich sehr erfreut und benutzte diese Gäste dazu, daß er sich ruhig in den mit Kostbarkeiten angefüllten Zug setzte und, unter dem Vorwande einer Reise zur Front, Tiflis verließ, um später, als sich die Tendenzen der begonnenen Großen Revolution von 1917 herausstellten, ganz zu verschwinden.

Wenn die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre in der ersten Hälfte 1917 in Rußland in allen Sowjets der Front und des Hinterlandes herrschten, so überwog im Kaukasus und in Transkaukasien, insbesondere aber in Georgien ihr Einfluß positiv sogar bis zum Ende des Jahres und auch später an der ganzen kaukasischen Front des imperialistischen Krieges. Er unterband jegliche kommunistische Agitation, jegliche Arbeit zur Vertiefung der Revolution.

Bei den Wahlen zur Allrussischen Konstituierenden Versammlung erhielten die Menschewiki mehr als zwei Drittel aller Stimmen. Die demokratischen Illusionen, großgezogen durch die jahrzehntelange Arbeit der Menschewiki und die Tötung jedes revolutionären Geistes, waren unter den städtischen und ländlichen werktätigen Massen in Georgien noch sehr stark. Die Massen waren auf die Kleinkrämerei eines spießbürgerlichen Reformismus eingestellt, der die Verwirklichung des Sozialismus ohne Bürgerkrieg wie Manna vom Himmel erwartet. Trotz unserer lähmend geringen Zahl zu Beginn der Revolution, wuchsen wir Bolschewiki, von der Zwangsarbeit und aus der Emigration zurückgekehrt, dem Typhus entronnen und aus den Gefängnissen befreit, von Tag zu Tag mehr. So erhielten wir z. B. in Tiflis im August 1917 bei den städtischen Wahlen bis zu 6000 Stimmen, am Ende desselben Jahres aber, also drei bis vier Monate später, bei den Wahlen in die Allrussische Konstituierende Versammlung bis zu 21 000 Stimmen.

Das war das Ergebnis unserer Arbeit bei nur geringer Kraftanstrengung, da wir diese Arbeit als nebensächlich ansahen; denn wir konzentrierten unsere gesamte Aufmerksamkeit auf andere höchst wichtige revolutionäre Tagesfragen am Ende des Jahres 1917.

* * *

In den Kornilowtagen stürzten die Menschewiki Georgiens das Osakam (Kaukasische Sonderkomitee, das aus Kadetten bestand, mit dem „Sozialdemokraten“ Tschchenkeli an der Spitze) und erklärten den Kaukasischen Sowjet der Arbeiter- und Bauerndeputierten als alleinige Regierung des Kaukasus unter der Diktatur einer einzigen Person: Gegetschkoris. Sie taten dies natürlich infolge der Anerkennung der Sowjetmacht überhaupt, sondern um die Ereignisse abzuwarten, wie dies den opportunistischen Feiglingen eigen ist, und sich von einem eventuellen Bürgerkriege Rußlands abseits zu halten. Die georgischen Menschewiki schufen statt des Kaukasischen Arbeiterrats das Kaukasische Kommissariat, zu dessen erster konstituierender Sitzung sie neben den Arbeiter-

organisationen alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und munizipalen Organe mit beschließendem Stimmrecht einluden. Das war eine gut organisierte Kopie der Allrussischen Demokratischen Konferenz vom September in Petrograd und des berüchtigten „Vorparlaments“ Kerenskis, Dans, Zeretellis, Potressows, Miljukows und Gutschkows. Auf der ersten Sitzung waren die Vertreter der ausländischen bürgerlichen Regierungen, der zarischen Generalität usw. anwesend, was bis dahin nie auf einer Sitzung der Sowjets der Fall gewesen war. Wir, ebenfalls mit beschließendem Stimmrecht eingeladen, waren die einzigen Vertreter der proletarischen Partei, und nachdem wir unsere Deklaration verlesen hatten, die den endgültigen Verrat der georgischen Menschewiki an der Revolution schonungslos verurteilte, qualifizierten wir dieses ihr Verhalten als Umkehr zur Gegenrevolution, zum Nationalismus und zur Abtrennung von Rußland und entfernten uns unter der Totenstille der bestürzten Versammlung.

Durch diesen Schritt beschleunigten die Menschewiki und Sozial-Revolutionäre den Zerfall der kaukasischen Front, hatten aber die Frechheit, vor der ganzen Welt uns die Schuld daran zuzuschieben. Denn als die Frontsoldaten hörten, daß Transkaukasien sich von Rußland abgetrennt habe, strömten sie, nach dreijährigem qualvollen Ausharren in den Schützengräben der schwersten Front, der Ostfront, in die Heimat zurück. Sie nahmen den Bolschewismus erst unterwegs in sich auf, da die Menschewiki und rechten Sozial-Revolutionäre weder unsere Literatur noch unsere Agitatoren duldeten. Und das geschah unter der angeblich absoluten Freiheit der demokratischen Februarrevolution, unter der Herrschaft von Kerenski, Tschernow und Zeretelli!

* * *

In der Periode des Brester Friedens brachen die georgischen Menschewiki endgültig mit der russischen revolutionären Front, beriefen den kaukasischen Landtag ein und schlossen einen Sonderfrieden mit Wehib-Pascha, wobei sie den Türken Kars, Batum und Ardahan abtraten. Um ihren Verrat an der russischen Revolution zu rechtfertigen, versicherten sie der ganzen Welt heuchlerisch, daß die Bolschewiki sie verkauft und die genannten Gebiete der Türkei ausgeliefert hätten.

Dann folgte die weitere Evolution. Alle drei Hauptnationalitäten, in die sich Transkaukasien scheidet (Georgier, Aserbeidshaner und Armenier) hatten ihre eigenen Nationalräte, die fast illegal bestanden, verborgen nicht nur vor den Arbeitern, sondern sogar vor dem Kommissariat und dem Landtag. Zu diesen Räten gehörten bei

den Georgiern, neben Junkern vom Typus des Markow II und Liberalen vom Typus Gutschkow-Miljukow, auch unsere Menschewiki, freilich anfangs noch in aller Stille und Verschwiegenheit, durch die Vermittlung des Verständigungsbüros.

Und siehe da, an einem schönen Maientag des Jahres 1918 löste man den Transkaukasischen Landtag auf und proklamierte im selben Raum, zur selben Stunde den Georgischen Nationalrat als Parlament. Den Daschnaken und den Mussavatisten wurde anheimgestellt, Tiflis zu verlassen und bei sich in der Heimat, in Eriwan, Jelisawetpol oder Baku — das die Begs und Khans erst noch dem Proletariat von Baku entreißen mußten — dasselbe zu machen.

Der Berg Kasbek, der die Verbindung mit dem Nordkaukasus und weiter mit Rußland erschwert, und die ständige Desorganisation der Eisenbahn Baku-Wladikawskas-Rostow, wo die Gegenrevolutionäre Karaulow, Kaledin, Krassnow mit ihren Nationalräten zarischer Generale, Begs, Khans und kosakischer Kulaks wüteten, — dies alles zusammengenommen erleichterte den georgischen Menschewiki, sich im flammenden Kolchis warm einzurichten. Dies umso mehr, als von Westen, vom Schwarzen Meer her, die türkischen und deutschen Imperialisten anrückten, vor denen die Menschewiki auf dem Bauche krochen. Die Okkupanten begrüßten sie als Erretter vom roten Bolschewismus und gewährten den türkischen Truppen freien Durchlaß auf der Eisenbahn zur Zerschmetterung des sowjetistischen Baku. Und scheinbar hatten sie Glück. Umsomehr, als nach dem Triumph der Entente und dem Abzug der Deutschen die georgischen Menschewiki sich ebenso schmerzlos den anglo-französischen Imperialisten anpaßten, die Ententetruppen passieren ließen und den sich frech gebärdenden Imperialisten in allem beistimmten, nur um, wie Jordania und Zeretelli sich ausdrückten, die physische Existenz zu retten, vor allem aber: um weit, weit entfernt zu sein von dem auf den weiten Ebenen Rußlands begonnenen Kampf um die sozialistische Republik.

*
*
*

Anscheinend ging alles gut und glatt. Aber wehe ihnen! Wir Bolschewiki schliefen nicht, trotz unserer anfänglich geringen Zahl. Und auch die Geschichte begann ihnen untreu zu werden. Die von der imperialistischen Front heimgekehrten „lieben Soldaten“ Georgiens, die vom Bolschewismus angesteckt und in Kämpfen gestählt waren, trugen in die Dörfer und Städte Georgiens den Geist einer besonderen „Russenfreundlichkeit“ hinein, der Vereinigung mit Rußland, dem Rußland der Arbeiter, Bauern und Soldaten, wie Rußland

durch die Kriegsleiden auch beschaffen sein mochte. Bolschewistisch — nun, sei es denn bolschewistisch! Desto besser, — fügten sie hinzu. Und so haben die Bauern und Arbeiter Georgiens, in den Mänteln der Frontsoldaten, meistens ohne Führung, besonders ohne militärtechnische Leitung, häufig aber auch ohne die politische Führung unserer Partei, die menschewistischen Reihen außerordentlich desorganisiert. Seit Ende 1917 und bis ins Frühjahr 1919 hinein haben sie bis 10 bewaffnete Aufstände unternommen, z. B. in Zchinwaly, Kreis Duschezk, Gouvernement Tiflis, in Satschchery, in Letschchum, in Mingrelien, Abchasien usw. An einigen von diesen Orten haben die Aufständischen, die die Macht der revolutionären Bauern und Arbeiter ausriefen, sich nicht nur wochenlang, sondern monatelang gehalten, völlig isoliert von der Zentralgewalt der Georgischen Demokratischen Republik und von ihrem Parlament, später auch von der Konstituierenden Versammlung, die das Parlament ablöste.

Allerdings ist es dem kaukasischen Landesausschuß der K. P. R. auch später, sogar auf illegalem Wege, bis zum Abschluß des Friedensvertrages Georgiens mit Sowjetrußland (7. Dezember 1920) gelungen, recht ernste und bewaffnete Aktionen allüberall in den Dörfern und Städten Georgiens, besonders im Oktober—November 1919, vorzubereiten. Aber den in militärischer und administrativ-polizeilicher Hinsicht gut organisierten Menschewiki gelang es mit Hilfe der Ententeimperialisten, diese Bewegung zu unterdrücken; indessen war dies nur zeitweilig und sogar nur für ganz kurze Zeit.

Unsere kurzfristige legale Existenz in Georgien nach dem Abzug der englischen Okkupationstruppen aus Batum ermöglichte es der Partei (jetzt Kommunistische Partei Georgiens genannt), den legalen Weg bis zum Ende zu erproben und zu erschöpfen . . . Die kommunistischen Zeitungen in georgischer und russischer, zum Schluß auch in armenischer Sprache in Tiflis haben den Menschewiki auf dem Boden des Ideenkampfes viele unheilbare Wunden geschlagen. Und dies zur selben Zeit, da die Haupthelden der westeuropäischen gelben Internationale mit Kautsky an der Spitze das flammende Kolchis besuchten! . . . Den Massen, die den Menschewiki noch Gefolgschaft leisteten, wurden die Augen geöffnet. Und dies trotz der grausamsten Repressalien gegen die Kommunisten und die ihnen Gleichgesinnten, sogar gegen die Gewerkschaften, die gleich aufgelöst wurden, wenn sie Sympathien für die Bolschewiki an den Tag legten.

Sogar der georgische Eisenbahnerverband — diese Wirbelsäule der Georgischen Demokratischen Republik — kam in letzter Zeit ins Wanken und geriet offensichtlich ins Fahrwasser unserer Bewegung. Natürlich verstanden es die Menschewiki, mit Hilfe von

Polizeiskorpionen die ehemaligen zarischen Gefängnisse nicht nur mit Kommunisten und jenen, welche mit dem Kommunismus sympathisierten, zu überfüllen, sondern sogar mit zahlreichen Mitgliedern der Gewerkschaften, und schließlich auch mit Mitgliedern ihrer eigenen Partei, die zur herrschenden Clique Jordania-Ramischwili in Opposition getreten waren.

Es schwand der letzte Schatten von Gesetzlichkeit, die einzigen legal erscheinenden Blätter in Tiflis wurden Ende 1920 unterdrückt, unsere Druckereien versiegelt und die Redaktionsräume von den Menschewiki für ihre Sippe in Anspruch genommen, bis einschließlich zu den Herren Agenten der Entente und Wrangels.

Ganz von selbst, fast elementar, sogar ohne jede organisierte Vorbereitung durch die Partei (denn die legale Existenz der Kommunistischen Partei als solcher war innerhalb Georgiens absolut unmöglich geworden), entstand als Tagesproblem für unsere Genossen, die sich noch unter den Arbeitern und Bauern Georgiens verbargen oder sich außerhalb — in der Emigration — befanden, die Frage: Was nun weiter? Die frühere illegale Arbeit in gesamtkaukasischem Umfang war vom ehemaligen Landeskomitee der K. P. D. bereits durchgeführt worden (Nordkaukasien, Aserbeidshan und Armenien sind bereits Sowjetrepubliken). Eine legale Kommunistische Partei Georgiens, der in den dreiviertel Jahren ihrer „legalen“ Existenz von der Polizeiabteilung der Herren Jordania und Ramischwili kein einzigesmal die Möglichkeit gegeben wurde, einen Parteitag oder eine Parteikonferenz abzuhalten, existiert nicht. Die Massen in den Dörfern und Städten liegen in den Klauen des Elends und des Hungers, stöhnen und murren. Den Kommunisten Georgiens blieb nichts anderes übrig, als sich an die Spitze dieser Massen zu stellen und, ob nun Moskau dies will oder nicht — vielleicht will es nicht, da der Kampf an der Wirtschaftsfrent begonnen hat —, Georgien zu erleuchten und es in eine vom Ententeimperialismus und vom schändlichen Menschewismus, wahrhaft unabhängige sozialistische Republik zu verwandeln. Dadurch wird die Front der ganzen großen Sowjetföderation gekürzt werden, von der Schwarzmeerküste über Abchasien, Suchum, Adsharien, Batum, Kutais — Tiflis (d. h. das eigentliche Georgien), Aserbeidshan, Armenien und Nordkaukasien zur Ukraine und ganz Rußland. Das wird nicht nur eine Erleichterung sein für die bedrückten Massen der Bauern und Arbeiter Georgiens, sondern auch ein großer Fortschritt für die Weltrevolution, eine Befreiung des Schwarzen wie des Kaspischen Meeres von den Räubern und Piraten des Ententeimperialismus.

Moskau, 1. März 1921.

M. Zchakaja.

Der japanische Arbeiter.

Der japanische Arbeiter in der neuen Staatsordnung.

Die feudale Periode der japanischen Geschichte wurde durch die Revolution vom Jahre 1868 beendet, die von der Unterschicht der militärischen Klasse durchgeführt wurde. Das einfache Volk nahm an ihr nicht teil. Seit der Einsetzung der neuen revolutionären Regierung mußte der japanische Arbeiter sich den stetig wechselnden Verhältnissen anpassen. Er mußte sich mit seinem Schicksal aussöhnen, so gut es eben gehen wollte.

Er hatte keinerlei Erfahrung in den neuen Industriemethoden, die mit der Zeit eingeführt wurden. Fabrik- und Maschinenbetrieb waren ihm völlig unbekannt. Er hatte früher so gearbeitet, wie es ihm in der Jugend von der älteren Generation gelehrt wurde. Neue, komplizierte Maschinen, die aus dem Westen eingeführt wurden, zu handhaben, war eine schwierige Aufgabe für ihn. Dank der praktischen Erziehung, die er genossen, gelang es dem japanischen Arbeiter jedoch, sich in wenigen Jahrzehnten mit den neuen Maschinen vertraut zu machen. Er bewältigte bald jede Arbeit, die man von ihm verlangte, Arbeit, die notwendig war, um aus Japan ein modernes Industrieland zu machen. Schmiede, Schreiner und andere Handwerker meldeten sich als erste in den neuen Fabriken, die die Regierung erbaut hatte. Als die ersten Absolventen der technischen Hochschulen und der kaiserlichen Universität als Ingenieure und Leiter in die Betriebe eintraten, hatten diese einfachen Arbeiter schon längst gelernt, den Dampfhammer und die Treibriemen zu benutzen, Lokomotiven und Dampfschiffe zu bauen. Wie man mir erzählt, wird im Westen jede schwierige

Arbeit von einem Ingenieur geleitet. In Japan aber fehlte dem Ingenieur, der frisch aus der Hochschule kam, jede praktische Erfahrung. Er war dem Arbeiter eher hinderlich als behilflich. Dem Arbeiter stand es somit frei, die Technik der modernen Industrie zu vervollkommen, so gut er es vermochte. Ja, viele Verbesserungen und Erfindungen in den für das Militär und die Marine arbeitenden Fabriken, auf die die Ingenieure Patente nahmen, waren eigentlich von den Arbeitern gemacht worden, die sich praktische Kenntnisse und Erfahrung angeeignet hatten.

Die reaktionäre Bürokratie, der Militarismus und die Arbeiter.

Zu Beginn der neuen Aera waren die japanischen Machthaber eifrig bestrebt, ihre nationalen Pflichten zur Zufriedenheit des Volkes zu erfüllen. Kaum fühlten sie aber festen Boden unter den Füßen, so begannen sie sich durch offene Feindseligkeiten und Repressalien derjenigen Personen zu entledigen, die ihrer Politik nicht zustimmten. Um ihre Stellung in der Regierung zu festigen, gründeten sie verschiedene Institutionen, die sie mit allerlei Privilegien freigiebig ausstatteten. Hierhin gehören die höheren Bildungsanstalten, denen zahlreiche Vergünstigungen gewährt wurden. Die Anstalten hatten den Zweck, eine Bürokratie heranzubilden, die in eine feste wirtschaftliche Verbindung mit den vermögenden Elementen trat und ihnen viele wertvolle Vorrechte und Monopole verlieh.

Es blieb aber keineswegs bei den wirtschaftlichen Vergünstigungen. Die Regierung schuf für die Bürokratie eine hohe soziale Stellung bzw. besondere Standesprivilegien. Auf diese Weise entstand ein neuer Adel, dem Mittel zur Verfügung standen, diejenigen zu belohnen, die es treu mit der Bürokratie hielten. Ohne starke Unterstützung durch die besitzenden Klassen konnte die politische Bürokratie das Volk nicht in die Hand bekommen. Sie mußte sich daher wider Willen zu einer Verfassung mit einer parlamentarischen Legislative entschließen.

Diese Verfassung wurde jedoch so geschickt ausgekünstelt,

das Stimmrecht so sorgfältig verklausuliert, daß die Kapitalisten und Monarchisten stets die Oberhand behalten mußten. Durch dieses beschränkte Wahlgesetz wurde die wirtschaftliche Macht der vermögenden Klassen endgültig festgelegt; sie wurden die alleinigen Gesetzgeber im Lande. Zudem waren die Minister nur dem Kaiser, nicht aber dem Parlament oder dem Volk verantwortlich. Diese Ordnung wurde noch fester gefügt durch das Recht der Minister, so viele neue Pears einzusetzen, als sie für nötig befanden, um im Oberhaus das Gleichgewicht zwischen den gewählten und den von der Regierung ernannten Mitgliedern zu erhalten. Die Regierung ernannte nur solche Personen, die der Bürokratie sklavisch ergeben waren. Endlich bildete die Regierung — entgegen den Bestimmungen der Konstitution — die Gruppe der Genro; sie bestand aus älteren Staatswürdenträgern, erstickte jede Volksbewegung im Keime und entschied über das Schicksal des Volkes.

Unter der Herrschaft dieser weitsichtigen reaktionären Bürokratie wurden die japanischen Arbeiter auf allen Gebieten der frischentstehenden Industrie immer mehr ausgebeutet. Es war ihnen nicht nur verwehrt, sich in Verbänden zusammenschließen; das Gesetz verbot überhaupt jede Arbeiterbewegung. Der Streik wurde zum Verbrechen gestempelt, das mit sechs Monaten Kerker oder Zwangsarbeit zu ahnden war.

Am traurigsten ist das Los der Frauen und Töchter der japanischen Arbeiter. Tag und Nacht fronen sie in den Baumwoll- und Seidenspinnereien. Die festgesetzte Arbeitszeit ist 14 Stunden täglich mit zwei Ruhetagen im Monat. Die Arbeiterinnen werden sämtlich in den Dörfern angeworben. Man stellt ihnen hohen Lohn und gute Behandlung in Aussicht. Tatsächlich aber leben sie in den von hohen Mauern umgebenen Behausungen, die die Fabrikbesitzer ihnen anweisen, wie Gefangene. Die Kost, die man ihnen vorsetzt, eignet sich eher für Schweine als für Menschen.

Die Zahl der Arbeiterinnen in den Baumwollspinnereien und anderen Fabriken beträgt heute ungefähr 700 000. Die meisten sind junge Mädchen; über 70 Prozent sind noch nicht

einmal zwanzig Jahre alt. In der Textilindustrie arbeiten mehr Frauen als Männer. Im Jahre 1908 waren 190 000 Mädchen in den Seidenspinnereien und 230 000 in den Baumwollspinnereien angestellt. In diesen Betrieben wurden die Mädchen mehr ausgebeutet als die Männer. Die Zahl der Erkrankungen unter den Arbeiterinnen war fünfmal so hoch wie unter den Arbeitern. Mehr als die Hälfte der Krankheitsfälle entfiel auf Tuberkulose. Im Jahre 1909 kamen 16 989 junge Mädchen (aus sieben nördlichen Provinzen) in die Spinnereien; 7220 kehrten in die Heimat zurück, 107 hatten sich ernste Krankheiten zugezogen, 279 starben noch im selben Jahre, 1324 der jungen Mädchen büßten im selben Jahre ihre Gesundheit oder ihr Leben ein. Noch schauerlicher sind die statistischen Angaben aus dem Nigatarayon. Alljährlich ziehen mehr als 6000 junge Mädchen aus dieser Provinz in die Fabriken; nur ungefähr 3000 von ihnen kehren zurück, darunter die Hälfte infolge von Erkrankung. Wie berichtet wird, sind 120 000 junge Mädchen spurlos verschwunden. Laut den Angaben, die in 16 Fabriken gesammelt wurden, bleiben die Arbeiterinnen nur kurze Zeit in den Betrieben:

	Männer	Frauen	Insgesamt
Weniger als 6 Monate	1586	5281	6849
„ „ 1 Jahr	1054	3960	5014
„ „ 2 „	943	3507	4452
„ „ 2 „	644	2294	2938

Die jungen Mädchen verlassen die Fabriken, weil die Arbeit ihnen zu schwer ist oder infolge von Erkrankungen. Sie arbeiten 12 Stunden tags oder nachts; jede sieben bis zehn Tage müssen sie als Tag- oder Nachtschicht 18 Stunden nacharbeiten, um die Tag- und Nachtschichten auszugleichen. Im Jahre 1912 waren 515 217 junge Mädchen in den Fabriken beschäftigt. 45 441 arbeiteten als Kulis; 29 670 waren in Regierungsbetrieben tätig. Viele der Mädchen sind noch halbe Kinder. 54 518 Mädchen unter 14 Jahren arbeiteten in Privatbetrieben, 2127 in Regierungsfabriken. Noch heute kann man, namentlich in den Baumwollspinnereien und Zündholzfabriken,

Mädchen unter 12, manchmal sogar unter 10 Jahren finden. — Alle diese Angaben sind natürlich etwas veraltet; die Verhältnisse haben sich jedoch seitdem wenig gebessert. Toyohara, der im Auftrag der Regierung die Lage der Fabrikarbeiterinnen im westlichen Japan untersuchte, berichtet, daß die Verbesserung der Existenzbedingungen der Fabrikarbeiterinnen, wovon soviel Aufhebens gemacht wurde, bloß auf dem Papier bestehe. Jede Fabrik führt die Reform nach eigenem Gutdünken aus; in der Regel kommt ein Nichts dabei heraus. Man lehrt die Fabrikmädchen Tee zu servieren und Blumenarrangements zu machen und dergleichen unnütze Dinge. Nachdem die Mädchen vierzehn Stunden nacheinander in den stickigen Fabrikräumen gearbeitet haben, sind sie viel zu müde, um noch etwas zu lernen. Man könnte ebenso gut einem nackten frierenden Kinde ein seidenes Kopftuch anbieten. Von 200 000 Fabrikmädchen kehren heute 80 000 krank und arbeitsunfähig nach Hause zurück. Wir lassen hier eine Tabelle der Erkrankungen dieser Unglücklichen folgen.

Zurückgekehrte Fabrikarbeiterinnen pro
Tausend.

Art der Arbeit	Tuberkulose	Analoge Erkrankungen	Magen- und Darmerkrankungen
Baumwollspinnen	266	217	67
Seiden	34	47	284
Webearbeit	210	280	20
Flachsspinnen	114	114	114

So verlieren die jungen Mädchen ihre Gesundheit in den Fabriken. Wie Toyohara berichtet, starben von 1000 Mädchen, die ihr Heimatdorf verließen, um in den Fabriken zu arbeiten, 30 noch im selben Jahre an der Schwindsucht: 138 wurden schwer lungenkrank. (Siehe die Wochenschrift „The Oriental Economist“ vom 15. April 1919.)

Die Arbeiterin im Reisfelde, die einen Wagen zieht oder gemeinsam mit ihrem Mann einen schwer beladenen Karren stößt, hat es körperlich und geistig bedeutend besser als das junge Mädchen, das in einem Industrieunternehmen mit Hilfe „kultureller“ Methoden und der modernsten technischen Ein-

richtungen, z. B. in einer Spinnerei arbeitet. Die Frau, die den Wagen zieht, ist eine freie, unabhängige Arbeiterin. In den meisten Fällen gehört der Wagen ihr selbst; oft enthält er ihre eigene Ware, die sie zum Verkaufe führt. Und doch hat schon mancher menschenfreundliche Besucher aus dem Auslande sich gerade über den Anblick dieser Wagenzieherinnen stark ent-rüstet.

Die japanische Frau ist fürwahr ein bewundernswertes Geschöpf. Sie versteht es, sich in jede Lage hineinzufinden. Aber das rasche Wachstum der modernen Industrie, die namentlich die jungen Mädchen ausbeutet, sie aus ihrem Heim und ihrer Umgebung herausreißt und sie in die gefängnisähnlichen Spinnereien treibt, macht sie zu Sklavinnen. Durch das „Fabrikgesetz“, das an dem 1. September 1918 in Kraft getreten ist, hat die Regierung diese fürchterlichen Zustände in den Industrieunternehmen legalisiert. Die kapitalistischen Ausbeuter haben von dem „Gesetz“ die Zusicherung erhalten, daß die Lage der Fabrikmädchen im Lauf der nächsten fünfzehn Jahre unverändert bleiben soll. Und diese Lage der Fabrikarbeiterinnen ist das schlimmste, was das heutige industrielle Japan aufweist.

Was den japanischen Militarismus anbelangt, so muß gesagt werden, daß er die Freiheit der Japaner vollständig vernichtet hat. Der Japaner wird als zu jeder Zeit im Militärdienst stehend betrachtet, die hohen Steuern, die für Militär- und Marinezwecke eingezogen werden, drücken die werktätige Bevölkerung hart. Zu Kriegszeiten dienen die Arbeiter der Regierung als Kanonenfutter.

Es gibt keinen einzigen japanischen Arbeiter, der die Wehrpflicht nicht haßt. Manche suchen sich dem Militärdienst zu entziehen, indem sie sich absichtlich verstümmeln.

Der Arbeiter wird eingezogen, während die Söhne der Reichen unter allerhand Begünstigungen befreit werden. So erhalten die Schüler der Mittelschulen zeitweilig Aufschub. Der Jüngling, der es sich erlauben kann, im Auslande zu studieren oder dort ein Schlaraffenleben zu führen, ist ebenfalls der ver-

haften Wehrpflicht enthoben. Für den Arbeiter aber gibt es keine Rettung vor ihr.

Der japanische Arbeiter und der moderne Industriekapitalismus.

Auch in der Landwirtschaft wird der japanische Arbeiter seit der Revolution infolge der stetig wachsenden Macht des Agrarkapitalismus immer mehr ausgebeutet. Das Ackerland ist überall von den Reichen angekauft worden, die als Grundbesitzer besondere politische Rechte und Vorrechte genießen. Die Grundbesitzer, die hohe Bodensteuern zahlen, können ihren Vertreter in das Oberhaus wählen — fürwahr, die beste und sicherste Anlage für ihr wachsendes Kapital. Im Lauf der letzten 60 Jahre sind mit der Vergrößerung der Bevölkerung und der Verteuerung der Lebensmittel auch die Bodenpreise stark gestiegen. Der Farmarbeiter ist somit durch die Kapitalisierung des Grund und Bodens zum wahren Sklaven geworden.

In den Industrieunternehmen wird der Arbeiter noch mehr ausgebeutet als sein Bruder auf dem Lande, denn er besitzt keinerlei politische Rechte und kann sich nicht in Gewerkschaften organisieren. Die indirekten Steuern werden auf das Höchstmaß getrieben. Er hat nicht das Recht, eine Lohn-erhöhung zu fordern, wenn die Preise steigen, denn es gibt keine Verbände, die Kollektivforderungen aufstellen könnten. Also ist seine Lage unter den jetzigen sozialen Verhältnissen völlig aussichtslos.

Trotz alledem hat der japanische Arbeiter im Lauf der letzten Jahrzehnte einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Natürlich befindet sich diese Klasse im Stadium der Entwicklung; auch die Industrie muß sich erst den modernen Methoden anpassen. Der Arbeiter hat noch nicht Zeit gehabt, sich den neuen Industrieverhältnissen anzupassen, wie der frühere Arbeiter sich seinerzeit durch Bildung von Zünften dem Feudalsystem anpaßte. Er hat jedoch getan, was er konnte, um seine Lage zu verbessern, sei es durch Streiks, durch Aufstände oder durch geheime Gesellschaften „leni“ (zur Sabotage in den Fa-

briken), die jetzt vielfach verbreitet sind. Der japanische Arbeiter hat ein natürliches Recht, zu solchen Mitteln zu greifen, da er sich nicht in Verbänden zusammenschließen darf. Er streikt auch offen, trotzdem das Gesetz es verbietet. Seit August 1918 hat er auch gelernt, Aufstände zu veranstalten und sich der Sabotage zu bedienen. Die Sabotage ist heute unter den japanischen Arbeitern ein weitverbreitetes Kampfmittel. Bevor das jetzige Polizeigesetz „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung“ im Jahre 1890 in Kraft trat, hatte der japanische Arbeiter fünf Jahre lang ungehindert an der Arbeiterbewegung teilnehmen können. Das Gesetz wurde geschaffen, als die Bewegung stark um sich griff.

Gegenwärtig muß der japanische Arbeiter sich hübsch ruhig verhalten, da das erwähnte Gesetz jeden Streik und jede Art von Agitation verbietet. Trotzdem kam es aber 1907 in den Kupferminen von Asio und Bessi zu großen Unruhen.

Streiks und Arbeiteraufstände.

Die Geschichte Japans hat viele Aufstände gekannt, die meistens auf Hungersnot zurückzuführen waren. Diese Aufstände, ebenso wie die Revolutionen, trugen stets dazu bei, die Lage des Volkes zu verbessern und es auf den Weg des Fortschritts zu führen. Die zahlreichen Revolutionen, die Japan durchmachte, hatten stets die Einsetzung einer neuen Regierung mit dem alten Mikado an der Spitze zur Folge. Diese geschichtliche Eigenheit der Japaner zeigt sich immer wieder, sobald dieselben Verhältnisse wieder eintreten. Die Aufstände der letzten Jahre tragen jedoch einen anderen Charakter. Die Lage der Farmer hat sich stark verbessert. Dank der Bewässerung und Trockenlegung der Reisfelder hat es in den letzten 20 bis 25 Jahren fast gar keine Hungersnot gegeben. Dagegen hatte die Einführung der modernen Arbeitsmethoden den Ausbruch von Fabrikunruhen zur Folge. Die unorganisierten Arbeiterstreiks entwickelten sich oft zu starken, verheerenden Aufständen. In den Fabriken und Bergwerken, in denen die Unruhen am häufigsten waren, wurden sie durch

politische Maßregeln unterdrückt. Im großen und ganzen gewannen die Arbeiter jedoch viel durch die Aufstände.

Im August 1918 kam es zu großen Unruhen; sie richteten sich gegen die Reichen, die riesigen Gewinn einheimsten, und gegen die Behörden, die die Profitmacher schützten und unterstützten. Im Lauf von mehr denn einer Woche fanden in verschiedenen Städten und Dörfern 142 Aufstände statt. In 25 Orten setzten die Aufständischen Häuser in Brand und zerstörten viel Hab und Gut, in 38 Orten konnten die hinzugezogenen Truppenteile nur mit knapper Not die Unruhen beilegen. Polizeiaufgebote und Gendarmen waren den wütenden Aufständischen gegenüber machtlos. Viele Arbeiter wurden von dem Militär getötet und verwundet.

Die Aufständischen forderten die Herabsetzung der Preise von Reis, Kohle und Bekleidung. Ihr Angriff war gegen die Reichen gerichtet. Er entwickelte sich jedoch zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern einerseits und der Polizei und dem Militär andererseits. In einigen Fällen gelang es den Aufständischen, die Reishändler zur Herabsetzung der Preise zu zwingen. Wie es hieß, wurden 90 Prozent der aufständischen Arbeiter von der „Eta“ geführt.

Die Aufstände trugen den Charakter von allgemeinen Erhebungen der unzufriedenen Arbeiter; mit besonderer Schärfe spielten sie sich in den Fabriken und Bergwerken ab. Vom 1. bis zum 15. August berichteten schon allein die Zeitungen von Tokio und Osaka von über 40 Aufständen. Ein Teil der Aufständischen forderte eine Lohnerhöhung von 180 Prozent; andere begnügten sich mit einer Forderung von 50 Prozent, die ihnen auch bewilligt wurde.

Die großen Aufstände des Jahres 1918 gaben den Anstoß zu einem allgemeinen Erwachen des Proletariats. Der Arbeiter hatte im Zusammenstoß mit der gut gedrillten Polizei und den Truppen seine Kraft gemessen und gesehen, daß er ihnen gewachsen war.

Die Regierung andererseits verlor allmählich ihre Macht über das Volk. Sie versucht die Arbeiter nun durch zahlreiche

Reformen und Vergünstigungen für sich zu gewinnen; tatsächlich legt sie dadurch nur ihre eigene Schwäche bloß.

Die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft und die russische Revolution.

Die russische Revolution hat auf den japanischen Arbeiter einen tiefen Eindruck gemacht. Die Japaner verdanken den Russen einen guten Teil ihrer geistigen Aufklärung. Die Werke von Tolstoi, Dostojewski, Gorki und anderen großen Schriftstellern wurden in Japan mit Begeisterung gelesen. Ja, die Japaner verstehen russische Kunst, Literatur und Musik besser als angelsächsische. Die russische Kunst ist uns gewissermaßen verwandt, da auch sie etwas Orientalisches an sich hat. Der japanische Arbeiter fühlte sich zu den für ihre Freiheit kämpfenden russischen Revolutionären hingezogen. Ihre Ideen und Heldentaten spornten uns an. Durch Grüße, die die japanischen Sozialisten ihren russischen Brüdern sandten, wurde die Verbindung zwischen den beiden Nationen aufrechterhalten. Das erste offizielle Begrüßungsschreiben der japanischen Sozialisten an ihre russischen Genossen datiert vom 20. März 1904, aus der Zeit des russisch-japanischen Krieges.

Dieser Austausch von Grüßen bedarf keiner Kommentare. Ich muß bloß hinzufügen, daß meine Genossen in Japan durch alle die langen Jahre der Unterdrückung und Verfolgung ihren Kampf ohne Wanken fortführen, obgleich sie inzwischen der Rede- und Koalitionsfreiheit beraubt wurden. Ihre Lage gleicht in vielem der Lage der russischen Genossen vor der Revolution: Auf Schritt und Tritt werden sie von der Geheimpolizei verfolgt. Im Jahre 1904 fiel mir die Ehre zu, die japanischen Arbeiter auf dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Amsterdam zu vertreten. Ich traf dort die russischen Genossen und durfte dem Genossen Georg Plechanow, der am jenem Tage Vizevorsitzender des Kongresses war, die Hand drücken. Plechanow war zu jener Zeit Führer der russischen Sektion. Die allgemeine Losung des Kongresses, namentlich der russischen Delegierten, war: „Sieg für Japan und Verfassung für

Rußland!" Im Gegensatz zum Kriege von 1914 drückten wir trotz des Krieges zwischen Rußland und Japan unsere internationale Solidarität aus. Diese freundschaftlichen Beziehungen wurden aufrechterhalten und von Zeit zu Zeit erneuert. Im Mai 1917 sandten die japanischen Sozialisten den russischen revolutionären Genossen wieder einen Gruß. Das Schreiben war von überraschender Kühnheit. Die Arbeiter müssen nun bestrebt sein — heißt es dort — diesem blutigen Kriege ein Ende zu machen. Zugleich muß das Proletariat der kriegführenden Länder die aus Feindesland auf sie gerichteten Geschütze unverzüglich gegen die herrschenden Klassen ihrer eigenen Länder kehren. Dies ist Pflicht nicht nur der russischen Sozialisten, sondern der Sozialisten der ganzen Welt. Zur Zeit, als Japan in Sibirien eindrang, sandten die japanischen Arbeiter den russischen Genossen heimlich noch ein Schreiben:

„Unser ungeteiltes Interesse, unsere ganze Aufmerksamkeit gelten dem Verlauf der russischen Revolution. Mit größter Sympathie verfolgen wir das Vorrücken des russischen Proletariats, das auf die Seele des japanischen Volkes einen unauslöschlichen Eindruck macht.

Wir sind empört über die niederträchtige Handlungsweise der japanischen Regierung, die unter einem Vorwand, der uns nichts angeht, ihre Truppen nach Sibirien gesandt hat, um den Versuch zu machen, die russische Revolution zu hemmen und zu vernichten.

Es betrübt uns ungemein, daß wir noch nicht die Kraft besitzen, die Einmischung der imperialistischen Regierung Japans, die Eure säuer gewonnene Freiheit bedroht, zu verhindern. Ihr könnt überzeugt sein, daß ungeachtet der gegenwärtigen Verfolgungen durch unsere imperialistische Regierung gar bald die Fahne der Freiheit über dem japanischen Boden wehen wird.“

Der rationelle Optimismus der japanischen Sozialisten, der in ihrer Resolution Ausdruck fand, hat sich in Japan bewährt. Die jüngste Entwicklung der Arbeiter und der sozialen Bewegung in Japan zeigt deutlich, daß die russischen Bolschewiki

sie stark beeinflußt haben. Die Reisaufstände vom August wuchsen sich teilweise zu einem Protest gegen die Einmischung der militärischen Regierung Japans in die sibirischen Angelegenheiten aus. Dem Einspruch gegen die Intervention liegen wirtschaftliche Interessen zu Grunde. Ein Krieg mit Rußland würde ein weiteres Steigen der Lebensmittelpreise herbeiführen und die Arbeiterklasse ins Elend stürzen. Seit jener Zeit hat es zahlreiche Streiks gegeben, die jetzt die Form von Sabotage annehmen: Im Jahre 1919 führten 15 000 Schiffbauarbeiter in Kobe und Nagasaki zum ersten Male die Sabotage durch. Die Arbeiter stellten sich jeden Morgen auf der Werft ein, taten aber nichts. Dies dauerte 10 Tage, vom 18. bis 28. September. Durch eine Urabstimmung, die die Führer unter den Arbeitern vornahmen, wurde die Fortsetzung der Sabotage beschlossen. Man verhandelte mit dem Direktor der Gesellschaft, K. Matsugata — dem Sohn des Mauquis Matsugata —, jedoch ohne Erfolg. Darauf beschlossen zwei andere Zweigfabriken derselben Gesellschaft, sich der Sabotage anzuschließen. Auch 500 Ingenieure und Techniker und 800 Werkführer erklärten sich mit den Sabotierenden solidarisch und baten den Direktor, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Dies veranlaßte den halsstarrigen Matsugata, den Arbeitern, wenn auch widerstrebend, nachzugeben.

Diese Form des Wirtschaftskampfes hat sich für den japanischen Arbeiter, der weder das Koalitionsrecht noch Streikfonds besitzt, als ein vorzügliches Kampfmittel erwiesen. Er kann dadurch genau dasselbe erzielen wie durch einen Streik, ohne der Polizei in die Hände zu geraten. Die Werkführer und die Ingenieure waren den Arbeitern gegenüber, die das Arbeitstempo bis auf Null verlangsamten, vollkommen machtlos. Sie hätten die Arbeiter entlassen können; aber einmal standen sie selbst auf der Seite der Arbeiter; überdies wäre es unmöglich gewesen, 15 000 Arbeiter auf einmal zu entlassen, selbst wenn die Werkführer dazu ermächtigt gewesen wären. Durch die Sabotage erzielten die Arbeiter den Achtstundentag

mit Bezahlung des Zehnstundenlohnes. So versteht es der Japaner, sich den jeweiligen Verhältnissen anzupassen.

Die bolschewistischen Ideen und der japanische Arbeiter.

Der Einfluß des russischen Bolschewismus auf die vorgeschrittenen Elemente des japanischen Volkes ist sehr bedeutend. Was unsere Presse betrifft, so ist sie noch nicht ganz von der kapitalistischen Heuchelei angesteckt. Die japanische Regierung hat die Verpflichtungen Rußlands übernommen und in Staatsbons ausgezahlt. Es bestehen für die Japaner keine Sorgen darüber.

Japan ist mehr und öfter als andere Länder mit Rußland in unmittelbare Berührung gekommen; daher hatten die Japaner mehr Gelegenheit als die anderen Völker, mit den bolschewistischen Ideen bekannt zu werden.

In Sibirien gibt es zahlreiche Bolschewiki. Wie verlautet, werden die japanischen Reserven — ungefähr 70 000 Mann stark — deshalb so hastig aus Sibirien zurückgezogen, weil die Soldaten, die Frau und Kind zu Hause hatten und gewisse Erfahrungen besaßen, sich allzu sehr bereit zeigten, die bolschewistischen Ideen anzunehmen. 35 000 japanische Soldaten sollen in Sibirien zum Bolschewismus bekehrt worden und der Partei beigetreten sein. Die Bolschewiki trieben unter den japanischen Soldaten lebhaft Propaganda und verbreiteten Literatur in japanischer Sprache unter ihnen. Besonders eifrig wurde die Propaganda in Wladiwostok betrieben, wo man an jedem Pfosten und jeder Mauer Aufrufe finden konnte. Noch eifriger als in Sibirien agitierten Russen sowie Japaner in Japan selbst. Einige Russen, die in Jokohama für die Sache tätig waren, wurden innerhalb fünf Tagen des Landes verwiesen.

Die Zahl der russischen Bolschewiki in Japan beträgt ungefähr 10 000. Es sind größtenteils Deserteure aus der Armee Koltshaks und anderen weißgardistischen Armeen. Auch die japanischen Sozialisten befassen sich mit der Verbreitung der bolschewistischen Ideen unter der Arbeiterklasse. Einige von ihnen wurden verhaftet und eingekerkert; viele sind aber noch

auf freiem Fuß und organisieren häufig Streiks und Sabotageakte. Die Arbeiter sind bereits so weit fortgeschritten, daß sie gemeinschaftliche Kontrolle über die Betriebe fordern und Zahlung für den Sonntag verlangen, an dem nicht gearbeitet wird. Noch vor wenigen Monaten hielt man die Einführung des Achtstundentages für unmöglich, und doch wird er jetzt in einem Betriebe nach dem anderen erkämpft.

Trotz der bestehenden Gesetze und der Repressivmaßnahmen sind viele Arbeiterorganisationen entstanden. Die Yu-Ai-Kai, ein Arbeiterverband, der früher durchaus gelbe Tendenzen aufwies, hat sich nun zu einer stark radikalen Organisation herausgebildet. Suzakis autokratische Führung wurde gestürzt, und eine Versammlung des Verbandes im September 1919 beschloß, die Organisation so demokratisch wie möglich zu gestalten. Hand in Hand mit der Yu-Ai-Kai arbeitet der Druckerverband, die einzige Organisation, die in all den harten Jahren der Unterdrückung am Leben geblieben ist. In letzter Zeit ist der Druckerverband bedeutend erstarkt, und beide Organisationen kämpfen nun eifrig für das Koalitionsrecht und die Aufhebung der Polizeiverbote gegen die Arbeiterbewegung. Welche Umwandlung mit der Yu-Ai-Kai vorgegangen ist, kann schon daraus ersehen werden, daß ihr offizielles Organ vor kurzem eine Biographie von Karl Marx veröffentlichte.

Wie man mir aus Japan schreibt, werden die klassischen Werke des Sozialismus wie z. B. „Das Kapital“ von Karl Marx (ein Teil des 1. Bandes), Kautsky: „Die wirtschaftlichen Lehren von K. Marx“ und Marx: „Lohnarbeit und Kapital“ und noch viele andere in das Japanische übersetzt. Sie finden großen Absatz, während nach Zeitungen und Zeitschriften, die nichts über Marx und den Sozialismus schreiben, recht wenig Nachfrage besteht.

Die reaktionäre Politik der gegenwärtigen Regierung.

Im Lauf der letzten Jahre wurde viel von der Notwendigkeit einer zweiten Revolution gesprochen. Vor kurzem wurde eine neue Partei, die Koizo Domei (Wiederaufbauliga) gegrün-

det, die die Erzielung zahlreicher radikaler Reformen anstrebt. Gegenwärtig erlebt Japan aufgeregte Zeiten; denn wie verlautet, gehen die ehemaligen Minister Ozaki und Gete mit dem Gedanken um, eine Arbeiterpartei zu gründen.

Neue, fortschrittliche Bewegungen greifen im ganzen Lande um sich; die Regierung aber, eine autokratische, gut organisierte Bürokratie, unterstützt von überaus starken, halsstarrigen und fanatischen militärischen Cliques unter der Führung des alten Fürsten Yamagata, wird immer selbstherrlicher. Dennoch hat selbst Fürst Yamagata es für nötig befunden, einige der dringenden Forderungen des Volkes zu bewilligen und sich hie und da aufs Geratewohl als Schutzherr der sozialen und Arbeiterinteressen aufzuspielen. Die Regierung, die immer reaktionärer wird, ist bestrebt, das Volk restlos in ihre Hand zu bekommen. Um die Verbreitung des Bolschewismus unter dem Volke zu verhüten, werden die Sozialisten, Anarchisten und Bolschewiki in die schwarze Liste eingetragen. Hierbei bedient sich die Regierung unbeschränkt der Gendarmerie. Seit den letzten Reiseruhen arbeitet die Gendarmerie Hand in Hand mit der Polizeiabteilung des Innenministeriums an der Aufstellung der schwarzen Listen. Die Regierung erklärte die Herrschaft der Gendarmerie in Korea für aufgehoben, in Japan aber wurde diese Herrschaft nur noch verstärkt. Die Sozialisten, die nicht zum Typus Scheidemanns oder Spargos gehören, werden verfolgt und unterdrückt wie nie zuvor. Wie die „Eastern Review“ bemerkt, werden diese Tatsachen nicht ohne Einfluß auf das allgemeine Erwachen der Massen bleiben. Die japanischen Blätter behaupten — manche mit Bestürzung, andere mit Genugtuung —, daß die Entwicklung des europäischen Krieges, die die japanischen Massen geistig aufgerüttelt hat, zum Bolschewismus führen wird. Wie die Presse freimütig zugibt, finden die von Frankreich, Großbritannien und Amerika verkündeten Grundsätze, die sie zum Eintritt in den Krieg veranlaßten, sehr wenig Anklang unter den Japanern. Die chaotische Erhebung der rückständigen russischen Volksmassen dagegen erweckt ihr lebhaftes Interesse.

Schluß.

Durch den Gang der Geschichte und die Verhältnisse der Gegenwart, durch den Einfluß von außen und den immer stärker werdenden Druck im Innern des Landes wird der japanische Arbeiter veranlaßt, seinen eigenen Weg im Aufbau der neuen Gesellschaft zu gehen. Er hat sich stets der Umgebung anpassen können, in die er sich versetzt fand. Auch jetzt wird er nicht zurückstehen, sondern gemeinsam mit den übrigen um ihre Freiheit kämpfenden Völkern vorwärtsschreiten. Meiner Ansicht nach — ich stütze mich dabei auf die Geschichte Japans — werden die herrschenden Klassen nie auf die Forderungen des Volkes eingehen und nie denjenigen weichen, die für die Leitung des Landes und seine kulturelle Entwicklung weitaus größere Fähigkeiten besitzen.

Der immer lauter ertönende Ruf nach einer zweiten Revolution wird daher früher oder später konkrete Form annehmen.

New-York, 29. Oktober 1919.

Sen Katayama.



*Der
internationale Rat der
Roten Gewerkschaften*



Die Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats.

Die Gewerkschaften haben sich im Laufe ihres langjährigen Bestehens nicht jene Aufgaben gestellt, vor denen gegenwärtig die Gewerkschaften Rußlands stehen. Das kommt daher, daß sie gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung kämpfen mußten und müssen, während die russischen Gewerkschaften heute vor der Frage des sozialistischen Aufbaus stehen. Die revolutionärsten Gewerkschaften aller Länder gelangten im Prozeß der Selbstverteidigung zur Notwendigkeit, nicht nur die einzelnen Kapitalisten, sondern auch das ganze kapitalistische System zu bekämpfen. Wenn man die hundertjährige Geschichte des Kampfes der Arbeiterverbände studiert, sieht man im Laufe des 19. Jahrhunderts die primitiven Organisationen gegenseitiger Hilfe entstehen — die Zunftgenossenschaften, die sich herausbilden als elementare Formen des Zusammenschlusses, als primäre Organisationen des Selbstschutzes, und die sich allmählich unter dem Druck des konzentrierten Kapitals zu weiteren und größeren Organisationen verbinden und in einzelnen Ländern zur Schaffung mächtiger Produktionsverbände mit Hunderten, Tausenden und Millionen Arbeitern führen. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist die Geschichte der Zusammenfassung der zerstreuten Arbeiter in organisierte Glieder einer großen Maschine, die die Arbeiter verschiedener Arbeitszweige auf Grund der alltäglichen wirtschaftlichen Aufgaben zu Organen der gegenseitigen Hilfe, zu Organen des unmittelbaren Selbstschutzes zusammenschloß.

Durch ihren Kampf mit den einzelnen Kapitalisten gerieten die Gewerkschaften in Konflikt mit dem ganzen kapitalistischen System, mit dem kapitalistischen Staate selbst. Die Kollektivverträge, die in den Anfängen der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung das Ideal der Gewerkschaften bildeten, überlebten sich rasch. Sie zeigten, daß die Anwendung des Kollektivvertrages zwar ein Fortschritt ist, aber die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Ordnung am allerwenigsten zu lösen vermag. Unter den Schlägen des geeinten Kapitals waren die Gewerkschaften genötigt, sich in Organe des Kampfes mit dem Kapital, in revolutionäre Organisationen umzuwandeln, die zusammen mit den politischen Parteien die bürgerliche Gesellschaft in die Luft sprengen müssen.

Aber auf diese Stufe gelangte nicht die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften der verschiedenen Länder befinden sich noch heute in den verschiedenen Abschnitten dieses langen geschichtlichen Weges. Noch immer haben wir gewaltige Arbeiterorganisationen, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Aufgaben der Gewerkschaften nicht über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft hinausgehen, und daß die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften den kapitalistischen Verhältnissen angepaßt sein muß, deren Stabilität für sie über alle Zweifel erhaben ist. Für die Mehrzahl dieser Gewerkschaften, soweit sie sich nicht die Frage nach der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats stellten, hatte die Rolle der Gewerkschaften in der sozialen Revolution kein Interesse. Den Gewerkschaften dieser Art erschien die Zukunft in Gestalt einer allmählichen Entwicklung der demokratischen Massen auf Grund der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, auf Grund einer weitgehenden Entwicklung der Demokratie. Wenn die Gewerkschaften der angelsächsischen Länder sich die Frage über die späteren Aufgaben überhaupt nicht stellten, so beschäftigten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands allerdings mit der Frage nach der künftigen Rolle der Gewerkschaften; aber da sie vom Geist des Reformismus und der stufenweisen Evolution

durchdrungen waren, gingen sie an die Aufgaben der Gewerkschaften in derselben Weise heran wie die trade-unionistischen Organisationen. Ueber die Idee der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, über die Kollektivverträge und die allmähliche Durchdringung der kapitalistischen Gesellschaft, über diese reformistischen Prinzipien hinaus gingen auch die deutschen Gewerkschaften nicht, und als der Krieg ausbrach, wurde die ganze Ideologie der deutschen Gewerkschaften der Ideologie der englischen Trade-Unions ähnlich wie ein Ei dem anderen: diese wie jene dachten nicht an die künftige Rolle der Gewerkschaften, sondern verknüpften sogar die bloße Existenz der Gewerkschaftsbewegung mit dem Siege der nationalen Waffen.

Im Gegensatz zu den englischen und deutschen Gewerkschaften haben die Gewerkschaften Frankreichs sich sehr wohl die Frage nach der Rolle gestellt, die ihnen am Tage nach der sozialen Revolution zufallen würde. Die *révolutionären* Syndikalisten Frankreichs stellten sich die Sache so vor, daß die Gewerkschaften die einzige Organisation seien, die die Revolution durchführen und ihre Aufgaben verwirklichen werde. Die Grundprinzipien des *révolutionären* Syndikalismus bestehen darin, daß die Gewerkschaften im Zentrum sowie allerorts die Leitung der Produktion übernehmen, wobei es außer den die Produktion verwaltenden Organen überhaupt keine anderen Organe geben wird; denn die soziale Revolution ist unmittelbar verbunden mit der Zerstörung des Staates und mit der Einführung einer gewaltlosen Form der menschlichen Gemeinschaft. Der Krieg hat die französischen Syndikalisten allerdings ihren deutschen und englischen Antagonisten gleich gemacht. Die französischen Syndikalisten, die erbitterte Gegner einer jeglichen Staatsordnung waren, wurden zu treuen Dienern des bürgerlichen Staates und zu Troubadouren der nationalen Einigkeit.

Natürlich war in dieser Periode die Frage nach der künftigen Rolle der Gewerkschaften nicht mehr in ihnen lebendig; ihr gegenwärtiges Bestehen war mit der bürgerlichen Gesell-

schaft verknüpft, und aus dieser Gegenwart zogen sie praktische Schlüsse für die Zukunft.

Praktisch ist die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften während der Uebergangsepoche zuerst in Rußland gestellt worden. Die jungen Gewerkschaften, die im Jahre 1905 entstanden, in der Zeit der Reaktion zerschmettert worden waren und im Jahre 1917 wieder emporblühten, standen acht Monate nach dem Beginn der Revolution der vollständigen Zerschmetterung der bürgerlichen Wirtschaftsordnung und damit der Notwendigkeit gegenüber, ihre Hand auf die Fabriken und Betriebe zu legen. Die Oktoberrevolution war vor allem und hauptsächlich eine wirtschaftliche Revolution; die Form der Sowjetmacht selbst, die den wütenden Haß der internationalen und russischen Gegenrevolution hervorrief, diese Form an sich war eng verknüpft nicht nur mit der politischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Vernichtung der alten herrschenden Klassen. Mit bewaffneter Hand vertrieb das russische Proletariat die Bourgeoisie aus ihren Stellungen. Der Sturz der Koalitionsregierung war zugleich begleitet vom Sturz der Bourgeoisie in den Fabriken, von der Vertreibung der Besitzer, von der Besitzergreifung der Unternehmungen und ihrer Umwandlung in Kollektiveigentum. Der wirtschaftliche Kampf, der schon seit den ersten Tagen der Februarrevolution begonnen hatte, führte zur Oktoberrevolution, denn — wie das Programm der K. P. R. sagt —: die Politik ist konzentrierte Oekonomik.

Seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution standen die Gewerkschaften vor der Frage, was sie tun und wie sie sich weiter verhalten sollten. Die Gewerkschaften befanden sich einer grandiosen Massenbewegung der Arbeiter und einer ungeheuren Explosion der revolutionären Energie auf dem kolossalen Gebiet Rußlands gegenüber. Die Arbeiter der Fabriken und Betriebe rechneten unmittelbar mit den Besitzern ab. „Alle Macht den Räten, alle Macht der Arbeiterklasse“, das wurde aufgefaßt — und richtig aufgefaßt — als Eroberung der Zitadelle der bürgerlichen Gesellschaft, der Fabriken und Betriebe.

Als die Bourgeoisie vertrieben war, erhoben sich vor den russischen Gewerkschaften drei praktische Fragen:

1. Die Wechselbeziehungen zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaften;
2. Die Wechselbeziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Sowjets, und
3. Der Platz der Gewerkschaften im allgemeinen System des Sowjetstaats.

Was die Betriebsräte anbelangt, so war es von Anfang an klar, daß die revolutionären Gewerkschaften auf der Basis der Betriebsräte ausgebaut werden müssen. In der Tat, was stellen die Betriebsräte vor? Sie waren das Kampforgan, das von allen Arbeitern des betreffenden Betriebes geschaffen war, um in der ersten Periode den Angriff der Kapitalisten zu überwinden, in der zweiten Periode aber die Kapitalisten zu vertreiben und die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Wenn es in den Betrieben zwei Organisationen gegeben hätte: die Betriebsräte und die Gewerkschaften, so wären als Folge gegenseitige Reibungen und Rivalität, Parellelismus und Vergeudung der Kräfte entstanden. Das Bestehen von zwei Organisationen nebeneinander hätte wohl seine geschichtliche Berechtigung gehabt, wenn wir noch vor der sozialen Revolution gestanden hätten; dann würden die Betriebsräte den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Kontrolle der Produktion, die Gewerkschaften aber in der Organisierung der Arbeiter gesehen haben. Die Oktoberrevolution stellte die Betriebsräte und die Gewerkschaften vor die gleichen Aufgaben.

Die Logik der Entwicklung hätte zu einem Zusammenstoß dieser beiden Organisationen geführt, und für die Gewerkschaften entstand deshalb noch vor dem ersten Gewerkschaftskongreß die Frage eines Umbaus der russischen Gewerkschaftsbewegung, eines Uebergangs vom System der Delegierten und Delegiertenversammlungen zum System der Betriebskonferenzen und zum Aufbau des ganzen Apparates der Gewerkschaften auf der Basis der Betriebsräte. Somit sind die Betriebsräte die untersten Zellen der Gewerkschaften geworden.

Die zusammengeschlossenen Betriebsräte stellen ein souveränes Organ dar, das aus seiner Mitte die Gewerkschaftsleitung wählt. Parallelismus und Rivalität sind dadurch unmöglich gemacht. Die Frage wurde ohne sonderliche Reibungen durch den Beschluß des I. Allrussischen Gewerkschaftskongresses, der Anfang Januar 1918 stattfand, entschieden.

Bedeutend schwieriger und komplizierter ist die Frage der Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Sowjets. Was stellen die Arbeitersowjets vor? Sie sind die Organe der Diktatur des Proletariats, die auf dem Zwangswege und in gesamtstaatlichem Ausmaß die grundlegenden Forderungen der Arbeiterklasse verwirklichen. Der Sowjet, dessen Wahleinheit die Fabrik und der Betrieb ist, ist die neue Form der Staatsbildung, die der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus am besten angepaßt ist.

Aber wohin führt die Logik der Entwicklung der Sowjets? Sie führt dahin, daß sie sich in dem Maße der Festigung der Macht der Arbeiterklasse, in dem Maße der Ausbreitung der sozialen Revolution selbst, als Organe der Staatsgewalt ständig umformen. Ihre staatlichen Funktionen sterben ab, während ihre wirtschaftlichen Funktionen wachsen und alle anderen administrativ-technischen Funktionen des Sowjetapparates aufsaugen.

Wenn die Sowjets die anerkannte Form der proletarischen Diktatur darstellen, welche Rolle spielen dann bei der Einsetzung der Sowjets die Gewerkschaften? Nach der sozialen Revolution stehen die Gewerkschaften ja keinem Kapital mehr gegenüber.

Sie verwandeln sich aus Organen zur Bekämpfung des Kapitals in Organe des Wirtschaftsaufbaus. Aber der Wirtschaftsaufbau selbst und die Summe der Funktionen, die hier den Gewerkschaften obliegen, verflechten sich mit den wirtschaftlichen Funktionen der Sowjets.

In einem Staat, wo die Macht sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet, muß jede Arbeiterorganisation einer-

seits staatliche Funktionen übernehmen, und andererseits können die Staatsorgane nicht umhin, Funktionen zu übernehmen, die den Gewerkschaften obliegen.

Somit führt schon an und für sich der Entwicklungsprozeß aller Formen der Arbeiterbewegung nach der sozialen Revolution zu einer engen Verflechtung der vorhandenen Arbeiterorganisationen, führt dazu, daß die Wirtschaftsorgane und die von kommunistischem Geist durchdrungenen Gewerkschaften sich immer mehr miteinander verknüpfen und auf einer bestimmten Etappe dieser gemeinsamen Arbeit zu einem einheitlichen Organ verwachsen, das sowohl die Leitung der Produktion selbst, als auch die Leitung der Organisation der Arbeit verwirklicht.

Dieser Verschmelzungsprozeß ist sehr langwierig, er bildet einen ganzen Geschichtsabschnitt. Das Tempo des Verwachsens der Gewerkschaften mit den entsprechenden Wirtschaftsorganen hängt einerseits von der Entwicklung der internationalen Revolution und vom spezifischen Gewicht der Industrie im allgemeinen Wirtschaftsleben des Landes ab; andererseits gibt diese nach der sozialen Revolution einsetzende Entwicklungslinie einen praktischen Hinweis auf die Rolle der Gewerkschaften im Arbeiterstaat und bildet den Schlüssel zur Herstellung normaler Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Sowjets.

Die Sowjets verwirklichen die allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats auf staatlichem Wege; die Gewerkschaften verwirklichen im Wege der freiwilligen Vereinigung der Arbeiter dieselben allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats mit ihren eigenen Methoden. Ohne starke, vom kommunistischen Geist durchdrungene Gewerkschaften ist die proletarische Diktatur unmöglich, ist sogar die bloße Existenz der Sowjets unmöglich.

Die Gewerkschaften organisieren die Arbeit in der Produktion und für die Produktion. Indem sie an die Produktion vom Standpunkt der wertschaffenden Klasse herangeht, vom

Standpunkt der Klasse, der auf dem betreffenden Gebiet die Produktion gehört, bilden die Gewerkschaften das Fundament der proletarischen Diktatur. Die Entwicklung und Festigung der proletarischen Diktatur an sich stellt die Gewerkschaften vor immer ausgedehntere Aufgaben, und der Moment des Absterbens der staatlichen Funktionen der Sowjets führt zur Konzentrierung aller wirtschaftlichen und produktiven Funktionen in der Hand der Gewerkschaften.

Somit erscheinen schon in der Uebergangsperiode die Gewerkschaften als das Grundelement, auf das sich in der zur vollen Entwicklung gekommenen kommunistischen Gesellschaft der Apparat der Produktionsleitung und der Apparat der Registrierung und Verteilung aufbauen soll.

Daraus folgt, daß die engste Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Sowjets, die ständige gemeinsame Tätigkeit, gemeinsame Erörterung und Durchführung der Maßnahmen, die Uebernahme allgemein-staatlicher Funktionen durch die Gewerkschaften usw., eine unumgängliche Voraussetzung für die siegreiche Entwicklung der Revolution, eine unerläßliche Bedingung der proletarischen Diktatur ist. Hieraus wird völlig klar, welchen Platz die Gewerkschaften im allgemeinen System des Sowjetstaats einnehmen. Die Gewerkschaften sind keine Staatsorgane, sie sind freie Vereinigungen von Produzenten; aber da die Gewerkschaften Organe derselben Produzenten sind, die die Sowjets wählen, so vereinigen sie dieselbe Arbeiterklasse für Spezialaufgaben, die von den Sowjets nicht gelöst werden.

Die Gewerkschaften ergänzen die Sowjets und geben dem Sowjetsystem selbst mehr Standfestigkeit, denn die Arbeiter sind in ihnen nicht nur als Bürger vereinigt, nicht nur als Bürger, die ihre Diktatur über die andere Klasse verwirklichen, sondern auch als Produzenten; die Gewerkschaft faßt sie als soziale Einheit zusammen, die die für die Gesellschaft notwendige Produktion leitet und umschließt.

Aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften sowohl eine Stütze als auch eine Ergänzung der Sowjets. Diese eigenartige

spezifische Form der Arbeitervereinigung hat ihre Besonderheit im Aufbau der Gewerkschaften und der Sowjets.

Die Sowjets werden von der Arbeiterklasse horizontal aufgebaut, bezirksweise: von den Fabriken zu den Kreisen, von den Kreisen zu den Gouvernements, von den Gouvernements zu ganz Rußland. Jeder Sowjet ist eine Versammlung von Arbeitern aller Produktionszweige. Die Gewerkschaften vereinigen die Arbeiter nicht nur horizontal (Kreisbüros, Gouvernementsräte des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften), sondern auch vertikal — nach den Produktionszweigen (Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter usw.). Diese vertikale Vereinigung wird durch die Bedürfnisse der Produktion selbst bedingt.

Die gesamtstaatliche Arbeit kann auch durch die Bezirks- und Gouvernementsvereinigungen der Sowjets geleitet werden, die Produktion aber kann man nicht allein durch horizontale Vereinigungen leiten, hier sind auch vertikale Vereinigungen nach den Produktionszweigen erforderlich.

Die Struktur der Volkswirtschaft an sich und die Bedürfnisse ihrer Organisation führen zu den eigenartigen Organisationsformen, durch die sich die Gewerkschaften auszeichnen. Wenn die Gewerkschaften sich aus diesem Grunde vor der Revolution nach Produktionszweigen organisierten, um das nach Produktionszweigen organisierte Kapital zu bekämpfen, wenn vor der Revolution jede Gewerkschaft nach Maßgabe des steigenden Klassenbewußtseins der Arbeiter immer zahlreichere Arbeitskategorien umfaßte, um sie dem vereinigten Kapital entgegenzustellen, was ja auch das Hauptmotiv für das Entstehen der Produktionsverbände war, — so wird nach der proletarischen Revolution die Schaffung von Produktionsverbänden und ihre Festigung schon durch die Bedürfnisse der Volkswirtschaft notwendig. Es ist unmöglich, diese ohne die Gewerkschaften richtig zu organisieren.

Aber hier entsteht eine Frage, auf die schon in den ersten Anfängen der Revolution eine Antwort gegeben werden muß. Wenn die Volkswirtschaft selbst nicht ohne die Gewerk-

schaften organisiert werden kann, so ist es vielleicht am besten, wenn jede Gewerkschaft die Organisation der ganzen Produktion übernimmt, mit anderen Worten — wenn die Leitung der entsprechenden Produktionszweige den entsprechenden Gewerkschaften übergeben wird.

Dadurch wäre die Hauptaufgabe bezüglich der Formen und Methoden der Produktionsleitung entschieden. Einige stellen sich die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats eben in diesem Sinne vor. Es scheint ihnen, daß die Gewerkschaften folgendermaßen arbeiten werden: zuerst werden sie zusammen mit der politischen Partei den Kapitalismus zerschlagen, und sobald die proletarische Diktatur aufgerichtet ist, werden sie die Leitung der Produktion übernehmen.

In dieser absoluten Form ist dieser Grundsatz unannehmbar, vor allem deshalb, weil die Organisierung der Produktion nach Gewerkschaften zur Produktionszersplitterung führen würde. Freilich, zur Koordinierung und Regulierung der Produktion sind die zwischengewerkschaftlichen Vereinigungen da, nämlich die Räte der Gewerkschaften und die gesamt-nationalen Vereinigungen; aber nichtsdestoweniger würde eine solche Uebergabe der Produktionsleitung an die einzelnen Gewerkschaften zu einem Vertikalschnitt durch die ganze Produktion und zur Großziehung des gewerkschaftlichen Egoismus, sowie zu einer Konkurrenz der einzelnen Produktionszweige untereinander führen.

In der ersten Aufbauperiode ist es erforderlich, daß die Regulierung der Produktion von dem Standpunkte der gesamten Klasse geschieht, daß die Sowjets die Ecken abschleifen, die zwischen den einzelnen Arbeitskategorien unvermeidlich entstehen, wenn die entsprechenden Zweige der Volkswirtschaft ihnen zur vollen Verwaltung übergeben werden.

Wie ist das zu erreichen? Dadurch, daß in der Uebergangsperiode Verwaltungsorgane für die einzelnen Industriezweige geschaffen werden, in denen sowohl die Sowjets, als auch die Gewerkschaften vertreten sind. Auf dem Boden der

gemeinsamen, ständigen, tagtäglichen Arbeit der Gewerkschaften und der Sowjets wird das festeste Band zwischen Sowjets und Gewerkschaften geschaffen.

Die Verwaltungsorgane organisieren mit den Gewerkschaften zusammen die Produktion, andererseits treten sie an alle Produktionsfragen nicht vom eng korporativen oder zünftigen, sondern vom allgemeinen Klassenstandpunkt heran und verstehen unter Produktion nicht nur die Verwaltungstechnik, sondern auch die Organisierung der Arbeit. In dem Maße der Entwicklung der Revolution selbst, je mehr neue Länder sie ergreift und je mehr die Klasse der Ausbeuter und die mit ihr verbundenen Zwischenelemente verschwinden, wird die Verbindung zwischen den Wirtschaftsorganen und den Gewerkschaften immer fester, und in einem bestimmten Entwicklungsstadium, gleichzeitig mit dem Absterben der Sowjets als Staatsorgane, verschmelzen die Wirtschaftsorgane und die Gewerkschaften vollständig miteinander. Die Gewerkschaften gehen, wie das Programm der K. P. R. sagt — dazu über, die gesamte Volkswirtschaft als geschlossene Einheit in ihren Händen zu konzentrieren. Das ist jedoch ein langer Prozeß der Entwicklung, und man darf daher nicht an eine sofortige Uebergabe der gesamten Verwaltung der entsprechenden Industriezweige an die Gewerkschaften denken. Die Volkswirtschaft, insbesondere die sozialistische Volkswirtschaft, kann lediglich eine zentralisierte Wirtschaft sein.

Der allgemeine Wirtschaftsplan, die Zusammenfassung der einzelnen Teile der Produktion, die sorgfältige Berechnung aller Produktivkräfte, darunter auch der Arbeitskraft, die wissenschaftliche Berechnung des Bedarfs — das alles setzt einen durchaus wissenschaftlichen und in gesamt-nationalem sowie im Weltausmaß organisierten Apparat voraus und ist unvereinbar mit der Uebergabe der Produktionsleitung in die Hände der einzelnen Gewerkschaften. Ferner muß man beachten, daß die Volkswirtschaft nicht auf die Industrie beschränkt ist. Zu ihr gehört auch der Ackerbau, der im Gesamtwirtschaftsleben des Landes eine gewaltige Rolle spielt, besonders in agrarischen

Ländern wie Rußland, Italien usw. Die Uebergabe der Leitung jedes Industriezweiges in die Hände der entsprechenden Gewerkschaften setzt die Umwandlung der einzelnen Produktionsverbände in Sektionen der gesamtationalen gewerkschaftlichen Vereinigung voraus, und dies kann abermals nur das Ergebnis eines langdauernden Prozesses sein, — der Organisierung der Massen einerseits und des Ausbaus eines administrativ-technischen und wirtschaftlichen Apparates andererseits.

Als Antwort auf die Frage, welche Rolle die Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats zu spielen haben, können wir also nicht nur auf Grund theoretischer Erwägungen, sondern auch auf Grund der uns schon vorliegenden russischen Erfahrungen sagen: 1. Die Gewerkschaften sind das Fundament der Diktatur des Proletariats, denn sie organisieren die Arbeit im Produktionsprozeß und die Produktion selbst in ihrer Verbindung mit der Arbeit; 2. Die Gewerkschaften bilden eine notwendige Ergänzung der Sowjets, die durch die Gewerkschaften und zusammen mit ihnen die allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats verwirklichen; 3. Die Gewerkschaften sind das wichtigste Werkzeug der sozialen Revolution; zusammen mit der kommunistischen Partei und unter ihrer Führung enteignen sie die Ausbeuter und bemächtigen sich der Produktionsmittel; 4. Im Augenblick der sozialen Revolution sind die Gewerkschaften und ihre lokalen Organe, die Betriebsräte, die einzigen Organisationen, denen die Sorge für die Sicherung des ununterbrochenen Produktionsprozesses und die Unterordnung der zünftigen und korporativen Tendenzen unter die allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats obliegt; 5. Die Gewerkschaften, die breite parteilose Massen umfassen, erziehen die Arbeiterklasse als Ganzes in der Praxis für den sozialistischen Aufbau der Gesellschaft und sind dadurch eine Schule des Kommunismus.

Aus dieser schematischen Darstellung der Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats kann und muß folgender einfache, aber tief praktische Schluß gezogen werden:

Die Eroberung der Gewerkschaften ist eine Vorbedingung für die soziale Revolution und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

A. Losowsky.

Die Grundzüge der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten Nord- amerikas.

Wenn man die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten betrachtet, so sind es vor allen Dingen zwei Tatsachen, die vor allen anderen die Aufmerksamkeit fesseln.

1. Das langsame aber beständige Wachstum der Trade Unions, die seit Anfang des Bürgerkrieges (1861—1865) mit nur kleinen Unterbrechungen sich beständig entwickelten, die ihre Mitgliederzahl von einigen zehntausend auf 2,5 Millionen bis zu Beginn des Weltkrieges und während des Weltkrieges mit einem großen Sprung auf 15 Millionen erhöhten. Parallel mit diesem zahlenmäßigen Anwachsen läuft eine starke Vergrößerung ihrer Macht.

2. Der offen reaktionäre Charakter der Führerschaft in den Trade Unions. Während die Revolutionäre außerhalb der Trade Unions eine Union nach der anderen entstehen lassen, welche den Platz der Trade Unions einnehmen und an ihre Stelle eine industrielle Vereinigung unter revolutionärer Führung setzen sollen, leben alle diese neuen Gründungen nur eine kurze Zeit von der Begeisterung ihrer Begründer, um dann langsam und sicher zu sterben. Die Indifferenz oder die aktive Feindschaft der Massen, verbunden mit der hartnäckigen Opposition der Unternehmer und des Staates, ist die eigentliche Ursache ihres Todes. Von diesen vielen Neugründungen existieren nur noch drei allgemeine industrielle Unionen mit einigen untergeordneten Unionen für einzelne Industrien, nämlich die Industrial Workers of the World, The Workers' International Industrial Union und One Big Union, mit den vereinigten Metallarbeitern,

den vereinigten Tabakarbeitern usw. Ihre Mitgliederzahl wird auf fünfundsiebenzig bis hundertfünfzig Tausend geschätzt.

Der reaktionäre Charakter der Trade-Union-Führer drückt sich vollkommen in der Aktion der American Federation of Labour (welche die Massen der Trade-Union-Mitglieder repräsentiert) aus, die sogar zu der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in ein ziemlich gespanntes Verhältnis getreten ist, wegen ihrer „revolutionären Tätigkeit“ und weil Amsterdam nicht „die nationale Autonomie jeder gewerkschaftlichen Vereinigung“ anerkannt hat. In dem letzten Manifest, das Gompers gegen die russische Sowjetregierung erlassen hat, ein Dokument, das wahrscheinlich kein einziger Arbeiterführer in irgend einem anderen Land verteidigen könnte, ohne einen Sturm der Entrüstung gegen sich zu entfachen, tritt in voller Klarheit der reaktionäre Charakter der Trade Union in Erscheinung. Aber innerhalb der Trade Unions in den Vereinigten Staaten sind die Revolutionäre so schwach, daß das Manifest nicht einmal eine bedeutende Diskussion hervorgebracht hat, obschon es zu einer Zeit herauskam, als die Trade Unions die größten Anstrengungen machen mußten, um der Arbeitslosenkrise entgegenzutreten.

Wie konnten die reaktionären Führer an der Macht bleiben? Warum ist die revolutionäre Bewegung unter den Massen so schwach? Welches war der Prozeß, der diese Lage herbeigeführt hat?

Die Erklärungen, die man gewöhnlich hierfür vorbringt, sind sehr verschiedenartig: z. B. die Rassen- und Sprachenverschiedenheit der eingewanderten Arbeiter; das „freie Land“, welches bis vor ein paar Jahren für unzufriedene Arbeiter, wenigstens theoretisch, offen war; das Gedeihen der Industrie etc. Zweifellos haben diese Faktoren mit einem Einfluß auf die Entwicklung gehabt; aber sie sind von geringerer Bedeutung, wenn man die praktischen Fragen revolutionärer Strategie und Tätigkeit betrachtet. Trotz anderer Einflüsse bestehen die objektiven Bedingungen für eine starke Arbeiterbewegung mit revolutionärer Führung, und die Ursachen dafür, daß diese Bewegung bisher so wenig Wurzel gefaßt hat, müssen in der Taktik und der Haltung der Mehrheit der Revolutionäre gesucht werden. Revolutionäre Bewegungen können in kapitalistischen Ländern weder politisch noch industriell auf ein gesundes Wachstum hoffen, wenn sie nicht ein vernünftiges gewerkschaftliches Programm haben und demgemäß die tatsächliche Führung der Massen in ihren Gewerkschaften übernehmen können. Hier liegen auch die Gründe für den Fehlschlag der Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Der normale Verlauf der Entwicklung der Arbeiterbewegung liegt darin, daß die revolutionären und die mit ihnen sympathisierenden Elemente einen immer wachsenden Einfluß und schließlich auch

die Führung erlangen. Das ist auch das unvermeidliche Resultat (wenn es nicht durch ganz besondere Umstände verhindert wird) der höheren Qualifikation, die frische aggressive Kräfte im Vergleich zu den konservativen Kräften für die Führung besitzen, eine Qualifikation, die sich durch hohe Energie, Ehrlichkeit, Mut und klare Einsicht auszeichnet. Sogar während der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus brachte der sich verschärfende Klassenkampf solche revolutionären Führer mehr und mehr an die Front.

Außerdem entsteht immer ein Antagonismus zwischen den Reaktionären und den Revolutionären innerhalb der Gewerkschaft, in denen beide um die Führung kämpfen; doch dieser Antagonismus kann nur als eine vorübergehende Erscheinung zur Grundlage für eine Spaltung der Arbeiterbewegung, für eine Spaltung der Massenorganisationen gemacht werden. Die normale Entwicklung bringt es mit sich, daß sich die Revolutionäre für die Konservativen in der ganzen Arbeiterbewegung bloßstellen.

Gerade in diesem Punkt haben die amerikanischen Revolutionäre den soliden Boden verlassen und einen neuen Utopismus, die „ideale“ industrielle Union entwickelt, die im Kampf und im Gegensatz zu den Trade Unions, wie auch gegen den Kapitalismus gegründet wurde. Seit 1895 war dieser Utopismus ein ständiger Begleiter der revolutionären Bewegung in den Vereinigten Staaten. Wollte man seine revolutionäre Zuverlässigkeit bezeugen, so mußte man den Trade Unions gegenüber eine unfreundliche Haltung einnehmen; und um ein wirklicher Revolutionär zu sein, mußte man ihre völlige und sofortige Zerstörung verlangen. Seit der Bildung der Socialist Trade Unions und der Labour Alliance im Jahre 1895, seit Begründung der Industrial Workers of the World (I. W. W.), der Workers' International Industrial Union (W. I. I. U.), der One Big Union, seit dem ersten Programm der Kommunistischen Parteien in den Jahren 1919 und 1920, ganz abgesehen von den weniger bedeutenden Bestrebungen in bestimmten industriellen Gebieten, war der alles beherrschende Schlachtruf: „Vernichtung der Trade Unions“.

Welches waren die Resultate dieser fünfundzwanzigjährigen Politik der intensivsten Anstrengungen?

1. Die Revolutionäre haben Sezessionen und neue industrielle Unionen gegründet. Die Socialist Trade und die Labour Alliance wurden im Jahre 1895 mit ungefähr 25 000 Mitgliedern gegründet. Die heute noch bestehenden Organisationen zählen zusammen ungefähr 75 bis 150 000 — die genaue Zahl ist schwer zu bestimmen. Die Revolutionäre haben eine ganze Reihe neuer Unionen gegründet; aber das Endresultat in bezug auf ihre industrielle und ökonomische Macht war gleich Null. Alle revolutionären Organisationen zu-

sammen umfassen heute nur einen ganz geringen Bruchteil der Mitgliedschaften der Trade Unions.

2. Dadurch, daß man systematisch die fortgeschrittensten Elemente aus den Trade Unions herauszog, hat man die Entwicklung der Trade Unions künstlich aufgehalten, hat sie geschwächt; indem man ihren Nachwuchs entmutigte und sie der revolutionären Führer beraubt hat. Man hat sie der reaktionärsten Bürokratie überlassen, die überhaupt an der Spitze einer Gewerkschaftsbewegung je gestanden hat.

Angesichts der heftigen Feindschaft des fortgeschrittenen Proletariats ist es ein Wunder, nicht, daß die Trade Unions so wenig Fortschritte gemacht haben, sondern daß sie überhaupt fortgeschritten sind. Die Tatsache, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung noch immer von den alten konservativen Führern und den offen reaktionären Elementen beherrscht wird, steht im direkten Zusammenhang mit dem Umstande, daß die revolutionäre Bewegung Amerikas sich gerade von einer 30jährigen Kinderkrankheit zu erholen beginnt.

Warum ist es den industriellen Unionen, die im Gegensatz zu den Trade Unions entstanden, nicht gelungen, die Führung der Massen in die Hände zu bekommen?

1. Sie haben das oberste Prinzip der Arbeitersolidarität verletzt, nach dem sie angeblich begründet sind. Unionen müssen ihrer Natur nach alle Arbeiter einer bestimmten ökonomischen Kategorie aufnehmen, gleichgültig, welcher Ideologie sie zugehören. Katholiken, Protestanten, Juden, Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten, alle müssen sie in derselben ökonomischen Organisation sein. Das Ziel, das sich jede Union innerhalb ihres bestimmten Gebietes stellen muß, muß sein: 100 Prozent Organisation. Das erkennt man klar an denjenigen Ländern, wo solche Unionen nach religiösen Gesichtspunkten organisiert worden sind (christliche oder katholische Unionen) — also nach einem Organisationsprinzip, das von vornherein reaktionären Charakter annehmen muß. In der Wirkung kommt dasselbe heraus, wenn die separatistische Tendenz in einer bestimmten intellektuellen Auffassung des gewerkschaftlichen Aufbaus begründet liegt, die die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ja tatsächlich zu ihrem Ausgangspunkt genommen hat. Haben die Revolutionäre einmal den ersten Fehler gemacht, nämlich die alten Unionen auf Grund ihrer anderen Auffassung über gewerkschaftlichen Aufbau und ein neues Maximalprogramm verlassen, so muß sich konsequent sofort die Tendenz entwickeln, diese „Ideal“-Unionen wiederum zu spalten, wenn eine neue Idee auftaucht. Der Erfolg war, daß wir in den Industrien, wo die Radikalen am stärksten

waren, wie in den Textilindustrien u. a., heute vier oder fünf Industrieunionen finden, die alle die Arbeitersolidarität hochpreisen und die sich alle untereinander genau so heftig bekämpfen, wie sie gegen die alten Trade Unions vorgehen.

2. Sie haben den Prozeß der gewerkschaftlichen Entwicklung unter dem Druck des Kapitalismus außer acht gelassen, der unverrückbar den revolutionär-industriellen Idealen zusteuert, der aber langsam vor sich geht und oft auf Umwegen und indirekt, meistens durch eine ganze Reihe verschiedener Perioden und Stadien hindurchgeht. Sie haben versucht, die zurückgebliebenen Massen aus der Periode des isolierten, örtlichen Verbandes fast über Nacht in die der vollentwickelten industriellen Union hinüberzuführen. Der Entwicklungsprozeß, der mit den Trade Unions vor sich gegangen ist, die Entwicklung von dem isolierten örtlichen Verband zur Bezirks- und Nationalunion, dann zur Vereinigung der Arbeiter derselben Industrie und schließlich zum allgemeinen nationalen Zusammenschluß, alles dies, das in der Trade-Union-Bewegung vor sich gegangen ist t r o t z ihrer reaktionären Führerschaft, hat den Revolutionären nichts bedeutet. Sie haben nichts gesehen außer ihrer „idealen“ industriellen Union, und sie haben die Arbeiter aufgefordert, ihre alten Unionen, die sie in langen Jahren des Kampfes aufgebaut hatten, zu verlassen und in die neuen „Ideal“-Unionen zu kommen, die wohl theoretisch vollendet waren, aber nur auf dem Papier existierten. Das haben die Arbeiter natürlich nicht getan.

Ist die amerikanische Arbeiterklasse zurückgeblieben, sodaß diese „idealen“ industriellen Unionen keinen Erfolg aufweisen konnten? Sind die amerikanischen Arbeiter gegen revolutionäre Propaganda immun? — Sogar ein ganz flüchtiges Studium der Geschichte der amerikanischen Bewegung wird die Haltlosigkeit einer solchen Behauptung erweisen.

Die Entwicklung der amerikanischen Industrie ist von einer fortlaufenden Reihe großer Streiks, besonders in der Eisenindustrie, im Bergbau und im Transportwesen begleitet, Lohnkämpfe, die mit der größtmöglichen Hartnäckigkeit und Heftigkeit von beiden Seiten geführt wurden. Die Geschichte der amerikanischen Bewegung ist mindestens ebenso blutig, wie die irgend einer anderen Arbeiterbewegung in irgend einem Lande vor dem großen Kriege. In diesen elementaren Massenbewegungen der Arbeiter finden wir die Antwort auf den Druck der kapitalistischen Ausbeutung, die die Grundlage der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war die amerikanische Bewegung die bei weitem am stärksten revolutionäre der ganzen Welt: In Amerika wurde die internationale Maifeier zuerst eingeführt, in

Amerika wurde zuerst der Kampf um den Achtstundentag eröffnet, und dort wurde auch zuerst der Massenstreik in breiterem Maßstabe angewandt.

Diese revolutionäre Bewegung konnte damals solche Ausmaße annehmen aus dem einfachen Grunde, weil das fortgeschrittene Proletariat und die Revolutionäre selbstverständlich an allen Arbeiten der Trade Unions teilnahmen. Sie hatten keine „idealen“, keine „reinen“ revolutionären Unionen außerhalb der Trade Unions; sie nahmen die Organisation der Arbeiter, wie sie sie vorfanden, und bildeten sie in kämpfende, revolutionäre Organisationen um. In jenen Tagen waren die tatsächlichen Führer dieser großen Kämpfe oft ausgesprochene Revolutionäre wie Parsons, Spies, Fischer, Engel, Lings etc. So wurden die Trade Unions die fortgeschrittensten Arbeiterorganisationen jener Zeit; es waren die Trade Unions, welche die große Bewegung für den Achtstundentag im Jahre 1886 eingeleitet haben.

Es kann nicht stark genug betont werden, daß zu der Zeit die Radikalen im Vergleich zu dem, was sie heute sind, numerisch vollkommen unbedeutend waren. Wo damals ein Revolutionär war, gibt es heute hundert. Aber wo bleibt heute ihr Einfluß auf die Aktivität der Massen? Es ist wahr, wir hatten den Seattle- und Winnipeg-Generalstreik; aber beide sind nur Beispiele dafür, welchen Einfluß einige in den Trade Unions verbliebene radikale Elemente ausüben können, obzwar Winnipeg zur Zeit des Streiks Sonderorganisationen zu gründen begann. Noch einige andere Beispiele könnten angeführt werden. Aber wieviel mehr Beispiele gibt es für gute Gelegenheiten, die man verpaßt hat, weil die Revolutionäre von den Massen durch künstliche Kämpfe zwischen den Trade Unions und ihrer eigenen „idealen“ Union abgeschnitten waren. Wo waren die Revolutionäre während der Bergarbeiterstreiks? Wo während der „ungesetzlichen“ Eisenbahnerstreiks? Welchen Erfolg hat man aus diesen großen Bewegungen der Massen gezogen? — Praktisch überhaupt keinen, weil die Revolutionäre Furcht davor hatten, durch die Berührung mit den Reaktionären angesteckt zu werden.

Die Periode des Kampfes in der amerikanischen Arbeiterbewegung ging zu Ende, als die Revolutionäre eine grundlegende Veränderung in ihrer ökonomischen Politik vornahmen, nämlich die Veränderung: anstatt innerhalb der Trade Unions zu arbeiten, sie zu verlassen und neue zu gründen. — Es war die Politik der „idealen“ Unionen. Daniel De Leon, der viele Jahre hindurch der Prophet dieser revolutionären Bewegung war, machte diese Veränderung der politischen Taktik definitiv. Er war ein unermüdlicher Feind der Trade Unions, wie auch ihrer Bürokratie, und glaubte, daß sie nichts

mit der revolutionären Bewegung zu tun hätten. Er hatte starken intellektuellen Einfluß, und es gelang ihm, das Gewerkschaftsprogramm der revolutionären Bewegung ganz unter seine Herrschaft zu bringen. Sein Einfluß auf diesem Gebiet überlebte ihn persönlich und beherrschte sogar die, die ihn später auf das heftigste bekämpften. Die Kraft dieses Einflusses bekundet sich noch darin, daß seine Schüler mit aller Energie und Begeisterung die Reste der Workers' International Union zusammenhalten.

Der Verband der Industriearbeiter der Welt.

1. Organisation des Verbandes.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten bot am Anfang des XX. Jahrhunderts einen sehr traurigen Anblick. Die Sozialistische Partei, welche in den Vereinigten Staaten niemals eine revolutionäre Organisation gewesen war, war damals durch und durch von dem opportunistischen und kleinbürgerlichen Geiste der II. Internationale durchdrungen. Sie befand sich ganz und gar unter der Kontrolle der gelben Führer, wie Hillquith, Berger, Lie, Spargo, Rossel, welche heute offen mit den Feinden der Arbeiterklasse zusammenarbeiten. Die Amerikanische Föderation der Arbeit, wie auch einige große Gewerkschaften, die nicht Mitglieder der Föderation waren (die Bruderschaft der Eisenbahnbeamten, der Verband der Bergarbeiter, der Verband der Schneider usw.), zeigten dieselbe seelische Dürftigkeit und waren keiner revolutionären Tat fähig; die A. F. of L. ist nach einem engen Zunftsystem erbaut, und die Zunftverbände stritten fortwährend miteinander, obgleich sie in einer Zentrale vereinigt waren. Während der Streiks traten sie als Streikbrecher gegen die Mitglieder der A. F. of L. auf; sie kultivierten den Rassen-, National- und Zunfthaß unter ihren Mitgliedern; sie förderten die Arbeiteraristokratie und übersahen gänzlich die nichtqualifizierten und die „wandernden“ Arbeiter, deren es in Amerika einen ansehnlichen Prozentsatz gibt. Um die Konkurrenz mit denen, die keinem Verbands angehörten, zu erleichtern, veranstalteten sie aller Art Prüfungen, Formalitäten, hohe Aufnahmegebühren und versagten den Frauen, Ausländern (bis zur letzten Zeit) und Schwarzen den Eintritt. Die Tätigkeit der Verbände beschränkte sich auf einen stets nur schwach und zurückhaltend geführten Kampf um die unverzügliche Erhöhung des Arbeitslohnes und Ver-

kürzung der Arbeitszeit, wohlbemerkt: nur für die Mitglieder des Verbandes. Den ganzen Sinn der Arbeiterbewegung sah man in dem rechtmäßigen Tagelohn für die rechtmäßige Tagesarbeit. (A fair day's wages for a fair day's work). Die A. F. of L. (und andere Gewerkschaften), zusammen mit einigen Organisationen der Industriellen (z. B. mit der berüchtigten Bürgerföderation (Civic-Federation) agitierten eifrig dafür, daß die Arbeiter die Solidarität ihrer Interessen mit denen der Arbeitgeber anerkennen sollten.

„Es gibt keine Klassenteilung, wenigstens nicht in den Vereinigten Staaten“ — so sagten und sagen die Leute der A. F. of L. — „Wir arbeiten alle für unsere Gesellschaft, unser Land — die einen als qualifizierte und nicht qualifizierte Arbeiter, die anderen als Verwalter, Leiter, als „Kapitäne“ der Industrie (captains of industry). Wir haben alle dieselben Interessen: das Leben unserer Gesellschaft besser und leichter zu machen“. — Auf dieses Prinzip gestützt, verhielt sich die A. F. of L. feindlich gegen Streiks, Demonstrationen und überhaupt gegen jeden Kampf; sie meinte, man könnte alle strittigen Fragen mit den Industriellen friedlich bei einer Tasse Tee erledigen. Der Vertrag zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern war die beliebteste Methode der A. F. of L. Es muß erwähnt werden, daß diese Verträge von einzelnen Zunftverbänden ohne Wissen der anderen Verbände, manchmal sogar ohne Wissen der beteiligten Mitglieder geschlossen wurden, was die Kraft der Arbeiter gänzlich lähmte. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen neun Zehntel aller Streiks verloren wurden und Amerika mit Recht das „Land der verlorenen Streiks“ genannt wurde.

Einen großen Gegensatz zur A. F. of L. bietet die mit ihr kämpfende unabhängige Westföderation der Bergarbeiter (Western-Federation of Miners). Sie wurde von den Sozialisten William Haywood, Little und Meier (jetzt zu den Konservativen übergegangen) und von dem Syndikalisten Vincent St. John beeinflusst.

Außerdem ist noch der aus wenigen Mitgliedern bestehende, aber von der A. F. of L. unabhängige, kampflustige Amerikanische Arbeiterverband (American Labour Union) zu nennen, der von dem gewesenen katholischen Pfarrer J. G. Haggerty, Redakteur des offiziellen Blattes dieses Verbandes, „The Voice of Labour“, beeinflusst wurde; ebenso der von dem „Vater des Sozialismus“ Daniel de Leon im Jahre 1896 gegründete Amerikanische Sozialistische und Arbeitsverband (American Socialist and Labour Alliance), und endlich der Vereinigte Verband der Bräuer (United Brewery Workers Union). Der letztere war zwar Mitglied der A. F. of L., doch als starker sozialistischer Verband bekannt, der unter der Leitung Trautmanns, des Redakteurs seines offiziellen Blattes „Der Verkünder der Bräuer“, in seiner Mitte fast alle Mängel der Gewerkschaften abgeschafft hat und aus der A. F. of L. austreten wollte.

Die größte Rolle bei der Revolutionierung der Gewerkschaften in Amerika hat die Westföderation der Bergarbeiter gespielt. Diese Organi-

sation, welche unbewußt zur sofortigen Umwälzung der kapitalistischen Ordnung strebte, wenn auch ohne bestimmte Pläne für die Zukunft, führte 10 Jahre lang den Bürgerkrieg in verschiedenen westlichen Staaten: (Kolorado, Kalifornien, Utah, Newada, Aidacho). Dieser Kampf, dessen sich die gelbe kapitalistische Presse mit Beben und Angst erinnert, zeigte der W. F. M. die Notwendigkeit, eine einzige Organisation aller Arbeitenden auf der Grundlage des Produktionssystems zu schaffen und in die Reihen des organisierten Proletariats auch die nichtqualifizierten Arbeiter, Frauen, Kinder, Ausländer und Schwarze aufzunehmen.

Ende des Jahres 1904 hatten sechs führende Männer der Gewerkschaftsbewegung in Chikago eine private Besprechung, in der sie über die Lage der Arbeiter in Amerika berieten. Diese Beratung hat der Arbeiterbewegung jedoch keinen neuen Weg gewiesen, und im Januar fand eine neue zahlreichere Konferenz (der Gewerkschaftler und der Sozialisten) statt. Unter den Sozialisten, die tätigen Anteil an der Organisation der „Industriearbeiter der Welt“ nahmen, sind zu nennen: Seitens der Sozialistischen Partei (jedoch nicht als ihre Vertreter) Debs, der auch an der ersten Beratung teilgenommen hat, und der Führer der Sozialistischen Arbeiter Daniel de Leon, Vertreter der Amerikanischen Sozialistischen Gewerkschaft auf der zweiten Beratung. Zwei bekannte, aber schon damals gelbe Sozialisten, M. Heiß und Victor Berger, weigerten sich, an der Konferenz teilzunehmen.

Diese zweite Konferenz erließ einen Aufruf an die Arbeiter Amerikas und berief eine allamerikanische Versammlung ihrer Anhänger, d. h. der Verbände der A. F. of L. und der unabhängigen Verbände, die gegen den offiziellen Ton der A. F. of L. in Opposition standen, ein. Dieser Aufruf, der in mehreren Sprachen verbreitet wurde, forderte die Arbeiter auf, sich endlich von dem verfaulten und morschen System des Aufbaus der Kampforganisationen nach dem Zunftprinzip loszusagen. Dies System bringe nur einen ewigen Kampf um nicht nennenswerte Verbesserungen in der Lage der Arbeiter:

„Es ist unfähig, eine industrielle Demokratie zu schaffen, in der es keine Lohnsklaven mehr geben wird und die Produktionsmittel allen Arbeitern gehören.

„Das ökonomische Sklaventum, unter welchem die Arbeiter der Welt leiden, kann nur die Weltarbeiterbewegung abschaffen. Die Bewegung, die das fertig bringen könnte, muß aus einem großen industriellen, die ganze Produktion umfassenden Verbände bestehen.

„Sie muß auf dem Prinzip des Klassenkampfes aufgebaut sein und den unaufhörlich wachsenden Konflikt der Arbeiter mit den Kapitalisten stets im Auge behalten.

„Der Verband muß eine ökonomische Organisation der Arbeiterklassen ohne jede Beziehung zu den politischen Parteien sein.“

Das Programm des Verbandes.

Der Kongreß fand in demselben Jahre (1905) statt. Es waren ungefähr 200 Delegierte anwesend, welche 84 Arbeiterorganisationen mit ungefähr 100 000 Mitgliedern vertraten. Diese Organisationen waren sehr verschiedener Art. Auf dem Kongreß befanden sich Repräsentanten der Sozialistischen Partei, der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Anarchisten und die Reste der „Ritter der Arbeit“ (The Knights of Labour), einer halb legalen, halb illegalen, halb sozialistischen und halb anarchistischen Organisation, die früher revolutionär gewesen, nach der Tragödie in Chicago (1886) im Absterben begriffen ist und im Anfang des XX. Jahrhunderts jede Bedeutung verloren hat. Auch einige konservative Gewerkschaften hatten sich eingefunden: der Amerikanische Arbeiterverband, der Amerikanische Sozialistische Gewerkschaftsverband und die Westliche Föderation der Bergarbeiter, die auf dem Kongreß den Ton abgab. Es war eine schwere Aufgabe, unter allen diesen Strömungen Frieden zu stiften. „Die Versammlung war von einem unbewußten Drang zur Einheit erfüllt; die Delegierten bemühten sich, den schwierigen Fragen auszuweichen“, schreibt ein Historiker der I. W. W. (Harold Lord Varney, „History of the I. W. W.“ One Big Union Monthly). Und doch wurde erst nach 12 Tagen langer unermüdlicher Arbeit, nach langen, heißen Debatten, endlich ein Programm ausgearbeitet und ein Verband geschaffen. Das Programm, von den Vertretern verschiedener Strömungen geschaffen, trägt den Charakter eines Kompromisses.

Später kam es zu einem Kampf im Verband selbst, was die Spaltung des Verbandes zur Folge hatte. Im Programm des Jahres 1905 steht unter anderem:

„Die Arbeiterklasse hat mit der Unternehmerklasse nichts gemeinsam. Sie können keinen Frieden schließen, solange Millionen von Arbeitern in Hunger und Not leben und ein kleiner Haufen in Genüssen schwelgt.

„Der Kampf zwischen diesen beiden Klassen muß so lange dauern, bis sich alle Arbeiter auf politischem und industriellen Gebiet vereinigt haben und mit Hilfe der ökonomischen Organisation der Arbeiter, aber ohne Zusammenschmelzung mit den politischen Parteien, alle Erzeugnisse ihrer Arbeit in ihre Hände bekommen haben werden.

„Die Trade-Unions führen dazu, daß in demselben Industriezweig eine Kategorie der Arbeiter der anderen entgegengestellt wird, was die Niederlage beider Kategorien in ihrem Lohnkampfe zur Folge hat.

„Die Interessen der Arbeiterklasse können nur dann mit Erfolg verteidigt werden, wenn die Organisation so aufgebaut ist, daß alle Mitglieder aus einem Industriezweige und, wenn nötig, aus allen Industriezweigen zu arbeiten aufhören, sobald in irgend einem Teil der Industrie ein Streik oder Lockout ausbricht.“

So schuf der Kongreß einen Verband und seine Gründer meinten, der Verband und sein Programm wären durchaus revolutionär.

Tatsächlich war das Programm des neuen Verbandes für die Verhältnisse der damaligen Arbeiterbewegung in Amerika eine höchst revolutionäre Tat. Die Haltung des neuen Verbandes war von dem ersten Tage an entschieden revolutionär. Aber bei aufmerksamer Prüfung kann man in dem Programm nichts Bestimmtes und Konkretes ausfindig machen.

Das einzige, was vom Standpunkt unserer revolutionären Erfahrungen aus noch revolutionär klingt, ist der dritte Punkt, welcher feststellt, daß „der Klassenkampf so lange dauern wird, bis alle Arbeiter . . . alle Früchte ihrer Arbeit in ihre Hände bekommen werden“. Doch dieser Punkt ist so elastisch formuliert, daß die Vertreter aller Strömungen die Organisation als die „ihrige“ anerkannten.

Die Sozialisten und die Anhänger der politischen Tätigkeit sahen ihren großen Sieg in der Bemerkung, daß die Arbeiter sich nicht nur auf dem industriellen, sondern auch auf dem „politischen Gebiete“ vereinigen sollen. Gleichzeitig meinten die Anhänger der direkten Tat, die Antiparlamentaristen, um welche sich die Anarchisten, die Anarchisten-Syndikalisten und alle, welche von Vincent St. John, dem Führer der Westlichen Föderation der Bergarbeiter, einem Menschen mit ungemein großer Erfahrung in der Arbeiterbewegung, beeinflusst wurden, — sie alle meinten, daß gerade durch den dritten Punkt die Organisation der I. W. W. ein Verband der direkten Tat und deshalb revolutionär sei.

Um den dritten Punkt brach der Kampf zwischen den Anhängern St. John's und De Leon's aus. Dieser Kampf paralisierte einige Jahre lang alle Organisationsarbeit und machte den Krieg gegen die Kapitalisten unmöglich. Jeder spätere Kongreß besprach diese Frage von neuem, und endlich wurde während des vierten Kongresses im Jahre 1908 die Spaltung vollzogen. Die Industrialisten trugen den Sieg davon; das Programm wurde geändert; der strittige dritte Punkt lautete künftig so:

„Der Kampf zwischen diesen zwei Klassen muß so lange dauern, bis die Arbeiter der ganzen Welt, als eine Klasse organisiert, sich des Grund und Bodens und der Produktionsmittel bemächtigen und das System der Lohnarbeit abschaffen werden.“

Außerdem wurde das Programm am Schluß u. a. durch folgenden Punkt ergänzt:

„Die Armee der Produzenten muß nicht nur zum täglichen Kampf gegen die Kapitalisten, sondern auch zur Fortsetzung der Produktion nach dem Sturze des Kapitalismus gerüstet sein.

„Indem wir uns industriell organisieren, bauen wir die Keimzellen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten“.

So lautet jetzt im allgemeinen das Programm des Verbandes der I. W. W. Die Kritiker des Verbandes beharren meistens darauf, daß das Programm die

Notwendigkeit des politischen Kampfes nicht hervorhebt. Der schon genannte Genosse Vincent St. John antwortet ihnen darauf so:

„Denen, welche die Vereinigung der Arbeiter in eine politische Partei für nötig halten, sagen wir: vereinigt euch, aber versucht nicht, eine ökonomische Organisation zu politischen Zwecken zu benutzen“ . . .

Die Industriearbeiter der Welt bedienen sich bis heute dieses Lösungswortes. Jedes Mitglied kann an jeder beliebigen politischen Partei teilnehmen; doch die Vertreter und die verantwortlichen Funktionäre dürfen nicht verantwortliche Posten bekleiden und Vertreter politischer Parteien sein. Die Organisation als solche hat noch niemals eine politische Tat vollführt.

Bei Erörterung des Programms der I. W. W. muß man bei dem Teile verweilen, welcher lautet: „Die Armee der Produzenten muß nicht nur zum täglichen Kampf gegen die Kapitalisten, sondern auch zur Fortsetzung der Produktion nach dem Sturze des Kapitalismus gerüstet sein.

Indem wir uns industriell organisieren, bauen wir die Keimzellen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten.“

Dieser Punkt war die Ursache heißer Auseinandersetzungen im Schoße der I. W. W. nach der russischen Oktoberrevolution. Bis zum Jahre 1917 schenkte die I. W. W. diesem Teil ihrer Lehre wenig Aufmerksamkeit. Obgleich der Verband und seine einzelnen Funktionäre überall und immer zum unverzüglichen Sturz des Kapitalismus aufriefen, so gaben sie doch auf konkrete Fragen: „Wie soll man die soziale Revolution vollbringen? Was wird nach dem Sturze des Kapitalismus sein?“ unbestimmte Antworten. Nach der Oktoberrevolution in Rußland wurden die Führer des Verbandes über diese Fragen nachdenklich, und nun bildeten sich drei Strömungen aus.

Die erste verneinte die Notwendigkeit der Keimzellen: erstens, weil unsere Zeit viel Unerwartetes birgt; zweitens, weil dem russischen Proletariat durch die Tat geholfen werden muß, d. h. man soll die Revolution in dem eigenen Lande unverzüglich machen, und drittens, weil es unmöglich ist, vorauszusagen, wie und welche Formen die Revolution in den Vereinigten Staaten annehmen werde, möge sie auch in nächster Zeit stattfinden.

Die andere extreme Richtung, deren Vertreter der Sekretär des Verbandes der Metallarbeiter (Harold Lord Varney) war, sagte:

„Die Revolution, von welcher die I. W. W. sprechen, ist keine plötzlich ausbrechende blutige Metzelei, sondern, im Gegenteil, eine logische, kerngesunde und wissenschaftliche, von der Gesellschaft vollbrachte Tat. Die Revolution ist, nach der Meinung der I. W. W., nichts anderes, als eine Tat der Organisation . . . Die Zeit muß kommen, wo der wachsende industrielle Organismus stärker werden wird, als die bestehende Ordnung. Wenn dieser

Moment gekommen sein wird, werden die I. W. W. den Kapitalismus völlig vernichten.

„Wenn das Proletariat die kapitalistische Gesellschaft stürzen wird, wird die Organisation der I. W. W. als eine vollauf vorbereitete, im voraus geschaffene Regierung des neuen Regimes dastehen. Dann wird es nicht nötig sein, eine Konstituante zusammenzurufen, Räte zu schaffen usw. . . .“, denn dieselbe Organisation der I. W. W., welche die Revolution zu Ende vollführen wird, wird weiter als Knochengerüst der neuen kommunistischen Gesellschaft bestehen bleiben. Das Hauptexekutivkomitee der Organisation wird zum höchsten exekutiven Organ der Nation werden, das sowohl die politischen, als auch industriellen Funktionen der zukünftigen Gesellschaft verwalten wird.“

(„Der industrielle Kommunismus und die I. W. W.“ von Harold Lord Varney. „Der Arbeitergedanke“ Nr. 4, Seite 30—31. Die Sperrschrift ist von Varney.)

Die dritte, kompromißlerische Strömung lautet:

„Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Revolution vollzieht sich in einem so beschleunigten Tempo, die Lösung ist so nahe, daß es den Delegierten und Mitgliedern der I. W. W. trotz aller ihrer Energie, Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit im Organisieren der Arbeiter nicht gelingen wird, den Ereignissen nachzukommen, die uns dem Sturz des kapitalistischen Systems nähern . . .“

„Es scheint uns unmöglich, daß der Kapitalismus ohne Kampf seine Festungen aufgibt, möge das Proletariat auch noch so gut organisiert sein. Angesichts der jetzt losgelassenen wilden Reaktion hat es keinen Sinn, davon zu träumen und darauf zu hoffen.“ („Etwas über das Programm der I. W. W.“ von W. Losjew, „Arbeitergedanke“, Nr. 7, S. 10.) Die ungeheure Mehrheit der Mitglieder folgte dieser „kompromißlerischen“ Strömung.

3. Die Struktur und die Taktik des Verbandes.

Die Funktionäre der Industrie-Arbeiter der Welt erklären, ihre Organisation sei das Produkt der „Ehe zwischen der sozialistischen Theorie und der wirtschaftlichen Politik“. Der Verband entstand auf dem Kongreß im Jahre 1905, wo sich zwei verwandte, zu demselben Ziele strebende revolutionäre Organisationen getroffen haben. Eine dieser Organisationen bestand aus Theoretikern des Kommunismus, Sozialisten, die gegen die Politik waren und Produktionsverbände schaffen wollten. Sie legten dem Kongreß die von ihnen in allgemeinen Zügen ausgearbeitete Theorie des Verbandes vor, aufgebaut auf den Grundsätzen der Marx'schen Lehre. Sie begegneten auf dem Kongreß dem ihnen verwandten Elemente, den erfahrenen, im

Kämpfe gestählten Praktikern der wirtschaftlichen Bewegung.) Das Produkt dieser Begegnung war die jetzt existierende Organisation der I. W. W.

Wie ist nun die Organisation des Verbandes?

Ihre Grundlage wurde von einem der hervorragendsten Gewerkschaftler Amerikas, dem großen Trautmann aus dem Verbands der Bräuer, ausgearbeitet. Er untersuchte die Entwicklung der modernen Industrie und ihre gegenwärtige Lage und hat dabei nicht vergessen, daß die neue Gesellschaftsordnung aus dem Kapitalismus hervorkeimt und sich die wirtschaftliche Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft als Vorbild nimmt. Er schließt damit, daß die beste wirtschaftliche Organisation nur eine solche sein kann, welche auf denselben Prinzipien wie unsere Industrie aufgebaut ist.

Mit Hilfe der Anhänger Trautmanns wurde folgende Organisationsform angenommen:

Der Verband hat sechs Abteilungen: 1. Abteilung der Agrikultur; 2. Bergabteilung; 3. Transport- und Verkehrsabteilung; 4. Abteilung für Manufaktur und allgemeine Produktion; 5. Bauabteilung und 6. Abteilung des gesellschaftlichen Dienstes. — Jede Abteilung teilt sich ihrerseits in Unterabteilungen.

Die I. W. W. legen großen Wert auf ihr Organisationschema und betrachten es mit Recht als ein System, das alle nützlichen, sowohl geistigen wie physischen Arbeiter zu vereinigen strebt. Sie meinen, nur solch eine Form der Organisation könne die Entwicklung und Stärkung der Solidarität der Arbeiter fördern, ihren Kampf erleichtern und das Entstehen der „Keimzellen der zukünftigen Gesellschaft“ schon jetzt ermöglichen.

Aus der Tatsache, daß in der I. W. W. eine starke Strömung auf die Gründung der Keimzellen der zukünftigen Gesellschaft im Schoße der alten gerichtet ist, darf der Leser durchaus nicht den Schluß ziehen, daß die I. W. W. die erste Aufgabe der Arbeiterklasse, den Sturz des Kapitalismus, vernachlässigt. Im Gegenteil, ihr täglicher Kampf verläuft unter diesem Losungswort, ihre Presse ist von diesem Geist erfüllt.

Die I. W. W. schließt keine Abmachungen mit dem Kapitalismus, worauf der Genosse Vincent St. John in seiner Broschüre: „Der Bau, die Taktik und die Kampfmethod der I. W. W.“ besonders hinweist. Sie kennen nur ein Ziel: „die völlige Uebergabe der ganzen Kontrolle über die Produktion in die Hände der organisierten Arbeiter“. Dies ist der Grund, warum die I. W. W. nicht sehr wählerisch sind.

Man darf nicht vergessen, daß der Verband der I. W. W. nicht der einzige industrielle Verband Nordamerikas ist; es gibt ihrer mehrere. Wir werden hier nur die größten nennen: der einheitliche Verband der

*) *Harald Lord Varnay*. „The History of the I. W. W.“ (Ich zitiere nach der russischen Uebersetzung im „Arbeitergedanken“ Nr. 4, Seite 29.)

Schuster Amerikas, der einheitliche Verband der Schneider, der einheitliche Verband des Zimmermanngewerbes, die Föderation der Arbeiter der Lebensmittelbranche in New York, der einheitliche große Verband in Kanada, die vereinigte Assoziation der Eisenbahner (dieser Verband wurde im Jahre 1919 während eines mißlungenen Eisenbahnerstreiks gegründet und besteht fast ausschließlich aus den unzufriedenen Mitgliedern der amerikanischen Föderation der Arbeit), der einheitliche Verband der Textilarbeiter, der einheitliche Verband der Metallarbeiter, usw.

Aber aus der Tatsache, daß diese Verbände nach dem industriellen Prinzip aufgebaut sind, kann noch nicht gefolgert werden, daß sie revolutionär sind. Viele Verbände (fast alle) kamen auf den Gedanken, dem Verband industrielle Formen zu geben, nur um den täglichen Kampf der Arbeiterklasse mit mehr Erfolg führen zu können. Sie glauben nicht an die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus und verfolgen absolut nicht dieses Ziel. Die gesamten industriellen Verbände, wie noch viele andere, haben miteinander kein Bindeglied; sie führen ein selbständiges Leben und interessieren sich nur für ihren eigenen Industriezweig. Die Industriearbeiter der Welt dagegen umfassen die Arbeiter aller Industriezweige, ihre Sektionen sind alle miteinander verbunden, sie helfen sich immer gegenseitig bei ihren Kämpfen. Als eine revolutionäre Organisation halten sie jede Methode, jedes Kampfmittel für gut, das mit möglichst geringem Kraft- und Zeitaufwand zu den gewünschten Resultaten führt. Sie kümmern sich wenig um die Fragen des „Rechts“ und des „Unrechts“. Im Kampfe wenden sie alle Mittel an: sie organisieren Streiks, Demonstrationen, benutzen die Sabotage, reizen zu Aufständen, die mitunter zum Bürgerkrieg führen (in St. Diego, Everett, Centralien); sie füllen die Gefängnisse der kleinen Städte, was die Spießbürger ärgert, welche für ihren Unterhalt aufgenommen müssen, sie verwandeln die Gerichtsprozesse in revolutionäre Tribunale usw.

Indem die I. W. W. vorzüglich gegen die Arbeitgeber und die großen amerikanischen Trusts kämpfen, entstehen unvermeidlich Konflikte zwischen ihnen und dem Staate, welcher sich stets auf die Seite der Industriellen stellt. In solchen Fällen fühlen sich die I. W. W. zum Kampf gegen die Regierung genötigt, sie weisen ihn nicht ab, obgleich sie ihn nach Kräften zu vermeiden suchen, weil sie die Regierung als Werkzeug der kapitalistischen Klasse betrachten, die sie zusammen mit dem Kapitalismus stürzen werden. Aber die Praxis geht, wie es oft bei den I. W. W. der Fall ist, ihre eigenen, von der Theorie verschiedenen Wege, und sie traten, wenigstens in ihrer Vergangenheit, wiederholt und scharf gegen die Regierung und den Staat auf.

4. Das Verhältniß der I. W. W. zu den sozialistischen und kommunistischen Parteien.

Die unglaublichen Verfolgungen, welche die I. W. W. von dem ersten Tage ihres Bestehens an erdulden mußten, der heldenmütige Kampf um ihre Presse, um die Möglichkeit, sich zu versammeln, um die Freiheit des Wortes, um das Leben ihrer Organisation, — alles das entwickelte in den Mitgliedern der I. W. W. eine heiße Liebe zu ihrer Organisation, die sich oft in blinden Verbandspatriotismus verwandelt. In jeder Abteilung des Verbandes kann man alte, abgehärtete Genossen finden, die ohne Bedenken ihr Leben für den Verband opfern würden, gleichzeitig aber nicht einen einzigen Buchstaben aus dem Programm des Verbandes und aus seinen Grundsätzen zu opfern gewillt sind, möge es auch zu Nutzen der revolutionären Bewegung und des Kampfes sein. Man wird in anderen Organisationen kaum noch ein solches Mißtrauen jedem von außen kommenden Vorschlag gegenüber finden, möge er auch von Anhängern, Freunden oder ausländischen Revolutionären ausgehen.

Vom ersten Tage seines Lebens an führte der Verband der I. W. W. Krieg nach zwei Fronten hin: gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt und gegen den Konservatismus in der Arbeiterbewegung (gegen die Amerikanische Föderation der Arbeit und die sozialistischen Parteien). Die beiden amerikanischen sozialistischen Parteien — (die Sozialistische Partei und die Sozialistische Arbeiterpartei), obwohl sie an der Gründung des Verbandes der I. W. W. keinen Anteil genommen haben, trachteten vom Momente der Gründung an, sich der Leitung des Verbandes zu bemächtigen. Die I. W. W. sahen darin den Versuch, die wirtschaftliche Bewegung der politischen Partei zu verwandeln. Der Kampf währte, wie gesagt, vier Jahre, und alle Mittel wurden erprobt. Seit der Spaltung (1908) standen die I. W. W. von den politischen Parteien der Arbeiterklasse und von der politischen Bewegung des Proletariats isoliert da. Sie halfen ihnen nie und erwarteten ihrerseits keine Hilfe und keinen Beistand von ihnen. Obgleich es auch nie zu offenen Zusammenstößen mit den sozialistischen Parteien kam, wurde die gegenseitige Animosität doch von Zeit zu Zeit durch das Auftreten einzelner führender Personen in der Presse oder auf der Tribüne gefördert. Die Folge davon war ein großes Mißtrauen der I. W. W. gegen alle Politiker aus den beiden obengenannten Parteien.

Abgesehen davon war schon der Mitgliederbestand der I. W. W. (zumeist ausländische Arbeiter und Knechte, die kein Wahlrecht besaßen), nicht danach angetan, die Notwendigkeit des politischen Kampfes hervorzuheben; im Gegenteil, sie beharrten stets auf der Ueberflüssigkeit desselben für die I. W. W. Hieraus wurde geschlossen, daß der politische Kampf der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt überflüssig sei und

durch den wirtschaftlichen Kampf leicht und mit Erfolg ersetzt werden könne. Man darf nicht vergessen, daß die Organisation leider sehr arm an theoretischen Kräften ist und deshalb alle ihre Ideen auf wirtschaftlichem Gebiete aus dem engen Kreis ihrer auf wirtschaftliche Fragen gerichteten Lebenserfahrungen schöpft. Die Frage der Machtergreifung, der Uebergangsperiode, der Periode des Kampfes um die Behauptung der neuen Staatsordnung gegen die noch nicht erstickten Elemente der alten Gesellschaft, diese Frage wurde von der Organisation nie als akut behandelt. Es ist daher schwer zu sagen, wie sich die I. W. W. zur Diktatur des Proletariats verhalten wird. Eines kann man aber mit Gewißheit feststellen: Es vollzieht sich jetzt eine Verschiebung nach links mit der Tendenz zur Umwertung aller Werte, und man kann hoffen, daß der Verband die Notwendigkeit der vereinten Arbeit mit den kommunistischen Elementen, der Arbeit unter der roten Fahne der Kommunistischen Internationale endlich einsehen wird.

Vorläufig aber müssen wir darauf hinweisen, daß die I. W. W. das Mißtrauen, welches sie gegen die sozialistischen Parteien hegten, auch gegen die kommunistischen Parteien Amerikas richten, in welchen sie nur Politiker sehen, wenn auch linke Politiker, immerhin aber Politiker, d. h. Menschen, denen es nach Auffassung der I. W. W. nur um das Erringen und Erhalten der Macht geht. Den Reibungen und Zänkereien, die oft in den kommunistischen Parteien Amerikas ausbrechen, die Tatsache, daß sie sich nicht vereinigen wollen oder können, die herablassende Miene einiger Elemente der amerikanischen kommunistischen Bewegung den I. W. W. gegenüber, der fehlende Wille zur Vereinigung oder die mangelnde Fähigkeit dazu, — dies macht die gemeinsame Arbeit der I. W. W. mit den Kommunisten unmöglich und reizt die I. W. W. zu Entscheidungen gegen die gemeinsame Tätigkeit mit ihnen.

Die unlängst von den Kommunisten vorgeschlagenen Bedingungen, unter welchen eine Vereinigung stattfinden könnte, erweckten bei der I. W. W. von neuem die Angst vor einem Versuche, ihren Verband seiner Unabhängigkeit zu berauben; abermals tauchte die alte Angst auf, „die politische Bewegung wolle sich die ökonomische unterordnen.“ Mit anderen Worten: im Verband der I. W. W. beginnt von neuem der Kampf, der einst schon die Spaltung der Organisation hervorrief, der aber jetzt von viel größerer Bedeutung ist, weil er nicht nur im Rahmen der amerikanischen Bewegung, sondern in jenem der Weltrevolution geführt wird.

Die I. W. W. und die Kommunistische Internationale.

Die Frage der Vereinigung mit der Kommunistischen Internationale führte zu den lebhaftesten, heißesten Debatten in der I. W. W. Es wurden Berichte erstattet und Artikel veröffentlicht. Ihren alten Auffassungen gemäß stellten sich verschiedene Funktionäre der I. W. W. die Kommu-

nistische Internationale als eine Organisation vor, die bestrebt ist, den Verband der I. W. W. ihren Entscheidungen unterzuordnen. Trotz dieser negativen Stellung in der Frage der Vereinigung mit Moskau, konnte man in der I. W. W. doch eine ernste Tendenz konstatieren, welche dahin arbeitet, ihre Tätigkeit mit jener der Anhänger anderer Strömungen in Einklang zu bringen. Eine große Rolle dabei spielten die verhafteten Genossen, welche die besten Kräfte des Verbandes sind. Ein hohes Verdienst hat auch der Genosse John Reed in dieser Beziehung, der damals erst unlängst aus Rußland zurückgekehrt war. Wenn er auch kein Mitglied der I. W. W. war, so zählte er doch zu ihren besten Freunden. Endlich übten auch die Spaltungen, welche sich in der sozialistischen Bewegung vollzogen, und die Absonderung der kommunistischen Elemente aus der S. P. einen positiven Einfluß aus. Bestände nicht der Wunsch, ihre Organisation unverletzt zu erhalten, ihre verhafteten Genossen im Wege einer Bürgschaft oder der Amnestie zu befreien, und eine legale Organisation zu bleiben, so wäre schon im Jahre 1919 bei einem geschickten Erfassen der Sache seitens der amerikanischen Kommunisten die Vereinigung möglich gewesen. Möglich, daß, wenn man beide Organisationen bestehen ließe, die ökonomische (die I. W. W.) und die politische (die Kommunistische Partei), die Zusammenarbeit am besten gelingen würde. Doch es geschah nicht, und die Konferenz der I. W. W., welche im Jahre 1919 stattgefunden hat, befaßte sich mit einem Auftrag an die Exekutive, unverzüglich mit der Kommunistischen Internationale Beziehungen anzuknüpfen, und, überhaupt, sich offiziell mit der ganzen internationalen revolutionären gewerkschaftlichen Bewegung zu verbinden.

Nach der Konferenz trat, dank der Schlapheit der Exekutive der I. W. W. und ihres Sekretärs, des alten, mit Arbeit überlasteten Genossen Whitehead, eine Stille in der Frage der internationalen Verhältnisse ein, welcher eine Agitation gegen die Vereinigung mit der Kommunistischen Internationale folgte. Der Führer dieser Agitation war John Sandgren, Redakteur des „Monatsheft des Vereinten Großen Verbandes“ (One Big Union Monthly.)

Zu dieser Zeit veröffentlichte die Exekutive der Kommunistischen Internationale ihre bekannten 21 Eintrittsbedingungen. Die Exekutive der I. W. W. entschied, daß die Frage zu wichtig sei, sodaß die Exekutive die Verantwortung für irgend eine Entscheidung nicht auf sich nehmen könne, ohne sich früher über die Stellung, bezw. Wünsche der ganzen Organisation in dieser Frage zu unterrichten. So wurde diese Frage einem Referendum

*) Um gerecht zu sein, muß man sagen, daß Sandgren früher nie gegen Sowjetrußland und die Arbeiter- und Bauernregierung auftrat. Von Zeit zu Zeit veröffentlichte er Artikel mit groben Angriffen gegen einzelne Maßregeln der proletarischen Regierung oder der Kommunistischen Partei. Aber in der letzten Zeit begann er, seine Angriffe gegen die Sowjetregierung überhaupt zu richten. Zu Ehren der I. W. W. muß erwähnt werden, daß ihre Exekutive Sandgren den Abschied gab und sogar die Zeitschrift einstellte. Anstatt ihrer erscheint jetzt nach der Meldung des „Workers' Dreadnought“ unter einer neuen Redaktion der „Industria Pioneer“.

vorgelegt, und in der Presse brach von neuem ein Sturm für und gegen die Vereinigung los.

In einem der besten Artikel für die Vereinigung: „Wohin gehen wir? Moskau oder Amsterdam?“ (One Big Union Monthly, Nr. 10, Vol. 11, Seite 25), weist der Genosse Andrytschine sehr richtig auf das Eindringen des Chauvinismus in die Reihen der I. W. W. hin. Die Mitglieder des Verbandes hätten vergessen, daß es in der Welt „nichts Vollkommenes gebe, daß die Organisation elastisch sein und sich leicht dem Wandel der Verhältnisse anpassen müsse“. Er macht den Mitgliedern des Verbandes zum Vorwurf, ihre Köpfe hätten aufgehört zu wachsen, wenn sie glaubten, daß sie nichts mehr zu lernen hätten.

Er schließt mit einem Aufruf an die Mitglieder des Verbandes: „Den I. W. W. bleibt nichts mehr übrig, als dem Beispiel der uns befreundeten Organisationen Europas zu folgen und sich mit der Kommunistischen Internationale zu vereinigen.“

Die Gegner der Vereinigung halten sich an die alten Begriffe und Ansichten. Als Hauptbeweis dient ihnen die Resolution der I. W. W. über die politischen Parteien, welche sie in der ersten Zeit ihres Bestehens angenommen haben.

Dem Referendum wurden folgende Fragen gestellt: 1. Die Anerkennung der Kommunistischen Internationale. 2. Die Nichtanerkennung der Kommunistischen Internationale, aber Vereinigung mit der Roten Internationale der Gewerkschaften. 3. Die Anerkennung der Kommunistischen Internationale mit der Klausel: „Wir werden keinen Anteil am Parlamentskampf nehmen und behalten uns das Recht vor, unsere eigene Taktik zu entwickeln, je nach den bestehenden Verhältnissen.“

Man braucht kein Prophet zu sein, um im voraus zu sagen, daß die Mitglieder des Verbandes den zweiten Punkt annehmen werden, d. h., daß sie den Eintritt in die Kommunistische Internationale verweigern und in die Rote Internationale der Gewerkschaften eintreten werden, in der sie tätigen Anteil an ihrer Arbeit und an ihrem Kampfe nehmen und sich den Beschlüssen ihrer Kongresse unterwerfen würden.

W. Lossjew.

Bericht über die Lage der Shop-Stewards-Bewegung in England.

Anfang Dezember vorigen Jahres war wenig Aktivität in der Shop-Stewards-Bewegung Englands zu finden. Außer zwei oder drei aktiven Gruppen in Coventry, Sheffield und Hull und den Gruppen um die Zeitschrift „Solidarität“ in London und dem „Arbeiter“ in

Glasgow war kaum ein Zeichen irgend einer radikalen Bewegung in der Maschinenindustrie zu bemerken.

Das schottische Arbeiterkomitee berichtete, daß eine größere Aktivität in den Fabriken am Clyde begänne; doch auch diese war wenig bedeutungsvoll.

Die letzte Sitzung des nationalen Verwaltungsrats der Shop-Stewards fand im September statt; aber außer einer längeren Diskussion über einige Organisationsfragen brachte die Sitzung nichts zustande. Am 9. Dezember hielt der Verband in Sheffield eine Sitzung ab, in der besprochen wurde, was am besten zu tun sei, um die Bewegung in der Maschinenindustrie zu beleben und die Aktivität der revolutionären Komitees im Bergbau und in der Transportindustrie zusammenzufassen. Bei dieser Zusammenkunft kam man überein, daß von den verschiedenen Organisationen Delegierte zu einer Konferenz mit dem N. A. C. (National Administrative Council) eingeladen werden sollten, um alle diese Komitees zusammenzufassen und ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten. Das Datum der Konferenz wurde auf den 27. und 28. Januar 1921 festgesetzt.

Es wurde auch beschlossen, die Frage der Zentralisation der ganzen industriellen Bewegung im N. A. C. zu besprechen. Lange Zeit hindurch waren die schottische und englische Bewegung ohne feste Verbindung nebeneinander hergegangen, und dieser Entschluß wurde gefaßt, um jener Tendenz entgegenzutreten.

Ein Komitee sollte diese Konferenz vorbereiten. Dieses Komitee war der Meinung, daß die Bewegung noch zu unbestimmt in ihren Zielen sei, und daß die Konferenz der erste Schritt auf dem Wege zur Ausarbeitung eines Programms für die Organisationen der Sondergewerkschaften in England sein sollte. Es schlug daher vor, daß die Konferenz vom 27. Januar eine allgemeine nationale Konferenz aller revolutionären Komitees vorbereiten solle. Das Datum für diese allgemeine Konferenz wurde auf den 31. März festgesetzt, als Tagungsort Sheffield gewählt und Einladungen an alle revolutionären Komitees der Arbeiterbewegung versandt.

Auf der Präliminarkonferenz vom 27. Januar waren vertreten der N. A. C., die Shop-Stewards, Delegierte der schottischen, des Süd-Wales-, des Yorkshire-, des Northcumberland-Bergarbeiterkomitees und die Komitees der Hafentarbeiter von Liverpool und Glasgow. Diese Konferenz beschloß, der Konferenz vom 31. März außer der Diskussion über verschiedene Organisationsfragen folgende Punkte vorzulegen:

1. Ueberblick über die industrielle Bewegung mit besonderer

Rücksicht auf die augenblickliche Situation und die gewerkschaftlichen Probleme.

2. Thesen über die Gewerkschaften und die Revolution.
3. Die Rolle der Gewerkschaften in der Diktatur des Proletariats.
4. Das Verhältnis zur Roten Internationale.
5. Die Arbeitslosigkeit.
6. Staatseigentum und Industriekontrolle.

Besonders drängte man darauf, die praktische Anwendung unserer kommunistischen Prinzipien auf diese Probleme zu behandeln und nicht allgemein abstrakte Theorien, die die Bewegung nicht vorwärts bringen würden, zu formulieren. Diese Konferenz beschäftigte sich auch mit dem Verhältnis zur Partei und nahm die Resolution an, die auf der N.-A.-C.-Sitzung im Dezember 1920 bereits angenommen war, und die folgendermaßen lautet:

„Diese Konferenz revolutionärer Industriekomitees anerkennt die Notwendigkeit, in engster Verbindung mit der Kommunistischen Partei vorzugehen und die Interessen der revolutionären Bewegung als einheitliches Ganzes anzusehen. Die aktiven Mitglieder sollen verpflichtet sein, der Kommunistischen Partei beizutreten, und umgekehrt sollen alle Industriearbeiter, die Mitglied der Kommunistischen Partei sind, aktiven Anteil an der Arbeit der Shop-Stewards nehmen. Die Shop-Stewards und Arbeiterkomitees und die Kommunistische Partei müssen eine Vereinbarung treffen, um eine vollkommene Harmonie in der Tätigkeit beider Organisationen zu garantieren. Die Mitglieder der Organisation, die zugleich auch Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, werden selbstverständlich der Disziplin der Kommunistischen Partei unterworfen sein, wie die Shop-Stewards und Arbeiterkomitees sich der Disziplin der Roten Gewerkschaftsinternationale unterwerfen werden. Obige Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum internationalen Kongreß. Aenderungen sollen dann nach Maßgabe der Entscheidungen des Kongresses vorgenommen werden.“

Demgemäß wählte die Konferenz ein Subkomitee, das sich mit dem neuen Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei nach dem Vereinigungskongreß in Verbindung setzen sollte, um die Frage zu diskutieren, wie die Partei und die Organisation am besten zusammenarbeiten könnten. Es wurden Delegierte zur Vereinigungskonferenz der Kommunisten am 29. und 30. Januar gewählt.

Im Hinblick auf die Kontroversen zwischen den schottischen und englischen Komitees wurden folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Das schottische Arbeiterkomitee soll sofort drei Delegierte in den N. A. C. bis zur nationalen Konferenz entsenden.

2. Der von der Nationalkonferenz zu wählende N. A. C. soll aus je drei Delegierten folgender Bezirke bestehen: 1. Schottland, 2. Nordengland, 3. Wales, 4. Südengland.

3. Das schottische Komitee soll für die kommende Zeit das Recht haben, den Redakteur des „Arbeiters“ zu ernennen und seine Politik zu kontrollieren.

4. Die Genossen Messer und Campbell sollen die Funktionen des Sekretärs und des Organisators bekleiden.

Die Konferenz hat gezeigt, daß die Bewegung in Wales, Bradford, Swindon, Rochdale, Plymouth, London, Liverpool, Coventry und Hull wieder stärker einsetzt. Auch von einer neu gegründeten Gewerkschaft wurde Bericht erstattet. Es war teils der in Irland stark vorherrschende Nationalismus, teils die große Unzufriedenheit mit der Führung der englischen Gewerkschaften, die diese Gründung veranlaßte. Die Organisation zählt ungefähr 5000 Mitglieder, was ungefähr vier Fünftel der möglichen Mitgliederschaft südlich von Belfast beträgt. Sie verlangen ihre Anerkennung in England und wollen mit der Shop-Stewards-Bewegung in Verbindung treten. In dieser Organisation steckt ein gutes revolutionäres Element, und ihre Entwicklung wird von Bedeutung sein.

Die Konferenz beschloß, alle möglichen Mittel zu benutzen, um das britische Büro des internationalen Gewerkschaftsrats zu unterstützen und bei jeder Konferenz und in jeder Gewerkschaft Resolutionen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale einzubringen. Eine von den Northhumberland- und Durham-Bergarbeitern einberufene Konferenz in New Castle nahm die von unseren Delegierten eingebrachte Resolution an.

Die Konferenz vom 27. und 28. Januar bedeutet einen wichtigen Abschnitt in der Entwicklung der revolutionären Tätigkeit in den britischen Gewerkschaften. Es war das erste Mal, daß Vertreter aller Kohlenbezirke Englands mit den Komitees anderer Industriezweige und den Kontrollkomitees der Hafendarbeiter eine gemeinsame Konferenz abhielten. Von hier ab beginnt eine neue, äußerst wichtige Periode der revolutionären Tätigkeit in den britischen Verbänden.

Die Hauptzüge dieser neuen Periode sind: 1. Zentralisation der revolutionären Tätigkeit aller Komitees der Industriearbeiter und 2. engerer Kontakt mit der Kommunistischen Partei, was sehr zur Klärung der britischen Arbeiterbewegung beitragen und sie vom Reformismus befreien wird.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei weist neben den allgemeinen, für die Arbeiterbewegung Mitteleuropas in der Nachkriegszeit bezeichnenden Merkmalen noch einige besondere Züge auf, die sich aus den nationalen Verhältnissen des neuen Staates ergeben. Vom Strom der revolutionären Ereignisse fortgerissen, von ungestümem Tatendrang beseelt, mit Wut und Erbitterung gegen die alten Machthaber und die Kriegsgewinnler erfüllt, strömten die proletarischen Massen am Ende des Krieges in die Gewerkschaften. Wie überall, so versagte auch in der Tschechoslowakei die Gewerkschaftsbürokratie vollständig bei der Aufgabe, diese Massen für die Zwecke der proletarischen Revolution zu organisieren. Vielmehr setzte sie alles daran, den revolutionären Drang der Arbeiter zu ersticken, um sie vor den Wagen des Sozialpatriotismus zu spannen.

Am Ende des Jahres 1919 waren in der Prager Gewerkschaftskommission (Odborové sdružení Československé) 54 Verbände mit 727 000 Mitgliedern vereinigt, in der Reichenberger separatistischen Kommission der Deutschen 22 Verbände mit 299 000 Mitgliedern. Vor dem Kriege wiesen die tschechischen Verbände 105 000 Mitglieder auf. Diese Zahl sank infolge des Krieges bis auf 24 000 im Jahre 1916. Die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit beträgt also nicht weniger als 595 Prozent. Die größten Verbände sind die der Landarbeiter mit 180 000, der Metallarbeiter mit 117 000, der Fabrikarbeiter mit 78 000, der Bergarbeiter mit 65 000, der Eisenbahner mit 55 000, der Textilarbeiter mit 55 000, der Holzarbeiter mit 21 000, der Gemeinde- und Staatsbediensteten mit 21 000, der Maurer mit 16 000 Mitgliedern.

Unter den deutschen Verbänden sind die größten die der Textilarbeiter mit 73 000, der Metallarbeiter mit 42 000, der Bergarbeiter mit 28 000, der Eisenbahner mit 26 000 und der chemischen Arbeiter mit 17 000 Mitgliedern.

Wie überall, so hat auch in der Tschechoslowakei der Krieg und die Nachkriegszeit den reaktionären Charakter der von der Gewerkschaftsbürokratie geführten Politik klar hervortreten lassen.

Während des Krieges standen die österreichischen Gewerkschaften jedem Gedanken an eine revolutionäre Erhebung des Proletariats völlig fremd und ablehnend gegenüber. Als die Niederlage und der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch des alten Staates eingetreten waren, blieben die Gewerkschaftsverbände immer noch im Schlepptau der sozialpatriotischen Politiker, welche der Revolution sofort eine nationalistische Richtung gaben. Unbekümmert darum, daß die sozialen Zustände der tschechoslowakischen Republik das Proletariat zu neuem Hunger und zu neuer Arbeitslosigkeit verurteilten, betätigten sich die Gewerkschaftsführer mit der größten Offenheit an der Erhaltung des bürgerlichen Staates. Sie betrachteten es als ihre erste Pflicht, dabei mitzuwirken, daß das Ausland lerne, den Staat der tschechischen Bourgeoisie als eine „Insel der Demokratie und des sozialen Fortschritts“ anzusehen. Ihr ganzer Einfluß wurde in den Dienst der nationalistischen Clique gestellt, die eifrig bemüht waren, den neuen Staat zu einem getreuen Knecht des internationalen Kapitalismus zu machen, womit sie ihre Aufnahme in die Amsterdamer gelbe Internationale vollauf verdient haben. Die Führer der deutschen Gewerkschaftsverbände andererseits, betrachteten es als ihre dringendste Aufgabe — getreu den Weisungen der mit der deutschen Bourgeoisie zusammenarbeitenden deutschen Sozialdemokraten — die nationale Autonomie des deutschen Gebiets zu erringen. Schon im alten Oesterreich war der die Gewerkschaften beherrschende Reformismus durch nichts so klar zutage getreten, als durch die Spaltung in national getrennte Gewerkschaften. Daß zwischen den deutschen und den tschechischen Sozialpatrioten jetzt die Rollen vertauscht sind, gehört zu den lächerlichsten und empörendsten Heldentaten der Sozialdemokratie. Im alten Oesterreich hatte die Wiener Gewerkschaftszentrale, die ausschließlich aus Deutschen bestand, bekanntlich der Gründung national selbständiger tschechischer Organisationen den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt. Hinter ihrem Grundsatz der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung versteckte sich das Bestreben, die Gewerkschaftsbewegung dem österreichisch-staatserhaltenden Bestreben der deutschen Sozialdemokratie unterzuordnen und das Eindringen staatszerstörender Elemente in die Gewerkschaftsbürokratie zu verhindern. Andererseits waren bei den tschechischen Gewerkschaften für ihre Forderung nach der Autonomie nicht irgend welche Zweckmäßigkeitserwägungen maßgebend, sondern wiederum der Wunsch, das organisierte Proletariat in den Dienst der nationalistischen Bestrebungen der tschechischen Sozialdemokratie zu stellen. Seit der Gründung des tschechischen Staates werden von den ehemaligen Vorkämpfern der Autonomie

alle Argumente der alten Wiener Gewerkschaftszentrale den Deutschen gegenüber ins Treffen geführt, während die letzteren sich mit verblüffender Leichtigkeit alle Argumente der ehemals von ihnen als „Separatisten“ bezeichneten tschechischen Sozialpatrioten angeeignet haben. Demgegenüber machen sich unter der Arbeiterschaft selbst starke Strömungen bemerkbar, die auf die Internationale der Einigung und eine Abkehr von den patriotischen und nationalistischen Tendenzen hinzielen, die die Gewerkschaftsbürokratie aufrecht zu erhalten trachtet. Die tschechischen wie die deutschen Gewerkschaftsführer stehen auf dem Standpunkt, daß die Regelung der nationalen Fragen einheitlich erfolgen müsse, und zwar durch die Zentralstellen, welche beiderseits der wahre Hort des Sozialpatriotismus und des Klassenverrats sind. Sie fürchten, daß sonst doch noch bei einzelnen Verbänden der revolutionäre Drang der Arbeiter nach der internationalen Verschmelzung zum Durchbruch gelangen und ihr feines Spiel zerstören könnte. Denn für die Gewerkschaftsbürokratie ist die nationale Trennung ein herrliches Mittel, ihre Mißerfolge gegenüber der immer übermächtiger auftretenden Bourgeoisie den Massen zu erklären. Die tschechischen Sozialpatrioten weisen auf die staatsgefährlichen Bestrebungen der deutschen Arbeiter, die Deutschen dagegen auf die Kampflosigkeit der Tschechen hin, um den ungeduldigen Arbeitern die Unmöglichkeit von Aktionen zu beweisen. Indem die Gewerkschaftsbürokratie sich den Anschein gibt, die internationale Verständigung zu betreiben, und die Schuld an dem Mißerfolg ihrer Aktionen geschickt dem anderen Teil und dessen mangelnder sozialistischer Ueberzeugung zuschreibt, sabotiert sie in Wahrheit den revolutionären Klassenkampf, den sie fürchtet. Nichtsdestoweniger haben einzelne Berufsverbände trotz des Widerstandes der Bürokratie den Weg mindestens zu einer föderativen Zusammenarbeit gefunden. Ganz besonders in der national sehr bunt zusammengesetzten Slowakei hat das noch wenig „disziplinierte“, aber von gesundem revolutionären Instinkt beseelte Proletariat schnell den internationalen Zusammenschluß vollzogen.

Wie die internationale Verständigung von den sozialdemokratischen Koalitionspolitikern, die die Gewerkschaften beider Nationen beherrschen, sabotiert wird, so geschieht dasselbe mit der Forderung der Arbeiter nach Betriebsräten. Die Arbeiter stellten diese Forderung seit dem Kriegsende und taten dies unter dem Eindruck der Arbeitslosigkeit, der Unternehmersabotage und Unternehmerwillkür. Die Gewerkschaftsbürokratie ignorierte diese Forderung solange es ging, und als ihre Verschleppungstaktik am Ende

ihrer Wirksamkeit angelangt war, suchten sie in doppelter Weise, die Arbeiter um den revolutionären Inhalt dieser Forderung zu betragen. Sie begannen mit der „Schulung“ der noch gar nicht existierenden Betriebsräte, erzählten immer wieder, daß eine Menge Kenntnisse nötig seien, um die Betriebsräte zu einer Waffe der Arbeiter auszugestalten, und veranstalteten Schulen mit dem ausgesprochenen Zweck, rechtssozialistische, mut- und energielose und vor allem von ihnen vollständig beeinflusste Vertrauensmänner zu erhalten, welche sie dann den Arbeitern als die allein befähigten Kandidaten bei der Betriebsrätewahl empfohlen hätten. Stellenweise wurde sogar der Plan erwogen, die Wahl auf diese derart vorbereiteten Leute zu beschränken. Neben diesem inneren Kampf gegen den Rätegedanken beschritt die Gewerkschaftsbürokratie natürlich auch in der Tschechoslowakei den berühmten Weg der Gesetzgebung. Durch Vermittlung der tschechischen und der deutschen Sozialdemokraten wurden der Prager Nationalversammlung Gesetzentwürfe über die Betriebsräte vorgelegt, die sich an das deutsche und österreichische Vorbild halten und nicht einmal den Versuch einer Erweiterung der Arbeitermacht darstellen. Die unangenehme revolutionäre Forderung der Arbeiter soll zum Schein befriedigt und damit die den Bürokraten über alles teure Ruhe erhalten werden.

Die Begründung, welche die tschechischen und deutschen Sozialpatrioten ihren Gesetzentwürfen beigegeben haben, ist überaus bezeichnend. Sie weist nämlich kurzerhand darauf hin, daß die Forderung nach Betriebsräten der „Zeitströmung“ (!) entspreche, was bedeuten soll, daß man, da die Arbeiter der umliegenden Länder bereits Betriebsräte besitzen, sie anstandshalber auch den Proletariern der Tschechoslowakei nicht vorenthalten dürfe. Die wirkliche Rolle derartig gesetzlicher Betriebsräte haben die Arbeiter im Bergbau bereits zur Genüge feststellen können. Für diesen Industriezweig sind durch das Gesetz vom 25. Februar 1920 Betriebsräte geschaffen worden. Das allgemeine Urteil der Bergarbeiter geht dahin, daß durch dieses Gesetz die Vertrauensmänner zu Betriebspolizisten degradiert werden und das Vertrauen bei den Arbeitern von Tag zu Tag mehr verlieren. Alle Aktionen — wenn man bei solchem jämmerlichen Gaukelspiel von Aktionen überhaupt sprechen kann — alle Maßnahmen in der Betriebsrätefrage sind ein Ausfluß der sozialdemokratischen Politik, die den Gewerkschaftsbürokraten weit wichtiger als das Arbeiterinteresse ist. Bei diesem Sachverhalt wirkt es geradezu komisch, daß dieselben sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitiker sich krampfhaft bemühen, die Frage der Betriebsräte als eine „rein gewerkschaftliche Angelegenheit“ zu behandeln, um so der sozialdemokratischen Partei als solcher eine vorzeitige Demaskierung ihrer reaktionären Absichten zu ersparen.

Unterdessen verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zusehends. Das unaufhörliche Steigen der Lebensmittelpreise führt unausweichlich zu Lohnbewegungen, denen die Bourgeoisie, in der sicheren Annahme, daß die Gewerkschaftsleiter den Kampf auf jeden Fall vermeiden wollen, den zähesten Widerstand entgegensetzt. Die Kapitalprofite steigen ins Ungemessene und ermöglichen der Bourgeoisie und ihren Parasiten ein üppiges Schlemmerleben. Dividenden von 20 und 30 Prozent sind nichts Seltenes. Der unerhörten Teuerung sucht das Proletariat durch *T e u e r u n g s z u l a g e n*, Anschaffungsbeiträge u. dgl. zu begegnen, da die Unternehmer einer Erhöhung der Grundlöhne unter stillschweigender Billigung der jede prinzipielle Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie scheuenden Gewerkschaftler streng ablehnend gegenüberstehen. Die bürgerliche Ideologie von der Wiederkehr „normaler“ Verhältnisse ist auch die Ideologie der Gewerkschaftsführer. Sie erwarten als echte Kleinbürger alle Tage den Beginn des Preissturzes und haben sich innerlich damit abgefunden, an dem dann notwendig werdenden „Lohnabbau“ mitzuwirken. In klarer Erkenntnis dieses ihres Geisteszustandes beginnen die Unternehmer, bei Verhandlungen den Lohnabbau auf die Tagesordnung zu stellen. Dabei leisten ihnen an manchen Orten die mit Zustimmung und auf Wunsch der Gewerkschaften eingesetzten paritätischen Kommissionen zur Feststellung der Preisbewegung gute Dienste. Ueberhaupt verstehen es die Unternehmer sehr gut, die Arbeiter unter Vermittlung der Gewerkschaften für sogenannte „gemeinsame Industrieverbände“ einzuspannen. Wenn auch die Behauptung in der Broschüre des Genossen Losowski über den internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft in der Tschechoslowakei gesetzlich vorgeschrieben sei, auf irrtümlichen Informationen beruht, so bewegt sich doch das ganze Gewerkschaftsleben streng im Rahmen der vollsten *L e g a l i t ä t*.

Die Vermeidung jedes Konflikts mit der Bourgeoisie, die Niederhaltung jedes Angriffsgeistes im Proletariat gilt der Gewerkschaftsbürokratie als oberste Richtschnur ihres Handelns. Schon ein flüchtiger Blick auf die *F i n a n z g e b a r u n g* der Gewerkschaften bestätigt diese Behauptung. Die tschechischen Verbände wiesen im Jahre 1919 Einnahmen in der Höhe von 17,5 Millionen Kronen und Ausgaben in der Höhe von 15 Millionen, einen Vermögensstand von 11,5 Millionen auf. Die reichsten Verbände sind die der Metallarbeiter, Bergarbeiter und Fabrikarbeiter und die Verbände der graphischen Industrie. Die deutschen Verbände wiesen 7,5 Millionen Einnahmen, 4,5 Millionen Ausgaben und 8 Millionen Vermögen auf. Dabei verausgabten die tschechischen Verbände über 1 Million für

Unterstützungen, fast 2 Millionen für Gehälter der Gewerkschaftsbeamten, 1,5 Millionen für die Presse, während die Ausgaben für Kampfzwecke nur einen ganz bescheidenen Teil bilden. Die deutschen Verbände verausgabten für Streikunterstützung nicht mehr als eine halbe Million, wobei zu bemerken ist, daß diese Streikunterstützung fast ausschließlich die beiden Verbände der Bergarbeiter und Holzarbeiter betrifft.

Ein wirksames Mittel zur Beherrschung der Arbeitermassen besitzt die Gewerkschaftsbürokratie in ihrer Presse. Die tschechischen Blätter erscheinen in einer Auflage von über einer halben Million, die deutschen in einer von 300 000. Die meist verbreitetsten derselben sind „Zajmy kovodelniku“, „Zemedelec“, „Na zdar“, „Delnik“ und „Textilnik“ in tschechischer, „Textilarbeiter“, „Metallarbeiter“, „Glückauf“ und „Eisenbahner“ in deutscher Sprache. Dieser ganze große Presseapparat wird systematisch dazu benützt, alle revolutionären Regungen des Proletariats zu verunglimpfen und die Arbeiter zu blindem Vertrauen und Gehorsam gegen die Bürokratie zu erziehen. Wenn über die wirtschaftlichen Zustände geschrieben wird, so geschieht es in einer solchen Art, daß der Arbeiter keinerlei klare Schlüsse zum praktischen Handeln daraus ziehen kann. Die Weltwirtschaftskrise wird nicht als auf kapitalistischem Boden unlösbar, als treibender Faktor zur sozialen Revolution hingestellt, sondern als etwas, was die Kapitalisten der Siegerländer über kurz oder lang zu einer Revision der Friedensverträge und die tschechische Regierung zu einer vernünftigeren Wirtschaftspolitik veranlassen werde. Man könnte viele Seiten damit füllen, aufzuzeigen, wie in dieser Presse das Proletariat systematisch von seinen Aufgaben abgelenkt und zu kleinbürgerlicher Denkart erzogen wird. Als ein besonders krasses Beispiel sei erwähnt, daß in dem Organ der deutschen Gewerkschaftszentrale ein Artikelschreiber die Ansicht darlegte, den Ententekapitalisten sei es bei ihrem Kriege im Osten gar nicht um die Niederwerfung des Bolschewismus, sondern nur um die Sicherung des russischen Absatzgebiets gegen die deutsche Konkurrenz zu tun (!). Alle Versuche der Arbeiterschaft, die Haltung der Gewerkschaftspresse zu ändern, scheitern wie auch alle anderen Versuche, sich der Bevormundung der Bürokratie zu entledigen, an dem festen Zusammenhalten dieser Bürokratie, die um ihr Leben kämpft, und daran, daß vor dem Bestehen einer kommunistischen Partei alle diese Versuche planlos und oft höchst ungeschickt und unbeholfen unternommen wurden.

Eine sehr unangenehme Situation trat für die tschechischen Gewerkschaftsführer in dem Augenblick ein, als die tschechische Sozialdemokratie sich spaltete und alle Elemente, die die Regierungspolitik

der Partei nicht mehr mitmachen wollten, sich in der sogenannten Linken sammelten: Kommunisten, Zentristen und waschechte, aber schlaue Sozialpatrioten. Ihrem ganzen Wesen und ihren Ansichten nach gehörten die Gewerkschaftsführer der Rechten an; aber in dem Bestreben, ihre Stellung in der Gewerkschaft gegenüber den von der Linken beeinflussten Arbeitern zu halten, erklärten sie sich für „Neutralität“, ohne natürlich auch nur daran zu denken, ihre bisherige rechtssozialistische Politik aufzugeben. Sie betrachteten die Neutralitätserklärung einfach als ein glänzendes Mittel, weiteren Erörterungen in den Gewerkschaften aus dem Wege zu gehen.

In einer schwierigen Lage befanden sich diejenigen unter ihnen, die Abgeordnete in der Nationalversammlung waren, wie der Führer der Eisenbahner Brodecki. Unter der Führung dieses abgefeimten Demagogen bildete sich neben dem Klub der Rechten und dem der Linken in der Nationalversammlung ein neuer Klub der Gewerkschaftsvertreter, der sich zu einer zentristischen Partei zu entwickeln scheint.

Praktisch unterscheidet sich die Tätigkeit dieser Leute natürlich durch nichts von der der rechtssozialistischen Politiker, nur daß sie durch ihre radikalen Redensarten die Arbeiter noch mehr verwirren und die Entwicklung zu klarer kommunistischer Erkenntnis noch mehr erschweren als die offenen Sozialverräter. Die deutschen Gewerkschaftsführer bildeten in der sozialdemokratischen Partei die äußerste Rechte und griffen in die Debatte des Karlsbader Parteitages mit einer Erklärung ein, die sich gegen die Anschauungen der kommunistischen Genossen richtete und die sie die Unverfrorenheit hatten, als den Willensausdruck der Tausende von Arbeitern auszugeben, die in den Gewerkschaften organisiert sind. Die Kommunisten versuchten, durch eine kurze und sachliche Erklärung der Beeinflussung der Parteitagsdelegierten, welche zum Teil über die einschlägigen Fragen gar nicht informiert waren, entgegenzuwirken. Seit der Spaltung der deutschen Partei versuchen die Gewerkschaftsführer alles Erdenkliche, um mit List und Gewalt die Arbeiter wieder unter das Diktat der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bürokratie zurückzuführen. Sie verbreiten gegen die Kommunisten gerichtete Broschüren, gründen aus Gewerkschaftsmitteln sozialdemokratische Zeitungen und gehen vor allem daran, die Gewerkschaftsbürokratie von allen als Kommunisten verdächtigen Elementen zu säubern. Dabei gebärden sie sich, ohne ihre tatsächliche Politik im geringsten zu ändern, höchst radikal, lieben es, sich als „Unabhängige“, ja sogar als die „wahren“ Kommunisten zu bezeichnen, die bloß das „Moskauer Diktat“ ablehnen und die „Einheit der Organisationen“ erhalten wollen, und arbeiten damit rüstig an der

Zerstörung der proletarischen Aktionsfähigkeit, wobei es diesen Patentdemokraten nicht im Traume einfällt, den revolutionären Willen der übergroßen Mehrheit der Arbeiter, der sich zu wiederholten Malen deutlich kundgab, als oberstes Gesetz anzuerkennen. Sie identifizieren skrupellos sich mit den Gewerkschaften. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die tschechischen Verbände mit der Kommunistenverfolgung einsetzen werden, und zwar in dem Augenblick, wo sich aus dem Schoß der tschechischen Linken eine wirkliche kommunistische Partei lösen wird.

Daß Gewerkschaften wie die der Tschechoslowakei sich in der Amsterdamer gelben Internationale wie zu Hause fühlen, versteht sich nach dem Gesagten von selbst. Den Arbeitern werden großartige Dinge von der Macht und Größe dieser Internationale erzählt, deren Bezeichnung als einer gelben die Gewerkschaftsbürokraten, freilich mit wenig Erfolg, als eine dem Proletariat angetane Beleidigung hinstellen. Bei der Rückkehr der Delegierten aus London war an der plötzlich einsetzenden planmäßigen Kommunistenhetze deutlich zu ersehen, daß diese Proletariatsverräter dort hauptsächlich nicht den Kampf gegen das Weltkapital, sondern den Kampf gegen den Bolschewismus beraten hatten. Dem Weltkapital bereiteten sie das Vergnügen, ihm ein paar lächerliche und geschraubte Resolutionen vorzulegen; den Bolschewismus aber begannen sie mit einer sonst ganz ungewohnten Energie wirklich zu bekämpfen.

Die Empörung der Arbeiter über das gegenrevolutionäre Treiben der Gewerkschaftsbürokratie erreichte ihren Höhepunkt beim Dezemberstreik. Große Teile des tschechischen und deutschen Proletariats standen, von der Staatsgewalt provoziert, in einem politischen Generalstreik. Die Gewerkschaften beider Nationen verhielten sich in diesem Kampf neutral, d. h. sie spielten die niederträchtige Rolle von Streikbrechern. Dies hat jedoch viel zur Aufklärung der Arbeiter beigetragen.

Heute steht es so, daß die Masse der Arbeiter von tiefem Mißtrauen gegen die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Beschaffenheit erfüllt ist. Schroff und unversöhnlich stehen sich die Bürokratie und die Massen gegenüber, genau so schroff wie Bourgeoisie und Proletariat. Sache der Kommunistischen Partei wird es sein, dieses Mißtrauen in klare Erkenntnis zu verwandeln, die Macht der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie zu zerbrechen, die Gewerkschaften dieses Landes als einheitliche internationale proletarische Kampforganisationen der Moskauer Roten Internationale zuzuführen und sie so der Armee der Weltrevolution einzugliedern.

Von dem Moskauer Kongreß erwarten auch wir einen neuen kräftigen Impuls für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften der Tschechoslowakei.

Es lebe die Rote Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei!

Es lebe die rote Internationale der Industrieverbände!

Anton Hanke.

Sekretär der Eisenbahner, Reichenberg.

Die Verfolgung der Roten Gewerkschaften in Chile.

Die Welle der Reaktion und des weißen Terrors hat ihren Weg auch nach dem fernen Chile gefunden. Die Bourgeoisie dieser kleinen Republik folgte nur dem Beispiel ihrer nordamerikanischen Freunde, als sie beschloß, die roten Gewerkschaften und in erster Reihe die örtliche Verwaltung des Verbandes der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) auszurotten.

Wie wir einem in „New-York Call“ (vom 11. Januar 1921) veröffentlichten Schreiben entnehmen, greifen die herrschenden Klassen in den Kampf, den sie gegenwärtig gegen die revolutionären Arbeiter führen zur Vernichtung von Arbeiterliteratur und der Partei-Druckereien, zur Niederbrennung der Versammlungslokale der proletarischen Organisationen und zur Mißhandlung aller derer, die ihnen in die Hände fallen. Es gilt schon als „Verbrechen“, Mitglied einer fortschrittlichen Arbeiterorganisation zu sein; die „Schuldigen“ werden für vogelfrei erklärt. Zahlreiche Genossen aus den roten Gewerkschaften schmachten in den Gefängnissen von Chile; in dem Gefängnis von Santiago sind über 100 Arbeiter, in Valparaiso 25, und ebenso viele in den Gefängnissen von Concepcion, Iquique, Caleta Buena, Antofagasta, Tosopilla, Punta Arenas usw. eingekerkert.

Die Druckerei und die Redaktion des liberalen Organs „Numen“, der Zeitungen der Anarcho-Syndikalistin „El Surzo“ in Iquique und „La Batalla“ in Valparaiso, die Druckerei des Organs „La Commune“ in Vina del Mar, des Blattes „El Socialista“ und der Tageszeitung des Magellaner Arbeiterverbandes „El Trabajo“ in Punta Arenas sind von Vertretern der Behörden

und einem Mob patriotischer Freiwilliger zerstört worden. Das Lokal der Studentenföderation in Santiago und die Abteilungen der I. W. W. in Santiago und Valparaiso verfielen dem gleichen Schicksal. Die meisten der Verhafteten gehören zur I. W. W.; die gegen sie erhobene Anschuldigung lautet auf Zugehörigkeit zu einer Organisation, die „das Gesetz und die Ordnung gefährdet“.

Unter den Verhafteten in Santiago befinden sich fast alle Mitglieder des Verwaltungsrats der I. W. W. in Chile, sowie die Vertreter des Rats in Numen und Verba Roja, darunter auch die Genossen Valiente und Soza. Die Redakteure zahlreicher Arbeiterzeitungen wurden, „wegen Aufwiegelung zur Empörung und zum Sturz der bestehenden Ordnung“ eingekerkert; so die Genossen Juan Chamorro und Santos Arancitia, Schriftleiter des Organs „Mar y Tierra“ in Valparaiso, der Genosse Juan Vergara, Redakteur der Zeitung „El Surco“. Gegen die Genossen Celedonio Arenas und Rocabarren aus der Schriftleitung des „El Socialista“ und die Mitglieder der Redaktion des Blattes „La Gornada“, Jorquera und Hernandez, ist ebenfalls ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Unter den in Santiago verhafteten Studenten waren die Genossen Pedro Gendulfo und Rigoberto Soto. Beide sind Mitglieder der I. W. W. und zeichneten sich durch heldenhafte Verteidigung des Studentenklubs und der Bibliothek aus, die der Mob in Brand zu stecken versuchte. Beim Angriff auf den Studentenklub zwang man die revolutionären Studenten, die Nationalfahne zu küssen; einige Personen, die sich weigerten, wurden mißhandelt, unter ihnen der Professor der Nationalökonomie Evaristo Molina und der Professor der Philosophie Pedro Leon. An dem Ueberfall auf die Lokale der Arbeiterorganisationen von Valparaiso beteiligten sich Soldaten und die Polizei. Sie drangen in den Versammlungssaal der I. W. W., in dem eine Sitzung stattfand, verprügelten alle Anwesenden und verhafteten sie darauf. Am folgenden Tage behauptete die bürgerliche Presse, man habe im Lokal der I. W. W. Revolver und Sprengstoffe gefunden; die Patrioten müßten deshalb alles daran setzen, die revolutionären Verbände zu vernichten. Ein Mob von Patrioten, Büroangestellten und Geistlichen stürzte noch einmal in das Lokal der I. W. W., zertrümmerte die Einrichtung und vernichtete sämtliche Dokumente.

Das großartige Gebäude der Magellaner Arbeiterföderation wurde um Mitternacht, während einer Volksversammlung, überfallen. Es kam zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit den Soldaten, wobei 30 Arbeiter getötet und 50 verwundet wurden. Die Angreifer, Mitglieder der „Katholischen Föderation“ und der „Patriotischen Liga“ von Chile, sowie Vertreter der Militär- und Zivilbehörden, darunter auch der Gouverneur der Provinz, stellten Maschinengewehre vor dem Gebäude auf und zündeten es an mehreren Stellen zugleich an. Der Feuerwehr wurde verboten, die Flammen zu löschen, sodaß das ganze Gebäude bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Unter den Trümmern fand man viele verkohlte Leichen. Wem es gelungen war, sich aus den Flammen zu retten, der wurde noch an Ort und Stelle, vor dem brennenden Gebäude, ergriffen und verhaftet oder erschossen.

Diese und andere Gewaltakte veranlaßten die Arbeiter jenes ganzen Gebiets, einen Generalproteststreik zu erklären, durch den sie auch das Andenken der Opfer ehren wollten. Der Streik dauerte vier Tage.



*Dokumente
der Internationalen
Kommunistischen
Bewegung*

★

Entschliessung der außerordentlichen allrussischen Konferenz des „Bund“.

Moskau, 5.—11. März 1921.

(Anlässlich des Vorschlags der Kommunistischen Internationale).

Nach Erörterung des von der Kommission der Kommunistischen Internationale ausgearbeiteten und vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bestätigten Entwurfs über die Verschmelzung des „Bund“ mit der Kommunistischen Partei Rußlands, erklärt die außerordentliche Konferenz des „Bund“:

1. Der ganze Bund ist durchdrungen vom einheitlichen und festen Willen, die Reihen des gesamten europäischen kommunistischen Proletariats unter dem Banner jener Partei zusammenzuschließen, deren Programm und Taktik auch das Programm und die Taktik des B u n d ist, der Partei, die von jedem Mitglied des Bund als Führerin der Weltrevolution angesehen wird, und mit der wir uns in gemeinsamem Kampfe und gemeinsamem Aufbau immer enger und enger zusammengeschlossen haben — der Kommunistischen Partei Rußlands.

2. Die gesamte Konferenz ist von der einmütigen und festen Ueberzeugung durchdrungen, daß: wenn das jüdische kommunistische Proletariat in den Reihen der Kommunistischen Partei auf Grund der Vereinigungsplattform organisiert wäre, die von der 12. Konferenz des Bund und von der 2. Parteikonferenz der Vereinigten Jüdischen Sozialistischen Partei aufgestellt worden ist und die Grundlage der Vorschläge bildet, die während der im Laufe des Jahres stattgehabten Verhandlungen mit dem Zentralkomitee des Bund gemacht worden sind, wenn in der

Kommunistischen Partei der Name des Bund bewahrt bliebe, dies den günstigsten Boden für die kommunistische Erziehung der breitesten jüdischen werktätigen Massen in Sowjetrußland, für lebendige Selbstbetätigung und Entwicklung des ganzen jüdischen Proletariats, für die Verwirklichung der proletarischen Diktatur im jüdischen Leben und für die stärkste, weitgehendste Kommunistisierung des jüdischen Proletariats aller Länder schaffen würde.

3. Die gesamte Konferenz ist von der einmütigen und festen Ueberzeugung durchdrungen, daß der Entwurf der Kommission, die die Vorschläge des Bund abgelehnt und die Beibehaltung des Namens Bund verneint hat, gegenwärtig nicht genügend günstige Bedingungen für die Weiterentwicklung der jüdischen kommunistischen Bewegung im Rahmen der Kommunistischen Partei Rußlands schafft und die endgültige Kommunistisierung des Polnischen Bund für eine gewisse Zeit aufhalten kann.

4. Gleichzeitig aber hält es die Konferenz für erforderlich, folgendes festzustellen:

a) Die durch Beschluß des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale festgesetzte Notwendigkeit, die wahrhaftige Einheit aller kommunistischen Kräfte jedes Landes im Rahmen einer kommunistischen internationalen Partei zu verwirklichen, muß für uns in der Epoche der sozialen Revolution das höchste Gesetz sein, dem alle anderen, wenn auch noch so wichtigen Bedürfnisse und Forderungen unterzuordnen sind.

b) Angesichts der vorliegenden Umstände und bei der Stellung, die die K. P. R. in dieser Frage einnimmt, würde eine weitere selbständige Existenz des Bund außerhalb der K. P. R. ihn entweder objektiv, gegen seinen Willen, in die Notwendigkeit versetzen, einen offenen Kampf mit der K. P. R. zu führen, die dann in der Folge einen Teil der unzufriedenen Elemente der jüdischen Arbeiterklasse um sich gruppieren könnte, oder, beim Bestreben, jeglichen Kampf mit der K. P. R. zu vermeiden, würde dies die politische Aktivität des Bund vernichten, seinen Einfluß auf die jüdischen Arbeitermassen lähmen, den Bund in einen geschlossenen Zirkel verwandeln und ihn dadurch der

Möglichkeit berauben, seine kommunistische Pflicht gegen die jüdischen Massen sowohl in Sowjetrußland als auch in den anderen Ländern zu erfüllen.

c) Wie schwer und ungünstig die Bedingungen der jüdischen kommunistischen Arbeit außerhalb der vom Bund vorgeschlagenen Organisationsformen auch sein mögen, diese Arbeit kann nur dann mit Erfolg vor sich gehen, wenn sie restlos aufgeht im allgemeinen Einheitsplan der Tätigkeit der einzigen Trägerin der Sowjetmacht in Rußland — der Kommunistischen Partei Rußlands.

5. Durchdrungen vom festen Glauben an die Lebenskräfte der jüdischen Arbeiterklasse, die, durch die soziale Revolution befreit, zu neuem Schaffen berufen und durch wahrhafte Einheit mit dem gesamten internationalen Proletariat befruchtet worden sind, — ist die Konferenz überzeugt, daß die jüdische Arbeiterbewegung im Rahmen der K. P. R. früher oder später die normalen und richtigen Formen annehmen wird, die der Bund ihr gegeben hat, und daß die weitere Entwicklung des Parteaufbaus der K. P. R. neben einer allgemeinen Festigung des Kommunismus die Verwirklichung dieser Formen zur unvermeidlichen Notwendigkeit machen wird.

In Erwägung aller dieser Umstände beschließt die Konferenz:

Den Vorschlag der Kommission der Kommunistischen Internationale über die Verschmelzung des Bund mit der Kommunistischen Partei Rußlands anzunehmen.

Durch diesen Beschluß tritt der Bund Sowjetrußlands in die Kommunistische Partei Rußlands ein.

Die Durchführung des Beschlusses und die Verwirklichung der Vereinigung wird dem Zentralkomitee des Bund übertragen.

Die Konferenz bevollmächtigt das Zentralkomitee, dem Zentralkomitee der K. P. R. vorzuschlagen, daß es bei der Verwirklichung der Vereinigung die dringende Notwendigkeit in Betracht ziehen möge, die gegenwärtig in der Kommunistischen Partei Rußlands bestehenden Organisationsformen zu erweitern,

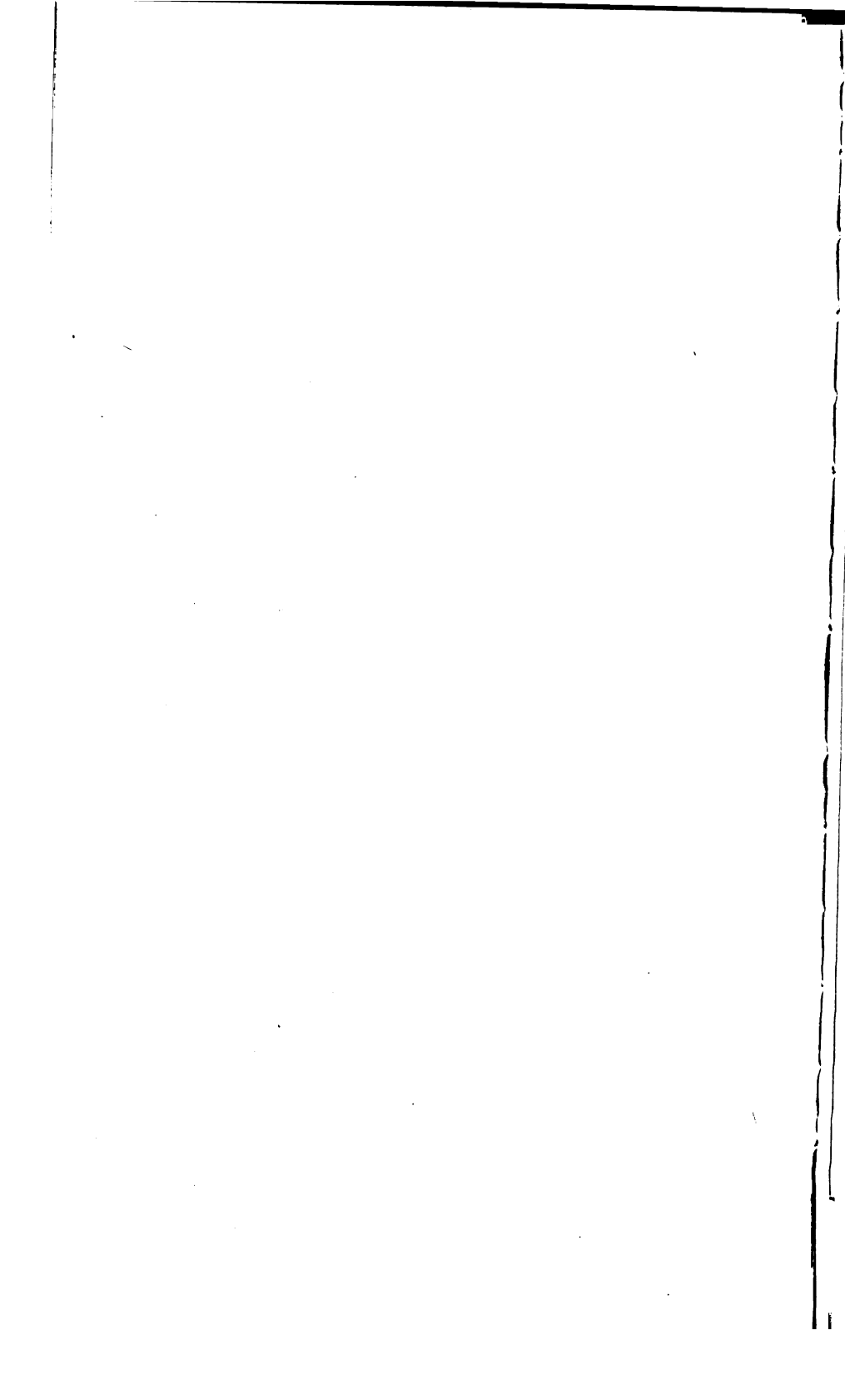
und daß die Frage hinsichtlich des Namens noch einmal geprüft werden möge.

Die Konferenz fordert alle Mitglieder des Bund auf, sich einmütig auf den Boden des Beschlusses für den Eintritt in die K. P. R. zu stellen, um die K. P. R. mit der gesamten kollektiven Erfahrung von mehreren Generationen des proletarischen Kampfes zu bereichern, damit der neu vereinigte Vortrupp des jüdischen Proletariats Hand in Hand mit dem ganzen kommunistischen Proletariat bei täglicher angespannter Arbeit und bei der Verwirklichung der allgemeinen und der jüdischen kommunistischen Aufgaben faktisch imstande ist, in der K. P. R. die weitesten Formen seiner Selbstbetätigung und seines Einflusses auf die jüdischen arbeitenden Massen auszubauen, sowie dazu beizutragen, daß diese Formen möglichst schnell offene Anerkennung in den Reihen der K. P. R. finden.

Die Konferenz fordert alle Mitglieder des Bund auf, diesen Beschluß mit festem, einigem Willen, mit Begeisterung, mit vollem Glauben an die Kräfte des gesamten jüdischen Proletariats durchzuführen, sowie mit vollem Vertrauen zum schöpferischen Gedanken des gesamten internationalen Proletariats Rußlands und unserer einzigen Führerin — der Kommunistischen Partei Rußlands.

In endgültiger Form angenommen mit 47 Stimmen bei 28 Stimmenthaltungen.





*Von der Tätigkeit
des Exekutivkomitees
der Kommunistischen
Internationale*

*

Aus den Protokollen des Exekutivkomitees.

Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, gefaßt auf der Sitzung vom 17. März 1921.

Nach dem Verlesen des Berichts der Vereinigten Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Partei Amerikas erklärt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, daß die Weigerung dieser zwei kommunistischen Gruppen, sich zu vereinigen, ein Verbrechen gegen die Kommunistische Internationale ist.

Bei der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrschenden gewaltigen wirtschaftlichen Krise (400 000 Arbeitslose) und den grimmigen Verfolgungen der Arbeiter, die einen so fruchtbaren Boden für kommunistische Propaganda und Organisationsarbeit bieten, verlieren einige tausend Kommunisten ihre Zeit in Streitigkeiten organisatorischen Charakters, die politisch unbegründet sind und nur die Autorität der Kommunistischen Internationale untergraben.

Im Falle, daß sich die beiden Gruppen bis zum III. Kongreß nicht vereinigen, wird das Exekutivkomitee dem Kongreß vorschlagen, weder die Vertretung der einen, noch der anderen Gruppe zuzulassen.

Das Exekutivkomitee begrüßt den Wunsch einzelner Mitglieder beider Parteien, sich zu vereinigen, und schlägt den Genossen vor, im Falle der Fortsetzung der Sabotage von seiten der Führer die Vereinigung ohne deren Willen durchzuführen.

Das Exekutivkomitee erklärt, daß die jetzige Vertretung der Amerikanischen Partei bis zur Vereinigung beider Gruppen nicht anerkannt werden wird.

*Resolution des Exekutivkomitees der
Kommunistischen Internationale, einstimmig
angenommen in der Sitzung v. 29. April 1921.*

Am 29. April wurde die Lage in der V. K. P. D. von der Exekutive der Kommunistischen Internationale ausführlich besprochen. Ueber die berüchtigte Broschüre Paul Levis herrschte volle Einmütigkeit. Mit flammender Entrüstung sprachen alle Mitglieder der Exekutive über diese Broschüre. Paul Levi ist ein Verräter — das war die allgemeine Meinung. Im Namen des Engeren Büros und der gesamten Exekutive erklärte Sinowjew, es sei eine infame Lüge, daß die Exekutive oder ihr Vertreter die Märzaktion angestiftet habe. Diese Legende braucht die deutsche Gegenrevolution, auf deren Seite Levi sich gestellt hat.

Den kämpfenden und in den Gefängnissen schmachtenden deutschen Brüdern wurde das Gefühl heißester Sympathie und Liebe ausgesprochen.

Am Schluß der Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Nach Prüfung der durch die Märzaktion geschaffenen Lage in der V. K. P. D. erklärt die Exekutive der Kommunistischen Internationale:

1. Was die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Märzaktion anbetrifft, hält es die Exekutive für nötig, diese Probleme wegen ihrer großen internationalen Bedeutung dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu unterbreiten und fordert die deutschen Genossen auf, dafür zu sorgen, daß dem III. Weltkongreß das sämtliche Material zur Verfügung gestellt wird.

2. Die Exekutive hat nicht die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, ob ein außerordentlicher Parteitag der V. K. P. D. vor dem III. Weltkongreß möglich ist. Die Exekutive vermutet aber, daß der jetzt in Deutschland herrschende weiße Terror eine gründliche Vorbereitung und Abhaltung eines solchen Parteitages zur gegebenen Zeit vielleicht unmöglich macht. Sollte die Zentrale der V.K.P.D.

dieser Meinung sein, so fordert die Exekutive alle deutschen Genossen auf, dem Folge zu leisten.

3. In Kenntnis der Broschüre Paul Levis „Unser Weg wider den Putschismus“ billigt die Exekutive der Kommunistischen Internationale den Ausschluß Paul Levis aus der V. K. P. D. und somit aus der Kommunistischen Internationale. Selbst wenn Paul Levi in seiner Beurteilung der Märzaktion sogar zu neun Zehnteln Recht hätte, so müßte er wegen des unerhörten Disziplinbruches und wegen des Stoßes in den Rücken der Partei, den das Auftreten Levis in der gegebenen Lage darstellt, auch in dem Falle ausgeschlossen werden.

4. Die Exekutive hält es für die unbedingte Pflicht aller Mitglieder der V. K. P. D., angesichts der Verfolgungen der Partei durch die Regierung, ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten in geschlossenen Reihen, mit voller Disziplin der wütenden Reaktion die Stirn zu bieten.

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale
Vorsitzender G. Sinowjew.*

Die Mitglieder:

Rußland: Lenin, Trotzki, Buccharin, Radek.

Frankreich: Rosmer.

England: Quelch, Bell.

Ungarn: Bela Kun, Rudnyanszky, Varga

Polen: Walecki.

Bulgarien: Dmitroff, Popow, Schablin.

Finnland: Kuusinen, Manner, Raßja,

Norwegen: Friis.

Oesterreich: Steinhardt.

Holland: Jansen.

Georgien: Zschakaja.

Cettland: Stutschka.

Schweiz: Itschner.

Persien: Sultan Sade.

Die Kommunist. Jugendinternationale: Schatzkin.

Dieser Erklärung schlossen sich auch die neulich aus Amerika eingetroffenen und an der Arbeit des Exekutivkomitees teilnehmenden Vertreter der I. W. W., die Genossen Ww. D. Haywood und Jack Grosby an.

Zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Das Engere Büro des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hat beschlossen:

Der III. Weltkongreß beginnt seine Arbeiten nicht später als am 2. Juni 1921 in Moskau.

Die Exekutive veröffentlicht vorliegendes vorläufiges Verzeichnis der zum Kongreß eingeladenen Organisationen. Dabei weist die Exekutive darauf hin, daß dieses Verzeichnis nur annähernd richtig und sehr unvollständig ist.

Den Kongreß zu beschicken haben auch die kommunistischen Organisationen das Recht, die aus irgend einem Grunde nicht in das Verzeichnis aufgenommen sind.

Rußland: Kommunistische Partei. **Deutschland:** Vereinigte Kommunistische Partei. Kommunistische Arbeiterpartei (mit beratender Stimme). **Frankreich:** Sozialistische Partei Frankreichs. Revolutionäre Minderheit der Syndikate. **Italien:** Kommunistische Partei. Unione Syndicale. Eisenbahnerverband. Seemannsbund. Sozialistische Partei (mit beratender Stimme). **Bulgarien:** Kommunistische Partei. **Polen und Ostgalizien:** Kommunistische Arbeiterpartei Polens. Kommunistische Partei Ostgaliziens. Bund der jüdischen Arbeiter (mit beratender Stimme). **Tschechoslowakei:** Kommunistische Partei Deutsch-Böhmens. Marxistische Linke der tschechischen Sozialisten. Sozialistische Partei der Slowakei (mit beratender Stimme). Internationalistische Sozialistische Partei der ruthenischen Bevölkerung (mit beratender Stimme). **England:** Vereinigte Kommunistische Partei. Linke Unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.) **Amerika:** Kommunistische Partei (Vereinigte). Industriearbeiter der Welt (I. W. W.). **Oesterreich:** Kommunistische Partei. **Ungarn:** Kommunistische Partei. **Jugoslawien:** Kommunistische Partei. Sozialistische Partei des autonomen Gebiets Fünfkirchen. **Ukraine:** Kommunistische Partei. **Finnland:** Kommunistische Partei. **Schweden:** Kommunistische Partei. **Norwegen:** Arbeiterpartei. **Spanien:** Kommunistische Partei. Arbeitskonföderation (Confederacion de los Trabajadores). **Republik des Fernen Ostens:** Kommunistische Partei. **Japan:** Kommunistische Gruppen. **Argentinien:** Kommunistische Partei. Kommunistische Arbeiterföderation (mit beratender Stimme). **Aserbeidshan:** Kommunistische Partei. **Armenien:** Kommunistische Partei. **Georgien:** Kommunistische Partei. **Griechenland:** Kommunistische Partei. **Belgien:** Kom-

munistische Partei. Holland: Kommunistische Partei. Dänemark: Kommunistische Partei. Schweiz: Kommunistische Partei. Arbeiterverbände der Schweizer Städte (mit beratender Stimme). Rumänien: Kommunistische Partei. Lettland: Kommunistische Partei. Estland: Kommunistische Partei. Unabhängige Sozialdemokratie. Persien: Kommunistische Partei von Iran. Australien: Kommunistische Partei. Kanada: Kommunistische Gruppen. Kuba: Kommunistische Gruppen. Mexiko: Kommunistische Partei. Zentralamerika: Kommunistische Gruppen. Uruguay: Sozialistische Partei. Chile: Sozialistische Partei. Java: Kommunistische Partei. Südafrika: Internationale Sozialistische Liga. Litauen: Kommunistische Partei. Portugal: Kommunistische Gruppen. Luxemburg: Kommunistische Partei. Irland: Kommunistische Gruppen. Island: Kommunistische Partei. Türkei: Kommunistische Partei. Chiwa: Kommunistische Partei. Buchara: Kommunistische Partei (mit beratender Stimme). Palästina: Kommunistische Partei (mit beratender Stimme). Indien: Kommunistische Gruppen (mit beratender Stimme). China: Linke Sozialistische Partei (mit beratender Stimme). Kommunistische Gruppen (mit beratender Stimme). Korea: Kommunistische Partei (mit beratender Stimme). Sozialrevolutionäre Partei (mit beratender Stimme).

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale fordert ferner folgende ihr nahestehenden Gruppen auf, Delegationen zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale nach Moskau zu entsenden, um zu Informationszwecken als interessierte Gruppen an den Sitzungen des Kommunistischen Weltkongresses teilzunehmen.

Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands; Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens; Föderation russischer Arbeiter Südamerikas; Allgemeiner Gewerkschaftsbund Griechenlands; Nationales Arbeitersekretariat der Niederlande; Vereinigung der oppositionellen Gewerkschaften Dänemarks; Linke Sozialistische Partei Belgiens (Brüsseler Föderation); Verband der Anarcho-Kommunisten Hollands.

Monatsschau der Kommunist. Internationale März—Mai 1921.

1. März.

Der vierte Tag des fünften Kongresses der Allgemeinen Arbeitskonföderation in Livorno. Dem Generalsekretariat wurde mit 1 453 873 Stimmen gegen 432 558 Stimmen der Kommunisten bei 17 371 Enthaltungen ein Vertrauensvotum gegeben.

Das Zentralkomitee der revolutionären Syndikalisten in Frankreich hat in die Exekutivkommission gewählt: als Mitglieder Tommasi, Gandeaux, Cassani, Bellugues, Gonnot; als Schatzmeister Labonne und als Sekretär Godonnèche. In die Kommissionen für Propaganda und Anwerbung wurden gewählt: als Sekretär Saroléa und als Mitglieder Grandin, Ceppe, Churin und Racamond. In die statistische Kommission wurden gewählt: als Sekretär Voirin und als Mitglieder Sarotte, Brunet, Guillou und Fargues.

In Luxemburg sind die Bergarbeiter infolge der Weigerung der Unternehmer, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, in den Generalstreik getreten.

2. März.

Der fünfte allukrainische Sowjetkongreß hat auf seiner letzten Sitzung den Bundesvertrag zwischen der R. S. F. S. R. und der U. S. F. S. R. bestätigt.

In Luxemburg haben die Bergarbeiter von einigen Unternehmen Besitz ergriffen.

Gegen die in Kuopio erscheinende Zeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands „Wapaa Kansa“ ist wegen der Veröffentlichung des Aufrufs „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden. Der Aufruf fordert die sozialistischen Arbeiterorganisationen auf, über die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale abzustimmen.

3. März.

Der sechste und letzte Tag des fünften Kongresses der Allgemeinen Arbeitskonföderation in Livorno.

Die Resolution über den Anschluß an den Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften (unter der Bedingung, mit der sozialistischen Partei in Verbindung zu bleiben) und über den Austritt aus der Amsterdamer Internationale (abhängig von den Beschlüssen, die auf dem bevorstehenden Moskauer Kongreß gefaßt werden) wurde mit 1 354 226 Stimmen gegen 418 425 Stimmen bei 27 347 Enthaltungen angenommen.

In Paris wurde Camille Fégy als Ministrativ-Sekretär der nationalen Föderation der sozialistisch-kommunistischen Jugend (Fédération Nationale des Jeunesses Communistes) verhaftet, der des Staatsverrats angeklagt wird.

In Luxemburg sind die französischen Truppen gegen die Bergarbeiter in Aktion getreten.

In Coventry wurde der Vorsitzende des organisatorischen Komitees der Kommunistischen Partei Großbritanniens Emery verhaftet, der des Staatsverrats angeklagt wird.

In Glasgow begann das Gerichtsverfahren gegen die Mitglieder der Kommunistischen Partei Großbritanniens Douglas Maclesh und John Hamilton Patry, den Verfasser des inkriminierten Artikels, und Hendrew Flemin, Besitzer der Druckerei.

Die Versammlung der Mitglieder des marxistischen linken Flügels der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei in Brünn hat sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale erklärt und ein Vertagen des Parteikongresses von Ostern bis Pfingsten gefordert, um die erforderlichen Vorbereitungen treffen zu können.

4. März.

Die Berliner „Rote Fahne“ veröffentlicht den Aufruf der Zentrale der V. K. P., die das deutsche Proletariat zum Sturz der Regierung und zum Bündnis mit Sowjetrußland, zum Kampf gegen die Forderungen der Entente aufruft.

5. März.

In Zürich wurde der Vereinigungsparteitag des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (5 483 Mitglieder) und der Kommunistischen Partei der Schweiz (873 Mitglieder) eröffnet.

Der Kasseler Prozeß der Kommunisten endete mit der Verurteilung Klinkmüllers zu neun Monaten Gefängnishaft, der Genossen Zaisser und Schröer zu vier Monaten und Harbich und Rabbich zu zwei Monaten. Küster und Lohagen wurden freigesprochen.

6. März.

Der Parteitag in Zürich wurde geschlossen. Beide Parteien vereinigten sich in eine einheitliche Organisation unter dem Namen: Kommunistische

Partei der Schweiz, Sektion der Kommunistischen Internationale. In die Zentrale wurden folgende Genossen gewählt: Vorsitzender: Franz Welti und Mitglieder: Kündig, Sulzbachner, Rosa Grimm, Handschin, Herzog, Platten, Maag und Humbert-Droz. Die Sitzungen der Zentrale werden in Basel stattfinden. Zum Vorsitzenden der Kontrollkommission, die in Zürich tagen soll, wurde Konrad Wyss gewählt. Ins Schiedsgericht wurden gewählt: Konrad Wyss, Wiesendanger, Traber, Huber und Jordi.

Bei den Gemeindewahlen in Belgrad erhielten die Kommunisten 10 Mandate, die Sozialisten 3 und die bürgerlichen Parteien 32.

In Berlin wurde die Reichskonferenz der Freien Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten) eröffnet.

In Berlin fand auf Initiative der V. K. P. eine Massendemonstration statt unter der Losung: „Nieder mit dem Doppeljoch der ausländischen und deutschen Unterdrücker.“

In Saint-Quen, unweit Paris, fand eine Massendemonstration als Protest gegen den Krieg statt.

In Karolinenthal tagte die Konferenz des marxistischen linken Flügels der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei. Trotz der Schwankungen Bogumil Smerals wurde fast einstimmig beschlossen, die Arbeiten zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei weiterzuführen. Auf Verlangen der Brüner Genossen wurde der Parteitag von Ostern auf Pfingsten vertagt.

7. März.

Der Kongreß der Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands im südlichen Teil des Wahlbezirkes Abo erörterte die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale, die als einige Kampforganisation der Arbeiterklasse, aufgebaut auf der klaren und festen Grundlage des Klassenkampfes, anerkannt wurde. Es wurde beschlossen, energisch ans Werk zu gehen, um die Mitglieder mit den 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale bekannt zu machen.

In Toulon verurteilte das Militärgericht den Matrosen Badin zu 16 Jahren Zuchthaus für die Teilnahme an dem Protest der Seeleute des Schwarzen Meeres gegen den Krieg mit Sowjetrußland.

In Berlin wurde die Reichskonferenz der Freien Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten) geschlossen.

8. März.

Sowjetrußland feiert den internationalen Frauentag.

In Moskau wurde der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands eröffnet.

Auf der Sitzung der Zentrale der Französischen Sozialistischen Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale), der Tommasi von dem Verband der Seinesyndikate beiwohnte, wurde beschlossen: 1. in dem Parteiorgan, in der Deputiertenkammer und auf Volksversammlungen eine tatkräftige Propaganda gegen die Kriegsgefahr zu betreiben; 2. aus Vertretern der Partei, des Verbandes der Seinesyndikate und der revolutionären Organisationen ein Wachkomitee (Comité de Vigilance) gegen den Krieg zu organisieren; 3. in kürzester Frist eine internationale Konferenz zur Koordinierung der Aktionen des französischen, deutschen, englischen und italienischen Proletariats zu schaffen. Von der Partei wurden in das Wachkomitee delegiert: Frossard, Cachin, Vaillant-Couturier, Treint, Cartner und Daniel Renault.

9. März.

Der Verband der Seinesyndikate, die Sozialistische Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale), der Verband der Anarchisten, die Republikanische Assoziation der Kriegsveteranen, die Föderation der Arbeitsinvaliden, der Verband zur Unterstützung der Kriegervitwen, die Nationale Föderation der Kommunistischen Jugend und das Soziale Schutzkomitee beschlossen, ein Aktionskomitee zur Verhinderung des Krieges zu organisieren.

Zu Vorsitzenden der Fraktion der V. K. P. D. im preußischen Landtag wurden gewählt: Adolf Hoffmann, Ernst Meyer und Oskar Rusch.

Der Prozeß gegen die Kommunisten in Brünn (Tschechoslowakei) schloß mit der Verurteilung der Redakteure des „Rownost“, Karl Votava und Burian, zu je 10 Jahren, von drei Personen zu je 8 Jahren, von zwei zu je 6 Jahren und einer ganzen Reihe von Personen zu je 8 Monaten schweren Kerkers.

In Mülhausen, Kolmar, Straßburg, Metz, Markkirchen (Sainte-Marie-aux-Mines) wurden Führer der Kommunistischen Gruppen und der Jugendorganisationen verhaftet.

10. März.

Auf Anregung der V. K. P. D. fanden in Berlin Massenkundgebungen statt unter der Losung: „Gegen die einheitliche nationale Front, für die einheitliche proletarische Front.“

11. März.

Die an der Gründung der Aktionskomitees beteiligten Organisationen beriefen ins Gewerkschaftshaus in Paris eine Versammlung ein, der 6000

Arbeiter beiwohnten. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Kriege die Revolution entgegenzustellen.

Der Prozeß gegen die Kommunisten in Essen schloß mit der Freisprechung der 14 Angeklagten.

12. März.

In Reichenberg fand eine Konferenz der deutschen Kommunistinnen Tschechiens statt. Als Gäste wohnten der Konferenz bei: Meyerova von der tschechischen Linken und Bertha Braunthal von dem Reichssekretariat zur Arbeit unter den Frauen der V. K. P. D. In das Zentralorgan zur Arbeit unter den Frauen wurden gewählt: Joska, Maria Sponer, Käthe Fischer, Schreiter, Reidel, Jindra, Franz, Mann und Wünsch.

In Reichenberg wurde die erste Konferenz des linken Flügels der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei eröffnet. Der Konferenz wohnten bei: Walter Stöcker (Deutschland), Josef Strasser (Oesterreich), Smeral und Skalak (tschechische Linke), Josef Garby (Sozialistische Arbeiterpartei der ruthenischen Karpathen), Wenzel Hula und Neumann (Slowakei).

13. März.

Im zweiten Wahlbezirk von Paris wurden zwei Kandidaten des Nationalblocks in die Deputiertenkammer gewählt; sie erhielten 70 000 Stimmen. Für die Kommunisten Lorient und Souvarine wurden insgesamt 58 000 Stimmen abgegeben.

Landtagswahlen in Mecklenburg. Die bürgerlichen Parteien erhielten 165 188 Stimmen (statt 166 449 im Juni 1920) — 34 Mandate (statt 33), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 130 291 Stimmen (statt 128 479) — 26 Mandate (wie früher), die U. S. P. D. 2 438 Stimmen (statt 24 576) — kein einziges Mandat (statt 5), die V. K. P. D. 14 509 Stimmen (statt 1 178) — 3 Mandate (im früheren Landtag kein einziges).

In Saint-Etienne (Frankreich) fand ein Kongreß der Lederarbeiter statt, auf dem die Gewerkschaften von 8 Departements vertreten waren. Der Kongreß protestierte gegen den Ausschluß der revolutionären Minderheit. Eine Resolution, die den Anschluß an den Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften fordert, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

14. März.

In Prag tagte die Frauenkonferenz der marxistischen Linken der Sozialdemokratischen Partei Tschechiens, Mährens und der Slowakei.

Nach dem Bericht der Delegierten von der Frauenkonferenz der deutschen Kommunistinnen Tschechiens in Reichenberg, Genossen Meyerova

und der Genossin Grimmichova, nahm die Konferenz einstimmig die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale an.

Die Konferenz in Reichenberg nahm einstimmig ohne Debatte eine Resolution an, die Organisation künftig „Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Deutsche Abteilung (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ zu nennen. In Erwartung der Gründung einer einheitlichen internationalen kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei wurde beschlossen, die Beziehungen zur tschechischen Linken in freundschaftlichem Sinne, den Hinweisen der Exekutive der Kommunistischen Internationale entsprechend, zu regeln.

Walter Stöcker, der der Reichenberger Konferenz beiwohnte, wurde aus der Tschechoslowakei ausgewiesen.

15. März.

Die Brüsseler Polizei hielt in dem Redaktionslokal des „L'Exploité“ Haussuchung.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (deutsche Abteilung) konstituierte sich wie folgt: Vorsitzende der Parteivertretung: Karl Kreibich, Beuer und Legler, Schatzmeister: Joska, stellvertretender Schatzmeister: Kreutz. In den Vollzugausschuß des Parteibüros wurden gewählt: Karl Kreibich, Neurath, Joska, Sitte und Kreutz.

16. März.

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands wurde geschlossen. Das neue Zentralkomitee besteht aus 25 Mitgliedern: Artem, Bucharin, Dzierzhinski, Frumse, Jaroslawski, Kalinin, Kamenew, Komarow, Kutusow, Lenin, Michailow, Molotow, Orshanikidse, Petrowski, Radek, Rakowski, Rudsutak, Rykow, Schljapnikow, Sinowjew, Stalin, Tomski, Trotzki, Tuntul und Woroschilow und den Kandidaten Gussew, Kirow, Kisseljew, Kuibyschew, Miljutin, Ossinski, Pjatakow, Salutzki, Schmidt, Selenski, Smirnow, Sulimow, Tschuba und Uglanow. In die Zentralkontrollkommission wurden gewählt Kirow, Kutschmenko, Semjon Schwartz, Sedoi (Litwin), Smidowitsch, Solz und Tschelyschew.

In Moskau wurde zwischen Sowjetrußland und der Türkei ein Vertrag über die Herstellung freundschaftlicher und kameradschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern unterschrieben.

In London wurde der Handelsvertrag zwischen Sowjetrußland und Großbritannien unterzeichnet.

17. März.

Der Prozeß gegen die Mitglieder des Komitees der Kommunistischen Internationale: Lorient, Monatte, Souvarine und Monmoussiau, gegen die

Mitglieder der Kommunistischen Partei Sigrand, Bott und Ribilloud und die Mitglieder der Kommunistischen Sowjetföderation Hanot, Lebourg und Giraud schloß mit der Freisprechung der Angeklagten.

Die Parteikonferenz der V. K. P. D. beschloß auf der erweiterten Sitzung in Berlin einstimmig, daß die Schwierigkeiten, die der Regierung durch das Plebiszit in Oberschlesien und die Forderungen der Entente, sowie durch die Provokation des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hörsing, entstanden sind, erfordern, daß das Proletariat sich zum Kampf gegen die Bourgeoisie bereit halte.

In Berlin fand vor dem Rathaus eine Massenkundgebung der Arbeitslosen statt.

18. März.

Der fünfzigste Jahrestag der Pariser Kommune.

In Kutais wurde zwischen der demokratischen Regierung Georgiens und dem georgischen Revolutionskomitee ein Abkommen geschlossen. Die Feindseligkeiten werden unverzüglich eingestellt; die frühere Regierung gibt den von ihr besetzten Teil des Territoriums frei und zieht sich von der Macht zurück; die Armee wird entwaffnet. Das Revolutionskomitee gewährleistet den Mitarbeitern der gestürzten Regierung volle Amnestie.

In Riga wurde der Friedensvertrag zwischen Polen einerseits und Sowjetrußland und der Ukrainischen Sowjetrepublik andererseits unterschrieben.

Die von den dänischen Unternehmern erklärte Aussperrung trat in Kraft. 50 000 Arbeiter, hauptsächlich aus der Textil- und der metallurgischen Industrie, wurden auf das Pflaster geworfen.

In Berlin wurde die Morgenausgabe der „Roten Fahne“ wegen des Artikels „Eine klare Antwort an Kahr“ beschlagnahmt.

19. März.

In Berlin wurde die Morgenausgabe der „Roten Fahne“ wegen eines Auszugs aus dem Artikel vom 18. März „Eine klare Antwort an Kahr“ beschlagnahmt.

20. März.

In London fand auf Anregung der Kommunistischen Partei eine Massenprotestkundgebung gegen die Verfolgungen der Kommunisten statt. Auch in anderen Städten Englands, wie Ulmstow, Dundee usw. wurden Protestversammlungen veranstaltet.

Angesichts der Besetzung des Industriebezirks Mansfeld durch die Polizei unter dem Vorwand der Bekämpfung der wachsenden Kriminalität stellten die Mansfelder Arbeiter den Polizeiaufgeboten Hörsings ein Ultimatum. Nach Ablauf der Frist des Ultimatums rief der kommunistische

Teil der Arbeiterklasse als Antwort auf den Beginn der weißgardistischen Kampagne zu einem Generalstreik auf.

In Zürich fand eine Konferenz von 24 Arbeiterunions der Schweiz statt, die 90 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertraten. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der Kommunist Fr. Schneider (Basel) gewählt. Auf seinen Bericht hin wurde eine Resolution über den Zusammenschluß aller revolutionären Organisationen angenommen, die außerhalb der Gewerkschaften gegen den Kapitalismus kämpfen.

In Rumberg fand eine Bezirkskonferenz der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Tschechiens statt. Für die kommunistischen Richtlinien wurden 39 Stimmen abgegeben, für die sozialdemokratischen 49; Stimm Enthaltungen 33. Die Kommunisten hielten daraufhin unter Führung von Alois Neurath eine selbständige Konferenz ab, auf der ein provisorischer Bezirksausschuß gewählt wurde.

21. März.

Der Allrussische Zentrale Vollzugsausschuß beschloß, die Lebensmittel- und Rohstoffumlage durch die Naturalsteuer zu ersetzen. Ueber die Lebensmittel-, Rohstoff- und Futtermittelvorräte, die die Landwirte nach Entrichtung der Steuer nachbehalten, dürfen sie frei verfügen.

Der Vorstand der Hamburger V. K. P. D. rief die Arbeiterklasse auf, von der Regierung unter Androhung eines Generalstreiks die Entwaffnung der Orgesch zu fordern. Die Arbeitslosen wurden aufgerufen, von den Betrieben Besitz zu ergreifen.

22. März.

Aufstand in Mitteldeutschland. In Marienwerder, wo die Polizei die streikenden Betriebe besetzte, wurde der Generalstreik erklärt. Die Kommunisten ergriffen Besitz von den Leunawerken bei Merseburg in Sachsen. Die Streikbewegung dehnte sich auf die Arbeiter von Eisleben aus. Nachts kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und den Streikbrechern.

In Paris wurden Amedée Dunois und O. Ker nach 45tägiger Haft freigelassen.

23. März.

Im Innern der Stadt Hamburg, auf den Hamburger Werften in St. Pauli und in Hammerbrook fanden zwischen den Kommunisten und der Polizei blutige Zusammenstöße statt. Eine Gruppe von Arbeitern bemächtigte sich der Werft von Blohm & Voß. Bei ihrem Versuch, in die Stadt zu gelangen, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ueber Hamburg wurde der

Ausnahmезustand verhängt. Abends wurde die „Hamburger Volkszeitung“ beschlagnahmt und zeitweilig verboten.

In Sachsen wurden in das Dresdner Landgerichtsgebäude, das Freiburger Gerichtsgebäude und die Rathäuser in Rodewisch und Auerbach Bomben geworfen. In der Nacht auf den 24. März wurde der Ausnahmezustand über Sachsen verhängt.

Eisleben und Umgegend befinden sich in den Händen der Arbeiter. Die Bewegung dehnt sich über ganz Mitteldeutschland aus.

24. März.

Die Hamburger Werften wurden den Arbeitern entrissen. In Hamburg und Umgegend ist die „Ordnung“ wiederhergestellt.

Eisleben ist nach erbitterten Straßenkämpfen von der Polizei besetzt worden. Die Kämpfe dauern in der Umgegend der Stadt fort.

Das Ruhrorgan der V. K. P. D. „Ruhr-Echo“ rief die Arbeiter auf, auf die Straße zu gehen.

In München wurde der Schriftleiter der „Neuen Zeitung“, Wendelin Thomas, wegen Aufruf zur Revolution verhaftet.

Der Allrussische Zentrale Vollzugsausschuß beschloß, die Zentral- und Lokalkomitees für allgemeine Arbeitspflicht aufzuheben. Die Aufnahme und die Verteilung der Arbeitskräfte auf der Grundlage der allgemeinen Arbeitspflicht werden dem Volkskommissariat für Arbeit und seinen lokalen Abteilungen auferlegt. Die Abteilungen für Arbeitsschutz und Arbeitsnormierung gehen von dem Volkskommissariat für Arbeit zum Allrussischen Gewerkschaftsrat über.

Der Prozeß gegen die Teilnehmer des Aufstandes in Kralup schloß mit der Verurteilung von Süßmilch zu 15 Jahren, Cvancai, Pokorny und Linhard zu 4 Monaten schweren Kerkers; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

25. März.

Die Bewegung in Mitteldeutschland greift immer mehr um sich. In Dresden wurde in das Gebäude des Organs der Unabhängigen eine Bombe geworfen.

In Berlin wurde die ganze Auflage der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ beschlagnahmt.

Unruhen in Westfalen.

In Stockholm wurde der IV. Parteitag der Linkssozialdemokratischen Partei Schwedens eröffnet. Die Ergebnisse der Parteiabstimmung über die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale wurden bekanntgemacht: 5400 Stimmen wurden für und ungefähr 1500 gegen die Bedingungen abgegeben. Der Parteitag nahm mit 173 Stimmen gegen 34 Stimmen eine

Resolution über den bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale an. Die Mitglieder, die gegen die Resolution stimmten, werden als aus der Partei ausgetreten betrachtet. In das Zentralkomitee wurden wieder gewählt: Karl Kilbom, S. Höglund, C. N. Carlesson, F. Ström zu Sekretären und A. Svenson als Schatzmeister; neu gewählt wurden Gerd Linruth und Sigvard Cruse. Die von J. Wennerström geführte Minderheit, die aus der Partei ausgeschlossen wurde, gründete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Schwedens.

In Christiania wurde der Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei eröffnet.

26. März.

Der Aufstand in Mitteldeutschland: Mansfeld, Klostermansfeld, Helba und Hettstädt wurden von der Polizei eingenommen.

Widerhalle des Aufstands. Die Münchener „Neue Zeitung“ wurde beschlagnahmt und wegen Aufruf zur Aktion zeitweilig verboten. In Berlin kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Unruhen in Westfalen.

Der zweite Tag des IV. Parteitags der Linkssozialdemokratischen Partei Schwedens. Die Partei nimmt mit 100 gegen 64 Stimmen die Benennung „Kommunistische Partei Schwedens“ (Sektion der Kommunistischen Internationale) an.

Der zweite Tag des Parteitags der Norwegischen Arbeiterpartei. Mit 281 gegen 25 Stimmen wurde eine Resolution über die Anerkennung der 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale angenommen. 20 Delegierte mit Lian an der Spitze wahrten die Parteidisziplin und ordneten sich dem Beschluß des Parteitags unter. Die übrigen 5 wurden aus der Partei ausgeschlossen.

In Paris wurde Fégy nach zweiwöchiger Haft freigelassen.

27. März.

Der Aufstand in Mitteldeutschland: Terroristische Handlungen in verschiedenen Orten. Ueber Halle wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Der „Klassenkampf“, der „Rote Kurier“ sowie alle Druckschriften, die zum Klassenkampf und zum Widerstand gegen die Behörden aufrufen, wurden verboten.

In Southport wurde der Parteitag der S. L. P. eröffnet.

In Limoges wurde der XIX. Kongreß der Nationalföderation der Angestellten eröffnet. Mit 110 gegen 31 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen wurde ein Vertrauensvotum für die Allgemeine Konföderation der Arbeit angenommen. Der Ausschluß der Verbände der Buchhalter, der Handelsreisenden und der freien Lehrer des Pariser Bezirks aus der Föderation

wurde mit 94 Stimmen gegen 44 bei 5 Stimmenthaltungen bestätigt. Die revolutionäre Minderheit legte Protest ein, da sie nur den bevorstehenden I. ilier Kongreß der Allgemeinen Konföderation der Arbeit zum Ausschluß berechtigt hält.

28. März.

Der zweite Tag des Parteitags der S. L. P. in Southport. Der Beitritt zur Kommunistischen Internationale wurde mit 521 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Der linke Flügel beschloß, sich der Kommunistischen Partei anzuschließen.

Der Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei wurde geschlossen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Kyrre Grepp gewählt, zum Vizevorsitzenden Emil Stang. Schefflo wurde in die Exekutive der Kommunistischen Internationale delegiert. Tranmael wurde zum Schriftleiter des Zentralorgans der „Parteisozialdemokraten“ bestimmt.

Der Aufstand in Mitteldeutschland. In der Nacht auf den 29. März wurden unter den Kommunisten in Dresden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter anderen wurden die zwei Brüder Lewinsohn und Heine mann verhaftet.

Aktion in Rheinland-Westfalen. Die Städte Gevelsberg und Velbert wurden von den Kommunisten besetzt. In vielen Orten haben die Arbeiter von den Betrieben Besitz ergriffen. Die Streikbewegung greift auf das linke Rheinufer über.

29. März.

Der Aufstand in Mitteldeutschland: Am frühen Morgen entriß die Polizei den Arbeitern die Leunawerke bei Merseburg.

In Prag begann der Prozeß gegen Jaroslaw Handlir, Karl Richter, Karl Herrmann, Bretislav Hula, Anton Zapotocky, Alois Muna, Franz Naprstek, Wenzel Stadnik, Ales Sunda, Franz Pavel, Karl Herynk, Josef Benak, Josef Macak und Mikulas Mlcoch. Die Anklage, die mit der größeren Aktivität der Kommunistischen Bewegung im Dezember 1920 zusammenhängt, lautet auf Hochverrat.

30. März.

Der Aufstand in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet: Schkeuditz wurde von den Arbeitern besetzt. Die Arbeiter mußten die Städte Gröbers und Delitsch aufgeben.

In Berlin wurde der Kommunist Wilhelm Sylt verhaftet.

Die Versammlung der aktiven Mitglieder der marxistischen Linken der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei in Brünn erklärte

sich mit dem deutschen Proletariat in seinem Kampf gegen den Kapitalismus solidarisch.

31. März.

Der Kommunist Wilhelm Sylt wurde in Berlin „bei einem Fluchtversuch“ verwundet. Er starb in der Nacht auf den 1. April.

In Stockholm fand unter Vorsitz von Kilbom ein Kongreß der Anhänger der zum Propagandaverband zusammengeschlossenen revolutionären Gewerkschaften statt. Der Kongreß beschloß den bedingungslosen Beitritt zum Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften.

1. April.

In England streiken die Bergarbeiter.

Anlässlich der Unterdrückung der Streik- und Aufstandsbewegung wandte sich die Zentrale der V. K. P. D. mit einem Aufruf an das deutsche Proletariat.

Wegen Aufruf zum Klassenkampf und zum Hochverrat wurden das Reichstagsmitglied Wendelin Thomas und der Vizevorsitzende des Südbayrischen Vorstandes der V. K. P. D., Friedrich Dreßler, von dem Münchener Gerichtshof zu je 2 Jahren und der Schüler Wagerer zu 1 Jahr Gefängnishaft verurteilt.

2. April.

An der italienischen Riviera wurden unter den des „Bolschewismus“ verdächtigen Russen, Ungarn und Polen Verhaftungen vorgenommen.

3. April.

Paul Levi hat seine Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“ in Druck gegeben.

In Marseille wurde der Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsausschüsse Süd- und Ostfrankreichs eröffnet. Es wurde beschlossen, den Moskauer Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale zu beschicken.

Der Kongreß der Syndikatenföderation des Departements Iser in Voiron legte gegen den Ausschluß der revolutionären Minderheiten Protest ein.

4. April.

In Sheffield wurde die Konferenz des Linken Gewerkschaftsflügels eröffnet. Es sind vertreten: die Shop Steward Committees, die Bergarbeiterkomitees, die schottländischen Arbeiterräte und andere revolutionäre

Verbände. Auf der Tagesordnung stehen der Anschluß an den Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften, die Sozialisierung der Unternehmen, die Arbeitslosigkeit, die Weltrevolution und die Organisation eines linken Flügels der Gewerkschaftsbewegung.

In Florenz wurde die Sitzung des Nationalrats der proletarischen Liga der Kriegsoffer eröffnet. Das von dem Kommunisten Seassaro beantragte Mißtrauensvotum gegen den Vorstand der Liga erhielt 9233 Stimmen gegen 12 155.

In Paris wurden Maurice Lapore und William nach 7wöchiger Haft in Freiheit gesetzt.

In München wurde der frühere Polizeichef Rätēmünchens, Köbel, verhaftet. Er wird angeklagt, Flugblätter herausgegeben zu haben.

5. April.

In Magdeburg begann der Prozeß gegen Vater und andere 24 Personen, die angeklagt sind, Kampffaktionen vorbereitet zu haben.

Die Streikbewegung am linken Rheinufer wurde eingestellt.

Da die Gewerkschaftsbürokratie in Dänemark mit den Unternehmern ein Abkommen über Einstellung des Lockouts geschaffen hat, ruft „Arbejdet“ die Arbeiter auf, die alten Führer zu verjagen und neue zu wählen.

6. April.

Bei der Beerdigung von Wilhelm Sylt fand in Berlin unter Beteiligung der U. S. P. D. eine Massenkundgebung statt.

In Hamburg wurde die Unantastbarkeit der Mitglieder des örtlichen Parlaments Lindau, Bästlein, Köppen und Zöllner aufgehoben.

7. April.

Der Rat der Volkskommissare Sowjetrußlands beschloß, den Konsumgenossenschaften das Recht des Austausches und des Auf- und Verkaufs der Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Klein-gewerbe- und Heimindustrieerzeugnisse zu gewähren.

Der Rat der Volkskommissare Sowjetrußlands beschloß, ab 1. Mai d. J. die Beschränkung des Erwerbs bei Prämien- und Akkordlohn aufzuheben.

Der Rat der Volkskommissare Sowjetrußlands beschloß, für die Arbeiter der wichtigsten Industriezweige die Naturalprämierung einzuführen. Sie wird in der Weise geschehen, daß die Arbeiter einen Teil der von ihnen produzierten Ware zum Austausch gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse durch die Genossenschaften erhalten.

In Florenz fiel ein Mitglied der Kommunistischen Parlamentsfraktion einem Ueberfall durch die Fascisten zum Opfer.

Der Zentralausschuß der V. K. P. D. billigte mit 26 Stimmen gegen 14 die von der Zentrale anlässlich der Märzaktion aufgestellten Leitsätze. Eine Resolution, die die Aktion verurteilte, wurde mit 44 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Sievers, der sich auf den Standpunkt der Minderheit stellte, trat aus dem Zentralausschuß aus. Die Zentrale wurde bevollmächtigt, Organisationsmaßnahmen zu treffen, um die Partei in volle Kampfbereitschaft zu bringen.

8. April.

Der Magdeburger Prozeß gegen die Kommunisten schloß mit der Freisprechung von Vater und acht anderen Angeklagten. Jakobs wurde zu 10 Jahren, 3 Personen zu je 6 Jahren, eine Person zu 4 Jahren und 9 zu je 3 Monaten Gefängnishaft verurteilt.

Der Organisator der Kommunistischen Partei in Mittelengland, Steward, wurde wegen Aufruf der Bevölkerung zum Aufstand verhaftet.

In Sarreguemines wurde der Kongreß der Eisenbahner Elsaß-Lothringens eröffnet.

9. April.

In Madrid wurde der Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens eröffnet.

10. April.

Der Kongreß der Eisenbahner in Sarreguemines wurde geschlossen. Mit 8698 Stimmen gegen 4453 bei 566 Stimmenthaltungen wurde eine Resolution angenommen, in der gegen den Ausschluß der Kommunisten durch das Nationalkomitee der allgemeinen Konföderation der Arbeit Einspruch erhoben und die von dem Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften durchgeführte Taktik der Vereinigung als die einzig richtige anerkannt wird.

12. April.

In Berlin wurde die Ausgabe der „Roten Fahne“ wegen eines Artikels gegen die Standgerichte unter dem Titel „Die Henkerjustiz“ beschlagnahmt.

Auf der Abendsitzung des Madrider Kongresses der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens kam es nach der Verlesung eines Schreibens des Vorsitzenden der Partei, Pablo Iglesias, das die Annahme der 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale ablehnt, zu Unruhen, die die Einmischung der Polizei und die verfrühte Schließung der Sitzung herbeiführten.

13. April.

Der Madrider Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens lehnte mit 8808 Stimmen gegen 6025 den Anschluß an die Kommunistische Internationale ab. Die Minderheit verließ den Parteitag, um eine selbständige Organisation unter der Benennung „Kommunistische Arbeiterpartei“ zu gründen.

Der Prager Prozeß gegen die Kommunisten schloß mit der Verurteilung von Zapotocky zu 18, Muna zu 12, Stadnik, Herynk und Mlcoch zu je 8, Naprstek zu 7 und Richter zu 6 Monaten schweren Kerkers. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

In Berlin begann das Gerichtsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Scholem; er wird des Hochverrats angeklagt.

14. April.

Ein in der Berliner „Roten Fahne“ veröffentlichter Aufruf der Zentrale der V. K. P. D. bezeichnet den Verrat durch die Sozialdemokraten als Ursache der letzten Niederlage.

Das Reichstagsmitglied und Mitglied des Hamburger Parlaments Hermann Reich wurde wegen Sabotierung der Märzaktion aus der V. K. P. D. ausgeschlossen.

Zum Volkskommissar für Verkehrswesen wurde an Stelle von A. I. Emschanow F. E. Dersshinski unter Belassung in allen seinen bisherigen Aemtern ernannt.

15. April.

Die Zentrale der V. K. P. D. schloß Paul Levi aus der Partei aus und verpflichtete ihn, sein Mandat im Reichstag infolge groben Vertrauensbruches und Zufügung schweren Schadens an die Partei aufzugeben.

In Berlin wurde der Landtagsabgeordnete Schneider verhaftet, aber bald wieder freigelassen. In der Nacht auf den 16. April wurde Max Hölz verhaftet.

Haussuchung im Lokal des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens in Mailand.

In Moskau haben die Wahlen zum Moskauer Arbeiter- und Rotaristendeputiertenrat begonnen.

16. April.

Otto Braß, Ernst Däumig, Kurt Geyer, Adolf Hoffmann, Klara Zetkin, Paul Eckert, Heinrich Malzahn und Paul Neumann erklärten, die Zentrale der V. K. P. D. sei durch die Organisierung des März-„Putsches“ von den

Grundsätzen der Kommunistischen Internationale abgewichen; sie seien mit Paul Levi solidarisch. Die Zentrale antwortete, daß die Märzaktion die Sanktion der Exekutive der Kommunistischen Internationale erhalten habe.

18. April.

Der außerordentliche Kongreß der sozialistischen Jugend Spaniens beschloß mit 3026 Stimmen gegen 440, der Kommunistischen Jugendinternationale beizutreten und eine Kommunistische Jugendföderation zu gründen.

Der Chefredakteur der Wiener „Roten Fahne“, Strasser, erklärte sich auf einer Sitzung der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs mit Paul Levi solidarisch und bat um Abschied, der ihm auch gewährt wurde.

Paul Andrae, der Vorsitzende des Sangerhauserschen Komitees der V. K. P. D., wurde von dem Ausnahmegericht in Halle wegen „Verletzung des Landesfriedens“ zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

19. April.

Brandler und Sievers wurden in ihren Wohnungen in Berlin verhaftet.

Die Zentrale der Sozialistischen Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale) beschloß, zugunsten der streikenden Bergarbeiter in England 10 000 Francs zu bewilligen.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei billigte nach einem Bericht von Kreibich die Taktik der Zentrale der V. K. P. D.

20. April.

Auf der Reichstagssitzung weigerte sich Paul Levi, sein Mandat niederzulegen.

Der Schriftleiter des „Ruhr-Echo“, Werner, wurde zu 2 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei der Schweiz wandte sich an die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften mit der Aufforderung, eine geschlossene Front zu bilden.

21. April.

Der Kongreß der schottländischen Gewerkschaften in Aberdeen beschloß mit 55 gegen 50 Stimmen den Beitritt zum Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs teilt in der Wiener „Roten Fahne“ mit, daß die Schriftleitung des Zentralorgans ungeachtet ihrer Solidarität mit Strasser an der Zeitung weiterarbeiten werde.

22. April.

Zehn Reichstagsmitglieder: Hartz-Hannover, Berthele-Berlin, Düwell-Halle, Fries-Köln, Kurt Geyer-Leipzig, Heydemann-Königsberg, Herzfeld-Rostock, Plettner-Hannover, Teubner-Bochum und Wackwitz-Weißenfels protestierten in der Berliner „Roten Fahne“ gegen den Vorschlag der Zentrale der V. K. P. D. an Brass, Eckert, Kurt Geyer, Adolf Hoffmann, Malzahn, Paul Neumann und Klara Zetkin, ihre Parlamentstätigkeit bis zur Einberufung des nächsten Parteitages einzustellen. Das Reichstagsmitglied Eichhorn hat sich dem Protest angeschlossen.

In Vejil wurden der Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks und der Kongreß der Gewerkschaftsopposition eröffnet.

23. April.

In Jaffa wurde der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Palästinas (Sektion der Kommunistischen Internationale) eröffnet. Die jüdische Kommunistische Partei Poale-Zion wird als jüdische Sektion aufgenommen werden.

In Manchester wurde der außerordentliche Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens eröffnet. Der Ausschluß von Robert Williams aus der Partei wurde bestätigt. Es wurde eine Resolution angenommen, die den streikenden Bergarbeitern die Sympathie des Kongresses ausdrückt und die Mitglieder des Eisenbahner- und des Transportarbeiterverbandes aufruft, die Absetzung ihrer Vollzugsausschüsse zu fordern. Mac Manus wurde zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt.

Der Kongreß der Post-, Telegraphen- und Telefonangestellten in Paris lehnte mit 11 712 Stimmen gegen 2116 den Anschluß an den Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften ab.

In Berlin wurde der Vorsitzende der Berliner Organisation der V. K. P. D., Friesland, verhaftet.

24. April.

In Paris wurde die Konferenz der Roten Gewerkschaften der Departements der Seine, der Seine und Oise, der Seine und Marne, der Oise, Eurex und Loire und der Marne eröffnet. Es wurde beschlossen, vor dem Kongreß in Lille eine Konferenz aller Minderheitsgewerkschaften einzuberufen, um über die Stellungnahme der ausgeschlossenen Gewerkschaften zum Liller Kongreß zu beraten.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks (Sektion der Kommunistischen Internationale) und der Kongreß der Gewerkschaftsopposition (die sich für den Anschluß an den Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften ausgesprochen haben) in Vejil haben beschlossen.

sich zu einer einheitlichen Organisation unter der Benennung Kommunistische Föderation zu vereinigen.

25. April.

Der außerordentliche Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens in Manchester wurde geschlossen.

Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen erhielt die Kommunistische Partei Deutschösterreichs, für die 5451 Stimmen (0,7 Prozent der gesamten Stimmenzahl) abgegeben wurden, kein einziges Mandat.

26. April.

In Wien wurde die Vertrauensmännerversammlung der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs eröffnet.

27. April.

Die Vertrauensmännerversammlung der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs in Wien wurde geschlossen. Auf den Bericht von Dr. Frey hin wurde die Aktion in Mitteldeutschland mit 214 gegen 24 Stimmen gebilligt.

Bei den Kommunalwahlen in Amsterdam erhielten die Kommunisten 3 Mandate, die Sozialdemokraten 14 und die bürgerlichen Parteien 28.

29. April.

Friesland wurde nach siebentägiger Haft in Freiheit gesetzt.

1. Mai.

Maistreiks und Kundgebungen in allen Ländern der Welt.

3. Mai.

In Berlin wurde die Sitzung des Zentralausschusses der V. K. P. D. eröffnet.

4. Mai.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Spaniens schlug der Kommunistischen Partei Spaniens vor, sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen.

Salewski (Abramowitsch) wurde nach dreimonatiger Gefängnishaft aus Frankreich ausgewiesen.

5. Mai.

In Paris fand auf Anregung der Sozialistischen Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale) im Lokal der Föderation der Seine-Syndikate eine große Protestversammlung gegen den Krieg statt.

In einem Artikel in der „Humanité“, betitelt „Kaltblütigkeit und Disziplin“, spricht sich L. O. Frossard gegen die individuelle Entziehung der Rekruten des Jahres 1919 von der Wehrpflicht aus. Dies bringe der Partei nur Schaden, da keine Massenbewegung vorhanden sei.

Die Sitzung des Zentralausschusses der V. K. P. D. wurde geschlossen. Der Ausschluß Paul Levis aus der Partei wurde mit 36 Stimmen gegen 7 bestätigt. Den acht Genossen, die sich mit Paul Levi solidarisch erklärten, wurde mit 36 gegen 8 Stimmen eine Rüge erteilt. Geyer wurde aus der Zentrale ausgeschlossen.

Abramowitsch wurde in Genf, wo er aus Paris eingetroffen war, verhaftet.

6. Mai.

In der Nacht auf den 7. Mai wurden in Paris 17 Mitglieder des Jugendverbandes für das Aushängen von Aufrufen an die Rekruten von 1919, sich nicht zur Wehrpflicht zu stellen, verhaftet.

In Wien wurde die Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs eröffnet.

In Berlin wurde der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland unterzeichnet.

7. Mai.

Der Sekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, Albert Inkpin, wurde verhaftet, weil er Anordnungen zur Herausgabe der Leitsätze der Kommunistischen Internationale und einer Anzahl Agitationsflugschriften getroffen hatte. Bei der Haussuchung in den Räumen der Parteizentrale und der Schriftleitung des „Communist“ beschlagnahmte die Polizei sämtliche vorgefundenen Dokumente sowie die Urne mit der Asche von Eleonore Marx.

Der Pariser Kongreß der Eisenbahner der Strecke Paris—Orléans beschloß mit 29 Stimmen gegen 15 bei 6 Stimmenthaltungen den Beitritt zum Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften.

Die Kommunistische Partei Spaniens erklärte sich einverstanden, sich mit der Kommunistischen Arbeiterpartei Spaniens zu vereinigen. Zu Delegierten zur Vereinigungskonferenz wurden Juan Andrade, Emeterio Chiccaro und Louis Portela gewählt.

In Berlin fand die Frauenreichskonferenz der V. K. P. D. statt.

In Sofia tagte die Konferenz der Kommunistischen Partei Bulgariens.

In Senningen wurde der Parteitag der Kommunistischen Partei Luxemburgs eröffnet.

8. Mai.

Auf die chauvinistische Feier des Jahrestages von Jeanne D'Arc in Paris antwortete die Sozialistische Partei (Französische Sektion der Kommunistischen Internationale) mit einer Massenkundgebung gegen den Krieg, die in einem Zusammenstoß mit der Polizei endete.

Robert Steward wurde wegen einer in Cardiff gehaltenen Rede verhaftet.

Auf den Bericht von Dr. Pollak hin beschlossen die linkssozialistischen Legionäre der Tschechoslowakei, auf ihrem Kongreß in Prag der Kommunistischen Internationale beizutreten und ihre Organisation in „Verband Kommunistischer Legionäre der Tschechoslowakei“ umzubenennen.

Der Tschechische Sozialdemokratische Gymnastische Arbeiterverband spaltete sich auf seinem Kongreß in zwei Organisationen: eine sozialdemokratische und eine kommunistische. Die letztere beschloß, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Die Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs wurde geschlossen. Strasser wurde mit 18 gegen 3 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen seines Postens als Chefredakteur der „Roten Fahne“ enthoben. Ihm wurde der Dank der Partei für seine Tätigkeit als Redakteur ausgesprochen.

Die norwegischen Seeleute traten in den Ausstand.

In Sofia wurde der III. Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens eröffnet.

9. Mai.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Luxemburgs wurde geschlossen. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Ausschluß Serratis und Levis aus der Kommunistischen Internationale billigt und von der Sozialistischen Partei (der französischen Sektion der Kommunistischen Internationale) eine aktivere Politik fordert. Als Delegierte zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurden Reyland, Lippert, Goerens und Bukowac gewählt.

In Bukarest wurde der Parteitag der Sozialistischen Partei Rumäniens eröffnet. Die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale wurden mit 432 gegen 111 Stimmen bedingungslos angenommen.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Spaniens wählte zu Delegierten zur Vereinigungskonferenz Antonio Garsia Quejido, Ramon Lamonedo, M. Nunez de Arenas und zu Kandidaten Eduardo Torralba Beci, César R. Gonzalez und Evaristo Gil.

10. Mai.

Der norwegische Gewerkschaftsrat beschloß, zum Zeichen der Solidarität mit den streikenden Seeleuten am 26. Mai den Generalstreik zu erklären.

12. Mai.

Die erste Sitzung des neugewählten Moskauer Arbeiter- und Rotarmiteenrats. Insgesamt wurden 2115 Deputierte gewählt; darunter 1543 Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands (73%), 533 Parteilose (25,19%), 12 Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 6 linke Sozialrevolutionäre (Internationalisten), 4 Mitglieder des Verbandes der maximalistischen Sozialrevolutionäre, 2 Anarchisten, 2 Anarchosyndikalisten, 1 Anarchouniversalist, 1 Sozialist des revolutionären Zentrums und 11 Personen, deren Parteizugehörigkeit unbekannt ist. Zum Vorsitzenden wurde L. B. Kamenew gewählt.

In Bukarest wurden 72 kommunistische Delegierte zum Parteitag verhaftet. In dem Redaktionslokal des „Socialismus“ wurde eine Haussuchung vorgenommen.

13. Mai.

In den Vollzugausschuß des Komitees der Kommunistischen Internationale wurden gewählt: Marcelle Brunnet, Boyet, Carlier, Clamamus, Fromentin, Godonnèche, Hattemberger, Halsfeld, Humbertot, Kaufmann, A. Ker, Fernand Lorient, Pierre Monatte, Monmousseau, Pothion, Ch. Rappoport, René Reynaud, Rochereuil, Boris Souvarine und Treint.

14. Mai.

In Stockholm wurde der VIII. Kongreß der sozialdemokratischen Jugend Schwedens eröffnet. Es wurde beschlossen, der Kommunistischen Jugendinternationale beizutreten und die Benennung „Kommunistischer Jugendbund Schwedens“ anzunehmen.

In Prag wurde der Parteitag der marxistischen Linken der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei eröffnet. Es trafen mehr als 500 Delegierte ein, die 457 474 Parteimitglieder vertreten.

15. Mai.

Bei den Wahlen zur italienischen Deputiertenkammer erhielten die bürgerlichen Parteien 394 Mandate (statt 352 bei den Wahlen am 16. November 1919), die Sozialisten 120 (statt 156) und die Kommunisten 16 (statt 8).

In Paris wurde der Parteitag der Sozialistischen Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale) eröffnet.

In Paris tagt der Kongreß der kommunistischen Jugend.

Die erste Plenarsitzung des Prager Parteitags der marxistischen Linken der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei. Es wohnen dem Kongreß bei: von Deutschland Ernst Meyer, von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (deutsche Sektion) Karl Kreibich, von der Polnischen Sozialistischen Partei der Tschechoslowakei Schobot, von der Jüdischen Kommunistischen Partei R. Kohn. Die beiden letztgenannten Delegierten erklären, daß der Anschluß ihrer Parteien an die einheitliche Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bevorstehe.

16. Mai.

Der Parteitag der marxistischen Linken der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei wurde geschlossen. Die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale wurden mit 562 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Partei wurde in „Kommunistische Partei“ (Tschechoslowakische Sektion der Kommunistischen Internationale) umbenannt.

Die Sozialistische Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale) beschloß auf dem Parteitag von Paris, sich vom 1. Januar 1922 an „Kommunistische Partei“ zu nennen.

17. Mai.

In Moskau wurde der IV. Allrussische Gewerkschaftskongreß eröffnet.

Der Rat der Volkskommissare Sowjetrußlands nahm zwei Gesetze an, die die Hebung des Kleingewerbes und der Heimindustrie sowie des Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bezwecken.

18. Mai.

Der Redakteur der „Humanité“, Van de Putte, der in der Ausgabe vom 12. Mai einen Aufruf, betitelt „Die Mobilisation—ein Verbrechen“, veröffentlichte, wurde angeklagt, die Soldaten zur Empörung aufgewiegelt zu haben.

20. Mai.

Der Kongreß des französischen Bauarbeiterverbandes in Dijon nahm mit 157 gegen 122 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen ein Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand an.

In Berlin wurden die Abendausgabe der „Roten Fahne“ vom 19. Mai und die Morgenausgabe vom 20. Mai wegen Veröffentlichung von Artikeln über den Aufstand in Schlesien beschlagnahmt.

Bis zum 20. Mai verurteilten die Ausnahmegerichte in Deutschland für die Beteiligung an der Märzaktion 4 Personen zum Tode, 7 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 319 zu insgesamt 1159 Jahren und 4 Monaten Zwangsarbeit und 401 zu 574 Jahren und 4 Monaten Gefängnishaft.

22. Mai.

In Riga konnte man am zweiten Jahrestag des Sturzes der Sowjetmacht in verschiedenen Teilen der Stadt rote Fahnen mit Aufschriften zugunsten der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale sehen.

In den Vorstand des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften wurden von dem IV. Allrussischen Gewerkschaftskongreß gewählt als Mitglieder: Andrejew, Antipow, Artem, Dogadow, Holzmann, Gorschkow, Janson, Korolew, Kuibyschew, Kalnin, Korostylew, Losowski, Lepse, Perepetschko, Rudsutak, Rykow, Sapronow, Schmidt, Schljapnikow, Schirinski, Tschernyschew, Uglanow, Worobjew und die Parteilosen Nikolajew und Udow; Kandidaten: Mamajew, Nikojan, Robinson, Tichonow, Figatner, Pestun, Tomski, Wladimirow, Plaksin, Pawlow, Antoschkin, Koselew, Sadowski, Atschkanow, Petrow und Jusefowitch. Es wurde beschlossen, 20 000 Pf. Sterl. zugunsten der streikenden Bergarbeiter in England auszuwerfen. Darauf wurde der Kongreß geschlossen.



Aufrufe und Schreiben.

Die 2. und 2¹/₂-Internationale als Helfers- helfer der russischen Konterrevolution.

Nachdem die Entente durch die Siege der Roten Armee und durch die wachsende Protestbewegung der englischen und französischen Arbeiter gezwungen worden ist, den offenen Krieg gegen Sowjetrußland einzustellen, nachdem die führende Macht der Weltkonterrevolution, England, sich genötigt sah, den Handelsvertrag mit Sowjetrußland zu unterzeichnen, weil die englischen Arbeiter davon die Milderung der Arbeitslosigkeit erhofften, suchen die Ententemächte die Sowjetregierung mit anderen Mitteln aus dem Sattel zu heben.

Ihre Agenten versuchen in ganz Rußland Bauernaufstände anzuzetteln, indem sie den Bauern erklären, ihr Grund und Boden sei nicht mehr durch die Junker und weißen Generäle bedroht, sie hätten daher auch keine Ursache mehr, den Arbeitern Brot zu geben. Die Bauernbewegungen sollen die Eisenbahnverbindung zwischen den Industriezentren und Getreidegebieten unterbinden, und der Hunger soll die zurückgebliebenen Arbeitermassen zum Kampf gegen die Sowjetregierung treiben. Die kapitalistische Konterrevolution spekuliert darauf, daß ein Land, das drei Jahre des imperialistischen und vier Jahre des Bürgerkrieges hinter sich hat, das jahrelang von jeder Zufuhr vom Auslande abgeschnitten war, das unerhörte Leiden ertrug, sodaß ein Teil der Arbeiter sehr ermüdet und erschöpft sein muß, den Zuflüsterungen der Konterrevolution leicht Gehör geben wird. Neben den gewöhnlichen Spionen der Entente, neben den Agenten der monarchistischen Organisationen, wirken in diesem Sinne auch die geheimen

Organisationen der Partei der Sozialisten und Anarchisten, die der Zweiten Internationale, und ein Teil der Menschewiki, die der 2½ Internationale angehören.

Dieser Agitation gelang es, am 2. März den Aufstand eines Teiles der Kronstädter Matrosen herbeizuführen. Zur Erklärung der Möglichkeit dieses Aufstandes sei es gesagt, daß die alten Kronstädter Matrosen, die Helden der Oktoberrevolution, zum großen Teil an den vielen Fronten des Bürgerkrieges als Vorkämpfer der Sowjetregierung gefallen sind oder zum anderen Teil auf führenden Posten in der Roten Armee oder in den Sowjetorganisationen dienen. Die Kronstädter Matrosengarnison bestand zum großen Teil aus Bauernsöhnen von Südrußland und zu einem Teil aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Technikern, die ihre Studien nicht beenden konnten und durch die verhältnismäßig guten Bedingungen der Flotte herangezogen worden sind.

Unzufrieden, aufgebracht gegen die Disziplin, die in der Festung und auf den Schiffen herrschen mußte, falls Petersburg nicht eine leichte Beute der Ententeflotte werden sollte, ließen sich diese Matrosen durch die im stillen wirkenden Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Monarchisten zu einer konterrevolutionären Bewegung unter der unschuldig klingenden Losung der Neuwahlen der Sowjets treiben. Dadurch, daß die Konterrevolutionäre nicht wagten, weder die Losung der Konstituierenden Versammlung noch der monarchistischen Restauration aufzustellen, zeigten sie, daß nach ihrer eigenen Einschätzung sogar diese zurückgebliebenen Matrosen keinesfalls bewußt der Konterrevolution dienen wollten. Um eine Verständigung zwischen den Aufständischen und der Sowjetregierung unmöglich zu machen, trieben die Konterrevolutionäre die Matrosen zur Verhaftung der Kommunisten und Sowjetvertreter, wodurch dann auch der Bruch erzielt wurde. Hinter dem Rücken der Matrosen wandten sie sich um Hilfe an die kapitalistischen Regierungen und die konterrevolutionären Auslandsorganisationen. Und diese verstanden sofort, um was es sich handelte. Von dem Organ der Sozialrevolutionäre „Wolja Naroda“ über das Organ Miljukows, des Chefs der Kadettenpartei, bis zum General

Wrangel erklärten sie sich für die Aufständischen, da sie ausgezeichnet verstanden, daß es der Konterrevolution gleichgültig sein konnte, durch welches Tor sie ihren Einzug nach Rußland hält: durch das rechte oder das linke. Sie wußten, daß die einzig mögliche Form der proletarischen Diktatur in Rußland die Diktatur der erfahrensten, revolutionär erprobtesten Arbeiter und Bauern Rußlands ist, die der Kommunistischen Partei angehören. Eine parteilose Sowjetregierung würde keine zwei Wochen existieren können, da sie die Regierung der zurückgebliebensten, unerfahrensten Schichten wäre. Sie würde einer offenen konterrevolutionären Regierung Platz machen. Darum sprach sich das Organ Miljukows, die Pariser „Poslednije Nowosti“ vom 11. März ausdrücklich dafür aus, daß man einstweilen die Losung der Konstituierenden Versammlung fallen lassen und daß man sich mit der Losung: Nieder mit den Kommunisten! Es lebe die wirklich parteilose Sowjetgewalt! aussöhnen müsse. Dies würde wahrscheinlich bedeuten, daß die Macht im gegebenen Moment von den Bolschewiki zu den gemäßigten Sozialisten übergehe. Denn, so führt das Blatt aus, man wird mit dieser Regierung das bürgerliche Parlament vorbereiten können. Weil diese Auffassung des Kadettenorgans der wirklichen Sachlage entspricht, haben die russischen Auslandsbanken mit dem Monarchistenführer Gutschkow und dem früheren Zarenpremier Kokowzew an der Spitze sofort namhafte Summen zur Unterstützung der Kronstädter Bewegung nach Finnland gesandt. Darum hat auch die französische und die amerikanische Regierung unter der Flagge ihres Roten Kreuzes sofort Hilfe für Kronstadt mobilisiert. Diese Hilfe kam den Kronstädter Organisatoren der Konterrevolution und ihren unbewußten Opfern jedoch nicht zeitig genug. Die roten Truppen gingen unter der Führung der Kommunisten zum Angriff über, bevor es noch den im Auslande lebenden konterrevolutionären Elementen gelang, durch Finnland nach Kronstadt zu kommen, um der Stadt größere Mengen von Lebensmitteln zuzuführen.

Der Kronstädter konterrevolutionäre Aufstand ist liquidiert. Und neben vielen Lehren, die er der internationalen Arbeiter-

klasse zurückläßt, hat er ihr geholfen, endgültig die 2. und die 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale zu demaskieren.

Die gesamte Presse der Zweiten Internationale, die Presse des Henkers der deutschen Proletarier, Noske, wie die des königlich-belgischen Ministers Van der Velde hat sich sofort auf die Seite der mit radikalen Phrasen maskierten Konterrevolution geschlagen. Aber das ist noch nicht das bemerkenswerteste. Denn die Scheidemänner haben doch sogar offen die monarchistische Konterrevolution in der Person Bermonts unterstützt. Wenn diese prinzipiellen Gegner der proletarischen Diktatur sich für die Kronstädter Matrosen aussprachen, die angeblich für die wirkliche Sowjetregierung eintraten, so geschah das aus der klaren Erkenntnis, daß, falls die bolschewistische Regierung in Rußland besiegt worden wäre, der königlich-belgische Minister Van der Velde und die Scheidemänner ihren Traum verwirklicht gesehen hätten: die Wiederkehr der einzig legitimen bürgerlichen Regierung in Rußland.

Viel wichtiger zur Erkenntnis der Lage in der internationalen Arbeiterbewegung ist die Tatsache, daß auch die Organe der 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale, die sich in Worten für die russische Revolution, für die Diktatur des Proletariats, für die Sowjetregierung erklären, das Lob des Kronstädter Aufstandes singen. In dem Moment, wo die klassenbewußten Proletarier Rußlands zu Tausenden auf dem Eisfelde des Finnischen Meerbusens im Kampfe gegen die schwere Artillerie der Kronstädter Forts standen, um mit ihren Leibern das Loch zu verstopfen, das der Kronstädter Aufstand in den Wall, der Petersburg vor der Entente schützt, geschlagen hat, wußte die unabhängige „Freiheit“ nichts Besseres zu tun, als Sinowjew als den Verderber des russischen Proletariats darzustellen und so den Kronstädter konterrevolutionären Aufstand mit einem Heiligenschein zu umgeben.

Jean Longuet druckte in seinem „Populaire“ Artikel zu Ehren der Kronstädter Meuterei. Die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Organ der Bauer und Friedrich Adler, stellte sich entschlossen auf die Seite der Kronstädter. Rud. Hilferding, Crispian, Dittmann, Jean Longuet, Friedrich Adler, Otto Bauer standen hier

in einer welthistorischen Situation, angesichts eines neuen Anschlags der kapitalistischen Konterrevolution, Arm in Arm mit Wrangel, Miljukow, Kokowzew und den Helden der englischen und französischen Spionagefonds. Diese Tatsache muß den breitesten Proletariernmassen der Welt zum Bewußtsein gebracht werden. Sie werden ohne Zweifel sofort verstehen, daß ein Aufstand, für den sich die ganze konterrevolutionäre Bewegung Rußlands sowie die gesamten Stäbe der internationalen Konterrevolution aussprachen, ein konterrevolutionärer Aufstand ist. Möge er sich mit Flaggen decken, die rot sind, und möge er Losungen anwenden, unter denen die Macht der Bourgeoisie in Rußland im Jahre 1917 niedergeschlagen worden ist. Die Helden der 2½-Internationale sind entweder Phraseure, die nicht wissen, was sie wollen, die in ihrer vollkommenen Unfähigkeit die wirkliche Sachlage nicht beurteilen können und in ihrem Haß gegen die Kommunistische Internationale ebenso zum Werkzeug der Konterrevolution werden wie die Matrosen von Kronstadt, oder aber sie sind bewußte Handlanger der Weltreaktion. Ein Drittes gibt es nicht. Und in beiden Fällen ist es die Aufgabe der revolutionären Arbeiter, nicht nur von den Gesichtern der Scheidemann- und Van der Velde- und Henderson-Internationale, sondern auch von den Gesichtern der 2½-Internationale der Longuet, Hilferding, Bauer und Grimm die Masken herunterzureißen. Die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt, die vier Jahre lang mit fliegendem Atem den heroischen Kampf der russischen Arbeiterklasse verfolgt haben, den russischen Kommunisten gefolgt und Sowjetrußland zur Hilfe geeilt sind, sie müssen jetzt bei dem neuen Feldzug, den das Weltkapital gegen Sowjetrußland unternimmt, um es von innen heraus in die Luft zu sprengen, nicht nur die 2., sondern auch die 2½-Internationale bei Seite stoßen und bekämpfen.

Darum nieder mit der 2. und 2½-Internationale, den offenen und verkappten Lakaien der Bourgeoisie!

*Die Exekutive
der Kommunistischen Internationale.*

Maiaufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Wieder ist ein Jahr vorüber, und in keinem Lande der Welt außerhalb Rußlands kann die Arbeiterklasse sich des Sieges rühmen — so jubeln die Kapitalisten aller Länder. Sie fühlen sich sicherer im Sattel als im vorigen Jahre, und es scheint, als ob sie an ihren endgültigen Sieg glauben. Wieder ein Jahr ist vorüber, und wir haben unser Joch noch nicht abgeschüttelt — antworten die Arbeiter.

Ein Jahr ist vorüber, wo die Bourgeoisie das Ruder in der Hand hatte, wo sie zeigen konnte, was sie kann. Und die Welt bietet mehr denn je das Bild eines Schutt- und Trümmerhaufens. In den besiegten kapitalistischen Ländern, in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, ist die Not gestiegen; immer mehr fallen diese Länder den internationalen Aasgeiern zum Opfer, die das letzte Hab und Gut der Besiegten mit einer billigen Valuta aufkaufen. Die heimischen Ausbeuter machen dabei gute Geschäfte; aber die Not der Arbeiterschaft wächst und wächst. Die Preise haben lange schon die hohen Löhne überholt, und angesichts der gefüllten Läden wissen Millionen nicht, womit sie ihre Kinder ernähren, womit sie ihres Leibes Nacktheit decken sollen.

Und wie sieht es in den Ländern der Sieger aus? Vier Millionen Arbeitslose in Amerika, zwei Millionen Arbeitslose in England, wachsende wirtschaftliche Zerrüttung Frankreichs. In England, dem siegreichsten Lande des europäischen Kapitalismus, folgt eine Streikwelle nach der anderen, und Lloyd George muß jetzt ganze Heere aufbieten, um Blei und Eisen bereit zu halten für die streikenden Kohlenarbeiter; denen sich die Eisenbahner und Transportarbeiter zugesellen. Die Gewaltherren der Pariser, Londoner und New-Yorker Börse haben geglaubt, sie könnten eine halbe Welt zu Bettlern machen und trotzdem selbst in Ruhe herrschen. Sie haben sich geirrt. Bettler können nicht kaufen, und Armstrong, Vickers, Schneider-Creyof und die Bethlehem Steel Corporation können nicht selbst die von ihnen produzierten Stahlblöcke konsumieren und dabei fett werden. Ueber zweieinhalb Jahre sind vorüber, und das Weltkapital war nicht imstande, den Weg der Organisation der Weltwirtschaft zu finden. Umgekehrt, das einzige, was es vermochte, ist, zu den alten Gegensätzen neue hinzuzufügen.

Foch überschreitet den Rhein, um die deutsche Bourgeoisie beim Genick zu fassen und ihr die Taschen zu leeren als Sühne für ihre

Kriegsverbrechen, an denen sich das Ententekapital so unschuldig fühlt wie ein neugeborenes Kind. Die Schützengräben des Weltkrieges sind noch nicht verschüttet, aber schon werden neue ausgehoben. Mit steigender Unruhe und Mißtrauen verfolgt die englische Bourgeoisie die Seerüstungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Gegen wen rüstet sie sich? Gegen England oder gegen Japan? Und England und Japan antworten darauf mit Gegenrüstungen. Die Bestie des Weltkrieges rüstet zu neuem Sprung, sie schärft ihre Klauen und erhebt ihre Tatzen gegen neue proletarische Opfer.

Wenn das Weltproletariat sich nicht aufrafft, wenn es den Kapitalismus nicht an der Gurgel packt, so geht es nicht nur der Verelendung und Versklavung entgegen, sondern es wird zusehen müssen, wie es von neuem auf die Schlachtfelder geschleppt wird und von neuem sein Blut für die Interessen des Weltkapitals verspritzt. Und die Verräter des Proletariats, die Scheidemänner, die Renaudel, die Henderson, werden wieder entdecken, daß es sich um die „Verteidigung des Vaterlandes und der Demokratie“ handelt. Hat doch Van der Velde, der Führer der II. Internationale und der königlich belgische Minister, erst vor kurzem zynisch und offen seine Zustimmung dazu gegeben, daß Frankreich seine Senegalneger gegen das ausgeblutete deutsche Volk über den Rhein führt. Und die Helden der 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale werden dann wieder die Gelegenheit haben, zu untersuchen, welche „besonderen Bedingungen in einem jeden Lande“ diesen Verrat am Proletariat erklärlich und entschuldbar machen, und warum das Proletariat sein Pulver für bessere Zeiten trocken halten solle, statt eine Kugel ins Herz des sterbenden Kapitalismus zu schicken.

Aber es wird nicht kommen, wie die Herren Kapitalisten und die Herren Sozialdemokraten glauben. Das Weltproletariat ist nicht besiegt, die Weltrevolution marschiert, obwohl einstweilen ihr Fortschritt erst darin besteht, daß der Kapitalismus sich immer mehr unfähig zeigt, dem Proletariat auch nur ein geordnetes Sklavenleben zu sichern, obwohl ihr Fortschritt erst darin besteht, daß sich immer größere und immer festere, klarere Massen um das Banner der Kommunistischen Internationale sammeln. Eben weil die Bourgeoisie tagtäglich beweist, daß sie nicht imstande ist, die Welt neu zu ordnen, eben darum werden immer neue Massen auf den Weg der Revolution gedrängt, und eben darum schließen sie ihre Kampffreien immer fester. Sowjetrußland, der Hort der Revolution, ließ sich von den Heeren der Weltreaktion nicht besiegen. England, der Fels der Konterrevolution, sah sich genötigt, einen Handelsvertrag mit den „Räubern und Plünderern von Moskau“ zu

schließen. Und wenn auch sieben Jahre des Krieges Rußland unerhört geschwächt haben, wenn auch das Elend der proletarischen Massen in Rußland groß ist, seine Vorderreihen stehen treu zum Banner der Sowjetregierung, und sie werden es verstehen, aus den wankenden und ermüdeten Massen neue Kämpfer zu mobilisieren. Sie werden alles tun, um den neuen Trumpf der Konterrevolution, die Ermattung des russischen Volkes, durch heroische Organisation zu überwinden. Der weiße Terror, der in Spanien und in Serbien herrscht, beweist, wie unsicher sich die dortigen Machthaber halten. In Italien sät die Bourgeoisie Sturm, indem sie die Banden der Faschisten losläßt. Die deutsche Orgesch ist eine ununterbrochene Mahnung an die deutschen Arbeiter: Bewaffnet Euch! Laßt Euch durch keine Niederlage entmutigen! Schlagt los und kämpft, wenn Ihr nicht geschlagen werden wollt! In Polen sitzen 7000 Kommunisten hinter Schloß und Riegel; aber ein Streik nach dem anderen folgt und beweist, daß es keine Ruhe geben wird, bis die Brücke zwischen dem revolutionären Rußland und dem revolutionären Deutschland geschlagen sein wird. In Frankreich, dem Lande des Siegestaumels und der nationalistischen Trunkenheit, haben sich Hunderttausende Arbeiter zum Kommunismus bekannt, und keine Verfolgungen werden den Siegeszug der kommunistischen Idee in dem Lande aufhalten, wo diese Idee nicht nur geboren wurde, sondern wo sie geheiligt wurde durch das Blut der Juniopfer und das Blut der Märtyrer der Pariser Kommune.

Die Kommunistische Internationale bereitet ihren dritten Kongreß vor, den Kongreß, der nicht melancholischen Betrachtungen über die Fortschritte der Weltreaktion gewidmet sein wird, wie sie die katzenjämmerlichen Führer der 2½-Internationale, die Adler, Bauer, Longuet, Dittmann, Hilferding, Wallhead in Wien angestellt haben, sondern der Schärfung der Waffen, der Ausmerzung aller jener Elemente, die sie abzustumpfen versuchen. Nicht Milderung unserer Attacken, sondern der Angriff in breiterer Front mit immer tieferen Kolonnen! Das ist die Losung, die wir Euch am 1. Mai zurufen.

Ueberall gilt es, sich an die Spitze der breiten, nicht kommunistischen Massen in ihrem Kampfe für die Besserung ihrer Lage zu stellen. In diesem Kampfe werden die Arbeitermassen erleben, wie sie tagtäglich von den Reformisten und Zentristen verraten werden; sie werden sehen, daß die Scheidemann und Hilferding, die Turati und D'aragona, die Renaudel und Longuet, die Henderson und Mac Donald weder um die Diktatur, noch um ein Stück trockenes Brot für die Arbeiter imstande und gewillt sind, zu kämpfen. Sie werden lernen, daß die Kommunisten nicht

die Spalter des Proletariats, sondern seine Vereiniger zum Kampf um eine bessere Zukunft sind. Und sie werden lernen, daß der Kapitalismus nicht gewillt und nicht imstande ist, den Arbeitern auch nur das zu gewähren, was der Bauer dem Pferde gibt: genug Nahrung und genug Ruhe, damit es die Kräfte zu neuer Arbeit sammeln kann. So wird der Wille der Arbeiter zur Niederringung des Kapitalismus, zur Zerstörung der kapitalistischen Macht jeden Tag wachsen. Tagtäglich kann der Augenblick kommen, wo die breiten Massen der Arbeiter nicht mehr gewillt sein werden, noch länger die Leiden und Qualen zu ertragen, zu denen sie der sterbende Kapitalismus verurteilt. Tagtäglich kann die Situation eintreten, wo der mutige Vorstoß der kommunistischen Vorderreihen die große Masse der Arbeiterschaft mitreißt, und wo der letzte Kampf um die Eroberung der Macht die Aufgabe der Stunde sein wird. Zur höchsten Anstrengung Eurer Kräfte, zur größten Geschlossenheit und Kampfbereitschaft ruft Euch die Kommunistische Internationale! Nicht einer Periode langsamer Vorbereitungsarbeit der Propaganda und Agitation gehen wir entgegen, sondern der Periode der sich verschärfenden revolutionären Massenkämpfe. Die wachsende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Frechheit der Konterrevolution, die auftauchenden Kriegsgefahren sorgen dafür, daß die Arbeitermasse in revolutionärer Gärung bleibt. Somit ist es die Aufgabe der Kommunisten der ganzen Welt, ihr Stoßtrupp zu sein — die sie zum Kampfe vereinigenden Kaders zu bilden. Somit ist die Aufgabe unserer blutgetränkten Fahne, nicht das Symbol ferner, zukünftiger Kämpfe zu sein, sondern vorangetragen zu werden in großen Massenkämpfen, die der heutige und morgige Tag bringen wird.

Am 1. Mai wollen wir diese unsere Kampfbereitschaft der Weltbourgeoisie zeigen, am 1. Mai wollen wir auf den Fabriken unsere rote Fahne aufpflanzen, wir wollen sie vorantragen in Massendemonstrationen, damit weit und breit ihre Inschriften wie Signale leuchten und den geknechteten proletarischen Massen zurufen:

Schließt die Reihen, Ihr Geknechteten und Geächteten, Ihr Ausgebeuteten und Ausgemergelten!

Nieder mit den offenen und verkappten Dienern der Bourgeoisie!

Es lebe die Kommunistische Internationale, die rote Armee der Weltrevolution.

Nieder mit dem kapitalistischen Staat, nieder mit der Bourgeoisie!

Es lebe Sowjetrußland, der Fels der Weltrevolution!

Es lebe die Weltrevolution und der internationale Bund der proletarischen Räterepubliken!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

*An alle
kommunistischen Parteien, kommunistischen
Jugendorganisationen, Gewerkschaften, die
der Kommunistischen Internationale und
dem Internationalen Gewerkschaftsrat an-
gehören und mit ihm sympathisieren. An
alle Arbeiter und Bauern der Welt.*

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik macht den europäischen und amerikanischen Kapitalisten und Banditen viele Sorgen.

Es ist ihnen nicht gelungen, die Macht der russischen Arbeiter und Bauern durch die mit englischem und französischem Gold organisierten Banden der Tschechoslowaken, Koltshaks, Denikins, Judenitschs und Wrangels zu brechen; es gelang ihnen nicht, die kleinen Nachbarstaaten in den Krieg gegen Sowjetrußland hineinzuhetzen; bittere Enttäuschung brachte ihnen das polnische Abenteuer. Die Räuber der ganzen Welt erzittern angesichts der wachsenden Macht des Arbeiterstaates, angesichts der revolutionären Bewegung der Arbeiter in ihren eigenen Ländern. Die mit jedem Tage wachsende Arbeitslosigkeit, die durch die zerstörte Volkswirtschaft aller kapitalistischen Länder hervorgerufen wird, umfaßt viele Millionen. Vor diesen Massen, vor dem Proletariat der Welt steht jetzt schärfer denn je die Frage: langsamer Hungertod oder Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und Beseitigung der Ausbeutung. Das revolutionäre

Rußland, in dem das Proletariat Herr seines Schicksals ist, weist den unterdrückten Massen den Weg des Freiheitskampfes. Um ihre Macht zu erhalten, sind die englischen, französischen und anderen Imperialisten der Entente und des Völkerbundes gezwungen, bevor sie an die blutige Unterdrückung der Unzufriedenheit der Arbeiter ihrer eigenen Länder gehen, neue entscheidende Versuche zur Erstickung dieses Herdes der proletarischen Revolution zu unternehmen.

Genossen! Um Eure Wachsamkeit einzuschläfern, um Eure Aufmerksamkeit von ihren abscheulichen Plänen abzulenken, wählten die Regierungen der Entente, unterstützt von allen reaktionären und konterrevolutionären Kräften Europas, als neuen Ort des Ueberfalls auf die proletarische Revolution nicht mehr das Territorium Sowjetrußlands, welches sich als unbezwinglich erwies, sondern den Balkan. Diese Wahl ist keine zufällige.

Der Balkan grenzt an Sowjetrußland. Dort wächst die revolutionäre Bewegung des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft zu einer kommunistischen Massenbewegung und umfaßt alle Schichten des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Unter dem Banner der Kommunistischen Internationale schreiten sie entschlossen vorwärts. Die Kämpfe in den Parlamenten Bulgariens, Südslaviens und Griechenlands haben gezeigt, welchen Einfluß die Kommunistische Partei und die durch sie geschaffene kommunistische Balkanföderation in diesen Ländern genießt. Bei den Wahlen bewiesen das Balkanproletariat und die arbeitenden Massen ihre Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands und ihren entschlossenen Willen, ihre Bourgeoisie zu stürzen.

Der Zusammenbruch Wrangels, die Ausbreitung und Festigung der Revolution im Kaukasus, die Verstärkung der nationalen Bewegung in Anatolien und die Niederlage der griechischen Truppen in Kleinasien haben die imperialistischen Räuber der Entente in Schrecken versetzt. Um die Bildung einer Sowjetrepublik auf dem Balkan zu verhindern, die einen festen Block mit Sowjetrußland bilden und Kleinasien für immer dem verderblichen Einfluß der englischen und französischen Räuber ent-

ziehen und einen Aufstand der unterdrückten Völker der Türkei und Persiens hervorrufen würde, mußten sich die Regierungen der Entente „herablassen“ und bei der bankrotten Bourgeoisie des Balkans, die sich in der sogenannten „Kleinen Entente“ vereinigt hat, Hilfe suchen.

Die „Kleine Entente“, die sich in Paris und London aus den Regierungen Südslaviens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und wahrscheinlich auch Bulgariens und Polens bildete, strebt vermittels kleiner gegenseitiger territorialer und ökonomischer Abtretungen die Einigung der Balkan-Donau-Bourgeoisie an, um gegen die revolutionäre kommunistische Strömung in den Balkanländern ankämpfen und den bewaffneten Angriff gegen Sowjetrußland führen zu können.

Genossen! Mit der Verwirklichung dieses Plans wurde schon begonnen!

Die schwarzen Kräfte der Konterrevolution und Reaktion sind schon formiert und vereinigt. Die Ueberreste der Wrangelarmee, im geheimen von den französischen Imperialisten unterstützt, besetzten verschiedene strategisch wichtige Punkte in Thrazien, Mazedonien und Südslavien.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien der Balkanländer, die von den Sozialverrättern und Sozialpatrioten in Rumänien, den „Sozialisten“ in Bulgarien und den Zentristen und Sozialdemokraten in Südslavien unterstützt werden, bilden gemeinsam mit den Regierungen der Balkanstaaten einen Block gegen die heranführende proletarische Revolution.

In allen Ländern des Balkans werden wütende Gewaltmaßregeln gegen die Kommunistische Partei und die Gewerkschaftsverbände ergriffen. In Griechenland werden die kommunistischen Agitatoren verfolgt und verhaftet; der Entwicklung der kommunistischen Presse wird jedes nur erdenkliche Hindernis in den Weg gelegt. Die Vertreter der nationalen Minderheiten wurden verprügelt und ausgewiesen, weil sie bei den Wahlen für die kommunistischen Kandidaten gestimmt haben.

Der rumänische Terror spottet jeder Beschreibung. Die Arbeiterklubs werden geschlossen, die Arbeiter und Kommu-

nisten ins Gefängnis geworfen und verprügelt. Der Unwille der Bauernschaft wird durch militärische Strafexpeditionen und das grausamste Polizeiregime unterdrückt. In Bulgarien werden die Arbeiter und Kommunisten ebenfalls eingesperrt und verprügelt. Die kommunistischen Städteverwaltungen werden auseinandergejagt und die Mitglieder der Sowjets verhaftet und des Landes verwiesen. Die Zensur unterdrückt die kommunistischen Zeitungen und Journale. Die Führer der Gewerkschaftsbewegung werden, trotzdem sie Mitglieder der „demokratischen“ Partei sind, vom Parlament dem Kriegsgericht übergeben, mit der Beschuldigung, bewaffnete Aufstände organisiert zu haben.

In Südslavien hat der bürgerliche Terror seinen Höhepunkt erreicht. Die Kommunistische Partei Südslaviens wurde durch Ministerialerlaß, ohne Wissen der Gesetzgebenden Versammlung, aufgelöst. Alle Klubs, Volkshäuser, Druckereien, Bücherläden, Zeitungen und Journale wurden mit Beschlag belegt. Die streikenden Arbeiter wurden zwangsweise mobilisiert. In Agram, Bukower, Belgrad und Mazedonien wurden die kommunistischen und Gewerkschaftsarbeiter verhaftet und von der Polizei verprügelt. Die russischen Konterrevolutionäre und die Wrangeltruppen sind der südslavischen Polizei bei der Verhaftung und dem Verprügeln der Kommunisten behilflich. Der Terror und der politische Mord von Kommunisten ist zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Alles das geht unter der stillschweigenden Zustimmung der Gesetzgebenden Versammlung vor sich, wo sich mit Ausnahme der kommunistischen Abgeordneten niemand unter den südslavischen Sozialdemokraten fand, der gegen den Ministerialerlaß protestierte, demzufolge die besten Bürger des Landes für vogelfrei erklärt werden. Durch dieses Verhalten beweist die Gesetzgebende Versammlung den werktätigen Massen Südslaviens, daß sie nicht den Volkswillen, sondern den Willen der Mörder und Zwingherren des Volkes repräsentiert. Sie selbst zeigt ihre wahre Natur und enthüllt ihr freches Gesicht. Das Proletariat und die werktätige Bauernschaft sieht jetzt, daß die reine Demokratie und das Volkparlament nur die Theaterdekoration sind, hinter denen sich die rücksichtsloseste

Diktatur der Monarchisten, der Bourgeoisie, der Kapitalisten und der Tyrannen verbirgt.

Genossen! Das Proletariat des Balkans und Südslaviens entzieht sich nicht dem bevorstehenden Kampfe und läßt sich durch die großen Opfer nicht abschrecken. Es nimmt den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh auf und sammelt all seine Kräfte zum Schlage gegen die Imperialisten des Balkans und der ganzen Welt. Aber, Genossen! Dieser Kampf betrifft nicht nur das Proletariat des Balkans, er ist nur ein Glied in der Kette des ungeheuren Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt. Wenn heute das Proletariat des Balkans unterliegt, dann ist auch Eure Niederlage sicher. Das müßt Ihr verhindern. Spannt all Eure Kräfte an und konzentriert Eure Aufmerksamkeit. Deckt vor Euren werktätigen Massen die schmachvollen Verbrechen Eurer imperialistischen Regierungen auf, die bestrebt sind, die russische Revolution und die revolutionäre Bewegung des Balkans zu unterdrücken, um die Ketten der kapitalistischen Sklaverei zu verstärken und neu zu schmieden.

Stärkt die Reihen der Kommunistischen Partei! Rüstet Euch zum Angriff gegen die Herrschaft des Kapitals! Geht von der Verteidigung zum Angriff über! Nur im Angriff siegt das Proletariat!

Erhebt Euch zum Kampf! Verteidigt das Balkanproletariat und die russische Revolution.

Erhebt Euch gegen die Herrschaft und Diktatur der Bourgeoisie!

Pflanzt mutig die Fahne Eurer Befreiung auf!

Es lebe die brüderliche Solidarität der Proletarier der Welt!

Es lebe die Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

An die Proletarier aller Länder.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Ententeregierungen mit der französischen Regierung an der Spitze sind daran, die Schlinge am Halse Deutschlands zusammenzuziehen, um von ihm die Zustimmung zu Forderungen auszupressen, die den wirtschaftlichen Selbstmord von 60 Millionen Menschen bedeuten.

Die deutsche Bourgeoisie, raublustig, beutegierig, brutal und rücksichtslos, als sie, gestützt auf ihre Kanonen, die halbe Welt unter ihren Knien hielt, steht heute unfähig zur Verteidigung der Lebensinteressen des deutschen Volkes da. Sie kann die Forderungen der Entente nicht ablehnen, nicht nur, weil sie das deutsche Volk entwaffnen ließ, sondern in erster Linie darum, weil sie die waffenlosen deutschen Arbeiter mehr fürchtet, als die bis zu den Zähnen bewaffneten Heere der Entente, weil sie, watend im Blute der deutschen Proletarier, weiß, daß die Arbeiter der anderen Länder, ihr mißtrauend, sie hassen. Nimmt sie aber die Bedingungen der Ententewucherer an, so wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands so verschlechtert, daß die Arbeiter, zur Verzweiflung getrieben, gegen die ententistischen Ausbeuter und ihre deutschen Frohnvogte aufstehen müssen.

In diesem Augenblick, wo wir diesen Appell an Euch richten, wissen wir nicht, ob die deutsche Bourgeoisie nicht ihren Nacken unter das Joch der Entente beugen wird, um die Okkupation des Ruhrgebiets zu vermeiden. Sie hat schon den Dolch in ihrem Rücken: die Bande der polnischen Imperialisten hat ihn ihr in den Nacken gebohrt, indem Korfanty an der Spitze polnischer Freischärler den Aufstand in Oberschlesien begann. Aber ob Deutschland von neuen Hunderttausenden französischer Soldaten besetzt wird oder nicht, die Lage ist klar: das deutsche Volk soll weißbluten.

Arbeiter Deutschlands! Wollt Ihr die Regierung der Kapitalisten und Junker dulden, die Regierung, die die Schandbuben der kaiserlichen Mörderbanden verteidigt, die Proletarierleichen über Proletarierleichen häuft; helft Ihr den Räubern des Ententeimperialismus, Deutschland zu knechten? Das russische Volk,

das den Zaren und seine Helfershelfer zum Teufel gejagt und ihnen das bürgerliche Lumpenpack nachgesandt hat, es fand nicht nur in sich Kraft zur Verteidigung seiner Rechte gegen die Entente, sondern es mobilisierte die Arbeiter der ganzen Welt für sich. Auf die Rote Armee und ihre Heldentaten gestützt, hat es mit Hilfe der Proletarier aller Länder die von der Entente ausgerüsteten konterrevolutionären Heere besiegt und das stolze England, den Hort der Weltkonterrevolution, genötigt, Frieden mit Sowjetrußland zu schließen. Nur der Sturz der Stinnesregierung, die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, das Bündnis Rätedeutschlands mit Räterußland kann das deutsche Proletariat davor retten, in die doppelten Bande der deutschen und ententistischen Bourgeoisie geschlagen zu werden.

Aber Euch, Proletarier Frankreichs, Englands und aller Vassallenstaaten der Entente, Italiens, Belgiens, der Tschechoslowakei und Polens, sagen wir: Erhebt Euch entschlossen gegen den Beutezug Eurer Regierungen. Nicht des bürgerlichen und junkerlichen Deutschlands wegen, sondern Fochs, Churchills und Euretwegen. Wenn Ihr den Führern Eurer Bourgeoisie erlaubt, neue Heere gegen Deutschland zu senden, werdet ihr erleben, wie sich in den besetzten deutschen Gebieten weiße Terrorbanden bilden, die morgen in Eurem Blute waten werden. Wenn Ihr erlaubt, Deutschland die Schlinge zuzuziehen, so werdet Ihr erleben, wie morgen Eure Herren die Schweißarbeit der deutschen Heloten und ihre Hände dazu gebrauchen werden, um Eure Löhne zu drücken, um Euch zu Sklaven zu machen. Das dürft Ihr nicht dulden. Wir fordern die Proletarier aller Ententeländer und der ihnen verbündeten Staaten auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften gegen den neuen Feldzug der Entente anzukämpfen. Wenn die deutschen Proletarier auf die Straßen gehen mit der Losung:

Nieder mit der bankrotten deutschen kapitalistischen Regierung!

Es lebe Rätedeutschland!

Es lebe das Bündnis mit Sowjetrußland!

So soll ihnen jenseits der Weichsel und Elbe, jenseits des Rheins und des Kanals der Ruf entgegenhallen:

Nieder mit den Versailler Räubern!

Krieg den Palästen, Friede den Hütten!

Moskau, den 7. Mai 1921.

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale a. d. Proletarier aller Länder.

Nieder mit dem Sklavenjoch der Entente!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Truppen der Entente haben sogar unter dem Bruch des schändlichen Versailler Friedensvertrages wichtige industrielle Gebiete Deutschlands besetzt, um von dem deutschen Volke die Zustimmung zu Forderungen zu erpressen, die — verwirklicht — die vollkommene Versklavung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten würden. Zweieinhalb Jahre sind seit dem Versailler Frieden vergangen, zweieinhalb Jahre hatte die Entente die Möglichkeit, zu zeigen, auf welchen Grundlagen sie die siegreiche Bourgeoisie der Welt von neuem organisieren will, zweieinhalb Jahre hatte sie Gelegenheit, zu zeigen, wie das siegreiche Kapital imstande ist, dem Proletariat, das seine Herrschaft duldet, Arbeit und Brot zu sichern. Vier Millionen Arbeitslose in Amerika, zwei Millionen Arbeitslose in England, wachsende Arbeitslosigkeit in Frankreich bei Aufstapelung großer Warenvorräte, das ist die eine Antwort der Entente auf die Frage, wie das siegreiche Kapital die Welt einrichten wird. Das wachsende Elend in Deutschland, das Aussterben Oesterreich-Ungarns, das ist die zweite Antwort. Die siegreichen kapitalistischen Länder produ-

zieren eine Masse Waren, die nicht abzustoßen sind, weil Mittel- und Osteuropa von der Entente ruiniert sind und nichts kaufen können. Mittel- und Osteuropa sterben am Mangel der notwendigsten Waren, weil sie von der Entente ruiniert, nicht imstande sind, zu kaufen, oder, wie Sowjetrußland, willkürlich abgeschnitten werden. In dieser Situation, in der die Regierungen des siegreichen Kapitalismus sich bedroht sehen durch die wachsende Arbeitslosigkeit, die revolutionäre Bewegungen erzeugen muß, in dieser Situation wissen sie nur einen Ausweg: Deutschland auf die Knie zu drücken, dem deutschen Volke das Joch aufzuerlegen und es zu nötigen, der Entente trotz Hungers und Elends ungeheure Tribute zu zahlen. Wenn dieser Plan gelingen würde, so hätte er als einziges Resultat die Ueberschwemmung Frankreichs, Englands und Amerikas mit deutschen Industriewaren, die Steigerung der Arbeitslosigkeit in den Ententeländern und die vollkommene Versklavung der deutschen Arbeiter, die unter doppeltem Joch zu seufzen hätten: unter dem Joch der eigenen Kapitalisten und denen der Entente. Die deutsche kapitalistische Regierung war und ist nicht fähig, das deutsche Volk vor dieser Versklavung und das Weltproletariat vor der weiteren Zerrüttung der Weltwirtschaft zu schützen.

Die deutsche Regierung, die ihre Herrschaft auf den Knochen von 20 000 von ihr ermordeten Arbeitern aufgebaut hat, fürchtet die deutsche Arbeitermasse mehr denn alle Skorpione der Entente. Sie glaubte bisher immer noch, einen Kompromiß zwischen dem deutschen und dem Ententekapital herstellen zu können, das den deutschen Kapitalisten erlauben würde, einen möglichst großen Teil des Profits in den Händen zu behalten und aus den Knochen der deutschen Arbeiter den Tribut für die Entente herauszuschinden.

Um der Gunst teilhaftig zu werden, als Schweißtreiber des Ententekapitals ihr Leben zu fristen, war die deutsche Bourgeoisie nicht nur zu jeder Erniedrigung bereit, sondern sie war auch dazu bereit, die deutschen Arbeiter als Kanonenfutter der Entente gegen Sowjetrußland zu verkaufen. Aber die Wucherer von Paris und London bestanden auf ihrem Wechsel; sie wollten den

letzten Tropfen Blut und Schweiß des deutschen Proletariats. Durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz an die Wand gedrückt, steht die deutsche Bourgeoisie da mit schlotternden Knien und weiß nicht ein noch aus.

Die II. Internationale, die einst als der Hort der Befreiung der Völker auftrat, ist an dieser Lage mitschuldig, nicht nur darum, weil sie durch die Unterwerfung des Proletariats unter die Mächte des Kapitalismus während der vier Jahre des imperialistischen Krieges erst diesen Sieg des Kapitalismus ermöglichte, dank dem jetzt über den Volksmassen die Peitsche der Arbeitslosigkeit und der Entrechtung geschwungen wird, sondern sie ist auch direkt beteiligt an den Beschlüssen von Paris und London, an den frevelhaften Angriffen gegen das Leben des deutschen Volkes. Die deutsche Sozialdemokratie hat in der Zeit, wo sie zusammen mit den deutschen Kapitalisten in der Regierung saß, geholfen, die deutsche Arbeiterklasse zu entwaffnen, sie hat geholfen, das Bündnis zwischen den deutschen Arbeitern und den russischen Arbeitern zu hintertreiben, das es der Entente unmöglich gemacht hätte, mit dem Geschick der deutschen Volksmassen zu spielen. Wenn die deutsche Sozialdemokratie den Weg geebnet hat, der nach Versailles und jetzt zu den Pariser Beschlüssen geführt hat, so ist die Belgische Sozialdemokratische Partei, ein Mitglied der II. Internationale, direkt an den Pariser Beschlüssen beteiligt. Herr Van der Velde, der frühere Vorsitzende der II. Internationale, ihr jetziges Mitglied, ist Mitverfasser der Pariser Beschlüsse. Er steht zusammen mit den Renegaten der II. Internationale, mit Briand und Lloyd George, und fordert mit gezücktem Schwert die Annahme der Pariser Beschlüsse, gestützt auf die Bataillone der Senegalneger, die er nach Rheinisch-Westfalen schickte.

Und was tut die 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale, die Internationale der Jammerlappen, die sich erst vor kurzem in Wien versammelt haben? Sie appelliert an den Verstand der sterbenden kapitalistischen Welt, sie drischt Phrasen über die Abwehr gegen die „unmöglichen“ Forderungen der Entente.

Die Forderungen der Entente sind nicht unmöglich. Die Möglichkeit ihrer Durchführung, die Möglichkeit der Versklavung von 60 Millionen Menschen durch die Clique der Beherrscher der Banken von Paris und London, sie ist eben das Resultat des Krieges, dem die Helden der 2½-Internationale nichts gegenüberstellen konnten, als das Winseln nach Verständigung der Kapitalisten. Sie ist das Resultat der Politik der Adler, Hilferding, Longuet und Wallhead, die den Kampf gegen den Kapitalismus nur mit der Zunge geführt haben, die alles getan haben und noch tun, um das Wachstum der revolutionären Kräfte zu hemmen und zu hindern.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder! Die Kommunistische Internationale appelliert nicht an den Verstand der sterbenden kapitalistischen Welt, denn sie weiß, daß diese kapitalistische Welt nicht imstande ist, die Welt verständig zu organisieren. Die Kommunistische Internationale hofft nicht, daß man durch parlamentarische Proteste die siegreiche Bourgeoisie zurückhalten kann; die Kommunistische Internationale rechnet nur auf die revolutionäre Tatkraft der Proletariermassen in allen Ländern. Sie sagt den französischen, englischen, amerikanischen, belgischen und italienischen Arbeitern: wenn es Euren Herren gelingt, Deutschland unter das Joch zu beugen, aus ihm den Tribut auszupressen, so bedeutet das nicht nur wachsendes Elend in Deutschland, sondern wachsendes Elend in Frankreich, England, Amerika, Belgien und Italien; denn die Ueberschwemmung Eurer Märkte mit deutschen Waren wird Euch zu steigender Arbeitslosigkeit und Not verurteilen. Darum ist es Pflicht der Proletarier der Ententeländer, sich nicht mit Wortprotesten zu begnügen, sondern auf die Straßen zu gehen und durch gewaltige Demonstrationen der Bourgeoisie zum Bewußtsein zu bringen, daß Ihr ihrem schändlichen Spiel nicht ruhig zusehen werdet. Es ist die Pflicht der Kommunisten aller Länder, deren Regierungen ihre Truppen auf deutschem Boden halten, eine lebhaftige Agitation unter den Soldaten zu entfalten, ihnen klar zu machen, daß sie als Henker des deutschen Volkes wirken und daß sie die Pflicht

haben, ihren Kapitalisten diesen schändlichen Dienst zu verweigern.

An die deutschen Arbeiter aber wendet sich die Kommunistische Internationale mit der Aufforderung, jede Hoffnung fahren zu lassen, daß etwa die kapitalistische Regierung Deutschlands imstande ist, irgendwie die Interessen des deutschen Volkes der Entente gegenüber zu verteidigen. Diese Regierung der alten Lakaien Wilhelms, diese Regierung der Plünderer und Räuber Belgiens, Nordfrankreichs, Serbiens und Rußlands, hilft nur der Entente gegen die Arbeiter. Um sich gegen die Entente wehren zu können, muß das deutsche Proletariat seine Regierung zum Teufel jagen. Es muß zeigen, daß es das Tischtuch zwischen sich und diesen schuldbeladenen Knechten Wilhelms II. zerrissen hat. Der Sturz der kapitalistischen Regierung Deutschlands, die Einrichtung einer proletarischen Regierung, das ist die Vorbedingung jeder Abwehr gegen die Versklavungspläne der Entente. Der zweite Schritt muß die Verbindung der deutschen proletarischen Republik mit der russischen Räterepublik sein. Sowjetrußland hat durch seinen dreijährigen heldenhaften Kampf das siegreiche imperialistische England gezwungen, Frieden mit ihm zu schließen; es hat dem internationalen Proletariat gezeigt, daß es — wenn es will — dem internationalen Kapital nicht wehrlos ausgeliefert ist. Die Aufrichtung der deutschen Räterepublik, ihr Bündnis mit der russischen Räterepublik würde der Entente zeigen, daß die Tyrannenmacht Grenzen hat, es würde ihr die Sympathien der Proletarier aller Länder, der um ihre Rechte und ihre Existenz kämpfenden Arbeiter zuführen. Es würde die revolutionäre Entwicklung in der ganzen Welt beschleunigen und den Boden schaffen für die gemeinsame Arbeit am Aufbau der zerrütteten, verarmten, verblutenden Welt.

Proletarier aller Länder! Jeder Tag, an dem Ihr Euren Kampf gegen den Kapitalismus nicht verstärkt und verschärft, ist ein Tag der wachsenden wirtschaftlichen Zerrüttung, ein Tag der wachsenden Gefahr, daß Ihr, wenn Eure Geduld ein Ende nimmt, wenn Ihr Euch schließlich genötigt sehen werdet, die aus

den Fugen gegangene Welt mit Euren Händen neu aufzurichten, vor einem Trümmerhaufen stehen werdet.

Proletarier aller Länder! Die Kommunistische Internationale ruft Euch auf, Eurem Zagen ein Ende zu machen, sie ruft Euch auf zur Verzehnfachung Eurer Bemühungen, zum Ansturm gegen die Bastillen des Kapitalismus.

Nieder mit dem Sklavenjoch der Entente! Nieder mit der deutschen kapitalistischen Regierung!

Es lebe die deutsche Räterepublik!

Es lebe ihr Bündnis mit Sowjetrußland!

Es lebe die Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

An die revolutionären Arbeiter Deutschlands.

Zum ersten Male seit den Januar- und Märztagen des Jahres 1919 zogen die revolutionären Proletarier Deutschlands in den Kampf gegen die kapitalistische Regierung; nicht nur, um von ihr ein Stückchen Brot zu erlangen, nicht nur, um ihren Protest gegen das Wüten der weißen Banden auszudrücken, sondern mit dem Willen, der Herrschaft der deutschen Ausbeuter ein Ende zu machen. Zum ersten Male überhaupt zogen sie in diesen Kampf geschlossen, als große, von e i n e m Willen geleitete Masse. Sie bewiesen an allen Enden Deutschlands, daß Millionen Proletarier bereit sind, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, um sich von der Herrschaft des Kapitals zu befreien.

Dieser erste organisierte Ansturm des revolutionären deutschen Proletariats ward noch nicht von Erfolg gekrönt. Dank dem infamen Verrat der proletarischen Interessen durch die S. P. D., deren Hörsinge und Severinge die Rolle der Noske sogar unter einer rein bürgerlichen Reichsregierung spielen, dank dem offenen Uebertritt der U. S. P. D. in das Lager der Konterrevo-

lution stand der einheitlichen Front der Bourgeoisie keine einheitliche Front des Proletariats gegenüber. Noch einmal, mehr auf die Uneinigkeit der Arbeiter als auf ihre Bajonette gestützt, triumphiert die deutsche Bourgeoisie. Aber ihr Triumph ist ein kurzlebiger.

Die Proletarier haben in ihrem Kampfe große Erfahrungen gesammelt. Sie werden es besser als bisher verstehen, den nächsten Kampf vorzubereiten, und der Ruf zu den Waffen wird bei immer breiteren Massen ein Echo finden. Weniger denn bisher wird die Bourgeoisie gewillt und imstande sein, auch die geringsten Forderungen des Proletariats zu befriedigen.

Hörsing hat gesiegt, aber Foch steht am Rhein, und die Sieger auf den Feldern des Bürgerkrieges fühlen an ihrem Halse die Schlinge des siegreichen Weltkapitals. Mehr als bisher werden sie dem Gefühl, daß sie sich auf die von ihnen niedergeworfenen Arbeitermassen nicht stützen können, den Forderungen des siegreichen Weltkapitals nachgeben, um alle Lasten, die die Entente Deutschland auferlegt, auf den Rücken des deutschen Proletariats abzuwälzen.

Und so wird bald der Augenblick kommen, wo die von der S. P. D. und U. S. P. D. und der Gewerkschaftsbürokratie schamlos betrogenen Arbeiter einsehen werden, daß es zu wählen gilt zwischen einem schmachvollen Dahinsiechen in den doppelten Banden des deutschen und des ententistischen Kapitals und zwischen dem mutigen und einheitlichen Kampf um die Eroberung der Macht, für ein Rätedeutschland.

Wir beweinen mit Euch die als Helden gefallenen Opfer des proletarischen Befreiungskampfes. Wir gedenken mit Euch in brennendem Zorn der Leiden der inhaftierten Genossen, die jetzt der Guillotine der demokratischen Standgerichte ausgeliefert werden.

Der erste Ansturm des Vortrupps des deutschen Proletariats ist abgeschlagen. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien werden versuchen, Mißstimmungen in die Reihen der sich zurückziehenden Truppen hineinzutragen.

Die Kommunistische Internationale sagt Euch: Ihr habt richtig gehandelt! Niemals kann der Sieg der Arbeiterklasse auf einen Schlag erfochten werden. Ihr habt ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse aufgeschlagen. Rüstet zu weiteren Kämpfen, prüft die Erfahrungen Eures Kampfes, lernt aus ihnen, schließt Eure Reihen, stärkt Eure legale und illegale Organisation, verschärft die proletarische Disziplin und vergrößert die kommunistische Einsicht der Kämpfer!

Gedenkt der Opfer des neuen März!

Es lebe das vereinigte kommunistische deutsche Proletariat!

Es lebe die proletarische Revolution in Deutschland!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Moskau, am 6. April 1921.

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an den Kongreß der tschechischen Linken.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet Eurem Kongreß brüderliche Grüße und spricht die Hoffnung aus, daß er zum konstituierenden Kongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wird.

Zweieinhalb Jahre sind verflossen, seit die Tschechoslowakei zu einem selbständigen Staat geworden ist. Die tschechischen Arbeiter setzten das größte Vertrauen und die größten Hoffnungen auf die unabhängige Tschechoslowakei. Befreit von dem Druck der fremden österreichischen Bürokratie, hielten sie sich für Herren in ihrem Hause. Bald mußten sie sich aber überzeugen, daß nicht die proletarischen Massen, sondern die tschechischen und deutschen Kapitalisten, die Agrarier und Wucherer Herren in der Tschechoslowakei sind. Wohl nahmen an der Landesregierung die tschechischen Sozialdemokraten (Tusar, Niemeč und Sukup) teil, von denen die tschechischen Arbeiter Hilfe im Kampf mit der stetig wachsenden Not er-

warteten. Die Sozialdemokraten der Koalitionsregierung waren aber nur Geiseln im Lager der Bourgeoisie und Verräter des tschechischen und des Weltproletariats. Die Arbeitermassen, die unter dem Einfluß nationalistischer Strömungen die Kommunisten als russische Agenten betrachteten und sie nicht verteidigen wollten, als die Regierung zusammen mit den Sozialdemokraten eine wilde Hetze gegen Muna und andere Genossen eröffnete, wurden allmählich ernüchtert; in der alten sozialdemokratischen Partei wuchs ständig die Zahl der Arbeiter, die zu der Ueberzeugung gelangten, daß die Interessen der Arbeiterklasse nicht durch Kompromisse, sondern nur durch unerbittlichen Kampf gegen die Bourgeoisie verteidigt werden können, daß die tschechischen Arbeiter nur nach der Zerstörung der kapitalistischen Ordnung und durch Errichtung einer proletarischen Sowjetregierung Herren in ihrem Lande sein werden. In der früheren Sozialdemokratie kam es zu einer Spaltung. Die revolutionären Arbeiter trennten sich von den Sozialkompromißlern und bewiesen während des großen Dezemberstreiks, daß ihre Ergebenheit für die kommunistische Idee kein Lippenbekenntnis ist.

Der Dezemberstreik hat aber nicht nur den Mut und die Tatkraft der tschechischen revolutionären Arbeiter an den Tag gelegt, sondern auch die organisatorischen und politischen Mängel, die die von ihnen gegründete Partei der linken Sozialisten aufweist. In dem Dezemberstreik fehlte es nicht nur völlig an organisatorischer, sondern auch an politischer Führung. Dies wurde durch genügend schwerwiegende Gründe bedingt; denn die Oberschichten der Partei waren reich an Elementen, die bewußt oder unbewußt die kommunistische Bewegung sabotierten.

Wenn diese Elemente bisher nicht den Mut gehabt haben, sich offen der Kommunistischen Internationale anzuschließen, wobei sie sich auf die nationalistischen Stimmungen unter den Arbeitern berufen; wenn sie bisher nicht gewagt haben, sich offen mit den Kommunisten Deutsch-Böhmens zu vereinigen, dann ist klar bewiesen, daß sie unfähig sind, entschieden mit der tschechischen Bourgeoisie zu brechen, mit erbarmungslosen Schlägen auf ihre Schläge zu antworten, um im günstigen Augenblick zum Angriff überzugehen.

Wir hoffen, daß der Kongreß nicht nur den Namen einer kommunistischen Partei annimmt, um sich äußerlich von der durch die Koalition mit der Bourgeoisie beschmutzten Sozialdemokratie zu trennen, sondern daß er sich auch innerlich klar und offen zu den Grundsätzen und der Taktik der Kommunistischen Internationale bekennen wird.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat niemals aus dem Auge gelassen, daß es besser sei, vorsichtig vorzugehen, wenn man dadurch die Möglichkeit gewinnt, größere Arbeitermassen mit der Kommunistischen Internationale zu verbinden. Wer aber nicht versteht, daß man den Nationalismus nur dadurch bekämpfen kann, daß man ihm offen die Fahne des Internationalismus entgegensetzt, daß man die Arbeiter aller Nationen in einem Staate zu einer Partei vereinigt; wer nicht versteht, daß das Prole-

tarlat in der Periode der Weltrevolution einer illegalen Organisation bedarf, um gegen die Bourgeoisie gerüstet zu sein, ist kein vorsichtiger Kommunist, sondern ein Zentrist, nur vorsichtig genug, um nicht mit offenem Visier als Mann der 2½. Internationale aufzutreten.

Die Zeit halber Entscheidungen ist vorüber. Die 2½. Internationale hat in Deutschland bewiesen, daß, wer zwischen Revolution und Konterrevolution eine Mittelstellung einnehmen will, im entscheidenden Augenblick ins Lager der Konterrevolution gelangen muß. Die deutschen Unabhängigen haben während der Märztagc auf der Seite der Konterrevolution gefochten. Die Partei Longuets in Frankreich, die sich bisher auf ihre Verdienste im Kampfe für Sowjetrußland etwas zugute tat, hat sich während des Kronstädter Aufstandes in Reih und Glied mit Miljukow, Gutschkow, Wrangel, den Häuptern der russischen Konterrevolution, gestellt.

Ein Hüben oder Drüben nur gibt es. In der Kommunistischen Internationale sucht sich ein rechter Flügel zu bilden, der in Wirklichkeit nichts anderes darstellt, als die 2½. Internationale.

Die Exekutive hofft bestimmt, daß die tschechischen Kommunisten, gewitzigt durch die Erfahrungen des Dezemberstreiks, mit jeder Halbheit brechen, sich nicht mit Serrati, nicht mit Levi, sondern mit den Grundsätzen und der Taktik der Kommunistischen Internationale solidarisch erklären werden.

Daraus folgt, daß nur derjenige, der bereit ist, die Kommunisten zu einer einheitlichen Partei zum Kampf um Leben und Tod für die Diktatur des Proletariats gegen den Kapitalismus zu einer Partei entschlossener, bewußter und revolutionärer Arbeiter zu vereinigen, daß nur derjenige ein Kommunist ist und der Kommunistischen Internationale angehören kann. Nur in diesen Grenzen sind Zugeständnisse an Personen und Traditionen möglich. Jeder weitere Schritt führt schon in den Sumpf des Zentrismus.

Die Kommunistische Internationale kennt die revolutionäre Energie, die die tschechischen Arbeiter an den Tag legten, sogar dann, wenn sie sich auf nationalistischen Irrwegen befanden. Sie hofft sicher und bestimmt, daß diese revolutionäre Energie sich mit kommunistischer Einsicht paaren und zur Bildung einer kommunistischen Massenpartei der revolutionären Aktion in der Tschechoslowakei führen wird.

Es lebe die Vereinigung der deutschen tschechoslowakischen und ungarischen Proletarier der Tschechoslowakei!

Es lebe die zentralisierte kommunistische Kampf- und Massenpartei der Tschechoslowakei!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

*Die Exekutive der
Kommunistischen Internationale.*

An die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die Mitteilung über den Beschluß Eures Kongresses erhalten und sendet einen brüderlichen Gruß an die Arbeiter der Tschechoslowakei und an ihre Kommunistische Partei, die sich von nun ab endgültig gebildet hat. Die vorgeschrittenen Proletarier der Tschechoslowakei haben es verstanden, die Ueberbleibsel des Nationalismus und die Schwankungen der unsicheren Führer, sowie den Druck der bürgerlichen Reaktion zu überwinden. Eure Partei, die so manches Hunderttausend Mitglieder zählt, wird, davon sind wir überzeugt, einen der ersten Plätze in der Kommunistischen Internationale einnehmen.

Wir senden einen besonders warmen Gruß an unsere braven Genossen, die in den Kerkern der Tschechoslowakei schmachten.

Wir erwarten von Eurer Partei eine möglichst zahlreiche Delegation zum III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Es lebe die einheitliche machtvolle Kommunistische Partei der Tschechoslowakei!

Es lebe die Weltrevolution!

Den 23. Mai 1921.

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.*

G. Sinowjew.

Aufruf an das Proletariat Italiens.

Genossen!

Durch Erlaß der königlichen Regierung wurden das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Die Regierung Giolitti, die man die letzte kapitalistische Regierung zu nennen pflegt, versucht, eine neue parlamentarische Regierung zustandezubringen, indem sie dem revolutionären Proletariat eine einheitliche kapitalistische Front gegenüberstellt und hierbei durch den Guerillakampf käuflicher Gruppen von Fascisten-Terroristen Unterstützung sucht.

Genossen, Arbeiter! Ihr schreitet diesmal zu den Urnen unter anderen Umständen als bei den letzten Wahlen. Das Kapital ist frech geworden. Seit den Tagen des Waffenstillstandes macht Italien eine schwere revolutionäre Krise durch. Die kapitalistischen Parteien, die bisher an der Macht standen, haben ihre völlige Un-

fähigkeit bewiesen, das Land und die Volksmassen aus der schweren wirtschaftlichen Lage zu befreien. Von allen siegreichen Ländern verspürt Italien am meisten die Resultate dieses „Sieges“. Viele begreifen und sehen ein, daß sowohl Nitti als auch Giolitti das Volk täuschten und noch täuschen, und daß sie, um Zeit zu gewinnen, Zugeständnisse machen, die stets nur auf dem Papier stehen bleiben, wobei sie mit der Linken nehmen, was sie mit der Rechten geben. Die Maßregeln der früheren Regierungen führten zur Gründung einer neuen Armee (königliche Garde) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Eigentums und zur Verstärkung der Gendarmerie. Die Brotpreise sind gestiegen, die Kopfsteuer wurde auf das höchste Maß hinaufgeschraubt, die Menge des Papiergeldes wächst immer mehr an, die Teuerung, die Arbeitslosigkeit und das Stilllegen der Fabriken nehmen einen immer mehr katastrophalen Charakter an. Das italienische Kapital fühlt seine letzte Stunde gekommen und provoziert und terrorisiert die Arbeitermassen, hetzt in blinder Wut gekaufte Banden verabschiedeter Offiziere, Studenten und Kapitalistensöhnchen gegen sie und läßt Arbeiterheime und Zeitungsredaktionen zerstören. Der Bürgerkrieg ist in Italien schon zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.

Der Angriff des Kapitals kam dem Proletariat zuvor. Das konnte nur deshalb geschehen, weil die alte sozialistische Partei aus heterogenen und verschiedendenkenden Elementen besteht und die Möglichkeiten zum entscheidenden Kampfe gegen das Kapital nicht auszunützen verstand. Wie überall handelten und handeln die opportunistischen und reformistischen Elemente Italiens immer wieder gleich: sie helfen bewußt oder unbewußt dem Kapital, die kapitalistische Wirtschaft wieder herzustellen.

Genossen, Arbeiter! Seit dem Waffenstillstand hat man Euch die Ohren vollgeschrien von der Notwendigkeit, die Produktivität zu heben, den Verbrauch der wichtigsten Gebrauchsgegenstände einzuschränken usw.

Das taten nicht so sehr die kapitalistischen Schriftsteller, als vielmehr die sogenannten Sozialisten-Reformisten, die in der alten sozialistischen Partei verblieben und ihre Propaganda gegen die Revolution und für die Teilnahme am kapitalistischen Wiederaufbau fortsetzten. Offenbar hat die Geschichte der letzten Jahre diese Herren nichts gelehrt, dafür hat sie aber die Arbeiter gewitzigt. Sie haben gelernt, Freund und Feind zu unterscheiden. Eure Reformisten weinten und weinen, wenn fascistische Banden die Straßen der italienischen Städte und Dörfer mit dem Blute der Arbeiter und Bauern getränkt haben; damit geben sie sich zufrieden und rufen alle zur Versöhnung, zur Beruhigung und zur Entwaffnung auf. Was

bedeutet dies aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen Italiens für das Proletariat? Nichts anderes als die Kapitulation und Entwaffnung der Arbeiterklasse und volle Bewaffnung des Kapitals. Nein! Durch weinerliche Redensarten kann man die Kapitalisten-Fascisten nicht aus der Welt schaffen, die sich wie wütende Hunde von der Kette losgerissen haben, sondern nur durch organisierten, standhaften Kampf. Als Antwort auf die Grausamkeiten der Gendarmerie und der Fascisten muß die italienische Arbeiterklasse folgendes zu ihrer Losung machen: Entwaffnung der Fascisten und Bewaffnung der Arbeiter.

Genossen, Arbeiter! Das erstmal nimmt an diesen Wahlen die neue, junge Kommunistische Partei, die Sektion der Kommunistischen Internationale, teil. Ihr erinnert Euch natürlich an die Geschichte ihrer Entstehung. Ihr erinnert Euch, wie auf dem Kongreß in Livorno die Reformisten dank des Schutzes Serratis und seiner Gruppe in der alten Partei verblieben und statt ihrer den revolutionärsten Flügel der Sozialistischen Partei, die Kommunisten, zum Austritt zwangen. Die weiteren Ereignisse innerhalb der Partei wie auch im politischen Leben Italiens haben bewiesen, daß die sogenannten „Unitaristen“, mit Serrati an der Spitze, dem zerstörenden und zersetzenden Einfluß der Opportunisten zugunsten des Kapitals zu Hilfe kamen und noch zu Hilfe kommen. Damit rechnet natürlich der schlaue Fuchs Giolitti. Er weiß ganz genau, daß in der alten Sozialistischen Partei die parlamentarischen, syndikalistischen, genossenschaftlichen und munizipalen Politiker-Reformisten sehr stark sind, die nie den Wunsch verhehlten: in die Regierung zu kommen, mit den Kapitalisten zusammenzuarbeiten und, wie sie sich ausdrücken, sich der „konstruktiven“ Arbeit zu widmen. Unter diesen Umständen hoffen wir zuversichtlich, daß sich die Kommunistische Partei, obwohl noch jung, durch ihre Hingebung für die Interessen der Arbeiter und durch deren Wahrung doch die Sympathie des gesamten italienischen Proletariats gewinnen wird. Nur die Kommunistische Partei hat sich mit den Arbeitern, die in Florenz und anderen italienischen Städten gekämpft haben und gefallen sind, solidarisiert. Nur diese Partei verkündet offen und gerade heraus ihr revolutionäres kommunistisches Programm; nur sie stellt sich zur Aufgabe, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und zu organisieren; nur sie verbirgt nicht ihre Losung: Der Gewalt des Kapitalismus muß die organisierte Gewalt des Proletariats gegenübergestellt werden.

Genossen, Arbeiter! Die Abgeordneten der Gewerkschafts-Bürokratie, der alten sozialistischen Bürokratie, der alten sozialistischen Partei beginnen wieder, wie immer zur Zeit der Parla-

mentswahlen, allerlei unerfüllbare Versprechen zu machen. Die Italienische Kommunistische Partei, die Sektion der Kommunistischen Internationale, die auf ihrer Fahne das Symbol der Sowjetrepublik trägt, sagt Euch ohne diplomatische Umschweife, daß sie ins Parlament geht, nicht um „konstruktive“ Arbeit zu leisten, sondern um kommunistische Propaganda und Agitation zu treiben und um die Parlamentstribüne im Interesse eines festeren Zusammenschlusses des Proletariats für den Entscheidungskampf auszunützen.

Genossen, Arbeiter! Erinnert Euch an Eure brüderliche Solidaritätspflicht Sowjetrußland gegenüber, welches vier Jahre hindurch alle Angriffe des Weltkapitals abwehrte und sich nun der friedlichen Arbeit zuwendet, die nicht nur für die Arbeiter- und Bauernmassen Sowjetrußlands, sondern auch für die Proletarier der ganzen Welt von größtem Interesse ist. Ihr könnt Eure Liebe, Eure brüderliche Solidarität für das russische Proletariat, für die Russische Föderative Sowjetrepublik am besten dadurch beweisen, daß Ihr die größtmögliche Anzahl Kommunisten, Revolutionäre in die Festung des Kapitals, in das Parlament, entsendet. Sie werden die Pläne des Kapitals aufdecken und sorgen, daß Euch Hilfe zuteil wird gegen die Versuche des Kapitals, das Proletariat zu unterjochen. Durch unterschiedenes revolutionäres Auftreten, verbunden mit Massendemonstrationen, werden sie den Moment des völligen Sieges des Proletariats, des Triumphes des Kommunismus in Italien beschleunigen.

Stimmt für die Kandidaten der Italienischen Kommunistischen Partei!

Stimmt für die Kommunistische Internationale, für ihre Sektion in Italien!

Stimmt für Sowjetrußland und dessen Bruderpartei, die Kommunistische Partei Italiens!

Es lebe das italienische Proletariat und seine Vertreterin, die Kommunistische Partei Italiens!

*Das Exekutivkomitee der
Kommunistischen Internationale.*

*Die Exekutive der Kommunistischen Internationale
an den Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens.*

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale übersendet dem Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens brüderliche Grüße.

Die Kommunistische Partei Bulgariens, die Erbin der tapferen, konsequenten Partei der Tesnjaki, ist eine der besten Massenparteien der Kommunistischen Internationale. Sie hat sich als eine der ersten rücksichtslos zu den Grundsätzen des Kommunismus bekannt. Die Kommunistische Partei Bulgariens verstand es, sich als Mitglied der Kommunistischen Internationale noch enger mit den leidenden Arbeiter- und Bauernmassen zu verbinden, neue Machtpositionen zu erobern und der Regierung der Kapitalisten und Dorfwucherer zu trotzen.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hofft, daß die Kommunistische Partei Bulgariens auf ihrem Kongreß ihre Organisation und ihre politische Tätigkeit aufs sorgfältigste prüfen wird, ob sie den Anforderungen, die die Geschichte an die kommunistische Partei stellt, entsprechen.

Die Teilnahme am Parlament, an den Gemeinderäten darf nicht kleinerer Reformarbeit, sondern muß der Aufrüttelung und Revolutionierung der Massen dienen. Die revolutionäre Aktion erfordert das Bestehen illegaler Organisationen, da die Bourgeoisie in jedem Moment des Kampfes die legalen Organisationen der Partei zertrümmern kann. Die revolutionären Aktionen fallen nicht vom Himmel, und die Bedingungen für sie können nicht allein auf dem Wege der Agitation und Propaganda geschaffen werden. Sie entstehen, wenn die Partei mutig und entschlossen jeden sozialen Konflikt zu verschärfen, zu verallgemeinern sucht. Nur auf diesem Wege kann sich der Kampf um Teilforderungen zum Kampfe um die politische Gewalt auswachsen.

Dieser Kampf um die politische Gewalt ist auf dem Balkan leichter, weil die Bourgeoisie in den Balkanländern nicht so stark organisiert ist wie in Westeuropa. Die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und die ärmeren Bauern in einem Balkanstaate würde ein starkes Echo in jedem Nachbarstaate hervorrufen, denn überall auf dem Balkan haben die Regierungen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Revolution auf dem Balkan bedeutet nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse des Balkans von dem Joch des Kapitalismus und der Balkanbauern aus den Krallen des Wucherkapitals, sondern sie würde auch den Sieg der Revolution in Mittel- und Westeuropa ungeheuer beschleunigen.

Die Revolution in den Agrarländern Südosteuropas würde die Gefahr der Blockade Deutschlands und Italiens von den Brotzufuhren aus Amerika mildern. Sie würde den Völkern Asiens, zu denen revolutionäre Funken bisher nur von Rußland kamen, die Revolution näher bringen.

In der bestimmten Hoffnung, daß der Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens sich der auf ihm ruhenden Pflichten wohl bewußt ist, daß sie ihn zu neuen Anstrengungen antreiben werden, wünscht die Exekutive dem Kongreß energische und gedeihliche Arbeit.

Es lebe die Kommunistische Partei Bulgariens!
Es lebe die Revolution, in den Balkanländern!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
Es lebe die Weltrevolution!

Moskau, den 4. Mai 1921.

*Die Exekutive der
Kommunistischen Internationale.*

*An das Proletariat Jugoslaviens und der
Balkanstaaten.*

Genossen!

Mit Empörung haben wir von dem abscheulichen Verbrechen erfahren, das die jugoslawische Bourgeoisie an der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften Jugoslaviens begangen hat.

Durch Euren tatkräftigen, mutigen Kampf für den endgültigen Sieg des Kommunismus erschreckt, hat sich die mit den Monarchisten vereinigte, von der Entente begünstigte bürgerliche Regierung Jugoslaviens unter Verletzung der Landesgesetze und der Belgrader Konstituierenden Versammlung entschlossen, die Kommunistische Partei Jugoslaviens und die Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen vereinigenden Gewerkschaften aufzulösen.

Die jugoslawische Regierung begnügte sich jedoch nicht mit der niederträchtigen Verletzung der Landesgesetze; sie begann die unschuldigen Arbeiter und Bauern in grausamer Weise zu verhaften, zu verprügeln und zu ermorden. Sie hat die Gelder der Gewerkschaftsorganisationen beschlagnahmt, die Klubs und Volkshäuser geschlossen, die Zeitungen und Zeitschriften sistiert, das Versammlungsrecht aufgehoben. Es ist Euch verwehrt, die von der Regierung ausgeübte Willkür zu brandmarken. Mit einem Wort, Ihr seid außerhalb des Gesetzes gestellt, Ihr seid als Feinde des Volkes erklärt.

Was soll dies bedeuten, Genossen?

Als die serbischen Nationalisten den fünfjährigen brudermörderischen Krieg begannen und Ihr, die man gewaltsam zu den Truppen eingezogen hatte, auf den Schlachtfeldern verblutetet, als Eure Frauen und Kinder von den fremden Okkupationstruppen beschimpft und mißhandelt wurden, als Ihr und Eure Angehörigen angeblich

für die „nationale“ Vereinigung des serbischen Volkes, tatsächlich jedoch für die Verwirklichung der Eroberungspläne der serbischen Monarchisten Euer Leben hingab, da galtet Ihr als Patrioten, als würdige Bürger des jugoslawischen Vaterlandes.

Jetzt aber, da Ihr Euren Willen kundgetan und gesagt habt, wie das Land, das mit dem Blute von Tausenden Eurer Brüder getränkt ist, regiert werden soll, da Ihr durch Eure Beschützerin, die Kommunistische Partei Jugoslawiens, erklärtet, daß Ihr Herren Eures eigenen Landes sein, es nach Eurem Gutdünken regieren und Euer Leben nach Eurem Wunsche gestalten wollt; jetzt, da Ihr Eure brüderliche Solidarität mit den bulgarischen, rumänischen und griechischen Arbeitern und Bauern verkündet habt und fest entschlossen zum Schutz der Sowjetrepublik des Balkans auszieht — jetzt seid Ihr plötzlich zu gefährlichen Feinden des jugoslawischen Staates geworden, die verfolgt, verhaftet und ermordet werden.

Genossen! Die wahren Feinde der jugoslawischen Völker sind die Bourgeoisie und die monarchistischen Parteien. Sie sind „Patrioten“. Sie sind „Patrioten“, weil der Staat ihnen Macht, Reichum und Luxus gewährt. Sie sind nicht imstande, auch nur das kleinste Opfer für das Wohl des Volkes zu bringen. Im Kriege, der für sie nur eine Quelle der gewissenlosen Bereicherung war, haben sie es deutlich gezeigt. Um die Reichtümer, die sie auf Kosten des ruinierten Volkes zusammengestohlen haben, zu bewahren, erklärt dieses nichtige, nichtswürdige Häuflein Menschen Euch, Arbeiter und Bauern, für Feinde des Volkes.

Genossen! Die jugoslawische Regierung gestattet sich derartige Gewalttaten, weil sie sich auf die Regierungen der anderen zur Kleinen Entente gehörenden Balkanstaaten stützen kann, weil sie des Wohlwollens der Ententeimperialisten sicher ist. Die Kleine Entente hat sich zur Aufgabe gestellt, die Balkanbourgeoisie zu vereinigen zum Kampf gegen die revolutionäre Bewegung des Balkanproletariats einerseits, zum bewaffneten Angriff gegen Sowjetrußland andererseits. Die jetzigen Gewalttaten Eurer Regierung gegen Euch und Eure Organisationen sind der erste Schritt zur Durchführung des Planes, den man in London und Paris zur Erdrosselung der proletarischen Revolution und Sowjetrußlands ausgearbeitet hat.

Jedoch wie alle Angriffe der Imperialisten gegen Sowjetrußland bisher an der festen Solidarität und der Einmütigkeit der russischen Arbeiter und Bauern gescheitert sind, so wird auch jeder Angriff gegen Sowjetrußland, der sich auf die Hilfe des bürgerlichen Jugoslawiens und des Balkans stützt, an der Einmütigkeit des Balkanproletariats scheitern.

Genossen Jugoslawiens! Der Kampf, den Ihr für Eure Befreiung

führt, ist ein heiliger Kampf des gesamten Balkanproletariats. Die Gewalttaten Eurer Regierung werden unter den Arbeiter- und Bauernmassen Jugoslaviens und des Balkans einen neuen Empörungsausbruch erwecken. Der Herrschaft der jugoslawischen und der Balkanbourgeoisie wird bald ein Ende gemacht werden. In diesem Kampf auf Leben und Tod müßt Ihr fest zusammenhalten mit Eurer Partei, mit der Kommunistischen Partei Jugoslaviens, unter dem Banner der Kommunistischen Balkanföderation. Ihr müßt Euch nicht beeinflussen lassen durch den Betrug der Zentristen und Sozialverräter, die an die Revolution, an die Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus nicht glauben wollen. Die Regierung Jugoslaviens hat durch ihre Gewalttaten die Behauptung von Dragischa Lapschewitsch und anderen Sozialverrättern widerlegt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch friedliche Unterjochung der Bourgeoisie erzielt werden könne. Die Bourgeoisie ist unfähig, selbst auf dem Boden ihrer „eigenen bürgerlichen“ Gesetzlichkeit zu kämpfen; sie hat die Maske abgeworfen und zur Gewalt, zum Terror gegriffen, um Eure Solidarität zu vernichten und Eure Organisationen zu zertrümmern. Brandmarkt alle die Lapschewitsche, diese neuen Helfershelfer der Bourgeoisie, die Streiter von gestern, die heute Eure Sache preisgeben und verraten, mit Eurer Verachtung.

Seid standhaft, Genossen! Das gesamte Proletariat, das sich unter dem Banner der Kommunistischen Internationale organisiert hat, ist mit Euch solidarisch. An der unerschütterlichen Einmütigkeit der proletarischen Kräfte ganz Europas und des Balkans werden die niederträchtigen Pläne der Gewalt und des Terrors, die der Weltkapitalismus geschmiedet hat, scheitern.

Wir übermitteln Euch die Sympathie und den Gruß des kämpfenden russischen Proletariats und des Proletariats der gesamten Kommunistischen Internationale und rufen Euch zu:

Es lebe das jugoslawische Proletariat!

Es lebe die Revolution auf dem Balkan!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee der
Kommunistischen Internationale.*

An den Parteitag des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Polen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat von dem durch einen besonderen Abgesandten Eures Zentralkomitees ausgedrückten Begehren Eurer Organisation, in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden, mit Befriedigung Kenntnis genommen und gleichzeitig gemäß Eurem Wunsch beschlossen, Euch in einem an Euren Parteitag gerichteten Brief über die Anwendung der vom II. Kongreß aufgestellten Aufnahmebedingungen auf Eure Organisation nähere Aufklärung zu erteilen.

Wir verfolgen mit größtem Interesse die sich innerhalb Eurer Organisation unter dem Druck der Arbeitermassen vollziehende Entwicklung, die sich in der Bildung eines linken Flügels ausdrückt, der sowohl die offen gegenrevolutionäre Rechte wie das schwankende Zentrum bekämpft. Ebenso haben wir mit Freude erfahren, daß die Linke bereits die Mehrheit der Parteimitglieder für ihre Anschauungen gewonnen hat, den Austritt aus der Zweiten Internationale aussprach und den Eintritt in die Kommunistische Internationale befürwortet. Gleichzeitig aber teilte uns Euer Vertreter mit, daß Euer Zentralkomitee nach Prüfung der 21 Aufnahmebedingungen beschlossen hat, sich an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit dem Ersuchen zu wenden, Euch zu gestatten, das Zentrum in Euren Reihen zu behalten, und zwar mit der Begründung, Euer Zentrum bestehe aus durchaus aufrichtigen Sozialisten, guten, in der Zeit des Kampfes gegen den Zarismus bewährten, revolutionären und loyalen Genossen, die sich der kommunistischen Mehrheit unterwerfen werden.

Diesem Wunsch kann seitens des Exekutivkomitees nicht entsprochen werden, denn er widerspricht dem Sinn und dem Geist der Leitsätze der Kommunistischen Internationale, die auf den Erfahrungen der gesamten Arbeiterbewegung in allen Ländern fußen und auch durch die Praxis Eurer eigenen Organisation in den letzten Jahren bestätigt werden. Wir können auf die Forderung des Ausschlusses der Rechten und des Zentrums nicht verzichten, und zwar nicht nur im Interesse der Kommunistischen Internationale, sondern auch im Interesse jenes Teils Eurer Organisation, der bereits kommunistisch fühlt, wie im Interesse der gesamten kommunistischen Bewegung in Polen.

Bis vor kurzem stand Eure Organisation unter der Führung von Leuten, die offen die Politik des Sozialverrats und des Kampfes gegen den Kommunismus trieben (Medem und Genossen) oder eine reformistische Mittelstellung einnahmen (Michalewicz, Ehrlich). Die gesamte bundistische Presse schwankte z. B. in der Frage des Verhältnisses zu Sowjetrußland zwischen einer ausgesprochenen Gegnerschaft und einer zweideutigen wohlwollenden Objektivität. In der Arbeiterbewegung Polens und besonders in den Arbeiterräten des Jahres 1919 spielte der „Bund“ die Rolle eines Puffers

zwischen der sozialverräterischen P. P. S. und der revolutionären kommunistischen Partei. Der Hinweis darauf, daß sich Eure Rechte von selbst liquidiert hat, daß sie nicht mehr besteht, weil einige ihrer namhaftesten Vertreter ausgewandert sind oder sich ins Privatleben zurückgezogen haben, daß Ihr Euch daher auf diesem Wege dieses Flügels Eurer Partei entledigt habt, ist nicht stichhaltig; eine Reihe teilweise sehr einflußreicher Anhänger der Rechten ist in der Partei geblieben, hat die Aenderung ihrer Stellungnahme durch nichts bekundet und fährt fort, verantwortliche Posten zu bekleiden.

Euer Zentrum, sowohl das rechte wie das linke, besteht aus Leuten, die zwar die Diktatur akzeptieren, aber auch auf die Demokratie nicht verzichten wollen, die zwar die Weltrevolution als Tatsache anerkennen, aber nichts zu ihrer Entwicklung und Beschleunigung tun, also aus ausgesprochenen und bewußten Vertretern der Grundsätze der 2½-Internationale, aus Leuten, die zur Führung einer entschlossenen revolutionären Partei nicht taugen. Und eben diese Leute bekleiden in Eurer Organisation noch heute — nach dem numerischen Sieg der Linken — die verantwortlichsten Posten; aus ihnen sind Eure Vertretungen in den Stadträten, Eure Redaktionskollegien zusammengesetzt, sie üben einen bedeutenden Einfluß auf die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften usw. aus. Es genügt, die Namen Michalewicz, Ehrlich, Schaumann, Lichtenstein, Meyer, Schaffran, Dr. Bross zu nennen, um klar zu beweisen, daß Ihr bis zum heutigen Tag das Banner Eurer Partei den Händen von Leuten überlassen habt, die mit dem Kommunismus nichts gemeinsam haben, ja, die ihn teilweise leidenschaftlich bekämpfen. Es genügt auch, darauf hinzuweisen, daß Eure Organisation unter der Führung dieser Leute, die während der letzten Sommeroffensive ihrer Sympathie für Sowjetrußland unverhüllt Ausdruck verliehen, im Herbst wieder abschwankte und Euer Zentralorgan Artikel veröffentlichte, die aus dem Ausgang der Schlacht vor Warschau katzenjämmerliche Schlüsse für die Parteitaktik zogen.

Wir wissen, daß Eure Linke, die fast ausschließlich aus Arbeitern besteht, die der Journalistik, der schönen Redekunst und auch der Landessprache nicht genügend kundig sind, auf die Dienste der in politischen Dingen hochqualifizierten Zentrumsleute nicht verzichten zu können glaubt, umso mehr, da sie auf ihre vollkommene Loyalität hofft. Aber die gleiche Lage besteht oder bestand vor kurzem in vielen anderen Parteien und Ländern, und der Punkt 2 der Aufnahmebedingungen spricht sich ausdrücklich gegen die Illusion aus, die solche Politiker auf „mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung“ ohne Schaden für die Entfaltung des revolutionären Kampfes beibehalten will.

Kurz, wir müssen darauf bestehen, daß alle vom II. Kongreß aufgestellten Bedingungen auch von Eurer Organisation erfüllt werden, insbesondere die Punkte:

1. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden.

2. Die reformistischen und Zentrumsleute müssen aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung entfernt und durch bewährte Kommunisten ersetzt werden, ohne sich daran zu stoßen, daß an die Stelle von „erfahrenen“ Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse treten.

7. Ultimative Forderung des vollen Bruches mit notorischen Opportunisten in kürzester Frist.

11. Der Mitglieder-Bestand der Parteifractionen in den öffentlichen Vertreterkörperschaften, den Gemeinderäten usw. ist einer Revision zu unterwerfen und alle unzuverlässigen Elemente sind aus ihnen zu beseitigen, was nicht nur eine formelle, sondern eine eminent wichtige politische Frage ist.

17. Die Benennung der Partei ist zu ändern.

20. Nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen müssen aus bewährten Kommunisten bestehen.

21. Die Parteimitglieder, die die 21 Bedingungen grundsätzlich ablehnen, namentlich die dagegen stimmenden Delegierten des Parteitages, sind auszuschließen.

Die vom II. Kongreß festgesetzten Leitsätze und Bedingungen sehen Ausnahmen von den Bestimmungen der Punkte 7 (Ausschluß aller Zentrumsleute) und 20 (Zusammensetzung der Parteileitung) voraus, und zwar mit Zustimmung des Exekutivkomitees. Nach der grundsätzlichen Durchführung der Aufnahmebedingungen durch Eure Organisation wird das Exekutivkomitee selbstverständlich die Pflicht haben, etwaige von Euch vorgeschlagene individuelle Ausnahmen unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Erwägungen sorgfältig zu untersuchen.

Punkt 15 der Aufnahmebedingungen fordert die Aenderung des alten sozialdemokratischen Programms, also auch die Aenderung der in Eurem alten Programm enthaltenen Forderung einer kulturell-nationalen Autonomie im Rahmen des kapitalistischen Staates, d. h. der Zusammenfassung und Sonderstellung aller Klassen der jüdischen Bevölkerung als kulturelle Gemeinschaft, welche Forderung wir nicht nur als praktisch überholt, sondern auch als nationalistisch ablehnen.

Nach der Erfüllung dieser in den bindenden Beschlüssen des II. Kongresses aufgestellten und dem Geist des revolutionären Kommunismus entsprechenden Bedingungen, nach dem Eure Organisation Mitglied der Kommunistischen Internationale geworden ist, kann an die organisatorische Frage herangetreten werden, Eure Organisation mit der Kommunistischen Partei Polens zu einer zentralisierten Partei zu vereinigen unter Wahrung sowohl der besonderen Bedürfnisse der jüdischen wie der allgemeinen Interessen der gesamten kommunistischen Bewegung Polens. Es unterliegt keinem Zweifel,

daß es dann möglich sein wird, organisatorische Formen zu finden, die dieses Problem im Interesse der proletarischen Revolution in Polen gut und praktisch lösen.

Am 1. Juni beginnt der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Im Namen des Exekutivkomitees laden wir Eure Organisation ein, zu diesem Kongreß Vertreter zu senden, damit sie Gelegenheit haben, mit der Kommunistischen Internationale unmittelbar in Fühlung zu treten und dadurch den endgültigen Anschluß Eurer Organisation an die Armee der Weltrevolution zu beschleunigen. Die Exekutive spricht die Ueberzeugung aus, daß die jüdische Arbeiterklasse, die trotz des Opportunismus ihrer früheren Führer eine große revolutionäre Rolle im Kampfe gegen den Zarismus gespielt hat, auch die Rolle eines der Vorkämpfer der proletarischen Revolution gegen den Kapitalismus übernehmen wird. Die Exekutive hofft, daß die proletarische „Tapferkeit und Treue“, die die jüdischen Arbeiter von jeher auszeichnet, alle Ueberreste der opportunistischen Formen besiegen wird; sie hofft, daß die jüdischen Arbeitermassen, die im „Bund“ vereinigt sind, bald Arm in Arm mit den polnischen Proletariern als eine Armee der Weltrevolution, die die Verbindung zwischen dem deutschen und russischen Proletariat herstellt, aufmarschieren werden.

Ihr werdet durch die Trennung von den Opportunisten und Zentristen um manche politische und technische Fachkraft ärmer werden, aber Ihr werdet dank dem revolutionären Geist, der der Banden ledig wird, dank der Einigung mit dem polnischen und dem Weltproletariat tausendmal stärker sein.

Die jüdischen Arbeiter, die nicht nur Knechte des Kapitalismus, sondern Parias unter den Ausgebeuteten sind, haben alle Ursache, sich entgegen den Verfolgungen der polnischen Konterrevolution, entgegen den Exzessen eines kannibalischen Antisemitismus in die Front der Kommunistischen Internationale einzufügen, die der Hort der internationalen Befreiung ist.

Es lebe das revolutionäre jüdische Proletariat!

Es lebe die Einheit des jüdischen und des polnischen Proletariats!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

Die Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation.

Vom 24. bis 28. Februar fand in Wien eine Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation statt. Es nahmen daran teil: von der Kommunistischen Partei Bulgariens (Tesnjaki) der Sekretär der Partei, Genosse Kolarow, und der Genosse Dimitrow, beide Mitglieder des Zentralkomitees; von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens die Mitglieder des Zentralrats Genossen Klementschi und Zwiitsch und der Delegierte der Partei in die Exekutive der Kommunistischen Internationale Genosse Milkitsch^{*)}. Die Kommunistische Partei Rumäniens verspätete sich mit ihrer Delegation; erst gegen Ende der Konferenz sandte sie telegraphisch ein Mandat für den Genossen Marcu, der sich anfangs aus Mangel an einem solchen nicht aktiv an den Arbeiten beteiligt hatte, obgleich er den meisten Konferenzsitzungen beiwohnte. Das Mitglied der Kommunistischen Partei Rumäniens, der Parlamentsabgeordnete Genosse Gera, der zufällig in Wien weilte, beteiligte sich unmittelbar an den Arbeiten der Konferenz. Von der Sozialistischen Arbeiterpartei Griechenlands traf telegraphisch die Nachricht ein, daß sie infolge von technischen Schwierigkeiten außerstande sei, die Konferenz zu besichtigen.

Als Gäste waren anwesend: von der Kommunistischen Partei Oesterreichs Genosse Wertheim, von der Kommunistischen Partei Ungarns Genosse Lukasz; außerdem von der Exekutive der Kommunistischen Internationale die Genossen A. und D.

Die Konferenz wurde am 24. Februar eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Kolarow und Milkitsch gewählt. Genosse Kolarow unterrichtete die Anwesenden über die Ziele und die Aufgaben der Konferenz. Er sprach über die Entstehungsgeschichte der Sozialistischen Balkanföderation, die sich schon vor dem Kriege gebildet hatte und nach dem Kriege durch die Balkankonferenz feste Gestalt annahm. Im Einklang mit dem in Heft 1 der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlichten Manifest der Exekutive der Kommunistischen Internationale fixierte Genosse Kolarow die Aufgaben der Kommunistischen Balkanföderation wie folgt: Koordinierung der Aktionen der proletarischen kommunistischen Parteien auf dem Balkan zum

^{*)} Genosse Philippowitsch, Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, der zur Konferenz nach Wien gekommen war, erkrankte schwer und konnte sich daher an der Arbeit der Konferenz nicht beteiligen.

Widerstand gegen die Ränke der imperialistischen Länder, die bestrebt sind, die Balkanvölker gegeneinander zu hetzen, um deren national-territoriale Fehden in ihrem eigenen Interesse auszunutzen. Er bezog sich hierbei auf die seinerzeit in Heft 10 der „Kommunistischen Internationale“ abgedruckte Resolution der Kommunistischen Balkankonferenz in Sofia vom 15. Januar 1920. Wie Genosse Kolarow feststellte, besteht die Kommunistische Balkanföderation tatsächlich noch nicht. Dies sei Aufgabe der Konferenz, über die seinerzeit Verhandlungen geführt wurden.

Genosse D. gab ergänzende Erläuterungen über die Organisation der gegenwärtigen Konferenz. Ende November 1920 habe er im Auftrage des Genossen A. die Balkanländer bereist, um folgende technische Aufgaben zu lösen: 1. Organisation kommunistischer Verlage; 2. Sammlung von Informationsmaterial allgemeinen und Parteicharakters; 3. Herstellung der Verbindung zwischen den Balkanländern und Wien, damit die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Möglichkeit erhalte, über die Lage auf dem Balkan stets auf dem Laufenden zu sein.

Genosse A. weist auf die Wichtigkeit der ergänzenden Erläuterungen des Genossen D. hin und sagt unter anderem: Auf Grund seines Mandats von der Exekutive der Kommunistischen Internationale habe er den Genossen D. mit dem Einsammeln von Informationsmaterial betraut. Der Zweck sei gewesen, die nötige Information über die Lage auf dem Balkan, die Stärke der Parteien und unter anderem auch über ihr Verhältnis zueinander zu bekommen. Er habe durchaus nicht die Absicht gehegt, in Wien eine Art von „Südwestlichem Büro“ zu errichten. Er selbst habe seinerzeit gegen dieses Büro angekämpft, bis es geschlossen wurde. Die Kommunistische Balkanföderation aber sei etwas ganz anderes. Sie sei ein Ding der Notwendigkeit, da die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in allen Balkanländern die gleichen seien. Es sei unsere Aufgabe, die Kommunistische Balkanföderation aktionsfähig zu machen; vorläufig bestehe sie nur auf dem Papier. Wenn das Vorgehen der einzelnen Parteien nicht genügend koordiniert sei, so müsse dies geändert werden. Man müsse sich auf dem Balkan zum Kampf gegen die Entente bereit halten. Die Ententeimperialisten seien bestrebt, auf dem Balkan unter den verschiedenen Völkern Krieg zu entfachen; die Kommunistische Balkanföderation müsse dies verhindern. Hierfür sei jedoch ein enges Zusammengehen der Kommunistischen Parteien aller Balkanländer notwendig. Es sei daher Aufgabe der Konferenz, die Kommunistische Balkanföderation zu einem lebensfähigen Organismus zu gestalten. Als solcher werde die Föderation ein Organ der Kommunistischen Internationale sein, wobei jede Partei jedoch völlig autonom bleiben werde.

Nach einem Meinungsaustausch beschlossen die Anwesenden, diese Beratung nur als Vorbereitung zur Konferenz zu betrachten, die in nächster Zukunft in einem der Balkanländer stattfinden soll.

Am Nachmittag des 24. Februar beschäftigten sich die Delegierten mit den Fragen der Verbindung unter den einzelnen Balkanparteien. Es wurde folgendes beschlossen:

1. Jede Partei ernennt einen Berichterstatter, der die Parteipresse der übrigen Länder mindestens einmal monatlich informiert. Eine Kopie jeder Korrespondenz muß der Exekutive der Kommunistischen Internationale zugestellt werden. Die Korrespondenzen können in der Muttersprache des Berichterstatters abgefaßt sein.

2. Jede Partei ernennt einen Genossen für die Verbindung unter den einzelnen Balkanländern.

3. Jede Partei schickt den anderen Balkanparteien Exemplare aller ihrer Druckwerke und eine Liste der von ihr herausgegebenen Literatur. Im Falle der Notwendigkeit bedient sie die Parteien der übrigen Balkanländer mit ihrer Literatur.

4. Diese Beschlüsse treten am 1. März in Kraft.

Auf der Sitzung am 25. Februar entwarf Genosse Kolarow ein Bild der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan. Er wies nochmals auf die Notwendigkeit der Balkanföderation hin und beantragte, zu den Organisationsfragen überzugehen. Der Bestand der Kommunistischen Balkanföderation müsse festgesetzt werden. Seiner Ansicht nach könnten vorläufig nur die Parteien Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens und Griechenlands zur Föderation gehören. Man müsse danach streben, in Albanien und in Konstantinopel kommunistische Parteien zu gründen. In Konstantinopel lasse sich in dieser Beziehung bereits ein Fortschritt verzeichnen: die Organisation einer wenn auch unpolitischen Gewerkschaft werde in nächster Zukunft zweifelsohne zur Organisation einer kommunistischen Partei führen, da die erforderlichen Vorbedingungen dort vorhanden seien. Was Oesterreich und Ungarn anbelange, so müsse man seiner Ansicht nach mit diesen Ländern und mit ihren kommunistischen Parteien, namentlich mit der ungarischen Partei, engste Verbindung unterhalten; ihre Aufnahme in die Kommunistische Balkanföderation halte er jedoch für unzweckmäßig.

Genosse Kolarow rät, bei der Organisation der Föderation von folgenden Erwägungen auszugehen:

1. daß die Balkanländer wirtschaftlich ein einheitliches Ganzes vorstellen und sämtlich durch das Aegäische Meer, das für sie am bequemsten gelegen ist, mit der Außenwelt verbunden sind.

2. daß diese Länder ethnographisch eng zusammenhängen und die dort bestehenden Nationalitätenfragen, wie die mazedonische, die dobrudshanische usw. nur durch die Kommunistische Balkanföderation gelöst werden können;

3. daß diese Länder fast alle auf derselben Kulturstufe stehen, und

4. daß man keine revolutionären Aktionen in einem dieser Länder unter-

nehmen könne, ohne Koordinierung aller Kräfte und ohne Unterstützung durch alle übrigen Balkanländer.

Darauf erhält Genosse Klementsitsch das Wort. Er hebt hervor, daß man mit den wahren Verhältnissen rechnen müsse, damit die Föderation nicht eine bloße Kundgebung bleibe, wie es bisher der Fall gewesen sei. Er beantrage, in erster Reihe den Bestand der Kommunistischen Balkanföderation zu bestimmen. Er sei dagegen, daß in der Gestalt der Föderation ein neues Organ der Kommunistischen Internationale auf dem Balkan geschaffen werde. Die Aufgaben der Kommunistischen Balkanföderation dürften nicht einen so weiten Rahmen haben; sie müßten konkreter sein. Das Ziel der Föderation sei die Leitung der Propaganda der einzelnen Balkanländer und die allgemeine Leitung ihrer Tätigkeit.

Genosse Wertheim erklärt im Namen der Kommunistischen Partei Oesterreichs, daß sich die Partei infolge der eigenartigen Lage des Landes an den technischen Büros der Kommunistischen Internationale nicht beteiligen könne, unabhängig davon, ob diese Büros für Westeuropa, für die Balkanländer oder für die Länder der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie organisiert seien. Die Kommunistische Partei Oesterreichs sehe in der Bildung solcher Büros eine Gefahr für die enge Verbindung der einzelnen Parteien mit der Moskauer Exekutive. Auf Grund dieser Erwägungen könne sich die Kommunistische Partei Oesterreichs nicht an der Kommunistischen Balkanföderation beteiligen.

Genosse Lukasz begrüßt im Namen der Kommunistischen Partei Ungarns die versammelten Organisatoren der Kommunistischen Balkanföderation, mit deren Ansicht über Ziel und Notwendigkeit er völlig einverstanden sei. Die Kommunistische Partei Ungarns sehe ein, daß das ungarische Proletariat gemeinsam mit dem Proletariat der Balkanländer vorgehen müsse. Andererseits jedoch sei Ungarn durch seine wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse weniger eng mit der ganzen Balkanhalbinsel als mit ihren einzelnen Ländern verbunden. Außerdem mache die Lage Ungarns das Zusammenarbeiten des ungarischen Proletariats mit dem tschechoslowakischen notwendig. Die Kommunistische Partei Ungarns sei daher der Ansicht, daß ihr Zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Balkanföderation sich nur auf einzelne Fälle erstrecken müsse, in denen dies notwendig sei. Ihren Eintritt in die Föderation aber halte sie weder für notwendig, noch für wünschenswert. Es sei Aufgabe der Föderation, mit der Kommunistischen Partei Ungarns in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit der Zusammenarbeit festzustellen und zu verwirklichen. Die Kommunistische Partei Ungarns werde ihrerseits ihr Möglichstes tun, um diese Verbindung in Gang zu bringen.

Nach einer kurzen Debatte wird eine Kommission zur Ausarbeitung des Statuts der Kommunistischen Balkanföderation gewählt.

Die Kommission arbeitete im Laufe des 26. und 27. Februar an dem

Statut und legte den Entwurf der Abendsitzung des Plenums vor. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen.

Auf der Sitzung vom 28. Februar legten die Parteien ihre Berichte vor. Es wurde beschlossen, daß Genosse Kolarow sich in Belgrad mit der Zentrale der Kommunistischen Partei Jugoslawiens über Zeit und Ort der Kommunistischen Balkankonferenz einigen werde. Darauf wurde die Beratung geschlossen.

Entwurf des Statuts der Kommunistischen Balkanföderation.

§ 1. Zur Durchführung der Balkanresolutionen und der Beschlüsse der Kommunistischen Balkankonferenz am 15. Januar 1920 zu Sofia wird die Kommunistische Balkanföderation organisiert.

§ 2. a) Die Kommunistische Balkanföderation ist eine Verbindung der Balkansektionen der Kommunistischen Internationale, und zwar der bulgarischen, der jugoslawischen, der griechischen und der rumänischen Sektionen.

Anmerkung: Nach der Gründung einer Sektion der Kommunistischen Internationale in Albanien wird auch diese zur Kommunistischen Balkanföderation gehören.

b) Neue Sektionen der Kommunistischen Internationale, die auf dem Balkan gegründet und von der Kommunistischen Internationale anerkannt werden, gehören ebenfalls zur Kommunistischen Balkanföderation. Ihre Aufnahme wird durch die ordentliche Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation bestätigt.

§ 3. Zur Verwirklichung der in § 1 erwähnten Aufgaben und Ziele bildet die Kommunistische Balkanföderation folgende Organe:

1. Die Kommunistische Balkankonferenz.

2. Den Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation.

Zu 1. a) Die Kommunistische Balkankonferenz bildet das höchste Organ der Kommunistischen Balkanföderation; sie wird sechsmonatlich und falls nötig, auch öfter einberufen.

b) An der Kommunistischen Balkankonferenz nehmen Delegierte teil, die von den Zentralen der zur Kommunistischen Balkanföderation gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale gewählt werden.

Jede Sektion entsendet eine bestimmte Anzahl Delegierter; jeder Delegierte stimmt nach seiner Ueberzeugung.

Anmerkung: Falls eine der Zentralen nicht die Möglichkeit hat, die volle Anzahl von Delegierten zur Konferenz zu senden, kann die Kom-

munistische Balkanföderation auch der nicht vollen Zahl von Delegierten das Recht auf die volle Stimmenzahl der betreffenden Sektion zuerkennen.

c) Die Exekutive der Kommunistischen Internationale wird von jeder Konferenz rechtzeitig in Kenntnis gesetzt, damit sie die Konferenz durch ihre Delegation beschicken kann.

d) Die Konferenz wird von dem Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation einberufen, der Ort, Zeit und den Entwurf der Tagesordnung der Kommunistischen Balkankonferenz bestimmt.

e) Die Kommunistische Balkankonferenz arbeitet im Rahmen der Direktiven und der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale die Richtlinien für die Tätigkeit der Kommunistischen Balkanföderation aus.

f) Die Kommunistische Balkankonferenz wählt den Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation und bestimmt den Sitz des Sekretariats der Föderation.

Anmerkung: Falls ein Mitglied des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Balkanföderation oder der Sekretär der Kommunistischen Balkanföderation verhindert ist, an den Arbeiten und den Sitzungen des Vollzugsausschusses der Föderation teilzunehmen, ernennt die Zentrale der betreffenden Sektion der Kommunistischen Internationale ihm einen Vertreter.

Zu 2. a) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation ist das Vollzugsorgan der Föderation; er besteht aus 5 oder 7 Mitgliedern, die Vertreter der zur Kommunistischen Balkanföderation gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale sind.

b) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation bestimmt den Ort seiner Sitzungen, die einmal monatlich stattfinden müssen.

Anmerkung: In Sonderfällen hat das Sekretariat der Kommunistischen Balkanföderation das Recht, zu bestimmen, daß die Sitzungen an einem anderen Ort stattfinden.

c) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation hat das Recht der Leitung und der Kontrolle über die allgemeine und die besondere Tätigkeit der Kommunistischen Balkanföderation, sowie über die Tätigkeit der zu ihrem Bestande gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale, sofern diese Tätigkeit mit den Zielen und den Aufgaben der Kommunistischen Balkanföderation in Zusammenhang steht. Der Vollzugsausschuß hat sich hierbei an die Beschlüsse und die Richtlinien der Exekutive und des Kongresses der Kommunistischen Internationale zu halten.

d) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation sorgt für die Erziehung und die Festigung einer einheitlichen Organisationsform der zur Kommunistischen Balkanföderation gehörenden einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale im Geiste des demokratischen Zentralismus und im Einklang mit den Statuten der Kommunistischen Internationale.

e) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation ist den zur Föderation gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale

bei der Entwicklung ihrer Tätigkeit, auf dem Gebiet der Kommunistischen Propaganda und der Ausbildung nach Möglichkeit behilflich; er organisiert und leitet die allgemeinen Aktionen auf dem Balkan.

f) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation steht in unausgesetzter organisatorischer Verbindung mit dem Gewerkschaftssekretariat des Balkans und sorgt für die Durchführung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, die auf die Gewerkschaften Bezug nehmen.

Anmerkung: Bei der Erörterung von Fragen, die sich auf die Tätigkeit der Gewerkschaften beziehen, muß der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation Vertreter des Gewerkschaftssekretariats des Balkans zu seinen Sitzungen heranziehen.

g) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation ist beschlußfähig, sobald Vertreter von mindestens drei Sektionen an seinen Sitzungen teilnehmen.

Zu 3. a) Das Sekretariat der Kommunistischen Balkanföderation ist ein ständiges Organ des Vollzugsausschusses der Föderation. An der Spitze des Sekretariats steht ein Sekretär, der von dem Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation gewählt wird; er trägt der Kommunistischen Balkankonferenz und dem Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation gegenüber die volle Verantwortung für die Tätigkeit des Sekretariats.

b) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation ernennt auf Vorschlag des Sekretärs dessen Gehilfen.

c) Die Zentrale der Sektion des Landes, in dem sich das Sekretariat befindet, muß dem Sekretär die größte Unterstützung und Hilfe gewähren.

d) Wenn die Einberufung einer Sondersitzung des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Balkanföderation unmöglich ist, werden wichtige und eilige Fragen von dem Sekretär der Kommunistischen Balkanföderation mit der Sektionszentrale des Landes, in dem das Sekretariat sich befindet, gelöst.

e) Der Sekretär führt die Geschäfte des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Balkanföderation, sorgt für die Ausführung der Beschlüsse der Föderation und führt die Korrespondenz. Er organisiert den Informationsdienst unter den Sektionen der Kommunistischen Balkanföderation, zwischen der Kommunistischen Balkanföderation und der Kommunistischen Internationale, sowie zwischen der Kommunistischen Balkanföderation und den Parteien der Nachbarländer. Er bereitet das Material für die Arbeit des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Balkanföderation vor und erstattet dem Vollzugsausschuß über seine Tätigkeit Bericht.

f) Die Zentralen der Sektionen der Kommunistischen Internationale sind verpflichtet, dem Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation durch das Sekretariat Bericht über ihre Tätigkeit abzulegen.

g) Die Kosten für die Kommunistische Balkanföderation werden den zur Föderation gehörenden Sektionen je nach der Zahl ihrer Vertreter auferlegt.

§ 4. Im Einklang mit dem Statut der Kommunistischen Internationale knüpft die Kommunistische Balkanföderation mit den einzelnen kommunistischen Parteien, die nicht zur Kommunistischen Balkanföderation gehören, nur durch die Exekutive der Kommunistischen Internationale Beziehungen an.

§ 5. a) Die Kommunistische Balkanföderation ist also Föderation der zu ihr gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale, ein Bestandteil der Kommunistischen Internationale, deren Beschlüsse und Verfügungen für sie obligatorisch sind.

b) Die Organe der Kommunistischen Balkanföderation, und zwar die Kommunistische Balkankonferenz und der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Balkanföderation, stehen daher in unmittelbarer Verbindung mit der Kommunistischen Internationale und deren Exekutive und führen deren Beschlüsse und Vorschriften aus.

§ 6. Die Beschlüsse und die Vorschriften der Kommunistischen Balkanföderation und ihres Vollzugsausschusses sind für die zur Föderation gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale bindend.

§ 7. Die zur Kommunistischen Balkanföderation gehörenden Parteien bleiben selbständige Sektionen der Kommunistischen Internationale mit dem Recht des unmittelbaren Verkehrs mit der Kommunistischen Internationale und der selbständigen Vertretung auf den Kongressen und in der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

§ 8. Dieses Statut tritt in Kraft nach seiner Annahme durch die Kommunistische Balkankonferenz, die das Recht hat, es zu ergänzen und zu ändern.

§ 9. Dieses Statut muß der Exekutive der Kommunistischen Internationale zur Bestätigung vorgelegt werden.

Die Kommunistische Partei und die politische Lage Bulgariens.

1. Die Organisation der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Bulgarien ist ein kleinbürgerliches, vor allem aber ein bäuerliches Land mit einem wenig zahlreichen und über das ganze Land verstreuten Proletariat. Die typischen Organisationen des Proletariats — die Gewerkschaften — konnten sich hier nicht zu großen proletarischen Massenorganisationen entwickeln. Die schwache

Entwicklung der Industrie und das Fehlen eines Großgrundbesitzes setzen der Entwicklung der Gewerkschaften sehr enge Schranken. Die nach dem Kriege eingetretene Wirtschaftszerrüttung, der Stillstand in der Bautätigkeit und die große Arbeitslosigkeit ziehen diese Schranken noch enger. Andererseits bilden die großen unterdrückten städtischen und ländlichen Massen, die zu gewerkschaftlicher Organisation unfähig sind, ein außerordentlich wertvolles revolutionäres Element, das für den bevorstehenden Revolutionskampf erzogen, organisiert und diszipliniert werden muß. Dies aber kann nur in der Kommunistischen Partei geschehen. Aus diesem Grunde bildet die Kommunistische Partei in Bulgarien ausnahmsweise eine größere und zahlreichere Organisation als der Allgemeine Gewerkschaftsbund. Und es liegt kein Grund vor zur Annahme, daß dieses Verhältnis sich ändern könnte: die Kommunistische Partei wird nicht nur hinsichtlich ihrer Ziele und Aufgaben, sondern auch als Organisation der Massen eine weitaus wichtigere Organisation bleiben als die Gewerkschaften. Eben dieser Umstand, der die Rolle und Bedeutung der Kommunistischen Partei in Bulgarien noch vergrößert, verleiht den Organisationsfragen der Partei eine ganz außerordentliche Wichtigkeit und verlangt die größte Aufmerksamkeit der Partei für sich. Es ist etwas über ein Jahr vergangen, seit die Partei zur Massenpartei wurde, und in dieser Zeit sind große Anstrengungen gemacht worden, um ihre Organisation zu entwickeln und innerlich in Gang zu bringen. In dieser Hinsicht ist von der Partei folgendes erreicht worden:

1. Das Zentralkomitee besitzt ausgedehnte Vorrechte im Rahmen des Parteiprogramms und der Beschlüsse der Parteitage und genießt eine gewaltige Autorität in der Partei. Seine Beschlüsse sind für alle bindend, unterliegen unbedingter Durchführung und werden auch tatsächlich ausgeführt. Das Komitee besteht aus 7 vom Parteitag gewählten Mitgliedern. Unter ihnen ist ein Sekretär und ein Kassierer, die unmittelbar vom Parteitag gewählt werden. Das Zentralkomitee handelt als einheitliche Körperschaft und entscheidet über alle Parteifragen.

Am Parteisekretariat bestehen folgende Abteilungen, Kommissionen und Komitees: a) Finanzabteilung, b) Organisations- und städtische Abteilung, c) Kommission für Propaganda im Dorfe, d) zentrale Frauenkommission, e) Zentralkommission der kommunistischen Vertretung in den Kommunal- (Gemeinde-) Verwaltungen, Bezirksverwaltungen und Schulkomitees, f) Schulkomitee, g) Hilfskomitee für die Opfer der kapitalistischen Diktatur, h) Pressekomitee, i) Bibliothekskomitee, k) Komitee für proletarische Kultur, l) Parteiinspektion.

Dem Zentralkomitee sind vollständig untergeordnet: die periodische Presse, der Parteiverlag, die Parlamentsfraktion, die kommunistischen Fraktionen in den Kommunalverwaltungen und anderen gewählten Ortsinstitutionen. Das Zentralkomitee kontrolliert auch die Gewerkschaftsbewegung, die kommunistische Jugendorganisation, die Organisation der Kriegsoffer, die Arbeitergenossenschaft „Befreiung“, die Organisation der ehemaligen Gefangenen und Geiseln (die russische kommunistische Sektion).

Die örtlichen Parteiorganisationen — je eine in jeder Ortschaft — sind dem Zentralkomitee ebenfalls vollkommen und unmittelbar untergeordnet.

Zur allseitigen Leitung der Bewegung an jedem Ort wird ein örtliches Parteikomitee gewählt, das ausgedehnte Vorrechte besitzt und für den lokalen Stand der Parteiangelegenheiten sowohl vor der örtlichen Parteiorganisation als auch vor dem Zentralkomitee der Partei verantwortlich ist. Innerhalb des Ortskomitees bestehen ebenfalls Spezialorgane für die Agitation und Propaganda unter den Frauen, den Auswanderern, der kommunistischen Jugend, für proletarische Kultur, zur Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Diktatur, Pressekomitees usw.

In jedem Bezirk ist ein Bezirkskomitee gegründet; diese Komitees sind aber vielmehr Organe des Zentralkomitees für die Agitation und Propaganda in den Bezirken und zur Leitung der Organisations- und Aufklärungsarbeit hauptsächlich in den ländlichen Parteigruppen. Eine selbständige politische Initiative haben sie nicht. Die entscheidende Bedeutung in den Bezirkskomitees haben die Ortskomitees der großen städtischen Zentren, und ihre Aufgabe besteht hauptsächlich darin, auf die schwache ländliche Bewegung den wohlthätigen Einfluß der kommunistischen Massenbewegung der großen Städte auszuüben. In jedem Bezirkskomitee gibt es einen oder mehrere Bezirksorganisatoren. Außerdem berufen die Bezirkskomitees häufig Bezirks-, Kreis- und Rayonkonferenzen ein, deren Beschlüsse der Bestätigung durch das Zentralkomitee der Partei unterliegen. Um die Parteiagitation und Propaganda erfolgreicher zu gestalten, ist jeder Bezirk in mehrere Kreise und jeder Kreis in mehrere Rayons eingeteilt. Jedem Rayon gehören 10 bis 15 ländliche Parteigruppen an. Somit baut sich der leitende Parteiapparat der K. P. Bulgariens nach den Prinzipien eines vollen demokratischen Zentralismus auf. Dank der gesunden Parteitradition stößt dieser Zentralismus nicht nur auf keinerlei föderalistische oder sonstige Tendenzen, sondern wird im Gegenteil von der Masse der Parteimitglieder als einzige zweckmäßige Organisationsform angesehen. Infolgedessen steht die Parteidisziplin auf der erforderlichen Höhe.

2. Die Kontrolle ist in allen Parteiinstituten durchgeführt. Sie ist ebenfalls zentralisiert. Die Kontrolle über das Zentralkomitee wird von einer fünfgliedrigeren Kontrollkommission ausgeübt, die vom Parteitag gewählt wird. Die Kontrollkommission kontrolliert die gesamte Tätigkeit des Zentralkomitees und hat zu diesem Behuf das Recht, den Sitzungen des Zentralkomitees mit beratender Stimme beizuwohnen. Ueber die Ergebnisse ihrer Kontrolltätigkeit berichtet die Kommission dem Parteitag.

An den einzelnen Orten bestehen örtliche Kontrollkommissionen, die von den örtlichen Parteiorganisationen gewählt werden. Diese Kommissionen kontrollieren die Tätigkeit aller Parteiorgane und Institutionen des betreffenden Gebiets. Sie haben das Recht, an den Sitzungen des örtlichen Parteikomitees mit beratender Stimme teilzunehmen, und berichten sowohl der örtlichen Parteiorganisation als auch dem Zentralkomitee.

3. Außerdem gibt es einen Parteirat, bestehend aus: a) den Mitgliedern des Zentralkomitees und der Kontrollkommission; b) 13 Vertretern der Parteibezirke, die vom Parteitag gewählt werden. Der Parteirat versammelt sich regelmäßig einmal vierteljährlich zur Erörterung der wichtigsten parteipolitischen Fragen, die die ganze Partei betreffen.

4. Zwecks Verbreitung und Stärkung des Einflusses der K. P. in allen Arbeiter- und sonstigen Kreisen und Gruppen ist eine Organisation kommunistischer Zellen geschaffen worden. Die kommunistischen Zellen organisieren sich unter der Leitung der Ortskomitees in allen Industrieunternehmungen, großen Werkstätten usw. Zellen werden geschaffen: in jeder staatlichen und öffentlichen Institution, in jeder Gewerkschaftsorganisation, in jeder Genossenschaftsabteilung, in den Vereinen der Reserveoffiziere und Unteroffiziere usw.

5. In der Partei gibt es eine Teilung in Sympathisierende, Kandidaten und Parteimitglieder.

6. Große Bedeutung hat die bereits geschaffene Parteiinspektion. Das Zentralkomitee verfügt über 10 reisende Parteiinspektoren. Jeder von ihnen hat seinen Bezirk. Zu Inspektoren werden die erfahrensten und angesehensten Parteifunktionäre ernannt, von denen die meisten gleichzeitig Parlamentsmitglieder sind. Die Inspektoren führen Tagebücher, erstatten dem Zentralkomitee Bericht und versammeln sich zu gemeinsamen Beratungen.

7. Die zahlreichen Verhaftungen, Verfolgungen und Prozesse gegen die Parteimitglieder und die Notwendigkeit, den verfolgten Genossen und ihren Familien zu helfen, hat zur Schaffung einer besonderen Hilfsorganisation für die Opfer der kapitalistischen Dik-

tatur geführt. Zu diesem Zweck ist auch ein besonderer Fonds gebildet worden. An der Spitze dieser Organisation steht eine Zentralkommission beim Zentralkomitee der Partei, und an jedem Ort gibt es ein Ortskomitee beim örtlichen Parteikomitee. Diese Organisation organisiert den Parteischutz für die verfolgten Genossen. Der Spezialfonds wird durch freiwillige Spenden und regelmäßige Beiträge der Parteiorganisationen gebildet.

8. Das Eindringen der Kommunistischen Partei in die Organe der örtlichen Selbstverwaltung und insbesondere die volle Eroberung einiger von ihnen hat die Schaffung eines Zentralorgans zur Arbeit auf diesem Spezialgebiet notwendig gemacht. Zu diesem Zweck wurde beim Zentralkomitee eine Zentralkommission der kommunistischen Vertretung in den örtlichen Gemeindeverwaltungen usw. geschaffen. Die Hauptaufgabe dieser Kommission besteht darin, die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen in den Kommunal- (Gemeinde-) Verwaltungen usw. zu beaufsichtigen, ihre Tätigkeit zu vereinheitlichen und über die genaue Ausführung der Parteidirektiven zu wachen.

9. Das Komitee für proletarische Kultur ist erst kürzlich gegründet worden. Es soll die kulturelle Aufklärungsarbeit der örtlichen Parteiorganisationen vereinheitlichen und mit kommunistischem Geist erfüllen. In jeder örtlichen Parteiorganisation sind ebenfalls Komitees für proletarische Kultur geschaffen worden.

10. Zur Führung der kommunistischen Propaganda unter den zahlreichen Einwanderern aus den Nachbarländern, die bisher Opfer des bürgerlichen Nationalismus waren, wurde im Zentralkomitee eine Zentralkommission für Einwanderer geschaffen und örtliche Kommissionen in den örtlichen Parteikomitees. Durch ihre Tätigkeit ist der Einfluß der alten nationalistischen Organisationen unter den Einwanderern völlig gelähmt worden, und aus der Mitte der Einwanderer konnten viele wertvolle Elemente für die Kommunistische Partei gewonnen werden.

11. Besondere Organisationen der nationalen Minderheiten gibt es in der K. P. Bulgariens nicht. Es besteht nur eine einheitliche Kommunistische Partei, der alle angehören, ohne Unterschied der Nationalität und der Sprache. Jedoch haben die örtlichen Parteiorganisationen Spezialkomitees für die Arbeit unter den nationalen Minderheiten.

12. Die literarische Propaganda wird vom Pressekomitee geleitet; das Verlagsgeschäft ist der Arbeitergenossenschaft „Befreiung“ übertragen, die auf Anregung des Zentralkomitees hauptsächlich zu diesem Zweck geschaffen worden ist.

Die Genossenschaft „Befreiung“, die Abteilungen in allen

Städten und in vielen Dörfern hat, ist heute die stärkste Genossenschaft und die größte Verlagsanstalt in Bulgarien. Infolge ständiger Erweiterung der literarischen Parteipropaganda hat das Zentralkomitee schon Maßregeln ergriffen, um die Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ in bulgarischer Sprache, wenn auch in gekürzter Form, herauszugeben.

13. Zwecks Organisierung der ehemaligen Gefangenen und Geiseln wurde ein Spezialkomitee geschaffen, das sich die Aufgabe gestellt hat, einen Verband der ehemaligen Gefangenen und Geiseln zu schaffen. Wohl schon in nächster Zukunft wird dieser Verband zu einer mächtigen achtunggebietenden Organisation werden, die in engster Verbindung mit der Kommunistischen Partei arbeitet.

14. Unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei steht auch die kommunistische Organisation der Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen der Kriegsoffer.

15. Eine besondere Frauenorganisation gibt es in Bulgarien nicht. Die Frauen gehören in gleicher Weise wie die Männer der Parteiorganisation an. Um jedoch eine systematische Propaganda unter den Frauen zu führen, besteht beim Zentralkomitee eine zentrale Frauenkommission, die u. a. auch das Zentralorgan der Kommunistinnen, die Zeitschrift „Gleichheit“, redigiert. Ebenso besteht in jedem Ortskomitee eine örtliche Frauenkommission.

Diese Kommissionen organisieren weibliche Aufklärungsgruppen für die kommunistische Agitation.

16. Der kommunistische Jugendverband besteht als Sonderorganisation, erkennt aber die oberste Leitung der Kommunistischen Partei an.

Das Zentralkomitee delegiert einen Vertreter in sein leitendes Organ. Ebenso stehen auch die örtlichen Jugendorganisationen unter der Leitung der örtlichen Parteikomitees.

17. In Verbindung mit der Parteiorganisation und unter ihrer Leitung steht seit ihrem Entstehen auch die kommunistische Lehrerorganisation. Laut Beschluß des Zentralkomitees der Partei und des Gewerkschaftskomitees ist diese Organisation am 1. Januar 1921 dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund beigetreten.

Dieser Gewerkschaftsbund wächst rapid; bald wird er eine mächtige Organisation mit großem Einfluß sein.

18. Zur Schulung von Parte agitatoren hat das Zentralkomitee in Sofia eine Parteischule mit einmonatlichen Kursen eingerichtet. Diese Schule ist bereits von zwei Gruppen absolviert worden. Zu ihrem Lehrprogramm gehören folgende Gegenstände:

- a) Die Organisation Sowjetrußlands in Verbindung mit der Möglichkeit, auch in Bulgarien eine Sowjetorganisation zu schaffen.
- b) Bulgarien in wirtschaftlicher Hinsicht, im Hinblick darauf, die Sozialisierung in Bulgarien zu verwirklichen.
- c) Die neueste politische Geschichte Bulgariens und die Programme seiner politischen Parteien.
- d) Geschichte der Arbeiterbewegung, Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften in Bulgarien.
- e) Programm, Taktik und Organisation der Kommunistischen Partei Bulgariens.
- f) Geschichte der Internationale und die verschiedenen Strömungen in der modernen Arbeiterbewegung.
- g) Geschichte der Revolution in der neuesten Zeit.

In den Provinzstädten bestehen ebenfalls Kurse, Abendvorlesungen und Lehrabende von Wanderrednern zum Studium der Theorie und Praxis des Kommunismus.

2. Die Vereinigung der kommunistischen Kräfte.

Nach der politischen Zerschmetterung der „Obshtedelpartei“ (Menschewiki) waren Spaltungen in ihren Reihen auf der Tagesordnung. In der Partei gab es drei Strömungen: die rechte, die von den alten angesehenen Parteimitgliedern vertreten wurde; diese Strömung war die herrschende und hatte das Zentralkomitee und das Zentralorgan der Parteipresse in Händen. Aber die Niederlage der Partei war vor allem eine Niederlage der rechten Strömung, und infolgedessen verblassen ihre Vertreter zeitweilig. — Die zentristische Strömung glaubte, daß die Obshtedelpartei in ihrer Tätigkeit von den Ereignissen nach links geschoben werden könne, mit dem Opportunismus brechen und sich der Kommunistischen Partei nähern werde. So werde durch gegenseitige Zugeständnisse beider Parteien die Vereinigung der sozialistischen Kräfte im Lande erzielt werden. Diese Strömung wurde auch von den Rechten unterstützt; denn nur unter der Maske eines Rucks der Partei nach links konnten sie in ihr herrschen. Diese Strömung erlangte die Mehrheit in der Partei. — Die linke Strömung hat anfangs schüchtern, später aber mit größerer Entschiedenheit die Parole der Spaltung und die Vereinigung der Linken mit der Kommunistischen Partei aufgestellt.

Auf dem Parteitag im Juni 1920 siegte die versöhnliche Politik des Zentrums. Aber die linken Arbeiterelemente fanden den Betrug bald heraus: In einer Versammlung, die zur Klarstellung der An-

sichten der Obshtedelpartei über die internationale Lage einberufen worden war, stellte das Zentralkomitee als Referenten einen eingefleischten Gegenrevolutionär, Waffenlieferanten für Denikin und Arbeitermörder auf, den ehemaligen Minister Pastuchow. Die Arbeiter gerieten in Empörung und veranstalteten in der Versammlung selbst eine Tumultszene. Dieser Umstand bildete das Signal für eine entschlossenerere Haltung des linken Flügels.

Die Kommunistische Partei stand auf dem Standpunkt, daß sie sich keinesfalls mit der Obshtedelpartei vereinigen könne, daß es eine vollkommene Illusion sei, zu hoffen, man könne sich der Partei von innen heraus bemächtigen und die mit Schande bedeckten opportunistischen Führer hinausjagen. Sie war im Gegenteil der Ansicht, daß es, um dem linken Flügel den Beitritt zur Kommunistischen Partei zu ermöglichen, notwendig sei, in der Partei eine Empörung zu entfesseln, ihre Organisationen zu spalten und die Linke zu veranlassen, sich bedingungslos der Kommunistischen Partei anzuschließen. Dieser Standpunkt wurde vom linken Flügel angenommen. Zuerst schlossen sich die Obshtedel-Gewerkschaften dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund an. Dann spaltete sich auch die Parteilinke ab und schloß sich der Kommunistischen Partei an. Gegenwärtig gibt es in Bulgarien nur einen einzigen Gewerkschaftsbund — den Roten Kommunistischen Bund. Was die Obshtedelpartei anbelangt, so ist sie endgültig zerfallen. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die wenig einsichtigen Massen der Landbevölkerung haben ihre Reihen verlassen. Sie stellt heute eine Partei ohne Organisation, einen Stab ohne Heer vor.

Endgültig und formell liquidiert ist die sogenannte Kommunistische Arbeiterpartei. Ihre wenigen Gruppen in der Provinz sind gegen den Willen ihres Zentralkomitees mit ihrem vollen Bestande zur Kommunistischen Partei übergegangen, und kürzlich hat sich auch die Sofiater Gruppe, mit Ausnahme ihres führenden Parteistabs, der Kommunistischen Partei angeschlossen.

3. Die Balkankonferenz der Gewerkschaften.

Am 3. und 4. November fand in Sofia die Balkankonferenz der Gewerkschaften statt, die auf Anregung des bulgarischen Gewerkschaftsrats einberufen worden war. Anwesend waren Delegierte der Gewerkschaften Jugoslawiens, Rumäniens und Bulgariens. Leider war die Griechische Arbeiterkonföderation nicht vertreten; der Grund hierfür lag aber nicht etwa in ihrer prinzipiellen Weigerung, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, sondern an Hindernissen politischen Charakters. Außerdem nahm noch der Delegierte des

internationalen Rats der Roten Gewerkschaften, Genosse Glebow-Awilow, an der Konferenz teil.

Auf der Konferenz wurde volle Einmütigkeit über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften erzielt; es wurde der Grund gelegt zu einer Balkan-Donau-Gewerkschaftsföderation und der formelle Anschluß an den Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften ausgesprochen.

4. Die internationale kommunist. Zusammenkunft.

Die für diese Zeit geplante zweite Konferenz der Kommunistischen Parteien der Balkan-Donau-Länder hat nicht stattfinden können. Die mit dem Wahlkampf beschäftigte griechische Partei konnte keinen Delegierten entsenden, die kommunistische Linke der Sozialistischen Partei Rumäniens hatte wegen der dort eingetretenen Ereignisse noch nicht die Möglichkeit gehabt, sich formell zu konstituieren, um als Vertreterin des rumänischen Proletariats an der Konferenz teilnehmen zu können.

Daher fand statt der Konferenz, die in der nächsten günstigen Zeit einberufen werden wird, nur eine Zusammenkunft statt, auf der die Lage der Partei in den verschiedenen Balkanländern erörtert wurde.

Ueber die Lage und Tätigkeit der Kommunistischen Partei Griechenlands übersenden wir die Kopie eines ausführlichen Berichts. Die Kommunistische Partei Griechenlands ist zwar sehr schwach, befindet sich aber auf dem richtigen Wege.

Leider kann man von der rumänischen Partei nicht dasselbe sagen. In diesem Lande macht die revolutionäre Bewegung eine schwere Krise durch. Die sozialistische Partei ist unheilbar krank. Sie ist die einzige Partei der Welt, die seit dem Kriegsende noch keinen Parteitag abgehalten hat. Die in der Partei herrschenden Sozialpatrioten und Zentristen sabotieren systematisch die Einberufung des Parteitags, der die Lage klären und auch im Bewußtsein der Massen Klarheit schaffen würde. Es gibt keine Kraft, die die Einberufung des Parteitags in Gang bringen könnte. Den kommunistischen Elementen in der Sozialistischen Partei, zu denen die K. P. Bulgariens Beziehungen hat, sind folgende Direktiven gegeben worden: Erstens: Die Initiative zu übernehmen zwecks Einberufung einer privaten Konferenz der bekannten und ergebenen Kommunisten, aus denen sich eine kommunistische Linke in der Sozialistischen Partei Rumäniens konstituieren muß. Diese Linke muß unverzüglich an die Herausgabe eines kommunistischen Wochenorgans, einer Reihe kommunistischer Broschüren und Aufrufe, Flugblätter usw. an das

rumänische Proletariat gehen. Zweitens ist der Kampf für die unverzügliche Einberufung des Parteitags aufzunehmen. Die weitere Handlungsweise wird von den Umständen abhängen. Dasselbe ist auch den Delegierten der rumänischen Gewerkschaften gesagt worden. Nach einigem Schwanken haben auch sie diese Fingerringe als Richtschnur angenommen. Aber bisher ist in dieser Richtung nichts Ernstes geschehen. Der Generalstreik, der von der Regierung zu Provokationszwecken ausgenutzt wurde, hatte stärkste Repressalien zur Folge, hauptsächlich gegen die besonders tätigen Kommunisten. Jetzt bildet die alte Partei in Rumänien einen Trümmerhaufen, und es sind nicht einmal Ansätze zu einer neuen Partei vorhanden. Ohne aktive Unterstützung seitens der kommunistischen Parteien der Nachbarländer wird es der kommunistischen Bewegung in Rumänien schwer sein, die Krise, die sie gegenwärtig durchmacht, zu überwinden. Die K. P. Bulgariens beachtet diesen Umstand aufs genaueste und tut alles, was in ihren Kräften steht.

5. Der dritte Jahrestag der russischen proletarischen Revolution in Bulgarien.

Das Zentralkomitee der Partei gab die Parole aus, den 7. November, den Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland, überall würdig und eindrucksvoll zu feiern. Gleichzeitig war es notwendig, gegen die konterrevolutionäre Politik der bulgarischen Regierung zu demonstrieren und zu protestieren.

Das Land stöhnte weiter unter dem Regime der Militärdiktatur, und der Feldzug der Konterrevolution gegen die Kommunisten war in vollem Gange. Man mußte Zusammenstöße erwarten. Die Regierung, die einen Anlaß suchte, um die kommunistischen Versammlungen zu verbieten, fand einen solchen in der Besetzung der Stadt Zaregrad durch die Serben, die am 6. November stattfand. Aus diesem Anlaß ordnete sie eine allgemeine Volkstrauer an. Das Zentralkomitee protestierte energisch gegen diese Willkür und fügte sich ihr nicht. Auch die Ortskomitees fügten sich nicht.

In Sofia waren am nächsten Tage alle Parteiklubs, sowie auch das Theater „Renaissance“, wo ein Meeting stattfinden sollte, von Gendarmerie umringt. Es gab keine Möglichkeit hineinzugelangen. Daraufhin kam es zu Zusammenstößen zwischen Gendarmerie und Kommunisten, die nicht auseinandergehen wollten. Schließlich wurde beschlossen, das Meeting in der Nähe des Parteiklubs stattfinden zu lassen. Die Volksmassen füllten rasch die Straßen in der Nähe des Klubs, und unter der Nase der Polizei wurde eine kurze Protestrede gehalten, eine Resolution verlesen und in einer riesigen Anzahl

verbreitet. In diesem Augenblick traf eine neue Gendarmerieabteilung ein, die sofort Feuer gab. Ein Arbeiter wurde getötet, und drei Polizisten wurden verwundet. In der Provinz wurde der Jahrestag trotz der Verbote der Polizei ebenfalls in würdiger Weise gefeiert. In vielen Dörfern fanden Meetings unter freiem Himmel statt, und hier und da wurden Straßendemonstrationen veranstaltet; zu blutigen Zusammenstößen kam es weiter nicht.

Dies alles versetzte die Regierung in Wut. Sie antwortete mit Massenverhaftungen, besonders in Sofia. Sie organisierte einen Pogrom im Stadtviertel, wo das Meeting stattgefunden hatte, eröffnete ein Verfahren gegen eine ganze Reihe von Kommunisten, darunter auch gegen den Genossen Georg Dmitrow, den Parlamentsabgeordneten und Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften. Bald aber sah sich die Regierung genötigt, alle verhafteten Genossen freizulassen, und sie kehrte zu ihrer alten Praxis zurück — zur Organisierung gemeiner Ueberfälle und Mordtaten.

6. Frieden und freundschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland.

Am 10. Dezember brachte die kommunistische Parlamentsfraktion im Parlament eine Interpellation über die Regierungspolitik gegenüber Sowjetrußland ein. Am 11. Dezember kam in Sofia durch Funkspruch eine Note des Genossen Tschitscherin an die bulgarische Regierung, die den Vorschlag machte, Verhandlungen über die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern einzuleiten. Am 15. Dezember traf die Note des Genossen Rakowski über denselben Gegenstand ein. Am 19. Dezember folgte eine zweite Note des Genossen Tschitscherin an die bulgarische Regierung, in der Protest gegen den Raub am russischen Volksvermögen erhoben wurde, der von den geschlagenen Banden Wrangels ausgeführt worden ist.

Alles das rief im Lande starke Erregung hervor. Die K. P. Bulgariens unternahm im ganzen Lande eine energische Aktion unter der Losung: „Frieden und freundschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland“.

Auf gutbesuchten Versammlungen und Meetings forderten die Massen von der Regierung, sie solle alle Beziehungen zu den russischen Gegenrevolutionären abbrechen und politische, kommerzielle sowie kulturelle Beziehungen zu Sowjetrußland einleiten. Die Bourgeoisie und die Regierung sahen sich genötigt, eine klare Stellung in dieser Frage einzunehmen.

Die bürgerlichen Parteien versuchten anfangs zu Ausflüchten zu

greifen. Bulgarien — sagten sie — habe nichts gegen Rußland, aber der Friedensvertrag mit der Entente gestattete ihm nicht, in irgendwelche Beziehungen zu Sowjetrußland einzutreten. Schließlich aber deckten sie ihre Karten auf und erklärten in unzweideutigster Weise, daß Bulgarien, solange in Rußland die Bolschewiki an der Macht seien, keinerlei Beziehungen zu ihm unterhalten könne. Die kleinbürgerlichen Parteien ihrerseits begannen in einer Art von hysterischer Raserei die russische Sowjetrepublik abermals mit den phantastischsten Verleumdungen und ekelhaftesten Abscheulichkeiten zu überschütten. Am allgemeinen gegenrevolutionären Chor nahmen auch die „weitherzigen Sozialisten“ teil, die in jeder Nummer ihrer Zeitung ihren Haß gegen die Bolschewiki offenbarten und mit Schimpfereien gegen Sowjetrußland nicht geizten.

Die Regierung, die sich in ihrer Antwortnote nur auf einen Protest gegen die Anschuldigung beschränkte, daß sie die russischen gegenrevolutionären Banden unterstütze, erklärte im Parlament in Beantwortung der Interpellation der Kommunisten offen, daß sie mit dem bolschewistischen Rußland keine freundschaftlichen Beziehungen anknüpfen werde.

Die Kommunistische Partei erklärte hierauf im Parlament, daß die Bruderhand des russischen werktätigen Volkes nicht der Regierung und nicht der Bourgeoisie entgegengestreckt sei, sondern dem werktätigen Volke Bulgariens und daß dieses letztere die Hand drücken werde, nachdem es die jetzt herrschenden ausbeutenden und bedrückenden Klassen gestürzt habe. So haben also die Noten der Genossen Tschitscherin und Rakowski eine bedeutende revolutionäre Rolle gespielt.

Sie haben der bulgarischen Bourgeoisie die Maske abgerissen und sie gezwungen, sich trotz der inneren Uneinigkeit zu einem einzigen gegenrevolutionären Block gegen den Bolschewismus und das bolschewistische Rußland zusammenzuschließen.

Sofia, 5. Januar 1921.

*Sekretär der
Kommunistischen Partei Bulgariens.*

W. Kolarow.

Richtlinien der Parlamentsgruppe der Kommunist. Partei Bulgariens (Tesnjaki).

1. Die Gruppe besteht aus allen zur Kommunistischen Partei Bulgariens gehörenden Abgeordneten.

2. Der Ausschluß der Abgeordneten geschieht laut dem Statut und dem Reglement der Partei. In dringenden Fällen können sie bis zum Beschluß des Kongresses zeitweilig von dem Zentralkomitee der Partei aus der Parlamentsgruppe entfernt werden.

3. Die Kandidaturen der Abgeordneten werden laut Statut der Kommunistischen Partei Bulgariens aufgestellt. Die Kandidaturen der Volksvertreter werden von den Bezirksausschüssen vorgeschlagen und von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt. Das Zentralkomitee ist befugt, neue Personen in die Listen einzutragen, bereits eingetragene zu streichen und die Reihenfolge der Kandidaturen zu ändern.

4. Nach erfolgten Wahlen wird die Parlamentsgruppe einberufen und das Zentralkomitee der Partei konstituiert, das die Tätigkeit der Gruppe leitet und kontrolliert.

a) Das von der Gruppe gewählte Büro (bestehend aus einem Vorsitzenden, zwei Vizevorsitzenden, zwei Sekretären und einem Schatzmeister) wird von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt.

b) Der Sondervertreter des Zentralkomitees in der Parlamentsgruppe hat das Recht, in allen von der Gruppe behandelten Fragen Einspruch zu erheben, seine Ansicht zu äußern und Direktiven zu erteilen.

c) Die von der Gruppe ernannten Redner können von dem Zentralkomitee abgesetzt werden. Das Zentralkomitee hat das Recht, von jedem Redner zu verlangen, daß er ihm die Hauptgedanken seiner Rede oder auch die ganze Rede im voraus vorlege.

d) Jedes Mitglied der Gruppe gibt dem Zentralkomitee die offizielle schriftliche Verpflichtung, sein Mandat niederzulegen, sobald es von ihm verlangt wird.

e) Das Zentralkomitee bestimmt über die parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit der kommunistischen Abgeordneten. Wenn diese keine Aufträge des Zentralkomitees auszuführen haben, können auch die Bezirksausschüsse ihnen Parteiarbeit auferlegen.

f) Der kommunistische Abgeordnete ist verpflichtet, bei Arbeiterkundgebungen und anderen revolutionären Aktionen an der Spitze der Arbeitermassen die führende Stellung einzunehmen, die das Ortskomitee ihm anweist.

g) Die Parlamentstribüne muß nicht nur zum Kampf gegen die Bourgeoisie und deren offene Verteidiger ausgenutzt werden, sondern auch zur Bloßstellung der Sozialverräterei der bürgerlichen Reformisten, der Opportunisten und anderer versteckter Feinde der Arbeiterklasse.

Der kommunistische Abgeordnete muß im Parlament eine Sprache führen, die jedem Arbeiter, jedem Bauer, jeder Wäscherin und jedem Hirten verständlich ist.

Er muß nicht nur in Worten, sondern durch sein ganzes Verhalten im Parlament seinen unbeugsamen Haß gegen den Kapitalismus zeigen.

5. Das Büro hat zur Aufgabe: die Sitzungen und die Tätigkeit der Parlamentsgruppe zu leiten, die parlamentarische Arbeit unter die einzelnen Sektionen und deren Mitglieder zu verteilen, die Gruppe in der Partei, im Parlament, in anderen Parteien und Institutionen sowie einzelnen Personen gegenüber zu vertreten; eine Bibliothek einzurichten, über die Tätigkeit der Parlamentsgruppe Bericht zu erstatten und diesen Bericht zu veröffentlichen. In dringenden Fällen entscheidet das Büro verschiedene Fragen im Namen der Gruppe.

Die Berichte werden dem Zentralkomitee nach jeder Parlamentssession vorgelegt. Sie werden vorher von der Gruppe angenommen.

6. Das Büro sorgt dafür, daß alle Mitglieder der Gruppe an der parlamentarischen Arbeit teilnehmen, und kontrolliert ihre Tätigkeit unmittelbar.

7. Die Parlamentsgruppe zerfällt in folgende sieben Sektionen: 1. Allgemein politische Fragen, 2. wissenschaftliche und finanzielle, 3. Militär- und Polizeifragen, 4. Soziale Arbeitergesetzgebung, 5. Gerichts- und juristische Fragen, 6. Volksaufklärung, 7. öffentliche Gesundheit.

8. Jede Sektion studiert die in ihr Gebiet fallenden Fragen, arbeitet Gesetzentwürfe aus, bereitet Anfragen und Interpellationen vor, bestimmt die Redner und Referenten. Ueber jede wichtige Frage berichtet sie der Generalversammlung der Gruppe.

In wichtigen Sonderfragen darf die Sektion die Ansicht von Sachkennern aus der Partei anhören, selbst wenn sie nicht Mitglieder der Gruppe sind.

9. Jede Sektion wählt einen Sekretär, der die Sitzungen der Sektion anberaumt und leitet und die Sektion im Büro der Parlamentsgruppe vertritt.

10. Zur Erörterung prinzipieller taktischer Fragen wird die gesamte Parlamentsgruppe einberufen. Sie muß sich in ihren Be-

schließen an das Parteiprogramm, die Beschlüsse der Kongresse, die Direktiven des Parteirats und des Zentralkomitees halten. Wenn einer der Abgeordneten in seiner Rede von den durch die Gruppe angenommenen Parteibestimmungen abweicht, legt das Büro oder das Zentralkomitee diese Fragen der Parlamentsgruppe zur Erörterung und Aufklärung vor. Auch einzelne Abgeordnete können dies durch das Zentralkomitee oder das Büro tun, wenn sie derartige Abweichungen bemerken.

11. Die Parlamentsgruppe wird von dem Büro zu den Sitzungen einberufen, die Sektionen von ihren Sekretären. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit angenommen.

12. Die Mitglieder der Gruppe sind verpflichtet, die Sitzungen der Gruppe und der Sektionen regelmäßig zu besuchen und sich an der Tätigkeit der Gruppe aktiv zu beteiligen; sie müssen jede Arbeit ausführen, die ihnen von der Gruppe, dem Büro oder dem Zentralkomitee zugeteilt wird.

13. Jedes Mitglied zahlt einen vom Zentralkomitee festgesetzten Beitrag in den Parlamentsfonds, der von dem Zentralkomitee verwaltet und für die Bedürfnisse der Partei verausgabt wird.

14. Für Kanzleiutensilien und andere Ausgaben, darunter auch für die Bibliothek zahlen die Mitglieder einen Sonderbeitrag, dessen Höhe von der Gruppe festgesetzt wird.

15. Die Mitglieder der Gruppe dürfen nur mit Genehmigung des Büros verreisen. Gegen den, der ohne Genehmigung verreist, ergreift das Büro nach seinem Gutdünken Disziplinarmaßnahmen; außerdem muß er seine Reisediäten für die ganze Zeit seiner Abwesenheit an die Bürokasse abführen.

Wer in Parteiangelegenheiten verreist, muß nach seiner Rückkehr dem Zentralkomitee durch das Büro Bericht erstatten.

Die Abgeordneten sind verpflichtet, dem Zentralkomitee regelmäßig Berichte über ihre außerparlamentarische Tätigkeit vorzulegen. Sie müssen daher besondere Tagebücher führen, in denen sie alles, was sie geleistet haben, in chronologischer Reihenfolge vermerken.

16. Persönliche Mißverständnisse, die nicht mit Hilfe des Büros beigelegt werden können, werden einem Schiedsgericht der Genossen übergeben.

Der Sekretär der Parlamentsgruppe
Radew.

Der Sekretär der
Kommunistischen Partei Bulgariens (Tesnjacki)
W. Kolarow.

Die wirtschaftliche und politische Lage Jugoslawiens.

1.

Von allen staatlichen Neubildungen unserer Tage erscheint Jugoslawien als die bunteste Schöpfung. Die Provinzen, die das Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen bilden, sind zwar durchweg von Südslaven bevölkert, zerfielen aber vor dem Kriege in sechs staatlich getrennte Teile: 1. Das Königreich Serbien, 2. Das Königreich Montenegro, 3. das Königreich Kroatien, das zu Ungarn gehörte, 4. die Wojewodschaft, ein integrierender Bestandteil Südungarns, 5. Slovenien und Dalmatien, die zu Oesterreich gehörten, 6. Bosnien und die Herzegowina, die die Stellung einer Kolonie Oesterreich-Ungarns einnahmen. Jugoslawien, das ein Gebiet von 252 254 Quadratkilometer umfaßt, zählte im Jahre 1910 12 792 913 Einwohner, bei einer Bevölkerungsdichte von 51 Menschen auf einen Quadratkilometer. Von diesen rund 13 Millionen Einwohnern sind 85 Prozent, d. h. 11 Millionen Südslaven und 15 Prozent Albanesen, Ungarn, Deutsche, Rumänen, Türken, Zigeuner, Juden usw. Die Südslaven haben zwei Literatursprachen: 92 Prozent bedienen sich der serbisch-kroatischen Sprache, 8 Prozent der slovenischen. Der Religion nach sind 55 Prozent orthodox, 38 Prozent Katholiken und 6 Prozent Mohammedaner.

Jugoslawien ist ein Agrarland; 80 Prozent seiner Bevölkerung treiben Landwirtschaft und nur 20 Prozent sind mit Handel, in der Industrie, dem Staatsdienst, sowie in freien Berufen beschäftigt. In der Landwirtschaft herrscht der Kleinbetrieb vor. Von 1 530 443 ländlichen Wirtschaften besitzen 468 000 weniger als 8 Morgen Land; 565 000 8 bis 40 Morgen; 206 600 40 bis 200 Morgen und nur 8192 Wirtschaften haben mehr als 2000 Morgen. Die Großgrundbesitzer (über 2000 Morgen) machen nur 0,6 Prozent der Landbevölkerung aus; sie besitzen 9 912 000 Morgen, d. h. 27 Prozent der gesamten fruchtbaren Anbaufläche.

Die Agrarfrage hat fast in jeder Provinz ihren besonderen Charakter. In Mazedonien bestehen noch die türkischen Feudalverhältnisse, während in Bosnien die Agrarfrage von den Bauern selbst gelöst worden ist, die im Jahre 1919 den Begs (Grundbesitzern) alles Land weggenommen haben. Bei dieser unorganisierten Agrarrevolution haben jedoch auch die mohammedanischen Kleingrundbesitzer

gelitten. In Serbien fehlt der Großgrundbesitz fast gänzlich (nur 6 Prozent), dafür macht er aber in Bosnien, Batschka und Slavonien 28 Prozent aus. In diesen Gebieten gibt es noch eine feudale Wirtschaftsweise, die sogenannte „Napolitscharstwo“ (etwa: Halbpacht): die Großgrundbesitzer und der mittlere Grundbesitz verpachten den Boden an die landlosen und landarmen Bauern unter der Bedingung, daß die Hälfte der Ernte als Pacht an den Besitzer abgeliefert werden muß.

Jugoslawien ist reich an Erzen. Steinkohle hat es nur wenig. Vor dem Kriege wurden jährlich nur 40 000 Tonnen gefördert. In Serbien liegt eines der größten Kupferbergwerke der Welt; jährlich werden 300 000 Tonnen Kupfer gefördert. In den 123 Bergwerken Jugoslawiens arbeiten 30 000 Bergleute. Industrie- und Handwerksunternehmungen hat Jugoslawien insgesamt 337 000. In ihnen waren vor dem Kriege 633 000 Arbeiter tätig. Ueberall überwiegen die Handwerks- und Kleinbetriebe. Es gab 202 000 Unternehmungen mit je einem Arbeiter, 335 000 kleine Unternehmungen (unter 20 Arbeiter) mit 441 000 Arbeitern. Großunternehmungen (über 20 Arbeiter) gab es 2579 mit 194 000 Arbeitern; die in ihnen angewandten Maschinen zählten insgesamt 431 000 Pferdekräfte.

Handwerk und Industrie sind am stärksten im norwestlichen Winkel Jugoslawiens entwickelt, wo die Slovenen leben, von denen nur 65 Prozent Ackerbau, und 35 Prozent Handel, Industrie und Handwerk treiben. Mehr als ein Drittel der slovenischen Arbeiter lebt in dieser Gegend, aber auch hier herrscht Kleinindustrie und Handwerk vor.

Nirgends hat der Krieg in der Volkswirtschaft solche Verwüstungen angerichtet wie in Jugoslawien. Fast das ganze Gebiet des jetzigen Jugoslawiens ist im Laufe von 8 Jahren, von 1912 an, Kriegsschauplatz oder Frontgebiet gewesen. Serbien, Mazedonien und Bosnien befanden sich seit 1912 im Kriegszustand und sind infolgedessen im vollen Sinne des Wortes ruiniert. Serbien hat ein Drittel der Bevölkerung und 60 bis 80 Prozent des Viehbestandes verloren. Die wichtigste Bahnlinie wurde vollkommen zerstört und ist bis jetzt noch nicht wieder hergestellt. Die Fabriken wurden entweder zerstört oder geschlossen und haben sich in Ruinen verwandelt, da seit 8 Jahren keine Reparatur ausgeführt worden ist. Von 45 Fabriken sind in Belgrad nur 6 mit sehr geringer Produktion und einer unbedeutenden Zahl von Arbeitern übrig geblieben. Die Bergwerke sind ebenfalls zerstört oder in einem solchen Zustand

verlassen worden, daß die Arbeit in ihnen bis heute noch nicht wieder aufgenommen werden konnte. Die Produktion beträgt in einigen Industriezweigen noch nicht einmal ein Zehntel der Vorkriegszeit. In vielen Kreisen sind fast sämtliche Dörfer zerstört oder durch Feuer vernichtet. Infolge des Mangels an Arbeitskraft, Arbeitsvieh und landwirtschaftlichen Maschinen erholen sich Ackerbau und Viehzucht nur sehr langsam.

Nicht besser steht es auch in den übrigen Provinzen. Aus den Gebieten, die zu Oesterreich-Ungarn gehörten und sozusagen seine Kolonien waren, hat der Krieg alle Kräfte ausgepreßt. Der Boden wurde schonungslos ausgebeutet, alle Erzeugnisse und Vieh 4 Jahre lang von den Behörden requiriert. Im ganzen Küstengebiet war infolge der Blockade und des Kriegs das Wirtschaftsleben total vernichtet. Der Hunger wütete in Dalmatien, Bosnien, Lica, Istrien und Slovenien, ja sogar in einigen Orten Kroatiens und des Banats, die durch die große Fruchtbarkeit des Bodens bekannt sind. Die österreichisch-ungarischen, deutschen und bulgarischen regulären Truppen, die Truppen der Entente und Serbiens plünderten schonungslos. Man kann sagen, daß das Gebiet des jetzigen Jugoslawiens im allgemeinen durch den imperialistischen Krieg mehr gelitten hat, als irgend ein anderes Gebiet der kriegführenden Länder. Das muß man im Auge behalten, um die politische und wirtschaftliche Lage des Landes richtig zu begreifen.

Jugoslawien ist als Folge des Zusammenbruches des österreichisch-ungarischen und deutschen Imperialismus und im Interesse des Ententeimperialismus entstanden. Die durch den Krieg ermüdeten Massen verhielten sich beim Umsturz passiv. Sie glaubten, jetzt sei das Ende des Krieges und des Hungers gekommen und hofften, daß eine Zeit demokratischer Herrschaft, nationaler und religiöser Freiheit anbrechen werde. Aber die jugoslawische Bourgeoisie war nur das Werkzeug der imperialistischen Politik und des wirtschaftlichen Raubzuges der Entente. Zwei Jahre ihrer absolutistischen Herrschaft, die sie mit Unterstützung der pseudosozialistischen Parteien führte, haben die allgemeine Lage nicht nur nicht verbessert, sondern im Gegenteil, das Land in eine Krise gebracht, aus der sich die Bourgeoisie mit Hilfe einer offenen Diktatur zu retten sucht. Aber diese Diktatur ruft neue Konflikte hervor: je mehr die Bourgeoisie bestrebt ist, die Krise mit Gewalt zu überwinden, umso mehr verschärft sich die Krise. Ueberdies hat der imperialistische „Frieden“ eine Lage geschaffen, die keinesfalls zur Milderung der Krise, sondern im Gegenteil zu ihrer immer wachsenden Verschärfung beiträgt. Dank den Bestrebungen des italienischen Imperialismus ist ein bedeutender Teil der Adriaküste von ihrem Hinterland abgeschnitten.

Die wichtigsten Häfen der Adria: Fiume, Triest, Spalato usw. sind verödet. Der mitteleuropäische Weg zu diesen Häfen, wie auch der Weg nach dem Osten, nach Saloniki und Konstantinopel, diese Lebensarterien Jugoslaviens, sind infolge der Zerstörungen und der in Mitteleuropa und im Osten durch den imperialistischen Frieden geschaffenen Lage lahmgelegt worden. Der Konflikt mit Italien um die Adriaküste, der Konflikt mit Deutsch-Oesterreich wegen der Volksabstimmung in Kärnten, der Konflikt mit Ungarn und Rumänien wegen Batschka und des Banats, der alte Haß zwischen der bulgarischen und der serbischen Bourgeoisie wegen Mazedonien — alle diese national-imperialistischen Konflikte erschweren die auswärtige Lage Jugoslaviens außerordentlich und verschärfen die innere Krise.

Das sprechendste Bild von der bankrottmäßigen Kriegs- und Nachkriegspolitik der imperialistischen jugoslawischen Bourgeoisie geben nachstehende Zahlen:

Serbien hat im Jahre 1912 bei 48 000 Quadratkilometern Flächenraum und 2 900 000 Einwohnern eingeführt: 266 542 126 Kilogr., 241 776 Stück und 58 713 Kubikmeter Produkte und ausgeführt: 315 275 763 Kilogr., 73 993 Stück und 64 560 Kubikmeter verschiedener Waren.

Jugoslavien hat 1919, bei 252 254 Quadratkilometer Flächenraum und 13 000 000 Einwohnern eingeführt: 154 308 921 Kilogr. und 84 097 Stück, ausgeführt: 263 846 987 Kilogr. und 144 246 Stück verschiedener Waren.

Hieraus ist ersichtlich, daß das arme Serbien, das an Flächenraum und Bevölkerungszahl fünfmal kleiner war, fast doppelt soviel eingeführt und um ein Drittel mehr ausgeführt hat als das große und reiche Jugoslavien. Im Jahre 1920 stockte der Außenhandel ebenso wie 1919.

Die Teuerung der Massenbedarfsartikel, darunter auch der Nahrungsmittel, an denen Jugoslavien so reich ist, ist unglaublich und wächst ununterbrochen. Die Massenbedarfsartikel sind in Serbien seit 1914 um 900 Prozent teurer geworden, der Arbeitslohn aber ist nur um 500 Prozent gestiegen. In den vormals österreichisch-ungarischen Gebieten ist die Lage noch schlimmer, die Gegenstände des Massenbedarfs sind seit 1914 um 3800 Prozent gestiegen, der Verdienst eines Arbeiters aber nur um 1300 Prozent. Die Massen müssen sich an Kleidung und Schuhwerk fast alles versagen; sie sind nicht imstande, die unentbehrlichsten Gegenstände zu kaufen. Andererseits veranlaßt diese Krise die Händler, sowohl die Preise als auch ihren Gewinn täglich zu steigern. Ein großer Teil der Steuern im Lande

wird durch die Einkünfte aus den Monopolen usw. aufgebracht, d. h. sie fallen wiederum den Werkstätigen zur Last.

Diesem äußeren Bankerott entspricht natürlich auch der innere. Die junge arme Bourgeoisie fährt fort, die breiten Massen der Bevölkerung wirtschaftlich zu unterdrücken und wälzt alle Lasten des Krieges und der Zerstörungen auf die Schultern der Arbeiterklasse, der armen und mittleren Bauernschaft ab.

Infolge der Valutaspekulation, für die sich der Boden in Jugoslawien als besonders günstig erwies, da verschiedene Geldeinheiten im Umlauf sind (Dinare, Kronen, Lewas usw.), hat sich das Finanzkapital stark entwickelt. Die Banken haben ihr Grundkapital auf das Zehnfache und noch mehr erhöht. Sie haben einen großen Teil der Fabriken und verschiedener Besitzungen aufgekauft. Syndikate und Trusts von Banken entstehen überall und bemächtigen sich der wichtigsten Produktionszweige. Die Hauptrolle spielt hierbei das Finanzkapital Frankreichs, dann das englische und italienische, die das deutsche Kapital zu verdrängen suchen. So gerät das Land mit jedem Tage in eine immer größere finanzielle Abhängigkeit vom französischen Finanzkapital, was natürlich den Widerstand der mitteleuropäischen und nationalen Finanzleute wachruft. Gegenwärtig ist die Gesamtsumme der Staatsschulden Jugoslawiens noch unbekannt, denn es ist noch nicht festgestellt, welchen Teil der Staatsschuld Oesterreich-Ungarns Jugoslawien übernehmen muß. Jedenfalls kann man sagen, daß die Staatsschuld 10 Milliarden Dinar, d. h. 40 Milliarden jugoslawische Kronen übersteigt. Hierzu kommen noch die 10 Milliarden Kronen aus dem jährlichen Defizit des Staatshaushalts. Somit ist es klar, daß die finanzielle Lage Jugoslawiens sich rasch verschlechtert und das Land dem Bankerott entgegenreibt.

In den zwei Jahren ihrer Herrschaft hat die Bourgeoisie nicht nur kein einziges von den großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu lösen vermocht, sondern diese Fragen haben sich im Gegenteil gegenwärtig noch ganz außerordentlich verwickelt und zugespitzt.

Die Agrarreform ist im Archiv der provisorischen Volksvertretung liegen geblieben, und man hat sie vollständig vergessen. Sie ist nur an 2 Orten verwirklicht worden, dergestalt, daß dort die Freiwilligen Land erhielten, was unter den armen Bauern nur noch größere Unzufriedenheit hervorrief.

Vor dem Kriege besaßen die einzelnen Provinzen in Oesterreich-Ungarn eine gewisse Autonomie. Sie hatten ihre sogenannten Provinziallandtage, d. h. Provinzialparlamente mit provinzieller Selbstverwaltung. Jetzt aber ist in Jugoslawien statt dieser Autonomie

ein strenger Zentralismus eingeführt worden, was die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung hervorruft.

Eine schon über zweijährige vollkommene Anarchie in Handel, Industrie und Transportwesen hat zu einer entscheidenden Krise des Wirtschaftslebens geführt.

Jugoslavien hat verhältnismäßig sehr viel Kriegsbeschädigte und Kriegswaisen. Für ihre Unterstützung wird fast nichts getan. Die Arbeitslosigkeit hat ungeheure Formen angenommen, da die Auswanderung von Arbeitskräften durch die Grenzsperr, die hohen Fahrpreisen und die allgemeinen Krisen in Europa und Amerika unmöglich gemacht ist. Zu gleicher Zeit aber erhalten Zehntausende von gesunden und arbeitsfähigen russischen Gegenrevolutionären eine regelrechte monatliche Unterstützung von 400 Dinar.

In dieser schweren Krise kennt die Bourgeoisie nur eine Aufgabe: die Festigung der Armee. Der Militarismus hat sich zu üppiger Blüte entfaltet. Die Mehrzahl der russischen Offiziere hat in der serbischen Armee ein gutes Obdach gefunden. Für die Armee hat man Räumlichkeiten gefunden und gebaut, man hat sie mit neuen Waffen ausgerüstet. Milliarden des Volksvermögens werden für militärische Zwecke ausgegeben. Das Proletariat wird große Opfer bringen und gewaltige Anstrengungen machen müssen, um auch diesen mächtigen militärischen und heute konterrevolutionären Apparat für die Zwecke der Revolution umzuformen.

Dies ist in allgemeinen Zügen die wirtschaftliche Lage Jugoslaviens.

II.

Die politische Lage Jugoslaviens wird durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

Auf dem Parteikongreß in Vukovar, Ende Juni 1920, kam es bekanntlich zu einem Kampf zwischen zwei Strömungen: den Zentristen und den Kommunisten. Um die Bedeutung des Vukovarer Kongresses und die durch ihn hervorgerufenen Veränderungen im Parteileben zu begreifen, muß man folgenden höchst wichtigen Umstand beachten: Bis zum Vukovarer Kongreß war die Partei in doppelter Beziehung vielgestaltig. Erstens vereinigte die S. A. P. J.-S. (K.) auf ihrem ersten Kongreß (April 1919 in Belgrad) die Zentristen und die Kommunisten in ihren Reihen. Zweitens entstand sie aus dem Zusammenschluß der bis dahin voneinander völlig unabhängigen Landesparteien Serbiens, Kroatiens und Slavoniens, Bosniens und der Herzegowina, Dalmatiens und der Wojewodschaft.

Ogleich der Belgrader Kongreß den Eintritt der Partei in die Kommunistische Internationale beschlossen hatte, war die Partei

dennoch keine kommunistische. Obgleich anderseits der Belgrader Kongreß ein angeblich zentralisierendes Statut ausgearbeitet hatte, war die Partei nicht zentralisiert. Dieses Statut ließ den Gebietskomitees in Belgrad, Agram, Sarajewo eine ausgedehnte Freiheit des Handelns. In den Parteiorganen gab es keine gemeinsame Politik oder gemeinsamen Standpunkte. Das Ergebnis war, daß, während „Rodnitschni Novine“ in Belgrad und „Rodnitschni List“ in Novy Sad kommunistische Zeitungen waren, der „Glas Slobody“ in Serajewo einen halbkommunistischen Charakter trug, „Osloboshdenie“ in Spalato schon ein halb anarcho-syndikalistisches Organ war und die „Nova Istina“ in Agram unter der Leitung des Dr. Radaschewitsch eine offen sozialverräterische Richtung verfolgte. Dieselbe Zerfahrenheit äußerte sich auch in allen anderen Fragen. So trat die Partei z. B. bei den Gemeindewahlen in Kroatien und Slavonien im März 1920 mit zwei Programmen hervor: mit wirklich kommunistischen Thesen zu den Gemeindewahlen, die vom Vollzugsausschuß der Partei in Belgrad ausgearbeitet waren, und einem sozialpatriotischen Wahlprogramm, ausgearbeitet vom Rayonkomitee in Agram, wo eine zentristische Mehrheit herrschte.

Ein anderes Beispiel: im Mai 1920, während des Eisenbahnerstreiks, wurde vom Zentralkomitee der Gewerkschaften Jugoslawiens in Belgrad ein 48-stündiger Generalstreik angeordnet, der in einigen Gebieten, besonders in Agram, von den eigenen Parteiorganisationen sabotiert wurde.

Zu dieser Zerfahrenheit trug noch besonders der Umstand bei, daß die Regierung die Kommunisten beständig verfolgte und einkerkerte, die dann durch Zentristen in der Partei ersetzt wurden.

Außerdem sind viele, die auf dem Belgrader Kongreß als Radikale erschienen, unter dem Druck der Reaktion nach rechts abgeschwenkt. Der Vukovarer Kongreß sollte dieser ganzen politischen und organisatorischen Zerfahrenheit ein für allemal ein Ende machen und hat es auch tatsächlich getan. Die Kommunisten, belehrt durch die im Kampf mit der Reaktion, der Regierung und dem Chaos innerhalb der Partei gewonnene Erfahrung, verteidigten, mit dem Genossen Sima Markowitsch an der Spitze, auf dem Vukovarer Kongreß folgende Stellungnahme: Volle und bedingungslose Unterordnung unter die Beschlüsse des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale und die Deklaration des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und völlige Annahme der Resolution der I. Kommunistischen Balkankonferenz in Sofia. Dementsprechend wurde von ihnen ausgearbeitet und dem Kongreß vorgelegt: ein Parteiprogramm, ein Aktionsprogramm und ein Parteistatut. Während die Kommunisten auf dem Vukovarer Kongreß eine einheitliche ge-

schlossene Gruppe bildeten, waren die Zentristen in drei Teile gespalten: der erste, geführt von Dragisch Laptschewitsch, verteidigte den Standpunkt der alten serbischen sozialdemokratischen Partei, d. h. sprach sich gegen die Kommunistische Internationale, gegen die soziale Revolution vor der Verwirklichung eines Mindestprogramms und für die Demokratie aus. Der zweite Teil, geführt von Dr. Zivko Topalowitsch, der besonders heftig gegen den Aufruf des Genossen Sinowjew an die Balkanvölker und gegen die Resolution der I. Balkankonferenz angekämpft hat, forderte, daß das alte auf dem Belgrader Kongreß angenommene Aktionsprogramm unverändert bleibe. Diese beiden Teile kämpften besonders heftig gegen den Antrag, eine illegale Organisation zu schaffen. Der dritte Teil, geführt von Dr. Radoschewitsch, nahm an den Arbeiten des Kongresses und seiner Kommissionen überhaupt nicht teil, sabotierte diese Arbeit und beteiligte sich nur an den Abstimmungen, natürlich gegen die Kommunisten. Das Verhalten dieser dritten Gruppe erklärt sich dadurch, daß sie schon mit der Absicht zum Kongreß erschien, sich abzuspalten und seinen Beschlüssen nicht zu folgen. Das Ergebnis des Kampfes der revisionistischen Strömungen auf dem Kongreß war, daß das von den Kommunisten vorgelegte Parteiprogramm, Aktionsprogramm und streng zentralisierende Parteistatut mit vier Fünftel Stimmen aller Kongreßteilnehmer angenommen wurde. Zugleich beschloß der Kongreß, den Namen S. A. P. J.-S. (K.) in K. P. J.-S. umzuändern, und wählte einen einheitlich kommunistischen Zentralrat. Der letztere wählte auf seiner ersten Sitzung den Genossen Pawel Pawlowitsch (den Sekretär des Zentralkomitees der Gewerkschaften) zum Vorsitzenden, die Genossen Sima Markowitsch und Philipp Philippowitsch zu Parteisekretären und zum technischen Sekretär den Genossen Wladimir Tschotitsch. Obgleich die Zentristen nicht aus der Partei austraten, wurde doch kein einziger von ihren Leuten gewählt, weder ins Zentralkomitee oder in ein Bezirkskomitee, noch in irgend ein anderes Ortskomitee. Seit dem Vukovarer Kongreß beschloß die K. P. J.-S. ihre Tätigkeit auch auf Slavonien auszudehnen, und begann mit der Herausgabe eines Parteiorgans „Rdeci Prapora“ in Laibach, unter der Leitung von Lawr Klemeitschitsch. Nach dem Kongreß verhielten sich die Zentristen mit Laptschewitsch und Topalowitsch in Serbien, mit Jakitsch in Bosnien passiv. Die Zentristen in Agram unter Radoschewitsch wollten sich den Beschlüssen des Kongresses nicht fügen. Sie eig-neten sich die Parteikasse und das Parteiorgan an und begannen einen Kampf gegen die Partei, wodurch sie sich außerhalb der Partei stellten. Mit Hilfe der „Nova Istina“ eröffneten sie gegen die K. P. J.-S. im Interesse der demokratischen Partei einen frechen Ver-

leumdungsfeldzug. Die K. P. J.-S. antwortete mit der Herausgabe einer Zeitung „Novy Svet“ (dreimal wöchentlich) in Agram unter der Leitung der Genossen Zwitschar und Zesaric. Dieser Kampf endete mit der völligen Niederlage der Verräter, die aus allen Organisationen und Gewerkschaften vertrieben wurden. Bereits Ende August hatten sie nicht mehr die Möglichkeit, in öffentlichen Versammlungen aufzutreten.

Inzwischen ging die Partei an die Vereinigung der Gewerkschaften (250 000 Mitglieder), die anfangs nach Gebieten organisiert waren, zu einer einzigen zentralisierten Organisation für ganz Jugoslawien. Die Gewerkschaften beriefen für ganz Jugoslawien Kongresse der verschiedenen Berufe ein, die sich aus den bisher getrennten Staaten vereinigten. Mit Ausnahme von drei Zweigen, den Privatangestellten, Eisenbahnern und Buchdruckern, wurden ins Zentralkomitee der Gewerkschaften fast überall Kommunisten gewählt.

In der Frage der Gewerkschaftsinternationale sprachen sich alle Kongresse, mit Ausnahme der obengenannten drei, mit gewaltiger Mehrheit gegen Amsterdam und für Moskau aus. Die erwähnten drei Zweige beschlossen, die Veröffentlichung der Beschlüsse und Resolutionen des in Moskau bevorstehenden Gewerkschaftskongresses abzuwarten.

Inzwischen nahten die Wahlen in die Konstituierende (gesetzgebende) Skuptschina heran, — die ersten Parlamentswahlen im vereinigten jugoslawischen Staat, der bisher nur eine provisorische Volksvertretung hatte, die von der S. A. P. J.-S. (K.) boykottiert wurde. In dem Augenblick nun, wo der Einfluß der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung sich verstärkte und festigte, wo die Reorganisation der Partei auf Grund des auf dem Vukovarer Kongreß angenommenen Plans in vollem Gange war, versuchte die Regierung, der Arbeiterbewegung noch vor den Wahlen in die Konstituierende Skuptschina einen schweren Schlag zu versetzen. Sie wollte ein Gesetz erlassen („über Arbeit und Ordnung“), durch das dem Proletariat jede Protestmöglichkeit und jedes Streikrecht genommen wurde. Man beabsichtigte, fast alle wichtigen Industriezweige zu militarisieren.

Aber eine Reihe machtvoller lokaler Streiks und die Drohung mit dem Generalstreik nötigten die Regierung, auf die Durchführung dieses Gesetzes zu verzichten.

Angesichts der aggressiven Absichten der Regierung schöpften die Zentristen, die noch passive Mitglieder der Partei geblieben waren, neuen Mut und beschlossen, die Kommunistenverfolgungen auszunutzen. Im gleichen Augenblick, wo die Partei einen erbitterten

Wahlkampf führte, gaben sie eine Broschüre heraus: „Manifest der Opposition in der Kommunistischen Partei“. Im ersten Teil dieses Manifests klagen sie über das Zentralkomitee und beschuldigen es, daß man sie trotz ihrer Zugehörigkeit zur Partei von jeder aktiven Parteiarbeit und teilweise von der Arbeit in den Gewerkschaften ausgeschlossen habe. Im zweiten Teil des Manifests bekämpfen sie die Kommunistische Internationale, wobei sie dieselben Argumente wie die Hilferding und Co. in Deutschland benutzen.

Da laut Beschluß des Zentralrats der Partei niemand Wahlkandidat sein konnte, wenn er nicht vorher die 21 Punkte angenommen hatte, so konnten die Zentrlisten weder als Kandidaten noch in irgend einer anderen Hinsicht zur Arbeit herangezogen werden.

Die Wahlen verliefen unter erbitterten Kommunistenverfolgungen seitens der Regierung. Alle Parteiorgane wurden der Zensur unterworfen; auch mit Beschlagnahmungen geizte man nicht. Durch eine Verfügung des Ministerrats wurde der K. P. J.-S. zwei Tage vor der Wahl jede Art von Agitation untersagt. Einige hundert kommunistische Agitatoren wurden verhaftet.

Die Wahlen wurden von der K. P. J.-S. genau im Einklang mit dem Prinzip des revolutionären Parlamentarismus durchgeführt. Die K. P. J.-S. rief die Massen offen und klar unter die Fahne der proletarischen Revolution, der Sowjetrepublik Jugoslawien und des Kommunismus.

Die revolutionäre Ausnutzung der Wahlen hatte glänzende Ergebnisse. Obgleich viele Tausende von Arbeitern nichtslavischer Abstammung — oder auch Slaven, aber mit nichtslavischen Namen — nicht in die Wählerlisten eingetragen oder aus ihnen gestrichen worden waren, obgleich die Partei nur über einen verhältnismäßig schwachen Wahlapparat verfügte, obgleich die K. P. J.-S. zu dieser Zeit buchstäblich von jeglichen Geldmitteln entblößt war, erhielt sie bei den Wahlen 59 Mandate von insgesamt 412.

Der Bestand der Konstituierenden Skuptschina ist folgender:

Kommunisten	59
Radikale	95
Demokraten	96
Serbische Republikaner	3
Bauernpartei	43
Klerikale	28
Sozialdemokraten	9
Parteilose	2
Partei Raditschs	49
Mohamm. Bauernpartei	28

Eine beispiellose Niederlage erlitt die Gruppe der Zentristen, an deren Spitze Dr. Radoschewitz in Agram stand. In Agram, dem einzigen Ort, wo sie überhaupt eigene Kandidaten aufstellen konnte, erhielt sie bei den Wahlen 360 Stimmen. In demselben Agram erhielt die K. P. J.-S. 3800 Stimmen. Da die Opposition der Zentristen während des Wahlkampfes durch ihr „Manifest“ der K. P. J.-S. ganz offen einen verräterischen Stoß in den Rücken versetzt hatte, wurde sie nach den Wahlen vom Zentralrat der K. P. J.-S. aus der Partei ausgeschlossen. Alle, die mit ihr sympathisierten, wurden vor ein Parteigericht gestellt. Durch diesen Ausschluß wurde jegliches Band zwischen der Partei und den ehemaligen Genossen Laptschewitsch und Topalowitsch zerrissen. Laptschewitsch persönlich wollte diesem Schicksal gern entgehen und erklärte einige Tage vor dem Ausschluß in einem Brief an den Genossen Sima Markowitsch, daß er beschlossen habe, sich von der politischen Tätigkeit zurückzuziehen. Immerhin sind einige Zentristen in Serbien und Bosnien auf wichtigen Posten in der Gewerkschaftsbewegung verblieben, denn in so kurzer Zeit konnten sie noch nicht von der Arbeit entfernt werden. Die kroatischen Zentristen waren nach der bei den Wahlen erlittenen Niederlage genötigt, die Herausgabe ihres Organs „Slobodna Retsch“ einzustellen. Was die Sozialdemokratische Partei betrifft, so hat sie in Serbien, Kroatien, Slavonien, Bosnien und Herzegowina und Dalmatien kein einziges Mandat erhalten. Die Sozialdemokratische Partei erhielt nur drei Mandate in der Mojewodschaft und 6 in Slovenien — insgesamt 9 Mandate.

Auf derselben Sitzung, auf der mit der Opposition der Zentristen ein Ende gemacht wurde, beschloß der Zentralrat, auf Grund des Beschlusses des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale: in möglichst naher Zeit, nämlich im Februar, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Gleichzeitig sollte ein jugoslavischer Gewerkschaftskongreß stattfinden.

Am 12. Dezember fand in Belgrad die Eröffnung der Konstituierenden Skuptschina statt. Um die politische Lage in Jugoslawien bei Eröffnung der Skuptschina zu verstehen, muß man folgenden Umstand beachten. Wie bereits erwähnt, wurde die provisorische Volksvertretung, die das Parlament ersetzte, zwei Monate vor den Wahlen aufgelöst. Sie bestand nicht aus gewählten, sondern aus delegierten Mitgliedern der alten serbischen Skuptschina, der Provinzparlamente Oesterreich-Ungarns und der Nationalräte der angegliederten Teile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Diese Institution wurde von zwei Parteien boykottiert: der S. A. P. J.-S. (K.), später K. P. J.-S., und der Partei Stepan Raditsch (kroatische republikanische Bauernpartei).

In diesem Pseudoparlament hatten zwei Staatsparteien die Mehrheit — die Demokraten und die Radikalen. Beide sind monarchistisch und zentralistisch. Dann kamen die Klerikalen, besonders die slovenischen, die einen Block mit kleineren kroatischen Kleinbürgergruppen bildeten (die bedingt monarchistisch und föderalistisch waren).

In der Frage der nationalen Einheit des jugoslawischen Volkes treten für die völlige Einheit außer den Kommunisten und Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien nur die Demokraten ein. Alle anderen bürgerlichen Parteien, auch die Radikalen, treten für die Beibehaltung der nationalen Unterschiede ein.

Seit den zwei Jahren des Bestehens des Königreichs wird es von einer Regierung verwaltet, der Vertreter aller bürgerlichen Parteien angehören (in der ersten Regierung saßen auch Vertreter der Sozialdemokraten).

Die völlige Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, das Land zu regieren, und die ständige politische Reaktion, die in häufigen Regierungskrisen zutage trat, hat schließlich zu einer ständigen Staatskrise geführt — einer Krise der Idee der nationalen Einheit überhaupt. Das bezeichnendste Merkmal dieser Krise war, daß die Partei Raditschs in Kroatien und Slavonien bei den Wahlen die absolute Mehrheit der Mandate errang (50 von 93).

Diese Partei tritt für eine kroatische neutrale Republik ein. Ähnlich wie die K. P. J.-S. wird sie von der Regierung beständig verfolgt. Aber gerade diese Verfolgungen, die sich nach den Bauernunruhen (im September 1920 in Kroatien infolge von Viehrequisitionen) besonders verschärften, waren eine Ursache ihres Wachstums und ihrer Erstarkung. Hunderte von Bauern wurden geprügelt und ins Gefängnis geworfen, wo sie noch heute sitzen. Gegen diese Verfolgungen und für die Befreiung der Verhafteten trat nur die K. P. J.-S. auf. In nationaler Hinsicht ist die Partei Raditschs separatistisch, in kultureller konservativ, in sozialer pseudoradikal. Sie ist die Führerin im Kampf der Kleinbauernschaft gegen die Stadtbourgeoisie. In den ärmsten Bezirken trat sie während der Wahlen mit einigen kommunistischen Losungen auf, in den reicheren aber kämpfte sie eifrig gegen die K. P. J.-S. In der Frage der bestehenden Ordnung Jugoslawiens ist sie für den Umsturz. Ein weiteres Zeichen der Krise der nationalen Einheitsidee ist auch, daß für die stärksten Parteien bei den Wahlen nur die Serben gestimmt haben; die Radikalen erhielten fast 100 Prozent serbische Stimmen, die Demokraten 80 Prozent. Man kann also sagen: wenn diese beiden Parteien einen Block bilden, wird Jugoslawien fast nur von der serbischen Bourgeoisie regiert, während sich die kroatische und die slovenische Bour-

geoisie und das Kleinbürgertum in ihrer Mehrheit in der Opposition befinden.

Der Hof, die Militärkamarilla und die Ententekreise beschlossen daher, der Konstituierenden Skuptschina ihre souveränen Rechte zu nehmen, u. a. auch das Recht, über die Frage, ob Monarchie oder Republik, zu entscheiden. Zu diesem Zweck arbeitete der Minister-rat eine reaktionäre Hausordnung aus, der zufolge die Abgeordneten unter Androhung des Mandatverlusts der Dynastie Karageorgiewitsch den Treueid leisten müssen; die Redefreiheit und das Interpellationsrecht sowie auch die Obstruktionsmöglichkeit sind stark eingeschränkt. Infolgedessen war die Parlamentsfraktion der K. P. J.-S. mit dem Genossen Sima Markowitsch an der Spitze genötigt, schon auf der zweiten Sitzung der Konstituierenden Skuptschina den Kampf um die Souveränität der Skuptschina zu beginnen. Sie mobilisierte zu ihrer Hilfe die bürgerlichen Oppositionsparteien und brachte es dahin, daß sogar die Demokraten sich auf dieser ersten Sitzung passiv verhielten. Durch diese politische Komplikation erschreckt, machten der Hof und die Militärkamarilla alle Anstrengungen, um eine Koalition der für sie verlässlichen Parteien zu schaffen — der Radikalen und der Demokraten. Das gelang ihnen auch. Auf der nächsten Sitzung, als Genosse Markowitsch eine Rede gegen die bürgerlichen Parteien, die Radikalen und Demokraten hielt, ließen diese ihn nicht sprechen. Dem Genossen Markowitsch wurde das Wort entzogen, und die kommunistische Fraktion verließ demonstrativ den Saal mit dem Ruf: „Es lebe die Sowjetrepublik Jugoslawiens“.

Gleichzeitig führten die Gewerkschaften einen harten wirtschaftlichen Kampf. In vielen Orten brachen Streiks von lokalem und allgemeinem Charakter aus. 12 000 hungernde slovenische Kohlenarbeiter und Bergleute führten schon vier Monate lang einen Kampf um Erhöhung des Arbeitslohns und Verbesserung der unerträglich schweren Lage.

Die Regierung wollte noch vor den Wahlen einen Generalstreik der Kohlenarbeiter und Bergleute provozieren, um dadurch die besten Kräfte der K. P. J.-S. vom Wahlkampf abzulenken und einen willkommenen Anlaß zu noch größeren Verfolgungen zu haben. Aber es gelang der Partei, diese Provokation während der Wahlen zu vereiteln. Nach den Wahlen blieb den Kohlenarbeitern und Bergleuten jedoch nichts anderes übrig, als den Generalstreik zu erklären. Der sehr gut organisierte Streik begann Mitte Dezember, und nun streiken 12 000 Arbeiter schon seit über vier Wochen. Sie haben beschlossen, durchzuhalten, obgleich inzwischen ein Regierungserlaß über die Militarisierung des Bergbaus erfolgte. Die Regierung beantwortete

den Streik nicht nur durch Einstellung der Lebensmittelabgabe an die Streikenden, sondern sie verbot auch den Privathändlern, den streikenden Arbeitern lebensnotwendige Produkte zu verkaufen. Eine Woche darauf erklärten auch die Bergleute Bosniens den allgemeinen Streik. Sie wurden dazu durch die Provokation der Regierung getrieben, die die bestehenden Tarifbestimmungen verletzt hat. Während des Weihnachtsfests wurden Truppen in die Schachtanlagen geschickt, die in der Nacht zum 25. Dezember die Arbeiterfamilien aus den Arbeiterwohnungen auf die Straße warfen. Nach dem Weihnachtsfest begaben sich die Truppen in alle umliegenden Dörfer und versuchten die Bauern mit Gewalt zur Arbeit in den Bergwerken zu zwingen. In Bosnien kam es zwischen den Bauern und dem Militär sogar zu erbitterten Schlachten. Die Bauern, denen die Waffen noch vom Kriege her verblieben waren, leisteten den Truppen heftigen Widerstand. Auf beiden Seiten gab es Verwundete und Tote.

Am 26. Dezember veröffentlichte die Regierung den Erlaß über die Militarisierung des Bergbaus. Alle Bergleute im Alter von 18 bis 50 Jahren wurden als militärpflichtig und mobilisiert erklärt; sie wurden dem Militärkommando untergeordnet und dem Kriegsgericht unterstellt. Am 27. Dezember, angesichts des drohenden Eisenbahnerstreiks, erklärte die Regierung die Militarisierung und Mobilmachung der Eisenbahner und anderer Kategorien qualifizierter Arbeiter. Als die jugoslawischen Arbeiter sahen, daß ihre Kameraden, die Bergarbeiter, Gefahr liefen, erschossen zu werden, und ebenfalls ihre eigene Existenz bedroht fühlten, beschlossen sie am 30. Dezember, den Generalstreik zu erklären und zwar vorläufig in den großen Städten Belgrad und Agram. Da besetzten Truppen in der Nacht auf den 30. die wichtigsten Plätze und Straßen Belgrads und die Arbeiterhäuser. Die Stadt machte den Eindruck eines Kriegslagers. In Agram gelang die Durchführung des Streiks aber trotzdem vollkommen, und nachdem die Regierung eine Arbeiterversammlung auseinandergetrieben hatte, kam es dort zu dreistündigen Straßenkämpfen. Fußvolk und Kavallerie führten regelrechte Attacken aus, bei denen Arbeiter verwundet wurden. Besondere Standhaftigkeit zeigten dabei Gruppen von Arbeiterinnen, die in Scharguni der bewaffneten Macht nicht weichen wollten. Einen Tag später begann der Generalstreik in Vukovar, wo die Arbeiter die dorthin evakuierten Teile der Wrangeltruppen nicht in die Stadt hineinlassen wollten. Dabei wurde der Sekretär der kommunistischen Organisation in Vukovar, Supanit, getötet.

Die Bourgeoisie versucht, sich in ihrem Kampf gegen die Arbeiter auf die in Jugoslawien weilenden russischen Gegenrevolutionäre zu

stützen, die 50 000 Mann zählen. So wollte die Regierung in Mazedonien Kosaken ansiedeln, um eine Barriere gegen die revolutionäre Propaganda aufzurichten.

Am 30. Dezember ging die Regierung an die Verwirklichung eines längst gehegten Planes. Obgleich sie formell schon verabschiedet war, und obgleich sich die Skuptschina am 12. Januar wieder versammeln soll, entschloß sich die Regierung, gestützt auf die Koalition der Radikalen und Demokraten, zu einem verzweifelten Schlag.

In dem am 30. Dezember veröffentlichten Erlaß erklärte die Regierung ohne alle Beweise folgendes: „Die Regierung weiß, daß die Kommunisten dieser Tage einen Ueberfall auf den Staat vorbereiten, um die Staatsordnung nach bolschewistischem Muster umzustürzen. Sie weiß, daß die Kommunisten Bomben, Sprengstoffe und Waffen bereitgestellt haben. Sie weiß, daß die Kommunisten ihre verderbliche Propaganda in der Armee und Gendarmerie fortsetzen.

Auf Grund aller dieser Tatsachen bestimmt der Ministerrat folgendes:

„Solange die Konstituierende Versammlung noch keine Konstitution ausgearbeitet hat, wird die kommunistische wie auch jede andere Zwietracht säende Propaganda verboten. Die kommunistischen Organisationen werden aufgelöst, die Volkshäuser geschlossen und versiegelt. Die kommunistischen Zeitungen und ihre ganze Literatur werden verboten. Verboten sind jegliche Veröffentlichungen, die die Ruhe des Staates bedrohen und die Diktatur des Proletariats und die Revolution preisen. Jeder, der mündlich oder schriftlich für den Generalstreik agitiert, ist in Haft zu nehmen“.

Im zweiten Punkt der Verordnung werden auch alle die Preßorgane verboten, die die Bedeutung dieser Regierungsmaßnahme kritisieren.

Im dritten Punkt werden die noch in Freiheit befindlichen Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens als juristisch verantwortlich erklärt für jede Aktion, unabhängig davon, ob sie am Ort dieser Aktion zugegen gewesen sind oder nicht.

Im vierten Punkt heißt es: „Alle niederen und höheren Beamten, Professoren und Lehrer, die Kommunisten sind, werden aus dem Staatsdienst entlassen, und allen kommunistischen Studenten wird das Stipendium entzogen.“

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Erlasses ging die Regierung sofort an seine Durchführung in ganz Jugoslawien. Gegenwärtig sind in Jugoslawien alle Organisationen, Arbeiterhäuser, Zeitungen und Verlagsstellen geschlossen. Sogar die bürgerlichen Oppositionsblätter unterliegen der Zensur.

Die kommunistische Literatur ist auch in allen privaten Buchhandlungen beschlagnahmt. Alle Gebäude der Partei, der Gewerkschaften, der Druckereien und Buchläden sind militärisch besetzt. Einige hundert Kommunisten sind verhaftet, die in Freiheit belassenen gelten als Geiseln und sind für alle Aktionen verantwortlich.

Inzwischen haben die bürgerlichen Verbände angefangen, zu handeln. In vielen Städten sind die Reserveoffiziere mobilisiert worden und organisieren sich zu bürgerlichen weißen Banden. Die von der Regierung bestochene bürgerliche Presse hat einen Feldzug der schlimmsten Lügen und Verleumdungen gegen die K. P. J.-S. begonnen. Durch diesen Feldzug sucht die Reaktion dem Spießbürgertum eine antibolschewistische Einstellung einzupflanzen, damit sie die Möglichkeit erhält, die Skuptschina ihrer Unabhängigkeit zu berauben. Die Regierung beschuldigt in ihrem Erlaß die K. P. J.-S., daß sie für die nächsten Tage einen bewaffneten Aufstand gegen die Staatsordnung vorbereitet habe. In Wirklichkeit aber hat die Regierung keinerlei Beweise für diese Anschuldigung. Die K. P. J.-S. hat natürlich gar nicht daran gedacht, schon „dieser Tage“ das zu verwirklichen, was erst nach einer Reihe revolutionärer Phasen, die die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung für die soziale Revolution gewinnen müssen, in Jugoslawien und in den Nachbarstaaten möglich ist.

Die Bourgeoisie will sich mit Hilfe dieser Aktion von den Kommunisten, ihrem gefährlichsten Feinde, befreien, um der Skuptschina die vom Hof, von der Militärkamarilla, der Entente und der örtlichen Großbourgeoisie diktierte Verfassung aufzuzwingen. Nach der Beseitigung der Kommunisten will dann die Bourgeoisie den Sozialverrättern und Ausgleichsmännern die Möglichkeit geben, sich an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Schon dieser Tage haben die Revisionisten mit der Herausgabe der Zeitung „Der Sozialist“ in Belgrad und Agram begonnen und beabsichtigen, auch in Sarajewo eine solche Zeitung herauszugeben.

In bezug auf die auswärtige Politik ist diese Aktion der Regierung eng verknüpft mit den Kommunistenverfolgungen in der ganzen Kleinen Entente. Die jugoslawische Regierung will sich die Möglichkeit verschaffen, am beabsichtigten Ueberfall auf Sowjetrußland mit Hilfe der Wrangeltruppen und der Entente teilzunehmen. Das ist die Antwort der jugoslawischen Regierung auf die Friedensvorschläge Sowjetrußlands.

Freilich, „dieser Tage“ waren die Umstände in Jugoslawien noch nicht günstig für die Ausrufung der Diktatur des Proletariats. Aber gerade die sinnlose Wirtschaftspolitik und der weiße Terror der

jugoslawischen Regierung schaffen Grundlagen für eine baldige proletarische Revolution.

Die K. P. J.-S., für vogelfrei erklärt und genötigt, nur im geheimen zu arbeiten, wird auch weiter alle ihre Kräfte zur Erreichung des kommunistischen Zieles einsetzen.

Die wirtschaftliche und politische Lage Griechenlands.

1. Die wirtschaftliche Lage.

Nach der offiziellen Statistik des Volkswirtschaftsministeriums beträgt die Bevölkerung Griechenlands ungefähr 5½ Millionen, nicht eingerechnet die Bevölkerung Thrakiens und Kleinasiens. Die Zahl der Lohnarbeiter beträgt ungefähr 150 000, die von ihnen abhängige Bevölkerung 750 000. Viele charakteristische Anzeichen für die Entwicklung des Kapitalismus gibt es in Griechenland.

Das Anwachsen der Stadtbevölkerung ist durch den Zustrom der Bauern in die Städte bedeutend gestiegen. 70 Prozent der Arbeiter kommen aus dem Dorf. Dieser Zustrom der Bauern in die Städte und die Auswanderung bäuerlicher Massen nach Amerika sind die Ursachen der Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion. Es ist bemerkenswert, daß die vor einigen Jahren in die Heimat zurückgekehrten griechischen Auswanderer ihre Ersparnisse nicht in die Landwirtschaft, sondern in den Kleinhandel steckten und dadurch das Kleinbürgertum unterstützten. Nach dem Kriege, der die Lebensbedingungen in Amerika verschlechtert hat, begannen die Auswanderer in Massen nach Griechenland zurückzukehren; sie waren ärmer als vor ihrem Auszug und vermehrten naturgemäß die Reihen des Proletariats.

Die Trennung der griechischen Gesellschaft in feindliche Klassen offenbart sich in den Dörfern an der Agrarfrage, in den Städten aber im Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern.

Die Agrarfrage wird in Griechenland durch die Verhältnisse charakterisiert, wie sie einerseits im thessalischen, anderseits im peloponnesischen Bezirk entstanden sind. Im thessalischen Bezirk (Thessalien) gibt es Latifundien, die von den jetzigen Besitzern nach der Revolution von 1821 den türkischen Beis und Paschas geraubt oder abgekauft worden sind (die sog. Tschiflika). Auf diesen Tschiflikas arbeiten Bauern, sogenannte Kollegien, die ihre besonderen Parzellen haben und dem Besitzer einen Teil der Ernte abliefern. Das ist ein echtes Hörigkeitsverhältnis. Sogar gegenwärtig gibt es in Thessalien derartige Besitzungen, auf denen über tausend solcher „Kollegien“ wohnen. Außer den Kollegien haben die Tschiflikas noch eine geringe Anzahl von Knechten, die auf den Feldern der Kollegien arbeiten.

Die Regierung Venizelos hat ein Gesetz über die Enteignung dieser Besitzungen erlassen. Aber dieses Gesetz ist nichts als Betrug und überläßt das Land den Kollegien nur gegen Bezahlung seines zehnfachen Werts.

Auf Peloponnes liegen die Dinge anders. Dort sitzen Kleinbauern, die Erzeuger der Rosinen. Die sind stark verschuldet und befinden sich in den Klauen von Wucherern und verschiedener Aktiengesellschaften. Durch die Zahlung von Zinsen und Hypotheken aufs äußerste belastet, hat das Wort „Eigentum“ jegliche Bedeutung für sie verloren.

In Mazedonien trägt die Agrarfrage denselben Charakter wie in Thessalien.

In den Städten beginnen sich die verschiedenen Klassen erst zu bilden. Eine klar ausgeprägte Klasse ist gegenwärtig nur die Großbourgeoisie, die hauptsächlich aus den Reedern des Piräus und einigen Besitzern von chemischen und Spritfabriken besteht. Auch die Bildung einer rein proletarischen Arbeiterklasse deutet sich an. Den größten Teil der Bevölkerung bildet das Kleinbürgertum. Der Antagonismus zwischen der Kapitalistenklasse und dem Proletariat prägt sich besonders scharf in der Großindustrie und in der in Griechenland weit verbreiteten Manufakturproduktion aus. Aus diesem Grunde sind

die Arbeiter der Elektrizitätswerke und die Tabakarbeiter am besten organisiert und führen einen entschlossenen Kampf mit den Unternehmern.

Die Industrie ist erst im Aufkeimen begriffen. Nach der offiziellen Statistik, die wir durch Angaben der Allgemeinen Arbeitskonföderation ergänzen, gibt es in Griechenland:

1. 63 chemische Fabriken (davon 45 ziemlich große); in ihnen sind 3500 Arbeiter beschäftigt;
 2. 15 Spritfabriken mit 1500 Arbeitern;
 3. 35 Garnfabriken und Baumwollspinnereien mit 5000 Arbeitern;
 4. 28 Dampfmaschinen mit 1299 Arbeitern;
 5. 30 metallurgische Fabriken mit 4000 Arbeitern;
 6. 100 Tabakfabriken mit 4000 Arbeitern (20 von ihnen haben 100 bis 150 Arbeiter);
 7. 50 Lederfabriken mit 2000 Arbeitern;
 8. 34 Kohlengruben mit 6000 Arbeitern;
 9. 8 Eisenbahnlinien mit 6000 Arbeitern;
 10. 6000 Transportarbeiter;
 11. 3 große und mehrere kleine Reedereien mit 4000 Arbeitern;
 12. 5 Trusts und 50 Tabakgroßhändler mit 35 000 Arbeitern;
 13. 2000 Setzer und Buchdrucker;
 14. 4000 Elektrotechniker und Arbeiter der elektrischen Stationen;
- 25 000 bis 30 000 Arbeiter anderer Berufe.

Die Entwicklung der Industrie macht sich fast in allen Produktionszweigen bemerkbar. Mit der Einführung der Zigarettenmaschinen in den Tabakfabriken wurden Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen. In der Schuhwarenindustrie herrscht infolge Einführung des Maschinenbetriebes in der Stiefelerzeugung große Arbeitslosigkeit. Besonders ist die Konzentration im Reedereiwesen bemerkbar. Diese Tatsache erklärt sich aus der geographischen Lage Griechenlands, die dem Lande auch einen stark entwickelten Transithandel ge-

geben hat. Die Kapitalkonzentration im griechischen Reedereiwesen ist so groß, daß gegenwärtig drei große Gesellschaften dreiviertel der ganzen Handelsflotte des Landes besitzen. Trusts gibt es, außer fünf Tabaktrusts in Mazedonien (zwei griechische, zwei amerikanische und einen internationalen Trust) noch nicht.

Am wirtschaftlichen Leben des Landes ist ausländisches Kapital in bedeutendem Maße interessiert. Das französische Kapital ist hauptsächlich an Banken und an der Industrie beteiligt. Die bedeutendste Rolle im Wirtschaftsleben des Landes spielt aber das englische Kapital infolge der stark gesteigerten Einfuhr englischer Waren nach Griechenland. Kohle, Maschinen, Gewebe — das alles kommt aus England.

Während des Krieges entstanden enge Handelsbeziehungen mit Amerika, das Griechenland große Mengen Zucker, Getreide und Maschinen lieferte. Es muß hier hervorgehoben werden, daß die nationale Industrieproduktion den Bedarf Griechenlands nicht zu decken vermag. Obgleich die Hälfte seiner Bewohner vom Ackerbau lebt, ist es doch genötigt, Korn in großen Mengen einzuführen. Diese Tatsache erklärt sich aus dem schlechten Zustand der Landwirtschaft und den höchst unbefriedigenden Lebensbedingungen der Bauern, die ständig genötigt sind, in die Städte überzusiedeln oder nach Amerika auszuwandern.

Die Finanzen Griechenlands stehen seit dem Kriege von 1897 unter internationaler Kontrolle. Auch jetzt scheut sich der amerikanische Finanzminister nicht, zu erklären, Griechenland gehöre zu den Ländern, die von ihren Schulden nichts bezahlt haben. Seit seiner Gründung basiert die Finanzwirtschaft des griechischen Staates auf Anleihen (hauptsächlich französisches Kapital). Gegenwärtig beträgt die Staatsschuld Griechenlands „nach den offiziellen Angaben“ des Finanzministeriums 3 282 986 597 Drachmen. Wir besitzen jedoch verlässliche Nachrichten, daß diese Schuld fünf Milliarden Drachmen übersteigt. Von dem wirtschaftlichen Ruin des Landes zeugt die Tatsache, daß die letzte von der Regierung Venizelos aufgelegte innere Anleihe nicht voll gezeichnet wurde. Unter anderem wurden

kürzlich 400 Millionen Drachmen Papiergeld emittiert. Diese Summe war nicht durch Goldwert gedeckt. Dem vom Ministerium zu Beginn des Jahres vorgelegten Budget zufolge war das Defizit auf 265 180 014 Drachmen veranschlagt. Aber wenn man die Verschwendungssucht der Regierung Venizelos in Betracht zieht, darf man annehmen, daß es bedeutend höher ist.

2. Die politische Lage.

Das politische Leben Griechenlands war bis zum heutigen Tage durch das Bestehen von Parteien einzelner Personen gekennzeichnet. Ihrem Gepräge nach bürgerlich, unterschieden sich diese Parteien voneinander nur durch die Personen, die an der Spitze standen. Das Ergebnis dieser Tatsache, die sich aus der ungenügenden Differenzierung der Klassen in Griechenland erklärt, war, daß keine einzige dieser Parteien ein soziales Reformprogramm besaß, das den Forderungen der Bevölkerung entsprach. Nur die Arbeiterklasse hat sich jetzt ein bestimmtes politisches und wirtschaftliches Programm geschaffen. Allerdings hat Venizelos, die Schwäche des Klassenbewußtseins der Arbeiter benutzend, seit dem Jahre 1902 eine Reihe von Gesetzen erlassen, die die Arbeitsbedingungen der Arbeiter angeblich verbessern, die in Wirklichkeit jedoch niemals angewandt wurden. Als die Arbeiter ein gewisses Klassenbewußtsein und Initiative an den Tag zu legen begannen, schuf die Regierung eine Gesetzgebung über die Arbeiterorganisationen, die den Interessen der Kapitalisten vollauf Rechnung trug.

Gegenwärtig bestehen in Griechenland außer der kommunistischen Partei zwei große bürgerliche Parteien. Es sind dies die Partei Venizelos, die sogenannten Liberalen, und die Partei des Königs Konstantin, die einerseits aus den Parteien von Rhallis, Stratos und Kalogeropoulos und einigen anderen und andererseits aus der Partei Gunaris (der Volkspartei, der bedeutendsten von ihnen) besteht. Eine wichtige Frage, um derentwillen die Parteien kämpften (das Ergebnis dieses Kampfes ist aus den letzten Wahlen bekannt), war die Frage der Wiedereinsetzung des Königs Konstantin. Diese Frage hat keinen so persönlichen Charakter, wie es auf den ersten Blick scheint. Eben-

sowenig liegt hier ein Kampf zwischen der republikanischen und der monarchischen Partei vor.

Wir haben bereits erklärt, daß die politischen Parteien Griechenlands bisher ausschließlich Personenparteien waren, und der Kampf spielte sich nur um die Führer ab. Unter dem Druck der durch die Kriege geschaffenen Verhältnisse — die Zusammenfassung gewaltiger Gewinne in den Händen einer kleinen Oligarchie und Bettelarmut der Mehrheit der Bevölkerung — unter dem Druck der endlosen Mobilmachungen und der fortwährend steigenden Teuerung begannen die bürgerlichen Parteien allmählich ihren Personalcharakter zu verlieren und für Fragen von öffentlichem Interesse und gesellschaftlicher Bedeutung zu kämpfen. So gruppierten sich um Venizelos, den Anhänger der Einmischung Griechenlands in den Weltkrieg auf Seiten der Entente, alle Großkapitalisten des Landes, deren Interessen den Krieg forderten, und einige hohe Staatsbeamte, die die Aussicht auf Rangerhöhung im Kriege lockte. Andererseits gruppierten sich um König Konstantin, der für die Neutralität Griechenlands eintrat, die Volksmassen, das Kleinbürgertum und die Arbeiter, die durch den Krieg 1912—13 hinlänglich gelitten hatten und den Krieg im Jahre 1915 nicht wollten. Das Volk wollte den Krieg nicht. Deshalb liebte es den König Konstantin, und deshalb stimmte es bei den letzten Parlamentswahlen mit solchem Fanatismus für ihn gegen Venizelos. Deshalb verlangt das Volk jetzt die Wiedereinsetzung des Exkönigs. Wenn die Arbeiterklasse im Jahre 1915, als die Frage der Einmischung Griechenlands in den Krieg auftauchte, sich zu einer gesonderten politischen Partei organisiert hätte, dann wäre die Sachlage jetzt zweifellos eine andere. Die Partei der Arbeiterklasse könnte gegen die Einmischungspolitik Venizelos ankämpfen und gleichzeitig die verdächtigen Vorschläge Konstantins entlarven, sie könnte die gesamten Volksmassen, das Kleinbürgertum und die Arbeiter um ihre Fahne sammeln. Leider ist die jetzige Kommunistische Partei Griechenlands erst vier Jahre nach dem Ausbruch des Weltkrieges geschaffen worden, zu einer Zeit, da Konstantin vom Thron vertrieben war

und Venizelos sich bemühte, jede Bewegung zu ersticken, die gegen seine kriegerische Politik gerichtet war, d. h. gegen die Interessen der Großbourgeoisie, die seine Partei vertritt. Für die Volksmassen gab es nur die Tyrannei Venizelos und das Elend des Krieges. Gegen die Partei Venizelos aber war Konstantin, der Todfeind Venizelos, Konstantin, der den Krieg nicht wollte. Die Kommunistische Partei erstand zu spät und hatte nicht die Möglichkeit, eine eigene Politik gegen den Krieg zu führen. Die Kommunistische Partei mit ihren 30 Kandidaten schien unfähig — besonders in den Augen der Bauern —, die allmächtige Partei und Regierung Venizelos zu besiegen. Das Volk zeigte während der Wahlen für das Kommunistische Programm wohlwollende Aufmerksamkeit, zog es jedoch vor, für die oppositionelle Bourgeoisie zu stimmen; denn mit ihrem Siege erhoffte es den sicheren Sturz Venizelos und die Vernichtung seiner Tyrannei. So hat die Kommunistische Partei in sieben Bezirken, in denen sie am Wahlkampf teilnahm, bei etwa 230 000 Wählern, im ganzen ungefähr 100 000 Stimmen bekommen; aber von ihnen wurden nur 10 000 ausschließlich für die Kandidaten der Kommunistischen Partei abgegeben, die anderen sind gleichzeitig auch für die oppositionelle Bourgeoisie abgegeben worden.

Wenn König Konstantin, um die Möglichkeit der Rückkehr nach Griechenland zu erhalten, genötigt sein wird, den ausländischen Kapitalisten gegenüber die Verantwortung für neue Verpflichtungen zu übernehmen, und zwar für neue Kriege, wenn seine Partei sich als unfähig erweisen wird, das wirtschaftliche Chaos zu ordnen, und das Volk wieder mit Steuern belasten und den Forderungen der Arbeiterklasse entgegenwirken wird, mit einem Wort, wenn die Politik Konstantins zusammenbricht, dann wird wahrscheinlich die Reihe an die Kommunistische Partei kommen, vom Volke das ausschließliche Vertrauen nur für das kommunistische Programm zu erlangen.

Was die auswärtige Politik des Landes betrifft, so ist bekannt, daß Griechenland infolge seiner geographischen Lage und seiner Abhängigkeit vom englischen Kapital nicht umhin

kann, der Politik Englands zu folgen. Daraus erklärt sich die Einmischung Griechenlands in den Weltkrieg und die Expedition gegen Sowjetrußland.

Angesichts dessen, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit Griechenlands auf den Weg einer derartigen Politik treibt, hat diese sich auch bis heute nicht geändert. Wenn Konstantin zurückkehrt, wird er ebenfalls genötigt sein, eine solche Politik zu treiben, und das dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Ursache seines Sturzes werden.

3. Die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung in Griechenland ist bekanntlich die jüngste des Balkans. Sie entstand erst im Kriege und entwickelte sich unter den Schrecken der militaristischen Tyrannei der Regierung Venizelos. Es hat allerdings schon vor dem Kriege in Griechenland einige gewerkschaftliche Organisationen und sozialistische Gruppen gegeben; aber man kann sagen, daß diese Erscheinungen der Arbeiterbewegung der utopischen Phase entsprachen. Die Gewerkschaftsorganisationen besaßen zwar ähnliche Statuten wie alle Gewerkschaften der Welt; aber sie entbehrten des Klassenkampfbewußtseins und waren völlig in der Hand bürgerlicher Politikaster. Die sozialistischen Gruppen leisteten keinerlei wesentliche Arbeit, da sie den Arbeitermassen völlig fremd gegenüberstanden.

Im Jahre 1915, einige Monate nach dem Beginn des Weltkrieges, begann die sozialistische Bewegung auf die Initiative der sozialistischen Arbeiterföderation in Saloniki hin, die sich noch unter der türkischen Herrschaft entwickelt hatte, eine bestimmte Richtung anzunehmen und sich von verschiedenen utopischen sozialpatriotischen Elementen zu befreien, wie z. B. von Drakulis und Janios u. a. Gleichzeitig begann die Bewegung der Gewerkschaften von Saloniki und Athen, die drei Jahre später die Einberufung des ersten Allhellenischen Arbeiterkongresses durchsetzten (Oktober 1918). Auf dem Kongreß wurde die Allgemeine Arbeitsföderation Griechenlands gegründet. Dieser

Kongreß, an dem 264 Gewerkschaften teilnahmen, hat die Prinzipien des Klassenkampfes anerkannt. Der Kongreß war eine notwendige Etappe in der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Seit dieser Zeit begann die Gewerkschaftsbewegung einen bestimmteren Klassenkampfcharakter anzunehmen. Viele Gewerkschaftsmitglieder, die von den Unternehmern mit der Prüfung der Lohnverteilung beauftragt waren, wurden ausgeschlossen. Das Bestreben der Arbeiterbewegung, sich von unnützen und gelben Elementen zu befreien, äußerte sich besonders deutlich bei der ersten Spaltung des Verwaltungsausschusses der Konföderation. Sechs Mitglieder dieses Ausschusses, die Werkzeuge der bürgerlichen Regierung oder einsichtslose Arbeiter waren, erfüllten die Vorschrift der Regierung, die einen Vorwand suchte, um die in die Sozialistische Arbeiterpartei eingeschriebenen Mitglieder aus dem Ausschuß zu verjagen und protestierten gegen die Feier des 1. Mai durch die zur Konföderation gehörenden Arbeiter. Es kam zur Spaltung. Die sechs gelben Mitglieder zogen den einsichtslosen Eisenbahner- und Transportarbeiterverband sowie einige Pseudogewerkschaften des Piräus auf ihre Seite. Sie erhielten jedoch nicht die Billigung der Mehrheit der Arbeiter und wurden aus der Konföderation ausgeschlossen, deren Leitung an die fünf übrigen Ausschußmitglieder überging. Einige Zeit nachher wurden unter dem Vorwand des Generalstreiks vom 7. Juli a. St. 1919 vier Mitglieder des Ausschusses der Konföderation auf eine kleine Insel des Aegäischen Meeres ausgewiesen. Die Bourgeoisie setzte es durch, daß die Allgemeine Arbeitskonföderation als lebendiger Organismus zu existieren aufhörte und die Arbeiterbewegung auf halbem Wege stehen blieb.

Gleich nach dem ersten Arbeiterkongreß begriffen die einsichtigsten Arbeiterorganisationen, die Föderationen der elektrischen und Tabakfabriken, die Notwendigkeit einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Bewegung des Proletariats. Für ein organisches Zusammenarbeiten der Allgemeinen Arbeitsföderation mit der Sozialistischen Partei stimmten zuerst die Arbeiter der Tabakfabriken,

dann die Arbeiter der Elektrizitätswerke. Gegen diese Tendenz trat der Sozialpatriot Janios auf, der sich für den „einzigen Marxisten“ Griechenlands erklärte und die Theorie verkündete, daß die Arbeiterklasse Griechenlands der linke Gehilfe der liberalen Partei (Venizelisten) sein müsse. Die letzte Säuberung der Konföderation fand statt, als zwei Mitglieder des Verwaltungsausschusses ausgeschlossen wurden, die Werkzeuge des Janios waren.

Dann wurde der zweite Allhellenische Arbeiterkongreß einberufen. Dieser Kongreß stimmte mit 90 Stimmen gegen 40 für eine gemeinsame Arbeit der Allgemeinen Arbeitsföderation mit der Sozialistischen Partei Griechenlands (der Partei der Kommunisten). Auf dem zweiten Kongreß waren 173 Gewerkschaften vertreten, darunter 100 ziemlich große. In der Konföderation sind 40 bis 45 000 Arbeiter organisiert; sie verteilen sich auf 40 Berufe und 35 Städte.

In Griechenland gibt es drei nationale Gewerkschaftsföderationen:

1. Die Föderation der Tabakarbeiter, der 12 000 Mitglieder und 37 Gewerkschaften angehören. Die Bedeutung dieser Föderation ist besonders groß in Ostmazedonien.

2. Die Föderation der Arbeiter der Elektrizitätswerke und Gasfabriken, der 3500 Arbeiter und sechs Gewerkschaften angehören: a) der Allhellenische Elektrizitätsarbeiterverband, b) der Verband der Arbeiter der Tramwaylinie zwischen Athen und dem Piräus, c) der Verband der elektrischen Schnellbahn zwischen Athen und dem Piräus, d) der Verband der Arbeiter der Gasfabriken in Athen, e) der Verband der Arbeiter der Gasfabriken in Piräus und f) der Verband der Arbeiter der elektrischen Werke und Straßenbahnen in Saloniki.

3. Die Eisenbahnerföderation, der 5000 Mitglieder und sechs Gewerkschaften angehören.

Von diesen drei Föderationen gehören die beiden ersten zur Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands. In der Eisenbahnerföderation macht sich dank der Propaganda der Mitglieder der Sozialistischen Partei eine Gärung bemerkbar,

und man darf hoffen, daß auch diese Föderation auf dem nächsten Kongreß für den Anschluß an die Allgemeine Arbeitskonföderation stimmen wird.

Außer den genannten drei Föderationen gibt es in Griechenland noch eine Föderation der niederen Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, der 1500 Mitglieder und sechs Gewerkschaften angehören. Obgleich die Führung in dieser Föderation bei den Mitgliedern der Partei liegt, hält sie sich dennoch von der Konföderation fern, da ein kürzlich erlassenes Gesetz den Staatsbeamten verbietet, sich zusammen mit anderen Arbeitern zu organisieren.

Die anderen Gewerkschaften und Föderationen sind noch nicht in der Konföderation vereinigt. Einige Föderationen, die in der Statistik als Föderation der Hotelangestellten, Föderation der Schuhmacher angeführt sind, haben keine reale Existenz.

Die Gewerkschaften des Verkehr- und Transportwesens, die die größte und bedeutendste Föderation in Griechenland bilden, haben unter dem Einfluß von Agenten der Regierung, wie z. B. Mascheras u. Ko., beinahe jede Bedeutung verloren. Eine reale Existenz hat von ihnen nur die Gewerkschaft der Seeleute und der Chauffeure, der 2000 Mitglieder angehören und die sich der Allgemeinen Arbeitskonföderation angeschlossen hat.

Das Land hat 17 Arbeitsbörsen, die auf 16 Städte verteilt sind.

In Griechenland erscheinen vier Gewerkschaftsorgane: 1. „Der klassenbewußte Arbeiter“, das Organ der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter, das eine Auflage von 1500 Exemplaren hat; 2. „Der Tabakarbeiter“, das Organ der Tabakföderation, 4000 Exemplare; 3. „Das Erwachen“, Organ der Föderation der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, 1500 Exemplare; 4. „Eisenbahnerzeitung“, Organ der Eisenbahner, 5000 Exemplare. Alle diese Organe erscheinen einmal monatlich, mit Ausnahme des Eisenbahnerorgans, das zweimal monatlich erscheint.

Der durchschnittliche Arbeitstag beträgt in Griechenland $9\frac{1}{2}$ Stunden. Die Elektrizitätsarbeiter haben bei ihrem letzten Streik den Achtsturentag durchgesetzt.

Der durchschnittliche Tageslohn beträgt 14 Drachmen, höchstens 35 bis 40 Drachmen und mindestens 8 Drachmen für Männer und 2 für Frauen. Brot kostet 2 Drachmen das Oka, Fleisch 8—12 Drachmen das Oka.

Die Genossenschaftsbewegung ist in Griechenland sehr schwach entwickelt. Die Konsumvereine in Athen und im Piräus wurden auf Staatskosten gegründet und befinden sich in der Hand der Gelben.

4. Die kommunistische Bewegung.

Bald nach dem Kongreß beriefen einige Gewerkschaften im Piräus den Ersten Kongreß der sozialistischen Organisationen Griechenlands ein (vom 4. bis 19. November a. St. 1918). Auf diesem Kongreß waren sechs sozialistische Organisationen vertreten (Saloniki, Athen, Piräus, Volo, Korfu und Chalkis). Diesen Organisationen gehören etwa 490 Mitglieder und vier Jugendorganisationen an (Saloniki, Piräus, Athen, Volo), die ungefähr 300 Mitglieder zählten. Auf diesem Kongreß wurde die Gründung der Sozialistischen Partei Griechenlands proklamiert.

Diese Partei, gegründet zu einer Zeit, da die Theorien Wilsons im Ideengang einiger Führer der internationalen sozialistischen Bewegung große Verwirrung anrichteten, konnte dem Einfluß der damals herrschenden reformistischen Ideen nicht entgehen. So wurde das Parteiprogramm, das dem ersten Kongreß zur Abstimmung vorlag, im Geist des Reformismus abgefaßt. Bald aber gewann die Partei unter dem Einfluß der russischen Revolution und der inneren Bedingungen der Arbeiterbewegung größere Klarheit für die wirklichen Aufgaben des Proletariats und begann für die Revolution zu kämpfen. Im Juni 1919 sagte sich die Partei von der Zweiten Internationale los und beauftragte das Zentralkomitee, die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale zu debattieren.

Der zweite Parteitag, der in Athen einberufen wurde (5. bis 12. April a. St. 1920), faßte beinahe einmütig den Beschluß, die Partei der Kommunistischen Internationale anzugliedern. Gegen den Anschluß waren nur zwei Mitglieder, die unter dem Einfluß des ehemaligen Abgeordneten Kuriel standen. Ihrer Ansicht nach sollte die Partei zwar die Prinzipien der Kommunistischen Internationale annehmen, sich aber nicht organisch mit ihr verschmelzen. Unter anderem hob der Parteitag die Parteistatuten und das Parteiprogramm auf, die die Republik (als Uebergangsetappe zum Sozialismus), den Verteidigungskrieg und den Völkerbund anerkannten. Der Parteitag beauftragte das Zentralkomitee, zum dritten Kongreß ein neues Programm vorzulegen, das sich auf die Prinzipien der Kommunistischen Internationale stützt. Schließlich änderte der Parteitag den Namen der Partei in „Sozialistische (kommunistische) Arbeiterpartei Griechenlands“ um und ersetzte das bisherige Statut der Partei durch ein neues, dem eine größere Zentralisierung zugrundegelegt wurde.

Wir wollen nicht weiter über die verschiedenen Stadien des Kampfes unserer Partei sprechen. Trotz der Zensur und der unaufhörlichen Verfolgungen seitens der diktatorischen Regierung Venizelos verstand es die Partei, die gewerkschaftliche Bewegung Griechenlands auf den richtigen Weg des Klassenkampfes zu lenken und sie von den gelben Elementen zu reinigen. Die Kräfte, über die die Partei verfügt, sind gegenwärtig folgende: Sieben Sektionen (Athen, Piräus, Saloniki, Volo, Kawala, Drama, Korfu) und zwölf Gruppen, denen ungefähr 1000 Mitglieder angehören; acht Jugendorganisationen (Athen, Piräus, Saloniki, Volo, Kawala, Drama, Chalkis und Patras) mit 500 Mitgliedern. Die organisiertesten und dem Einfluß der Partei am stärksten unterstehenden Arbeiter sind die Arbeiter der Elektrizitätswerke und die Tabakarbeiter.

Seit dem Zweiten Kongreß hat die Partei 20 Broschüren in 7000 Exemplaren herausgegeben und verbreitet. Das offizielle Zentralorgan der Partei „Ergatikos Agon“ erscheint wöchentlich in Athen in einer Auflage von 7000 Exemplaren. Außerdem

erscheint in Athen das sozialistische Tagesorgan „Risospastis“ in einer Auflage von 10 000 Exemplaren.

Die Partei unternahm wiederholt den Versuch, eine Tageszeitung zu gründen. Im vorigen Jahre wurde zu diesem Zweck eine Subskription für den „Ergatikos Agon“ veranstaltet, die 20 000 Drachmen ergab. Leider haben die fortwährend wachsende Papierverteuerung und die Ausgaben für dringende Bedürfnisse der Partei die Verwirklichung des gefaßten Plans nicht gestattet.

Die Sektion Saloniki gibt ein Wochenorgan „Avanti“ in spaniolischer Sprache und eine Wochenschrift „Arbeiterstimme“ in griechischer Sprache heraus, die auch das Organ der Saloniker Arbeitsbörse ist. Das erstgenannte Organ erscheint in 3000 Exemplaren, das zweite in 2000. In Kawala erscheint ein Wochenorgan der dortigen Parteisektionen „Das neue Leben“ in 2500 Exemplaren.

Auf dem Ersten Kongreß wählte die Partei zu ihren Abgeordneten Sideris und Kurel, die Abgeordneten der Arbeiterföderation Salonikis. Zu den Wahlen vom 1. November a. St. 1920 stellte die Partei in sieben Bezirken Griechenlands 30 Kandidaten auf. Gewählt wurden nur zwei Abgeordnete im Bezirk Drama, die Genossen Konstanides und Michailides. Die Gründe dafür sind folgende: 1. Viele Arbeiter stimmten gleichzeitig sowohl für die Kommunisten als auch für die oppositionelle Bourgeoisie. 2. Es mangelte an Geldmitteln für eine energische Propaganda. 3. Dank dem Bestehen des kurialen Wahlsystems hebt die Abstimmung der Bauern das Ergebnis der städtischen Wahlen auf. 4. Viele klassenbewußte Arbeiter wurden dank der Willkür der Regierung nicht in die Listen eingetragen. Immerhin wurde das kommunistische Programm während des Wahlkampfes überall wohlwollend aufgenommen, wo die Möglichkeit bestand, es vorzulegen.

Nach den Wahlen organisierten sich ungefähr 30 neue Gruppen, und der Einfluß der Partei unter den Arbeitern und Bauernmassen wächst zusehends.

N. Schablin.

Die Tätigkeit der britischen Kommunisten nach der Vereinigung in Leeds.

(Aus dem Bericht der Vereinigten Kommunistischen
Partei Großbritanniens.)

Die Hoffnung der Führer der Kommunistischen Internationale, in England eine einheitliche kommunistische Partei zu sehen, hat sich auf der Konferenz in Leeds, die am 29. und 30. Januar 1921 stattfand, erfüllt. Die Kommunistische Arbeiterpartei (deren Tätigkeit sich auf Schottland beschränkte), die Kommunistische Partei (die britische Sektion der Kommunistischen Internationale) und die Kommunistische Partei Großbritanniens schlossen sich zu einer einheitlichen Organisation zusammen.

Die sozialistische Arbeiterpartei (S. L. P.) wich auch diesmal der Vereinigung aus. Die Schuld an der beharrlichen Weigerung der Organisation, Verhandlungen über den Zusammenschluß zu führen, trägt die kleine Gruppe der Funktionäre. Ihr Verhalten ruft den Unwillen der wenigen Sektionen hervor, die der Partei noch geblieben sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Funktionäre die Opposition bald aufgeben und in den Zusammenschluß einwilligen müssen. Die drei größten Abteilungen der Partei fordern bereits beharrlich die Vereinigung.

Was den linken Flügel der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) anbelangt, so ist hier zwischen der Exekutive der Vereinigten Kommunistischen Partei und der einsetzenden neuen Gruppierung unter den englischen Unabhängigen eine gewisse Verständigung erzielt worden. Die Exekutive hält sich in diesem Falle an bestimmte, im voraus festgesetzte taktische Aufgaben. Die Verhandlungen verlaufen überaus günstig.

Wenn auf der Osterkonferenz der I. L. P. möglicherweise auch nicht die ganze Partei nach links abschwanken wird, so wird doch jedenfalls ein bedeutender Teil der Partei als durchaus erwünschte Stärkung in die Reihen der Kommunisten übergehen.*)

Es läßt sich schwer sagen, mit welcher Mitgliederzahl die Vereinigte Kommunistische Partei im Falle dieses neuen Erfolgs rechnen können wird. Vorläufig haben sich 5000 Mitglieder unter dem kommunistischen Banner vereinigt. Es werden Maßnahmen getroffen, um die kommunistischen Reihen zu vergrößern, und, soweit die Verhältnisse dies gestatten, neue Gruppen heranzuziehen.

Auf der Leedser Konferenz wurde für die endgültige Ausarbeitung und Festsetzung des Programms, des Statuts und der Richtlinien der Partei eine dreimonatige Frist bestimmt.

Die Partei zählt jetzt (März 1921) 150 Sektionen, die hauptsächlich die städtische Bevölkerung umspannen. Aus diesen Sektionen (branches) werden größere territoriale Einheiten, Bezirke (divisions) zusammengestellt, an deren Spitze besondere Leiter stehen, die von dem nationalen Organisationssekretariat kontrolliert werden. Die Partei interessiert sich auch für die ländliche Bevölkerung, unter der sie eifrige Propaganda betreibt.

Mit Hilfe von 200 Agitatoren werden jede Woche ungefähr 300 Versammlungen veranstaltet. Im Sommer wird die Zahl der Versammlungen zweifelsohne noch steigen. Ungefähr 50 bis 60 Mitglieder der Partei bekleiden Posten in der Ortsverwaltung. Das einzige kommunistische Parlamentsmitglied (Oberst Malone) wurde zu Gefängnis verurteilt.

Die Partei hat überall in den Gewerkschaften kommunistische Keimzellen organisiert. Es werden Schritte getan, um

*) Auf der Konferenz in Southport kam es tatsächlich zu einer Spaltung. Der linke Flügel schloß sich den Kommunisten an. Siehe die Liste der Parteien und Gruppen, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben.

die Gewerkschaften auf der Grundlage des Industrieprinzips, im Einklang mit den Leitsätzen der Kommunistischen Internationale miteinander in Verbindung zu bringen. Im Zusammenhang hiermit haben wir unser Möglichstes getan, um die britische Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale gründen zu helfen.

Es wird allen Mitgliedern der Partei zur Pflicht gemacht, sich tatkräftig an der Agitation unter den Arbeitslosen zu beteiligen. Diese Agitation wird auch auf das eifrigste betrieben; nichts, was in kommunistischem Geiste ausgenutzt werden kann, wird unbeachtet gelassen. Unablässig wird auf die Lehren der russischen Revolution hingewiesen. Die Frage der Stellungnahme der britischen Regierung zu Sowjetrußland nimmt auf allen Versammlungen einen wichtigen Platz ein.

Den besten Beweis für die Bedeutung der Partei liefert die Tatsache, daß die Behörden ihr eine außergewöhnlich große Aufmerksamkeit schenken. In den Städten will man der Kommunistischen Partei keine größeren Säle für öffentliche Versammlungen überlassen. In vielen Orten wird der Partei sogar das elementare Bürgerrecht verweigert, Versammlungen unter freiem Himmel zu veranstalten. Gegenwärtig befinden sich 15 Mitglieder der Partei im Gefängnis oder in Untersuchungshaft. Die Behörden tun ihr Möglichstes, um den Kommunisten die Annäherung an die Massen zu erschweren.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens im August 1920 gab den Anstoß zu einer erfolgreichen kommunistischen Tätigkeit im ganzen Lande. Die Zentrale ist in ein neues Lokal an einer großen Straße in London, King Street Nr. 16, in Covent Garden verlegt worden. Anfang des Jahres wurde mit einem Personal von 8 Angestellten gearbeitet; jetzt sind bereits 20 Personen angestellt.

Außer einem Sekretariat besitzt die Zentrale noch eine ganze Reihe Unterabteilungen:

Die Organisationsabteilung überwacht die Tätigkeit der Parteimitglieder, erhält die Verbindung unter den Sektionen

und den Bezirksräten aufrecht und koordiniert die Arbeit der im ganzen Lande wirkenden Organisations- und Propagandaführer.

Die Verlagsabteilung widmet sich ausschließlich der Herausgabe des Parteiorgans „The Communist“.

Die literarische Abteilung gibt Broschüren heraus, übersetzt auswärtige Druckschriften usw.

Die Parteipresse hat in der letzten Zeit bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Die Auflage des „Communist“ stieg, seit es zu einem Organ zur Agitation unter den breiten Massen geworden ist, von 10 000 auf 50 000.

Jedes Parteiorgan hat zur Aufgabe:

1. Die Propaganda der kommunistischen Ideen unter den breiten Massen und
2. die Parteierziehung und die Information der Parteimitglieder.

Das Organ „The Communist“ erfüllte bis jetzt beide Aufgaben. Es ist jedoch klar, daß es ihnen nicht mit gleichem Erfolge gerecht werden konnte. Die Notwendigkeit eines Organs, das die revolutionäre Arbeit wahrhaft vorwärtstreibt, und das mit genügendem Informations- und anderem Material ausgestattet ist, macht sich immer stärker fühlbar. Für die bevorstehende systematische Ausarbeitung des Parteiprogramms und seine Anpassung an die konkreten Verhältnisse ist dieses Material überaus wichtig. In dem „Communist“ finden jetzt aber nicht einmal mehr alle Parteiberichte Raum. Auch die internationale kommunistische Bewegung kann von dem „Communist“ nur recht unvollkommen beleuchtet werden. Es ist aber durchaus notwendig, daß die Mitglieder in dieser Hinsicht auf dem Laufenden gehalten werden; denn die britische Bewegung hat bisher stark darunter gelitten, daß das Proletariat des Landes von der internationalen revolutionären Bewegung isoliert war.

In Anbetracht dieser Umstände hat die Exekutive der Partei beschlossen, in nächster Zukunft mit der Herausgabe eines besonderen Organs „The Communist Bulletin“ zu be-

ginnen. Das Organ soll anfangs einmal monatlich, später jedoch öfter erscheinen.

Seit die literarische Abteilung der Partei ihre Tätigkeit begann, d. h. seit Anfang August 1920 bis zum Februar dieses Jahres, sind folgende Druckwerke von ihr herausgegeben worden:

1. Robert Williams. Die Sowjets an der Arbeit, 4500 Expl.
2. Lenin. Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus, 5000 Expl.
3. Selda Kahan-Coates. Das Leben und Wirken von Friedrich Engels, 2000 Expl.
4. Miljutin. Die wirtschaftliche Organisation Sowjetrußlands, 2000 Expl.

Das Buch von Robert Williams ist bereits ausverkauft und wird in neuer Auflage gedruckt.

Als Broschüren wurden herausgegeben:

1. Kamenew. Die Diktatur des Proletariats, 1000 Expl.
2. Die ersten vier Serien der Leitsätze der Kommunistischen Internationale, je 5000 Expl.

Was die übrigen zwei Serien der Leitsätze (über die Nationalitäten- und Kolonialfrage und über die Agrarpolitik) anbelangt, so wurden zu ihnen besondere Vorworte geschrieben, die sich den britischen Verhältnissen anpassen. Nunmehr sind auch diese Leitsätze erschienen.

Außerdem wurde die Herausgabe einer Reihe von Broschüren für die laufenden Propagandabedürfnisse in Angriff genommen.

Die Antwort der Kommunistischen Internationale auf den Aufruf der Zweiten Internationale („zugunsten der internationalen Einigkeit“, unterzeichnet von Henderson, Thomas, Gosling, Macdonald) unter dem Titel „Die Wiederaufrichtung der Zweiten Internationale“ wurde in 10 000 Exemplaren herausgegeben und hauptsächlich unter den Anhängern des linken Flügels der I. L. P. verbreitet.

Das reiche statistische Material aus Rußland wurde zu einer Broschüre verarbeitet, die namentlich an die britischen

Gewerkschaften gerichtet ist und das Ziel verfolgt, die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands darzulegen.

Weiter wurde auch an die Herausgabe größerer Bücher geschritten. Trotzki's Antwort auf Kautskys „Terrorismus und Kommunismus“ befindet sich im Druck und wird nächstens erscheinen. Radeks „Entwicklung der Weltrevolution“ ist bereits übersetzt und wird in Druck gegeben werden, sobald Trotzki's Broschüre fertig ist.

Auch das Werk des Genossen W. Paul über den Kommunismus soll veröffentlicht werden.

Zur kostenfreien Verteilung wurde eine Anzahl Flugblätter herausgegeben. Die wichtigsten unter ihnen sind die Rede des Genossen Malone im Unterhause über die Arbeitslosigkeit und das Flugblatt „Oeffnet die Gefängnisporten“, in dem die Befreiung der verhafteten Kommunisten gefordert wird. (Ihre Anzahl wächst mit jedem Tage).

Anfang Februar 1921 erschien in London die erste Nummer der „Kommunistischen Internationale“ in englischer Sprache. Es wurden im ganzen 4500 Exemplare in drei Auflagen gedruckt. 1000 Exemplare wurden an die Sektion der Kommunistischen Partei, an die I. L. P. und die S. L. P. verteilt. Gegenwärtig wird Heft 13 der Kommunistischen Internationale gedruckt; danach werden Heft 2 usw. der Reihenfolge nach erscheinen.

Dem Plan der Exekutive der Kommunistischen Internationale entsprechend werden Maßnahmen zur Herausgabe einer „Weltschau“ der Kommunistischen Internationale getroffen, in der die britischen Kolonien und in erster Reihe Indien besondere Beachtung erhalten werden.

Die Stellung der Kommunistischen Partei zu den Shop Stewards Committees.

Die Beziehungen zwischen den Kommunisten und der Shop Steward-Bewegung bedürfen einer besonderen Erläuterung. Wir schicken daher eine kurze geschichtliche Uebersicht voraus.

Im Jahre 1914, vor dem Ausbruch des Krieges, hatte die Entwicklung der Gewerkschaften eine Richtung eingeschlagen, daß man ein besonderes Bindeglied zwischen den Arbeitern und der Zentralabteilung schaffen mußte; die sich immer mehr von den breiten Massen entfernte.

Zu diesem Zweck wurde das System der Shop Stewards (Fabrikältesten) eingeführt. In der ersten Zeit beschränkten sich die Aufgaben dieser Fabrikältesten darauf, die Mitgliedsgebühren einzustreichen und sie an die entsprechenden Instanzen zu überweisen. Späterhin jedoch wurde ihre Kompetenz auf die Beziehungen zwischen den organisierten und den unorganisierten Arbeitern erweitert. Die Shop Stewards mußten viermal jährlich über die Gewerkschaften und die unorganisierten Arbeiter in ihrem Unternehmen berichten. Auf diese Weise wurden sie zu einem Faktor, mit dem die örtlichen Bewegungen der unorganisierten Arbeiter gegen die Gewerkschaften rechnen mußten. Darauf beschränkten sich die Pflichten der Shop Stewards vor dem Kriege. Die Vereinigte Gewerkschaft der Mechaniker (Amalgamated Society of Engineers), die jetzt der Vereinigten Union der Mechaniker beigetreten ist, besaß das best entwickelte System der Shop Stewards.

Es bestand aber auch eine revolutionäre Tendenz in der Organisation der Shop Stewards und zwar in bezug auf die Organisation der Arbeiter nach Betrieben, die in den Beschlüssen des Kongresses der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) in Chicago vom Jahre 1905 ihren Ursprung hatte. Im Jahre 1908 bildete sich eine Gruppe von Anhängern des Industrialismus (Advocates of Industrial Unionism), deren Bedeutung anfangs eine rein theoretische war.

Das Programm des Industrialismus fand besonders großen Anklang in dem Clydebecken in Schottland. Dort bildete sich 1910 die erste Kampforganisation, die sich „Industriearbeiter Großbritanniens“ nannte. Auch in verschiedenen Provinzstädten Englands wurden aktive Gruppen von Betriebsorganisationen geschaffen. Von einem wahren Erfolg konnte jedoch

nur in Schottland die Rede sein, wo in einer Anzahl Betrieben bedeutende Keimzellen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter entstanden. Die Organisation der „Industriearbeiter Großbritanniens“ hat in letzter Zeit jedoch ihren Kampfcharakter eingeübt und widmet sich ausschließlich der Propaganda des Industrialismus.

Mit dem Ausbruch des Krieges begann sich die Lage der Arbeiter im Zusammenhang mit der wachsenden Teuerung zusehends zu verschlechtern. Gleichzeitig wuchs auch die Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften, die 1914 mit der Regierung ein Abkommen getroffen hatten, laut dem den Arbeitern das Streikrecht genommen und den Gewerkschaftsfunktionären verboten wurde, sich an irgend welchen Vorbereitungen zu Ausständen zu beteiligen. Die Blicke der Arbeiter richteten sich nun auf die Organisation der Shop Stewards.

In den Fabriken hatte es stets eine Minderheit gegeben, die gegen den Krieg war. Die Gewerkschaftsführer weigerten sich, diese Bewegung zu unterstützen. Als es während des Krieges zum ersten Streik kam (im Februar 1915 in Schottland), mußte eine neue Organisation zu seiner Durchführung gefunden werden. Nichts war natürlicher, als daß man das bereits bestehende System der Shop Stewards für diese Zwecke ausnutzte. Aus den Führern dieses Streiks bildete sich der erste ständige Ausschuß, dem viele Teilnehmer der Bewegung vom Jahre 1911 beitraten. Der Ausschuß, der dadurch einen bestimmten Charakter erhielt, entwickelte eine solch ausgedehnte Agitation, daß sein Einfluß alsbald im ganzen Lande fühlbar wurde. Allerorts entstanden ähnliche Organisationen. Es tauchte der Gedanke auf, ein ständiges Organ auf nationaler Grundlage zu schaffen. Dies wurde aber erst im Jahre 1917 verwirklicht, als in Sheffield, Barrow, Glasgow, London und anderen Industriestädten eine Reihe von Streiks ausbrach, die zu dem großen Ausstand in den Hafenstädten zugunsten der Einsetzung der Kontrolle der Arbeiter über den Transport führten. Der nationale Verwaltungsausschuß (N. A. C.) wurde geschaffen.

Ogleich die Bewegung keinen Erfolg hatte, zeigte der Gang der Ereignisse doch, daß die Hauptideen der Bewegung unter den Arbeitern festen Fuß gefaßt hatten. In allen kritischen Fällen nahmen die Arbeiter ihre Zuflucht zu einer Organisation, die auf der Grundlage des Shop Stewards Systems aufgebaut war. Beweise hierfür finden wir in den Zusammenstößen in Glasgow, Belfast, Limerick und London, in den Eisenbahner- und Bergarbeiterstreiks.

Anfangs herrschte eine rein syndikalistische Tendenz unter den Shop Stewards vor. Allmählich jedoch, als sich der Bewegung zahlreiche Betriebe und viele Arbeiter anzuschließen begannen, die die Schule des Sozialismus durchgemacht haben, näherte sich die Organisation unter dem Einfluß der Ereignisse immer mehr der Kommunistischen Partei.

Gegenwärtig sind sämtliche aktive Shop Stewards Mitglieder der Partei; die Organisation als Ganzes erkennt die Notwendigkeit an, ihre Tätigkeit mit den Aktionen der Kommunisten in Einklang zu bringen.

Die Konferenz in Leeds beauftragte die provisorische Exekutive der Partei, Maßnahmen zu ergreifen, um eine ständige Verbindung mit dem Nationalen Verwaltungsausschuß der Shop Stewards (N. A. C.) herzustellen. Die Vertreter beider Organisationen traten am 23. Februar 1921 in London zu einer Beratung zusammen.

Der Meinungsaustausch führte zu der Ueberzeugung, daß ein enges Zusammenarbeiten der Partei und der Shop Stewards für die Organisierung der Industriebewegung notwendig sei und daß die allgemeine Kontrolle und Führung der Bewegung in den Händen von aktiven Parteimitgliedern liegen müsse.

Die angenommene Resolution wies erstens auf die Notwendigkeit des „engsten Zusammenwirkens der Kommunistischen Partei und der Shop Stewards Committees“ hin; zweitens erkannte sie an, „daß es dringend notwendig sei, die Kontrolle über die Industriebewegung in die Hände der Kommunistischen Partei Großbritanniens zu legen und alle hierfür nötigen Maßnahmen zu treffen; drittens beauftragte sie die

Kommunistische Partei, die Tätigkeit ihrer Mitglieder zu überwachen, deren Pflicht es ist, in der Gewerkschaftsbewegung zur Erreichung folgender Endziele zu wirken: a) Durchführung des Industrieprinzips; b) Schaffung günstiger Bedingungen für revolutionäre Aktionen; c) Befreiung der Arbeiter von dem Einfluß der Amsterdamer Internationale und Anschluß der Gewerkschaften an die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Die Kommunistische Partei hat dafür zu sorgen, daß sämtliche verantwortlichen Posten in der Gewerkschaftsbewegung von Kommunisten besetzt werden und daß die Industriebewegung als Ganzes in vollem Einklang mit den von der Partei niedergelegten Richtlinien verläuft.

Die Vereinigung der Sozialistischen Parteilinken und der Kommunistischen Partei der Schweiz.

*Bericht an das Exekutivkomitee der Kommunist.
Internationale.*

Werte Genossen!

Wie ich Euch bereits in meinem letzten Bericht mitteilte, wurde die Arbeit der Vereinigungskommission wesentlich erleichtert durch den aufrichtigen Wunsch beider Seiten, einen Zusammenschluß der kommunistischen Kräfte der Schweiz herbeizuführen. Da die Kommunistische Partei die Leitsätze und die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale angenommen hatte, konnte die Parteilinke ihr nicht mehr vorwerfen, daß sie syndikalistische, antiparlamentaristische Tendenzen verfolge. Die Parteilinke ihrerseits hatte

endlich die opportunistischen Elemente von der Sorte Nobs abgeschüttelt, den Kampf gegen die Zentristen tatkräftig aufgenommen und mit ihnen gebrochen. Die Kommunistische Partei hatte daher keine Ursache, sich gegen die Vereinigung mit den von der Partei losgelösten Linken zu weigern. Sämtliche Beschlüsse der Vereinigungskommission wurden einstimmig angenommen. Es entstand kein einziger Konflikt, den ich als Vertreter der Exekutive gegebenen Falles hätte lösen müssen. Die einzige praktische Frage, die die Kommunistische Partei und die Linke noch trennte, war die Form der Gewerkschaften. Wir kamen überein, diese Frage dem Kongreß vorzulegen und sie nicht in der Kommission zu behandeln. Ueberdies waren alle entschlossen, sich der Mehrheit, welcher Art sie auch sein möge, unterzuordnen. Der Vereinigungskongreß wurde zum 5. und 6. März anberaunt.

Ein Zwischenfall im letzten Augenblick.

Alle Vorbereitungen zum Kongreß waren getroffen, als der Genosse Platten Ende Februar aus dem Gefängnis entlassen wurde. Da er lange Zeit von der Bewegung getrennt war und sie nur aus der Ferne verfolgt hatte, besaß er noch starke Vorurteile gegen die Tendenz der Kommunistischen Partei. Sofort nach seiner Befreiung veranlaßte Platten die Züricher Parteilinke, von der Zentrale der Linken den Aufschub der Vereinigung auf einige Wochen zu beantragen. Ich widersetzte mich diesem Vorschlag auf das entschiedenste, da man ohnehin schon zu lange mit der Vereinigung gezögert hatte. Dennoch berief ich die beiden Zentralen (der Parteilinken und der K. P.) zusammen, um gemeinsam mit Platten dessen Vorschlag und etwaige andere Streitfragen zwischen der K. P. und der Linken zu erörtern. Die Auseinandersetzung zeigte Platten, daß die Kommission alles beseitigt hatte, was der Vereinigung hätte im Wege stehen können. Die beiden Zentralen lehnten den Antrag Platten einstimmig ab, und der Kongreß fand am 5. und 6. März statt.

Der Kongreß.

A. Die Vertretung:

Die Kommunistische Partei war auf dem Kongreß durch 28 Sektionen mit einer Mitgliederzahl von 873 Personen vertreten. Die Parteilinke hatte 145 Delegierte, die 104 Sektionen mit 5483 Mitgliedern vertraten. Außerdem wohnte eine Anzahl von Genossen dem Kongreß bei, die Gruppen vertraten, welche die Spaltung noch nicht vollzogen hatten. Sie sind in die obigen Zahlen nicht mit eingerechnet. Die Kommunistische Partei besaß somit zu ihrem Gründungskongreß ungefähr 6500 Mitglieder und 104 Sektionen.

B. Die Debatten:

Der Bericht über die Debatten ist in der kommunistischen Presse der Schweiz veröffentlicht. Hervorzuheben ist die Tatsache, daß der Kongreß es ablehnte, die Partei „Vereinigte“ Kommunistische Partei zu nennen und sie einfach Kommunistische Partei der Schweiz nannte. Dies ist ein Beweis, daß der Kongreß gegen die alte Kommunistische Partei war.

Es werden neue Statuten ausgearbeitet. Sobald sie geordnet sind, werden wir sie der Exekutive zur Begutachtung vorlegen. Eine Programmkommission wurde gewählt, die das Programm der Partei ausarbeiten wird. Dieses wird den Sektionen zum Studium vorgelegt und auf dem nächsten Parteitag zur Abstimmung gebracht werden.

Der Kongreß nahm auch den Grundsatz der Zentralisation der Presse an. Wir beabsichtigen, in Basel ein Zentralorgan in deutscher Sprache mit zwei Kopfblättern, eines für Zürich und das andere für Bern und die Zentralschweiz herauszugeben. Ein Zentralorgan in französischer Sprache wird in Genf erscheinen, sobald die nötigen Gelder beisammen sind.

In der Debatte über die Gewerkschaften siegte der von Platten unterstützte und entwickelte Antrag Schneider über den Standpunkt der alten Kommunistischen Partei. Von Interesse ist, daß ein Teil der Delegierten der Linken mit den alten Kommunisten stimmte. Uebrigens wird dieser Punkt der

Tagesordnung von der Parteizentrale und den Preßorganen noch einmal aufgenommen und erörtert werden. Plattens Beweisführung hat gezeigt, daß es noch einer gründlichen Auseinandersetzung bedarf, um gewisse Mißverständnisse aufzuklären. Den Debatten liegt der Umstand zugrunde, daß die alten Kommunisten die Bildung von Betriebsräten befürworten, die jetzt in Deutschland und in Oesterreich zu gegenrevolutionären Organisationen geworden sind. Als ob wir nichts Wichtigeres zu tun hätten, als die Form der Organisation zu erörtern. Die Hauptsache ist jetzt, unseren Organisationen einen revolutionären Inhalt zu verleihen.

C. Beschluß über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.

Der Kongreß hat folgende Resolution, in der die Kommunistische Partei der Schweiz um Aufnahme in die Kommunistische Internationale nachsucht, angenommen:

„Schon im Laufe der letzten Jahre haben nach und nach viele revolutionäre Arbeiter in der Schweiz die Reihen der Sozialdemokratie verlassen und sich zu einer Kommunistischen Partei der Schweiz zusammengeschlossen. Indessen haben noch größere Kontingente von Kommunisten bis zum Berner Parteitag im Dezember 1920 den Kampf um den Kommunismus und die Kommunistische Internationale in den Reihen der Sozialdemokratie weitergeführt. Nachdem es durch die Manöver der Reformisten und Zentristen noch einmal gelungen ist, die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom Eintritt in die Kommunistische Internationale abzuhalten, nachdem die Führer der Sozialdemokratie in unverantwortlicher Weise den Anschluß an die 2½-Internationale betrieben, haben viele Tausende revolutionärer Genossen die Sozialdemokratische Partei verlassen und sich provisorisch zu einer Sozialistischen Parteilinken zusammengeschlossen.

Ueberzeugt von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Kommunisten in der Schweiz hat die K. P. S., die bereits ein Glied der Kommunistischen Internationale war, und die sozialistische Parteilinke sich auf ihrem gemeinsamen Kongreß

vom 5. und 6. März 1921 vereinigt zu einer einigen Kommunistischen Partei der Schweiz.

Ihr Kongreß beschließt den Anschluß an die Kommunistische Internationale und beauftragt die Zentrale, die Aufnahme beim Exekutivkomitee nachzusuchen.

Wir bitten die Exekutive, uns sobald wie möglich zu antworten und uns mitzuteilen, ob wir das Recht haben, einen Vertreter in die Exekutive zu entsenden."

D. Die Zentrale:

Die von dem Kongreß gewählte Zentrale, die ihren Sitz in Basel haben wird, besteht aus folgenden Genossen:

Alte Kommunisten: Handschin, Maag (Bern), Herzog (Zürich), Sulzbacher. Linke: Welti, Kundig, Rosa Grimm, Platten (Zürich). Französische Schweiz: Humbert-Droz (Chaux de Fonds). Frauensektion: Rosa Bloch (Zürich).

Zum Vorsitzenden wurde Welti ernannt.

In Erwartung Eurer Antwort auf unser Gesuch um Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

Mit brüderlichem Gruß

Jules Humbert.

Bericht über die kommunistische Bewegung in Belgien.

Die kommunistische Bewegung Belgiens existiert erst seit ganz kurzer Zeit.

Die Sozialdemokratische Partei (S. D. P.) ist auch nach der Beendigung des Krieges ganz ihren früheren reformistischen Anschauungen treugeblieben. Durch den elementaren Rückzug der deutschen Truppen aus Belgien und durch die deutsche Revolution ist in dem belgischen Proletariat und der heim-

kehrenden Armee eine revolutionäre Stimmung hervorgerufen worden. Der Verrat der sozialdemokratischen Führer, welche ohne Ausnahme der Zweiten Internationale angehören, hat in verschiedenen Orten zur Bildung einer Opposition in der Partei geführt. Diese Opposition hatte jedoch anfänglich nur sehr wenig Anhänger. In den flämischen Teilen Belgiens war die Bewegung außerdem stark von flämisch-nationalistischen Einflüssen durchsetzt. Die flämischen Elemente, die in der Opposition die Oberhand hatten, suchten diese Opposition für ihre nationalistischen Bestrebungen auszunutzen. So kam es, daß die sich zuerst in Flandern bildenden oppositionellen Gruppen ganz von nationalistischen Elementen durchdrungen waren.

Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale hat sich die Amsterdamer Gruppe, die zum größten Teil aus Aktivisten (Flämisten), Anarchisten und Tolstoianern bestand, als Kommunistische Partei konstituiert. Aber das war nur dem Namen nach. In Wirklichkeit blieb alles beim alten; die Namensveränderung hat nur noch mehr Verwirrung unter die Arbeiter gebracht, die kein Vertrauen zu dieser Gruppe hatten. Die jungen Genossen, die der unfruchtbaren Arbeit in der Partei müde wurden, sind aus ihr ausgetreten und haben eine kommunistische Jugendgruppe gegründet. Sie traten zur Partei in Opposition und verlangten ihre Auflösung. Aehnliche unklare Zustände herrschten auch in den anderen Gruppen Flanderns. Die Gruppe Gent bestand aus Anarchisten und Kommunisten. Die Gruppe Löwen bestand nur aus Anarchisten, die die Autorität der Kommunistischen Internationale nur für ihre anarchistischen Ziele ausnutzten. Diese drei Gruppen bildeten die Flämische Kommunistische Föderation, die ein ausführendes Büro wählte, welches seinen Sitz in Antwerpen hatte und das Wochenblatt „Die Internationale“ herausgab. Das Büro berief auch von Zeit zu Zeit Kongresse ein, doch übte es auf die Tätigkeit der einzelnen Gruppen keinen Einfluß aus und jede handelte nach ihrem Gutdünken.

Die Verbindung mit der Kommunistischen Partei von Wallonien, die sich erst später bildete, war nur-sehr lose. Diese

Partei entwickelte sich ganz unabhängig von der flämischen und hat sich erst später mit dieser verbunden.

Die Kommunistische Gruppe von Brüssel entstand als erste im Februar 1920. Ihr Organ wurde in ein kommunistisches umgewandelt und erschien unter dem Namen „L'Ouvrier Communiste“. Einige Monate später entstand eine zweite Gruppe in Charleroy aus der Minderheit der S. P. D., die aus der Partei ausgetreten war. Im Mai 1920 fand eine Konferenz der kommunistischen Gruppen Walloniens in Brüssel statt, welche zur Gründung der Wallonischen Föderation der Kommunistischen Partei Belgiens führte. Das Blatt „L'Ouvrier Communiste“ wurde zum offiziellen Organ dieser Föderation ernannt und in beinahe 4000 Exemplaren in dem industriereichen Gebiet Walloniens verbreitet. Aus der Minderheit der S. D. P. bildete sich noch eine Gruppe in Seraing und eine in Verviers. Alle diese Gruppen stehen unter der Leitung der Brüsseler Gruppe, an deren Spitze der Genosse Van Overstraeten steht. Diese Gruppen haben eine rege Tätigkeit in dem industriereichen Gebiet Belgiens entwickelt und unter den dortigen Arbeitern großen Einfluß gewonnen.

Nach der Rückkehr des Genossen Van Overstraeten vom Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde auf Veranlassung der Exekutive der Kommunistischen Internationale von der Wallonischen Föderation am 31. Oktober und 1. November ein Kongreß aller kommunistischen Gruppen Belgiens zwecks Gründung einer einheitlichen Kommunistischen Partei Belgiens (K. P. B.), Sektion der Kommunistischen Internationale, einberufen. Auf dem Kongreß waren ca. 40 Delegierte anwesend. Die Tagesordnung lautete: Besprechung aller Leitsätze, die auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommen worden sind, und Statutenberatung für die K. P. B.

Bei der Besprechung der Leitsätze wurde eine längere Diskussion über die Punkte 12 und 13 der Thesen über die Rolle der Kommunistischen Partei, die die Zentralisation behandeln, gepflogen. Es wurde auf die Gefahr einer straffen Zentralisation

von oben in den sich erst entwickelnden Parteien aufmerksam gemacht und eine Resolution in diesem Sinne angenommen. In der Frage des Parlamentarismus wurde beschlossen, sich vorläufig nicht parlamentarisch zu betätigen und ein Memorandum hierüber an die Exekutive nach Moskau zu senden, sich aber ihren Beschlüssen zu unterwerfen. Der Frage der Arbeit in den Gewerkschaften wurde eine längere Aussprache gewidmet und die Anpassung der Leitsätze an die Verhältnisse des Landes festgelegt. Die Frage war eine sehr schwierige, da die Gewerkschaften die Kommunisten auszuschließen drohten.

Der Kongreß in Brüssel zwang die flämische Föderation, eine klare Stellung einzunehmen. Zu diesem Zwecke wurde eine Konferenz der flämischen Gruppen einberufen, auf welcher der Vertreter der K. P. B. anwesend war. Die Gruppe Löwen gab die Erklärung ab, daß sie sich nicht der Kommunistischen Internationale anschließe, angeblich da sie sich nicht der Diktatur von Moskau unterwerfen wolle. Die Gruppe Antwerpen nahm alle Bedingungen an und versprach, die nötige Säuberung der Partei durchzuführen, nach welcher der Anschluß an die K. P. B. erfolgen sollte. Da aber trotz des Versprechens ein Teil der reformistischen Elemente in der Antwerpener Gruppe blieb, wurde eine zweite Gruppe gegründet.

Der Stand der kommunistischen Bewegung in Belgien ist jetzt folgender: die Gruppen Brüssel, Charleroy, Seraing und Verviers sind zusammengeschlossen in eine wallonische Föderation, welche an die Kommunistische Internationale angeschlossen ist. Die Gruppen bestehen aus ganz wenigen Mitgliedern, ca. 80, die aber eine rege Propagandatätigkeit entwickeln. Fast alle Mitglieder sind politisch bewußt und aktiv. Sie haben einen großen Einfluß auf die Arbeiterschaft in den Kohlenbezirken, worauf sie ihre ganze Energie lenken. Sie üben einen starken Druck auf die Opposition der S. D. P. Belgiens aus, welche sie fortwährend kritisieren, indem sie den Arbeitern den Unterschied zwischen den Worten und Taten ihrer Führer vor Augen führen. Mit der Aufnahme von neuen Mitgliedern ist die K. P. B. sehr vorsichtig und legt keine besondere Mühe darauf, nur recht

viele zahlende Mitglieder zu erhalten. Sie steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung der Partei von unten kommen muß, und würde es nicht gern sehen, wenn eine ganze Gruppe als solche den Anschluß an die K. P. B. vollziehen würde, da sie dadurch eine Verwässerung befürchtet. Das Organ der K. P. B. erscheint vom 1. März ab als Wochenblatt.

Die flämische Föderation als solche besteht nicht mehr. Die Gruppe Gent hat eine richtige Stellung eingenommen und besitzt einige ziemlich gute Kräfte. Ihre Arbeit ist aber sehr schwer, da Gent als die Feste der Demokratie bezeichnet werden kann. Ihrem Anschluß an die K. P. B. steht nichts im Wege; er kann aber erst erfolgen, wenn die Zustände in den anderen Gruppen geklärt sein werden. In Antwerpen bestehen zwei Gruppen, die nicht an die K. P. B. angeschlossen sind.

Zwischen den beiden Gruppen besteht ein hartnäckiger Kampf, der auch einen persönlichen Charakter angenommen hat. Die Gruppe Gent ist von der K. P. B. beauftragt, in dieses Chaos Ordnung zu bringen, wonach der Zusammenschluß beider Föderationen in eine einheitliche Kommunistische Partei Belgiens erfolgen können wird.

Die Konferenz der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens.

Mitte Februar fand in Warschau die Allgemeine Parteikonferenz statt, auf der 9 Kreisorganisationen durch 29 Delegierte mit entscheidender und durch 9 mit beratender Stimme vertreten waren.

Betreffs der Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Nachdem die Konferenz die vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale formulierten Bedingungen, die für die ihr angeschlossenen Parteien bindend sind (die sogenannten 21 Be-

dingungen) zur Kenntnis genommen hat, erklärt sie, daß bereits vom Augenblick des Entstehens der Partei ihr Programm, ihre Tätigkeit und ihre Taktik diesen Bedingungen entsprechen. Die Konferenz nimmt sie rückhaltlos an. Die Konferenz beschließt den Namen der Partei durch Hinzufügung der Worte: „Sektion der Kommunistischen Internationale“ zu vervollständigen.“

Die einzige Streitfrage der Konferenz war die Frage über das Verhältnis der Partei zum Parlamentarismus und zu den aller Wahrscheinlichkeit nach bevorstehenden Wahlen in den polnischen Landtag (Seim).

Es wurden drei Resolutionsentwürfe vorgelegt: der eine schloß sich den Thesen des II. Kongresses an und sprach sich für die revolutionäre Ausnutzung der Wahlen aus; die beiden andern wollten den Boykott der Wahlen. Die erste Resolution wurde mit einer Mehrheit von 18 gegen 11 Stimmen angenommen. Es herrschte die allgemeine Ueberzeugung, daß die Wahlbeteiligung einer illegalen Partei, die trotz des weißen Terrors starken Einfluß auf die Arbeitermassen hat, wohl eine schwere und verwickelte, aber auch sehr dankbare Aufgabe sei.

Infolge von Schwierigkeiten technisch-konspirativer Art war die Konferenz genötigt, ihre Arbeit vor der angesetzten Frist zu beschließen. Deswegen kam sie nicht dazu, die von den Berichtstattern vorgeschlagenen Thesen über die internationale Lage und die Resolution über die Lage Polens abzustimmen. Da diese Entwürfe für den Standpunkt der Partei charakteristisch sind, bringen wir sie in der Uebersetzung (siehe weiter unten).

Die Konferenz fand statt in der Zeit des unter der direkten Leitung der Kommunisten und trotz des Widerstandes der Sozialverräter aus dem Polnischen Gewerkschaftsverband beginnenden Eisenbahnerstreiks, der späterhin zum Generalstreik und zu bewaffneten Zusammenstößen der ganzen Arbeiterklasse Polens mit ihren Feinden führte.

Nach der ersten Kraftprobe.

I.

Seit der Unabhängigkeitserklärung Polens hat die Bourgeoisie ihre Kampfstellungen systematisch und beharrlich ausgebaut und alle ihre Kräfte zum entscheidenden Angriff gegen die Arbeiterklasse

gerüstet. Nach dem Plan der Bourgeoisie sollte dieser Angriff die Arbeiterklasse vor den Kapitalisten und den Gutsbesitzern in die Knie zwingen, die Arbeiter in rechtlose Sklaven verwandeln, sie in Ketten schmieden, sie antreiben, in Erniedrigung und Not für die Wiederaufrichtung des in allen Fugen krachenden Gebäudes der kapitalistischen Wirtschaft zu fronen.

Die Bourgeoisie Polens wie die der ganzen Welt muß die Arbeiterklasse niederzwingen; denn ihr selbst droht das Schreckgespenst des Todes, das sich in dem Chaos der Zerrüttung und der wirtschaftlichen Anarchie immer deutlicher abzeichnet. Der Zerfall und die Anarchie werden aber durch die immer akuter werdenden politischen Konflikte nur noch verstärkt.

Die Regierung und die Kapitalisten setzen alle Hebel in Bewegung, um die Bourgeoisie aus dieser drohenden Lage zu befreien. Die Mittel, die sie zur Rettung des sinkenden Schiffes der kapitalistischen Ordnung anwandten, waren bisher vergeblich. Den Kapitalisten bleibt nur noch die eine Hoffnung, ihr Ziel durch die äußerste Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erreichen und zwar mit Hilfe des weißen Terrors, des Galgens und der Gewehrkugel. Dieses neue und einzige Programm der Weltbourgeoisie ist auch das einzige Programm der besitzenden Klassen Polens. Ihre Führer Dmowski, Erzbischof Teodorowicz, Dubanowicz und der Priester Lintoslawski waren seit jeher eifrige Apostel dieses Programms. Mit Ungeduld harreten sie des Augenblicks, um an seine Durchführung zu schreiten.

Die Eisenbahner des Warschauer Knotens traten zur Erkämpfung ihres täglichen Brotes in den Ausstand. Heldenmütig nahmen sie den Kampf auf gegen die Regierung, die Bourgeoisie, die Polnische Sozialistische Partei, gegen die Zentralkommission und den Vollzugsausschuß des Eisenbahnverbandes. Nur unsere Partei unterstützte sie.

Das gab den Kapitalisten den bequemen Vorwand, den entscheidenden Angriff gegen die Arbeiter und die Kommunistische Partei zu beginnen.

Es war zur Zeit der Friedensverhandlungen. Die Frage über Oberschlesien stand auf der Tagesordnung. Die allgemeine Lage im In- und Auslande war sehr gespannt. Trotz alledem aber beauftragte die Bourgeoisie die Regierung Pilsudski-Witos, die streikenden Eisenbahner mit Kugel und Galgen niederzuzwingen, sie dem Standgericht zu überliefern und die Eisenbahner zu militarisieren. Die Regierung versuchte diesen Auftrag auszuführen. Pilsudski und Witos unterschrieben das Dekret über die Militarisierung. Die Iwaszkewicz und die Liamesan erschienen auf den Ruf, bereit, die ausländischen Eisenbahner zu henken oder niederzuschießen. Dmow-

ski und Teodorowicz rieben sich die Hände vor Freude. Hatten sie in Pilsudski und Witos erst einmal die Henker der Arbeiterklasse gefunden, so waren diese auch bereit, mit Hilfe der Militarisierung die „Zentrale der Linken“ zu zerstören. Die Freude der Bourgeoisie sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein, und gar bald bemächtigte sich ihrer eine tiefe Unruhe.

II.

Als die Regierung und die Bourgeoisie den Kampf gegen die eine Lohnerhöhung fordernden Eisenbahner aufnahmen, rechneten sie darauf, daß die Taktik des weißen Terrors, die sie der Arbeiterklasse gegenüber anwandten, und die durch betrügerische, verräterische, kompromißlerische Politik der Polnischen Sozialistischen Partei harmonisch ergänzt wurde, Früchte tragen werde. Sie rechneten darauf, daß die Arbeiter von dem weißen Terror und dem blutigen Schreckgespenst des Galgens zurückweichen, ihre heiligen Rechte und ihre Lebensinteressen preisgeben und dem Ansturm des Kapitalismus untätig gegenüberstehen würden.

Sie machten die Rechnung jedoch ohne den Wirt.

Die Arbeiter erfuhren von der Militarisierung. Sie hörten, daß die Iwaszkewicz drohten, die streikenden Eisenbahner zu henken. Da begriffen die meisten Arbeiter, worin das Wesen des Kampfes bestand, den die Bourgeoisie begonnen hatte. Sie sahen ein, daß man diesem Ansturm der besitzenden Klassen unverzüglich eine revolutionäre Aktion des Proletariats entgegenstellen müsse.

Wir hatten stets betont, daß der Generalstreik ein machtvolles Kampfmittel der Arbeiter gegen die Bourgeoisie sei. Die Polnische Sozialistische Partei hatte diesen Gedanken jedoch weit zurückgewiesen und verhöhnt. Nun drängte er sich den Arbeitern mit unwiderstehlicher Kraft auf. Unsere Partei gab auf der ersten Sitzung des Warschauer Gewerkschaftsrats und auf den Betriebsversammlungen die Losung des Generalstreiks aus. Mit elementarer Gewalt wurde sie von der gesamten Arbeitermasse aufgegriffen. Das Zentralkomitee unterordnete sich schließlich dem Beschluß der Arbeiter und rief das Proletariat zum Streik auf.

Die Unterordnung war übrigens nur eine formelle. Es war unsere Partei, die die Losungen des beginnenden Kampfes formulierte. Die Arbeiter unterstützten sie. Auf allen Versammlungen und Sitzungen, in allen Gewerkschaften erschallten unsere Losungen: „Nieder mit dem weißen Terror! Nieder mit der Militarisierung! Wir fordern die Aufhebung des Kriegszustandes und der Standgerichte! Wir fordern die Befreiung der politischen Gefangenen!

Freiheit der Versammlungen und der Demonstrationen! Wort-, Presse- und Koalitionsfreiheit!"

Die Polnische Sozialistische Partei stand vor einer folgenschweren Wahl: Sollte sie gemeinsam mit den Henkern gegen die Arbeiter vorgehen oder offen den Bankrott ihrer Taktik des Kompromisses mit der Bourgeoisie eingestehen, einer Taktik, die den Arbeitern unermesslichen Schaden zugefügt, der Bourgeoisie aber erfolgreich geholfen hat, ihren Staatsapparat auszubauen, durch den sie die revolutionären Aktionen der Arbeiter erwürgt, mit Feuer und Schwert unterdrückt und im Blute ertränkt?

Hier kam es jedem denkenden Arbeiter deutlicher als je zum Bewußtsein, daß sich die Polnische Sozialistische Partei in ihren eigenen Widersprüchen verstrickt hatte. Die Führer der Partei blieben ihrem Grundsatz, vor der Bourgeoisie zu liebedienern, treu. Sie verwarfen beharrlich den Gedanken des Kampfes gegen die Bourgeoisie und die Regierung und sprachen sich für die gewöhnliche Taktik der Polnischen Sozialistischen Partei aus, für eine Taktik des Bettelns, der Erpressung, der Versprechungen und des Martyriums. Der Gedanke des Generalstreiks versetzte sie in Wut. Der Haß gegen die Kommunisten trieb sie mit unerbittlicher Kraft in die Arme Iwaszkewiczs.

Anders dachten die Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei. Sie wünschten den Kampf, sie wünschten die Niederlage der Regierung und der Kapitalisten. Sie forderten von ihrer Partei, daß sie das Signal zum Generalstreik gebe und sich dem Kampf anschließe, den die Kommunisten begonnen hatten. So unaufhaltsam war der Druck der Arbeiter auf ihre verräterischen Führer, so stark ihr Haß gegen Regierung und Bourgeoisie, so groß ihre Unzufriedenheit mit der Politik des Kompromisses und des Verrats, daß die Führer der Polnischen Sozialistischen Partei zähneknirschend nach langem inneren Kampf beschlossen, den Arbeitern äußerlich nachzugeben, um die Unzufriedenen nicht in das kommunistische Lager zu stoßen. Die Zentrale der Polnischen Sozialistischen Partei beschloß, sich dem Streik öffentlich nicht zu widersetzen und ihn sogar schüchtern, anscheinend schamhaft zu unterstützen.

Damit der Generalstreik jedoch nicht mit der vollen Niederlage der Regierung und der Bourgeoisie ende, denen die P. S. P. ihr Bestehen verdankt, beschloss ihre Führer:

1. Daß der Streik ausschließlich den Charakter eines Protestes tragen und nur zwei Tage dauern dürfe;
2. Daß die landwirtschaftlichen Arbeiter am Streik nicht teilnehmen dürften.

Wie betrieb nun die Polnische Sozialistische Partei ihre Agitation zugunsten des Streiks? Sie ließ in ihrem Lemberger Organ „Dzennik

Lindowy" gefälschte Telegramme der polnischen Telegraphenagentur abdrucken, die ohne jeden Kommentar über den Gang des Eisenbahnerstreiks berichteten. Diese Drahtmeldungen riefen unter den Lemberger Arbeitern einen falschen, dem Erfolg des Streiks schadenden Eindruck hervor.

In Krakau „ermunterte“ das Organ der P. S. P. „Naprzod“ in der Nummer vom 28. II., im Artikel „Die Kraftprobe“ die Krakauer Arbeiter folgendermaßen zum entschlossenen Kampf:

„Die polnische Arbeiterklasse denkt gar nicht an eine Kraftprobe, denn sie weiß nur zu gut, daß eine solche allgemeine Kraftprobe einer Revolution gleichkäme. Eine Revolution aber ist jetzt weder in Polen noch in irgend einem anderen Lande des erschöpften Europas möglich.“ Und weiter fährt der Artikel fort: „Die Verkehrswege sind ein Ding, mit dem man nicht spielt; die Regierung muß ihre Autorität wahren“. Dieser letzte Satz ist eine Rechtfertigung, ein Lob für die Militarisierung, eine Unterstützung auf dem Wege, den die Machthaber eingeschlagen hatten.

In Warschau kam es ebenso deutlich zum Ausdruck, daß die P. S. P. den Generalstreik ihrem Wunsch und ihrem Willen zuwider unterstützen mußte. Drei Tage lang tat die P. S. P. rein gar nichts für den Streik. Sie veranstaltete keine einzige Versammlung, schickte keine Agitatoren auf die von unserer Partei organisierten Versammlungen; sie fehlte auch auf den Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen.

Inzwischen schritt die Regierung und die Bourgeoisie mit außergewöhnlicher Tatkraft zur Unterdrückung des Generalstreiks. Sämtliche reaktionären und gegenrevolutionären Organisationen, von der Volksarbeiterpartei, dem Christlichen Arbeiterverband und dem Verband der sozialen Selbsthilfe bis zu den Sportklubs, wurden in Bewegung gesetzt. Man druckte ganze Haufen von lügnerischen Aufrufen, ganze Berge von Flüchen, Anklagen, Verleumdungen. In Warschau wurden zu Dutzenden Telegramme über den Ausbruch der Gegenrevolution in Rußland fabriziert. Die Aufständischen im gebirgigen Schlesien, die im Solde der Regierung standen, riefen in flammenden Worten zur Einstellung des Streiks auf. Die Priester hielten von der Kanzel herab drohende Predigten. Die Händler und die Scheinheiligen sprühten Haß und lechzten nach Blut. Um die Arbeiter irre zu machen, veröffentlichte die Regierung in diesen Tagen Listen über die verhafteten Schieber.

Diesem vereinigten Lager der Galgen, des Betrugs und des streikbrecherischen Verrats stand unsere Partei ganz allein gegenüber. Sie organisierte den Kampf und rief die Arbeiter auf, ihn bis zum vollen Siege weiterzuführen. In einem Aufruf, den die Zentrale der

Polnischen Sozialistischen Partei nach dem Streik veröffentlichte, behauptet sie, die Kommunisten hätten den Streik gesprengt. Kein einziger Arbeiter wird ihr jedoch Glauben schenken, denn jeder weiß, daß die Kommunisten die Seele des Streiks waren, daß sie ihn organisierten, die Losungen ausgaben und zur beharrlichen Fortsetzung des Kampfes aufriefen, während die P. S. P. den Streik offen sabotierte, ihn zu sprengen versuchte und schließlich auch tatsächlich sprengte . . .

Trotz aller Bemühungen, trotz der verräterischen Arbeit der P. S. P. brach der Streik aus. Es halfen weder die Lügengewebe noch der weiße Terror der Regierung und der Bourgeoisie. Die meisten Arbeiter legten die Arbeit nieder. Ganz Polen teilte sich in zwei feindliche Lager: auf der einen Seite standen die Arbeiter, auf der anderen die Kapitalisten und ihre Lakaien. Gegen ihre Erwartung mußten die Bourgeoisie und die Regierung sich überzeugen, daß der Eisenbahnerausstand auch nach der Militarisierung der Bahnen nicht abflaute, sondern sich noch mehr auswuchs. Es gelang der Regierung zwar, den Personenverkehr teilweise wiederherzustellen, der Güterverkehr war jedoch völlig lahmgelegt. Die Werkstätten waren überall geschlossen. Die Zahl der verkehrsfähigen Lokomotiven sank erheblich. Niemand besserte sie aus. Der Kohlenvorrat auf den Bahnstrecken war auch nicht groß.

Die bürgerliche Presse frohlockte, die Lage wurde für die Regierung jedoch immer drohender.

Die den Arbeitern aufgezwungene Kraftprobe hätte mit der Niederlage der Regierung und der Bourgeoisie enden können. Damit dies geschehe, mußte der Streik aber fortgesetzt werden. Er mußte nicht den Charakter eines Proteststreikes tragen, zu dem die P.S.P. aufrief; er mußte ein Streik bis zum siegreichen Ende sein, wie unsere Partei es forderte.

Die Regierung war anfangs so selbstbewußt, daß sie alle Verhandlungen mit der „Zentrale der Linken“ ablehnte und auch die um Nachsicht flehenden Führer der P. S. P., Moratschewski und Shulawski brutal von sich stieß. Dies veranlaßte sogar die Zentralkommission, die Streikfrist zu verlängern. Je länger der Streik dauerte, um so mehr sahen die Regierung und die Bourgeoisie ein, daß die Sache für sie schlimm enden könne. Die revolutionäre Stimmung der Massen sank nicht; sie stieg. In Warschau fand am dritten Tage des Streiks eine Versammlung statt, an der sich 15 000 Arbeiter beteiligten. Es wurden die ersten Versuche einer Kundgebung gemacht. Hier und da wurden die Streikbrecher und die Mitglieder des Verbandes für soziale Selbsthilfe mit Stöcken bearbeitet. Fensterscheiben und Straßenbahnwagen wurden zerschmettert.

Zugleich hatte die Regierung Gelegenheit, sich zu überzeugen, was die Losung „Nieder mit der Militarisierung“ bedeutete. Die eingäscherten und demolierten Lokomotiven, die von den patriotischen Streikbrechern gestohlenen Werkzeuge und kupfernen Maschinen-teile legten hiervon beredetes Zeugnis ab.

Witos stieg vom hohen Roß herab. Er verhandelte mit den Führern der P. S. P. Und diese gaben auf das bloße Versprechen hin, daß man die Militarisierung nach dem Streik aufheben werde, durch die Zentralkommission die Losung aus, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie sprengten den Streik, verrieten die Arbeiterklasse und setzten die Arbeiter den grausamsten Repressalien aus. Vergebens war unser Aufruf, den Kampf bis zum siegreichen Ende weiterzuführen. Auf diese Weise wurde der Generalstreik abgebrochen.

III.

Womit endete nun dieser Streik? Mit der Niederlage oder mit dem Siege der Arbeiterklasse? Die Polnische Sozialistische Partei antwortet: Mit dem Siege! Die Kommunisten aber sagen: Mit der Niederlage. Die Regierung und die Bourgeoisie haben gesiegt, die Arbeiter haben eine Niederlage erlitten.

Weshalb wurden die Arbeiter geschlagen? Weil sie noch immer nicht begriffen haben, daß sie Soldaten einer revolutionären Armee sind, die, um ihre starken Feinde zu besiegen, sich restlos der Führung der einzigen revolutionären Partei in Polen — der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens — unterordnen müssen.

Die Arbeiter wurden geschlagen, weil die Führer der Polnischen Sozialistischen Partei noch bis heute in den Gewerkschaften und der Zentralkommission die Hauptrolle spielen und weil die Arbeiter sie noch nicht von dort vertrieben haben.

Die Arbeiter wurden geschlagen, weil sie glaubten, daß es genüge, wenn sie selbst in den Ausstand treten, statt von einer Fabrik zur anderen, von einer Werkstätte zur anderen zu gehen und andere Arbeiter mit sich zu ziehen.

Die Arbeiter hätten jeden Verkehr in den Straßen aufhalten müssen. Sie hätten durch Riesenkundgebungen in den Hauptstraßen der Stadt ihre kollektive Kraft zeigen müssen.

Am meisten trug jedoch der Verrat durch die P. S. P. zur Niederlage der Arbeiter bei, sowie die Tatsache, daß die Arbeiter selbst nicht die Notwendigkeit einsahen, bis zur Kapitulation der Regierung und der Bourgeoisie zu kämpfen.

Ja! Die Regierung und die Bourgeoisie haben gesiegt. Trotz dieses Sieges aber sind sie enttäuscht und niedergeschlagen.

Denn statt des erwarteten Gehorsams und der Passivität mußten sie eine revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse erleben. Sie sahen,

wie die Solidarität unter dem Proletariat wuchs. Zu ihrem Schrecken sahen sie, daß der Gedanke des Kommunismus, den sie mit Hilfe des weißen Terrors zu töten und auszurotten suchten, sich immer breiterer Arbeitermassen bemächtigt, daß er in Herz und Geist eines jeden ehrlichen Arbeiters eindringt.

Sie wußten auch, daß diese Kraftprobe, die sie gezwungen hatte, ihren Ansturm gegen die Arbeiter einzustellen, nur vorläufig abgebrochen war.

Die Arbeiter dagegen fühlen sich heute trotz der Niederlage stärker, sie sind selbstbewußter als vor dem Generalstreik. Denn vorher hatten sie nicht an die Möglichkeit eines solchen Streiks, hatten sie nicht an ihre eigene Solidarität, ihre eigene Kraft geglaubt. Jetzt haben sie sich überzeugt, daß der Generalstreik möglich war, obgleich alle bürgerlichen Kräfte sich gegen ihn gerüstet und die Arbeiter selbst sehr wenig zu seiner Vorbereitung getan haben. Trotz alledem war es ein mächtiger Streik. Die Solidarität der Arbeiter, die die Streikbrecher auszumerzen suchten, war eine dermaßen imponierende, daß in der Arbeitermasse das Bewußtsein der eigenen Kraft erstarkte.

In dem Getöse dieses Kampfes erblickte die Arbeiterklasse das wahre Angesicht der P. S. P. und kehrte ihr mit Verachtung den Rücken. Im Feuer des Gefechts erwachte in ihr die Erkenntnis, daß die Kommunisten Recht hatten, als sie die Arbeiter zum beharrlichen Kampfe aufriefen.

Ja! die Arbeiter fühlen sich stärker, denn die Kommunistische Arbeiterpartei Polens, diese Feuersäule, die der Arbeiterklasse in ihrem Kampf den Weg weist, dieser Führer und standhafte Kämpfer, der fest und sicher dem Siege entgegenschreitet, ist erstarkt und gewinnt die allgemeine Sympathie der Arbeiter für sich.

In der Periode, in der wir jetzt leben, sind wir an einem entscheidenden Wendepunkt für den letzten Kampf angelangt. Dieser Kampf ist nur zeitweilig unterbrochen. Gar bald wird er mit ungeahnter Kraft wieder aufgenommen werden. Unter welchen Losungen er auch erfolgen wird; er wird beharrlich und unerbittlich sein.

Die Bourgeoisie wird in diesem Kampf bestrebt sein, den Widerstand der Arbeiter endgültig zu brechen und ihre eigene Diktatur zu festigen. Die Arbeiter aber werden danach streben, die Herrschaft des weißen Terrors in Polen zu vernichten. Sie werden danach streben, die besitzenden Klassen auf die Knie zu zwingen, sie werden für die Macht der Arbeitersowjets, für die proletarische Diktatur kämpfen.

Es lebe die Solidarität und der revolutionäre Kampf der Arbeiter!

Nieder mit der Polnischen Sozialistischen Partei!
 Es lebe die Kommunistische Arbeiterpartei Polens!
 Nieder mit der Henkerregierung!
 Es lebe die Diktatur des Proletariats!
 Es lebe die polnische Sowjetrepublik!

Warschau, den 6. März 1921.

Das Zentralkomitee der
 Kommunistischen Arbeiterpartei Polens.

Uruguay an der Schwelle der Revolution.

Brief aus Montevideo.

Die „Oestliche Republik Uruguay“ umfaßt ein Territorium mit nahezu zwei Millionen Einwohnern, von denen ein Viertel in der am linken Ufer des Flusses La Plata gelegenen Hauptstadt Montevideo lebt. Infolge seiner geographischen Lage bildet Uruguay ein Bindeglied zwischen den verschiedenen südamerikanischen Staaten, namentlich zwischen Brasilien und Argentinien, mit denen es durch Eisenbahn und Schifffahrt verbunden ist.

Deshalb, wie auch hinsichtlich seiner geistigen Entwicklung und seiner politischen Lage, nimmt Uruguay eine hervorragende Stellung unter den südamerikanischen Staaten ein; es ist zugleich der geistige Mittelpunkt der Arbeiterklasse. Wie einst England und die Schweiz in Europa, so ist Uruguay jetzt in Amerika der Zufluchtsort für alle politischen Flüchtlinge und Revolutionäre. Noch duldet die Bourgeoisie dies. Diese Verhältnisse haben es ermöglicht, in Uruguay lange Jahre hindurch eine Propaganda zu führen, die im Industrieproletariat ein Klassenbewußtsein wachgerufen hat, das an Tiefe und Kraft dem Klassenbewußtsein des Proletariats der fortgeschrittensten Länder Europas keineswegs nachsteht. Mit Ausnahme einer kleinen Minderheit mit konstitutionalistischen und reformistischen Tendenzen und der trägen Masse, deren Passivität wohl die beste Stütze der Reaktion bildet, sind die Mehrzahl der organisierten Arbeiter Kommunisten. Sie sind antiparlamentarisch gesinnt und bedienen sich aller Formen der direkten Aktion, wie z. B.

des Streiks, des Boykotts und der Sabotage. Ihr Endziel ist der Sturz der kapitalistischen Herrschaft durch die Revolution.

Die nachstehende Liste der Organisationen zeigt, wie bedeutend die revolutionäre Bewegung in Uruguay ist.

Mittelpunkte der sozialen Bewegung:

„La Teja“ („Die Fackel“), „Luz al Obrera“ („Die Aufklärung der Arbeiterin“), „Germinal“, „Emilio Zola“, „Barrio la Polonia“ („Das Polenviertel“), „Reducto“, („Die Redoute“), „Reformarse es Vivir“ („Reformieren bedeutet leben“), „Tierra y Libertad“ („Land und Freiheit“), „Luz y Vida“ („Licht und Leben“), „Regeneracion“ („Erneuerung“), „Obre ros Rusos“ („Die russischen Arbeiter“), „Circulo Internacional“ („Der Internationale Zirkel“).

Föderationen und Verbände.

Der Chauffeurverband, die Föderation der Arbeiter der Kühlvorrichtungen, die Verbände zum aktiven Selbstschutz der Chauffeure, Kohlengrubenarbeiter, Glasarbeiter, Erdarbeiter, Mützenmacher, Steinmetze, Schreiner, Friseure, Schneider, Bäcker, Metallarbeiter, Dog- und anderer Lastkutscher, Lagerarbeiter, Maler, Maurer, Land- und Farmarbeiter, Gerber, Mosaikarbeiter, Mechaniker und ähnlicher Arbeiter, Schiffswerftarbeiter, Munizipalangestellten, die Föderation der graphischen Künste, der Verband der Köche, haben sich sämtlich für den Bolschewismus erklärt. Die einzigen Ausnahmen bilden die Elektrizitätsarbeiter, die syndikalistisch gesinnt sind und die reformistische Föderation der Matrosen. Es gibt auch noch andere Organisationen von geringerer Bedeutung im Innern des Landes; die hier aufgezählten umfassen jedoch in Wirklichkeit das gesamte klassenbewußte Proletariat.

Es besteht also in Uruguay eine organisierte Arbeiterklasse, die eine bedeutende moralische und materielle Kraft vorstellt und sich bereitwillig an jeder Aktion im Interesse der Kommunistischen Internationale beteiligen wird, eine Arbeiterklasse, die einsieht, daß die russische Revolution nicht nur die Sache Rußlands, sondern die Sache der ganzen Welt ist, und daß alle diejenigen ihr ohne Zögern zu Hilfe kommen müssen, die sich dessen bewußt sind, daß ein Zusammenschluß aller Kräfte erforderlich ist, um die Revolution in der ganzen Welt durchzuführen.

Dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß das klassenbewußte Proletariat in Uruguay zahlenmäßig relativ schwächer ist als in anderen Ländern. Eine zahlreiche Bourgeoisie unterhält eine im Verhältnis zur Bevölkerung übermäßig große Armee und Flotte.

Ohne sie wäre die Revolution hier eine vollendete Tatsache. Es unterliegt trotzdem keinem Zweifel, daß den Streitern, die mit unerschütterlichem Glauben an die Zukunft für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen, der endgültige Sieg sicher ist.

Verzeichnis der Organisationen, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben.

Ciste Nr. 2 (bis zum 15. Mai 1921).

A. Sozialistische Parteien und Gruppen.

I. Grossbritannien.

- 1) Auf der Konferenz der Süd-Waleser Organisation der I. L. P. in Cardiff wurde eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale angenommen. „Daily Herald“ Nummer 1608. 23. III. 1921.
- 2) Der linke Flügel der I. L. P. ist auf seinem Kongreß in Southport am 28. März aus der Partei ausgetreten und in die Kommunistische Partei Großbritanniens eingetreten. „Daily Herald“ Nummer 1613. 30. III. 1921.
- 3) Von der Sektion Pontypool haben sich drei Viertel der Mitglieder den Kommunisten angeschlossen. „Daily Herald“ Nummer 1633. 22. IV. 1921.
- 4) Die Sektion der I. L. P. in Clydach hat einstimmig beschlossen, sich der Kommunistischen Partei anzuschließen. „Daily Herald“ Nummer 1633. 22. IV. 1921.

II. Skandinavien.

- 1) Die Linkssozialistische Partei Schwedens hat auf ihrem IV. Parteitag vom 25.—29. März in Stockholm „Folkets Dagblad Politiken“ Nummer 69. 26. III. 1921.

beschlossen, sich Kommunistische Partei Schwedens zu nennen. Sie hat mit einer Mehrheit von 173 gegen 37 Stimmen die Zentristen ausgeschlossen und ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale bestätigt.

2) Die Arbeiterpartei Norwegens hat auf ihrem Parteitag vom 25. bis 26. März in Christiania gegen 20 Zentristen und 5 Rechtssozialisten die Mehrheitsresolution der Zentrale angenommen, die den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale bestätigt. Die Zentristen sind in der Partei geblieben, die Rechtssozialisten wurden ausgeschlossen.

„Social-Demokraten“
(Norwegen) Nummer 70—71.

III. Schweiz.

1) Am 5. März beschloß die Tagung des linken Flügels der Sozialistischen Partei der Schweiz, sich mit der Kommunistischen Partei der Schweiz zu vereinigen. An demselben Tage begann der Vereinigungsparteitag, der von nahezu 200 Delegierten besucht war, die zirka 6500 Parteimitglieder vertraten.

„Die Rote Fahne“. Berlin.
Nummer 118. 8. III. 1921.

IV. Der Balkan und die slavischen Staaten.

1) Die Ostrauer Organisation der tschechischen Linken hat sich für die restlose Annahme der 21 Punkte und für den Anschluß an die Kommunistische Internationale ausgesprochen.

„Die Rote Fahne“. Wien.
Nummer 592. 21. IV. 1921.

2) Die deutschen Kommunisten der Tschechoslowakei haben in Anwesenheit eines Vertreters der Kommunisten Deutschlands auf dem Parteitag in Reichenberg ihren unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale erklärt und sich „Sektion der Kommunistischen Internationale“ genannt. (Telegramm aus Prag vom 18. III. 1921.)

„L'Humanité“
Nummer 6204. 19. III. 1921.

3) Die Tschechische Sozialistische Partei in Mähren hat am 21. April die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale restlos angenommen.

„Daily Herald“
Nummer 1634. 21. IV. 1921.

4) Der Parteitag der Rumänischen Sozialistischen Partei, der am 9. Mai 1921 eröffnet wurde, hat mit erdrückender Stimmenmehrheit beschlossen, sich der Kommunistischen Internationale in Moskau anzuschließen. Der Parteitag stimmte gegen den von den Kommunisten beantragten Ausschluß der Unitarier aus der Partei, die sich für den Anschluß mit gewissem Vorbehalt geäußert hatten.

„Petrograder Prawda“
Nummer 107. 18. V. 1921.

V. Spanien.

1) Der außerordentliche Kongreß der spanischen Sozialistischen Jugend beschloß mit 3 000 gegen 440 Stimmen, die Sozialistische Partei zu verlassen und sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Der Verband nimmt von jetzt ab den Namen „Vereinigung der Kommunistischen Jugend Spaniens“ an.

„Die Rote Fahne“. Berlin.
Nummer 187. 27. IV. 1921.

2) Die Sozialisten von Bilbao haben sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale geäußert. (Telegramm aus Madrid vom 5. IV.)

„L'Humanité“
Nummer 6223. 7. IV. 1921.

3) Der linke Flügel der Sozialistischen Partei Spaniens hat nach der Abstimmung auf dem Parteitag am 14. April, wo mit 8 808 Stimmen gegen 6 025 der Anschluß an die Kommunistische Internationale abgelehnt wurde, eine Kommunistische Arbeiterpartei gegründet.

„Labour Leader“
Nummer 16. 22. IV. 1921.

VI. Aussereuropäische Länder.

1) Die Sozialistische Partei Mexikos hat sich der Kommunistischen Inter-

„The Communist“
9. IV. 1921.

nationale angeschlossen und den Beschluß gefaßt, sich mit der Kommunistischen Partei Mexikos zu vereinigen.

2) Die Lokalorganisation der Sozialistischen Partei in Troy (Vereinigte Staaten) hat auf ihrer Tagung eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale angenommen und die Delegierten zum Nationalkongreß beauftragt, für den Anschluß zu stimmen.

3) Der Korrespondent der „Tribune“ berichtet aus Rio de Janeiro über den Anschluß der Minderheit des Anarchistenverbandes an die Kommunistische Internationale. Die Minderheit ist mit Everardi Diaz an der Spitze aus der Organisation ausgetreten.

4) Innerhalb der Sozialistischen Partei Amerikas hat sich ein Komitee aus 25 Personen gebildet, das sich die Propaganda der unbedingten Anerkennung der 21 Bedingungen zur Aufgabe gemacht hat. Dem Programm der Kommunistischen Internationale haben sich eine Reihe von Mitgliedern der im Lande verstreuten sozialistischen Organisationen angeschlossen.

„The New-York Call“
Nummer 99. 9. IV. 1921.

„De Tribune“
Nummer 140. 16. III. 1921.

„Die Rote Fahne“. Wien.
Nummer 605. 6. V. 1921.

B. Gewerkschaftsorganisationen.

I. Deutschland.

1) Die Berliner Buchbinder haben in der Generalversammlung am 22. März mit 204 gegen 190 Stimmen beschlossen, eine Delegation der Berliner Ortsverwaltung nach Moskau zum Roten Gewerkschaftskongreß zu senden und den Hauptvorstand aufzufordern, das gleiche zu tun.

„Die Rote Fahne“. Berlin.
Nummer 138. 23. III. 1921.

II. Skandinavien.

- 1) Die Kommunistische Partei Dänemarks hat sich auf ihrem Parteitag vom 23. bis 25. April in Vejle zusammen mit der Opposition der Gewerkschaften, die am selben Orte gleichzeitig einen Kongreß abhielt, zu einer einheitlichen kommunistischen Föderation vereinigt. — Die Syndikalisten haben sich der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen. „Arbejdet“ Nummer 95—97.
- 2) Die Buchdrucker von Lulea (Schweden) haben das Programm und die Taktik der Kommunistischen Internationale anerkannt. „Folkets Dagblad Politiken“ Nummer 39. 17. II. 1921.

III. Italien.

- 1) Der Nationalkongreß der Italienischen Konföderation der Arbeit in Livorno am 3. März hat eine Resolution angenommen, die sich für den unbedingten Anschluß an die zu gründende Internationale der Roten Gewerkschaften erklärt, und den Austritt aus dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund beschließt, wenn sich das aus den in Moskau angenommenen Beschlüssen ergeben sollte. „Avanti“ Nummer 35. 4. III. 1921.

IV. Der Balkan und die slavischen Staaten.

- 1) Die Delegierten der Allrumänischen Gewerkschaften haben auf ihrer Konferenz am 11. und 12. Februar in Bukarest den Anschluß an die Amsterdamer Internationale in schärfster Weise verurteilt. „Die Rote Fahne“. Wien. Nummer 551. 3. III. 1921.
- 2) Der Kongreß der Landarbeiter (Ackerbauer, Waldarbeiter und Gärtner) der Tschechoslowakei, an dem etwa 500 Delegierte teilnahmen, die 257 864 organisierte Arbeiter vertraten, hat be- „Avanti“. 27. III. 1921.

schlossen, sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anzuschließen.

V. Frankreich.

1) Der ordentliche Kongreß der Gewerkschaften im Departement Calvados verurteilte mit 46 gegen 11 Stimmen die Politik der Amsterdamer Internationale und beschloß, sich der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen. (Telegramm aus Paris vom 28. II.)

„Die Rote Fahne“. Wien.
Nummer 551. 3. III. 1921.

2) Der Kongreß der Arbeiter der Lederindustrie in Saint-Etienne, auf dem die Gewerkschaften aus acht Departements vertreten waren, beschloß am 13. März mit großer Mehrheit den Anschluß an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale bei Wahrung völliger Autonomie gegenüber den politischen Parteien.

„La Vie Ouvrière“
Nummer 98. 18. III. 1921.

3) Das Konföderalkomitee des Departements Doux hat sich mit 56 gegen 36 Stimmen bei 29 Enthaltungen und 6 Fehlenden für den Bruch mit der C.G.T. und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale geäußert und beschlossen, sich dem Moskauer Internationalen Gewerkschaftsrat anzuschließen.

„La Vie Ouvrière“
Nummer 100. I. IV. 1921.

4) Das Konföderalkomitee des Departements Somme hat mit 91 gegen 13 Stimmen die Resolution des Komitees der revolutionären Syndikalisten angenommen.

„La Vie Ouvrière“
Nummer 102. 15. IV. 1921.

5) Das Konföderalbüro des Departements Charente hat am 27. Februar mit 18 gegen 14 Stimmen den Anschluß der C. G. T. an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale beschlossen.

„La Vie Ouvrière“
Nummer 98. 18. III. 1921.

6) Der Kongreß von 15 000 organisierten Eisenbahnern Elsaß-Lothringens in Sarremente am 8. bis 9. April hat mit

„L'Humanité“
29. IV. 1921.

8689 gegen 4453 Stimmen bei 500 Enthaltungen den Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale beschlossen.

VII. Oesterreich.

1) In Wien wurde eine kommunistische Gruppe der Glasarbeiter gegründet. „Die Rote Fahne“. Wien. Nummer 593. 22. IV. 1921.

VIII. Grossbritannien.

1) Die in Barrow einberufene Konferenz der Trade Union-Sektionen hat eine Resolution angenommen, die das Komitee der Trade Unions zum Bruch mit der Amsterdamer Internationale auffordert und es beauftragt, entsprechende Maßnahmen zur Entsendung von Vertretern nach Moskau zu treffen. „Daily Herald“, 11. IV.

2) Auf einer inoffiziellen Konferenz der Grubenarbeiter des Bezirks Yorkshire wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, der Roten Gewerkschaftsinternationale beizutreten. „Solidarity“, 8. IV. 1921.

3) Der in Aberdeen tagende Kongreß der Gewerkschaften Schottlands beschloß am 24. April mit 55 gegen 50 Stimmen, der Moskauer Internationale beizutreten. „Die Rote Fahne“. Berlin. Nummer 185. 26. IV. 1921.

4) Die Föderation der Grubenarbeiter von Fife hat beschlossen, sich unmittelbar der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen. „Solidarity“, 8. IV. 1921.

5) Die Zahl der Abteilungen (branches) der Gewerkschaften, die den Beschluß gefaßt haben, die entsprechenden Zentralexekutiven aufzufordern, die nötigen Maßnahmen zu treffen: 1) zum Austritt aus der Amsterdamer Internationale, 2) zum Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, beträgt gegenwärtig weit mehr als zweihundert.

Die Abteilungen der verschiedenen Gewerkschaften verteilen sich wie folgt:

Vereinigter Bund der Mechaniker	80	Abteilungen
Bergarbeiter	42	"
Wagenbauer	18	"
Arbeiterverband	14	"
Kesselschmiede	15	"
Verband der Elektrotechniker	6	"
Unqualifizierte Arbeiter	3	"
Nationalverband der Eisenbahner	5	"
Verband d. Eisenbahnmaschinisten u. Heizer	3	"
Dockarbeiter	7	"
Gußeisengießer	5	"
23 verschiedene Verbände mit	40	"
Zusammen	238	Abteilungen

Unter den 23 verschiedenen Verbänden sind je 2 oder 3 Abteilungen der Verbände der Maler, Färber, Bleicher, Tapezierer, Tischler, Maurer, Schiffszimmerleute, Bäcker, Zuschneider, Kommunalangestellten usw. Es ist nicht zu vergessen, daß das Verzeichnis lange nicht vollständig ist, da nur die Abteilungen aufgenommen sind, von denen genaue Angaben vorlagen.

„Solidaritet“. 17. IV. 1921.

IX. Naßer Osten.

1) Die Internationale Arbeiterkonföderation in Konstantinopel hat beschlossen, sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anzuschließen.

„Rosta“, Moskau. 24. II. 1921.

X. Aussereuropäische Länder.

1) Der neu gegründete Metallarbeiterverband in Philadelphia hat auf seiner ersten Tagung den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale beschlossen.

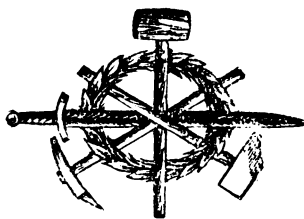
„Die Rote Fahne“. Berlin. Nummer 93. 25. II. 1921.

2) Der Kongreß der Arbeiter und Bauern in Mexiko, auf dem 40 000 Arbeiter vertreten waren, faßte den Beschluß, der Kommunistischen Partei Mexikos und der Moskauer Gewerkschaftsinternationale beizutreten.

„The Communist“. 9. IV. 1921.

3) In den Arbeiterverbänden der Großunternehmen der Vereinigten Staaten wird die Frage der Stellungnahme zur Roten Gewerkschaftsinternationale erörtert. Kürzlich haben die Gewerkschaftsorganisationen von Detroit und Seattle beschlossen, Vertreter zum Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale zu entsenden. In Chicago soll bald ein entsprechender Beschluß gefaßt werden.

„Die Rote Fahne“. Wien.
Nummer 595. 24. IV. 1921.



*Die Internationale
der kommunistischen
Jugend*



Chronik der kommunistischen Jugendbewegung.

Die internationale Jugendbewegung spiegelt in ihrer Entwicklung das Leben der Arbeiterklasse selbst wieder, jedoch mit dem Unterschied, daß in der Jugend das revolutionäre Bewußtsein viel stärker ausgeprägt ist. Dies konnte man in letzter Zeit besonders in Frankreich, Elsaß-Lothringen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Schweden und Norwegen beobachten.

In einigen Ländern, wie z. B. Deutschland und Italien, findet man allerdings auch in der kommunistischen Jugend eine gewisse Differenz. Neben wirklich kommunistischen Organisationen gibt es auch halb-kommunistische, die sich zwar kommunistisch nennen, aber mit den alten sozialistischen Parteien nicht endgültig brechen wollen. Dies war z. B. in Italien der Fall. Es ist dies wohl eine vorübergehende, aber historisch unvermeidliche Erscheinung.

Von dem intensiven politischen Leben der Proletarierjugend zeugt eine Reihe von Kongressen, Tagungen und Konferenzen der Jugend. Die letzte (zweite) Konferenz des Internationalen Jugendverbandes fand im Juni (9.—15.) 1920 in Berlin statt. Streng genommen war dies eine Konferenz aller Mitglieder des Büros der Jugendinternationale; es waren 14 Föderationen vertreten. Die Konferenz nahm folgende Organisationen neu auf: Den Verband der Sozialistischen Jugend Finnlands (20 000 Mitglieder), den Verband der kommunistischen Jugend Bulgariens (13 000 Mitglieder) und den Verband der Kommunistischen Jugend Litauens und Weißrußlands. Die Eintrittsgesuche der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend Oesterreichs und der Proletarierjugend Deutschlands (die politisch nach der Unabhängigen Partei orientiert ist) wurden von der Konferenz zurückgewiesen, da diese Verbände das Berliner Programm nicht restlos annehmen wollten. Somit umfaßte zum Schluß der Konferenz der Internationale Verband der Kommunistischen Jugend bereits 23 Organisationen mit über 500 000 Mitgliedern. Seither ist seine Mitgliederzahl infolge des Anwachsens der internationalen kommunistischen Jugendbewegung bedeutend gestiegen.

Beachtung verdient auch der Kongreß der kommunistischen Jugend Westeuropas, der am 28.—29. November v. J. in Esch (Luxemburg) stattgefunden hat. An ihm nahmen außer dem Vollzugsausschuß der Kommunistischen Jugendinternationale die Vertreter Frankreichs, Elsaß-Loth-

ringens, der besetzten Rheinprovinzen, Belgiens, Luxemburgs und Hollands teil.

Die Ideen des Kommunismus und Internationalismus hatten unter der Arbeiterjugend aller Länder bereits Ende vorigen Jahres so große Erfolge, daß sich die unbedingte Notwendigkeit der Einberufung eines zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Jugendinternationale zur Lösung aller neuen, fällig gewordenen Aufgaben der Proletarierjugend ergab. Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Jugendinternationale schickte deshalb an alle ihr angeschlossenen Organisationen eine Einladung zu dem auf den 25. April 1921 anberaumten II. Kongreß der Jugendinternationale. Diesem Kongreß steht die Erörterung wichtiger Fragen bevor, wie die Frage des wirtschaftlichen Kampfes der Jugend, die Frage des Antimilitarismus, des Verhaltens zu den kommunistischen Parteien und zur Kommunistischen Internationale usw.

Neben der Konsolidierung der Bewegung in internationalem Ausmaß macht sich auch eine Entwicklung in den einzelnen Ländern bemerkbar.

Sehr kompliziert ist die Lage in **Deutschland**. Die Zersplitterung selbst der revolutionären Arbeiterschaft ist natürlich auch in die Jugendbewegung eingedrungen. Bereits die Konferenz der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands im Mai 1920 legte den Grund zu einer hitzigen prinzipiellen Diskussion über die Wege und Ziele der Bewegung. Im Verlauf der Diskussion mußte man die Unmöglichkeit erkennen, die Einheit der einander bekämpfenden Strömungen aufrechtzuerhalten. Die Minderheit verweigerte die Unterordnung unter die Mehrheitsbeschlüsse, erkannte überhaupt keine Disziplin und keine Zentralisierung an. Die auf dem Standpunkt der K. A. P. stehende Opposition schuf noch vor der endgültigen Spaltung eine eigene Organisation, ging an die Herausgabe eigener Nachrichtenblätter, hielt selbständig Versammlungen und Konferenzen ab. Sie benutzte den Rahmen des Verbandes nur als Stützpunkt und Grundlage für die Propaganda. Ein solcher Zustand konnte nicht lange andauern. Die unvermeidliche Spaltung reifte heran. Im Vergleich zu den 60 000 Mitgliedern des sozialpatriotischen Verbandes der deutschen Arbeiterjugendvereine" bedeuten die 30 000 Mitglieder der Kommunistischen Jugend natürlich nicht viel, aber immerhin muß man anerkennen, daß die Organisation der Kommunistischen Jugend Deutschlands schon jetzt einen festen und gesunden Kern bildet, der die breiten Massen der deutschen Proletarierjugend um sich zu sammeln vermag.

Unter der Parole dieser wichtigen praktischen Aufgabe, der „Eroberung der Massen“, wurde am 28. Dezember 1920 in Berlin der 5. deutsche Kongreß der Kommunistischen Jugend einberufen. Er bedeutete den Abschluß der alten und den Beginn einer neuen Entwicklungsperiode. Der Charakter seiner Tätigkeit war rein geschäftlich, praktisch. Besonders wichtig ist der vom Kongreß formulierte klare und bestimmte Standpunkt in der Frage

der Wechselbeziehungen zwischen der kommunistischen Jugendorganisation und der kommunistischen Partei. Der Kongreß erkannte an, daß der heranreifende Endkampf des deutschen Proletariats heute mehr denn je den engsten Zusammenschluß mit der Partei erfordere. Die Kommunistische Jugend müsse, wie das auch bisher der Fall war (in Norwegen, Schweden, Spanien und Belgien), die Rolle eines Pioniers auf dem revolutionären Wege der Partei spielen. Die Partei ihrerseits müsse der Jugendorganisation kräftigste Unterstützung zuteil werden lassen. Unter der Diktatur des Proletariats unterwirft sich die Jugend selbstverständlich voll und ganz der revolutionären Regierung, d. h. der Kommunistischen Partei. In der gegenwärtigen Uebergangsperiode behält sie sich jedoch volle Handlungsfreiheit sowie das Recht vor, die Tätigkeit der Partei zu kritisieren. Die Jugendorganisation muß besondere Aufmerksamkeit auf den Schutz der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Arbeiterjugend verwenden, sowie auf ihre selbständige Organisation in den Betrieben und einzelnen Industriezweigen, um auch ihrerseits für die Revolution zu kämpfen. Der Kongreß billigte auch die Leitsätze über die Organisierung von Kindergruppen, die von der gleichzeitig tagenden besonderen Kindergruppenkonferenz angenommen worden waren.

* * *

Wenn wir vom besiegten Deutschland zum „Sieger“ Frankreich übergehen, so sehen wir, daß sich die Jugendbewegung auch dort in revolutionär-kommunistischer Richtung entwickelt. Anfangs trug diese Bewegung einen sozialreformistischen Charakter. Der auf dem Brester Kongreß von 1912 gegründete Verband der Sozialistischen Jugend stand auf der Plattform der internationalen Konferenz von 1907 in Stuttgart: Kampf gegen den Alkoholismus, gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der Jugendproletarier, gegen den Militarismus usw. Dieser „Kampf gegen den Militarismus“ trug aber nur einen sehr unschuldigen reformistischen Charakter. Er wurde vom Verband unter der Losung geführt „Reform des Militärdienstes und Verkürzung desselben bis auf 6 Monate“.

Vor dem Kriege im Jahre 1914 zählte der Verband ungefähr 8600 Mitglieder. Der Krieg machte dem Bestehen des Verbandes ein Ende. Erst im Jahre 1919 begann die sozialistische Jugend sich wieder zusammenzuschließen, und gegenwärtig zählt der Verband 9000 Mitglieder.

Den Ausgangspunkt für die neue Strömung im Verbands bildete der Kongreß in Troyes im Mai 1920. Die von Lenay eingebrachte Entschliebung gegen den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale erhielt 3168 Stimmen. Für die zentristische Entschliebung Auclairs, der beantragte, sich zwar für den Anschluß auszusprechen, aber mit einigen Vorbehalten, wurden 1801 Stimmen abgegeben. Im Namen der dritten Gruppe brachte Laporte eine Entschliebung für den Anschluß an die Internationale ein; sie

vereinigte 2850 Stimmen auf sich. Somit sprach sich nur eine schwache Mehrheit gegen den Anschluß aus. Wenn man aber in Betracht zieht, daß die Anhänger der Entschließung Auclair glaubten, für den Anschluß an die Internationale zu stimmen, wird man anerkennen müssen, daß in Wirklichkeit die Mehrheit für den Anschluß war.

Das Zentralkomitee erwies sich wie gewöhnlich als mehr „rechts“, denn die von ihm geführten Massen der Arbeiterjugend; seine Mehrheit gehörte der Richtung Lenay an. Das Komitee erfüllte den Kongreßbeschuß, mit dem Berliner Vollzugskomitee der Jugendinternationale „in Fühlung zu treten“, nicht. Dafür schloß es ein Abkommen mit der belgischen Jungen Garde.

Auf der Jugendkonferenz im Juni 1920 zeigte es sich klar, wie wenig die opportunistische Politik des Zentralkomitees den Anforderungen des Augenblicks entsprach. Diese Politik litt an Zwiespältigkeit und Unbestimmtheit — einerseits verknüpfte das Komitee seine Tätigkeit mit der belgischen Jungen Garde, die ein Bindeglied zwischen ihm und der Zweiten Internationale bildete, andererseits weigerte es sich nicht, mit der Jugendinternationale und durch ihre Vermittlung folglich mit der Kommunistischen Internationale in Verbindung zu treten.

Angesichts dieser Sachlage rief ein Teil der Mitglieder des Zentralkomitees zum 25. Juli in Puteau einen Kongreß der Minderheit des Verbandes ein. Dieser Kongreß spielte die entscheidende Rolle, denn er ermöglichte es der sich immer mehr revolutionierenden Mehrheit, ihren wahren Willen auszusprechen. Auclair und seine Anhänger gaben auf dem Kongreß ihre schwankende Stellung auf, so daß sich im Komitee eine revolutionäre Mehrheit bildete. Der Kongreß forderte in seiner Entschließung die Einberufung eines außerordentlichen Nationalkongresses zur Schaffung eines von den reformistischen Elementen gereinigten kommunistischen Jugendverbandes.

Dieser Kongreß fand in Paris am 31. Oktober und 1. November 1920 statt. Nach kurzer Debatte wurde mit großer Stimmenmehrheit die Entschließung Laporte-Auclair über den Eintritt in die Kommunistische Jugendinternationale angenommen. Ihr genauer Wortlaut ist folgender:

„Der am 30. Oktober und 1. November in Paris tagende Nationalkongreß der Sozialistischen Jugend stellt fest, daß die Kommunistische Internationale alle revolutionären Sozialisten der ganzen Welt umfaßt, daß sie jeden Kriegssozialismus in Vergangenheit und Zukunft ablehnt, das Märchen von der Nationalverteidigung mißachtet, den revolutionären Widerstand und die Diktatur des Proletariats in der Form des Rätewesens, das der falschen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie entgegensteht, predigt, und daß allein das Rätewesen imstande ist, die Produktion zum Wohle des Produzenten zu regeln und den Kommunismus zu errichten.

Indem der Kongreß andererseits feststellt, daß die Internationale Union der Sozialistischen Jugend ebenso wie die Zweite Internationale Bankrott gemacht hat, lehnt der Kongreß ganz entschieden ab, sich mit jenen Jugendorganisationen zusammenzuschließen, welche im Jahre 1914 die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus verleugneten, indem sie, welcher Art es auch sei, die Politik der „Heiligen Allianz“ billigten, und welche zwei Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten fortfahren, ihren Irrtümern treu zu bleiben und direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt, die Politik des Verrats am heiligen Klassenkampfe mitzumachen. Ebenso verurteilt der Kongreß die Bestrebungen der gelben Jugendorganisation Noskes in Deutschland und Renners in Oesterreich, Bestrebungen, welche darauf hinausgehen, eine Internationale zu gründen, die in krassem Gegensatz zur Kommunistischen Jugendinternationale stehen würde.

Der Kongreß, der Idee des Klassenkampfes getreu, die in der Kommunistischen Internationale lebendig ist, und nicht gewillt, mit der Kommunistischen Internationale ein doppeltes Spiel zu treiben, beschließt den bedingungslosen Anschluß an dieselbe, wie auch an die Kommunistische Jugendinternationale und billigt ihr auf dem am 25. November in Berlin abgehaltenen internationalen Kongreß aufgestelltes Manifest und Programm.

Ferner:

In Erwägung, daß die Spaltung innerhalb der Nationalföderation der sozialistischen Jugend einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit über das Ziel und die Doktrin entspringt.

in Erwägung, daß keine Organisation imstande ist, eine ernsthafte und kräftige revolutionäre Aktion zu entfalten, wenn ihre Mitglieder sich selbst über die Grundsätze des Kampfes nicht einig sind,

ist der Kongreß der Ansicht, daß, wenn es wahr ist, daß die oberste Aufgabe der Kommunisten die ist, ohne Vorbehalte der Kommunistischen Internationale beizutreten, es nicht weniger einleuchtend ist, daß nur die Kommunisten in sie aufgenommen werden können.

Um den revolutionären Elementen der Jugendorganisation Frankreichs den Eintritt in die Kommunistische Jugendinternationale zu ermöglichen, und um endgültig die Situation zu klären und dauerhafte Arbeit zu leisten, beschließt deshalb der Kongreß, den Namen Sozialistische Jugendorganisation Frankreichs in: Nationalföderation der sozialistisch-kommunistischen Jugend (Fédération nationale des Jeunes socialistes-communistes) umzuändern und der so rekonstruierten Föderation das nachstehende allgemeine Aktionsprogramm zugrunde zu legen.“

Die Abstimmung ergab 54 445 Stimmen für die Entschließung und nur 1958 dagegen (außer dem Elsaß *).

*) Die elsass-lothringische Jugendorganisation hat sich bekanntlich schon auf ihrem Kongreß in Kolmar (7. Juni 1920) für den Anschluß an die Kommunistische Internationale ausgesprochen.

Außer dem Kampf zwischen den Anhängern der Kommunistischen und der Zweiten Internationale trat auf dem Kongreß auch ein unversöhnlicher Antagonismus zwischen den Autonomisten und den Zentralisten zutage. Die letzten erkennen den Jugendorganisationen kein Recht auf ein selbstständiges politisches Leben zu und möchten ihre Rolle nur auf Agitation, Anwerbung neuer Mitglieder, Veranstaltungen von Konzerten und Theater Vorstellungen für die Jugend usw. beschränken. Die ganze Tätigkeit der Jugend muß nach der Ansicht der Zentralisten nicht nur unter der allgemeinen Kontrolle der Partei stehen, sondern ihr unmittelbar unterstellt sein. Die Autonomisten erklärten auf dem Kongreß, daß die Jugend nur dann bereit sei, auf ihre Selbständigkeit zu verzichten, wenn die Sozialistische Partei unter die Fahne der Kommunistischen Internationale tritt.

Auf dem Kongreß wurde ein neues Zentralkomitee ausschließlich aus Kommunisten gewählt. Offizielles Organ des Jugendverbandes ist die „Avant-Garde Ouvrière et Communiste“.

Am 7. November, anlässlich des dritten Jahrestages der russischen Revolution, veranstaltete die französische Jugend im Lande eine Reihe von Meetings und Versammlungen. Die Regierung Millerands ließ ihren Aerger an den Ausländern aus, die als Delegierte zum Pariser Kongreß eingetroffen waren: sie wurden verhaftet. Ein offener Feldzug gegen die Jugendbewegung in Frankreich wurde von der Regierung Briands unternommen. In Paris, Marseille, Havre, Lyon und anderen französischen Städten wurden über hundert junge kommunistische Arbeiter verhaftet, unter ihnen Laporte, der Sekretär und Führer des Kommunistischen Jugendverbandes. Die neuen Verfolgungen wurden hauptsächlich durch die entschlossene kommunistische und antimilitaristische Propaganda des Verbandes hervorgerufen. Die Regierung ist ernstlich erschrocken. In der kommunistischen Jugend hat sie sofort einen wirklichen Feind erkannt.

In dem Rundschreiben der Zentrale an die Ortsgruppen und an alle aktiven Arbeiter gibt es keine pazifistischen Phrasen mehr, keine Forderungen eines internationalen Schiedsgerichts, einer Demobilmachung des Heeres und Abrüstung; in ihm wird unzweideutig darauf hingewiesen, daß neben der Zerstörung der bürgerlichen Armee von innen heraus durch kommunistische Propaganda in den Truppenteilen, Kasernen und unter den Rekruten eine moralische und nach Möglichkeit auch eine spezielle militärische Vorbereitung der Arbeiterjugend zum bewaffneten Aufstand durchgeführt werden muß.

In diesem Geiste wurden die Flugblätter und Aufrufe abgefaßt, die von jungen Kommunisten in vielen Tausenden von Exemplaren im ganzen Lande verbreitet wurden, und ebenso Hunderte von Plakaten. Im selben Geiste sprachen die kommunistischen Redner auf den Versammlungen, die für die jungen Rekruten veranstaltet wurden, sowie auf allgemeinen Meetings.

Der Kampf der Jugend gegen den Militarismus bleibt nicht an den Grenzen Frankreichs stehen, sondern hat auf seine nordafrikanischen

Kolonien übergreifen. Die Föderation der französischen kommunistischen Jugend in Tunis entfaltet eine energische revolutionäre Propaganda. In Algier haben sich drei kommunistische Jugendgruppen organisiert, denen auch Araber angehören. Sowohl in Tunis als auch in Algier sind Eingeborene wegen Teilnahme an der antimilitaristischen Propaganda verhaftet worden.

In einem anderen Siegerstaat — Italien — entwickelt sich die Jugendbewegung in eigenartiger und komplizierter Weise. Der Kampf zwischen den revolutionären, opportunistischen und „unitaristischen“ Elementen trug im Kreise der Jugend — wie auch innerhalb der Sozialistischen Partei Italiens selbst — einen sehr zugespitzten, dramatischen Charakter. Schließlich kam es zur Spaltung, die die innere Stärke des linken revolutionären Flügels der Jugendbewegung an den Tag brachte. Bemerkenswert ist dabei erstens, daß die Zentrale der Jugendföderation Italiens die ganze Zeit über auf einem streng internationalistischen, revolutionär-kommunistischen Standpunkt stand, — im Gegensatz zur Zentrale der Sozialistischen Partei Italiens — und zweitens, daß die Jugendföderation, im Gegensatz zur Partei, sich nach der Spaltung in ihrer erdrückenden Mehrheit auf die Seite des Kommunismus stellte, und nur eine unbedeutende Minderheit sich den Unitariern anschloß.

Die schon seit 1906 bestehende Sozialistische Jugendföderation Italiens hat sich mit Ausnahme der Weltkriegsperiode die ganze Zeit über vergrößert und entwickelt. Im Jahre 1907 gab es 40 Sektionen der Föderation mit insgesamt 1449 Mitgliedern; im Jahre 1914 489 Sektionen mit 10 029 Mitgliedern; im Jahre 1920 schon 1400 Sektionen mit ungefähr 60 000 Mitgliedern.

Die Jugendföderation Italiens, die ebenso wie die Partei die ganze Zeit über auf einem streng internationalistischen Standpunkt stand, trat im Jahre 1919 geschlossen, ohne Spaltung, in die Kommunistische Jugendinternationale ein. Wegen ihrer revolutionären Gesinnung war sie grausamen Verfolgungen seitens der Regierung ausgesetzt (die Ausweisung des Genossen Schweide, der Märtyrertod Marinozzis usw.). Die ganze Zeit über in enger Fühlung mit der Sozialistischen Partei Italiens stehend, übte der Vollzugsausschuß der Föderation an der Tätigkeit der Partei wegen ihrer ungenügenden Entschlossenheit scharfe Kritik und unterstützte die linke kommunistische Strömung, deren Vertreter Misiano und Bombacci waren. Diese Politik der Zentrale fand Sympathie bei den Massen der Jugend, wie die Konferenz in Genzana im Juni 1920 zeigte.

Im Zusammenhang mit den vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellten Anschlußbedingungen, die in der italienischen Partei einen heftigen inneren Kampf hervorriefen, entstand auch in der

Jugendföderation die Opposition des rechten Flügels der Organisation, eine Gruppe, die der Parole der Zentrale: mit der Kommunistischen Internationale, sogar gegen die Partei, — die Parole entgegensetzte: mit der Partei, sogar gegen die Kommunistische Internationale. Die Opposition hielt am 9. Januar 1921 ihren eigenen Kongreß in Bologna ab.

Die Spaltung der Partei auf dem Kongreß in Livorno führte auch in der Jugendorganisation zur Trennung. Auf dem Nationalkongreß der Jugend im roten Florenz am 30. Januar d. J. trug der Kommunismus den Sieg davon, aber ein Zehntel (etwa 6000 von den 60 000 Mitgliedern der Föderation) trat auf die Seite der Unitarier. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der VIII. Kongreß des Verbandes der Sozialistischen Jugend Italiens beschließt angesichts der Ereignisse des XVIII. Kongresses der Sozialistischen Partei Italiens und der Bildung einer Kommunistischen Partei Italiens, Sektion der Kommunistischen Internationale, auf den weiteren Anschluß an der Sozialistischen Partei Italiens zu verzichten, um, entsprechend den Forderungen des Statuts der Kommunistischen Internationale, sich der Kommunistischen Partei Italiens anzugliedern; gleichzeitig erklärt der Kongreß, daß er den Namen seiner Organisation ändert, die sich in Zukunft Verband der Kommunistischen Jugend Italiens nennen wird.“

Nachdem die Unitarier den Kongreß verlassen hatten, schritt dieser zu den weiteren geschäftlichen Arbeiten. Es wurde ein neues Statut der Föderation sowie eine von der Zentrale eingebrachte Entschließung über das Programm der Föderation angenommen.

Die Unitarier beriefen nach Fiesole einen eigenen Kongreß unter der Flagge „Nationalkongreß der Sozialistischen Jugend Italiens“ ein.

* *

Aus der Jugendbewegung in den anderen Ländern sei nur das Wesentlichste hervorgehoben. In der Tschechoslowakei fand am 23. und 24. Oktober 1920 (in Prag) der zweite ordentliche Kongreß der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterjugend statt, auf dem nur die linken Vertreter der Jugendorganisationen anwesend waren (165 Delegierte von über 300 Sektionen mit insgesamt über 30 000 Mitgliedern). Es wurde beschlossen, das Programm der Kommunistischen Internationale vorbehaltlos anzunehmen. Gleichzeitig beauftragte der Kongreß das Büro des Verbandes, Verhandlungen mit allen in der Tschechoslowakei bestehenden deutschen, tschechischen und slawischen Jugendorganisationen anzuknüpfen zwecks Vereinigung zu einem Einheitsverband für die ganze Tschechoslowakei. Analoge Beschlüsse wurden auch vom Verbandstag der deutschen Jugend in der Tschechoslowakei gefaßt. Dieser Zusammenschluß sowie der Anschluß an die Jugendinternationale ist heute schon eine vollendete Tatsache (20. Februar 1921).

In Ungarn befindet sich die während des Krieges entstandene Jugendorganisation gegenwärtig infolge des weißen Terrors in einer besonders schweren Lage. Nach dem Siege der Reaktion mußten die Führer der Jugend vom Schauplatz verschwinden. Die einen flohen ins Ausland, andere kamen ins Gefängnis, viele wurden erschossen, einige von den Wankelmütigen gingen zu den Reaktionären über. Aber der Zerfall der Organisation ist nur als zeitweilig anzusehen, und gegenwärtig ist schon eine sehr energische unterirdische Revolutionsarbeit im Gange.

Sozialistische und kommunistische Jugendorganisationen bestehen jetzt in allen Ländern Europas, in Nord- und Südamerika. Ueberall reift in den Jugendorganisationen die Spaltung zwischen den kommunistischen und den sozialistischen Elementen, zwischen der Kommunistischen und der Zweiten Internationale entweder heran, oder sie ist schon eingetreten. Sehr bezeichnend ist der Ausgang der internationalen Jugendkonferenz, die am 26. Februar d. J. in Wien zur Schaffung einer neuen (2½) Jugendinternationale einberufen wurde. Der Einladung waren 17 Jugendverbände gefolgt (Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Dänemark, Belgien, die Schweiz, Schweden, Tschechoslowakei u. a.), von denen sich aber die meisten (12) als ausgesprochen kommunistisch und nur fünf als zentristisch erwiesen. Die Zentristen waren genötigt zu erklären, daß sie mit den Kommunisten nicht zusammenarbeiten könnten; sie verließen die Konferenz. Somit endete der Versuch der Wiener Konferenz, die kommunistische Jugend auf einen „Mittelweg“ zu locken, ergebnislos.

Die Presse der kommunistischen Jugend.

1. Die Zentralorgane der Kommunistischen Jugendinternationale.

„Jugend-Internationale“, deutsche Ausgabe, Monatsschrift. Berlin. — Russische Ausgabe, Monatsschrift, Moskau. — Schwedische Ausgabe, Stockholm.

„Internationale Jugendkorrespondenz“, deutsche Ausgabe, erscheint alle zehn Tage, Berlin. — Französische Ausgabe, alle zehn Tage, Berlin.

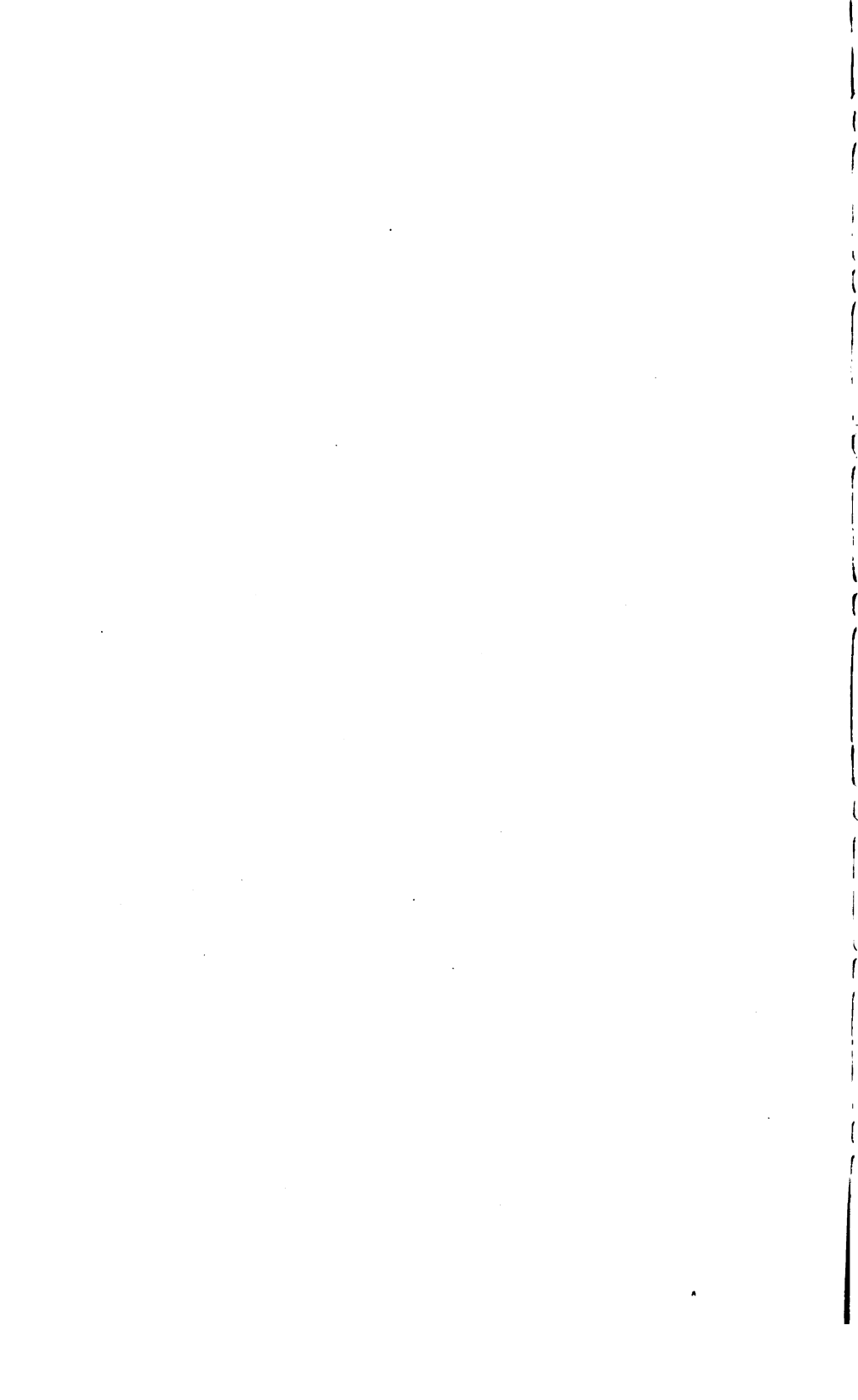
2. Die Organe der der Jugendinternationale angeschlossenen Verbände.

BULGARIEN: „Mladeschke Pravda“. Erscheint zweimal monatlich. Sofia. (Gegenwärtig geschlossen.)

- DÄNEMARK: „Fremad“. Erscheint zweimal monatlich. Kopenhagen.
- DEUTSCHLAND: „Die Junge Garde“. Erscheint zweimal monatlich. Berlin. Und einige Provinzblätter.
- ELSASS-LOTHRINGEN: „Der junge Revolutionär“. Monatsschrift. Mühlhausen.
- ENGLAND: „The Red Flag“. Wochenschrift. London. „The red Dawn“. Monatsschrift. Glasgow.
- FINNLAND. „Nuori Työläinen“. Erscheint zweimal monatlich. Helsingfors.
- „Le Storms“. Erscheint in schwedischer Sprache. Monatsschrift. Helsingfors.
- FRANKREICH: „L'Avant-Garde Ouvrière et Communiste“. Erscheint zweimal monatlich. Puteau.
- HOLLAND: „De jonge Kommunist“. Monatsschrift. Haag.
- ITALIEN: „Avanguardia“. Wochenschrift. Venedig.
- JUGOSLAWIEN: „Cwena Zustava“. Erscheint zweimal monatlich. Belgrad.
- LETTLAND: „Jauns Spartak“. Erscheint zweimal monatlich (illegal).
- LITAUEN-WEISSRUSSLAND: „Juny Kommunist“. Erscheint zweimal monatlich (illegal).
- LUXEMBURG: „Neue Jugend“. Erscheint zweimal monatlich (hektographiert).
- MEXIKO: „Juvente'ud Mundi'al“. Erscheint zweimal monatlich. Mexiko.
- NORWEGEN: „Klassenkampen“. Monatsschrift. Christiania.
- OESTERREICH: „Die Kommunistische Jugend“. Erscheint zweimal monatlich. Wien.
- RUMÄNIEN: „Tineretul Socialisty“. Budapest.
- RUSSLAND: „Juny Kommunist“. Erscheint zweimal monatlich. Moskau. „Juny Proletari“. Erscheint zweimal monatlich. Petrograd. Außerdem 58 Provinzblätter und 70 Zeitungsbeilagen.
- SCHWEDEN: „Stormklockan“. Monatsschrift. Stockholm.
- SCHWEIZ: „Neue Jugend“. Erscheint zweimal monatlich. Basel.
- SLOWAKEI: „Az Ifju Garda“. Erscheint zweimal monatlich. Kositsch.
- UNGARN: „Az Ifju Proletar“. Erscheint zweimal monatlich (illegal). „Ertesite“. Erscheint zweimal monatlich (illegal).
- VEREINIGTE STAATEN: „The Young International“. Erscheint zweimal monatlich. Chicago.

3. Organe von Jugendorganisationen, die in kommunistische Parteien umgewandelt sind.

- BELGIEN: „L'Ouvrier Communiste“. Erscheint zweimal monatlich. Brüssel.
- SPANIEN: „El Comunista“. Wochenschrift. Madrid.



*Internationale
Kommunistische
Frauenbewegung*



Mutter und Kind in Sowjetrußland.

Vor drei Jahren, mit dem Sieg der proletarischen Revolution, begann in Sowjetrußland auch die Arbeit für den Mutter- und Säuglingsschutz. Was bis dahin unternommen worden war, die Konsultationen und Säuglingsheime, die die privaten Wohltätigkeitsgesellschaften eröffneten, und die Kindersasyle, die vom Staat unterhalten wurden, waren ein Tropfen im unergründlichen Meer des Jammers und der Not des Volkes, ein Tropfen, der niemanden tränken konnte und das Gefühl der Bitterkeit nur noch verstärkte.

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die die Prinzipien der privaten Wohltätigkeit verwarf und einen Versorgungsplan der Gesellschaft in gesamtstaatlichem Ausmaß als Hauptaufgabe aufstellte, verfolgte selbstverständlich auch in der Frage des Mutter- und Kinderschutzes dasselbe Ziel. Die private Initiative bekämpfte die Kindersterblichkeit, indem sie der Mutter und dem Kinde mit Unterstützungen in Geld und Naturalien zu Hilfe kam; der kollektivistische Staat aber strebt eine radikale Veränderung der sozialen Bedingungen an, denen die Kindersterblichkeit, die vom Staat als soziale Krankheit erkannt wurde, entspringt.

Gerade hierin liegt der Hauptunterschied unserer Arbeitsmethoden von den Methoden der kapitalistischen Länder.

Zwei unserer wichtigsten Kampfpaparen — die „Wiederherstellung der Volkswirtschaft“ und „das Recht auf Mutterschaft“ — sind untrennbar miteinander verbunden.

Das Proletariat Rußlands, das jetzt in der Produktion beschäftigt ist, besteht zu 75 Prozent aus Frauen. In vielen Produktionszweigen (Bekleidungswerkstätten, Patronenfabriken) bilden sie die gewaltige, erdrückende Mehrheit. Die Frauen ersetzen die Männer, die an die Front gegangen sind; sie nehmen die von diesen verlassenen Plätze in den Fabriken, Werkstätten und Betrieben ein.

Indem die Frau an der Produktion teilnimmt und in bezug auf wirtschaftliche Unabhängigkeit auf dieselbe Stufe mit dem Manne gelangt, verändert sich naturgemäß auch ihre Psychologie; sie wünscht an allen Zweigen des Lebens, an allen Erscheinungsformen des Kampfes und Schöpfertums ihrer Klasse teilzunehmen.

Aber die Frau bleibt bei alledem doch Mutter, Trägerin der Lebensenergie, des neuen Zustroms der Kräfte, deren unser junger kommunistischer Staat mehr bedarf als irgend jemand sonst. Wir brauchen eine neue Gene-

ration, die unseren Kampf fortsetzt, die das Gebäude krönt und dem von uns begonnenen Bau des kommunistischen Kollektivs den Dachfirst aufsetzt.

Diese Aufgabe kann nur ein gesundes, zuversichtliches, arbeitsfähiges Geschlecht lösen, das von der Mutter nicht mit Zorn und unter Verwünschungen ausgetragen und geboren wurde, sondern mit freudiger und sicherer Hoffnung.

Der Frau muß die Möglichkeit gegeben werden, sowohl Arbeiterin als auch Mutter zu sein.

Was hat nun die Sowjetmacht in dieser Richtung getan? Wie verwirklicht sich tatsächlich das Recht der Frau auf Mutterschaft?

Die gesamte Arbeit zur Organisierung der Arbeitsweise und des Arbeitsschutzes ist vorläufig nur eine provisorische, unvollständige und unvollkommene Arbeit.

Unter unglaublich schwierigen, qualvollen Verhältnissen bahnt sich das proletarische Rußland die Wege zum neuen Leben; und alle seine Eroberungen sind vorläufig nur rohe Arbeit, die allmählich verbessert, ergänzt, zuweilen auch von Grund auf verändert werden muß. Aber das Eiligste, Unaufschiebbarste geschieht schon jetzt, nimmt bereits bestimmte Formen an, die das Leben erheischt.

Die Arbeiterin bekommt bei uns einen Urlaub von acht Wochen vor und wieder acht Wochen nach der Niederkunft, unter Beibehaltung des vollen Lohns. Hausfrauen, die nur in der Familie beschäftigt sind, erhalten für diese Zeit eine Unterstützung, die die Hälfte des durchschnittlichen Tariflohns beträgt.

Vom fünften Monat der Schwangerschaft an wird die Frau von schweren Arbeiten dispensiert und nur noch zu leichteren Beschäftigungen herangezogen, unter Beibehaltung des früheren Lohns und der früheren Lebensmittellration.

Die stillende Mutter hat das Recht, alle drei Stunden nach Hause zu gehen, um ihr Kind zu stillen. Die Schwangeren und Stillenden sind von Abkommandierungen, dienstlichen Versetzungen, Nachtwachen und Ueberstundenarbeit befreit.

Alle Schwangeren vom achten Monat an, sowie die Stillenden haben das Recht auf Zuschlagsnahrung gegenüber allen anderen Werk tätigen.

Für die ganze Zeit des Stillens erhält jede Mutter eine Unterstützung in der Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Tariflohns für den betreffenden Ort, und bei der Geburt des Kindes erhält sie für dieses als Aussteuer 30 Arschin (27 Meter) Weißzeug oder fertige Wäsche. Dies alles geschieht trotz der fast völligen Erschöpfung der wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes.

Dies sind die grundlegenden Dekrete, die die Sowjetmacht zum Schutz der arbeitenden Mutter erlassen hat. Es sind ihrer nicht viele, und sie er-

schöpfen nicht alle Aufgaben: sie weisen nur erst den Weg für die Aufgaben dieser Hilfsaktion.

Aber nicht nur durch Dekrete, die der Frau die Bürde der Mutterschaft erleichtern, schreitet die Sowjetmacht zur Verwirklichung des wahren sozialen Mutter- und Säuglingsschutzes.

Durch die Schaffung eines ganzen Netzes von Anstalten, die die Aufgabe haben, die rationelle Kinderpflege zu propagieren und den Uebergang zu einer sozialen Kindererziehung zu verwirklichen, befreit sie die Frau tatsächlich von den Lasten der Mutterschaft und macht diese Lasten zu einer Pflicht des Kollektivs als Ganzes.

Vor drei Jahren gab es in ganz Rußland nur einige Konsultationen und einige Findelheime, in denen die Kinder der ärmsten Arbeiter und Bauern dahinwelkten und starben.

In den drei Jahren der Sowjetherrschaft, bei andauerndem Bürgerkrieg, größter Verelendung und wirtschaftlicher Zerrüttung, während es an den lebensnotwendigsten Dingen mangelte, in diesen drei Jahren ist die Zahl solcher Anstalten bis auf 1500 gestiegen. In ihnen erhalten Mutter und Kind ärztlichen Rat, erste Hilfe, Fingerzeige für die Pflege und Aufziehung von Säuglingen. In unseren Anstalten finden 13 800 Mütter und bis 140 000 Waisenkinder im Alter bis zu drei Jahren Unterkunft und aufmerksame Behandlung.

Das ist eine gewaltige Arbeit, die in drei Jahren geleistet worden ist. Alle Städte, die über medizinische Kräfte verfügen, besitzen Konsultationen für Schwangere und Säuglinge. Bei den Fabrikunternehmen sind Krippen eröffnet, wo die Mutter ihr Kind für die Arbeitsstunden unterbringt. In den bedeutendsten Orten sind Häuser für Mutter und Kind eröffnet, wo die stillenden Mütter während der ganzen Zeit des Stillens mit ihren Kindern zusammenleben, ohne die Arbeit in den Unternehmen zu unterbrechen, und wo sie während ihrer Abwesenheit die Kinder in der verständigen Pflege eines geschulten Personals zurücklassen.

Das sind die Ergebnisse unserer Arbeit.

Wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Verhältnissen sie erzielt sind, welche Hindernisse bei dieser Arbeit überwunden werden mußten, wie teuer sie bezahlt worden ist, so erscheinen die Resultate als ganz gewaltig. Wir haben Anstalten für Kinder des zartesten Alters in schlechten, feuchten, unbequemen Räumen eröffnen müssen, denn es gab in Rußland mit Ausnahme der Residenzen und großen Städte überhaupt keine bequemen, guten Wohnräume. In den Zeiten des Hungers mußte man um den Preis übermenschlicher Entbehrungen den Kleinen diätische Nahrung liefern, Fette und Milch für sie beschaffen. Die Kinder, die der zartesten, aufmerksamsten Pflege bedürfen, mußten Leuten anvertraut werden, die zuweilen zwar ergeben, aber stets sehr wenig gebildet und unwissend waren,

sich in den Fragen der Ernährung und Erziehung des Kindes nur schlecht zurechtfinden und handelten, wie es ihnen gut schien.

Diese Leute mußten nun gleichzeitig unterwiesen, im Lesen und Schreiben, in Hygiene und den Grundlagen der Pädagogik unterrichtet werden, ihre lebendige Seele und die Liebe zum Kinde mußte in ihnen geweckt werden.

Wenn man aber die Anzahl der Mütter und Kinder in Betracht zieht, die der staatlichen Hilfe und Fürsorge bedürfen, wenn man beachtet, daß die alten Formen der Familie mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Versklavung der Frau neuen Verhältnissen weichen, wo die selbständige Mutter nicht mehr beim Mann Hilfe suchen, sondern die Erfüllung der Pflicht des Kollektivs ihr gegenüber fordern wird, ihr bei der Erziehung der künftigen Bürger zu Hilfe zu kommen, so wird es klar, daß die bestehenden Anstalten nicht imstande sind, die Gesamtzahl der Mütter und Kinder zu erfassen, daß noch eine große und durchgreifende Organisationsarbeit zu leisten ist.

Und nicht nur eine Organisationsarbeit.

Die erste Etappe unserer Arbeit ist der unmittelbare, direkte Kampf gegen die Kindersterblichkeit. Wir führen ihn durch Verbesserung der Kinderernährung, sowie der Ernährung der schwangeren und stillenden Mütter und durch die Schaffung entsprechender Anstalten.

Daneben läuft die kulturelle Aufklärungsarbeit unter den Müttern und dem Angestelltenpersonal der Anstalten, die Liquidierung des beruflichen Analphabetentums, die Organisierung der sanitären Aufklärung.

Im Prozeß der Entwicklung der Arbeit treten jedoch immer neue Aufgaben hervor. Was ist die Kindersterblichkeit? Abgesehen von dem kulturellen Tiefstand der Mütter, ist sie das Ergebnis bestimmter sozialwirtschaftlicher Verhältnisse, die die Mütter von den Kindern losreißen, namentlich im Produktionsprozeß, Verhältnisse schaffen, die die Familie zerstören. Hieraus entspringt eine neue Aufgabe: statt den zerfallenden Formen der Familie neue Uebergangsformen zu schaffen — Arbeitskommunen stillender Mütter, die Formen der sozialen Erziehung auszuarbeiten, die Schule zu schaffen, die Frage der Ernährung und Erziehung der Kinder der frühesten Altersstufe allseitig zu erforschen.

Aber das Leben und der Charakter des Kindes werden oft noch vor der Geburt durch die Lebensbedingungen der Schwangeren und säugender Mädchen bestimmt. Hieraus entspringt die Notwendigkeit der staatlichen Einmischung in die Erziehung der jungen Mädchen, die Notwendigkeit, sie ebenso in der Wissenschaft der Mutterschaft zu unterrichten wie in den Begriffen der Hygiene und Anatomie. Wenn jedes Mädchen beim Eintritt in die Ehe weiß, daß von ihrer Wahl, von ihrem Verhalten das Leben und Glück ihres künftigen Kindes abhängt. Wenn sie von der leidenschaftlichen Ueberzeugung erfüllt ist, daß sie verpflichtet ist, der Welt einen gesunden

Bürger zu schenken oder überhaupt keinen; wenn die Frau, die ihre Leibesfrucht trägt, nicht bestrebt sein wird, sie zu vernichten, wenn die Mutterschaft ein bewußter Akt wird, dann wird der rechte Grund für einen wahren Mutterschutz gelegt sein.

Diejenigen, denen es beschieden war, das Fundament unserer Arbeit zu legen, wissen sehr wohl, wie schwer die ersten Schritte waren. Der Mutter- und Säuglingsschutz war eine Angelegenheit von Spezialisten, Einzelpersonen, die zwar der Sache ergeben waren, ihr aber angesichts ihrer Vereinzelung und Isolierung nicht immer bestimmte soziale Formen zu geben vermochten. Die breiten Massen der organisierten Arbeiterinnen standen beiseite. Die beschützten Mütter und die beschützenden Mütter bildeten gewissermaßen zwei Klassen. Es ist klar, daß die Sache durch einen solchen Zustand stark litt und sich nicht in genügendem Maße entwickeln konnte. Die Allrussische Konferenz für Mütter- und Säuglingsschutz und der Allrussische Kongreß der Parteiorganisationen für die Arbeit unter den Frauen, die die Heranziehung der Arbeiterinnen zum Aufbau auf dem Gebiet des Mutter- und Säuglingsschutzes für notwendig hielten, beschlossen deshalb, sich organisatorisch zu verschmelzen und den Mutter- und Säuglingsschutz zu einer Hauptaufgabe des Sowjetaufbaus zu machen, damit die Aufgaben auf diesem Gebiet ebenso rasch und vollständig durchgeführt würden, wie die Kampfaufgaben, die in den verflossenen drei Jahren die gesamte Energie der Republik der Werktätigen restlos absorbierten.

Die Kompliziertheit und Vielseitigkeit der Fragen unserer Arbeit spricht schon für ihre Ernsthaftigkeit und Wichtigkeit. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Ernsthaftigkeit und Wichtigkeit nicht von allen Mitarbeitenden und nicht immer beachtet wird. Unsere Arbeit wird ganz bedeutend erleichtert werden, wenn die organisierten Arbeiterinnen den Mutter- und Säuglingsschutz in ihre Hände nehmen, wenn neben dem Arzt und Spezialisten die Arbeiterin stehen wird, die sich gesellschaftlich betätigt.

In dieser Hinsicht ist bereits einiges getan; aber viel bleibt noch zu tun übrig. Lang und endlos verschlungen ist der Weg, den die Entwicklung der Gesellschaft gehen wird. Denselben Weg, durch die verschiedensten Phasen, durch Veränderungen unter ständiger Vervollkommnung und Vertiefung wird der Mutter- und Säuglingsschutz gehen. Von der Mutter als Henne, die sich um ihr Nest bemüht, zur Mutter als Bürgerin, die ihr Kind der Welt, der Menschheit gibt; von der Mutter, die in Schande und Schmerzen gebärt, zur Mutter, die freudig ihre Frucht erschafft und segnet; von der Mutter, die geknechtet und getreten ist, zur Mutter, die triumphiert; von der Mutter, die ihre Arbeit verflucht, zur Mutter und Arbeiterin, die ihre Kinder kollektiv erzieht, die kollektiv neue Werte schafft — das ist die Aufgabe, die wir lösen müssen.

G. Sermann.

Die kommunistische Arbeiterinnen- bewegung in Holland.

In Holland begann die Arbeiterinnenbewegung infolge der langsamen Entwicklung der holländischen Großindustrie erst am Ende des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts. Zum ersten Mal beteiligten sich Proletarierinnen selbständig an der allgemeinen Arbeiterbewegung im Jahre 1910, als eine Gruppe von Frauen in Amsterdam ein Hilfskomitee für die streikenden Matrosen gründete. Aus diesem Hilfskomitee entwickelte sich später der revolutionäre sozialistische Frauenverband.

Der Verband entwickelte sich anfänglich nur sehr langsam. In den bedeutenden Städten wurden Klubs und Komitees nach dem Amsterdamer Beispiel gegründet; erst späterhin erfolgte der organisatorische Zusammenschluß dieser lokalen Klubs. Jeder mehr oder weniger bedeutende Arbeiterstreik wurde vom Frauenverband unterstützt, der Geld für die Streikenden sammelte, wobei die Frauen der nichtstreikenden Arbeiter die Kinder der Streikenden für die Zeit des Streiks zu sich nahmen.

Der Frauenverband stand in enger Verbindung mit der antimilitaristischen Organisation, die die Verweigerung des Militärdienstes predigte. In der Zeit des imperialistischen Krieges trat der Frauenverband in enge Beziehungen zu dem revolutionären sozialistischen Komitee, das in Holland einen energischen Feldzug gegen den Krieg und seine Folgen führte. Während des Krieges beteiligten sich die Frauen auf das eifrigste an den antimilitaristischen Versammlungen, die sowohl von den marxistischen, als auch den syndikalistischen und anarchistischen Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenberufen wurden. Sie nahmen teil an den Straßendemonstrationen und Zusammenstößen der Polizei mit den Arbeitern, die vom Hunger und der Arbeitslosigkeit auf die Straße getrieben wurden.

Diese Tätigkeit brachte den Frauenverband mit der revolutionären Bewegung des Proletariats in Verbindung. Aber die Entwicklung des Verbandes ging nur langsam vor sich, da es unter den holländischen Frauen an Persönlichkeiten mit Organisationsgaben fehlte. Erst in der letzten Zeit schenken die weiblichen Mitglieder der Kommunistischen Partei der Arbeit in den Frauenklubs, gegen die sie früher aus verschiedenen Gründen waren, viel Aufmerksamkeit. Nach den Beschlüssen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale begannen die Kommunistinnen eine energische Arbeit im Frauenverband und schufen in allen seinen Sektionen ihre eigenen Zellen.

Diese Tätigkeit der Kommunistinnen rief von Seiten der sogenannten freiheitsliebenden, d. h. menschewistisch-bürgerlich gestimmten Frauen in den Frauenklubs einen starken Widerstand hervor, die denn auch den Kampf gegen die kommunistischen Zellen eröffneten. Dieser Kampf führte zur organisatorischen Spaltung. Auf dem im November 1920 in Haag stattgefundenen Parteitag trat die antikommunistische Minderheit (8 Organisationen von 20) aus dem Verbandsverbande aus und gründete einen unabhängigen Frauenverband.

Der Austritt der alten erfahrenen Leiter aus dem Verbandsverbande schuf bedeutende Schwierigkeiten organisatorischer, administrativer und finanzieller Art. Aber das auf dem Parteitag gewählte provisorische Exekutivkomitee und die Redaktion des „Voorbode“ erwiesen sich auf der Höhe.

Zur endgültigen Entscheidung einer Reihe von Fragen, die durch die Spaltung aufgekommen waren, fand in Utrecht am 13. Februar 1921 ein außerordentlicher Kongreß des Verbandes statt. Dabei stellte sich heraus, daß der Verband 18 Sektionen zählte, von denen 13 Delegierte gesandt hatten.

Im ganzen waren auf dem Kongreß gegen 50 Frauen und einige Männer anwesend. Dieser Kongreß unterschied sich auf den ersten Blick sehr stark von dem vorhergegangenen Haager Kongreß. Hier war kein Antagonismus unter den Mitgliedern des Verbandes zu bemerken. Die Stimmung der Delegierten war ruhig und sachlich. Einzelne Reden, die an die kürzlichen Streitigkeiten anschlossen, hatten keinen Erfolg.

Die Sektion von Leyden brachte folgende Resolution zur Besprechung ein: „Der außerordentliche Kongreß des revolutionär-sozialistischen Frauenverbandes, der am 13. Februar 1921 in Utrecht tagte, stellte fest, daß die Existenz zweier verschiedener revolutionär-sozialistischer Organisationen schädlich auf die Propaganda des revolutionären Sozialismus unter den Frauen wirkt. Es ist notwendig, alle Kräfte anzuspannen, um die jetzt gespaltenen Gruppen auf dem Boden des revolutionären Sozialismus zu vereinigen; ebenso notwendig ist es auch, die finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten zu beseitigen, die im Zusammenhang mit dem Novemberkongreß von 1920 entstanden sind. Deswegen beschließt der außerordentliche Kongreß, sich an den unabhängigen revolutionär-sozialistischen Frauenverband zu wenden mit dem Vorschlag, eine Kommission zu gründen, die aus je zwei Vertreterinnen von dem unabhängigen und dem revolutionär-sozialistischen Verband und einer unparteiischen Vorsitzenden, die von diesen vier Vertreterinnen gewählt wird, zu bestehen hat. Diese Kommission soll die Vermittlerrolle spielen, um 1. die jetzt getrennt bestehenden Gruppen auf dem Boden des revolutionären Sozialismus zu vereinigen; 2. die finanziellen und organisationellen Schwierigkeiten im Interesse der beiden Gruppen zu regeln.“

Die Sektion von Leyden betont die Notwendigkeit, unbedingt zu einem

Uebereinkommen zu gelangen, überall dort, wo keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gröningensche Sektion sprach sich im gleichen Sinne aus.

Diese Resolution wurde auf dem Kongreß von 9 Stimmen gegen 3 bei einer Stimmenthaltung angenommen. In die Vermittlungskommission wurden gewählt Storm und Mensing; zur Vorsitzenden wurde Klara Wikmen bestimmt.

In die Redaktion des zweiwöchentlich erscheinenden Propagandajournals „Voorbode“ wurde u. a. Henriette Roland-Holst gewählt. Der Redaktion wurde die Ausgabe einer Reihe von kleinen Agitationsbroschüren übertragen.

Man kann hoffen, daß der Verband jetzt in organisatorischer Hinsicht erstarkt ist, und daß uns schon der nächste Monat Nachrichten über das weitere Wachsen der revolutionären Arbeiterinnenbewegung in Holland bringen wird.

R.

An alle Kommunistischen Parteien.

Genossinnen! Genossen!

Der Weltkampf des Proletariats zur Niederzwingung des Kapitalismus fordert immer gebieterischer die Einordnung der breitesten ausgebeuteten und unterdrückten Massen in die revolutionären Schlachtreihen. Er erfordert auch das bewußte opferbereite kühne Mitringen der schaffenden Frauen. Nach dem Siege wird der kommunistische Weltaufbau des Proletariats ohne die zielklare, hingebungsvolle Mitarbeit der Frauen erst recht unmöglich sein. Die erste triumphierende Revolution des Proletariats in Rußland beweist das eine und das andere. Die internationale Sammlung und Schulung breitester Frauenmassen für den Kampf und Aufbau des Kommunismus ist mehr denn je das Gebot der Stunde.

In voller Würdigung dieser Situation beruft die Exekutive der Kommunistischen Internationale die zweite Internationale Kommunistische Frauenkonferenz für den 15. Juni d. Js. nach Moskau ein.

Als provisorische Tagesordnung ist vorgesehen:

1. a) Mittel und Wege, die internationalen Verbindungen der Kommunistinnen zu festigen und auszugestalten; b) Arbeit und Aufgaben des Internationalen Frauensekretariats zu Moskau.

2. Methoden und Formen der kommunistischen Arbeit unter den schaffenden Frauen.

3. Beteiligung der Frauen am Kampf zur Eroberung und Behauptung der politischen Macht durch das Proletariat und der Aufrichtung einer Diktatur.

4. Politisches Frauenrecht in der Gesetzgebung und in der Praxis.

5. Berufstätigkeit der Frau und Arbeitslosigkeit.

6. Verschiedenes.

Die Berichte der Genossinnen über die kommunistische Frauenbewegung in den einzelnen Ländern sind möglichst bald schriftlich einzusenden, damit sie der Konferenz gedruckt vorgelegt werden können.

Es ist wünschenswert, daß aus den einzelnen Ländern führende Genossinnen bereits einige Tage vor dem 1. Juni in Moskau eintreffen. Durch eine Aussprache wird ihnen die Möglichkeit gegeben werden, Anträge zur Förderung der kommunistischen Frauenbewegung an den allgemeinen Internationalen Kongreß zu richten.

Genossinnen aller Länder! Geht sofort mit Feuereifer ans Werk, um die Arbeit und den Erfolg Eurer Zweiten Internationalen Konferenz zu sichern! Nehmt Stellung zur provisorischen Tagesordnung, wählt Eure Delegierten!

Genossen aller Länder! Unterstützt die Genossinnen bei ihrer Arbeit, ohne kleinliches Feilschen und Markten ohne Formeln und mathematisch gleich gemessenes Recht. Ermöglicht eine zahlreiche Beschickung der internationalen Frauentagung. Da die Frauenkonferenz zwischen den beiden großen allgemeinen Kongressen stattfindet, sollten die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kommunisten auch geschulte, erprobte Genossinnen delegieren, wie sie umgekehrt delegierte Genossen beauftragen müssen, an den Beratungen der Frauenkonferenz teilzunehmen.

Bei den Moskauer Tagungen geht es nicht um Frauensache oder Männersache; es geht um die eine gewaltige historische Aufgabe des Proletariats aller Länder: um die Weltrevolution. Die Macht, die dem Weltproletariat die Fahne des Kampfes und Sieges voranträgt, die Kommunistische Internationale, ruft zur Arbeit.

Genossinnen! Genossen! Tut Eure Pflicht! Die erste Internationale Kommunistische Frauenkonferenz zu Moskau war ein be-

merkwürdiger Anfang. Die zweite Internationale Kommunistische Frauenkonferenz muß ein großer Fortschritt sein.

Es lebe die Internationale Kommunistische Frauenbewegung!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

*Die Exekutive
der Kommunistischen Internationale.
Das Internationale
Kommunistische Frauensekretariat.*

Zur Zweiten Internationalen Kommunistinnenkonferenz.

Das internationale Sekretariat für die Arbeit unter den Frauen und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale haben folgende Norm der Vertreterinnen bestätigt:

1. Gruppe. 3 Stimmen.

RUSSLAND: Kommunistische Partei.

DEUTSCHLAND: Vereinigte Kommunistische Partei. — Kommunistische Arbeiterpartei (mit beratender Stimme).

FRANKREICH: Sozialistische Partei Frankreichs. — Revolutionäre Minderheit der Syndikate.

ITALIEN: Kommunistische Partei. — Unione Syndicale. — Seemannsbund. — Eisenbahnerverband. — Sozialistische Partei (mit beratender Stimme).

NORWEGEN: Arbeiterpartei.

BULGARIEN: Kommunistische Partei.

SCHWEDEN: Kommunistische Partei.

POLEN UND OSTGALIZIEN: Kommunistische Arbeiterpartei Polens. — Kommunistische Partei Ostgaliziens. — Bund der jüdischen Arbeiter (mit beratender Stimme).

TSCHECHOSLOWAKEI: Kommunistische Partei Deutsch-Böhmens. — Marxistische Linke der tschechischen Sozialisten. — Sozialistische Partei der Slowakei (mit beratender Stimme). — Internationalistische Sozialistische Partei der ruthenischen Bevölkerung (mit beratender Stimme).

ENGLAND: Vereinigte Kommunistische Partei. — Linke Unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.)

AMERIKA: Kommunistische Partei (Vereinigte). — Industriearbeiter der Welt (I. W. W.).

2. Gruppe. 3 Stimmen.

OESTERREICH: Kommunistische Partei.

UNGARN: Kommunistische Partei.

JUGOSLAVIEN: Kommunistische Partei. — Sozialistische Partei des autonomen Gebiets Fünfkirchen (mit beratender Stimme).

UKRAINE: Kommunistische Partei.

FINNLAND: Kommunistische Partei.

SPANIEN: Kommunistische Partei. — Arbeitskonföderation.

3. Gruppe. 2 Stimmen.

REPUBLIK DES FERNEN OSTENS: Kommunistische Partei.

JAPAN: Kommunistische Gruppen.

ARGENTINIEN: Kommunistische Partei. — Kommunistische Arbeiterkonföderation (mit beratender Stimme).

AZERBEIDSHAN: Kommunistische Partei.

ARMENIEN: Kommunistische Partei.

GEORGIEN: Kommunistische Partei.

GRIECHENLAND: Kommunistische Partei.

BELGIEN: Kommunistische Partei.

HOLLAND: Kommunistische Partei.

DANEMARK: Kommunistische Partei.

SCHWEIZ: Kommunistische Partei. — Arbeiterverbände der Schweizer Städte (mit beratender Stimme).

RUMANIEN: Kommunistische Partei.

LETTLAAND: Kommunistische Partei.

ESTLAND: Kommunistische Partei. — Unabhängige Sozialdemokratie.

4. Gruppe. Eine Vertreterin.

PERSIEN: Kommunistische Partei von Iran.

AUSTRALIEN: Kommunistische Partei.

KANADA: Kommunistische Gruppen.

KUBA: Kommunistische Gruppen.

MEXIKO: Kommunistische Partei.

ZENTRALAMERIKA: Kommunistische Gruppen.

URUGUAY: Sozialistische Partei.

CHILE: Sozialistische Partei.

JAVA: Kommunistische Partei.

SÜDAFRIKA: Internationale Sozialistische Liga.

PORTUGAL: Kommunistische Gruppen.

LITAUEN: Kommunistische Partei.

LUXEMBURG: Kommunistische Partei.

IRLAND: Kommunistische Gruppen.

ISLAND: Kommunistische Partei.

TÜRKEI: Kommunistische Partei.

CHIWA: Kommunistische Partei.

BUCHARA: Kommunistische Partei.

PALÄSTINA: Kommunistische Partei.

INDIEN: Kommunistische Gruppen.

CHINA: Linke Sozialistische Partei. — Kommunistische Gruppen.

KOREA: Kommunistische Partei. Sozialrevolutionäre Partei.

Außer den obenerwähnten werden noch folgende Vertreter verschiedener Gruppen und Organisationen als Gäste und zu Informationszwecken eingeladen:

Wir bitten Vertreterinnen zu senden:

Die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands,

Die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens,

Die Föderation russischer Arbeiter Südamerikas,

Den Allgemeinen Gewerkschaftsbund Griechenlands,

Das Nationale Arbeitersekretariat der Niederlande,

Die Vereinigung der oppositionellen Gewerkschaften Dänemarks.

Die Linke Sozialistische Partei Belgiens (Brüsseler Föderation), und

den Verband der Anarcho-Kommunisten Hollands.

Mit kommunistischem Gruß

*Das internationale Frauensekretariat
der II. Internationalen Kommunistinnenkonferenz.*

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

Büro zur Organisation der II. Internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz.

Fragebogen

an die Delegierten zur II. Internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz über die Lage der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in ihrem Lande.

LAND.

ORGANISATION.

FAMILIENNAME.

I.

Die wirtschaftliche und die Rechtslage der Frauen.

1. In welchen Gesetzen und Beschlüssen äußert sich die Ungleichheit des Stimmrechts am meisten? Die wichtigsten Ehe- und Familiengesetze vor und nach dem Kriege.

2. Welche Aenderungen wurden infolge des Krieges an diesen Gesetzen vorgenommen?

3. Die Frauenschutzgesetze in den Städten und auf dem flachen Lande.

4. Die Mutter- und Säuglingsschutzgesetze. Regierungs- und soziale Einrichtungen.

5. Worin äußert sich die Beteiligung der Regierung an der sozialen Erziehung der Kinder (Lesehallen, Kleidung, Bildung, ärztliche Hilfe usw.)?

6. Worin äußert sich die Beteiligung der Regierung an der Organisation der öffentlichen Verpflegung (Volksküchen, Speisehallen usw.)?

II.

Die Stellung der Frau in der Industrie.

1. Die bedeutendsten Industriezweige im Lande.

2. Auf welchem Gebiet findet die Frauenarbeit am meisten Anwendung?

3. Die Stellung der Frau in der Industrie vor und nach dem Kriege. Besteht ein Unterschied und welcher?

4. Der Mindestlohn des Arbeiters.

5. Der Mindest- und Höchstlohn der Frau.

6. Der Unterschied in dem Arbeitslohn des Mannes und der Frau (in Prozent).

7. Die Pflichtvernachlässigung und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung.
8. Die Beteiligung des Staats und der Kapitalisten an der Organisation von Einrichtungen für die Arbeiterinnen, die zur Entlastung der Frau beitragen (Kinderkrippen, Kommunen, Volksküchen usw.).
9. Allgemeine Lebensbedingungen der Arbeiterinnen (Behausung, Familienleben usw.) in der Stadt und auf dem flachen Lande.

III.

Die Beteiligung der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsbewegung.

1. Wie sind die Frauen in jedem Industriezweig organisiert (zusammen mit den Männern oder getrennt von ihnen, Organisationsform).
2. Genießen sie als Gewerkschaftsmitglieder dieselben Rechte wie die Männer?
3. Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen in jedem Industriezweig.
4. Prozentverhältnis zur Gesamtzahl der in demselben Industriezweig tätigen Arbeiterinnen. Die entsprechende Anzahl von Männern, die an der Gewerkschaftsbewegung teilnehmen.
5. Anzahl der Frauen, die sich aktiv an der Führung der Gewerkschaften beteiligen.
6. Ist von den Gewerkschaften irgendwelche besondere Arbeit für die Erfassung der Frauen und Erämpfen ihrer Rechte organisiert worden? In welcher Weise suchen die Organisationen, diese Aufgaben zu lösen (durch Anzeigen usw.)?
7. Welche Gewerkschaften, in denen Frauen organisiert sind, sind wahrhaft revolutionär?
8. Welche Forderungen sind den Kapitalisten auf Anregung der Arbeiterinnen gestellt und welche sind befriedigt worden?

IV.

Die Beteiligung der Frauen am politischen Leben des Landes.

1. Die wichtigsten Gesetze über die Beteiligung der Frauen am politischen Leben des Landes vor, während und nach dem Kriege?
2. Inwiefern sind die Frauen an den zentralen und lokalen Regierungsorganisationen beteiligt (aktives und passives Wahlrecht).
3. Gesamtzahl der Frauen, die auf verantwortliche Posten in den Regierungs-, Municipal- und gesellschaftlichen Industrieorganen gewählt oder ernannt worden sind.

4. Welche Initiative haben die Frauen in den führenden Organen in bezug auf die Ausarbeitung neuer Gesetzesvorlagen, Abänderungen der alten Gesetze usw. gezeigt?

V.

Die Beteiligung der Frauen am sozialen Leben.

1. Worin äußert sich die Beteiligung der Frauen am sozialen Leben hauptsächlich?

2. Welcher Unterschied besteht zwischen der sozialen Stellung der Arbeiterin, der Bäuerin und der Frau aus dem Bürgerstande?

3. Der Unterschied in der sozialen Stellung der verheirateten und der unverheirateten Frau.

4. Welche Veränderung ist während des Krieges und nach dem Kriege gesetzlich und sozial im Ehe- und Familienleben der Frau eingetreten?

5. Welche Organisationen vereinigen die Frauen in ihrem Kampf um die Veränderung der Lebensbedingungen (feministische, religiöse; ihr Ziel, ihre Aufgaben, ihre Methoden, ihre Organisation; welche Gesellschaftsschichten vereinigen sie)?

6. Der Einfluß der Religion auf die Frauen verschiedener Klassen (Arbeiterinnen, Bäuerinnen, bürgerliche Frauen.) Worin äußert sich dieser Einfluß? Hat er sich nach dem Kriege verringert?

VI.

Die Beteiligung der Frauen an der revolutionären Bewegung in Eurem Lande.

1. Um welche revolutionären Parteien sind die Arbeiterinnen, die Bäuerinnen und die Hausfrauen zusammengeschlossen?

2. Worin äußert sich ihre Beteiligung an der pazifistischen Bewegung?

3. Worin äußerte sich ihre Beteiligung an dem politischen und dem wirtschaftlichen Kampfe (an Aufständen, Streiks usw.).

4. Welche Forderungen und revolutionären Losungen vereinigten die größte Anzahl von Arbeiterinnen, Hausfrauen und Bäuerinnen?

5. Welche Forderungen werden ausschließlich von den Arbeiterinnen aufgestellt?

6. Welche Veränderungen hat der revolutionäre Kampf in die politische und die wirtschaftliche Lage der Frau hineingetragen?

7. Nennt die Namen der Führerinnen und der Opfer des revolutionären Kampfes unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen?

8. Wie groß ist die Anzahl der Frauen, die sich jetzt wegen Beteiligung am revolutionären Kampfe im Gefängnis befinden?

9. Welche Rolle spielt die russische Revolution in der revolutionären Frauenbewegung in Eurem Lande? Worin äußert sich ihr Einfluß (Kampfmethoden, russische Literatur usw.)?

10. Die Feier des internationalen Frauentages seit seiner Einführung. Wie wird der Frauentag alljährlich begangen; von wem wird er organisiert, welche Losungen werden ausgegeben, wie beteiligen sich die Arbeiterinnen, die Bäuerinnen und die Hausfrauen an der Feier?

VII.

Die Beteiligung der Frauen an den Organisationen in Eurem Lande, die der Kommunistischen Internationale beigetreten sind oder ihr beizutreten wünschen.

1. Welche Organisationen arbeiten speziell unter den Frauen (zählt sie auf)?

2. In welcher Form ist diese Arbeit organisiert?

3. In welcher Weise wird für diese Arbeit Propaganda gemacht?

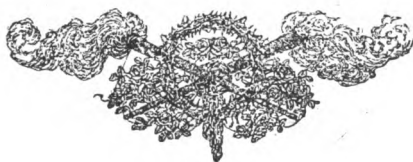
4. Presse und Anzeigen.

5. Anzahl der Frauen, die in jeder dieser Organisationen zusammengeschlossen sind; ihr sozialer Bestand.

6. Was sind die Ergebnisse der praktischen Arbeit?

7. Nennt die Namen der populärsten weiblichen Kräfte, die sich in der Arbeiter- und Bauernbewegung Eures Landes am tätigsten gezeigt haben.

8. Welche Methoden werden angewandt, um die Frauen der verschiedenen sozialen Gruppen heranzuziehen?





*Helden und Märtyrer
der proletarischen
Revolution.*

*

Bericht über die Ermordung des Genossen Brookfield.

Nach den Pressekabeln vom 23. März in den Londoner Zeitungen wurde Genosse Percy J. Brookfield auf dem Bahnhof von Riverton in Süd-Australien von einem Russen namens Tomajow getötet.

Genosse Brookfield war von Beruf Bergarbeiter und seit 1917 Vertreter einer der Broken Hill Abteilungen in dem neuen Süd-Wales-Parlament. Percy Brookfield war einer der besten Kräfte, die je für die Arbeiterbewegung gekämpft haben. Er hatte großen persönlichen Mut und war seiner Klasse mit einer intensiven, unerschütterlichen Liebe und einer Aufopferung für ihre Interessen ergeben, denen auch seine vierjährige Tätigkeit in einem bürgerlichen Parlament nichts anhaben konnte.

Die Bourgeoisie und der reaktionäre Teil seiner Partei haßten ihn sehr und griffen ihn heftig an. Er war der Präsident der freiwilligen Arbeitsarmee, welche die Bergarbeiter von Broken Hill aufstellten, um die Ausfälle der australischen Regierung, die die australische Mannschaft in den Krieg zu führen versuchte, ebenfalls durch eine militärische Organisation zu brechen. 1916 wurde er ins Gefängnis geworfen, weil er gegen den patriotischen Mob vorgegangen war, der das Hauptquartier der I. W. W. in Broken Hill zu vernichten suchte. Im selben Monat, in dem er das Gefängnis verließ, wurde er in das Parlament gewählt. Seine Tätigkeit dort führte zu vielen aufgeregten Szenen, und oft wurde er seiner antikriegerrischen Propaganda wegen von den Gerichten verurteilt. Seine ganzen Diäten von zwei Jahren wurden von den Regierungsautoritäten beschlagnahmt, um damit die ihm auferlegten Geldstrafen zu bezahlen.

Brookfield war bei der Verteidigung der zwölf Mitglieder der I. W. W., die in Sidney im Jahre 1916 zu 10 bis 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, stark beteiligt. Er arbeitete unaufhörlich für ihre Befreiung, sprach in den Versammlungen für sie und leitete auch eine finanzielle Hilfsaktion ein. Sein Eintreten für diese Männer brachte ihn in Konflikt mit den konservativen Mitgliedern seiner eigenen Partei. Er bestand darauf, daß in der Parlamentskampagne die Arbeiterpartei für die augenblickliche und bedingungslose Befreiung



Genosse Sylt auf dem Totenbett

dieser Leute eintreten sollte. Die Partei verweigerte das und verlangte, daß Brookfield sich mit ihren Vorschlägen der Wiederaufnahme des Verfahrens einverstanden erklären sollte. Genosse Brookfield verweigerte seine Unterschrift unter dieses Dokument und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die Partei stellte einen anderen Kandidaten auf, aber Brookfield kandidierte für seinen alten Sitz als unabhängiger Kandidat, gewann die größte Majorität bei den ganzen Wahlen und brachte den von der Arbeiterpartei aufgestellten Strohmann, wie auch dem bürgerlichen Kandidaten eine schwere Niederlage bei. Die Bergarbeiter von Broken Hill schlossen sich um Brookfield zusammen und stellten sich hinter die zwölf verurteilten Genossen, die schon vier Jahre lang als Opfer des revolutionären Kampfes im Gefängnis saßen. Ein bemerkenswerter Zufall brachte es mit sich, daß die Arbeiter- und nationalistische Partei im Parlament dieselbe Anzahl von Sitzen hatten. Das legte die Entscheidung in die Hände des Genossen Brookfield, dessen Stimme auf diese Art immer den Ausschlag geben konnte. Er kritisierte mit voller Schärfe den Revisionismus der Partei, die ihn ausgeschlossen hatte, und verlangte als Preis seiner Unterstützung die Einberufung einer Kommission zur unmittelbaren Untersuchung der Angelegenheit. Dieses Versprechen wurde gegeben, und durch seine Unterstützung trat die Arbeiterpartei in die Regierung ein. Die Kommission trat für Brookfields Meinung über die Verhaftung der Arbeiter aus der I. W. W. ein und entschied, daß sechs der Leute unschuldig seien. Sie befahl ihre Befreiung, sowie die von vier anderen Arbeitern, die, wie das Gericht feststellte, zu einer viel geringeren Strafe hätten verurteilt werden müssen. Sie alle wurden am 3. August 1920 nach vier Jahren brutalster Quälereien in dem Gefängnis von Neu-Süd-Wales freigelassen.

In einem charakteristischen Brief an Tom Barker, der vom 31. Juli 1920 datiert ist, schrieb Genosse Brookfield über diesen Fall: „ . . . Nur einige Zeilen, um Dir die Einzelheiten der großen Neuigkeit mitzuteilen. Es war ein aufregender Kampf. Die gegnerischen Kräfte waren stark; aber wir hatten Wahrheit und Gerechtigkeit auf unserer Seite, die trotz allem sehr mächtige Advokaten sind. Der Erfolg muß denen, die in anderen Ländern für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten, auch in ihren Kämpfen neuen Mut einflößen, um die Befreiung vieler ihrer Freunde durchzusetzen, die während der fürchterlichen Kriegsperiode ins Gefängnis geworfen wurden.“

Und jetzt ist dieser gute und heroische Genosse durch die Kugel des Gegners gefallen.

Die Presse stellte fest, daß der Mörder ein früherer Bewohner von Broken Hill sei, und daß sein Zimmer voll von Photos führender russischer Revolutionäre sei. Diese Propaganda wird augenscheinlich

unternommen, um einen scheußlichen politischen Mord zu verhüllen, der an einem der besten Kämpfer der vorgeschrittenen Arbeiterbewegung in Australien begangen wurde. Brookfield war einer der ersten und furchtlosesten Vorkämpfer der russischen Arbeiterklasse in Australien. Alle seine Briefe beweisen das. Er war kein kleiner, gewöhnlicher Arbeiterpolitiker, sondern ein vollblütiger, furchtloser Gladiator für das Proletariat, dessen Zuverlässigkeit durch seine Berührung mit den Feinden in keiner Weise gelitten hatte.

Wer auch immer dieser Tomajow ist, er hat das Werk der australischen Bourgeoisie getan. Er hat der kämpfenden australischen Arbeiterklasse ihren besten und treuesten Kämpfer genommen. Wir sind überzeugt, daß alle diese sorgfältig konstruierten Einzelheiten über den Irrsinn des Mordes, über die Photos in seinem Zimmer, nur den Umstand illustrieren, daß die gewissenlosen Kapitalisten und Weißgardisten die gemeine Arbeit fortsetzen, die sie 1916 begannen, wo sie Meineide, Lügner, Verbrecher und bestochene Zeugen benutzten, um die wachsende revolutionäre Bewegung niederzuhalten, die Galgen zu füttern und die Gefängnisse zu füllen.

Was Liebknecht für Deutschland bedeutet, das bedeutet Brookfield für Australien. Was L'Estrange Malon dem englischen Unterhause war, war Brookfield der australischen Legislative.

Das rote Rußland trauert mit Australien um seinen Verlust. Moskaus Herz ist bei der revolutionär verlassenen Stadt von Broken Hill, bei ihrem großen und unersetzlichen Verlust. Mögen die australischen Arbeiter seinen Kampfesgeist bewahren, bis sie die Herrschaft über den australischen Kontinent errungen haben.

Nieder mit den weißgardistischen Mördern und ihren Agenten!
Es lebe die proletarische Revolution! *Tom Barker.*

Der Prozeß des Genossen Bujor.

Der bekannte rumänische Kommunist Genosse Bujor ist am 9. Mai 1920 vom rumänischen Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Genosse Bujor ist in der Rumänischen Sozialistischen Partei seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts tätig. Seit 1905 arbeitet er für die Wiederaufrichtung der zerfallenen Rumänischen Sozialistischen Partei unter der unmittelbaren Leitung eines ihrer Begründer und angesehensten Theoretiker, des Genossen Dobrudshejanu-Garsja. Auf die Volksmassen hat Genosse Bujor stets großen Einfluß gehabt, da er ein glänzender Redner ist.

Während des europäischen Krieges wurde er als Reserveoffizier in die Armee einberufen. In dieser Zeit starb der bedeutende Parteiarbeiter Genosse Ottoy, am Flecktyphus. Bei seiner Beerdigung hielt Genosse Bujor eine flammende Rede, für die er zu gerichtlicher Verantwortung gezogen wurde. Da er das Verhalten der rumänischen Kriegsfeldgerichte zu Sozialisten kannte, floh er nach Odessa; aber die Gerichtsverhandlung fand in seiner Abwesenheit statt und er wurde nicht für seine Rede, aber für seine Desertation — zum Tode verurteilt.

In Odessa arbeitete er gemeinsam mit dem Genossen Rakowski, dessen Mitarbeiter er schon in Rumänien war. Anfang 1920 kehrte er aber nach Rumänien zurück, wo er am 18. März verhaftet wurde. Wieder wurde er dem Kriegsgericht übergeben, das ihn folgendes zur Last legte:

1. Desertion ins Ausland, 2. Mordstiftung an rumänischen, nach Rußland entflohenen Bourgeois, 3. Aufwiegelung gegen die gesetzliche rumänische Regierung, 4. Propaganda im rumänischen Heer, um es zum Uebertritt auf die Seite der Aufständischen (des rumänischen revolutionären Bataillons) zu veranlassen, 5. Verwundung eines Wachtkommandanten, 6. böswillige Intrigen, um einen Krieg gegen die Heimat hervorzurufen und die Regierung durch eine ausländische Okkupation zu stürzen, und 7. Anschlag auf die Sicherheit des Staates durch Verbreitung lügnerischer Nachrichten und Aufhetzung der Volksmassen gegen die Autorität des Staatsoberhauptes.

Vor Gericht erwies sich, daß die rumänischen Flüchtlinge in Odessa vom Genossen Bujor beschützt worden waren, und daß das jetzige Staatsoberhaupt, General Averescu, sich 1918 mit Genossen Bujor beraten und ihm vorgeschlagen hatte, die Sozialistische Partei Rumäniens mit seiner (Averescus) Partei zu vereinigen, um eine Revolution in Rumänien durchzuführen und die Dynastie zu stürzen. Trotzdem wurde Genosse Bujor in allen Klagepunkten für schuldig erkannt und zum Verlust aller Bürgerrechte und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Schon nach dem Urteilspruch wurde er von der Sozialistischen Partei Rumäniens zum Delegierten ins Parlament erwählt; die Regierung weigerte sich aber, ihn zu befreien.

Während der Voruntersuchungshaft war seine Behandlung empörend grausam und auch heute, bei der Zwangsarbeit in den Salzgruben von Okno ist er grausamen Foltern ausgesetzt, was eine Reihe von Protesten sowohl der sozialistischen Partei, als auch seitens einzelner Organisationen hervorgerufen hat.

Der Tod der griechischen Delegierten.

Die westeuropäische kommunistische Presse bringt die Nachricht, daß die Delegierten der Griechischen Sozialistischen Arbeiterpartei zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, die Genossen Ligdopolus und Alexakis, Rußland auf einem kleinen Dampfer in der Richtung nach Bulgarien verlassen haben, wo sie zum 1. November 1920 eintreffen sollten. Die Staatsbehörden Kemal Paschas teilen aber mit, daß sie in Zuguldak den Kapitän Abdurachman und die Besatzung eines Piratenschiffes verhaftet haben, die die Ermordung der beiden Sozialisten, sowie noch zweier Russen und eines Bulgaren gestanden. Die griechischen Sozialisten erheben energisch Einspruch gegen die Blockade seitens der Ententemächte, die die Schuld an der Ermordung der Genossen tragen.

Der Tod der türkischen Kommunisten.

Vom Gen. Dshewada, dem Mitglied der Türkischen Kommunistischen Partei und des Auslandsbüros derselben Partei, habe ich einen Brief über den Märtyrertod des Genossen Subhi und seiner Reisegefährten erhalten. Die furchtbaren Gerüchte, denen man nicht Glauben schenken wollte, haben sich doch bewahrheitet. Unsere Genossen sind ermordet worden, gesteinigt, gequält, gemartert von der fanatischen Menge und den von der türkischen Bourgeoisie gedungenen Henkern.

Genosse Dshewada schreibt über diese unglaubliche Angelegenheit, über dies neue Verbrechen der regierenden Klassen der Türkei:
„Lieber Genosse Pawlowitsch!

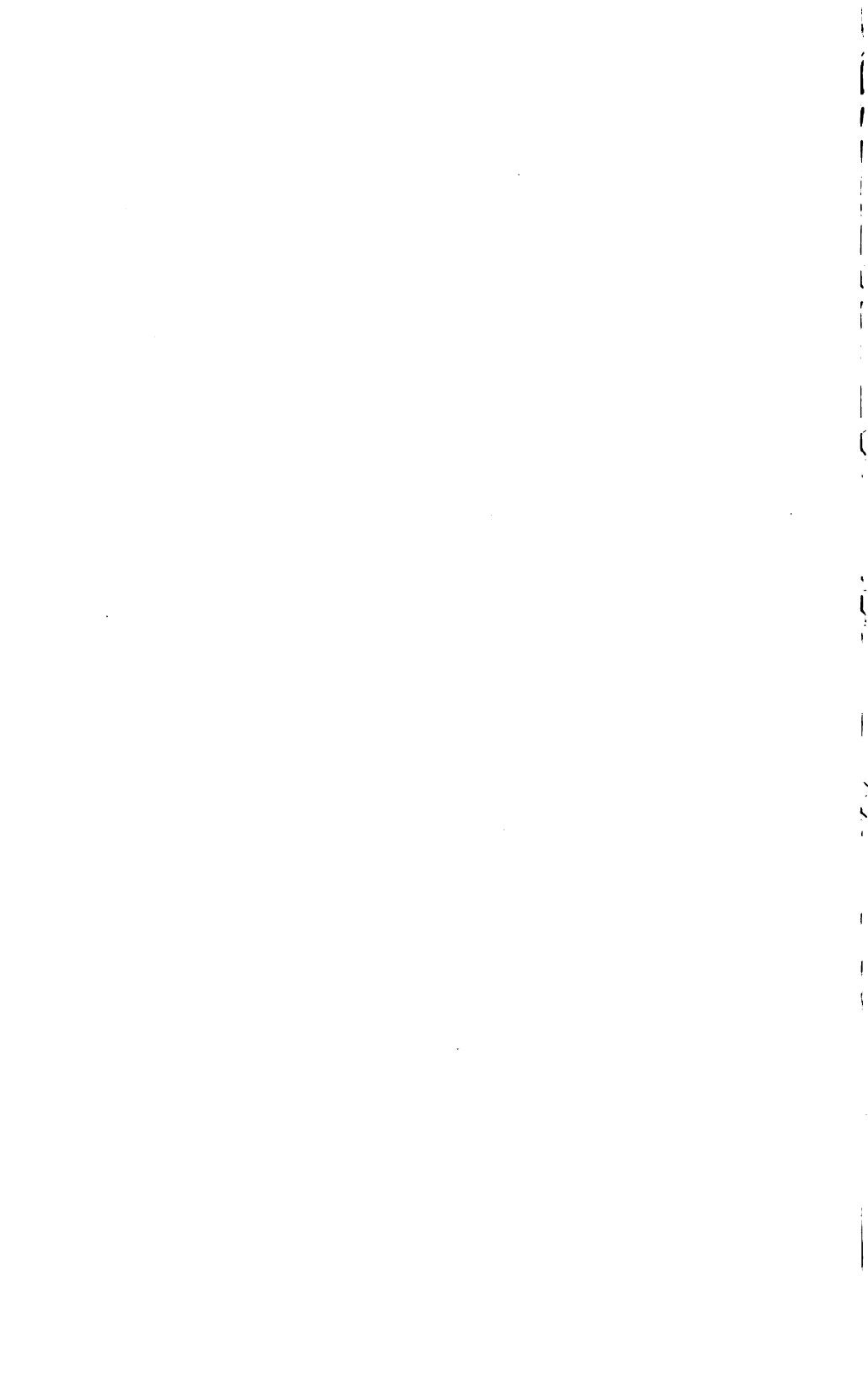
Ich muß mit Ihnen ernstlich über das Unglück sprechen, dem der Genosse Subhi, zwei Mitglieder des Zentralkomitees und noch zwölf Kommunisten zum Opfer gefallen sind. Sie sind auf das grausamste ermordet und bei Trapezunt am 26. Januar ins Meer geworfen worden.

Zwei Monate lang wußten wir nichts über das Schicksal der verschollenen Genossen; aber dann stellte sich heraus, daß sie unter den Schlägen der von der Trapezunter Bourgeoisie gedungenen Henker gefallen sind.

Schon in Erzerum begannen feindliche Demonstrationen gegen unsere Genossen. Man sagte dem Volke: „Die aus Rußland gekommenen Kommunisten sind Bolschewiki. Sie sind angekommen, um alle Magazine zu schließen. Niemand soll das Recht haben, zu kaufen oder zu verkaufen. Haussuchungen werden beginnen. Alles Eigentum und alles Geld wird requiriert werden. Die Kommunisten sind gottlos — alle diejenigen, die an Allah glauben, werden sie einkerkern.“



Genosse Sylt auf dem Totenbett



„Religion, Eigentum, Handel — das alles sind Dinge, die von den Bolschewiki verboten werden“, sagten die Provokatoren.

Unter den Demonstranten gab es unaufgeklärte Personen, die von der Bourgeoisie gekauft wurden und von der Polizei gegen die Kommunisten gehetzt wurden. Diese stürzten sich auf unsere Genossen, bewarfen sie mit Steinen und wollten sie in Stücke reißen. Unterwegs wollte niemand unseren Genossen Brot oder Futter für ihre Pferde verkaufen. Die Regierung, die eigentliche Urheberin dieses Verbrechens an unsern Genossen, versuchte dabei als Beschützerin der Bolschewiki zu erscheinen!

Es ist nicht wahr, daß Maßregeln zum Schutz der Kommunisten getroffen wurden. Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, daß die Polizei selbst das Schließen der Geschäfte anordnete und die Volksmenge dazu reizte, mit Steinen auf unsere hilflosen Genossen zu werfen. Eine solche Mißhandlung erfuhren unsere Genossen in vier oder fünf Städten und Ortschaften. Der grausamsten Justiz wurden die Genossen aber in Trapezunt unterzogen. Sofort nachdem sie angekommen, wurden sie, von gehässigen Rufen und Schmähungen der gereizten Volksmenge begleitet, in den Hafen geführt. Dort wurden ihnen die Revolver, die sie bei sich hatten, abgenommen. Dann wurden sie gewaltsam in ein Motorboot gebracht, das sofort vom Lande abstieß. Diesem Boot folgte ein anderes, auf dem sich Bewaffnete befanden. Unsere Genossen wurden gebunden, mit Bajonetten erstochen und ins Meer geworfen. Am nächsten Tage standen die beiden Boote wieder im Hafen von Trapezunt, und die Matrosen erzählten allen, die sich dafür interessierten, daß die türkischen Bolschewiki auf dem Meeresgrund lägen.

Als der Vertreter der R. S. F. S. R. unseren Genossen entgegengehen wollte, wurde ihm mit Lynchjustiz gedroht.

Eigentlich war der russische Vertreter verpflichtet, sofort durch ein Radiotelegramm nach Moskau Mitteilung über diese Drohung zu machen und energische Schritte zu tun, um unsere Genossen nicht in den Händen der Henker zu lassen. Es muß bedauert werden, daß der damalige Vertreter der R. S. F. S. R. in Trapezunt eine nicht genügend energische Persönlichkeit war.

An Ort und Stelle sind die Tatsachen und die Einzelheiten über den Mord allgemein bekannt. Alle wissen, was für Boote es gewesen sind, alle kennen die Namen der Kapitäne und den Bestand der Besatzung, die unsere Genossen mordete. Außerdem wird behauptet, daß alle Maßnahmen vom Präsidenten der Munizipalität und dem Präsidium des Nationalschutzvereins vorbereitet waren. Bis jetzt ist hier noch kein Beschluß gefaßt worden, die Unter-

suchungen einzuleiten; aber es ist klar, daß nicht länger geschwiegen werden darf.

Wir haben 16 oder 17 der besten und mutigsten Genossen verloren. Ihr müßt Eure Solidarität mit uns erklären, Ihr müßt fordern, daß die Henker erhängt werden, damit dies große Verbrechen nicht ungestraft und ungesühnt bleibt.

In Trapezunt ist der Beschluß gefaßt worden, alle ankommenden türkischen Kommunisten umzubringen. Die anatolische Bourgeoisie fährt fort, die Kommunisten grausam zu verfolgen, da sie weiß, daß ihre barbarischen Verbrechen ungestraft bleiben.

Ich hoffe, Genossen, daß Ihr diese Frage anregen und das Andenken unserer besten Genossen, die von Henkershand fielen, wertschätzen werdet.

Baku, den 2. April 1921.

Mit kommunistischem Gruß

A. Dshewada."

(Mitglied des Auslandsbüros des Zentralkomitees der Türkischen Kommunistischen Partei.)

Zu diesem Brief kann ich nur hinzufügen, daß sein Inhalt vollkommen übereinstimmt mit anderen Nachrichten, die ich über den Märtyrertod unserer teuren Genossen erhalten habe.

Genosse Subhi war ein konsequenter Marxist und einer der bedeutendsten Revolutionäre der Arbeitertürkei. Auf seine Initiative hin sind ins Türkische übersetzt worden: „Das Kommunistische Manifest“ von Marx, die Biographie von Marx, das „ABC des Kommunismus“ von Bucharin, „Das Programm der R. S. F. S. R.“ usw. Genosse Subhi hatte ein hervorragendes literarisches und Rednertalent und besaß große Organisationsgaben. Genosse Subhi wußte, daß ihn in seiner Heimat schwere Prüfungen erwarteten, das konnte ihn und seine heldenhaften Genossen aber nicht abhalten.

Nach von hier erhaltenen Nachrichten hatte sich der Haß der türkischen Nationalisten gegen die Kommunisten im Moment der Ankunft des Genossen Subhi und seiner Gesinnungsgenossen in der Türkei bis zum Paroxysmus gesteigert, weil um diese Zeit an der griechisch-türkischen Front der Aufstand Echmed-Paschas unter bolschewistischen Losungen erfolgte. Laut Anklageakte soll Echmed unter seinen Soldaten eine Zeitschrift mit dem Umschlag der Kommunistischen Internationale — „Werktätige, die ihre Ketten zerreißen“ — verbreitet haben. Nach verschiedenen Nachrichten war dieser Aufstand von Elementen, die der Kommunistischen Partei feindlich gesinnt waren, provoziert, die dadurch die eben erst entstandene Bewegung im Keime ersticken wollten. Der Kern

der Armee Echmeds bestand aus 5000 Mann. Die Soldaten und jüngeren Offiziere stellten sich alle auf die Seite Echmeds.

Die türkischen Kapitalisten, Spekulanten, Paschas und Beys triumphieren nun: Echmeds Aufstand ist unterdrückt. Subhi und seine mit ihm angekommenen Gesinnungsgenossen sind ermordet.

In der Türkei, einem Lande, das an intelligenten Kräften, besonders aber an mutigen, der Sache der Arbeiter und Bauern ergebenen Männern arm ist, ist der Untergang solcher Kämpfer für die Sache des Volkes, wie Subhi und seine 17 Genossen es waren, ein schwerer Verlust für die kommunistische Bewegung. Aber bald wird sich die Arbeiter- und Bauernmasse erheben, die auch in der Türkei sich am neuen Leben zu beteiligen beginnt und sich fürs erste noch in kleinen Gruppen um die Helden sammelt, die mit dem Hammer in der Hand die Zerspaltung der Ketten der ökonomischen Sklaverei anstreben, unter deren Joch die Arbeitermassen in der ganzen Welt, besonders aber in der Türkei, seufzen.

Ewiges Andenken unseren treuen, unvergeßlichen Genossen, die ihre Ergebenheit für das kommunistische Ideal mit ihrem Blut besiegelt haben. Schande über die, die unsere Genossen bei Lebzeiten in einen schlechten Ruf brachten und nach dem Tode ihr Märtyrerggrab mit Steinen bewerfen. Die internationale kommunistische Partei, besonders aber die azerbeidshanische, russische und türkische, werden Genossen Subhi niemals vergessen, und ich hoffe, daß bald in Baku, der Stadt des ersten Kongresses der Ostvölker, der Stadt, wo Subhi von seinen azerbeidshanischen und russischen Genossen Abschied nahm und seinen Märtyrerweg betrat, ihm und seinen umgekommenen Genossen ein Denkmal errichtet werden wird.

Es gibt eine alte östliche Sage, die sagt, daß der Tod eines Heiligen die Sünden der ganzen Menschheit erkaufen, sie von ihren Leiden und vom Tode retten kann. Wir schenken solchen Märchen keinen Glauben. Die Volksmassen können sich von ihren jahrhundertelangen Leiden, von ihren Ketten nur durch den blutigen und langen Kampf gegen ihre Unterjocher befreien. So soll denn der Tod des Genossen Subhi, der auf dem Kampffeld dem Haß und der Bosheit der regierenden Klassen zum Opfer fiel, Tausende von neuen Rächern gebären, Tausende von furchtlosen Kämpfern, die in den Spuren des ersten und bedeutenden türkischen Kommunisten wandeln und die, den Tod mit dem Tod bekämpfend, ein neues Leben errichten werden, wo es keine Paschas und Beys gibt, keine unaufgeklärte, ungebildete Volksmasse, die das elende Spielzeug in den Händen der Fanatiker, der Heuchler und Exploiteuren ist, die den Fanatismus der Menge für ihre verbrecherischen und eigennützigen Zwecke ausnutzen.

Michaël Pawlowitsch.

P. S. Nach eben erst erhaltenen Nachrichten ist die Frau des Genossen Subhi vom Boot nach Trapezunt gebracht worden, wo man noch eine Woche lang von ihr Nachrichten erhielt. Jetzt ist sie spurlos verschwunden, und die Freunde und Genossen Subhis sind um sie in Sorge. Man kann hoffen, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um zu erfahren, welches Schicksal die Frau unseres zu Tode gequälten Genossen ereilt hat, und um sie aus den Händen der Henker zu befreien.

Nach den letzten Nachrichten hat den Genossen Nadin Agacha zwei Wochen nach der grausamen Ermordung Subhis und der ihn begleitenden Genossen, dasselbe Schicksal ereilt. Er kehrte aus Sowjetrußland nach Anatolien zurück und wurde wie Subhi ertränkt.

Es ist klar, daß diese wilde Justiz zum System und zur Kampfmethodem der türkischen Bourgeoisie gegen die Kommunisten wird.

M. P.

Brief aus einem litauischen Gefängnis.

„Hundertfällige Vergeltung“.

Die unmenschliche Willkür, die Grausamkeiten und Verspottungen der Plekawitsch, Mikuzki und Konsorten gegen das klassenbewußte revolutionäre und kommunistische Proletariat, die zeitweilig verstummt waren, haben in der letzten Zeit in der „Litauischen Demokratischen Republik“ wieder eingesetzt.

Ende des vorigen und Anfang dieses Jahres begannen Massenverhaftungen von Arbeitern und armen Bauern. Alle mehr oder weniger bedeutenden Führer der Arbeiterbewegung wurden verhaftet: sämtliche Mitglieder der Gewerkschaftsverwaltung (in Kowno, Kalwarien, Tarmach), des Litauischen Zentralbureaus der Gewerkschaften, die Mitglieder der Arbeiterföderationen der lokalen Selbstverwaltungen (Kowno), die Arbeiter-Stadthäupter (Kalwarien). Fast jeder zehnte Soldat ist, auf den Verdacht hin, Bolschewik zu sein oder einer von der Regierung unerlaubten Gewerkschaft anzugehören, verhaftet worden. Das Gefängnis von Kowno ist überfüllt mit verhafteten Arbeitern, Soldaten und Tagelöhnern. Allein in diesem Gefängnis befinden sich über 200 Verhaftete; die Kreisgefängnisse sind aber noch weit mehr überfüllt.

Die niedrigsten Denunziationen, die Verbreitung des Gerüchts, daß die Kommunisten einen Aufstand vorbereiten, dienen der Litau-

schen Wucherregierung als Vorwand, um soviel als möglich klassenbewußte Arbeiter, Soldaten, Kleinbauern und landlose Tagelöhner auf einmal zu verhaften. Für die Provokation wurden sämtliche Regierungsagenten mobilisiert. Die bürgerlichen „Schützen“, die Mitglieder des christlich demokratischen Jugendverbandes; der sogenannte „Frühling“ wetteiferten mit den professionellen Agenten der Geheimpolizei. Sogar die Mitglieder des konstituierenden Seim leisteten Spitzeldienste.

Die Abteilungen für Konterspionage übertrafen einander durch Grausamkeiten. Durch die grausamste Inquisition wurden den Verhafteten die nötigen „Geständnisse“ entrissen. Die Verhörten wurden durch Androhung der Erschießung in Furcht versetzt. Die Henker der Folterkammer bearbeiteten ihre Opfer mit den Fäusten und mit Revolverrohren. Die vertierten Geheimagenten schlugen die Verhafteten mit Flintenkolben, Drahtpeitschen usw. Der Grad der Mißhandlungen hing nur von der Erfindungsgabe des betreffenden Geheimagenten ab. Die einen schlugen solange, bis sie selber müde wurden, die anderen legten nasse Säcke auf die Wunden der Geschlagenen, um dadurch die Schmerzen zu vergrößern. Man schlug, wohin man traf, und um den vertierten Henkern ein größeres Vergnügen zu bereiten, wurden die Mißhandelten vollkommen entkleidet. Aber es gab auch solche Folterkünstler, die ihre Opfer an den Händen aufhängten, um sie in dieser Stellung zu mißhandeln. (Abteilung für Konterspionage von Uschansk.) Am meisten haben sich durch ihre tierische Grausamkeit ausgezeichnet: Der Chef der Konterspionage von Ponewesh Ratschis, die Agenten der Kupischer Abteilung für Konterspionage Sarapas und Gurski, der Chef der Miliz von Schaulen Jazewitsch und der Milizsoldat Missikas, der Chef der Miliz von Kalwarien Pran Paulashek und der Kreischef der Miliz von Plunge. Weiter zeichneten sich durch ihre Grausamkeit aus: die Konterspionageabteilungen von Kowno, Wiljkomir, Kupischki, Uschany, Ponewesh, Schaulen.

Natürlich geschah alles mit Wissen und Erlaubnis des Chefs der litauischen Konterspionage Liptschus, der seinerseits nur die Befehle der Wucherregierung und der Konstituante erfüllte. Endlich haben die an der Macht stehenden Parteien: die Christlichen Demokraten und das Zentrum der Volkspartei ihr wahres Gesicht als Peiniger der Arbeiter und Bauern gezeigt.

In den Arbeiter- und Bauernmassen wächst der glühende Haß gegenüber diesen Unmenschen immer mehr. Aus der zerquälten Brust entringt sich der furchtbare Seufzer:

„Es wird Euch tausendfach vergolten werden!“

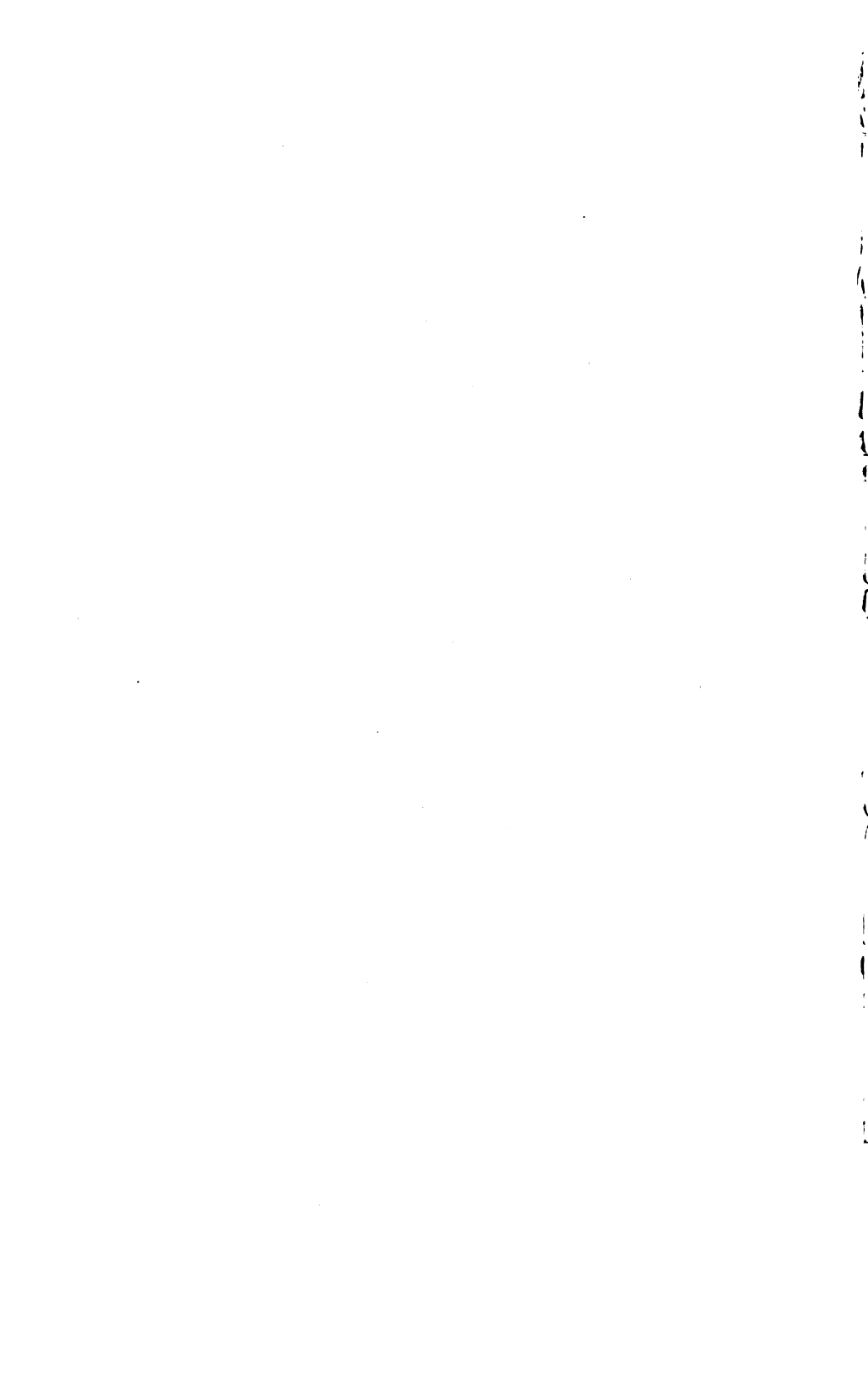
Wir führen einige charakteristische Beispiele über die Grausamkeiten der litauischen Regierung an, (doch ist das nur ein Tropfen im Meer).

In Schaulen wurden am 12. November 1920 der siebzehnjährige A. Moza und A. Balwotschis, Vorsitzender eines Gewerkschaftsverbandes, verhaftet. Beide sind Arbeiter. Beim Verhör hat der Chef der Miliz Jazewitsch A. Moza mit dem Gewehrkolben ein Auge ausgeschlagen. Der Milizsoldat Missikas schlug ihn mit einer Drahtpeitsche und zerbrach ihm mit seinen Fingern die Kinnbacken. A. Balwotschis wurde ebenso mißhandelt. Ein Arzt wurde nicht zugelassen. Als späterhin der Arzt Schalkauski zugelassen wurde, weigerte sich dieser, ein Zeugnis über die nach der Mißhandlung zurückgebliebenen Male zu unterschreiben. Winzas Ulba, der Besitzer eines Gehöfts im Kreise von Kalwarien wurde am 12. November 1920 verhaftet. Er wurde der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei beschuldigt. Der Chef der Miliz in Plunge Powilas ergriff ihn an den Ohren und schlug ihn mit dem Kopf gegen die Wand. Der Chef der Miliz von Kalwarien Pranas Paulashek schlug ihn mit einem Gummistock, warf ihn auf die Erde und trampelte auf ihm mit Füßen, so daß sein ganzer Körper von Blut überströmt war. Die Kopfwunden sind noch sichtbar, und er ist noch immer im Gefängnis, ohne daß eine Untersuchung eingeleitet ist. J. Walushitsch, ein Arbeiter aus dem Kalwarischen Kreise, wurde am 12. November 1920 verhaftet; bei der Haussuchung wurde nichts gefunden. In Kalwarien schlugen ihn der Chef der Miliz P. Paulashek und sein Gehilfe, der eine mit einem Drahtstock, der andere mit der Faust; dabei fragten sie ihn immer wieder nach „Proklamationen“. Nach einiger Zeit holten die beiden Beamten noch vier Soldaten und nun bearbeiteten sie ihn zu sechs — die einen mit Reitpeitschen, die anderen mit Gewehrkolben. Walushitsch verlor die Besinnung und erinnert sich nicht, wie lange er geschlagen worden ist. Er erwachte blutüberströmt mit einer großen Kopfwunde, das Gesicht geschwollen. Die Wunden sind noch jetzt sichtbar. Er befindet sich noch heute im Gefängnis von Kowno.

den 22. Februar 1921.



Trauerkundgebung bei dem Begräbnis des Genossen Syll



DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIV-KOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE.
ALS NACHDRUCK DER ORIGINALAUS-
GABE BEREITS ERSCHIENEN Nr. 1—17.

1. J A H R G A N G N U M M E R 1

I N H A L T

N. LENIN, Die Dritte Internationale, ihr Platz in der
Geschichte / G. SINOWJEW, Die Perspektiven der
proletarischen Revolution / MAXIM GORKI, Sowjet-
Rußland und die Völker der Welt / Dokumente des
Gründungs-Kongresses der Kommunist. Internationale
63 Seiten Preis 1,50 Mk.

1. J A H R G A N G N U M M E R 2

I N H A L T

G. SINOWJEW, Die Sozialdemokratie als Werkzeug
der Reaktion / N. LENIN, Die Helden der Berner
Internationale / A. PANNEKOEK, Die neue Welt /
SYLVIA PANKHURST, Der neue Krieg / D. MANULSKI,
Die gegenwärtige Lage in Frankreich / M. GORKI,
Zwei Kulturen / Aufrufe des Exekutiv-Komitees der
Kommunistischen Internationale / Dokumente des
Gründungs-Kongresses der Kommunist. Internationale
63 Seiten Preis 1,50 Mk.

1. J A H R G A N G N U M M E R 3

I N H A L T

Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale: Die russische proletarische Revolution / ARNOLD STRUTHAN, Die äußere und die innere Lage Sowjetrußlands / N. LENIN, Ein Gruß an die italienischen, französischen und deutschen Kommunisten / A. THALHEIMER, Die russische und die deutsche Revolution / K. HORNER, Weltkrise / H. GORTER, Die Einheit des Weltproletariats / W. MILJUTIN, Das wirtschaftliche Programm der Kommunisten / PAUL FAURE, Demokratie und Bolschewismus / Kundgebungen des Exekutivkomitees der Komm. Internationale / Berichte der Delegierten auf dem Ersten Kongreß der Komm. Internationale
96 Seiten Preis 1,50 Mk.

1. J A H R G A N G N U M M E R 4/5

I N H A L T

Leitsätze über die Taktik der Kommunistischen Internationale im Kampfe um die proletarische Diktatur (Entwurf) / Vorschläge aus Holland / A. THALHEIMER, Ueber kommunistische Taktik / N. LENIN, Die Aufgaben der Dritten Internationale / G. SINOWJEW, Zwei Daten (21. Juli — 1. August 1919) / N. BUCHARIN, Die Diktatur des Proletariats in Rußland und die Weltrevolution / K. HORNER, Der Zusammenbruch des Kapitalismus / Der Sozialismus in England (Ein Beitrag zur Frage des Parlamentarismus) / WL. SIBIRJAKOW (WILENSKI), Die Knoten im fernen Osten / JAQUES SADOUL, Die Pflicht der westeuropäischen Proletarier / Aus der Internationale: KARL RADEK, Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands / CONSTANTINO LAZZARI, Der sozialistische Parteitag in Bologna / Das Programm der italienischen „Maximalisten“ / Programmatische Erklärung der Bulg. Komm. Partei
168 Seiten Preis 5,— Mk.

1. J A H R G A N G N U M M E R 6

I N H A L T

L. TROTZKI, Die Oktoberrevolution / A. JOFFE, Die erste proletarische Regierung / G. SINOWJEW, Die russische Revolution und das internationale Proletariat / J. SADOUL, Der Geist der Revolution / H. GUILBEAUX, Der Einfluß der Oktoberrevolution auf das französische Proletariat / A. BALABANOFF, Die Oktoberrevolution und die politischen Streiks in Westeuropa / K. TIMIRJASEW, Ein Russe an einen Engländer über die Intervention / G. TSCHITSCHERIN, Die internationale Politik zweier Internationalen / N. RJASANOW, Die Gründung der 1. Internationale / F. KON, Polonia militans / S. J. RUTGERS, Der Völkerbund und die kleinen Nationen / J. MARCHLEWSKI (KARSKI), Polen und die Weltrevolution / A. LUNATSCHARSKI, Die Volksbildung in Sowjetrußland / N. KRESTINSKI, Die Konsumkooperation in Rußland / L. KRITZMANN, Die Selbstherrschaft des Proletariats in der Fabrik / N. LENIN, Oekonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats / F. LORiot, Revolution oder Evolution / KORRESPONDENZEN DER „KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE“ / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / HELDEN UND MARTYRER DER PROLETARISCHEN REVOLUTION / BE-
:: RICHTE UND CHRONIK ::
180 Seiten Preis 5,— Mk.

1. J A H R G A N G N U M M E R 7/8

I N H A L T

Z. HÖGLUND, Wenn die Toten erwachen / N. LENIN, Die Wahlen in die Konstituante und die Diktatur des Proletariats / L. TROTZKI, Jean Longuet / E. S. PANKHURST, Italien und die Revolution / G. ZYPE-ROWITSCH, Die Internationale der Gewerkschaften / J. SADOUL, Aufruf an die Arbeiter und Bauern Frankreichs / A. ROSMER, Der Arbeiterkongreß in

Glasgow / S. J. RUTGERS, Amerika und die russische Revolution / K. GEYER, Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Diktatur des Proletariats / G. SINOWJEW, Die sterbende und die emporsteigende Internationale / J. REED, Die revolutionäre Bewegung in Amerika / K. ARBORI-RALLI, Die sozialistische Bewegung in Rumänien / J. MARCHLEWSKI (KARSKI), Polen und die Weltrevolution (Schluß) / W. BYSTRJANSKI, Terrorismus und Kommunismus / W. MILJUTIN, Zwei Jahre ökonomischer Diktatur des Proletariats in Rußland / A. LUNATSCHARSKI, Die Sowjetmacht und die Denkmäler des Altertums / M. GORKI, Die Internationale der Intellektuellen / Eine wohlverdiente Lektion (Austausch von Radiotelegrammen zwischen Ledebour-Cohn und Gen. Tschitscherin) / KORRESPONDENZEN DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / HELDEN UND MARTYRER DER PROLETARISCHEN REVOLUTION / AUS DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PRESSE / BERICHTE UND CHRONIK

275 Seiten Preis Mk. 6.—

1. J A H R G A N G N U M M E R 9

I N H A L T

LENIN, Notizen eines Publizisten / F. LORiot, Immer sachte, Longuet / G. SINOWJEW, Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung. Die Partei und die Gewerkschaften / K. RADEK, Die Lehren eines Putschversuchs / Y. SIROLA, Die Nationalitätenfrage in der Erfahrung des finnischen Proletariats / S. KATAJAMA, Japan u. Sowjetrußland / J. REED, Die revolutionäre Bewegung in Amerika (Fortsetzung) / F. PLATTEN, Offener Brief an die schweizerischen Gesinnungsgenossen und Arbeiter / M. RAFES, Die jüdische kommunistische Bewegung / N. SEMASCHKO, Gesundheitsschutz in Sowjetruß-

land / A. WINOKUROW, Soziale Fürsorge in Rußland / H. BLONINA (INESSA), Die Arbeiterinnen in Sowjetrußland / Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale“; Ein Soldat der Revolution; Brief aus Finnland / DOKUMENTE AUS DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands / DIE INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND; Manifest des ersten Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale / Der nationale Kongreß der Jugendorganisationen / O. W. Kuusinen / HELDEN UND MARTYRER DER PROLETARISCHEN REVOLUTION; A. BALABANOFF, Mark Nathanson / L. TROTZKI, Dem Gedenken des Generals A. P. Nikolajew / BERICHTE UND CHRONIK / ILLUSTRATIONEN; O. W. Kuusinen, Mark Nathanson, General Nikolajew, Karl Liebknecht

223 Seiten Preis Mk. 5.—

2. J A H R G A N G N U M M E R 10

I N H A L T

An die Werktätigen der ganzen Welt. Die Maifeier 1920 / H. GORTER, Die Einheit des Weltproletariats / N. LENIN, Die Kommunistische Internationale (Rede des Gen. Lenin am 6. März 1920 auf der feierlichen Sitzung des Moskauer Sowjets, gewidmet dem Jahrestag der Komm. Internationale) / L. TROTZKI, Die Pariser Kommune und Sowjetrußland. (Ein Kapitel aus einem im Druck befindlichen neuen Buch des Gen. L. Trotzki) / HENRI GUILBEAUX, Straßburg—Moskau / JOHN REED, Die revolutionäre Bewegung in Amerika (Schluß) / J. FRIIS, Die revolutionäre Bewegung in Norwegen / Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland: 1. W. NEWSKY Die kommunistische Swerdlow-Universität in Moskau, 2 S. RAWITSCH, Die Sinowjew-Universität für Arbeiter und Bauern in Petrograd / K. RADEK, Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues / KORRESPONDENZEN DER „KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE“ / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG /

VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE /
HELDEN UND MARTYRER DER REVOLUTION /
Der erste Mai in Rußland: N. LENIN, Der Arbeits-
samstag am 1. Mai / M. GORKI, Der Weg zum Glück /
L. TROTZKI, Arbeit und Krieg / N. BUCCHARIN,
Feiertag oder Werktag / G. SINOWJEW, Das Neue
in unserer Maifeier / Aufruf der Redaktion der „Kom-
munistischen Internationale“ / Illustrationen: Helden
und Heldinnen der Kommune 276 S. Preis 7,— Mk.

2. J A H R G A N G N U M M E R 11

I N H A L T

Ueber die Einberufung des II. Weltkongresses der
Kommunistischen Internationale / Leitsätze des Exe-
kutivkomitees der Kommunistischen Internationale
zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale
— A. Ueber die Rolle der Kommunistischen Partei in
der proletarischen Revolution — B. Die Kommu-
nistischen Parteien und die Frage des Parlama-
ntarismus / N. LENIN, Vorläufiger Entwurf der Thesen
über die Nationalitätenfrage und die Kolonialfrage /
G. SINOWJEW, Brennende Tagesfragen der inter-
nationalen Arbeiterbewegung / Der II. Kongreß der
Kommunistischen Internationale und seine Aufgaben
/ L. TROTZKI, Der Terrorismus / J. SADOUL, Die
Dritte Internationale / H. GUILBEAUX, Der Klassen-
kampf im modernen imperialistischen Frankreich / Ein
englischer Kommunist, Die Aussichten der Revolution
in England / A. INKPIN, Der Kongreß der englischen
Kommunisten / A. SWIDERSKI, Der Kampf mit dem
Hunger in Rußland / KORRESPONDENZEN DER
„KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE“ / DO-
KUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNI-
STISCHEN BEWEGUNG / VON DER TÄTIGKEIT
DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTI-
SCHEN INTERNATIONALE / DIE INTERNATIO-
NALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND / HEL-
DEN UND MARTYRER DER PROLETARISCHEN
REVOLUTION / BIBLIOGRAPHIE / ILLUSTRATION
Eugen Leviné-Nissen 248 Seiten Preis 6,— Mk.

M. GORKI, Wladimir Iljitsch Lenia / Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale: Die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Der kommunistische Parlamentarismus in der Praxis. Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Komm. Internat. Leitsätze über die Agrarfrage / G. SINOWJEW, Wann und unter welchen Bedingungen können Arbeitersowjets geschaffen werden (Leitsätze) / N. LENIN, Leitsätze über die Grundaufgaben des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale / L. TROTZKI, Zum bevorstehenden Kongreß der Kommunistischen Internationale / G. SINOWJEW, Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß / L. KAMENEW, Die Diktatur des Proletariats / J. MARCHLEWSKI, Die Agrarfrage und die Weltrevolution / W. MAC LAINE, TOM QUELCH, Bericht über die kommunistische Bewegung in England / W. MAC LAINE, Die gegenwärtige Lage in England / K., Ueber die Tätigkeit der schottischen Arbeiterbewegung / TH. DARRAGH, Das revolutionäre Irland und der Kommunismus / CACHIN, Bericht an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale / FROSSARD, Rede an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale / CACHIN und FROSSARD, Erklärung an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale / Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Kommunistische Partei Deutschlands / P. LEVI, Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, E. MEYER, Ueber die „Loyalitätsdeklaration“ der Kommunistischen Partei, C. ZETKIN, Die Lage in Deutschland, K. RADEK, Die Kommunistische Partei Deutschlands während der Kapptage / SERRATI, Die sozialistische Bewegung in Italien / N. BOMBACCI, Die Opposition der Reformisten gegen die kommunistische Bewegung in Italien / Zur Er-

neuerung der sozialistischen Partei (Bericht der Turiner Sozialistischen Sektion an den Nationalrat in Mailand) / Die Lage in Deutsch-Oesterreich / H. WERTHEIM, Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich / P. STRÖM, Die Lage in Schweden / J. VIKSTEN, Der schwedische Jugendverband / M. NIELSEN, Die Lage in Dänemark / K. MANNER, Die Streikbewegung in Finnland / P. DINSCHUN, Der revolutionäre Osten und die nächste Aufgabe der Kommunistischen Internationale / ROY, Die revolutionäre Bewegung in Indien / K. RADEK, Die polnische Frage und die Internationale / M. PAWLOWITSCH, Die Ukraine als Objekt der internationalen Gegenrevolution / CH. RAKOWSKI, Die Beziehungen zwischen den Sowjetrepubliken, Rußland und die Ukraine / Brief des Kadetten PETER STRUVE an den Minister Koltshaks Iwan Michailow / HENRI BARBUSSE an den Redakteur der Zeitschrift „La Revue Communiste“ / Brief MAXIM GORKIS an H. G. Wells / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / DIE INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND / INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE FRAUEN-
:: BEWEGUNG / BIBLIOGRAPHIE ::

373 Seiten

Preis 7,50 Mk.

2. J A H R G A N G N U M M E R 13

I N H A L T

Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale: Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale / Die Eröffnung des Kongresses. Rede des Gen. Sinowjew / Aufrufe des Kongresses: An die Proletarier und Proletarierinnen aller Länder / Gegen die Henker Ungarns / An die Rote Armee / An die Arbeiter Petrograds / Die Komm. Internationale an die Gewerkschaften aller Länder / An alle Mitglieder der Sozialistischen Partei Frankreichs, an alle klassenbewußten Proletarier Frankreichs / Statuten und Leitsätze der Kommunistischen Internationale: 1. Statuten der Kommunistischen Inter-

nationale / 2. Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale / 3. Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale / 4. Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution / 5. Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus / 6. Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Komm. Internat. / 7. Leitsätze über die Bedingungen der Bildung von Arbeiterräten / 8. Leitsätze und Ergänzungsthesen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage / 9. Leitsätze über die Agrarfrage / G. SINOWJEW: Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Bericht in der Sitzung des Petrograder Sowjets am 12. August 1920 / L. TROTZKI: Brief an einen französischen Syndikalisten über die Kommunistische Partei / L. DESLIGNIERES: Kommunismus und Produktion / B. K.: Die ungarische Arbeiterschaft unter dem weißen Terror / CH. RAKOWSKI: Die Seele des Sieges. Zur Geschichte der Roten Armee / H. ROLAND-HOLST: Kommunismus und Bühne / J. REED: Die Industriearbeiter der Welt / A. N.: Der Kommunismus in Armenien / SULTAN-SADE: Ueber die iranische Kommunistische Partei / R.: Die Lage in Ostasien / CH. RAKOWSKI: Die kommunistische Bewegung in Rumänien / M.: Die Arbeiterbewegung in Jugoslawien / VITALI: Brief aus Italien / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / AUS DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND / BÜCHERSCHAU / ILLUSTRATIONEN: N. Lenin / Kongreßaufnahmen
325 Seiten Preis 7,— Mk.

2. J A H R G A N G N U M M E R 14

I N H A L T

Zum dritten Jahrestag / G. SINOWJEW, Zum Kongreß in Halle / An die Arbeiterparteien der ganzen Welt / N. LENIN, Zur Geschichte der Frage der

Diktatur / G. SINOWJEW, Offenes Schreiben an den Gen. Serrati / CLARA ZETKIN, Flammenzeichen / E. VARGA, Die Wirtschaftslage Kontinentaleuropas / W. MILJUTIN, Die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen / T. ROTSTEIN, Zur Charakteristik des Parlamentarismus / J. MARCHLEWSKI, Der Friede mit Polen / G. SINOWJEW, Wann und unter welchen Bedingungen sollen Arbeiterräte gebildet werden / G. SAFAROW, Die koloniale Revolution. Die Erfahrung Turkestans / M. PAWLOWITSCH, Sowjetrußland und die englisch-französische Ränke im Osten / PAUL LEVI, Die politische Lage in Deutschland / J. WALCHER, Das deutsche Proletariat und seine Revolution / GRAMSCHI, Die kommunistische Bewegung in Turin / RAYMOND LEFEVRE, Frankreich und die kommunistische Revolution / CHR. KABAKFSCHIEFF, Bulgarien nach dem imperialistischen Kriege / J. H., Der Moskauer Kongreß und die revolutionäre Bewegung in der Schweiz / Ein estnischer Kommunist, Der Kampf der Gewerkschaften in Estland / J. K., Einiges über die Lage in Japan / W. BYSTRJANSKI, Rosa Luxemburg und Leo Tyszko vor der zaristischen Themis / W. NABOKOW, Die russische Botschaft in London / DER INTERNATIONALE RAT DER ROTEN GEWERKSCHAFTEN / J. T. MURPHY, Zwei Monate der Arbeit / KORRESPONDENZEN DER „KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE“ / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / DIE INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND / HELDEN UND MARTYRER DER PROLETARISCHEN REVOLUTION / ILLUSTRATIONEN: Leo Jogiches, Jukka Rahja, John Reed, Georg Kirkow, Dmitri Tutzowitsch.
336 S. Preis Mk. 7.—

2. J A H R G A N G N U M M E R 15

I N H A L T

KARL LIEBKNECHT, Aufsätze aus dem Gefängnis /
KARL RADEK, Die Fragen der Weltrevolution in der
Beleuchtung des internationalen Menschewismus /
G. SINOWJEW, Menschewismus, Kommunismus und

G. SINOWJEW: Vor dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale / **KARL RADEK:** Die Gründung der 2¹/₂-Internationale / **J. STEPANOW:** Die ausländischen Konzessionen / **HELENE BRION:** Eine Aufgabe des französischen Kommunismus / **TOM QUELCH:** Die Gegner der sozialen Revolution in England / **BELA SZANTO:** Parteiverschmelzungen in Ungarn und in Deutschland / **EIN BRITISCHER KOMMUNIST:** Zwei Revolutionen in Irland / **FRANZ KORITSCHONER:** Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich / **CH. KABAKTSCHIEFF:** Der Balkan am Vorabend der Revolution / **J. JANSEN:** Ueber die Entwicklung der Kommunistischen Partei in den Niederlanden / **JAKOB HERZOG:** Der Kampf für die Kommunistische Internationale in der Schweiz / **EIN DELEGIERTER DER LIGA:** Die revolutionäre Bewegung in Südafrika / **WL. WILENSKI (SIBIRJAKOW):** Am Vorabend der Entstehung der Kommunistischen Partei in China / **SAKAI:** Ueberblick über die sozialistische Bewegung in Japan bis 1917 / **SEN KATAYAMA:** Revolutionäre Strömungen in Japan / **G. MOROS:** Zur Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland / **J. NOWOMIRSKI:** P. A. Kropotkin als Theoretiker des Anarchismus / **DIE PARISER KOMMUNE:** **KARL MARX:** Die Pariser Kommune / **J. STEKLOW:** Die Grundfehler der Pariser Kommune / **J. STEPANOW:** Die Pariser Kommune und die russische Revolution / **DER WEISSE TERROR NACH DEM STURZ DER KOMMUNE (Episoden aus der Maiwoche)** / **DER INTERNATIONALE RAT DER ROTEN GEWERKSCHAFTEN** / **DIE INTERNATIONALE GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG** / **DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG** / **VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE:** Aufrufe und Briefe / **DIE SEKTIONEN DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE** /

DIE INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN
JUGEND / INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE
FRAUENBEWEGUNG / HELDEN UND MARTYRER
DER PROLETARISCHEN REVOLUTION / BIBLIO-
GRAPHIE / ILLUSTRATIONEN: P. A. Kropotkin
auf dem Totenbett / Zur Pariser Kommune: L. A.
Blanqui / Delescluze / Ferré / Flourens / Louise
Michel / Elisée Reclus / Dombrowski / Sturz der Ven-
dome-Säule / Die Ermordung der Kommunarden nach
der Schlacht am 25. Mai / Gallifet wählt auf dem
Marsche nach Versailles gefangene Kommunarden zum
Erschießen aus / Die Rache der Versailler / Die Fö-
:: deriertenmauer auf dem Père la Chaise ::
763 Seiten Preis Mk. 10.—

2. J A H R G A N G N U M M E R 17

I N H A L T

A. ROSMER: Der III. Kongreß der Kommunistischen
Internationale / I. FRIIS: Die Bedeutung des
III. Kongresses der Kommunistischen Internatio-
nale / Zum III. Weltkongreß der Kommunisti-
schen Internationale — Schreiben des Exekutiv-
komitees der Kommunistischen Internationale an alle
proletarischen Parteien, die der Kommunistischen
Internationale angehören oder ihr beizutreten wün-
schen / G. SINOWJEW: Ein Jahr des Kampfes / H.
BRANDLER: Die revolutionäre Lage in Deutschland /
K. RADEK: Der Fall Levi (Nachwort zur Broschüre
„Soll die V. K. P. D. . . .“) / Ueber den
Rücktritt von fünf Mitgliedern aus der Zentrale
der V. K. P. D. / N. LENIN: Zur Naturalsteuer (Die
Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen) /
E. VARGA: Die wirtschaftlichen Grundlagen des
Imperialismus der Vereinigten Staaten von Nord-
amerika / F. KAPELUSCH: Die Wohnungsnot als
Weltkrise / O. W. KUUSINEN: Zwei Probleme / TOM
BARKER: Der Seetransport, seine Organisation, seine
Aufgaben und seine Aussichten / L. TROTZKI: Über
die Politik der K. A. P. D. — Rede auf der Sitzung
des Exekutivkomitees der Kommunistischen Inter-

nationale am 24. November 1920 / A. LUNAT-SCHARSKI: Die Kommunistische Internationale und die Intellektuellen / WILLIAM D. HAYWOOD: Die revolutionären Probleme in Amerika / JAROSLAW SALÁT UND EDUARD BRENNER: Der Kampf für den Kommunismus in der Tschechoslowakei / A. SULTAN SADE: Das neue Kriegsgewitter / MICHAEL PAWŁOWITSCH: Die kommunistische Bewegung in der Türkei / M. ŽCHAKAJA: Die Menschewiki Georgiens und die Daschnaken Armeniens / SEN KATAYAMA: Der japanische Arbeiter / DER INTERNATIONALE RAT DER RÖTEN GEWERKSCHAFTEN / DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG / VON DER TATIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE: Aus den Protokollen des Exekutivkomitees — Aufrufe und Schreiben / DIE SEKTIONEN DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE / DIE INTERNATIONALE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND / INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE FRAUBEWEGUNG / HELDEN UND MÄRTYRER DER PROLETARISCHEN REVOLUTION / ILLUSTRATIONEN: Leichenbegängnis des Gen. Sylt; W. D. Haywood
560 Seiten Preis Mk. 8.—

Der 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale (Protokoll)

I N H A L T

Tagesordnung des ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale, angenommen in der ersten Sitzung am 2. März 1919. 1. Konstituierung / 2. Entgegennahme der Berichte / 3. Richtlinien des Internationalen Kommunistischen Kongresses. Referenten: ALBERT, BUCHARIN / 4. Bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur. Referenten LENIN, RAJAH / 5. Die Berner Konferenz und die Stellung zu den sozialistischen Strömungen. Referenten: PLATTEN, SINOWJEW / 6. Die internationale Lage und die Politik der Entente. Referenten: OBOLENSKI, PLATTEN / 7. Manifest. Referent:

TROTZKI / 8. Weißer Terror. Referent: SIROLA /
9. Wahl des Büros und Verschiedenes (Organisation)
202 Seiten. Preis Mk. 6.—

Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des I. Kongresses, Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum II. Kongreß

I N H A L T

Dokumente des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale: Manifest der Kommunistischen Internationale / Richtlinien der Kommunistischen Internationale / Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur / Beschluß über die Stellung zu den sozialistischen Strömungen und der Berner Konferenz / Leitsätze über die internationale Lage und die Politik der Entente / Resolution über den weißen Terror / Beschluß über die Notwendigkeit der Heranziehung von Arbeiterinnen zum Kampf für den Sozialismus / Antrag zur Konstituierung der III. Internationale / Beschluß der Konstituierung der Kommunistischen Internationale / Beschluß in der Organisationsfrage / Beschluß über die Zimmerwalder Vereinigung / Aufrufe und offene Schreiben: Allgemeine Fragen / Amerika / Balkan- und Orientländer / Deutschland / England / Finnland / Frankreich / Italien / Polen / Rußland / Skandinavien / Ukraine / Ungarn.
379 Seiten. Preis Mk. 10.—

Aufrufe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur polnischen Frage

16 Seiten

Preis Mk. —50

Der Leipziger Kongreß der USP. u. die Kommunistische Internationale

Offener Brief des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale an alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen

Partei Deutschlands (Spartakusbund) und an den
Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratisch.
Partei Deutschlands

19 Seiten

Preis 0,50 Mk.

Der Zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale an das französische Proletariat

Zur Frage d. Anschlusses an die Komm. Internationale
18 Seiten

Preis 1,50 Mk.

Die Kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale

Manifest des II. Kongresses der Komm. Internationale
32 Seiten

Preis 1,00 Mk.

Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale

Beschlossen vom II. Kongreß der Kommunistischen
Internationale. Moskau, v. 17. Juli b. 7. August 1920.

I N H A L T

I. Statuten der Kommunistischen Internationale. II. Leitsätze über die Grundaufgaben der Komm. Internationale: 1. Das Wesen der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht. 2. Worin die unverzüglich und überall durchzuführende Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats zu bestehen hat. 3. Die Ausgleichung der Linie in der politischen Haltung und teilweise auch des Bestandes der Parteien, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen sind oder sich ihr anschließen wollen / III. Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale / IV. Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution / V. Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus: 1. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus. 2. Der Kommunismus. Der Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Ausnützung der bürgerlichen Parlamente. 3. Der revolutionäre

Staate / 17. Programm der Kommunisten in der Wohnungspflege / 18. Arbeiterschutz und soziale Fürsorge /
:: 19. Schutz der Volksgesundheit ::
376 Seiten Preis Mk. 8.— (Organisationen Mk. 5.—)

S. I. G U S S E W

Die Lehren des Bürgerkrieges

Einleitung / Die klassenbedingte Schichtung der kämpfenden Bevölkerungsgruppen / Die Front des Bürgerkrieges / Die Armee des Bürgerkrieges / Die besondere Charakteristik der Armeen des Bürgerkrieges / Die besonderen Eigenschaften der Armeen des Bürgerkrieges / Die Reservisten im Bürgerkrieg / Der Bürgerkrieg als Bewegungskrieg / Das Partisanentum im Bürgerkrieg / Die Partisanen und das Banditentum / Die alte und die neue Disziplin / Die Rolle der Kavallerie im Bürgerkrieg / Die fahrende Infanterie im Bürgerkrieg / Die Infanterie im Bürgerkrieg / Die technischen Truppen im Bürgerkrieg / Die Heeresleitung im Bürgerkrieg / Der qualifizierte Soldat des Bürgerkrieges / Das Milizsystem / Die Rekognoszierung und Spionage im Bürgerkrieg / Im Rücken des Bürgerkrieges / Das Hinterland im Bürgerkrieg / Revolutionäre Kriegesowjets / Die Kommissare in der Roten Armee / Die politischen Abteilungen in der Armee / Parteiorganisationen in der Roten Armee /
:: Arbeitsarmeen / Schlußwort / Anhang ::
96 Seiten Preis Mk. 2.50

O. W. K U U S I N E N

Die Revolution in Finnland

I N H A L T

I. Auf der Flucht vor der Revolution / II. Der Wahn demokratischer Illusionen / III. Der blutige Kampf unter einer Abendmahlslosung / IV. Die Logik des Sturmes / Anlage: Die Aufgaben der proletarischen
:: Revolution in Finnland ::
41 Seiten Preis Mk. 2.—

N. L E N I N

Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus

————— I N H A L T —————

1. In welchem Sinne kann man von der internationalen Bedeutung der russischen Revolution sprechen / II. Eine der Hauptbedingungen des Erfolges der Bolschewiki / III. Die wichtigsten Etappen in der Geschichte des Bolschewismus / IV. Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erstarkt und gestählt worden? / V. Der „radikale“ Kommunismus in Deutschland / VI. Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaftsverbänden arbeiten? / VII. Muß man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen? / VIII. „Keinerlei Kompromisse“ / IX. Der „radikale“ Kommunismus in England / X. Einige Schlußfolgerungen / Anhang: 1. Die Spaltung der deutschen Kommunisten / II. Die Kommunisten und die Unabhängigen in Deutschland / III. Turati in Italien / IV. Falsche Schlüsse aus richtigen Voraussetzungen
95 Seiten Preis 4,— Mk. (billige Ausgabe 2,50 Mk.)

Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale

————— R E D E —————

in der ersten Sitzung des Zweiten Weltkongresses der Kommunist. Internationale. Petrograd, 19. Juli 1920
29 Seiten Preis 1,30 Mk.

D. Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus

————— I N H A L T —————

Vorwort / Der moderne Kapitalismus / 1. Konzentration der Produktion und Monopol / 2. Die Banken und ihre neue Rolle / 3. Finanzkapital und Finanz-

oligarchie / 4. Kapitalexport / 5. Teilung der Welt unter den Kapitalistenverbänden / 6. Teilung der Welt unter den Großmächten / 7. Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus / 8. Parasitismus und Stagnation des Kapitalismus / 9. Kritik des Imperialismus / 10. Historische Stellung des Imperialismus
Anmerkungen

136 Seiten

Preis 4,— Mk.

**Die Wahlen zur konstituierenden
Versammlung und die Diktatur des
Proletariats**

26 Seiten Preis Mk. 1.20

**Das Verhältnis der Kommunisten
zum mittleren Bauerntum**

— R E F E R A T —

auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei
Rußlands (vom 18. bis 23. März 1919) / Mit den
:: :: Resolutionen des Kongresses im Anhang :: ::
33 Seiten

Preis 1,40 Mk.

Die große Initiative

Der Heroismus der russischen Arbeiter im Hinterland
:: Die Kommunistischen Samstage ::
30 Seiten

Preis 1,— Mk.

I. LARIN und L. KRITZMANN
**Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher
Aufbau in Sowjet-Rußland
1917—1920**

— I N H A L T —

I. LARIN: Das Wirtschaftsleben in Sowjet-Rußland:
Statt eines Vorworts / I. Die Voraussetzungen /
II. Landwirtschaft / III. Transport und Brennstoffe /
IV. Das Proletariat / V. Die Industrie / L. KRITZ-
MANN: Wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland:
I. Der Charakter der Revolution / II. Die Arbeits-
bedingungen der Volkswirtschaftsorganisation in Sow-

jet-Rußland / III. Die Methoden der Volkswirtschafts-
organisation / IV. Der Aufbau der wirtschaftlichen
Organisation in Sowjet-Rußland / V. Die Entwick-
lungsphasen der Organisation der Volkswirtschaft
:: Sowjet-Rußlands ::

198 Seiten

Preis Mk. 3,50

W. P. M I L J U T I N

Zwei Jahre ökonomischer Diktatur des Proletariats in Rußland

16 Seiten

Preis Mk. —.70

Sozialismus und Landwirtschaft

———— I N H A L T ————

Verwort / Einleitung / 1. Zwei Strömungen in der
Theorie / 2. Der Grund und Boden / 3. Formen der
Vergemeinschaftung auf dem Lande / 4. Die landwirt-
schaftliche Genossenschaft / 5. Landwirtschaftliche
Kommunen / 6. Die Sowjetwirtschaften / 7. Organisa-
tion der Arbeiterschaft auf dem Lande / 8. Entwick-
lung der Sowjetgesetzgebung über die Landwirtschaft:
1. Gruppe von Dekreten über den Ackerbau vom 25.
Oktober 1917 bis Juni 1918 einschließlich. 2. Gruppe
der Dekrete und Verfügungen über den Ackerbau /
Schluß

100 Seiten

Preis 2.50 Mk.

Die Organisation d. Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland

———— I N H A L T ————

A. Die Organisation des wirtschaftlichen Verwaltungs-
Apparates: 1. Die Grundfragen der wirtschaftlichen
Verwaltung / 2. Der Oberste Volkswirtschaftsrat / 3.
Die Gouvernements-Wirtschaftsräte / 4. Das gegen-
seitige Verhältnis zwischen dem Obersten Wirtschafts-
rat und den anderen wirtschaftlichen Kommissariaten

— B. Die wirtschaftliche Lage: 1. Allgemeine Voraussetzungen / 2. Rohstoffe / 3. Die Brennstoffe / 4. Die Produktion / Schlußfolgerungen / Anhang: Zwei Tabellen / Graphische Darstellung: Verwaltungs-
:: Schema des Obersten Volkswirtschaftsrates ::
48 Seiten Preis Mk. 1.50

K A R L R A D E K

Theorie und Praxis der 2 $\frac{1}{2}$ Internationale

I N H A L T

I. Die Fragen der Weltrevolution in der Beleuchtung des internationalen Menschewismus: 1. Ein „neues Wort“ des internationalen Menschewismus / 2. Die Anschauungen O. Bawers / 3. Die Bawersche „Philosophie“ der russischen Revolution / 4. Die Hindernisse der Revolution des Westens / II. Die Gründung der 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale: 1. Am Scheidewege zweier Epochen / 2. Das internationale Zentrum / 3. Der Versuch des Kompromisses mit der Kommunistischen Internationale / 4. Das Manifest und die Grundlinien der 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale / 5. Die 2 $\frac{1}{2}$ - und die Kommunistische Internationale / 6. Die Zukunft der 2 $\frac{1}{2}$ Internationale.
56 Seiten. Preis Mk. 1.50

Die Masken sind gefallen

Eine Antwort an Crispian, Dittmann, Hilferding

I N H A L T

Dittmanns Lügenfeldzug gegen Sowjetrußland / Die Rechten Unabhängigen gegen die Internationale / Die rechten unabhängigen Führer gegen die Revolution / Die Unabhängige Sozialdemokratie und die Kommunistische Internationale. 36 S. Preis Mk. 1.50

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches

48 Seiten 6 Reproduktionen Preis Mk. 2.—, geb 5.—

Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands

———— I N H A L T ————

I.: Auf dem Wege zur Oktoberrevolution / Brest-Litowsk / Zwischen dem englischen, französischen, amerikanischen und deutschen Imperialismus / II.: Vor einem neuen Brest-Litowsk / Die Forderungen der Alliierten / Der Arbeiterstaat und das kapitalistische Staatensystem / Der Weg der russischen proletarischen Revolution / Der Friede und die Aussichten der Sowjetrepublik / III.: Die Sprache der Waffen / Die
:: Bilanz der Entente-Politik ::
83 Seiten ····· Preis Mk. 2.50

Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?

———— I N H A L T ————

Vorwort / 1. Der Vereinigungsparteitag / 2. Die V. K. P. D. und die K. A. P. D. / 3. Der Kampf um die rechtsstehenden Arbeitermassen / 4. Die italienische Frage / 5. Passive oder revolutionäre, aktive Massenpartei / 6. Die Märztage / 7. Die Lage in der V. K.
:: P. D. / Nachwort: Der Fall Levi ::
119 Seiten ····· Preis Mk. 1.50

G. S I N O W J E W

Die Russische Revolution und das internationale Proletariat

(Zum zweiten Jahrestag der proletarischen Umwälzung in Rußland) 16 S. Preis Mk. —.50

Die Rolle der Kommunist. Partei in der proletarischen Revolution

(Rede auf dem Zweiten Weltkongreß der Kommunist. Internationale. Moskau, Juli/August 1920.) Mit Resolution des Kongresses. 54 S. Preis Mk. 2.30

Die Weltrevolution und die Kommunistische Internationale

Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am
14. Oktober 1920. 68 S. Preis Mk. 1.50

Die Tagesfragen d. internationalen Arbeiterbewegung

———— I N H A L T ————

Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale und seine Aufgaben / Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution / Die Partei und die Gewerkschaften / Entwurf von Vorschriften für die kommunistischen Abgeordneten der bürgerlichen Parlamente und der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien, denen die Leitung der kommunistischen Fraktionen der bürgerlichen Parlamente obliegt / Wann und unter welchen Bedingungen dürfen Arbeitersowjets geschaffen werden? / Ueber die Bedingungen für die Aufnahme :: in die Kommunistische Internationale ::
116 Seiten. Preis Mk. 5.50

Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Weltkongreß d. Kommunistischen Internationale.

———— I N H A L T ————

1. Die Konstituierung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale / 2. Die allgemeinen Arbeitsbedingungen des Exekutivkomitees / 3. Das Zentralorgan des Exekutivkomitees („Die Kommunistische Internationale“) / 4. Der Kampf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gegen die gelbe II. Internationale / 5. Die unmittelbare „Einmischung“ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in die Angelegenheiten der verschiedenen angeschlossenen Parteien / 6. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und die Gewerk-

schaften / 7. Das Exekutivkomitee und die internationale Organisation der Kommunistischen Jugend / 8. Das Exekutivkomitee und die internationale Frauenorganisation / 9. Die Entsendung einzelner Vertreter des Exekutivkomitees in verschiedene Länder / 10. Die finanzielle Unterstützung der Bruderparteien / 11. Unsere Hilfsbüros in verschiedenen Ländern / 12. Das Verhalten des Exekutivkomitees zum Streik vom 21. Juli 1919 / 13. Das Exekutivkomitee und die Orientfrage / 14. Die prinzipiellen Richtlinien des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale / 15. Das Exekutivkomitee und die Vorbereitung des Zweiten Kongresses. 40 S. Preis Mk. 2.—

Der II. Kongreß d. Kommunistischen Internationale

(Bericht in der Sitzung des Petrograder Sowjets am 20. August 1920.) 21. S. Preis Mk. 1.—

Was d. Kommunist. Internat. bisher war und was sie nun werden muß

24 Seiten Preis Mk. 1.—

Vom Werdegang unserer Partei

Vortrag, gehalten in einer Versammlung der Kommunistischen Parteifunktionäre in Petrograd 32 Seiten Preis Mk. 1.20

Zwölf Tage in Deutschland

91 Seiten Preis Mk. 2.—

Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht

(Rede auf einer allgemeinen Konferenz der Betriebsvertreter / Petrograd, April 1921) 32 Seiten

I N H A L T

I. Der imperialistische Krieg und seine Erbschaft / II. Die internationale Lage der Republik / III. Das Anwachsen der Weltrevolution / IV. Die Intrigen der Menschewisten / V. Kronstadt / VI. Unsere

Lebensmittellage / VII. Naturalabgaben / VIII. Dekrete über die Verbesserung der Arbeiterlage / IX. Die politische Arbeit und die Parteilosen / Schlußwort / I. Zwei Abwege der Arbeiterbewegung / II. Die Verbrechen des Menschewismus / III. Ueberall sind die Arbeiter für die Sowjets / IV. Unter der Maske der Parteilosen / V. An der Schwelle des Aufbaus / :: VI. Nochmals: Kronstadt / VII. Der neue Weg ::
102 Seiten Preis Mk. 2.—

L. T R O T Z K I **Terrorismus und Kommunismus -** **Anti-Kautsky**

I N H A L T

Vorwort / 1. „Das Kräfteverhältnis“ / 2. Die Diktatur des Proletariats / 3. Demokratie: „Entweder Demokratie oder Bürgerkrieg“. Die imperialistische Entartung der Demokratie. Die Metaphysik der Demokratie. Die konstituierende Versammlung / 4. Der Terrorismus: Die Preßfreiheit. Der Einfluß des Krieges / 5. Die Kommune von Paris und Sowjet-Rußland: Der Mangel an Vorbereitung bei den sozialistischen Parteien der Kommune. Die Pariser Kommune und der Terrorismus. Das eigenmächtige Zentralkomitee und die „demokratische“ Kommune. Die demokratische Kommune und die revolutionäre Diktatur. Die Pariser Arbeiter von 1871. — Der Petersburger Proletarier von 1917 / 6. Marx und — Kautsky / 7. Die Arbeiterklasse und die Sowjetpolitik: Das russische Proletariat. Die Sowjets, die Gewerkschaften und die Partei. Die Bauernpolitik. Die Sowjetmacht und die Fachleute. Die internationale Politik der Sowjetmacht. / 8. Die Probleme der Organisation der Arbeit: Die Sowjetmacht und die Industrie. Bericht über die Organisation der Arbeit. Die Arbeitspflicht. Die Militarisierung der Arbeit. Die Arbeitsarmeen. Einheitlicher Wirtschaftsplan! Kollegialität und Einzelverwaltung. Schlußwort zum Bericht / 9. Karl Kautsky, seine Schule und sein Buch / Statt eines Nachwortes.
II. Aufl. 160 Seiten. Preis Mk. 4.50

G. T S C H I T S C H E R I N

Die internationale Politik zweier Internationalen

14 Seiten.

Preis 75 Pfg.

J. M A R C H L E W S K I

Polen und die Weltrevolution

I N H A L T

Die „polnische Frage“ in der bürgerlichen und in der proletarischen Revolution / Die sozialen Zustände in den polnischen Ländern vor dem Weltkriege / Die polnischen Gebiete bei Kriegsausbruch / Das Entstehen des neuen polnischen Staates / Polen im Dienst der Ententemächte / Die Kommunistische Partei Polens.
29 Seiten. Preis Mk. 1.—

B E L A S Z A N T O

Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn (Einl. Karl Radek)

I N H A L T

Karl Radek: Die Lehren der ungarischen Revolution / Vorwort des Verfassers / 1. Revolutionäre Bewegungen im Jahre 1918 / 2. Vom Zusammenbruch der Monarchie bis zur Errichtung der Republik / 3. Auf dem Wege des Klassenkampfes / 4. Mit Sturmschritten zur Diktatur des Proletariats / 5. Das Verhältnis des Dorfes zur Stadt / 6. Die Rolle der Gewerkschaften in der Revolution / 7. Was hat die Diktatur geleistet? / 8. Der Sturz der Räterediktatur. 115 S. Preis Mk. 6.50

S. A. K A T A J A

Der Terror der Bourgeoisie in Finnland

I N H A L T

Die letzten Kämpfe / Das Gemetzel nach den Kämpfen / Das ganze organisierte Proletariat ist entweder beerdigt oder gefesselt / Das Gefangenlager, das Folter-

instrument u. der Vorhof des Todes / Das Gefangenenlager als Sklavenhof und Ort der Volksverdummung / Die Klassengerichte der bürgerlichen Diktatur in Tätigkeit / Die Bourgeoisie entledigt sich der Lumpen der Demokratie / Das neue Muckertum der finnischen Bourgeoisie — ihr Totentanz. 47 S. Preis Mk. 1.50

W L . W I L E N S K I

Die düstere Zeit der sibirischen Reaktion

I N H A L T

Vorwort / Sowjet-Sibirien / Die diplomatische Hexenküche der Entente in Peking / Das tschecho-slowakische Abenteuer / Die sibirische Intervention / Die Ursachen des Sturzes der sibirischen Sowjetmacht / Im Schatten der ausländischen Bajonette / Die Aasgeier des Zarismus / Die Atamane der sibirischen Reaktion / Die Züge des Todes / Wieder im Feuer des Kampfes / Die Zukunftsperspektiven ::

72 Seiten.

Preis Mk. 3.50

H. BERGMANN, J. SMILGA, L. TROTZKI

Die russische sozialist. Rote Armee

I N H A L T

H. BERGMANN: 1. Der Zerfall der imperialistischen Armee / 2. Die sozialistische Rote Armee / Worin besteht die Macht der Roten Armee / J. SMILGA: 1. Das Ende der alten und der Beginn der Roten Armee / 2. Die Hinzuziehung militärischer Fachleute / 3. Das Prinzip der Wählbarkeit / 4. Die früheren Offiziere / 5. Die militärischen Räte / 6. Das Kommandokadres / 7. Der Rotarmist / 8. Die politische Arbeit und die Kommunisten / 9. Unsere Fehler / 10. Unsere Aufgaben / L. TROTZKI: Zur Organisation der Roten Armee. (Rede auf dem 9. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, April 1920.) ::

94. Seiten.

Preis Mk. 3.50

W. NEWSKY UND S. RAWITSCH

Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland

————— I N H A L T —————

W. NEWSKY: Die Kommunistische Swerdlow-Universität in Moskau; 1. Die Gründung der Universität / 2. Die Erfahrung der Kommunistischen Universität als einer neuen Form der proletarischen Schule / 3. Lehrplan und Lehrmethoden an der Kommunistischen Universität / 4. Die Erfahrungen eines Arbeitsjahres in der Universität / 5. Die Leitung der Universität / **S. RAWITSCH:** Die Sinowjew-Universität für Arbeiter und Bauern in Petrograd. 39 S. Preis Mk. 1.—

P R O F . D R . E U G E N V A R G A

Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (II. Aufl.)

————— I N H A L T —————

Vorwort zur zweiten Auflage / Vorwort zur ersten Auflage / Die Krise des Kapitalismus / Das Problem der Steigerung der Produktion / Rückgang der Lebenshaltung des industriellen Proletariats zu Beginn der Diktatur / Die Expropriation der Expropriateure, Das Organisationsproblem der proletarischen Volkswirtschaft / Das Problem der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsintensität / Das Problem der Beamtenschaft / Die Agrarpolitik des proletarischen Staates / Die Lebensmittelversorgung / Das Problem der Güterverteilung / Das Geldproblem in der Diktatur / Der proletarische Staatshaushalt / Internationale Wirtschafts-
:: probleme in der Diktatur / Schlußwort ::
158 Seiten. Preis Mk. 3.50

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft

I N H A L T

Vorwort / I. Die Veränderungen der Weltwirtschaft durch den Krieg / 1. Die Grundtatsachen der Weltwirtschaft vor dem Kriege / 2. Verschiedene Folgen des Weltkrieges auf verschiedene Länder / a) Kriegführende Länder / b) Die neutralen kapitalistischen Länder / c) Die Industrialisierung der Kolonialländer / II. Die Hochkonjunktur nach Kriegsende / III. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise / 1. Wirtschaftskrise und Einkommenverteilung / 2. Die Zerstückelung des Weltmarktes 3. Die Ausdehnung der Krise und die Arbeitslosigkeit / IV. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft seit Kriegsausbruch / 1. Deutschland und die mitteleuropäischen Staaten / 2. Die Ententeländer / V. Die Arbeitsleistung seit Kriegsbeginn / VI. Konsolidierung oder Verfall des europäischen Kapitalismus seit Kriegsende / VII. Es gibt keinen Ausweg / VIII. Vom kommenden Weltkrieg
64 Seiten Preis Mk. 1,50

E. P R E O B R A S C H E N S K Y

Der dritte Jahrestag der Oktoberrevolution

I N H A L T

Der Oktoberumsturz / Der Kampf um die Sowjetmacht / Fortschritte des Sowjetaufbaues
24 Seiten. Preis Mk. —.70

C H R. K A B A K T S C H I E F F

Die Gründung d. Kommunistischen Partei Italiens

56 S. Preis Mk. 1.50

C L A R A Z E T K I N

Der Weg nach Moskau

31 Seiten

Preis Mk. 1.—

A. L O S O W S K Y

**Der internationale Rat der Fach- u.
Industrieverbände**

(Moskau gegen Amsterdam) 80 S. Preis Mk. 2.—

Amsterdam—Moskau—London

26 Seiten

Preis Mk. 1.—

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

Erscheint einmal monatlich im Umfange von 80—150 Seiten. — Band I und II des ersten Jahrganges (1920) 1216 Seiten stark sind bis auf wenige Exemplare vergriffen. Jahrgang 2.: Bis jetzt erschienen Nr. 1/2, 3/4, 5 und 6. In Kommission: FRANKES VERLAG G. m. b. H., LEIPZIG.

Aus dem Inhalte der Nr. 1—6 des zweiten Jahrganges:
N. LENIN: Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands / **KARL RADEK:** An der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjet-Rußland / **A. RYKOW:** Wirtschaftsleben und Wirtschaftsaufbau Sowjet-Rußlands / **G. SINOWJEW:** Der Ausbau der Sowjets und die Bekämpfung des Bürokratismus / **G. KRSHYSHANOWSKI:** Die Elektrifizierung Sowjet-Rußlands / **L. TROTZKI:** Die Hebung des Transportes / Beschlüsse des VIII. Allrussischen Sowjet-Kongresses / **E. VARGA:** Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes in Sowjet-Rußland / **J. STEPANOW:** Ueber ausländische Konzessionen / **J. LARIN:** Die Landwirtschaft / **URANOWSKI:** Die Sowjets und ihre Entwicklung in den Jahren 1917—1920 / **A. SWIDERSKI:** Drei Jahre Lebensmittelversorgung / **E. VARGA:** Die Agrarfrage im revolutionären Rußland / **L. TROTZKI:** Zur Frage der Organisation der Arbeit / **N. OSSINSKI:** Die landwirtschaftliche Krise und der sozialistische Aufbau auf dem Lande / **J. LARIN:** Versorgung und Verteilung / **N. SSEMASCHKO:** Sowjetmacht und Volksgesundheit / **A. LUNATSCHARSKI:** Revolutionäre Aufklärung / **G. SAFAROW:** Die Evolution der nationalen Frage in Sowjet-Rußland / **N. LENIN:** Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands /

Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum / Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber die Naturalsteuer) / Die äußere und innere Politik der Sowjetmacht / KARL RADEK: Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands / Die innere und äußere Lage Sowjet-Rußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands / Kronstadt / MATERIALIEN ÜBER DEN AUFBAU DER PARTEI / MATERIALIEN ZUR FRAGE ÜBER DIE ROLLE UND DIE AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTEN / L. KAMENEV: Die Sowjet-Republik in der kapitalistischen Umzingelung / DIE ERTEILUNG VON KONZESSIONEN AN DAS AUSLÄNDISCHE KAPITAL (mit drei Karten) / A. RYKOW: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung / N. BOGDANOW: Die Bauernwirtschaft in Sowjet-Rußland Ende 1920 / L. KRITZMANN: Aufbau der wirtschaftlichen Organisationen in Sowjet-Rußland / E. VARGA: Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands / DER ENGLISCH-RUSSISCHE HANDELSVERTRAG / VERTRAG ZWISCHEN RUSSLAND UND PERSIEN / VERTRAG ZWISCHEN RUSSLAND UND DER TÜRKEI / FRIEDENSVERTRAG ZWISCHEN RUSSLAND, DER UKRAINE UND POLEN / A. GOLZMANN: Das Problem des Arbeitslohnes / A. SWIDERSKI: Die nächsten Aussichten der Lebensmittelversorgung / GESETZE ÜBER NATURALSTEUER / I. LARIN: Zurückbiegung oder Ausrichten der Front (Über den neuen Wirtschaftskurs) / W. P. MILJUȚIN: Die gegenwärtigen Fragen der russischen Volkswirtschaft / L. CHINTSCHUK: Die neuen Aufgaben der Genossenschaften / A. SWIDERSKI: Die praktische Durchführung der Naturalsteuer / A. RYKOW: Die Lage der russischen Volkswirtschaft / N. LENIN: Instruktion des Arbeits- und Verteidigungsrats an die lokalen Sowjeteinrichtungen / E. VARGA: Die Organisation der bäuerlichen Landwirtschaft / E. PREOBRASCHENSKI: Papiergeld und Zwangswirtschaft / LESCHAWA: Die Einfuhr und Ausfuhr Sow-

jetrußlands / M. PIOLUNKOWSKI: Das Problem der
Arbeitsorganisation in der Produktion / UEBER DIE
NATURALPRÄMIEN / N. OSSINSKI: Die „alte“ und
die „neue“ Politik der russischen Kommunisten /
DER IV. ALLRUSSISCHE KONGRESS DER GE-
WERKSCHAFTSVERBÄNDE / A. BUBNOW: Die
Hauptmomente in der Entwicklung der Kommuni-
stischen Partei Rußlands / M. TUCHATSCHIEWSKI:
Die Rote Armee und die Miliz / A. WINOKUROW:
Die soziale Fürsorge in Sowjet-Rußland / MICH.
PAWLOWITSCH: Die ökonomische Entwicklung und
die Agrarfrage in Persien im XX. Jahrhundert / M.
KERSCHENZEW: Die Erfolge des neuen Theaters /
:: usw. ::

Im Verlage der Russischen Korrespondenz sind erschienen

**Correspondance diplomatique se
rapportant aux relations entre la
République Russe et les Puissances
de l'Entente**

Preis Mk. 3.—

**Livre Rouge / Recueil des Documents
diplomatique relatifs aux relations
entre la Russie et la Pologne 1918—
1920**

119 Seiten Preis Mk. 5.—

P R O F. M. P O K R O W S

Drei Konferenzen

(Zur Vorgeschichte des Krieges) 72 S. Preis Mk. 3.50

G. W. T S C H I T S C H E R I N

**Zwei Jahre auswärt. Politik Sowjet-
Rußlands**

I N H A L T

1. Der Brester Friede und seine Aussichten / 2. Die
Periode der passiven Politik / 3. Die Gefahr im Osten
und Japan / 4. Die Offensive der Entente im Norden
und in Sibirien / 5. Abbruch der Beziehungen zu
Deutschland / Die Blockade Sowjetrußlands durch die
verbündeten Imperialisten / 8. Die Gründung der Kom-
munistischen Internationale. 47 S. Preis Mk. 2.—

A R T H U R R A N S O M E

Sechs Wochen in Sowjet-Rußland

112 Seiten

(vergriffen)

Hinter den Kulissen der russischen Konterrevolution

Rittmeister von ROSENBERG: Die Bildung russischer
nationaler Formationen an der baltischen Front. ::

31 Seiten.

Preis Mk. 1.—

K A R L R A D E K

Rußland und Deutschland

16 Seiten

Preis Mk. —50

I S R A E L Z A N G W I L L

Hände weg von Rußland!

16 Seiten

Preis Mk. —50

Sowjetrußland und Polen

Reden von KAMENEW, LENIN, TROTZKI, MARCH-
LEWSKI, SOKOLNIKOW, RADEK, MARTOW in der
Vereinigten Sitzung des Allrussischen Zentral-Exeku-
tiv-Komitees des Moskauer Rates der Arbeiter- und
Bauerndelegierten, der Gewerkschaftsverbände und der
Betriebsräte am 5. Mai 1920. 38 S. Preis Mk. 1.20

Kodex der Arbeit

(Aus der Gesetzgebung der Russischen Sozialistischen
Föderativen Sowjetrepublik.) 56 S. Preis Mk. 2.40

D. Ertelung v. Konzessionen Sowjetrußlands an das aus- ländische Kapital

(Mit 3 Karten)

Preis Mk. 5.—

KLEINE BIBLIOTHEK DER RUSSISCHEN KORRESPONDENZ

— BEREITERSCHIENEN —

Nr. 1. A. SCHLAPNIKOW: Die russischen Gewerkschaften.

Nr. 2. KARL RADEK: Das Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues.

Nr. 3/4. Die Beschlüsse des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands.

Nr. 5. L. TROTZKI: Sowjetrußland und das bürgerliche Polen.

Nr. 6. N. A. GREDESKUL: Befreite Arbeit (Zum Problem der Arbeitsdisziplin).

Nr. 7/10. A. LOSOWSKY: Die Gewerkschaften in Sowjetrußland.

Nr. 11. Churchill als Verschwörer / Golowins Memorandum an Sasanow.

Nr. 12. A. BOGDANOW: Was ist proletarische Dichtung?

Nr. 13/14. N. LENIN: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht.

Nr. 15/16. L. TROTZKI: Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik.

Nr. 17. Die Tätigkeit des russischen Metallarbeiterverbandes in den Jahren 1917—1920.

Nr. 18. Die Probleme der Sowjet-Ukraine (Beiträge von Lenin, Rakowski und Pawlowitsch).

Nr. 19/21. N. BUCHARIN: Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland.

Nr. 22. Die Verfassung (das Grundgesetz) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik.

Nr. 23/24. Drei Kundgebungen aus dem Jahre 1918: N. Lenin, Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter / Ein diplomatischer Notenwechsel über den weißen und roten Terror / Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herrn Woodrow Wilson.

-
- Nr. 25. N. LENIN: An die russische Jugend. Rede auf dem 3. Allrussischen Kongreß des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes Moskau, 4. Oktober 1920.
- Nr. 26. W. POSNER: Die Einheits-Arbeitsschule.
- Nr. 27/28. ANIKST: Organisation des Arbeitsmarktes.
- Nr. 29/30. SINOWJEW: Die Sowjetmacht und der Offiziersstand. S. RAKOWSKI: Die Seele des Sieges.
- Nr. 31/32. KARL RADEK: Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital.
- Nr. 33. KARL RADEK: An der Schwelle der großen Aufbau-Arbeit in Sowjet-Rußland.
- Nr. 34/35. N. LENIN: Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands. (Rede auf dem VIII. Sowjet-Kongreß. Moskau, Dezember 1920).
- Nr. 36/37. J. STEPANOW: Ueber ausländische Konzessionen.
- Nr. 38. N. LENIN: Die gegenwärtige Lage Sowjetrußlands. (Rede auf dem X. Kongreß der Komm. Partei Rußlands. Moskau, März 1921.)
- Nr. 39/40. KARL RADEK: Die innere und äußere Lage Sowjetrußlands und die Aufgaben der Komm. Partei Rußlands.
- Nr. 41/42. N. LENIN: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum. (Rede auf dem X. Kongreß der Komm. Partei Rußlands. Moskau, März 1921.)
- Nr. 43. L. KAMENEW: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umzingelung. (Rede auf dem X. Kongreß der Komm. Partei Rußlands. Moskau, März 1921.)
- Nr. 44/45. A. RYKOW: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung.
- Nr. 46. KARL RADEK: Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands.
-

Nr. 47/48. N. LENIN: Die Vorbedingungen und die
Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands
(Über die Naturalsteuer).

Jede Nummer Mk. —50

WEITERE HEFTE IN VORBEREITUNG

DEMNÄCHST ERSCHEINEN

N. B U C H A R I N
Die Ökonomie der Transformationsperiode

N. L E N I N und G. S I N O W J E W
Gegen den Strom

G. S I N O W J E W
Der Krieg und die Krisis im Sozialismus

M. T O M S K I
Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in
Rußland

N. L E N I N
Werke Band I—V

DEKRETE DER RUSS. SOZIALISTISCHEN
:: FÖDERATIVEN SOWJETREPUBLIK ::
Band I

PROTOKOLL DES II. WELTKONGRESSES
DER KOMMUNIST. INTERNATIONALE

PROTOKOLL DES ERSTEN KONGRESSES
DER VÖLKER DES OSTENS
Baku, 1.—8. September 1920

GORKI, KAMENEW,
RADEK, SINOWJEW, TROTZKI

KULTURAUFBAU SOWJETRUSSLANDS

(Sammelbuch)

**DIE GEWERKSCHAFTEN IN SOWJET-
RUSSLAND**

(Sammelbuch)

**DEKRETE DER RUSS. SOZIALISTISCHEN
FÖDERATIVEN SOWJETREPUBLIK**

Band II

**DIE BESCHLÜSSE DES X. KONGRESSES
DER KOMMUNIST. PARTEI RUSSLANDS**
(Moskau, 8.—16. März 1921.)

A . B U B N O W
Die Hauptmomente in der Entwicklung der Kommu-
nistischen Partei Rußlands

M. P H I L I P S P R I C E
Die russische Revolution. Erinnerungen der Jahre
1917—1919

**JAHRBUCH DER KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE**

Druck:
KONRAD HANF
HAMBURG 8
